Decis.
129.
3

Selchow

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Johann Heinrich Chriſtian von Selchow

Hochfürſtlich Heßiſchen Geheimen Raths, Kanzlers der Univerſität Marburg und erſten Beyſitzers der Juriſtenfakultät daſelbſt

Neue Rechtsfälle

enthaltend

Gutachten und Entſcheidungen

vorzüglich

aus dem Teutſchen Staats- und Privatrecht.

Dritter Band.

Frankfurt und Mainz,

bey Varrentrapp und Wenner

1789.

20. D.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Vorrede.

Hier erſcheinet der dritte Band meiner neuen Rechtsfälle. Ich hoffe, daß die darin befindlichen Stücke der Aufmerkſamkeit ſachkundiger Leſer nicht unwürdig ſeyn werden. Zugleich aber finde ich es nöthig, einige der wichtigſten mit Anmerkungen zu begleiten.

I.) Die erſte Abhandlung iſt meine in der bekannten Bückeburgiſchen Sache verfertigte Staatsſchrift. (S. 1) Bey derſelben kann der Leſer mit Recht einige vorläufige Erläuterungen fordern.

Des regierenden Hrn. Landgrafen Hochfürſtliche Durchlaucht, mein gnädigſter Fürſt und Herr, beriefen mich im Februar 1787., unmittelbar auf die, mir damals völlig unbekannte Beſitznehmung der halben Grafſchaft, nach Caſſel, um mir die Ausführung der petitoriſchen Gründe in dieſer Sache aufzutragen.

Ich geſtehe es, daß ich mich, bey dieſem gnädigſten Auftrage, in einiger Verlegenheit befand. Ich hatte ſeit 30 Jahren, ſowohl im allgemeinen Teutſchen Privatrecht, als im Reichsſtändiſchen Privatrecht, die Meinung behauptet, daß die Ehe eines Reichsſtandes mit einem Fräulein aus einem alten adelichen Hauſe keine Mißheyrath ſey. Und nun ſollte ich das Gegentheil behaupten? Dieſe meine Verlegenheit habe ich auch ſelbſt meinem gnädigſten Fürſten nicht verhehlet: denn einem wahrheitliebenden Fürſten, wie Wilhelm IX. iſt, kann man Wahrheit unverdeckt ſagen. Inzwiſchen haben zwo Rückſichten meine Zweifel völlig niedergelegt.

Erſtlich fand ich in den Akten, daß man den höchſtſeligen Kayſer durch einen falſchen Stammbaum überraſcht hatte. Die Frau Gräfin von Bückeburg, gebohrne von Frieſenhauſen, wurde von dem groſſen Kayſer in den Grafenſtand erhoben, weil ſie ſechzehn ſtiftsbürtige Ahnen erwieſen habe. Dieſes war offenbar falſch. Denn eines Theils hatte ſie unter ihren Ahnen eine Beſtenboſtelin, eine Hannöveriſche Familie, welche gar nicht von Adel iſt, und dann eine Poſtin, welche nicht zu der wirklich alten Familie dieſes Namens im Bremiſchen gehörte, aufgeführet. Andern Theils aber war einer, welcher dieſen Stammbaum atteſtiret, ſelbſt nicht von der Eigenſchaft, welche, zu Ausſtellung einer Kundſchaft des Adels, erfordert worden. Mithin konnte ich, ohne meinem Syſtem ungetreu zu werden, die Sache meines vortrefflichen Fürſten ungeſcheut vertheidigen.

Allenfalls getraue ich mir dreiſt zu behaupten, daß es eines Dieners Pflicht ſey, auch dann, wann er eine andere Privatmeinung hat, diejenigen Gründe, welche zur Vertheidigung ſeines Fürſten gehören, bey einer zweifelhaften Sache, in ihrer vollen Stärke vorzulegen, und, in ſolcher Rückſicht, derſelben ſeine Privatmeinung aufzuopfern.

Ich zweifle wenigſtens, ob Hr. Pütter, in Vertheidigung des Fürſtenauer Simultaneums, mit mir in gleichem Verhältniße geſtanden habe, und das, was ich thun kann, für ſich anzuführen im Stande ſeyn möchte. Dis ſey genug von der Hauptſache.

Nun die Frage: Ob ich Verfaſſer der Abhandlung bin? In den Göttingiſchen gelehrten Anzeigen wurde Hr. Rath Ledderhoſe in Caſſel, als Verfaſſer derſelben, zuverſichtlich aufgeführet. Ein Beweis, daß auch die Krone aller Teutſchen gelehrten Zeitungen das Unglück habe, durch falſche Nachrichten hintergangen zu werden. Daß ich aber die Arbeit eines jungen Mannes, wie Hr. Ledderhoſe iſt, welcher ſeinen Unterricht im Teutſchen Staats- und

Privatrecht mir, mit lautem Danke, zuſchreibt, mir zugeeignet haben ſollte, läßt ſich nicht denken. Wenigſtens iſt dis unter meiner Würde. Ich könnte auch das Gegentheil durch aktenmäſſige Beweiſe darthun. Ich finde es aber unnöthig. Indeſſen wird doch der Leſer nach der Veranlaſſung dieſes Rufes fragen. Hier iſt ſie:

Während der Ausarbeitung lähmte die Gicht, auf einige Zeit, meine rechte Hand, daher ich ſelbige erſt im Julius 1787. höchſten Orts einſenden konnte. Nun beſchloſſen Seine Hochfürſtliche Durchlaucht, ſolche der F. Regierung zu Caſſel zu übergeben, um die etwanigen Erinnerungen über meine Arbeit einzunehmen. Dieſe wurden demnächſt dem Hrn. L. übergeben, um ſie allenfalls gehörigen Ortes einzuſchalten. Ob mir ſolches angenehm ſeyn können, darauf kommt es hier nicht an. Nun aber die Veränderungen ſelbſt? Hr. L. machte aus den beyden erſten Paragraphen einen; ſchaltete hier und da eine Anführung aus Büſchings Erdbeſchreibung, deſſen Quellen ich doch ſelbſt ſchon gebraucht hatte, aus ſeiner im zweyten Theil der kleinen Schriften befindlichen Abhandlung über die Lehnsgerechtſame des Hauſes Heſſen an der halben Grafſchaft Schaumburg, welche, als meine Ausführung ſchon fertig war, noch nicht im Druck war, ein, u. ſ. f. Dies ſind unbeträchtliche Kleinigkeiten, welche gar wohl hätten wegbleiben können. Das Hauptemblem aber enthält die letzte Hälfte des §. 39. von der Verbindlichkeit des Landesfürſten, in Erfüllung der Verbindlichkeiten ſeines Vorfahrers an der Regierung. An dieſer nehme ich gar keinen Theil. Dis iſt aller Antheil des Hrn. L. Ob alſo Hr. L. als Verfaſſer angeſehen werden könne, mögen Kenner beurtheilen. Sollte irgend einer meiner Leſer hieran zweifeln: ſo erbiete ich mich, meinen Aufſatz, aus meiner Originalhandſchrift, öffentlich mitzutheilen.

Aber warum ein neuer Abdruck, da ſchon Hr. H. R. Reuß ſolchen ſeiner Urkundenſammlung Th. 4. S. 190 u. f. einverleibt hat? Antw. Theils weil ſolcher nicht vollſtändig iſt, und die Beylagen ganz fehlen; theils weil mir, als Verfaſſer, dadurch mein Recht, ſolchen als mein Werk bekannt zu machen, nicht genommen werden konnte. Ich hoffe alſo, der Leſer werde meine Ausarbeitung hier, vollſtändiger, nicht ungern leſen.

II.) Rechtsgutachten, die Schäferey zu Sulzbach betreffend, S. 103. iſt ein Beweis, daß die Reichsunmittelbare Dorfſchaft Sulzbach als eine würklich landſäßige Gemeinde behandelt werde.

III.) Gutachten über die Imleriſche Erbfolge, S. 110. betrift eine merkwürdige Erblage über den großen herrſchaftlichen Gaſthof, zum großen Trauben in Darmſtadt.

IV.) Gutachten über den Kartoffelzehnten auf der Saarbrücker Stadtbann. S. 118.

V.) Prioritätsurthel der Gläubiger des Hrn. Generallieutenants von Stein, S. 129. ein merkwürdiger Beytrag zum Reichsritterſchaftlichen Schuldweſen.

VI.) Gutachten über das Gronefeldiſche Familienfideikommiß. S. 159. Ein artiges Beyſpiel zu bürgerlichen Fideikommiſſen.

VII.) Gutachten, die den Freyſaſſen zu Döllſtedt vom Amte Ehrenſtein angeſonnene Tag- und Nachtwachen betreffend. S. 169. Ein Landesherr kann Unterthanen unter dem Vorwande der Polizey, nicht ungehört, neue Laſten auflegen.

VIII.) Urthel, eine Scheidung vom Tiſch und Bett betreffend. S. 179. Sie iſt, bey zu großer Erbitterung der Partheyen, auf drey Jahre erfolgt.

IX.) Urthel nach Wertheim, einen angeblichen Kirchenraub betreffend. S. 184. Ein höchſt ſonderbares Beyſpiel einer von mißgünſtigen Bauern angezettelten Unterſuchung! und wie behutſam ein Richter, auch bey gehäuften ſogenannten Anzeigen, zu verfahren habe.

X.) Urthel über die Veränderung der Rechte der Ehegatten, aus veränderter Wohnung. S. 204. Sie bleiben unverändert, wenn keine gegenſeitige, ausdrückliche, oder ſtillſchweigende Verfügung bewieſen werden kann.

XI.) Ueber die künftige Erbfolge in der Herrſchaft Jever. S. 216. Ein Gegenſtand zu der, in unſern Tagen, erhobenen Streitigkeit über die künftige Saynhachenburgiſche Erbfolge, nur von größerer Wichtigkeit! Die Abhandlung wurde, zu Gunſten des damaligen Hrn. Erbgrafen von Bückeburg verfertigt. Mit dem Tode dieſes liebenswürdigen Herrn aber fiel deſſen Anſpruch gänzlich weg, ob ſich gleich ſein, im Jahr 1787. verſtorbener Herr Vater mit dem ſüßen Traume nährte, daß Ihm das Recht der Erbfolge von ſeinem Herrn Sohne aufgeerbet worden ſey. Nunmehro alſo käme, nach den darin aufgeſtellten Grundſätzen, die Erbfolge dem F. Hauſe Schwarzburgrudolſtadt zu: den für gedachtes Hochfürſtliches Haus von mir verfertigten Aufſatz aber trage ich Bedenken, öffentlich bekannt zu machen.

Meine Ausführung ſelbſt giebt übrigens, in der Hauptſache, ein merkwürdiges Beyſpiel einer durch Verträge beſtimmten Regredienterbſchaft, welche ich ſonſt, der Regel nach, für unſtatthaft anſehe.

Uebrigens erſcheinet hier der merkwürdige Lehnbrief vom Jahre 1532. zuerſt im Druck, durch welchen Jever ein aufgetragenes Burgundiſches Erblehen geworden. Auch wird man verſchiedene, zeither nicht genugſam

bekannt

bekannt geweſene Umſtände von der Verbindung dieſer wichtigen Herrſchaft mit Teutſchland, deren Kammerzielern u. ſ. f. finden.

XII.) Urthel über das Recht der Schaafhude und Hürdenſchlag. S. 320.

XIII.) Urthel: ob Juden zu eidlicher Beſtärkung ihrer Handelsbücher zuzulaſſen ſind? S. 327.

XIV.) Urthel, eine ſchwere Verwundung betreffend. S. 330.

XV.) Urthel, die Verbindlichkeit des Lehnsherrn, aus bewilligter Verpfändung einer Mühle, betreffend. S. 335.

Uebrigens wünſche ich, daß der gütige Beyfall, mit welchem die bisherigen Theile dieſer Sammlung, im Durchſchnitte, von Kennern beehret ſind, auch dem gegenwärtigen zutheil werden möge.

Marburg, den 8ten Sept. 1789.

von Selchow.

I.

Kurzgefaßte

Darlegung der Urſachen

aus welchen

Seine des regierenden Herrn Landgrafen zu Heſſen=Caſſel

Hochfürſtliche Durchlaucht

den vom verſtorbenen Herrn Grafen

Philipp Ernſt

beſeſſenen Theil der Grafſchaft Schaumburg

als eröfnetes Lehn

Höchſt=Dero Hochfürſtlichen Hauſes

zu betrachten Sich berechtigt glauben.

Inhalt.

Erſter Theil. Geſchichtserzählung.

Erſter Abſchnitt. Vom Abſterben der alten Grafen zu Schaumburg, und von Vertheilung der Grafſchaft.

§. 1. Lage und Beſtandtheile der Grafſchaft Schaumburg.

§. 2. Die ganze Grafſchaft iſt Reichs-Allodium.

§. 3. Ein Theil der Grafſchaft wurde lehnbar, 1) in Anſehung des Fürſtlichen Hauſes Heſſen.

§. 4. 2) In Anſehung des Hauſes Braunſchweig-Lüneburg.

§. 5. 3) In Anſehung des ehemaligen Biſthums Minden.

§. 6. Abſterben der Grafen von Schaumburg.

§. 7. Das Haus Braunſchweig-Lüneburg bekommt das Amt Lauenau, und andere Beſitzungen der Grafen.

§. 8.

§. 8. Anſprüche des Biſthums Minden.
§. 9. Vergleich mit Heſſen-Caſſel.
§. 10. Vertheilung der Grafſchaft.

Zweyter Abſchnitt. Geſchichte der Streitigkeiten über die Succeßionsfähigkeit des verſtorbenen Grafen Philipp Ernſt.

§. 11. Succeßionsordnung im Gräflichen Hauſe Schaumburg-Lippe.
§. 12. Nachfolger des Grafen Philipp.
§. 13. Nachfolger aus der Alverdißenſchen Linie.
§. 14. Geſetzwidrige Form der Heirath des Grafen Friedrich Ernſt.
§. 15 Graf Friedrich Ernſt folgt ſeinem Vater, in der Succeßion des Hauſes Alverdiſſen, und tritt Alverdiſſen ſeinem Sohn, Grafen Philipp Ernſt, ab.
§. 16. Heſſen-Caſſel beſtreitet die Lehnsfähigkeit des Hauſes Lippe-Alverdiſſen, öffentlich.
§. 17. Standeserhöhung der von Frieſenhauſen.
§. 18. Graf Philipp Ernſt wird 1763 in die Mitbelehnung aufgenommen, erhält 1778 die Haupt-Belehnung, vermählt ſich mit der Prinzeßin Juliane von Heſſen-Philippsthal, und ſtirbt.
§. 19. Heßiſche Beſitzergreiffung der halben Grafſchaft.

Zweyter Theil. Von der Succeßions-Unfähigkeit der jetzigen Alverdißiſchen Linie, in Anſehung der Grafſchaft Schaumburg.

§. 20. Uebergang zur Hauptsausführung.
§ 21. Gegen wen dieſe Ausarbeitung gerichtet ſeye?

Erſter Abſchnitt. Allgemeine Gründe gegen die Erbfähigkeit des letzten Grafen.

§. 22. Allgemeiner Haß der Teutſchen gegen ungleiche Ehen.
§. 23 Namentlich in Anſehung der Ehen zwiſchen dem hohen und niedern Adel.
§. 24. Beweiſe dieſes Satzes aus dem Herkommen, 1) mit der Eliſabeth von Maltitz.
§ 25. 2) Mit der Kunigunde von Eiſenberg.
§. 26. 3) Mit der Philippine Welſerin aus Augsburg.
§. 27. 4) Mit der Mechtild von Campen.
§. 28. 5) Mit der Johanne Eliſabeth von Kroſigk.
§ 29. 6) Mit der Sophia von Ingersleben.
§. 30 7) Mit der von Lützau.
§ 31 Ob dieſe Beyſpiele auch auf Reichsgrafen zu ziehen?
§. 32. Fortſetzung aus den Grafenvereinen.
§. 33. Einwürfe gegen das bisher ausgeführte Reichsherkommen.
§. 34. Verordnung der Kaiſerlichen Wahlcapitulationen, wegen der reichsſtändiſchen Mißheirathen.

§. 35. Ob darunter auch die Heirath mit einer von Adel zu verſtehen ſeye?
§. 36. Standeserhöhungen können den Mangel der Geburt keineswegs heben.
Zweyter Abſchnitt. Anwendung der allgemeinen Grundſätze, auf die Alverdißenſche Linie.
§. 37. Ob die Ritterbürtigkeit der Familie von Frieſenhauſen erwieſen ſeye? und ob beſonders die mütterliche Ahnenprobe beygebracht worden?
§. 38. Die Standeserhöhung hätte vor der Heirath geſucht werden ſollen.
§. 39. Widerlegung der angeblichen Anerkennung der Succeßionsfähigkeit der Alverdißiſchen Deſcendenz.
§. 40. Schluß.

Erſter Theil.

Geſchichtserzählung.

Erſter Abſchnitt.

Vom Abſterben der alten Grafen zu Schaumburg, und von Vertheilung der Grafſchaft.

§. 1.

Lage und Beſtandtheile der Grafſchaft Schaumburg.

Die Grafſchaft Schaumburg iſt, bekanntlich, ein Theil des Niederrheiniſchen, oder Weſtphäliſchen Kraiſes. Sie beſteht, nach ihrem heutigen Umfang, auſer den fünf Städten, Rinteln, Obernkirchen, Oldendorf, Bückeburg und Stadthagen, aus ſieben Aemtern, namentlich: Schaumburg, Rodenberg, Sachſenhagen, Stadthagen, Bückeburg, Arnsburg und Hagenburg 1).

Die Aemter Ucht, Freudenberg und Auburg, ſtehen zwar unter der Heſſen-Schaumburgiſchen Regierung, in Rinteln; gehören aber keineswegs zur eigentlichen Grafſchaft Schaumburg. Beyde erſtere ſind, urſprünglich, Pertinenzſtücke der Grafſchaft Hoya 2); letzteres aber gehörte ehedem zur Grafſchaft Diepholz 3)

1) Büſchings neue Erdbeſchreibung, Th. 3, B. 1. S. 975 — 983. (Ausgabe von 1779.) Die Städte Rodenburg und Sachſenhagen werden

zu den Aemtern gleiches Namens gezählt. Engelhards Erdbeſchreibung der Heßiſchen Lande, Caſſeliſchen Antheils, B. 2. S. 703, u. f.

2) Büſching, a. a. O. S. 1044.

3) Büſching, a. a. O. S. 1063.

§. 2.

Die ganze Grafſchaft iſt Reichs-Allodium.

Die ganze Grafſchaft Schaumburg iſt, von ihrem erſten Urſprung an zu rechnen, ein wahres Reichs-Allodium geweſen 1). Die Grafen beſaſſen ſelbſt die Regalien, und die Landeshoheit, als ein wahres Erbguth, und haben ſolche nie, vom Kaiſer und Reich, zu Lehn empfangen 2). Zwar behaupten einige Geſchichtſchreiber 3), daß Graf Adolf zu Schaumburg den Nettelnberg, vom Reiche, zu Lehn empfangen habe. Gleichwie es aber dabey an allen Beweiſen fehlt: ſo iſt auch das Vorgeben, eines neuern Schriftſtellers 4), als ob Heſſen, im Jahr 1650, bey der Reichslehn-Empfängniß, auch die Grafſchaft Schaumburg zu Lehn empfangen habe, anderwärts 5), umſtändlich, widerlegt, und auſer Zweifel geſetzt worden, daß die Grafſchaft Schaumburg, noch jetzt, ein wahres Reichs-Allodium iſt.

1) STRUV de allodiis Imperii, §. 87, p. 286. ſeq. STUCKII Conſilia, Conſ. 26, n. 25. ITTER de feudis Imperii. p. 420. Electa iuris publici, T. IV p. 16, 37—42.

2) Electa iuris publici, l. c. p. 42.

3) HERMANNUS A LEERBECKE in chron. Comit. Schauenb. in MEIBOMII Script. rerum Germ. T. I, p. 497. Spangenbergs Holſtein-Schaumburgiſche Chronik, L. 1. C. 4.

4) Teuthorns ausführliche Geſchichte der Heſſen, B. 10, S. 375, u. f.

5) Ledderhoſe kurze Darſtellung des Anfalls der Grafſchaft Schaumburg, an Heſſen-Caſſel, durch den Weſtphäliſchen Frieden, §. 10. in Deſſen kleinen Schriften, B. 2, S. 186, u. f.

§. 3.

Ein Theil der Grafſchaft wurde lehnbar, 1) in Anſehung des Fürſtlichen Hauſes Heſſen.

So richtig nun die Allodial Eigenſchaft der ganzen Grafſchaft, in Anſehung des Reichs, iſt: ſo gewiß iſt es, daß die ehemaligen Grafen zu Schaumburg, allmählig, Vaſallen anderer Reichsſtände, in Anſehung eines großen Theils ihrer Grafſchaft geworden

worden ſind. So haben die Grafen Anton und Johann von Schaumburg, im Jahr 1518, dem Herrn Landgrafen Philipp dem Großmüthigen, die Schlöſſer Rodenberg, Arnsburg und Hagenburg, nebſt allen Zubehörungen, Leuten und Gerichten, zu Lehn aufgetragen. In dem, am Montage nach dem Fronleichnamsfeſt gedachten Jahrs, darüber aufgeſtellten Lehnbriefe, wurde ausgemacht, daß die Grafen gedachte Aemter, als rechtes Mannlehn, für ſich, und ihre männliche Leibeslehnserben, vom Hauſe Heſſen, recognoſciren ſollten, und dieſem Fürſtlichen Hauſe nicht nur die Huldigungs-Einnahme, in jenen Aemtern; ſondern auch die Oefnungs-Gerechtigkeit, in der Grafſchaft überhaupt, vorbehalten. Zugleich wurde verglichen, daß, im Fall die Grafen zu Schaumburg ausſterben würden, ſothane Schlöſſer zwar demjenigen zufallen ſollten, welcher ſodann Herr der Grafſchaft werden würde; jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß alsdann der künftige Beſitzer ſich, in Anſehung der übrigen Schlöſſer und Beſitzungen, in der ganzen Grafſchaft, an das Heßiſche Haus verſchreiben ſollte. Geſchähe es, endlich, daß die Heßiſchen Länder getheilt, oder auf andere Fürſten gebracht würden: ſo ſollten, jenem Lehnbrief zufolge, die Grafen zu Schaumburg, bey demjenigen Herrn verbleiben, welchem das Nieder-Fürſtenthum zufallen würde 1).

1) Ledderhoſe Beyträge zur Beſchreibung des Kirchenſtaats, der Heſſen-Caſſeliſchen Lande, S. 418. Ebendeſſelben kleine Schriften, B. 2. S. 145, und 197, u. f.

§. 4.

2) In Anſehung des Hauſes Braunſchweig-Lüneburg.

Gleichergeſtalt empfing Graf Otto V, vom Herzog Erich dem jüngern, zu Braunſchweig Lüneburg, wegen der demſelben geleiſteten treuen Dienſte, das Haus und Amt Lauenau, mit allen Zugehörungen, zum Mannsſtammlehn, wogegen aber derſelbe ſeine Erbhäuſer Bokelo und Mesmerode, mit allem Zugehör, hinwiederum, dem Hauſe Braunſchweig-Lüneburg, in der Eigenſchaft wahrer Erbmannlehen, zu Lehn aufzutragen ſich bewogen fand 1).

1) Dollens kurzgefaßte Geſchichte der Grafſchaft Schaumburg, S. 194. Ebendeſſelben Beyträge zur Geſchichte der Grafſchaft Schaumburg. Th. 2, S. 23. u. f.

§. 5.

3) In Anſehung des ehemaligen Biſthums Minden.

Endlich behaupteten auch die ehemaligen Biſchöfe von Minden, daß ein beträchtlicher Theil der Grafſchaft Schaumburg, von dieſem Hochſtift, zu Lehn gehe. Namentlich heißt es im Lehnbriefe des Biſchofs Franz von Minden, d. d. am Montag nach aſſumtionis Mariæ 1527 1), daß derſelbe den Wohlgebohrnen, und Edlen Grafen, Joſt von Schaumburg belehnt habe:

> mit den hierna Geſchreven, Schlöten, Städten, Tegenden vn andern Gudern, als nemlich das Schlot Schomberg ſamt den Indagine, Gräven Alfeshagen, & oppido Rinteln, dimidietate caſtri Arnheimb, ſeptuaginta ſeptem decimis, & aliis bonis feudalibus pertinentibus ad prædicta, *aliisque quæ ignoramus*, inſuper cum caſtro Sachſenhagen, quod prædeceſſores ſui a prædeceſſoribus noſtris eccleſia noſtra Mindenſi habuerunt, cum omni iure.

Alle dieſe dem Gräflichen Hauſe verliehene Güter hatten die Eigenſchaft eines wahren Erbmannlehns an ſich, daher ſowohl in dieſem, als im ältern Lehnbriefe, von 1501 2), verabredet worden, daß ſolche jederzeit vom Aelteſten des Gräflichen Stamms, für ſich, und ſeine gräflichen Stammvettern, zu Lehn empfangen werden ſollten.

1) Conf. Acta, ſowohl extraiudicialia, als iudicialia, in Sachen die Mindiſche Lehen betreffend. (Rinteln 1615. fol.) p. 63.

2) Cit. Act. Mindenſia, p. 62.

§. 6.

Abſterben der Grafen zu Schaumburg.

Das uralte Geſchlecht der Grafen von Schaumburg, deſſen Stammvater, Adolf I, Herr von Sandersleben und Schackensleben, ein Sohn des Grafen Carl von Mannsfeld, und ein Enkel des Markgrafen Riddag, mithin, unſtreitig, von hohem Adel war 1), erloſch, in der erſten Hälfte des ſiebzehnten Jahrhunderts. Eine genaue Unterſuchung der Geſchlechtsfolge dieſes gräflichen Hauſes gehört eben ſo wenig, an gegenwärtigen Ort, als die Erzählung der, von ſelbigem geſchehenen, Erwerbungen 3), der Grafſchaften Holſtein, Stormarn, und Sternberg, und der Herrſchaft Gehmen, wovon die erſte die nächſte Veranlaſſung war, daß Graf Ernſt, im Jahr 1619 4),

vom

vom Kaiſer Ferdinand II, in den Reichsfürſtenſtand erhoben wurde. Man findet daher nur näher zu bemerken nöthig, daß es Graf Otto IV war, der, am 15ten Nov. 1640, in Bückeburg, ſtarb, und den Schaumburgiſchen Mannsſtamm beſchloß.

1) S. Gebhardi Hiſtoriſch-genealogiſche Abhandlungen. Michaelis Einleitung zu einer vollſtändigen Geſchichte der Kur- und Fürſtlichen Häuſer in Teutſchland, Th. 2, S. 450.

2) Bierling de familia Comitum Holſato-Schaumburgicorum extincta; in Kuchenbeckers Analectis Haſſiacis, Coll. 8, p. 393.

3) Dollens kurzgefaßte Geſchichte der Graſſchaft Schaumburg, S. 135. u. f.

4) Lünigs Reichs-Archiv, B. 10. S. 58.

§. 7.

Das Haus Braunſchweig-Lüneburg bekommt das Amt Lauenau, und andere Beſitzungen der Grafen.

Graf Otto VI hinterließ, da er ohne Teſtament verſtorben war, als einzige Inteſtat-Erbin, ſeine Frau Mutter Eliſabeth, des Grafen Simon von der Lippe Tochter, welche auch ſo fort von der ganzen Nachlaſſenſchaft ihres Sohns Beſitz ergriff 1). Dieſe wurde derſelben auch, in Anſehung des Allodial-Nachlaſſes, von niemanden ſtreitig gemacht. Da aber ein großer Theil derſelben Lehn war, oder wenigſtens, als ſolches in Anſpruch genommen wurde: ſo iſt natürlich, daß die ganze Erbſchaft dadurch ſehr zerſtückt werden mußte. Den Anfang dazu machte das Haus Braunſchweig-Lüneburg, welches die Aemter Lauenau, Bokelo und Mesmerode, als eröffnete Lehen, (§. 4.) in Beſitz nahm. Nun wurde zwar noch im Münſteriſchen Nebenreceß 2), vom 20ten Julius 1647, feſtgeſetzt, daß man ſich alle Mühe geben wolle, ſolche Aemter, für das Fürſtliche Haus Heſſen, und den Grafen Philipp von der Lippe, vom Hauſe Braunſchweig, wieder zu erhalten: dieſes aber war dazu ſchlechterdings nicht zu bewegen. Es wurde daher endlich, den 1ten October 1647, zwiſchen dem Herzog Chriſtian Ludewig von Braunſchweig-Lüneburg, der Landgräfin Amelie Eliſabeth, und dem Grafen Philipp von der Lippe, ein Hauptvergleich 3) dahin abgeſchloſſen, daß beſagte Aemter dem Hauſe Braunſchweig verbleiben ſollten. Die Anſprüche, welche Braunſchweig-Lüneburg, auf die Stadt Oldendorf, und die Vogteyen Fiſchbeck und Lachem, als urſprünglich Braunſchweigiſche Lehen der Grafen von Wunſtorf, die, mit lehnherrlichem Conſens,

an die Grafen von Schaumburg, pfandsweiſe, gekommen waren 4). kraft eines, zwiſchen Herzog Erich, und dem Grafen Otto V, am 16ten April 1573, errichteten Vergleichs 5), machte wurden, durch eine Theilung gehoben Braunſchweig-Lüneburg erhielt die Dörfer und Höfe: Halversdorf, Haverbeck, Scheffelſtein, Herkendorf, Rodenbeck, Denneckerbrück, Poſteholz, Egge, Warenthal, Hemmeringen und Lachem; Heſſen-Caſſel aber bekam den übrigen Theil jener beyden Vogteyen, nebſt der Stadt Oldendorf, zwar eigenthümlich; jedoch mit Vorbehalt eines Rückfalls an Braunſchweig. Falls nemlich der Mannsſtamm des Landgrafen **Wilhelm** VI erlöſchen würde, ſollte der an Heſſen abgetretene Theil der Fiſchbecker Vogtey, mit denen, in jenem Vertrag, von 1573, beſtimmten Gerechtigkeiten und Zugehörungen, an den Herzog von Braunſchweig zurückfallen, der alsdann, im Fürſtenthum Calenberg, regieren würde. Würde auch nachher, die männliche Nachkommenſchaft der Fürſtlich-Heſſen-Rotenburgiſchen Linie ausſterben: ſo ſollte die Stadt Oldendorf und alles übrige, was im Vertrag von 1573 enthalten iſt, an Braunſchweig zurückfallen. 6).

Seit dieſer Zeit iſt Braunſchweig-Lüneburg im Beſitz der vorhin namentlich angeführten Stücke geblieben; und es ſind die darinn befindlichen Stände, im Jahr 1701, dem Hamelſchen Quartier, des Fürſtenthums Calenberg, einverleibt worden 7).

1) Acta Mindenſia, p. 23. ſqq.

2) In Dollens Geſchichte der Grafſchaft Schaumburg, S. 229. ſqq.

3) Er befindet ſich in v. Meiern actis pacis Weſtphalicæ, P. V. p. 636, und beym Dollen a. a. O. S. 236. ſqq.

4) Dollens kurzgefaßte Geſchichte der Grafſchaft Schaumburg, S. 195.

5) Er iſt abgedruckt, in v. Meiern actis pacis Weſtphalicæ, P. 6, p. 412, u. f. und bym Dolle a. a. O. S. 198.

6) Auſer den, in der 3ten Anmerkung, angezogenen Schriftſtellern, S. Ledderhoſe Beyträge zur Beſchreibung des Kirchenſtaats der Heſſen-Caſſeliſchen Lande, S. 427, und Ebendeſſelben kleine Schriften, B. 2, S. 169.

7) Scheids Anmerkungen über Moſers Braunſchweig-Lüneburgiſches Staatsrecht St 397. Büſchings Erdbeſchreibung, Th. 3. B. 3. S. 254.

§. 8.

§. 8.

Anſprüche des Bisthums Minden.

Zu gleicher Zeit ließ das Hochſtift Minden die Aemter Schaumburg, Sachſenhagen, Stadthagen 1), und, nicht lange nachher, auch das Amt Bückeburg 2), als eröfnete Stiftslehen, in Beſitz nehmen. Die verwittwete Gräfin Eliſabeth wirkte zwar, am 16ten April 1641 3), ein mandatum de reſtituendo & non amplius turbando, S. C. gegen Minden, am Kaiſerlichen Reichs-Cammergericht, aus: allein in dem zur Paritionsanzeige anberaumten Termin, ſchützte das Hochſtift die Prävention vor, weil die Sache, vor ausgewirktem Mandat, bereits am Reichshofrath anhängig gemacht worden 4), wo ſogar der Biſchof, am 11ten Oct. 1641, ein Manutenenz-Decret erlangte 5). Auf dieſe Anzeige hob das Reichs-Cammergericht, jenes, der Gräfin ertheilte Mandat wieder auf 6), und verwies ſie an den Reichshofrath. Die Gräfin machte nun zwar, hier, ihre Sache anhängig, weil aber damals Schweden das Hochſtift Minden beſetzt hielt: ſo ſchickte ſie ihren Bruder, den Grafen Philipp von der Lippe, nebſt einem Rinteluſchen Rechtslehrer, nach Stockholm, welche, am 17ten October 1642 7), einen Befehl an die Schwediſchen Räthe in Minden auswirkten, daß der Gräfin der Beſitz der eingezogenen Stiftslehen wieder eingeräumt werden ſolle. Hierauf nahm die Gräfin, für ſich, und ihren Bruder, welchem ſie, immittelſt, die Grafſchaft Schaumburg, jedoch unter Vorbehalt der Mitregierung, und des Niesbrauchs, geſchenkt hatte 8), die Huldigung ein: allein im Jahr 1646 kam die Sache wiederum in eine andere Lage. Es erfolgten zwey Reichshofraths Decrete, in deren einem das Manutenenz-Decret, für Minden, beſtätigt, und im andern der Gräfin der Proceß ganz abgeſprochen wurde 9). Die Sache wurde hierauf ein Gegenſtand der Weſtphäliſchen Friedenshandlungen, wo es dann, endlich, dahin kam, daß im Weſtphäliſchen Frieden 10), nebſt anderen, dem Hochfürſtlichen Hauſe Heſſen-Caſſel, bewilligten Satisfactionen, die Mindiſche Forderung gänzlich niedergeſchlagen, und alle Rechte des Hochſtifts auf das Haus Heſſen in folgenden Worten übertragen wurden: „Tertio: Jus directi & utilis dominii in præfecturas Schaumburg, Bückeburg, Sachſenhagen & Stadthagen, Epiſcopatui Mindano ante hoc aſſertum & adiudicatum, porro ad Dominum Wilhelmum, modernum Haſſiæ Landgravium, eiusque ſucceſſores, plenarie in perpetuum, citra ulteriorem dicti Epiſcopatus, aut alterius cuiusvis, contradictionem aut turbationem pertineat, ſalva tamen transactione inter Chriſtianum Ludovicum, Ducem

B Brun-

Brunſvico, Luneburgenſem, & Haſſiæ, Landgraviam, Philippumque Comitem de Lippe, inita, firma etiam manente, quæ inter eandem Landgraviam & dictum Comitem inita eſt, conventione.“

1) Acta Mindenſia, N. 5.
2) Ebendaſelbſt, N. 6.
3) Ebend. N. 17.
4) Ebend. N. 18.
5) Ebend. N. 19.
6) Ebend. N. 22.
7) Ebend. N. 33.
8) S. die Schenkungs-Urkunde in Ledderhoſe kleinen Schriften, B. 2. S. 202.
9) Abts vermiſchte Werke, B. 5, S. 41.
10) *J. P. O.* art. XV. §. 3. *J. P. M.* §. 50.

§. 9.

Vergleich mit Heſſen-Caſſel.

Die Landgräfin Amelie Eliſabeth ließ, gleich nach dem Ableben des Grafen Otto VI, von den eröfneten Lehnämtern: Rodenberg, Hagenburg, und Arnsburg, Beſitz nehmen 1). Als aber die Gräfin Eliſabeth ſich erboth die ganze Grafſchaft Schaumburg, nur die kündlichen Braunſchweigiſchen und Mindiſchen Lehen ausgenommen, an Heſſen, zu Lehn aufzutragen, und, in Beziehung auf den Lehnsauftrag von 1518, (§. III.) um die Belehnung, für ſich, und ihren Bruder Philipp, der ſich mit der Heſſen-Caſſeliſchen Prinzeßinn Sophie vermählt hatte, bath, erhielten beyde am 2ten Oct. 1644, Adj. N. I. die geſuchte Belehnung, über die ganze Grafſchaft Schaumburg, ſo viel davon nicht Braunſchweigiſches, oder Mindiſches Lehn wäre. Lehnherrlicherſeits behielt man ſich, abermals, ſowohl die Oefnungsgerechtigkeit, als die Huldigungs-Einnahme, in der Grafſchaft, vor.

Im folgenden Jahr, 1645, Adj. N. II. kam eine neue Verabredung zu Stande. Inhalts derſelben wurde feſtgeſetzt, daß im Fall von den Allodialſtücken, welche dem Hauſe Heſſen zu Lehn aufgetragen worden, etwas, von einem Dritten, evincirt werden ſollte, und der Graf ſolches, durch ein anderweitiges Aequivalent, nicht erſetzen könnte, alsdann das Hochfürſtliche Haus die vorbemeldeten drey alten Heßiſchen Lehnämter wieder

an ſich zu ziehen berechtiget, und an die neue Belehnung nicht weiter gebunden ſeyn ſollte.

Dieſer Fall trug ſich bereits 1646 zu, da durch das bereits angeführte Reichsgerichtliche Erkänntnis, (§. VIII.) dem Hochſtift Minden die vier übrigen Schaumburgiſchen Aemter, als eröfnete Mindiſche Lehen, zuerkannt wurden.

In dieſer Lage ſtand es freylich im Gutbefinden des Hochfürſtlichen Hauſes, vermöge des angezogenen Vergleichs, da der Graf Philipp kein Aequivalent dagegen anzuſtellen im Stande war, die drey Heßiſchen Aemter, ſo fort, an ſich zu ziehen. Allein der Graf Philipp wandte ſich, in dieſen bedrängten Umſtänden, an die heldenmüthige Frau Landgräfin Amelie Eliſabeth, und erſuchte ſelbige, bey dem damaligen Weſtphäliſchen Friedenscongreß, die Mindiſchen Anſprüche an ſich zu bringen. Dieſe Staats-Unterhandlung geſchah auch mit ſo glücklichem Erfolg, daß die Kaiſerlichen Geſandten, mit Beyſtimmung der Kronen Frankreich und Schweden, jene, durch Urtheil und Recht, dem Stift Minden zuerkannte vier Aemter dem Fürſtlichen Hauſe Heſſen wirklich zuſicherten 2).

1) Sammlung der Heßiſchen Landesordnungen, B. 2, S. 126.

2) PUFFENDORF de reb. Suec. L. 19. §. 102, 131, 175. v. Meiern acta pacis Weſtphalicæ, P. V. S. 610. u. f.

§. 10.

Vertheilung der Grafſchaft.

Hierauf wurde, unter Schwediſcher Vermittelung, den 19ten Julius 1647, zu Münſter, zwiſchen Heſſen-Caſſel und dem Grafen Philipp von der Lippe, der ſo genannte Hauptvertrag geſchloſſen, und den 11ten Auguſt, Adj. N. III. zu Caſſel, ratificirt. Vermöge deſſelben wurde die ganze Grafſchaft in einen gewiſſen Anſchlag gebracht, und davon die eine Hälfte an Heſſen abgetreten, die andere Hälfte aber dem Grafen Philipp, zu rechtem Mannlehn, übergeben. Es heißt ausdrücklich, daß:

> mit dem andern halben Theil von hochermeldeten J. F. G. und dem Fürſtlichen Hauſe Heſſen, Herr Graf Philipps und Ihrer Gnaden eheliche Mannleibeslehnserben, und weiter nicht, zum rechten neuen Mannlehn præfitis præſtandis belehnt werden ſollen.

Falls aber des Grafen Philipp männliche Leibeslehnserben ausſterben ſollten: ſo ſoll die Hälfte der Grafſchaft, ſofort, auf das Haus Heſſen zurückfallen, und beſagtes Hochfürſtliches Haus

daſſelbige, *propria auctoritate*, ohne alle Widerrede, *pleno iure*, einzunehmen, und damit, nach ſeinem Belieben, zu ſchalten und zu walte guten Fug und Recht haben.

Die wirkliche Abtheilung erfolgte darauf, in Gemäsheit des Münſteriſchen Executionsreceſſes, vom 12ten December 1647, Adj N IV. in der Maſe, daß:

a) Heſſen die Aemter Schaumburg und Rodenberg, nebſt den Städten Rinteln, Oldendorf, Obernkirchen und Rodenberg, ſodann ein Stück des Amts Sachſenhagen, nemlich den damaligen Flecken gleiches Namens, und die Dörfer Auhagen und Dudingshauſen,

b) Graf Philipp hingegen die Aemter Bückeburg, Hagenburg, Stadthagen und Arnsburg, den übrigen Theil des Amts Sachſenhagen, und die Städte und Flecken Bückeburg, Stadthagen, Hagenburg, und Steinhude.

überkam.

Hierauf iſt, den 16ten October 1652, die erſte Belehnung geſchehen, und der Lehnbrief ausgefertigt worden, in welchem, eben ſo wie bey den älteren Belehnungen geſchehen, ſich, von Seiten des Lehnherrn; Adj. N. V. die Erbhuldigung in der geſammten gräflichen Hälfte, bey allen und jeden Lehnsrenovationen, von der geſammten Dienerſchaft und Unterthanen, ausdrücklich ausbedungen, ſo wie dem Fürſtlichen Hauſe Heſſen-Caſſeliſcher Linie, auch ein unumwundenes Oefnungsrecht, in den geſammten Schaumburg-Lippiſchen Schlöſſern und Städten, ausdrücklich vorbehalten worden. Auf eben dieſen Fuß, iſt, ſeit dem Jahr 1652, von einem Fall zum andern, in den Jahren 1664, 1671, 1682, 1729, 1731, 1749, 1756 und 1765, der erforderliche Lehnbrief, dem jedesmaligen, nach dem Recht der Erſtgeburt, ſuccedirenden Grafen von Schaumburg-Lippe, ertheilt, auch die Einnahme der Erbhuldigung ebenfalls, Heßiſcher Seits, von einem Fall zum andern, fortgeſetzt worden.

Zweyter Abſchnitt.

Geſchichte der Streitigkeiten über die Succeßionsfähigkeit des verſtorbenen Grafen Philipp Ernſt.

§. 11.

Succeßionsordnung im Gräflichen Hauſe Schaumburg-Lippe.

Ohne ſich in die Erbfolgsordnung der Grafen von der Lippe überhaupt einzulaſſen, iſt unleugbar, daß in der Grafſchaft Schaumburg, unter Kaiſerlicher Auctorität, und Heſſen-Caſſeliſcher lehnsherrlicher Genehmigung, ſchon zu Zeiten des Grafen Philipp, die Erbfolge, nach dem Recht der Erſtgeburt, eingeführt worden 1). Es hat daher auch von der geſammten Ritterſchaft, und den Eingeſeſſenen, die Landeshuldigung, nach dem Recht der Erſtgeburt, geleiſtet werden müſſen. So heißt es z. B. im Formular vom 4ten und 5ten September 1731:

> Ihr ſollet angeloben und ſchwören, daß Ihr dem Hochgebohrnen Grafen — Albrecht Wolfgang — und ſeiner Hochgräflichen Excellenz ehelichen männlichen Leibeslehnserben, und zwar anitzo inſonderheit dero älteſtem, und erſtgebohrnem Sohn — Herrn Georg — und deren künftigen männlichen Leibeslehnserben, in deren Mangel aber Hocherſagt Ihro Hochgräfliche Excellenz zweytem Sohn, dem Herrn Wilhelm — und zwar jederzeit dem Aelteſten, und der älteſten Linie männlichen Leibeslehnserben, nach dem im Gräflichen Hauſe Schaumburg eingeführten, und ſowohl durch Ihro Römiſch-Kaiſerliche Majeſtät, als Sr. Hochfürſtlichen Durchlaucht zu Heſſen, allergnädigſt und gnädigſt confirmirten Recht der Erſtgeburt ꝛc. ꝛc. ꝛc.

wobey es auch bey allen nachher erfolgten Landeshuldigungen geblieben iſt.

1) Moſers Familien-Staatsrecht der teutſchen Reichsſtände B. 1, S. 234. Die Urkunde über die Heßiſche Beſtätigung des Primogeniturrechts findet ſich in Lünigs Reichsarchiv, Spicil. ſecul. T. I. S. 484.

§. 12.

Nachfolger des Grafen Philipp.

Nach dem im Jahr 1681 erfolgten Ableben des Grafen Philipp folgte ihm, in der Regierung, ſein erſtgebohrner Sohn Friedrich Chriſtian († den 13. Jun. 1728.)

ſo wie dieſem deſſen älteſter Sohn, **Albrecht Wolfgang**, welcher den 24ten Sept. 1748 verſtarb; und ſeinen zweyten Sohn, **Wilhelm Friedrich Ernſt**, zum Nachfolger hatte. Dieſer ſtarb, den 10ten Sept. 1777, ohne männliche Erben, und beſchloß alſo die erſtgebohrne Linie der vom Grafen Philipp abſtammenden Grafen.

§. 13.

Nachfolger aus der Alverdißenſchen Linie.

Des Grafen Philipp zweyter Sohn, **Philipp Ernſt**, (geb. den 20ten Dec. 1650.) erhielt, zu ſeiner Erbportion, aus der Grafſchaft Lippe, Haus und Amt Alverdiſſen. Er vermählte ſich mit der Prinzeßin **Dorothea Amelie** von Holſtein Beck († 1739), mit welcher er zwar mehrere Söhne erzeugte; wovon jedoch nur Graf **Friedrich Ernſt** den Vater überlebte. **Friedrich Ernſt** (geb. den 4ten Aug. 1694) iſt es, welcher ſich mit **Philippine Eliſabeth** von Frieſenhauſen, des Kurpfälziſchen Oberſtallmeiſters, Philipp Sigismund von Frieſenhauſen, Tochter, die bey der Mutter des Grafen, als Hof Fräulein, in Dienſten ſtand, am 27ten September 1722, vermählte, und auſſer anderen Kindern, den kürzlich verſtorbenen Grafen **Philipp Ernſt**, erzeugte. Da eben dieſe Vermählung den Grund aller gegenwärtigen Streitigkeiten enthält; ſo iſt es nothwendig deren Geſchichte, und Folgen, kürzlich vorzutragen.

§. 14.

Geſetzwidrige Form der Heyrath des Grafen Friedrich Ernſt.

Der Heyrath des Grafen Friedrich Ernſt fehlte es, gleich anfänglich, an den allgemeinſten rechtlichen Erforderniſſen, einer geſetzmäſigen ehelichen Verbindung. Sie war nicht nur ohne Einwilligung der Eltern deſſelben: ſondern ſo gar gegen deren Willen geſchloſſen. Daß aber dieſe elterliche Einwilligung, auch bey Reichsſtänden, nothwendig ſeye, iſt um ſo weniger zu bezweifeln, da dieſe, in ihren Privatsangelegenheiten, nach dem Recht der Privatperſonen beurtheilt werden 1). Die Eltern des Herrn Grafen hatten auch, um ſo mehr, gegründete Befugniß, ſich einem ſolchen Eheverſpruch ihres Sohns zu widerſetzen, da die von Frieſenhauſen von ſehr zweydeutigem Rufe war. Das Hochfürſtliche Conſiſtorium zu Caſſel, welchem dieſer Fall, in einer, von den Eltern des Grafen, durch einen damit an den Herrn Landgrafen Carl, glorwürdigſten Andenkens, eigends abgefertigten Geſandten, überſchickten ſpecies facti, unter verdecktem Namen vorgelegt worden, ertheilte daher ſein Gutachten 2), den 4ten Junius 1722, dahin:

„daß

„daß ſothane ſponſalia pro nullis & invalidis zu achten, als des Sempro-„nii Vater, wann die Sache vor ein geiſtliches Gericht zur Cognition ge-„deihen ſollte, legitimas diſſenſus cauſas für ſich hätte, ſintemalen Titia „(die von Frieſenhauſen) ſich nicht nur mit anderen, vor wie nach, liederlich „aufgeführt, ſondern ſich auch an des Sempronii Eltern ſehr hart ver-„gangen, und deren Haus, in vielerley Wege, beſchimpft; ja ſo gar, da „dieſelbe, ihrer leichtfertigen Aufführung halber, von dem Sempronio ent-„fernt worden, ihn dannoch in ihre Netze zu ziehen geſucht, ferner: weil ſie „allerhand gefährliche Menées zur Hand genommen, und was das meiſte „iſt, ihn gegen ſeine Eltern angehetzt, und ſelbige, zu Erhaltung ihres „Zwecks, zu narren, und des kindlichen Gehorſams zu entziehen, Anſchläge „gegeben."

Gleichergeſtalt war es ein geſetzwidriges Unternehmen des Grafen, daß er die Einwilligung des Herrn Landgrafen Carl, zu ſeiner Heyrath, gänzlich hintanſetzte. Der Graf ſtand damals, als Hauptmann, bey dem löblichen von Wuttginauiſchen Regiment, in Heſſen-Caſſeliſchen Kriegsdienſten. In dieſer Rückſicht erforderte es mithin die Schuldigkeit des Grafen, die Einwilligung des Herrn Landgrafen Carl, als ſeines höchſten Chefs und Landesherrn, zu ſeiner Heyrath, zu ſuchen, da ſowohl das gemeine teutſche Kriegsrecht 2), als das Heßiſche insbeſondere, dieſelbe ſchlechterdings nothwendig machen. Gleichwohl hat gedachter Graf Friedrich Ernſt dieſen Conſens nicht allein nicht geſucht: ſondern ſich ſo gar, auſſer Lands, auf dem Kur-Braunſchweigiſchen Amt Rehburg, im Hauſe des dortigen Amtmanns, eines Verwandten der von Frieſenhauſen, trauen laſſen.

Es ergiebt ſich mithin, daß die Ehe des Grafen, in beyden Geſichtspuncten, nichts weniger als der Vorſchrift der Geſetze gemäß war.

1) Stryk in uſu mod. Pand. diſcuſſ. præt. §. 41. de Werner P. I. obſ. 85. Moſers Staatsrecht, B. II. S. 197. ſqq. v. Selchow Rechtsfälle, B. II. reſp. 35.

2) Gnügens Einleitung in das teutſche Kriegsrecht, Cap. 15. §. 238. u. f. Kirchhofs Abhandlung von Soldatenrechten, S. 4. §. 4. S. 214. u. f. Vergleiche hierbey den ähnlichen Fall, in Pütters Rechtsfällen, B. 3. T. 1. S. 6. u. f.

§. 15.

§. 15.

Graf Friedrich Ernſt folgt ſeinem Vater, in der Succeßion des Hauſes Alverdiſſen, und tritt Alverdiſſen ſeinem Sohn, Grafen Philipp Ernſt, ab.

Während dem daß Graf Friedrich Ernſt ſich vergeblich bemühte, mit ſeinen Eltern, ausgeſöhnt zu werden, gieng deſſen Vater, Graf Philipp Ernſt, 1723, mit Tode ab. Die Streitigkeiten im Gräflichen Hauſe, wegen der Heyrath des Grafen, beruhten nun zwar auf ſich, und Graf Friedrich Ernſt folgte ſeinem Vater in der Succeßion des Hauſes Alverdiſſen; Heſſen-Caſſel aber ſah die Heyrath des Grafen für eine Misheyrath an, und Landgraf Carl war unabläßig bedacht, in dieſer Rückſicht die Gerechtſamen ſeines Hauſes, für die Zukunft, zu wahren.

Graf Friedrich Ernſt fand ſich bewogen, ſchon im Jahr 1749, ſeinen Antheil an der Grafſchaft Lippe an ſeinen und der von Frieſenhauſen älteſten Sohn, den jüngſtverſtorbenen Grafen Philipp Ernſt, abzutreten.

Die Abſicht hierbey war, unſtreitig, auf künftige Erbfolge des Hauſes Lippe-Alverdiſſen, in der Grafſchaft Schaumburg, gerichtet. Graf Wilhelm von Schaumburg-Lippe war unbeerbt; und alſo die Alverdißiſche Deſcendenz, auf deſſen Todesfall, der wahrſcheinliche nächſte Erbe, ſo bald deren Ebenbürtigkeit auſer Zweifel ruht. Inzwiſchen waren auch die beyden in der Gräflich Alverdißiſchen Linie vorhandene Söhne Philipp Ernſt (gebohren 1723) und Johann Wilhelm (geb. 1735) annoch unvermählt. Die eingeſchränkten Umſtände dieſes Hauſes ließen keine Vermählung zu. Um jedoch den Anfall der halben Grafſchaft, an den Hochfürſtlichen Heßiſchen Lehnhof, möglichſt, zu verhindern, ſuchte man, von Bückeburg aus, die Vermählung des Grafen Philipp Ernſt, mit einer Prinzeßinn, aus einem angeſehenen Fürſtlichen Hauſe, zu befördern, und zu dem Ende den Grafen Friederich Ernſt zu Abtretung des Hauſes Alverdiſſen, an ſeinen älteſten Sohn, zu bewegen, worinn man auch ſeine Abſicht glücklich erreichte. Nach vieljähriger Ueberlegung, und nachdem Graf Wilhelm von Schaumburg dem Hauſe Alverdiſſen eine anſehnliche jährliche Unterſtützung, im Fall einer Vermählung, zugeſichert hatte, erfolgte ſelbige, den 6ten May 1756, mit der Prinzeßinn Erneſtine Albertine, Herzogs Ernſt Auguſt, von Sachſen-Weimar Tochter. Aus dieſer Ehe wurden zwar zween Söhne, Carl Wilhelm Friedrich Ernſt (1759), und Georg Carl Friedrich Ludwig (1760) gebohren, welche beyde aber der Vater überlebte, in-

indem jener, im Jahr 1780, dieſer aber ſchon im Jahr 1776, unbeerbt mit Tode abgieng.

§. 16.

Heſſen-Caſſel beſtreitet die Lehnsfähigkeit des Hauſes Lippe-Alverdiſſen öffentlich.

Daß die Vermählung des Grafen Friedrich Ernſt, mit der von Frieſenhauſen, gleich Anfangs, von Seiten des Hochfürſtlichen Heßiſchen Hofs, für eine wirkliche Mißheirath angeſehen worden, iſt, aus mehreren Erklärungen des Herrn Landgrafen Carl, unleugbar darzuthun. Weil inzwiſchen damals das regierende Schaumburgiſche Haus annoch mit mehreren männlichen Erben verſehen war, und alſo der Anfall des Lands, an die Alverdißiſche Linie, noch ſehr weit ausſehend war: ſo hielt man es für unnöthig, ſich desfals, zum voraus, zu proſpiciren, und mit förmlichen Widerſprüchen öffentlich aufzutreten, da es zureichend war, ſolches, bey dem wirklich eintretenden, oder näher bevorſtehenden, Succeßionsfall zu thun.

Als aber, nach dem 1748 erfolgten Ableben des Grafen Albert Wolfgang zu Schaumburg-Lippe, die Landesregierung auf deſſen Sohn, Grafen Wilhelm Friedrich Ernſt, fiel, welcher unvermählt war, mithin nunmehr der Anfall der Grafſchaft, an das Haus Alverdiſſen, bevorſtand: ſo hielt ſich der Hochfürſtliche Lehnhof, zu Wahrung ſeiner künftigen Gerechtſame, berechtigt, nähere Vorſicht zu gebrauchen, damit nicht auf jenen Fall, ſolche Seitenverwandte zur Erbfolge gelangen möchten, deren Erbfähigkeit das Hochfürſtliche Haus zu bezweifeln ſich befugt vermeinte. In ſolcher Abſicht wurden in dem, im Jahr 1749, für den Grafen Wilhelm, ausgefertigten Lehnbrief zwar des Grafen Friedrich Ernſt von Schaumburg-Lippe-Alverdiſſen männliche Leibeslehnserben miterwähnt, jedoch dabey das Wort: Succeſſionsfähige, eingeſchaltet. Dies war der unſchuldigſte Ausdruck von der Welt, da es ſich von ſelbſt verſteht, daß, wenn auch im Lehnbriefe bloß männliche Leibeslehnserben angeführt werden, ſelbige dennoch, wenn ſie nicht Succeſſionsfähig ſind, keineswegs zur Lehnsfolge zugelaſſen werden.

Gleichwohl gab dieſes dem Hauſe Alverdiſſen Gelegenheit, gegen das Hochfürſtliche Haus Heſſen, und (wenigſtens zum Schein,) auch gegen das regierende Haus

Schaumburg, mit ſeiner förmlichen Klage hervorzutreten, und dieſe Einſchaltung als eine dem Herkommen, Verträgen, und ſelbſt dem Weſtphäliſchen Frieden entgegen laufende Neuerung auszugeben. Wider alles Erwarten extrahirte auch der Herr Graf Philipp Ernſt, den 1 ten Julius 17 3, wirklich ein Kaierſliches mandatum attentatorum revocatorium, inhibitorium S. C. de non turbando natos Comitis S. R. I. immediati in poſſeſſione vel quaſi nobilitatis avitae, adeoque non mutando tenorem inveſtiturae contra transactionem pace Weſtphalica confirmatam, et antiquam formam litterarum inveſtiturae, nec via facti, ſed juris, procedendo.

Nun wurden zwar, von Seiten des Hochfürſtlichen Hauſes, dieſem höchſten Kaiſerlichen mandato S. C. exceptiones fori declinatoriae, ſub- et obreptionis u. ſ. f. entgegen geſetzt; allein ohne Erfolg. Es erfolgte vielmehr darauf, den 9ten May 1754, eine Paritoria, und wurde ſogar die Manutenenz-Commißion auf die Kraisausſchreibenden Fürſten des Weſtphäliſchen Kraiſes, zum Vortheil des Grafen Philipp Ernſt, erkannt.

Damit indeſſen dieſe Reichshofraths-Reſolutionen nicht für Final-Entſcheidungen angeſehen werden möchten; ſo wurde dem Hochfürſtlichen Hauſe das Petitorium, bey Kaiſerlicher Majeſtät, als alleinigem und höchſtem iudice competente, rechtlicher Ordnung gemäs, zu jeder und aller Zeit, ein- und auszuführen, ausdrücklich, vorbehalten.

Die in Gott ruhenden Herren Landgrafen Wilhelm VIII, und Friedrich II, haben auch dieſen, in poſſeſſorio, ergangenen Erkentniſſen wirklich Genüge geleiſtet, und, gleich nachher, in deren Gemäsheit, die für verfänglich angeſehene Clauſel: Succeßionsfähig, in den folgenden Lehnbriefen, jedoch mit ausdrücklichem Vorbehalt ihres Rechts in petitorio, weggelaſſen, auch darüber Bericht abgeſtattet, welches die Reichshofräthlichen Erkenntniſſe, vom 27ten März 1756 und 11ten März 1757, bezeugen.

§. 17.

Standeserhöhung der von Frieſenhauſen.

Während dieſen Streitigkeiten wandte ſich das Haus Lippe-Alverdiſſen an Kaiſerliche Majeſtät, um die von Frieſenhauſen in den Reichsgrafenſtand erheben zu laſſen. Un-

Unſtreitig hatte man dabey die Abſicht, dadurch, allen künftigen Streitigkeiten, wegen der Lehnsfähigkeit der Alverdißiſchen Deſcendenz, auf einmal, abzuhelfen, falls das Hochfürſtliche Haus Heſſen derſelben, aus dem Begriff einer Mißheirath, dieſerhalb, fernere Zweifel machen ſollte. Um dieſe Abſicht deſto beſſer zu erreichen, übergab man den in den Beylagen angefügten Stammbaum, um vorzuſpiegeln, daß die von Frieſenhauſen von altem ſtiftsbürtigem Adel ſeye, und ihre 16 Ahnen beweiſen könne. Adj. N. VI. Man war auch wirklich hierin glücklich, und das Standeserhöhungs-Diplom wurde, im Jahr 1752, ausgefertigt, und darinn alle in der Supplik, in facto, angeführte Umſtände, wie es gewöhnlich bey Adelsbriefen zu geſchehen pflegt, als erwieſene Wahrheit angenommen. Ob aber dieſe Angaben wirklich wahr ſeyen, und nicht vielmehr dieſes Diplom, durch Anführung falſcher, und Verſchweigung wahrer Umſtände, erſchnellt worden? wird ſich im Folgenden zeigen.

Das Recht der Standeserhöhung iſt zwar, an ſich, als Kaiſerliches Reſervatrecht, auſer allem Zweifel geſezt. So wie aber, nach ausdücklicher Vorſchrift der Wahl-Capitulation (1), dergleichen Dignitäten nur ſolchen, die es vor andern wohl meritirt, ertheilt werden ſollen: ſo iſt auch, nach der bekannten Verordnung (2) jenes Reichsgrundgeſezes, das Recht Standeserhöhungen zu ertheilen, in ſoweit, eingeſchränkt, daß den wohlerworbenen Gerechtſamen Anderer, dadurch, kein Nachtheil zuwachſen darf. Sobald alſo die zur Erlangung einer Standeserhöhung vorgebrachten Urſachen zum Nachtheil eines Dritten gereichen, um, wie es in ſubſtrato der Fall war, dem Hochfürſtlichen Hauſe Heſſen in ſeinem Lehnherrlichen Recht, nur ſtandesmäſige Nachkommen des erſten Erwerbers zur Succeßion zu laſſen, Abbruch zu thun, und wenn auf ſolche erſchlichene Standeserhöhungen ſogar mandata ſine clauſula begründet werden ſollen, alsdann erfordern ſie die genaueſte juriſtiſche Prüfung; und Urtheile, welche auf ſolche cauſſas falſas begründet ſind, können unmöglich beſtehen (3).

(1) Wahl-Capitulation, Art. 22. §. 1.

(2) Art. 22. § 4.

(3) L. 33. D. de re iudicata &c. L. 2. C. ſi ex falſ. inſtrum.

§. 18

Graf Philipp Ernſt wird 1763 in die Mitbelehnung aufgenommen, erhält 1778 die Hauptbelehnung, vermählt ſich mit der Prinzeßinn Juliane von Heſſen-Philippsthal, und ſtirbt.

Als nach Ableben des Herrn Landgrafen Wilhelm VIII, chriſtmildeſten Andenkens, der regierende Graf Wilhelm Friedrich Ernſt von Schaumburg-Lippe-Bückeburg das Lehn muthete, bat Graf Friedrich Ernſt von der Lippe-Alverdiſſen, ſeinen älteſten Sohn, Philipp Ernſt, an ſeinen Plaz, zur Mitbelehnung zu laſſen, und, nebſt der übrigen Alverdißiſchen Deſcendenz, namentlich, in den Lehnbrief einzurücken. Landgraf Friedrich II, glorwürdigſten Gedächtniſſes, willfahrte zwar dem Grafen; jedoch mit ausdrücklichem Vorbehalt der, zu ſeiner Zeit, gehörigen Orts, auszuführenden Lehnherrlichen Gerechtſamen.

Adj. N. VII.

Im Jahr 1777, den 10ten September, ſtarb, mit obgedachtem Grafen Wilhelm Friedrich Ernſt, das regierende Gräflich Schaumburg-Lippe-Bückeburgiſche Haus aus. In der Alverdißiſchen Linie war, kurz vorher, (den 28ten Auguſt 1777), der Graf Friedrich Ernſt auch mit Tode abgegangen, welcher zween Söhne, von der von Frieſenhauſen, den oftererwähnten Grafen Philipp Ernſt, und deſſen noch lebenden blödſinnigen Bruder, Johann Wilhelm, (gebohren 1735) hinterließ. Graf Philipp Ernſt trat alſo, in Gemäsheit des in poſſeſſorio für denſelben ausgefallenen Rechtsſtreits (§. XVI.), die Regierung der halben Grafſchaft Schaumburg, als Erſtgebohrner, (§. XI.) wirklich an. Es wurden demſelben auch, hierinn, von Seiten des Hochfürſtlichen Lehnhofs, keine Hinderniſſe gemacht. Vielmehr erhielt derſelbe den 19ten März 1778, für ſich und ſeine männliche Leibeslehnserben, und, in deren Entſtehung, auch ſein Bruder Johann Wilhelm, die wirkliche Belehnung.

Nach dem unvermutheten Abſterben des von der erſten Gemahlin damals annoch vorhandnen Sohns, Carl Wilhelm Friedrich Ernſt (§. XV.), vermählte er ſich, zum zweytenmal, mit der Durchlauchtigſten Prinzeßinn Juliane von Heſſen-Philippsthal.

Aus dieſer Ehe wurde, außer zwo Töchtern, ein Sohn, Georg Wilhelm (gebohren den 20ten Dec. 1784) erzeugt, welcher annoch am Leben iſt.

Bald

Bald nach dem Tode des höchſtſeligen Herrn Landgrafen Friedrich II, Hochfürſtlichen Durchlaucht, ließ der Graf Philipp Ernſt, den 4ten Auguſt 1786, das Lehnmuthungsſchreiben, an den Hochfürſtlichen Lehnhof, ergehen, und um Anſetzung des Termins, zur Lehnserneuerung, und wirklichen Belehnung nachſuchen; worauf aber keine Antwort ertheilt wurde.

Ehe alſo noch die nachgeſuchte neue Belehnung erfolgte, ſtarb der Herr Graf Philipp Ernſt, den 13ten Februar, 1787.

§. 19.

Heßiſche Beſitzergreifung der halben Grafſchaft.

Auf dieſes unvermuthete Abſterben des Herrn Grafen Philipp Ernſt, hielten ſich Seine des jetztregierenden Herrn Landgrafen Hochfürſtliche Durchlaucht allerdings berechtigt, die halbe Grafſchaft Schaumburg, als ein Höchſtdenſelben eröfnetes Lehn, in Beſitz zu nehmen. Alles, was unter den vorigen Regierungen geſchehen war, und welches als eine würkliche Anerkennung der Succeßionsfähigkeit der Lippe-Alverdißiſchen Deſcendenz angeſehen werden will, war lediglich in Gefolg der erfolgten widrigen poſſeſſoriſchen Erkenntniſſe, keineswegs aber in der Abſicht geſchehen, um die Anſprüche des Heßiſchen Hauſes fahren zu laſſen. So wenig eine ſolche Abſicht, mit Beyſtand der Rechte, vermuthet werden kann, eben ſo ſehr liegt das Widertheil klar am Tage, da die Ausführung dieſer Sache, in petitorio, zu mehrerenmalen ausdrücklich vorbehalten worden. Am wenigſten aber können, wenn ſich auch die Sache anders verhielte, Seiner Hochfürſtlichen Durchlaucht, die von Privat-Erbſchaften hergenommenen Grundſätze, des gemeinen Rechts, im Wege ſtehen. Höchſtdieſelben ſind Dero in Gott ruhendem Herrn Vater, ex pacto et prouidentia maiorum, gefolgt, und wie ſchon nach dieſem, unter dem hohen Adel in Teutſchland allgemein feſtſtehenden principio keinem Zweifel unterworfen iſt, daß auch den entfernteſten Nachkommen des erſten Erwerbers, von deſſen einmal vererbten Güthern und Gerechtſamen nichts, rechtsbeſtändiger Weiſe, entzogen werden mag; ſo tritt auch, wie das alles, im Verfolg, ausgeführt werden wird, noch ein beſonderer Rechtsgrund ein, warum der Höchſtſelige Herr Landgraf Friedrich II, hierunter etwas, zum Nachtheil Höchſtdero Fürſtlichen Hauſes und Nachfolger in der Regierung, zu vergeben nicht vermocht. Des regie-

renden Herrn Landgrafen Hochfürſtliche Durchlaucht hielten daher nicht dafür, daß die in Anſehung Ihrer Höchſten Vorfahren ergangenen Reichshofrathserkenntniſſe, auch gegen Höchſtderoſelben eigene Perſon, die Rechtskraft beſchritten hätten.

Lediglich in dieſer Rückſicht, und kraft des dem Hochfürſtlichen Hauſes Heſſen, ausgeführtermaſen, ſeit Jahrhunderten, zuſtehenden Rechts der Oefnung und Huldigungseinnahme in der Grafſchaft Schaumburg, glaubten Sich Höchſtdieſelben befugt einige Truppen in die Grafſchaft einrücken, und ſich, von den geſammten Unterthanen, die in den alten Verträgen beſtimmte Huldigung leiſten zu laſſen.

Seine Hochfürſtliche Durchlaucht haben, wie es die Frau Fürſtin ſelbſt, wird anerkennen müſſen, bey der Beſitznehmung, ſolche auſſerordentliche Mannszucht halten laſſen, daß es zu keinem Auflauf, oder nur den geringſten Händeln und Blutvergießen, gekommen iſt.

Da alſo Höchſtdieſelben ſo wenig die Abſicht gehabt haben, den Landfrieden zu brechen, daß vielmehr die ganze Beſitzergreifung bloß in der Abſicht, die Rechte Höchſtderoſelben Hauſes zu behaupten, geſchehen iſt, iſt von ſelbſt einleuchtend, wie wenig ſolche, mit rechtlichem Grund, für einen Landfriedensbruch ausgegeben werden kann, da es an der Haupteigenſchaft eines Landfriedensbruchs, dem deſtinato animo frangendi pacem publicam, gänzlich mangelt, ohne dieſen aber keine Klage, wegen gebrochenen Landfriedens, Statt findet (1).

Da inzwiſchen von Ihro Kaiſerlichen Majeſtät die Sache anders angeſehen worden: ſo haben ſich Seine Hochfürſtliche Durchlaucht ſofort entſchloſſen, in Entſtehung gütlicher Auskunft, wozu Höchſtdieſelben, gleich Anfangs, bey der Beſitzergreifung, die uneigennützigſten, den Werth der Grafſchaft faſt überſteigenden Vorſchläge gethan, einen andern Weg einzuſchlagen, mithin es Ihrer Würde gemäß erachtet, das Land völlig wieder zu räumen, Ihre Kriegsvölker daraus zurückzuziehen, und dadurch dem ganzen Reich einen überzeugenden Beweis Ihrer Mäſigung, und unbeſchränkten Liebe zum Frieden, zu geben.

Inzwiſchen nehmen Seine Hochfürſtliche Durchlaucht nunmehr auch keinen Augenblick Anſtand, die Ihrem Hochfürſtlichen Hauſe vorbehaltene Klage, gehörigen Orts, einzuführen, und zugleich dem Publico in gegenwärtigem Aufſatz die Grün-

de

de vorzulegen, worauf, bey der Lage der gegenwärtigen Sache, die Rechte des Hochfürſtlichen Hauſes, auf die halbe Grafſchaft Schaumburg, begründet ſind.

(1) BLUM proceſſus cam. t. 29. n. 39. ſqq. De LUDOLF ius cam. p. 52. Einleitung in den Reichshofrathsproceß, S. 356. ſqq.

Zweyter Theil.

Von der

Succeßions-Unfähigkeit

der jetzigen Alverdißiſchen Linie in Anſehung der Grafſchaft Schaumburg.

20.

Uebergang zur Hauptausführung.

Die Materie von ungleichen Ehen, beſonders unter Reichsſtänden, iſt, vorzüglich im gegenwärtigen Jahrhundert, von einer ſo großen Anzahl Publiciſten und Germaniſten (1) bearbeitet worden, daß es faſt unmöglich ſeyn dürfte, darüber annoch ein neues Licht zu verbreiten. Eben ſo bekannt iſt es aber auch, daß, ſowohl die Gelehrten, als die Geſchichte, über den Begriff der Mißheirathen, oder ungleichen Ehen, und die Wirkungen derſelben, in Ausſchließung der daraus erzeugten Kinder, ſehr von einander unterſchieden ſind. Inſonderheit iſt die Frage: ob die Heirath eines Kurfürſten, Fürſten, oder alten Reichsgrafen, mit einem Fräulein aus einem altadelichen Hauſe, für eine Mißheirath anzuſehen ſeye? (2) außerordentlich beſtritten worden. Seine Hochfürſtliche Durchlaucht glauben Sich, gleich Dero, in Gott ruhenden Herrn Vater und Großvater, berechtigt, ſolche zu bejahen, und darauf die Unebenbürtigkeit der jetzigen Lippe-Alverdißiſchen Linie, und deren Succeßionsunfähigkeit in die halbe Grafſchaft Schaumburg zu begründen. Da die für das Hochfürſtliche Haus desfalls ſtreitende Gründe allgemein bekannt ſind; ſo kann man ſich in deren Ausführung etwas kürzer faſſen.

(1) Sie ſind in J. H. C. von Selchow Elementis iuris Germ. §. 429. wie

wie auch in deſſen iure privato Principum, §. 502. ſqq. und in J. St. Pütters primis lineis iuris privati Principum ſpeciatim Germaniae, edit. 2. 1779. §. 23. p. 40. ſqq. angeführt worden. Nur verdienen dabey noch folgende Schriften genannt zu werden: a) (J. H. Wolfarts) Documentirte Unterſuchung der Frage: ob mit den Hanauiſchen oder andern — alten Herren die heutige Ritterhauptmannſchaft — inſonderheit die unlängſt ausgeſtorbene von Carben in Vergleichung zu ſtellen ſeyen? (Hanau) 173?. fol. b) Die beſtätigte Hoheit der Fürſten, Grafen und Herren des teutſchen Reichs, gegen die eingebildete Prärogative des gemeinen Adels, in rechtlicher Mißbilligung und allerhöchſtrichterlichen Vernichtung, der zwiſchen Perſonen des erſten und letztern, auch dieſem in ſo fern gleichgeachteten bürgerlichen Standes, unverfangenden gleichen Heirathen. Frfrt. 1747. 4. c) J. G. Eſtors Beweis des großen Unterſchiedes zwiſchen dem hohen und niedern Reichs- und landſäßigen Adel — auch daher entſpringenden Mißheirathen. Marburg, 1751. 4.

(2) C. C. Kanne de nuptiis Comitum et Baronum ob conjugis conditionem inaequalem iniuſtis. Lipſ. 1769. 4.

§. 21.

Gegen wen dieſe Ausarbeitung gerichtet ſeye?

Der letztverſtorbene Graf Philipp Ernſt hat einen Bruder, Johann Wilhelm, und einen Sohn, Georg Wilhelm, hinterlaſſen (§. XVIII.). Dieſer allein, und die Frage: ob derſelbe für ebenbürtig und Succeßionsfähig zu achten ſeye? iſt der Gegenſtand der gegenwärtigen Abhandlung; obgleich freylich eben die Gründe, welche dem einzigen Sohn des verſtorbenen Herrn Grafen entgegen ſtehen, auch deſſen Oheim, dem Grafen Johann Wilhelm, entgegen ſtehen. Letzterer iſt zwar, ſeit 1783, mit der Gräfin Caroline Friderike Luiſe von Löwenſtein-Wertheim vermählt; ſeine Gemahlin aber hat ihn, ſchon ſeit geraumer Zeit, verlaſſen, ohne Kinder mit demſelben erzeugt zu haben. Vielmehr hat ſie ihren Gemahl, der überall, ſeiner Blödſinnigkeit halber, billig nicht zum Eheſtand hätte gelaſſen werden ſollen, einer gänzlichen Untüchtigkeit zum Eheſtand beſchuldigt. Ohne jedoch in die, wirklich romanhafte, Geſchichte dieſer Ehe hineinzugehen, iſt es zureichend zu bemerken, daß ſich dieſer Herr in einer ſo unglücklichen Gemüths-

müthsbeſchaffenheit befindet, daß, falls der Sohn des letzten Grafen auch verſterben ſollte, und man auch über die Unebenbürtigkeit, des Grafen Johann Wilhelm, hinaus gehen könnte, ſeine Blödſinnigkeit und unglückliche Gemüthseigenſchaften, denſelben, zu Antritt des Lehns, ſo wie zur Regierung von Land und Leuten, gänzlich unfähig machen würden, und man einen ſolchen Vaſallen Seiner Hochfürſtlichen Durchlaucht niemals würde aufdringen können. Höchſtdieſelben ſind bereit, nöthigenfalls, dieſe Umſtände, Actenmäſig, zu beweiſen, und finden daher für unnöthig, vor der Hand, von denſelben, gegenwärtig, auch nur ein Wort, hinzuzufügen.

Erſter Abſchnitt.

Allgemeine Gründe gegen die Erbfähigkeit des Sohnes des letzten Grafen.

§. 22.

Allgemeiner Haß der Teutſchen gegen ungleiche Ehen.

Kein Volk in Europa hat, ſo weit die Geſchichte reicht, den Unterſchied der Stände, ſo genau, ſo pünctlich, beobachtet, als die Teutſchen (1). Kein Volk hat mit dem Adel ſolche vorzügliche Prärogativen verknüpfet, als die Teutſchen (2). Inſonderheit aber läßt ſich mit Wahrheit behaupten, daß keine einzige Europäiſche Nation ihrem Fürſtenſtand, und hohem Adel überhaupt, ſolche große Vorzüge beygelegt habe, als es in Teutſchland geſchehen iſt, daher es auch unſchicklich ſeyn würde, unſere teutſche Fürſten mit den Herzogen, Grafen u. ſ. f., anderer Europäiſchen Reiche, in Vergleichung zu ſtellen (3). Aus dieſem Grunde iſt daher auch der teutſche Adel, von jeher, für die Erhaltung ſeiner Vorzüge auſerordentlich beſorgt, und darauf eiferſüchtig geweſen (4). Und in eben ſolcher Rückſicht hat man auch, mit Recht, die Mißheirathen zwiſchen Perſonen verſchiedenen Standes, für äuſerſt verhaßt angeſehen (5), und theils die Todesſtrafe, theils andere empfindliche Strafen darauf geſetzt (6).

(1) S. die Abhandlung des Abbé de Gourcy, quel fut l'état des perſonnes en France ſous la première & la ſeconde race de nos Rois? à Dijon 1769. 8. und G. D. Aland de ſtatu hominum apud veteres Germanos. Diſſ. I. Lipſ. 1745. II. 1747.

(2) I. P. Kress de privilegiis agriculturae. c. 2.

(3) I. T. Scheffer de inſignibus præeminentiis Principum Germaniae prae aliis Principibus Europae. Tüb. 1733.

(4) D. H. Kemmerich de inſtitutis Germanorum, ſplendorem familiae concernentibus.

(5) I. G. Estor de odio Germanorum erga matrimonia inaequalia. Ien. 1740.

(6) Io. Ge. Cramer de iuribus et praerogativis nobilitatis avitae. c. 3. §. 1. p. 116. ſqq.

§. 23.

Namentlich in Anſehung der Ehen zwiſchen dem hohen und niedern Adel.

Urſprünglich ſind freylich, auſer dem Königlichen Hauſe nur Fürſten, Grafen, und die Perſonen vom alten Herrenſtande, zum teutſchen Adel gerechnet worden. Unleugbar iſt es auch, daß die Familien, denen man heut zu Tage den Namen des niedern Adels beylegt, urſprünglich blos die Benennung der Freygebohrnen, und, von ihrem Dienſt im Felde, den Namen der Ritterbürtigen erhalten haben (1). Endlich legten ſich ſelbige, im vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert, den Namen des Adels bey; ſie wurden aber, zum Unterſchied vom eigentlichen alten teutſchen Adel, mediocriter nobiles, minores nobiles u. ſ. f. genannt (2). Und noch im Anfang des ſechzehnten Jahrhunderts haben ſich Schriftſteller über die Ausdehnung des Namens adelich auf die ritterbürtigen Geſchlechter, als eine unerlaubte Neuerung beſchweret (3); obgleich dieſe, im Grund, durch dieſen neuen Titel, nicht mehrere Rechte erhalten haben, als ſie ſchon vorher, unter der Benennung ritterbürtiger Familien, gehabt und beſeſſen hatten. Der Unterſchied zwiſchen dem nunmehr ſo genannten hohen Adel, und dem niedern, fällt jedem in die Augen. Der hohe Adel hatte größtentheils Sitz und Stimme auf den Reichsverſammlungen (4); der niedere Adel nicht. Der hohe Adel hatte den größten Theil des niedern Adels, als Lehnmänner und Dienſtleute, in ſeinem Dienſt, und dieſer mußte jenem das Prädicat gnädiger Herr beylegen, und bekam weit geringere Titulaturen von jenem zurück. Der Abſtand von beyden iſt alſo augenfällig,

fällig, wenn man auch nicht einmal auf die Größe der Macht, und den beträchtlichen Umfang von Ländern, welche der hohe Adel beſaß, Rückſicht nehmen wollte (5). Beyde mußten ſich auch, in ſolchem Betracht, natürlicher Weiſe, als Perſonen verſchiedenen Standes und Rangs, betrachten (6). Es iſt alſo nicht zu verwundern, daß der hohe Adel ſich ſcheuete, ſich mit Perſonen aus dem niedern Adel zu verheirathen, zumal da dieſer größtentheils in der Miniſterialität, als einer Art von Dienſtbarkeit, ſtand, und daher eine ſolche Heirath die verdrießlichſten Folgen, in Anſehung der Kinder, nach ſich gezogen haben würde (7). Man ſah daher, im Fall wenn ſich jemand vom hohen Adel, vom Fürſten- Grafen- oder alten Herren-Stande, mit einem Frauenzimmer vom niedern Adel, deren Vorfahren in der Miniſterialität geſtanden hatten, verheirathete, ſolches für eine ungleiche Heirath, und beynahe eben ſo, wie die Heirath eines freyen Menſchen mit einer Sclavin, an, und behauptete, daß die Kinder zur ärgern Hand gehörten (8), auch in Lehn- und Stammgüthern nicht ſuccediren könnten (9), indem die vom erſten Erwerber abſtammenden Stammsvettern nicht ſchuldig waren, andere, als aus rechtmäſiger, ſtandesmäſiger Ehe gebohrene Kinder, zur Erbfolge zuzulaſſen (10).

(1) D. G. Strube de origine ac progreſſu ordinis equeſtris. §. 9. ſqq. Eiusd. Nebenſt. T. III. pag. 489. ſqq. de Selchow de iuribus ex ſtatu ingenuorum in Germ. pendentibus, c. 2. §. 28. 29; in Electis iuris Germanorum publici et privati. p. 190. ſqq.

(2) Strubens Nebenſt. T. III. p. 400. T. IV. p. 451. ſqq.

(3) J. E. Alb. Kranz in metropoli. lib. 2. cap. II. p. m. 75. Man ſehe auch Ulr. von Eyben de titulo nobilis. T. I. opp.

(4) C. G. Buder lib. II. Symmict. p. 141. ſqq.

(5) I. A. Kopp de inſigni differentia comitum et nobilium immediatorum. Sect. 2.

(6) Man leſe z. B. bey Gelegenheit des G. Hauſes Hanau den vorbemeldeten Wolfart, S. 199. u. f.

(7) G. L. BOEHMER de femina miniſteriali, in den obſervationibus iur. feud. q. 156. ſqq.

(8) DE LUDEWIG de dignitate uxoris. p. 51. ſqq. C. G. RICCIUS in ſpicil. iur. Germ. p. 222. PÜTTERI primae lineae iuris priuati principum. §. 29. 30. Ebend. Auserleſene Rechtsfälle. B. 3. S. 796.

(9) BOEHMER in iure eccleſ. Proteſtant. l. 4. t. 10. §. 2. DE SENKENBERG de iurib. nobilit. Germ. §. 9. POTTGIESSER de conditione et ſtatu ſervor. l. 2. c. 2. p. 44.

(10) PÜTTERI Elementa iuris germanici priuati hodierni. §. 388.

§. 24.

Beweiſe dieſes Satzes aus dem Herkommen, 1) mit der Eliſabeth von Maltitz.

Um die Richtigkeit dieſes Satzes in das gehörige Licht zu ſetzen, iſt es nothwendig, ſelbigen, in Ermangelung eines beſtimmten allgemeinen Reichsgeſetzes, aus dem Herkommen der anſehnlichſten Fürſtlichen Häuſer zu erweiſen. Man macht den Anfang mit dem Markgrafen Henrich dem Erlauchten von Meiſen. Dieſer Herr vermählte ſich, nach dem Tode ſeiner zwoten Gemahlin Agnes, Königs Ottocar von Böhmen Tochter, mit der Eliſabeth von Maltitz, Lichtenſteiniſcher Linie († 1267). Ihr Vater war dienſtbar geweſen. Der Markgraf wandte ſich an den Kaiſer Rudolf I, und ließ ſeine Gemahlin aus dem Stand einer Dienſtmännin, in den Stand einer Freyen und Edlen verſetzen. Nichts deſtoweniger folgte ihr Sohn Friedrich dem Vater in den väterlichen Titeln, Ehren und Würden nicht nach, ſondern mußte ſich mit der Stadt Dresden, und dem Schloß Radenburg, nebſt Zubehör begnügen. Er hieß auch nicht Markgraf, ſondern Dominus civitatis et terrae Dresden, dahingegen er den Markgrafen Friederich den Stammlenden, Dietrich des Weiſen Sohn, ſeinen gnädigen Herrn nennen mußte. Selbſt die Wittwe des Markgrafen Henrich wagte es nicht, ſich Markgräfin von Meißen zu nennen, ſondern begnügte ſich mit dem beſcheidenen Titel, Relicta Henrici Marchionis, woraus erſichtlich iſt, daß nicht einmal die Kaiſerliche

Stan=

Standeserhöhung die Flecken der Geburt, zu Erhaltung der Ebenbürtigkeit, auszulöſchen im Stande geweſen iſt (1).

(1) WILKE Ticemannus p. 37. ſeq. Sel. p. 114. ſqq. Sel. iur. publ. noviſſ. T. 13. p 344. Strubens Nebenſt. T. V. p. 242. ſqq.

§. 25.

2) Mit der Kunigunde von Eiſenberg.

Eben dieſes Markgrafen Heinrich Sohn, Albrecht der Unartige, war mit der Prinzeßinn Margarethe, Kaiſers Friedrich des IIten Tochter, vermählt, mit welcher er Henrichen, Friedrichen den Gebiſſenen, und Diezemannen erzeugte. Mit einer Beyſchläferinn Kunigunde von Eiſenberg, aus einem alten ritterbürtigen Geſchlecht, erzeugte er einen Sohn Apiz. Er ließ ſich demnächſt ſelbige ehelich beylegen, und den Sohn bey der Trauung den Mantelgriff thun, um denſelben dadurch erbfähig zu machen. Allein alles war vergebens, und Apiz mußte ſich mit dem Schloß Tonneberg, nebſt dem Zubehör, wie auch Brandenburg, Breitenbach, Brandenfels und Wildeck begnügen (1).

(1) S. Stero in chron. ad a. 1293. p. 574. Chronicon Colmar. a. 1294—1295. p 28. ſqq. ALBERTUS, Argentorati. p. 109. TENZEL vita Friderici Admorſi; in MENKEN ſcript. rer. germ. T. 2. p. 913. ſqq.

§. 26.

1) Mit der Philippine Welſerin aus Augsburg.

Philippine Welſerin war von einem uralten ritterbürtigen Geſchlecht in Augsburg deſſen Namen in den mehreſten Stiftern prangte. Erzherzog Ferdinand, Kaiſers Ferdinand des erſten zweyter Sohn, vermählte ſich mit derſelben, im Jahr 1550, und erzeugte mit ihr zween Söhne. Der erſte wurde Andreas von Oeſterreich genannt, und ward Cardinal, wie auch Biſchof zu Coſtniz und Brixen. Der jüngere, Carl, hingegen erhielt den Titel eines Markgrafen von Burgau, Landgrafen von Nellenberg, und Grafen von Hohenberg; nie aber wurde ihm der Titel eines Erzh. Herzogs von Oeſterreich

zugeſtanden, ſondern die Ebenbürtigkeit und Succeßionsfähigkeit demſelben vom ganzen hohen Erzhauſe ſchlechterdings verweigert. Er vermählte ſich zwar mit der Prinzeßinn Sibylle, Herzogs Wilhelm von Jülich, Cleve, und Berg, Tochter, erzeugte aber mit derſelben keine Erben. Selbſt ſeiner Mutter wurde der Name einer Erzherzogin von Oeſterreich ſchlechterdings verweigert, indem ſowohl das Kaiſerliche Haus, als die geſammten Oeſterreichiſchen Stände, die Heirath als eine ungleiche Ehe angeſehen, und der Erzherzog ſelbſt, der Wahrheit dieſer Angabe zu widerſprechen, ſich nicht getrauete (1).

(1) De Ludewig de dignitate uxoris. Diſſ. 2. T. 1. opuſc. miſcell. p. 175. Thuanus in hiſt. tempor. ſui. L. CXII.

§. 27.

4) Mit der Mechtild von Campen.

Herzog Otto von Lüneburg, Herzogs Heinrich des Mittlern älteſter Sohn, vermählte ſich, im Jahr 1524, mit der Metta, oder Mechtild, von Campen, aus dem Hauſe Iſenbüttel. Dieſer unſtandesmäßigen Vermählung halber, begab er ſich der ganzen Regierung des Fürſtenthums Lüneburg, welche er ſeinem Bruder Ernſt überließ. Ihm wurde blos Stadt und Schloß Harburg, nebſt der Erbfolge im Fürſtenthum zugeſtanden, im Fall ſeine Brüder Fran, und Ernſt, ohne männliche Erben verſterben würden. Zugleich verwilligte man demſelben ein Jahrgeld von 1500 Gulden, welcher brüderliche Vergleich auch vom Kaiſer Carl V, im Jahr 1555, zu Brüſſel, beſtätiget wurde. Nun ſuchte zwar ſein Sohn Otto, im Jahr 1556, am Kaiſerlichen Hof, darum nach, daß er in den Lehnbrief mit eingetragen werden möchte: allein es wurde ihm, vom Kaiſerlichen Hof, ſchlechterdings abgeſchlagen, in ſofern nicht die Agnaten darinn willigen würden. Man geſtand ihm auch überhaupt nur eine Abfindung von 3000 Goldgulden zu. Endlich aber verglichen ſich die Agnaten, im Jahr 1560, mit demſelben, dahin, daß er, gegen nochmaligen Verzicht auf die Regierung, die Aemter Harburg und Moisburg bekommen ſollte, worauf endlich auch ſein Name dem Lehnbrief mit einverleibet wurde (1).

(1) Strubens Nebenſt. T. V. p. 245. ſqq. Scheids Anmerkungen über Moſers Braunſchweig-Lüneburgiſches Staatsrecht. §. 2. S. 54. ſqq. von Selchow Braunſchweig-Lüneburgiſche Geſchichte §. 265—266.

§. 28.

§. 28.

5) Mit der Johanne Eliſabeth von Kroſigk.

Fürſt Georg Aribert, Johann Georg von Anhalt-Deſſau dritter Prinz, vermählte ſich, im Jahr 1637, mit Chriſtoffs von Kroſigk Tochter, Johanne Eliſabeth. Der mit ſelbiger erzeugte Sohn wurde Chriſtian von Aribert genannt. Er ſtellte zwar eine Klage gegen ſeinen Vetter, beym Reichshofrath, an, und trat, um dieſelbe deſto mehr zu unterſtützen, zur katholiſchen Religion über. Inzwiſchen erreichte er ſeinen Endzweck nicht. Vielmehr ſah er ſich, im Jahr 1671, genöthigt, den Titel eines Grafen zu Väringen, auch Herrn zu Walderſee und Radegaſt anzunehmen. Jedoch machten ſich ſeine Vettern anheiſchig, demſelben die Anwartſchaft auf die Anhaltiſchen Lande, beym Kaiſerlichen Hof, auf den Fall, daß das Fürſtliche Haus ausſterben ſollte, auszuwirken. Jenes iſt aber nicht einmal geſchehen, und der Chriſtian von Aribert, im Jahr 1677, zu Coblenz, unverheirathet geſtorben (1).

(1) Thomaſii juriſt. Händel. T. II. p. 107. ſqq.

§. 29.

6) Mit der Sophia von Ingersleben.

Fürſt Lebrecht zu Anhalt-Bernburg-Hoym, vermählte ſich, im Jahr 1725, mit der Sophie von Ingersleben. Dieſer ſeiner Gemahlin legte er das Prädicat Fürſtlich, und Durchlaucht bey. Auf den darüber, mit dem Fürſten Carl Friedrich zu Bernburg, entſtandenen Proceß aber wurde, vom Reichshofrath, den .ten März 1726, erkannt:

„Es hätte derſelbe ſowohl bey Vermeidung Kaiſerlicher Ahndung, ſich gänzlich „zu enthalten, ſeiner geheiratheten der von Ingersleben, das Ehren„wort Fürſtlich oder Durchlaucht, weder ſelbſt beyzulegen, noch durch an„dere geben zu laſſen, als auch durch gebührende und zukommende Inſeri„rung und Vorſetzung des Landesfürſten und Epiſcopi, benebenſt deſſen „Gemahlin, in der Kirchenvorbitte, auf ſeinem Fürſtlichem Hauſe zu Hoym, „wie nicht weniger mit Präferirung im Gebet ſeiner Fürſtlichen Kinder und „Familie von dieſer ſeiner Ehegonſortin ſeiner Seits ſelbſt zu veranlaſſen, daß „im Fürſtlichen Hauſe Einigkeit und gutes Verſtändniß beybehalten, und al-

„ſo von der regierenden Fürſtlichen Primogenitur-Linie in den Bernburgiſchen „Kirchen des Fürſtenthums und Landen, das vorige Formular der öffent„lichen Vorbitte freywillig wieder angeordnet werde (1).

(1) J. J. Moſers merkwürdige Reichshofraths-Concluſa. T. II. p. 343. ſqq.

§. 30.

7) Mit der von Lützau.

Im Jahr 1710 ließ ſich Fürſt Friedrich Wilhelm zu Hohenzollern-Hechingen, Fräulein Magdalene Maximiliane von Lützau, ehelich beylegen. In der erſten mit derſelben errichteten Eheberedung wurde zwar ausgemacht, daß weder ſie ſelbſt, noch ihre Kinder ſich des Fürſtlichen oder Gräflichen Titels von Hohenzollern bedienen ſollten. Dieſe Verordnung aber hob er in der Folge ſelbſt wieder auf, und diſponirte, daß, nach des Erbprinzen Tode, die mit der von Lützau zu erzeugenden Kinder, im geſammten Lande, ſuccediren ſollten. Er erſuchte auch den Kaiſer, den 10ten Auguſt 1715, dieſe ſeine jüngere Diſpoſition zu beſtätigen, welche Beſtätigung aber unſtreitig nicht erfolgt iſt (1). Vielmehr wurde die von Lützau, nach ihres Gemahls Tode, mit dem Namen Madame de Homburg belegt, und ihr Sohn wurde Eberhard Friedrich von Homburg genannt (2).

(1) Moſers Staatsrecht. T. XIX. S. 202.

(2) Hübners geneal. Tabellen. T. I. tab. 243.

§. 31.

Ob dieſe Beyſpiele auch auf Reichsgrafen zu ziehen?

Die bisher angeführten Beyſpiele, enthalten ein, mehr als fünfhundertjähriges, Herkommen, vermöge deſſen Kinder, welche aus einer Ehe zwiſchen Perſonen vom hohen und niedern Adel erzeugt worden, von der Erbfolge, in die väterlichen Länder und Lehen, gänzlich ausgeſchloſſen ſind, und ſogar nicht einmal die väterlichen Titel erlangt haben.

Vielleicht wird man aber den Einwurf machen, daß alle dieſe Beyſpiele nur altfürſtliche Häu-

Häuſer betreffen, den einzigen Hohenzolleriſchen Fall ausgenommen; und gleichwohl zwiſchen Fürſten und Grafen ein gar großer Unterſchied ſeye.

Nun iſt es freilich richtig, daß in Anſehung der Titulatur und des Cerimoniels, die Fürſten allerdings, vor den Grafen, gar vieles zum voraus haben (1).

Betrachtet man aber die Streitfrage, von der Seite, von welcher ſie hier betrachtet werden muß: ſo wird der ganze Unterſchied von ſelbſt wegfallen, und ſich klar zu Tage legen, daß Fürſten und Grafen zwar dem Rang, nicht aber dem Stand nach, verſchieden ſind.

Die alten Reichsgrafen ſind unſtreitig eben ſowohl von hohem Adel, als die Kurfürſten und Fürſten. Die Beyſpiele eines Wilhelm von Holland, eines Rudolf von Habsburg, eines Adolf von Naſſau, eines Günter von Schwarzburg zeigen, daß Grafen auf den Kaiſerthron erhoben worden ſind, und wenn man dieſe Wahlfähigkeit der Grafen mit dem, im mittlern Zeitalter, allgemein anerkannten Grundſatz vergleicht, daß jeder nur von ſeines Gleichen gerichtet werden konnte; ſo wird es nicht zu bezweifeln ſtehen, daß Kurfürſten und Fürſten, dadurch, den Grafenſtand dafür erkannt haben. Die alten Reichsgrafen ſitzen, ſo gut als Fürſten, im Fürſtenrath und üben gleich ihnen, Sitz und Stimme in den Reichsverſammlungen aus. Man ſieht ſie daher, ohne Widerſpruch, in Anſehung ihres Standes, als Fürſten und Fürſtenmäſige Perſonen, an (2). Ja ſchon im eilften Jahrhundert findet man Beyſpiele, daß ſie unter die Summos Principes gerechnet worden ſind (3). Aus dieſer Standesgleichheit teutſcher Fürſten und Grafen, aus alten Häuſern, iſt es zu erklären, daß im Fall ein Fürſt eine Gräfin zur Gemahlin nimmt, es, in Anſehung dieſer, keiner Standeserhöhung bedarf, da ſie ſo fort, am Rang und Titel ihres Gemahls, Antheil nimmt, und daß eine Prinzeßinn, die ſich mit einem Reichsgrafen vermählt, ihren Fürſtlichen Stand behält, und ihren Fürſtlichen Titel, mit dem Haustitel ihres Gemahls, verbindet (4).

Es iſt daher kein Zweifel, daß alles, was von den Heirathen zwiſchen dem hohen und niedern Adel, überhaupt, und deren Folgen, geſagt worden, auch auf die alten Reichsgräflichen Familien gehe. Bis auf den heutigen Tag beſitzt der niedere Adel Leben, ſo wie von Fürſten, alſo auch von Grafen. Noch immer wird er zum Hof- und Pagendienſt gebraucht. Wie aber niemand denjenigen, der ihm dient, für ſeines Glei-

chen erkennen wird: ſo leuchtet daher die Unebenbürtigkeit des hohen und niedern Adels offenbar ein, wovon die Unſtandesmäſsigkeit wechſelſeitiger Heirathen eine Folge iſt 5). Daß aber, in verſchiedenen Reichsgräflichen Familien, die Agnaten oft zu ſolchen Heirathen geſchwiegen haben, kann eben ſo wenig einen Unterſchied im Recht machen, als daraus, daß z. B. im Hauſe Anhalt, dergleichen auch einigemal geſchehen, ein Herkommen dieſes altfürſtlichen Hauſes formirt, oder daraus auf die übrigen Fürſtlichen Familien geſchloſſen werden kann.

(1) I. A Helfeld differentiae quaedam inter S. R. I. Principes et Comites. Ien. 1758.

(2) Moſer von Reichsſtänden, S. 999. ſqq. Pütters auserleſene Rechtsfälle B. 3. S 797. n. 15.

(3) So ſchreibt z. E. Bruno de bello Saxonico, in Frehers ſcript. Germ. T. I. p. 116. bey Gelegenheit der Schlacht an der Unſtrut, vom Grafen Gebhard von Supplinburg: nam cum noſtris, *ex ſummis Principibus Gevehardus Comes*, ex mediis vero, Folcmarus et ſuitgerus cecidiſſent.

(4) Kopp de inſigni differentia inter S. R. I. Comites et nobiles immediatos, p. 241. Pütter a. a. O. S. 804. n. 29.

(5) Pütter a. a. O. S. 804. n. 24.

§. 32.

Fortſetzung aus den Grafenvereinen.

Wie ſehr auch die geſammten Grafen-Collegia die Nothwendigkeit ſolcher ſtandesmäſſigen Vermählungen einſehen, beweiſen, außer vielen, unter denſelben darüber geſchloſſenen Haus- und Familienverträgen, die allgemeinen und beſonderen Grafenvereine, ganz augenſcheinlich.

Im allgemeinen Grafenverein, d. d. Cölln, den 27ten Jul. 1740, §. 9, heißt es: „Neun-

„Neuntens halten wir ebenfalls höchſt nöthig zu ſeyn, daß wegen ſtandes„mäßiger Verheirathungen und Vermählungen, ſämmtliche an dieſer Union „Antheil nehmende Grafen und Herren, ſowohl als wegen einer gleichmäßi„gen Education und Verſorgung ihrer Deſcendenz, eine ganz beſondere „Attention zu machen, mithin ſolche ſecundum pacta eines jeden Gräfli„chen Hauſes zu reguliren, und zu allen künftigen Zeiten hiernach unverbrüch„lich zu continuiren wäre. Wo aber keine dergleichen Pacta vorhanden, ſich „damit ein jedes Haus annoch zu proſpiciren, und die Kaiſerliche allergnädig„ſte Confirmation hierüber auszuwirken hätten."

Juſonderheit aber ergiebt der Weſtphäliſche Grafenverein, vom 4ten Auguſt 1755, §. 14, daß die Abſicht des ganzen Collegii dahin gerichtet ſeye, daß ein jeder Herr, welcher aus dieſen ſich zu vermählen gedenke, den vorzüglichen Bedacht auf eine Gräfin ſeines Standes, entweder aus dieſen oder aus andern Collegiis, und deren altgräflichen Häuſern, ſolchergeſtalt zu nehmen, daß zugleich andere Correſpondenzverwandte Mitglieder befugt ſeyn ſollen, ſich hierunter auf alle dienliche Art zu verwenden, und wo etwa andere widrige Abſichten ſich äußern ſollten, ſolchen, auf alle mögliche Art, in Zeiten, zu begegnen.

Nun iſt zwar freilich richtig, daß dieſe Grafenvereine, noch zur Zeit, die allgemeine Kaiſerliche Beſtätigung nicht erhalten haben (1): da ſelbige aber, was dieſen Punct anbetrift, nichts enthalten, was nicht dem lange vorher ſchon eingeführten Reichsherkommen gemäß ſeyn ſollte, ſo bedarf es einer ſolchen allerhöchſten Confirmation nicht.

(1) Moſer l. c. p. 956. ſqq.

§. 33.

Einwürfe gegen das bisher ausgeführte Reichsherkommen.

Der Haupteinwurf, welchen man dem bisher ausgeführten Reichsherkommen entgegen zu ſetzen pflegt, beſteht in den Beyſpielen der Heirathen Fürſtlicher Perſonen, mit Frauenzimmern aus dem niedern Adel, welche man für ſtandesmäßig, und die darinn erzeugte Kinder für Succeßionsfähig erkläret hat, welche Moſer (1), von Selchow (2) und Schnaubert (3) geſammlet haben. Das wichtigſte darunter, betrift die Heirath

des Markgrafen Eduard von Baden=Baden (4) mit der von Eiken, und des Markgrafen Ernſt von Baden = Durlach, mit der von Roſenfeld (5), von denen das ganze Hochfürſtliche Haus Baden abſtammt. Allein das erſte Beyſpiel von Baden=Baden entſcheidet nichts, da das in dieſer Sache ergangene Erkenntniß im dreißigjährigen Kriege publicirt worden, und Religionseinfluß dabey ſtark in Betrachtung gekommen ſeyn mag: man auch, während dieſes Krieges, die Rechtsgründe nicht ſo genau abwog. Ohnehin mag auch vielleicht Baden=Durlach, weil es ſich, in Anſehung ſeiner Stammmutter, der von Roſenfeld, in gleichen Umſtänden befand, den Widerſpruch weiter zu treiben, nicht rathſam gefunden haben.

Der Fall mit Hollſtein=Plön kommt auch nicht in rechtliche Betrachtung, da der König in Dänemark, als Haupt des Hauſes, darinn ſeine Einwilligung ertheilte, und den von Karlſtein als Vettern erkannte (6).

Die von Brandenſtein hatte vom Herzog Wilhelm von Weimar keine Erben, daher die Agnaten zu widerſprechen keine groſze Urſach zu haben glaubten (7).

Es bleibt alſo faſt der einzige Fall der Vermählung des Pfalzgrafen, Johann Grafen zu Birkenfeld, übrig, welche der Reichshofrath, den 11ten April 1715, für ſtandesmäſig und ebenbürtig erklärt hat (8).

Wenn man aber bedenkt, daß Bayern, ſowohl als Kurpfalz, dieſem reichshofräthlichen Erkenntniſſe ſtandhaft widerſprochen, und ſich ihre Rechte ausdrücklich dagegen vorbehalten haben (9), auch ein an ſich rechtskräftiges Urtheil, gegen einen Dritten, keine Verbindlichkeit macht; ſo fällt der aus dieſem, in ſeiner Art wirklich einzigen, Fall gezogene Schluß, von ſelbſt weg. Nun iſt zwar freilich richtig, daß im Teſchner Friedensſchluß, die Erbfähigkeit des Hauſes Birkenfeld, in der Kurpfalz ſowohl, als in Bayern, förmlich anerkannt worden. Dadurch iſt aber keineswegs die Rechtmäſigkeit des vorhin bemerkten Concluſi anerkannt worden. So wenig diejenigen Fälle, da Vermählungen teutſcher Fürſten und Grafen, mit Perſonen vom niedern Adel, durch Einwilligung der ſonſt zum Widerſpruch berechtigten Intereſſenten, oder wahren Nachfolger (10), für ſtandesmäſig anerkannt worden, einen allgemeinen Beweis für die Standesmäſigkeit ſolcher Ehen abgeben, da unter jener Vorausſetzung ſo gar den Ehen mit bürgerlichen Perſonen alle rechtliche Wirkungen angedeihen können: eben ſo wenig kann

kann ein ſolcher Beweis aus denen Fällen hergeleitet werden, da den Nachkommen aus einer unſtandesmäſigen Ehe die Succeßion auf den Fall zugeſichert wird, wenn die zum Widerſpruch berechtigten Stammsvettern erloſchen ſeyn würden. Beides findet bey jener Vorſchrift des Teſchner Friedens Anwendung: da alsdann, wenn die Reihe zu ſuccediren im Hauſe Pfalz an die Birkenfeldiſche Linie kommen wird, kein Stammsvetter, der ein Recht zu widerſprechen hätte, mehr vorhanden ſeyn wird (11). Und wenn man ohnehin betrachtet, auf welchen ſchwachen Füſſen das glorreiche Wittelsbachiſche Haus zeither geſtanden hat: ſo darf man ſich nicht verwundern, daß ſelbiges einen, auch noch ſo entfernten, Zweig zu ſeiner Erhaltung ergriffen hat.

Wollte man nun auch jenes beym höchſtpreißlichen Reichshofrath erlaſſene Erkenntniß, zum Beweis eines Herkommens, für zureichend anſehen, wie jedoch, nach der Analogie des teutſchen Staatsrechts, unmöglich geſchehen kann; ſo würde daraus folgen, daß man, bey dieſem höchſten Reichsgericht, keine gleichförmige Grundſätze beobachtet, und, bey völlig gleichen Fällen, bald für, bald wider, die Succeßionsfähigkeit der, aus ſolchen Ehen erzeugten, Kinder geſprochen habe (12). Mithin müßte bey einem, ſolchergeſtalt als ſtreitig vorausgeſetzten, Herkommen, die Sache, nach der klaren Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens (13), und der Reichshofraths-Ordnung (14), zur Entſcheidung, an die allgemeine Reichsverſammlung um ſo mehr gebracht werden, da die Reichsgerichte ſich nicht einmal eine eigenmächtigen Interpretation anmaßen dürfen (15). Jedoch wollen Seine Hochfürſtliche Durchlaucht, in unbedingtem Vertrauen, auf die Gerechtigkeitsliebe des höchſtpreißlichen Reichshofraths, dieſen Wunſch, noch zur Zeit, in ſich ſelbſt verſchließen.

(1) Familienſtaatsrecht, B. II. S. 23. ſqq.

(2) Rechtsfälle. T. I. p. 192.

(3) Im Commentar über G. L. Böhmers principia iuris feudalis. §. 121.

(4) Schöpflin hiſtoria Zaringo-Badenſis, T. III. p. 76.

(5) Ebenderſelbe, T. IV. p. 28.

(6) Moſers Staatsrecht, B. XIX. p. 118. ſqq.

(7) Müllers Annal. Saxon. p. 35. 55.

(8) Selecta iuris publ. T. VIII. p. 348.

(9) Estor vom Unterſchied des hohen und niedern Adels, §. 61. p. 49.

(10) Dieſes treffenden Ausdrucks bedient ſich die Wahl-Capitulation, Art. 22. §. 4. Daß aber auch Lehnherren, welche, im Fall die von ihnen relevirenden Lehen eröfnet werden, wahre Lehnsfolger ſind, darunter begriffen ſind, beſtätigt Moſer im Familien-Staatsrecht, B. 2. S. 158.

(11) Pütters auserleſene Rechtsfälle. B. 3. S. 805. n. 35. 36.

(12) Strubens Nebenſtunden, B. V. S. 232. ſqq.

(13) I. P. O. A. 5. §. 50.

(14) R. H. R. O. tit. 5. §. 22.

(15) Wahlcap. A. 2. §. 5. Moſer von Reichstagsgeſchäften, S. 288. ſqq.

§. 34.

Verordnung der Kaiſerlichen Wahlcapitulationen, wegen der reichsſtändiſchen Mißheirathen.

Die in ſo vielen der angeſehenſten reichsſtändiſchen Familien, beſonders im jezigen Jahrhundert, geſchloſſene, zum Theil äuſerſt unanſtändige, Heirathen, und die große Leichtigkeit, mit welcher man, oft, am Kaiſerlichen Hofe, das Unſchickliche derſelben, mit dem Mantel der Standeserhöhung zu bedecken pflegte, erregten endlich den faſt allgemeinen Unwillen des teutſchen Fürſtenſtandes. In dieſer Abſicht übergaben die, damals zu Offenbach verſammleten, altweltfürſtlichen Häuſer, den 16ten October 1741, unter den übrigen Erinnerungen über die zu verfertigende Wahlcapitulation, auch folgendes (1):

„Daß der regierende Kaiſer nicht geſtatte, daß die aus Fürſtlichen Mißheira„then erzeugten Kinder zur Succeßion an Land und Leuten kommen, und de„ren fähig erkannt werden: Auch ſolle derſelbe, zu Behuf einer ſolchen Miß-

hei-

„heirath, und daher prätendirenden Succeßion, keine Standeserhöhungen „ertheilen, noch jene, durch dieſe, zum Präjudiz der Agnaten oder Erbver„brüderten, ratificiret werden können; beſonders aber ſoll derſelbe nicht ge„ſchehen laſſen, daß des Herrn Herzogs zu Sachſen-Meinungen, Anton Ul„richs, Deſcendenz, aus jetziger Ehe, ſich des Sächſiſchen Titels anmaße, „noch zur Succeßion komme.

Das Kurfürſtliche Collegium ſelbſt war eben der Meinung. Es wurde daher, auf Kur-Sächſiſche Propoſition (2), der Kaiſerlichen Wahlcapitulation folgender Artikel einverleibt (3):

„Noch (ſollen und wollen wir) auch denen aus unſtreitig notoriſcher Mißhei„rath erzeugten Kindern eines Standes des Reichs, oder aus ſolchem Hau„ſe entſproſſenen Herrens, zur Verkleinerung des Hauſes, die väterlichen „Titel, Ehren und Würden beylegen, vielweniger dieſelben, zum Nach„theil der wahren Erbfolger, und ohne deren beſondere Einwilli„gung, für ebenbürtig und Succeßionsfähig erklären, auch wo dergleichen „vorhin bereits geſchehen, ſolches für null und nichtig anſehen und achten."

Zugleich aber wurde, in einem zu dem Ende an Kaiſer Carl VII. gerichteten Collegialſchreiben, der Kaiſer erſucht, ein allgemeines Normativ, auf dem Reichstage, zu veranlaſſen, durch welches die vielleicht annoch ſtreitigen Fälle der Mißheirathen beſtimmt werden möchten.

(1) Moſers Anmerkungen zu Kaiſers Carl VII. Wahlcapitulation, T. I, S. 53.

(2) Moſers Staatsrecht, T. 19. S. 238. ſqq. Joh. Heumann exercitia iuris uniuerſalis, T. I. p. 153. ſqq. J. D. von Olenſchlager Geſchichte des Interregni, nach Abſterben Kaiſers Carl VI. T. IV. S. 509. ſqq.

(3) Art. 22, §. 4.

(4) Anon. Entwickelung des Begriffs unſtandesmäſiger Ehen, hauptſächlich der teutſchen Reichsſtände, 1781.

§ 35.

Ob darunter auch die Heirath mit einer von Adel zu verſtehen ſeye?

Bey der Frage aber: was den unſtreitigen notoriſchen Mißheirathen zu verſtehen ſey? iſt freilich die lebhafteſte Streitigkeit entſtanden. Einige der Kurfürſten waren der Meinung, daß dieſer Ausdruck auch die Ehen zwiſchen den von hohem und niederm Adel in ſich faſſe. Andere hingegen glaubten, daß eine Ehe zwiſchem einem Fürſten oder Grafen, und einer Perſon von altem ſtiftsbürtigen Adel, dahin nicht zu rechnen ſeye. Das ganze Kurfürſtliche Collegium, aber, ſowohl als die Fürſten, ſind darinn einig, daß die Heirath mit einer Perſon bürgerlichen Herkommens für eine unbezweifelte Mißheirath anzuſehen ſeye. Betrachtet man nun das ältere Reichsherkommen §. XXIV -- XXX: ſo iſt unſtreitig, daß, nach dieſem, alle Ehe zwiſchen Perſonen hohen und niedern Adels, in einem Zeitraum von 5 0 Jahren, für wahre diſparagia angeſehen worden ſind, und man den aus ſolchen Ehen erzeugten Kindern die Ebenbürtigkeit und Succeßionsfähigkeit ſchlechterdings, abgeſprochen habe. Nun iſt es freilich richtig, daß, in neueren Zeiten, der höchſtpreißliche Reichshofrath, von ſeinen alten, hierinn ſonſt beobachteten, Grundſäzen abgewichen iſt, und die Ehe zwiſchen einem Fürſten oder Grafen, mit einem Frauenzimmer von altem niedern Adel, für ſtandesmäſig und ebenbürtig erklärt habe. Ob aber der Reichshofrath befugt geweſen, ein ſolches altes Reichsherkommen abzuändern? ob die in einem oder anderm Fall beobachtete alte Grundſäze, und ergangene Urtheile anderen Reichsſtänden präjudiciren können? und ob folglich ein Fall, welcher vordem für eine unſtreitig notoriſche Mißheirath gehalten worden, durch einen oder andern Fall, von der Seite des Rechts, habe ſtreitig werden können, iſt eine Frage, welche, ohne Zweifel von der Entſcheidung unſerer geſezgebenden Gewalt allein abhängt. Wenigſtens iſt unſtreitig und notoriſch, daß ein Reichsſtand, welcher ſich auf ein ſo ehrwürdiges Herkommen bezieht, die Vermuthung ſo lange für ſich habe, bis ein neues Geſez, oder ein unſtreitig notoriſches jüngeres Herkommen, erwieſen worden (1). Und in dieſem Fall befinden ſich Seine Hochfürſtliche Durchlaucht.

(1) Estor de odio in matrimonia inaequalia &c. §. 73. ſqq.

§. 36.

§. 36.

Standeserhöhungen können den Mangel der Geburt keinesweges heben.

Aber vielleicht wird man denken, daß ein ſolcher Mangel der Geburt, durch eine Standeserhöhung, gehoben werden könne. Daß der Kaiſer Perſonen, auch von niedriger Herkunft, mit dem Grafen- oder Fürſtenſtande begnadigen könne, leidet keinen Zweifel, und iſt dieſes anſehnliche Kaiſerliche Reſervatrecht, ſelbſt in der neueſten Kaiſerlichen Wahlcapitulation, nur dahin eingeſchränkt, daß dergleichen Dignitäten nur an ſolche, die es vor anderen wohl meritirt, im Reich geſeſſen, und die Mittel haben, den affectirenden Stand pro dignitate auszuführen, ertheilet werden ſollen. Eben ſo unſtreitig aber iſt es, daß eine ſolche Standeserhöhung, den Rechten eines Dritten, nicht nachtheilig werden dürfe. Dieſen Grundſatz, welchen die Kaiſerliche Wahlcapitulation, Art. 22, §. 4, ausdrücklich enthält, hat der Kaiſerliche Hof ſelbſt, ſchon vor der Wahlcapitulation Kaiſers Carl VII, anerkannt. So hatte z. B. Kaiſer Carl VI. im Jahr 1724, des Pfalzgrafen, Guſtav Samuel, Gemahlin, zur Gräfin von Hofmann erkläret. Als ſie ſich aber ſo weit vergaß, daß ſie ſich, ſogar beym Reichshofrath, des Pfalzgräflichen Titels und Wapens bediente, ergiengen gegen ſelbige die geſchärfteſten Reichshofrathsconcluſa, unterm 13ten Febr. 1734 und 9ten May 1736, in welchen ihr dieſer Unfug, bey ſcharfer Kaiſerlicher Ahndung, unterſagt, und zugleich anbefohlen wurde, ſich mit dem, aus Kaiſerlicher Milde, derſelben beygelegten Titel einer Gräfin von Hofmann zu begnügen, und derſelben blos verſtattet wurde, ſich: Hinterlaſſene Wittib des Herzogs Samuel Guſtav, zu nennen. Verſchiedentlich ſind auch dergleichen erſchlichene Standes-Erhöhungen, auf Anſuchen der Agnaten, wieder eingezogen und caßirt worden. So hatte z. B. Kaiſer Carl VII, den 16ten November 1742, des Fürſten, Carl Friedrich von Anhalt Bernburg, mit des Kanzleyrath Nüßlers Tochter, erzeugte Kinder, zu Fürſten von Bernburg ernannt. Im Jahr 1748 aber wurde dieſes Diplom caßirt, und die Impetranten genöthigt, ſich mit dem Titel: Fürſten von Bärenfeld, zu begnügen.

Zweyter Abſchnitt.

Anwendung der allgemeinen Grundſätze, auf die Alverdißenſche Linie.

§. 37.

Ob die Ritterbürtigkeit der Familie von Frieſenhauſen erwieſen ſeye, und ob beſonders die mütterliche Ahnenprobe beygebracht worden?

Der Graf Philipp Ernſt, da er um die Standeserhöhung ſeiner Mutter, bey Kaiſerlicher Majeſtät, nachſuchte, behauptete, daß ſelbige aus einer alten Stifts- und Ritterbürtigen Familie entſproſſen, und mit ihren ſechzehn Ahnen verſehen ſeye. Dies iſt beym Reichshofrath, und der Kaiſerlichen Reichshofkanzley als ein unleugbarer Umſtand angenommen, und darinn nicht nur der Hauptbewegungsgrund geſezet, warum des Kaiſers Majeſtät in die Erhebung derſelben, in den Reichsgrafenſtand, eingewilliget haben; ſondern auch das oben angeführte Mandat, vom 12ten Jul. 1753, offenbar, blos dadurch erſchlichen worden, daß man das Angeben, als wenn die von Frieſenhauſen eine, von beyderſeits Eltern, Ritter- und Stiftsmäßig gebohrene Perſon ſeye, zum Grund der Erkenntniß gelegt hat. Worauf gründet ſich aber dieſer Beweis der Ritterbürtigkeit? Auf nichts, als den, vom Präſidenten von Lehenner, und einem von Frieſenhauſen, unterſchriebenen Stammbaum. Der von Frieſenhauſen kann unmöglich als Zeuge, in Sachen ſeiner eigenen Familie, angenommen werden. Der Präſident von Lehenner, der in Dienſten des Grafen Wilhelm, welcher dieſe Standeserhöhungsnegotiation äuſerſt betrieb, ſtand, war ebenwenig zu Atteſtirung des Stammbaums qualificirt. Ueberdem iſt es unbeſtrittenen Reichsherkommens, daß, zu einer ſolchen Kundſchaft des Adels, aufgeſchworne Mitglieder eines ſolchen Collegii erfordert werden, in welches man keinen, als nach geführter Ahnenprobe, aufzunehmen pflegt. Daß aber dieſes bey der Lippiſchen Ritterſchaft eingeführet ſeye, iſt, ſo wenig aus den Acten, als dortigen Landesgeſetzen und Verträgen, zu erweiſen (1). Eben ſo kann man zugeben, daß vielleicht ein von Frieſenhauſen Canonicus in Minden geweſen ſeye, (wie jedoch nicht einmal hinreichend erwieſen iſt), auch vielleicht einer von der Familie in die mittelrheiniſche Reichsritterſchaft aufgenommen worden, (welches verſchiedenen, zuverläßig nicht Ritterbürtigen, Familien widerfahren iſt), ohne, daß daraus ein Schluß auf die Ritterbürtigkeit der Familie der Mutter des verſtorbenen Grafen, mit einigem Rechtsbeſtan-

beſtande, gefolgert werden mag. Unſtreitig hat man alſo, bey dieſer Standeserhöhung, Sachen, als erwieſen, angenommen, welche zuverläßig nicht erwieſen waren.

So zweifelhaft es um die Ritterbürtigkeit der Familie von Frieſenhauſen überhaupt ausſieht; eben ſo trübe und unlauter ſieht es mit der mütterlichen Ahnenprobe der Philippine Eliſabeth von Frieſenhauſen aus.

Ihre Großmutter ſoll eine von Greiſſen, aus dem Hauſe Ködiz und Tröbiz geweſen ſeyn. Man läßt die Ritterbürtigkeit dieſer Familie überhaupt dahin geſtellt ſeyn, wie man denn auch die Ritterbürtigkeit der Familie von Ditfurth unumwunden zugiebt, und zugeben kann. Woraus konnte aber die von Frieſenhauſen beweiſen, daß ihre Großmutter eine von Greiſſen geweſen ſeye?

Der Graf Philipp Ernſt fand keinen Beweis, als einen alten Koffer, worauf das Greißiſche Wappen geſtanden. Man überläßt dem Leſer zu beurtheilen, wie weit eine ſolche Beweisart führen könne, und muß.

Der von Greiſſen Mutter ſoll eine von Beſtenboſtel geweſen ſeyn. Dies iſt gar keine adeliche ritterbürtige, ſondern, zuverläßig, eine bürgerliche Familie, und alſo der verſtorbene Graf, aus einer notoriſch unebenbürtigen Ehe, erzeugt, da ſeine Aſcendenten, mütterlicher Seits, aus einer bürgerlichen Familie entſproſſen ſind.

Endlich ſoll der von Beſtenboſtel Mutter eine von Poſten geweſen ſeyn. Nun iſt zwar unleugbar, daß ſich, im Fürſtenthum Lüneburg, eine unſtreitig ritterbürtige Familie, dieſes Namens, befindet. Stammte aber dieſe N. N. von Poſten von derſelben ab? Dieſes iſt mit nichts bewieſen. Der verſtorbene Graf frug zwar bey der Cammer-Präſidentin von Grote, in Hannover, einer gebohrnen von Poſt, an, ob ſeine Gemahlin nicht die Ehre habe, mit derſelben verwandt zu ſeyn? erhielt aber darauf — keine Antwort.

Man enthält ſich der Anführung mehrerer Beyſpiele und Zweifel, gegen die Richtigkeit dieſes zuſammen geſtoppelten Stammbaums, da man glaubt, daß die gegenwärtigen zureichend ſind, zu erweiſen, auf welches ſpinnenwebenartiges Syſtem die ganze Standeserhöhung gebauet ſeye.

(1) C. F. Walch de teſtis reo paris praeſtantia in iure germ. c. 4.

(2) Fabers Staatscanzley, T. 15. S. 291. ſqq. J. G. Cramer de iuribus et praerogativis nobilit. avitae, p. 419.

§. 38.

Die Standeserhöhung hätte vor der Heirath geſucht werden ſollen.

Aus den bisher deducirten Gründen legt ſich die Unebenbürtigkeit, und Succeſſionsunfähigkeit, der Kinder der von Frieſenhauſen, offenbahr, zu Tage.

Der Heſſen-Caſſeliſche Lehnhof erhielt alſo, durch dieſe ungleiche Heirath, ein unbezweifeltes Recht, dieſe Deſcendenz für Succeßionsunfähig zu erklären, und ſelbiger die Belehnung, auf den vorkommenden Fall, zu verweigern. Dieſes Recht des Heſſen-Caſſeliſchen Lehnhofs konnte, durch die Standeserhöhung der von Frieſenhauſen, demſelben, ausgeführtermaßen, nicht entzogen werden. Wenn aber auch, wie doch nicht iſt, die Standeserhöhung die Rechte der Ebenbürtigkeit ertheilen könnte: ſo ſteht jedoch ſolches von einem Fall, wie der gegenwärtige iſt, wo die Standeserhöhung erſt 28 Jahre nach der Geburt des Grafen Philipp Ernſt erfolgte, nicht mit einigem Schein Rechtens, zu behaupten.

§. 39.

Widerlegung der angeblichen Anerkennung der Succeßionsfähigkeit der Alverdißiſchen Deſcendenz.

Alle bisher für die Gerechtſamen des Hochfürſtlichen Hauſes Heſſen-Caſſel ausgeführte Gründe glaubt man, jenſeits, dadurch, gänzlich entkräften zu können, daß, vorgeblichermaßen, gedachtes Hochfürſtliches Haus die Alverdißiſche Deſcendenz, als Succeßionsfähig anerkannt, und damit ſich ſeines Rechts begeben habe. Der jenſeitige Deducent, der bekanntlich, einer der eifrigſten Vertheidiger der Unſtandesmäſigkeit der Ehen, zwiſchen dem hohen und niedern Adel iſt (1), und neuerlich, auf das bündigſte, erwieſen hat (2), daß die Ehe eines Reichsgrafen, mit einer von Adel, eine wahre Mißheirath ſeye, glaubt, jene vermeintliche Anerkennung ſeye hinreichend, daß, ſelbſt im petitoriſchen Rechtsgang, die Heſſen-Caſſeliſchen Anſprüche den Beyfall, eines unpartheyiſchen Richters, nicht würden zu erwarten haben (3).

Es wird daher nöthig ſeyn, jeden Vorgang, aus welchem dieſe vorgebliche Agnition hergeleitet werden will, näher zu prüfen, und zu zeigen, wie voreilig und unrichtig die jenſeitigen Schlüße ſind.

Man bezieht ſich jenſeits I) auf die Lehnbriefe von 1729, und 1731, in welchen, dem Grafen Friedrich Ernſt, und deſſen ehelichen Mann-Leibs-Lehns Erben, die Mitbe-

leh-

lehnung ertheilt worden, und glaubt, weil ſchon damals die, mit der von Frieſenhauſen erzeugte Söhne am Leben waren: ſo ſeye die Schlußfolge, daß die Alverdißiſche Deſcendenz dadurch, für Succeßionsfähig, anerkannt worden, unläugbar.

Wenn man aber erwägt, daß, nach der Natur der geſetzlichen Lehnsfolge, nur diejenigen Nachkommen des erſten Lehnserwerbers zur Succeßion gelangen können, die der Lehen fähig ſind (4), wohin aber Kinder aus Mißheirathen nicht gehören (·), und daß dieſes, durch die obenangezogenen Formalien der Lehnbriefe, (Mann-Leib-Lehns-Erben) zum Ueberfluß, ausdrücklich vorbehalten worden: ſo wird jeder unbefangener ſich überzeugt finden, daß jene generale Mitbelehnung, der Mann-Leibs-Lehns-Erben des Grafen Friedrich Ernſt, keine Anerkennung der damals lebenden Deſcendenz deſſelben involvire: ſondern auf den Fall abziele, wenn der Graf, nach Ableben der von Frieſenhauſen, in einer zweiten Standesmäſigen, Heirath, Kinder erzeugen würde, die, nach teutſchen Lehnrechten, der Lehnsfolge fähig ſeyn würden.

Man beruft ſich II) auf die neueren Lehnbriefe, von 1749, und 1752, in welchen jene Belehnung wiederholt worden; beſonders aber auf den von 1763, in welchem der Alverdißiſchen Deſcendenz die Mitbelehnung, namentlich, und den von 1778, in welchem dem Grafen Philipp Ernſt, nach Erlöſchung der Bückeburger Haupt-Linie, ſogar die Haupt-Belehnung ertheilt worden ſeye.

Allein auch dieſe Vorſpiegelungen ſind ohne alle Bedeutung. Alles, was hierunter, unter den vorigen Regierungen, geſchehen iſt, iſt in Gefolg der in poſſeſſorio erfolgten widrigen Reichshofräthlichen Erkenntniſſe geſchehen, welche letztere die, per falſa narrata erſchlichene, Standeserhöhung der von Frieſenhauſen zum Fundament haben. Allgemein bekannt iſt es nun, daß ein in poſſeſſorio ergangenes Urtheil nie eine Rechtskraft in Anſehung des petitorii bewirkt, und ſo wie jene Erkenntniſſe des Reichshofraths, für Lippe-Alverdiſſen in poſſeſſorio, rechtskräftig ſind: ſo müſſen ſie es auch, in Anſehung des dem Hochfürſtlichen Hauſe Heſſen darinn vorbehaltenen petitorii ſeyn, welches, obangeführter maßen, die in Gott ruhenden Herren Landgrafen Wilhelm VIII. und Friedrich II ſich, außerdem gegen die Grafen, beſonders reſervirt haben. Sollte es, bey dieſen Umſtänden, nun nicht klar am Tage ſeyn, daß das Recht der Lehnsfolge, der Alverdißiſchen Deſcendenz, nie, Lehnherrlicher Seits, anerkannt worden iſt?

Man vermeynt III) aus dem Umſtand, daß dem Grafen Philipp Ernſt eine Prin-

zeßinn, aus dem Hauſe Heſſen-Philippsthal, unter Genehmigung des damals regierenden Herrn Landgrafen, Friederich II, zur Gemahlin zugeſtanden worden, folge die Anerkennung der Succeßionsfähigkeit der Alverdißiſchen Deſcendenz, und die Begebung des dem Hochfürſtlichen Hauſe Heſſen-Caſſel, zugeſtandenen Rechts, unwiderſprechlich, von ſelbſt.

Es würde leicht ſeyn die Inconſequenz jenes Arguments darzuthun, und zu zeigen, daß, nach den Umſtänden jener Ehe, ſich nichts weniger vermuthen laſſe, als daß es dem Herrn Landgrafen Friedrich II, chriſtmildeſten Andenkens, in den Sinn gekommen, Höchſt-Ihro Anſprüche fahren zu laſſen. Um jedoch den Ungrund des jenſeitigen Vorbringens, in möglichſter Kürze, völlig, darzulegen, wird es nur der Ausführung bedürfen, daß, wenn auch, (angenommenen, aber nicht eingeräumten Falls) es die Abſicht des regierenden Herrn Landgrafen Höchſtſeligen Herrn Vaters geweſen wäre, Höchſtderoſelben Anſprüche fallen zu laſſen: Höchſtdieſelben gleichwohl, hierunter, dem Hochfürſtlichen Hauſe, und Höchſtdero Regierungsnachfolgern, nichts, rechtsgültig, zu vergeben vermocht.

So vielen Zweifeln immerhin die Lehre, von der Verbindlichkeit eines Landesherrn, die Facta ſeiner Vorfahren zu leiſten, nach dem teutſchen Staatsrecht, in einzelnen dahin eingeſchlagenden Fragen, unterworfen ſeyn mag: ſo iſt es doch die einſtimmige Lehre, der bewährteſten Rechtslehrer (7), welchen auch ältere und neuere Erkenntniſſe der höchſten Reichsgerichte (8), beyſtimmen, daß der Nachfolger nur durch ſolche Handlungen ſeiner Vorfahren gebunden werde, welche dieſe, in der Eigenſchaft als Regenten, rechtmäßig, das iſt, mit Beobachtung der ihnen, durch allgemeine oder beſondere Geſetze, aufgelegten Pflichten unternommen haben. In ſofern mithin gezeigt werden kann, daß des regierenden Herrn Landgrafen Durchlauchtigſten Herren Vorfahren, und beſonders Höchſtderoſelben in Gott ruhender Herr Vater nicht berechtigt geweſen, ſich Höchſtdero Anſprüche, zum Präjudiz des Hochfürſtlichen Hauſes, zu begeben; ſo macht ſich der Schluß von ſelbſt, daß, wenn eine ſolche Begebung geſchehen wäre, dem Regierungsnachfolger dadurch keine Verbindlichkeit zuwachſen kann.

Jener Beweis läßt ſich, ſowohl aus den in Teutſchland geltenden allgemeinen Rechten, als aus der Heßiſchen Hausverfaſſung, leichtlich beybringen.

Die Gerechtſamen des Hochfürſtlichen Hauſes Heſſen, über die Grafſchaft Schaum-

burg,

burg, überberhaupt, haben ihren nächſten Grund im Weſtphäliſchen Frieden, in welchem ſelbige, an den Herrn Landgrafen Wilhelm VI, und deſſen Nachfolger, abgetreten ſind. Die ausdrückliche Vorſchrift dieſes Reichsgrundgeſetzes ſetzt mithin die Eigenſchaft jener Gerechtſamen, als eines Stammguths, außer allen Zweifel. Bringt es nun das teutſche Succeßions-Syſtem, in Anſehung der Stammgüther, welches ſich, nach der gründlichen Ausführung des jenſeitigen Deducenten (9), dem Eindringen der fremden Rechte unerachtet, vorzüglich unter dem hohen Adel, unverändert erhalten hat, mit ſich, daß, ſo lange die Nachkommenſchaft des erſten Erwerbers fortwährt, kein Beſitzer, zum Nachtheil ſeiner Nachfolger, darüber ſchalten und walten darf (10): bringt es die Natur der Erbfolge in Stammgüther mit ſich, daß der Nachfolger, deſſen Rechte ex pacto et prouineutia maiorum herfließen, nur die Facta des letzten Beſitzers, in ſo fern, präſtire, als er ſeine Einwilligung dazu gegeben (11) hat: ſo wird ſich, bey Anwendung dieſer unbeſtrittenen Rechtsſätze, auf den vorligenden Fall, der Schluß von ſelbſt machen, daß, wenn ja zum Nachtheil des regierenden Herrn Landgrafen, von Hochſtderoſelben Vorfahren in der Regierung, irgend eine Thathandlung vorgenommen worden wäre, dieſe von keiner Verbindlichkeit ſeyn könne.

Dieſe allgemeine Grundſätze des Rechts der Stamm-Erbfolge, in den erlauchten Häuſern Teutſchlands, werden, durch die Heßiſchen Hausverträge, beſonders beſtätigt. Der bekannte Brüdervergleich, vom Jahr 1568 (12), enthält folgende hieher gehörige Stelle:

> Wir haben uns auch ferner, und zum fünften, zufolge des väterlichen Teſtaments und Verordnung, gegen einander obligiret, verpflichtet und verbunden, obligiren, verpflichten und verbünden uns auch deſſen hiermit und in Kraft dieſes Briefes vor uns, unſere Erben und Nachkommen, ewiglich und unwiederruflich, daß unſer, noch unſerer ehelichen männlichen Leib Lehens-Erben keiner, von ſeinen anererbten Schlöſſern, Stätten, Aemtern, Dörfern, Zöllen, Clöſtern, und Zugehörigen, ichtwas verkaufen, verſchenken, zu Lehn anſetzen, vertauſchen, oder auch in andere Weiſe alieniren ſoll oder mag, ohne unſer aller, oder unſer Erbfürſten zu Heſſen Vorwiſſen, und ausgedruckte urkundliche ſämmtliche Wiſſenſchaft, und unter unſern Händen, Zeichen und anhangenden Siegeln, gegebener Bewilligung, ſondern ſollen alle unſere anererbte Schlöſſer, Stätte, Dörfer, Zölle, Aemter,

> ter, Clöſter, und alle Zugehöre uns und unſern ehelichen männlichen Stamm, auch allerſeits Landſchaft zum Beſten, bey einander, unzerriſſen, und unveräußert erhalten, und darvon nichts erhebliches verlaſſen.

Daß die Vorſchriften dieſes, im Jahr 1628, zwiſchen Heſſen-Caſſel und Darmſtadt beſtätigten Hausvertrags, auch auf die Grafſchaft Schaumburg gehen, iſt, anderwärts (13), gezeigt worden, und, unter anderem, daher zu erklären, daß die Heßiſchen Gerechtſamen, über jene Grafſchaft, in dem, 1518 geſchehenen, Lehnsauftrag radicirt ſind. Wäre es mithin die Abſicht geweſen, durch die Belehnung des Grafen Philipp Ernſt, ein feudum novum zu conſtituiren, inmaßen derſelbe, als aus einer Mißheirath erzeugt, der ſucceſſionis in feudum antiquum unfähig zu achten: ſo würde dieſe Belehnung, inmaßen ſie geſchehen, den Hausverträgen zuwider, mithin für des regierenden Herrn Landgrafen Hochfürſtliche Durchlaucht unverbindlich ſeyn.

Ein dritter Grund iſts, endlich, welcher der diesſeitigen Behauptung, das Wort, unwiderleglich, redet. Der Höchſtſeelige Herr Landgraf Friedrich II haben ſich, in der feierlichen Aſſecurationsacte (14), welche Höchſtdieſelbe, nach bekannt gewordenem Uebertritt, zur römiſch-catholiſchen Kirche, ausgeſtellt, folgenderweiſe verpflichtet:

> Sollen und wollen wir keinen Fug noch Macht haben, von denen uns heimfallenden Evangeliſchen Landen und Unterthanen, es ſeye Lehn oder Erb, viel oder wenig, unter was Schein oder Vorwand es geſchehe, weder in perpetuum, noch temporarie zu alieniren, noch auch mit der Superiorität, in ſecularibus oder eccleſiaſticis zu verſetzen, vielweniger gegen andere catholiſche Land und Unterthanen jemals zu vertauſchen, ſondern auch hierunter die Uns heimfallenden Lande in ihrer geſammten Compage, und allenthalbigen Verfaſſung, beyeinander zu behalten, und, nach dem in dieſem Fürſtlichen Hauſe eingeführten Erſtgeburts-Recht, auf unſere Fürſt-Männliche Deſcendenz fortzupflanzen.

Bey einer ſo deutlichen Vorſchrift, eines mit einem körperlichem Eide beſtätigten und unter Garantie des corporis Evangelicorum, der Kronen Großbritannien, Schweden, Dänemark, Preuſſen, und der General-Staaten der Vereinigten Niederlande zu Stande gekommenen Normativs bedarf es keiner weitläuftigen Ausführung, daß die Beleh-

lehnung des Grafen Philipp Ernſt, zum Präjudiz des regierenden Herrn Landgrafen, zu Recht beſtändiger Weiſe, nicht habe geſchehen können.

Vielleicht aber ſind alle dieſe Rechtsgründe, um deswillen, unanwendbar, weil der regierende Herr Landgraf Allodial-Erbe Höchſtdero Herrn Vaters geworden. Vielleicht fließt, aus der Verbindung der Allodial-Erbſchaft, mit der Succeßion in Lehn- und Stammgüther, die Verbindlichkeit, jegliche Facta des letzten Beſitzers zu präſtiren. Dieſe, jenſeits geäußerte, Behauptung kann ſo wenig mit dem Weſen einer ſolchen Verbindung, als mit der Analogie des Rechts beſtehen. Der Umſtand, daß ein und eben dieſelbe Perſon, mehrere Gerechtſamen, aus verſchiedenen Rechtsgründen beſitzt, kann den weſentlichen Unterſchied jeglicher dieſer Gerechtſamen nicht aufheben. Gerechtſamen, welche wir nicht dem letzten Beſitzer zu danken haben, verlieren, ihre urſprüngliche Eigenſchaft nicht, wenn ſie gleich, nach deſſen Tode, mit der eigenen Erbſchaft deſſelben, auf uns fallen. So werden, z. B., nach ausdrücklicher Vorſchrift des römiſchen Rechts (15), die Rechte eines Fideicommiſſes nicht aufgehoben, wenn der Fideicommiſſariſche Erbe, zugleich, Erbe des Fiduciariſchen wird. Aus dieſen, aus der Natur der Sache, und der Rechtsanalogie, fließenden, Gründen beſtätigt ſich der Satz, daß die ſucceſſio ex pacto et providentia maiorum, ſo wie ſie bey Lehen- und Sammgüthern eintritt, dadurch keinesweges in eine ſucceſſionem hereditariam verwandelt werde, wenn der Lehns- oder Stamm-Erbe, zugleich den letzten Beſitzer erbt (16). Mehrere Gelehrte (17) haben dargethan, daß es eine unrichtige Erklärung des bekannten Texts, II. F. 45, iſt, wenn ſolcher dahin misdeutet werden will, daß der Sohn, der, nach den Grundſätzen des longobardiſchen Lehnrechts, die Allodial-Erbſchaft des Vaters nicht ausſchlagen darf, wenn er im Lehn folgen will, verbunden ey, jede Handlung, jedes Verſprechen, des Vaters, in Anſehung des Lehns, und deſſen Subſtanz, gut zu heißen und zu erfüllen. Der Zuſammenhang der ganzen Stelle, und der Gegenſatz, in welchem die Rechte des Sohns, und anderer Agnaten, dort, feſtgeſetzt werden, zeigen, daß das onus hereditarium, welches erſterer, als Allodial-Erbe, tragen ſoll, nur von den Schulden zu verſtehen ſeye, die er, aus den zur Erbſchaft des Vaters gehörigen Güthern, und, falls dieſe nicht zureichen, aus ſeinen eigenen Güthern, wohin auch die Lehnsnutzungen gehören, abtragen muß. Die Folge des Sohns im Lehn iſt dadurch, ſo wenig eine völlige ſucceſſio hereditaria geworden, daß vielmehr in einer andern Stelle des longobardiſchen Lehnrechts, die Lehnsfolge der Söhne, einzig und allein, aus der inveſtitura maiorum hergeleitet wird (18). Was hier,

zunächſt, von Lehen, geſagt worden iſt, findet, ebenwohl, bey Stammgüthern Platz, und ſo wie überhaupt ein Erbe die von ſeinem Erblaſſer null und nichtig unternommenen Handlungen nicht zu leiſten braucht (19): ſo iſt auch der Stammerbe die Vorkehrungen, welche der letzte Beſitzer, in Anſehung des Stammguths, rechtswidrig, getroffen hat, zu genehmigen verpflichtet, wenn er gleich deſſen Allodial-Erbe wird (20).

(1) PÜTTERI primæ lineæ iuris priuati Principum, ſpeciatim Germaniæ, §. 29. ſeq.

(2) Pütters auserleſene Rechtsfälle, B. 3. Reſp. 309.

(3) Eigentliche Beſchaffenheit des im Febr 1787. mit Heßiſchen Kriegsvölkern geſchehenen Ueberzugs der Grafſchaft Schaumburg, Lippiſchen Antheils, S. 17.

(4) BÖHMERI principia iuris feudalis, §. 120.

(5) HELLFELD elementa iuris feudalis, §. 215.

(6) L. 14. § fin. Dig. de exc. rei iud. VOETIUS in Comment. ad Pand., eod. tit. §. 4. LAUTERBACH Collegium - Theoretico pract. Pand., eod. tit. §. 7.

(7) PÜTTERI primæ lineæ iuris priuati Principum, §. 67. Strubens rechtliche Bedenken, B. 1, N. 1. DE CRAMER in ſupplem. Opuſc. N. XIII, §. 67, n. 89, p. 710, §. 68, n. 93.

(8) Von Zwierleins Nebenſtunden, Th. I, S. 79.

(9) Pütters Beyträge zum teutſchen Staats- und Fürſtenrecht, B. 2, S. 255, u. f.

(10) Ebend. S. 272. I. A. HELLFELD de reſtricta illuſtrium alienandi facultate, maxime quoad allodialia avita.

(11) Von Selchow Rechtsfälle, B. 3, S. 1. PÜTTERI primæ lineæ iuris priu. Principum, §. 17, wo die Allgemeinheit dieſer Sätze aus dem Sachſen-Spiegel B. 1, Art. 52, und aus dem 312ten Capitel des Schwaben-Spiegels, dargethan wird. B. G H. HELLFELD de fideicommiſſis familiarum illuſtrium, eorumque ſi alienata ſint revocatione, §. 2, ſqq.

(12) Lünigs Reichs Archiv, B. 9, S. 787 u. f.

(13) Teuthorns ausführliche Geſchichte der Heſſen, B. 10, S. 372.

(14) Moſers Staats-Archiv, B. 1, S. 164 u. f.

(15) L. 8. C. ad legem Falcidiam.

(16) ROSENTHAL tract. iuris feud. l. 9, m. 2, Concl. 72, n. 5. PISTOR quaeſt. iuris, L. 2. Qu. 2. n. 33. ſeq.

(17) NETTELBLADT de ſucceſſore ex pacto et providentia maiorum ad facta ultimi defuncti, licet eius heres ſit, praeſtando non obligato, C. 3, S. 2, §. 5. BÖHMER de filio vaſalli ſucceſſore in feudum, C. I, §. 11 & 12.

(18) I. F. 14. §. 1.

(19) HERTII Conſilia & Reſponſa, T. I, R. 410. n. 12 & 14.

(20) NETTELBLADT, l. c.

§. 60.

Schluß.

Seine Hochfürſtliche Durchlaucht glauben, durch die bisherige Ausführung, Ihre Gerechtſame, auf den vom verſtorbenen Grafen Philipp Ernſt beſeſſenen Theil der Grafſchaft Schaumburg, hinreichend, dargethan zu haben, und können Sich alſo, in Anſehung des rechtlichen Ausgangs dieſer Sachen, der unbefangenen Gerechtigkeitsliebe Ihres höchſten Richters, ſo wie der alles lenkenden Vorſehung, geruhig überlaſſen.

Beylagen.

Verzeichniß.

I. Lehnrevers der verwittweten Gräfin Eliſabeth von Schaumburg, und ihres Bruders, des Grafen Philipp zu Schaumburg und Lippe, vom 2ten October 1644.

II. Zuſage der verwittweten Gräfin Eliſabeth von Schaumburg, und ihres Bruders, des Grafen Philipp von Schaumburg und Lippe, wegen der Evictions-Leiſtung, in Anſehung der an Heſſen zu Lehn aufgetragenen Stücke, vom 1ten May 1645.

III. Hauptvertrag, zwiſchen Heßen-Caſſel und dem Grafen Philipp von Schaumburg-Lippe vom 19ten Jul. 1647.

IV. Executions-Receß, vom 12ten Dec. 1647.

V. Lehnrevers des Grafen Philipp von Schaumburg-Lippe, vom 16ten October 1652.

VI. Stammtafel der von Frieſenhauſen, wie ſie, bey Kaiſerlicher Majeſtät, 1752, bey geſuchter Erhebung der Philippine von Frieſenhauſen in den Grafenſtand übergeben worden.

VII. Schreiben des Herrn Landgrafen Friedrich *II.* von Heßen-Caſſel an den Grafen Friedrich Ernſt zu Schaumburg Lippe, vom 16ten May 1761, den Vorbehalt der Heßiſchen Gerechtſamen, bey der geſchehenen Belehnung der Deſcendenz des Grafen betreffend.

I.

Lehnrevers der verwittweten Gräfin Eliſabeth von Schaumburg, und ihres Bruders, des Grafen Philipp zu Schaumburg und Lippe, vom 2ten October 1644.

Ich Philips Grave vndt Edler Herr zu Schawenburg vnd lippe, Thue kund vnd bekenne vor mich, meine Mannleibs lehens Erben, vndt Mitbelehnte, das von der Durchlauchtigen vnd Hochgebornen Meiner gnedigen Fürſtin vndt Frawen Frawen Amelien Eliſabethen landt Grevin zu Heſſen, geborner Grevin zu Hanaw Müntzenbergk, Grevin zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain vndt Nidda ꝛc. Wittiben vndt Vormünderin, des auch Durchleuchtigen vndt Hochgebornen Fürſten vndt Hern, Hern Wilhelmen des Sechſten, landt Graven zu Heßen, Graven zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain vndt Nidda ꝛc. Meines gnedigen Hern, auch Regentin des Nieder Fürſtenthumbs Heßen, in krafft vorberürter Vormundſchafft, Ich fur Mich, vndt von wegen der Hoch Wohlgebornen Meiner freundlichen lieben Frawen Schweſter, Frawen Eliſabethen Grevin zu Schawmburg vndt lippe ꝛc. Wittiben heut datum vndenbenandt belehnet worden, vndt Ih. F. Gnd. original lehenbrieff zu meinen Handen entfangen habe, welcher von Worten zu Worten lautet, wie folget:

Von Gottes Gnaden Wir Amelia Eliſabetha, Landt Grevin zu Heſſen, geborne Grevin zu Hanaw-Müntzenberg, Grävin zu Catzenelnbogen Dietz, Ziegenhain vndt Nidda, Wittibe vndt Vormünderin des Hochgebohrnen Fürſten, Hern Wilhelms, des ſechſten dieſes Nahmens, Land Graven zu Heßen, Grauen zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain vndt Nidda ꝛc. vnſers freündlich

lich geliebten Minderjehrigen Sohns, auch Regentin des Nieder Fürſtenthumb Heſſen ꝛc.

Thun kund vndt bekennen hieran, öffentlich, vor vns, hochgedachten vnſern geliebten Sohns vndt S. Ibd. Erben vndt nachkommenden Fürſten zu Heßen, welche zu Jederzeit Regentin des Niederfürſtenthumbs Heßen ſein, vndt Caſſell inhaben werden: Alß hierbeuor im Jahr nach Chriſti Geburtt Tauſendt Fünffhundert Achtzehen, die wohlgebornen Grafen, Herren Antonius vndt Johan, Grauen zu Holſtein vndt Schawenburg, Hern zu Gehmen ꝛc. fur ſich Ihre Erben vndt Nachkommen, von vnſers geliebten Sohns Hern vhr vhr Altvattern, weyland dem hochgebornen Fürſten, Hern Philipſen dem Eltern Landt Grauen zu Heßen, Grauen zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain vndt Nidda ꝛc. Chriſtmilten Andenckens Ihr in der Grafſchaft Schawenburg gelegene Schlöße vndt Ambter, Rothenbergk, Hagenburk, vndt Arnsburg, mit ſambt Ihren Dorfferen, Leuthen, Gerichten, Guettern, Gülten, Renthen, Zinſen, Ackeren, Wieſen, Waßern, Wildtbahnen, Fiſchereien, vndt allen anderen Ihren Zugehörungen, wie die auch Nahmen haben mögen, nichts daruon abgeſondert oder außgeſcheiden zu Rechtem Mann Lehen recognoſciret vnd empfangen haben, Solches auch hernacher zu jederzeit vnd begebenen fällen von Ihnen, den Grauen ſucceſſive biß auf den letztverſtorbenen, Hern Otten, Grauen zu Holſtein, Schawenburg vnd Sternberg, Hern zu Gehmen vndt Bergen. (welcher von Uns, in Vormundſchaft, hochgedachts vnſers geliebten Sohns ꝛc. damit den 13. Januarii, verwichenen Tauſendt Sechshundert vierzigſten Jahrs belehnt worden) Immer continuirt, wie die darüber vffgerichtete Lehen Brieue vndt Reverſal en, mit mehrem außweißen; Ob dann woll, Nachdem vorgemelter Otto zu Holſtein, Schawenburgh, in ſelbigem 1640. Jahr den 15. Novembris vnverſehenen Thodts verfahren, und keine Manliche LeibsLehensErben hinterlaſſen vorberürte Schawenburgiſche Schloſſer, Städte vndt Ambter Rotenberg, Hagenburgk vndt Arnsburgk, mit aller Hocheit, Obrig- vndt Herligkeit auch mit allen anderen Ihren Zugehörungen nichts ausgeſchloßen, vor hochgedachtem vnſerm geliebten Sohn, vnd Sr. Ibd. Agnaten zu Heßen ꝛc. vermuge clarer LehenRechten an- vnd heimbgefallen,

Wir auch in kraft tragender Vormundſchafft ſelbige Schloßer vndt Ambter, durch vnſere Gevollmechtigte beſitzlich apprehendiren und occupiren laßen vndt bißher ruhiglich ingehabt vndt erſeßen auch ferner ſo lang einhaben und behalten möchten, bis die

ſich angebene vnderſchiedtliche Schawenburgiſche Erben vom Geblüth, darumb mit ein-ander ſich verglichen, oder in Recht iegen einander außgeführet, wehme die Succeſſion in der Graffſchaft Schawenburg, wie auch inſonderheit zu den Heßiſchen Lehen vom Ge-blüth oder Rechts wegen gebühret; Alß wir aber jedoch von der wolgebornen vn-ſer freundtlichen lieben Baſen Eliſabethen, Greuin zu Schawenburg, geborner Gre-uin und Edler Frawen zu der Lipp ꝛc. Wittiben des lezt verſtorbenen Grauen Ottens zu Schawenburg ꝛc. Fraw Mutter, inſtendig erſucht worden, das wir, als Vormün-dern vorhochgemelts vnſers geliebten Sohns, in kraft dem erſten Heßiſchen LehenBrieff de Anno 1518. einverleibter Clauſul, (welche dahin ſtehet, wan die Grauen von Schawenburgh, ohne LeibsLehnsErben, Todtshalben abgingen, wie nunmehr geſche-hen, wer dan zu ihren Graff- undt Herſchaften mit ihren anhengigen Zubehorungen, alß das nechſte Bluth oder nach Recht köme, vndt ſolche Lande, Schloßer vndt Sted-te beſeße vnd Innen hette, das derſelb alßdan berürte Schloßer vndt Aembter Roden-berg, Hagenburg vndt Arnſsburgh, mit Ihren Zubehörungen, von den Furſten zu Heßen ꝛc zu rechtem Manlehen, wieder empfahen, vndt ſich mit den andern Schlößern vndt Stedten, ſambt allen Ihren Zugehorungen nichts daruon abgeſondert noch außge-ſcheiden, ſo Er Inhatt, zu denſelben thun, verſchreiben, vnd in ſolcher Einung vndt Verbundtnüs mit Ihnen bleiben vndt ſitzen ſolte, in allermaßen, alß die erſte Heßiſche Lehen- vnd der Grauen zu Schawenburg Reverſal Verſchreibung inhalte vnd ausweiſ-ſe) Sie die Grefflìche Fraw Wittibe zu Schawenburgh ꝛc. vorserſte, vnd dan zu ge-ſambter Hand Ihren Brudern, den Wolgebornen Her Philipſſen Grauen vndt Edlen Hern zur Lipp ꝛc. alß Lehen Tragern, vndt von Ihr in der Graffſchafft Schawenburgh deſignirten Succeſſorn, deme Sie alles, waß Sie an der Graffſchafft Schawen-burgh an vnbeweglichen Gütern, Schloßern, Ambtern, Gerichten, Städten, Dorf-ſern, Kloſtern, Zehenden, Zinſen, Renthen, Ackern, Wieſen, Waßern, Wildtpa-nen, Fiſchereien, Zollen, Bergwercken, Vorwercken, Höffen, vnd allen andern Gü-tern, die Sie mit allen Zubehörungen, von vorwolgemeltem Ihrem verſtorbenen Sohn geerbet, vff gewiße maß, vndt mit beſondern geding bey lebendigen Leibe vnd inter vi-vos, donirt, cedirt vnd abgetretten fur ſich vndt ſeine Mann Leibs Lehens-Erben, zu mit Behueff ſeines noch lebenden Bruders, Grauen Otten von der Lipp, So dan Weilandt ſeines Brudern, Grauen Simons von der Lipp Seligen noch lebenden Sohns, Grauen Johann Bernhardt zur Lipp ꝛc, vnd Ihrer allerſeits Manliche Leibs Lehens-Er-

ben,

ben, mit berürten dreyen Heßiſchen Schloßern vnd Ämtern Rodenbergh, Arnsburg, vndt Hagenburg, ſambt dazu gehorigen Stedten, Flecken, Dorffern vnd andern Zugehörungen, von neuwem vff maeß vnd weiß, wie vorhin, belehnen und begnadigen wollen, warumb dan auch vorwolgemelter unſer Vetter vnd lieben getrwer, Graff Philipp zu der Lipp ꝛc. vnderthenig nachgeſucht vndt Sie beiderſeits ſich erbotten, die vbrige, von wolgedachtem Graven Otten zu Schawenburg vff ſeine Mutter die Greffliche Fraw Wittibe zu Schawenburg vererbte vnd von derſelben Ihme Graff Philipſen ꝛc. hinwieder cedirte vnd überlaſſene Schloſſer, Aembter, Städe, Dorffer, Kloſter, Zollen, Bergwercken, Vorwercke, Höffe vnd alles ander, ſo nicht kundlich Mindiſch oder Braunſchweigiſch Lehen iſt, vnd verpleibt mit aller Hocheit, Regalien, Herlig- vnd Gerechtigkeiten, auch allen andern Pertinentien vnd Zubehörungen, vns, vnſerm geliebten Sohne, Sr. Lbd. Erben vnd dem gantzen Fürſtl. Hauß Heſſen Caßeliſcher Linien, vnd vff deren Thöddlichen Abgang, denen folgenden Fürſten vndt Landt-Grauen zu Heßen, welche Jedesmahl das Nieder-Fürſtenthumb Heßen, regieren vnd Caßel inhaben vnd beſitzen werden, ebenmeßig zu lehen vffzutragen, vnd hinwieder von Vns, alß Vormünderin vnd Regentin des Nieder Fürſtenthumbs Heßen ꝛc. an ſtat vnßers geliebten Sohns, vndt Sr. Lbd. Erben zu empfangen:

Das wir demnach in Krafft vorberürter Vormundſchafft, mit Vorbewuſt vnd Bewilligung des hochgebornen Fürſten, vnſers freundlichen Hern Schwagern, Brudern, vndt Gevattern, Hern Herman, landgrauen zu Heßen, Graven zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain vnd Nidda ꝛc. nicht allein in Anſehung der trewen Dienſte, ſo wollvorgemelter Graff Philips vnd obgedachte beide Graven von der Lippe ꝛc. Alß vorhin vnſers vielgeliebten Sohns vnd des Fürſtl. Haußes Heßen Gräfflichen Vaſallen, vns vnd dem Fürſtlichen Hauß Heßen ꝛc. geleiſtet haben, vnd noch leiſten konnen vnd wollen, Sondern, damit auch hierdurch die gantze Graffſchafft Schawenburg vnd deren Zugehörungen, zu Nutz vnd Dienſt dem heiligen Römiſchen Reich, ſo dan auch den Schawenburgiſchen Vnderthanen zum Beſten deſto beſſer conſervirt, beyſammen gehalten vndt nicht zerſtückelt, oder zerrißen werden möchte, vorberurter Ihrer beyder Bitte ſtatt gethan, vnd thun daſſelbe hiermit vnd in Krafft dieſes Brieffes, alſo vndt dergeſtalt, das Wir vor wolgedachter vnſerer freundtlichen lieben Baſen, Fraw Eliſabeth Greuin zu Holſtein-Schawenburg vndt Sternberg Fraw zu Gehmen und Bergen, geborner Greuin vnd Edler Frawen zu der lippe, auß beſondern gnaden, womit Wir Ihro wollbeigethan, vnd daneben zu geſambter Hand, vorwollgemelten vnſern lieben Vettern

tern vnd getrewen Philipſen, Grauen vndt Edlen Hern zu der Lippe ꝛc. alß LehenTragern vndt künfftigen Succeſſorn vnd ſeinen Rechten Mann Leibs Lehns Erben, vnd vff den Fall Er deren keine nach ſich verlaßen wurde, alßdan ſeinen Bruder vndt Vettern, den Grauen vndt Edlen Hern zur Lippe ꝛc oben enandt, welcher alßdan vnder denſelben von Prælaten-Ritter vndt Landtſchafft der Graffſchafft Schawenburgh ꝛc. mit vnſern und der Fürſten von Heßen, welche Caßell inhaben, Vorwiſſen vnd Conſens darzu erwehlet werden möchte, vndt deſſen Männliche Leibs-Lehens Erben, nicht allein vorgemelte Schloſſer vndt Aembter Rodenbergh, Hagenburgh, vndt Arnspurgh, ſambt dazu gehörigen Stedten, Flecken, Dorfern, und allen andern Ihren Ahn-In vnd Zugehörungen, ſondern auch noch ferner alle andere von hochwolgemel. vnſer Baſen der Greffl. Schawenburg. Fraw Wittiben, Inhabende, vnd Ihme Graff Philipſen ꝛc. alß deſignirtem Succeſſori in der Graffſchaft Schawenburg, mit oder ohne Bedingk cedirte vndt überlaſſene zur Graffſchafft von Alters gehörig geweſene, vnd noch dazu behorende Schloſſer, Aembter, Stedte Kloſter, Zolle, Bergwercken, Dorfer, Vorwercke vnd Höffe, mit Leuthen, Hocheit, Regalien, Herlig vnd Gerechtigkeiten, Ober vnd Nieder-Gerichten, Geholtzen vnd allen anderen Guederen, Gülten, Renten, Zinſen, Zehenden, Ackern, Wieſen, Cämpen, Mühlen, Waſſern, Weiden, Wildpahnen, hohen vndt Niedern Jachten, Teichen, Fiſchereyen, Zollen, Bergkwercken, vnd allen vnd Jeden anderen Zubehörungen, wie die Nahmen haben mögen, nichts daruon abgeſondert, oder außbeſchieden (worvon zu Jegenwertiger Nachrichtung, vnd vmb künfftiger mehrer Beglaubigung willen, eine Special-Deſignation vnd Verzeichnüs gedoppelt verferttiget vnd dieſem erſtgd. newen LehenBriefe auch des Hern Grauen Reverſal beygelegt werden ſoll) zu rechtem newen ErbManLehen de novo geliehen haben, vnd thuen daßelbe in Vormundſchafft, wie obſtehet, hiermit wiſſentlich vnd in Krafft dieſes Brieffs, alſo, das nebeſt ſeiner Frawen Schweſter, Frawen Eliſabethen, Greuin zu Schauwenburg ꝛc. Wittiben ꝛc. zu geſampter Hand, der genante Graff Philips, von der Lippe ꝛc vnd ſeine Leibs Lehns Erben, vnd vff den Fall, Er ohne Mann Leibs-Lehns-Erben abfiele, derJennige, welcher dazu, wie oberwehnet, auß Mittel der Mitbelehneten, erwehlet wird, (welcher dan, wan Graff Philips, Döchter hinter ſich verlaſſen würde, dieſelbe Ihrem Standt, vndt der Graffſchaft Gelegenheit nach, zu dotiren vnd abzufinden, ſchuldig ſein ſoll, vorbeſagte Schloſſer, Aembter, Städte, Kloſter, Zolle, Bergwerke, Vorwercke, Höffe, Leuthe, Gerichte, Gehöltze vnd alle andere Guetere,

Gül-

Gülte, Rente, Zinſe, Zehenden, Acker, Wieſen, Waſſer, Weyden, Wildtbahnen, hohe vnd NiederJagten, Teiche vndt Fiſchereyen, vnd ins gemein Alles, waß zur Graffſchafft Schawenburgk von Alters gehört gehabt, oder von Rechtswegen noch gehören ſollte, vnd nicht kundtlich Mindiſch oder Braunſchweigiſch Lehen iſt vnd bleibet, von Uns, vnd vorhochgd. vnſerm geliebten Sohn ꝛc. vnd Sr. Ldd. Erben, Fürſten zu Heßen, Caßel Linien zu rechtem Mann Lehen, haben, tragen, verſtehen, verdienen und empfangen ſollen, ſo offt vnd dick des Noth geſchicht, vndt ſich gebühren wird, vndt alß Manß Lehens-Recht vnd Gewohnheit iſt, vnſers vielgeliebten Sohns vndt Sr. Ldd. Erben getrewe Erb Edell-Lehn-Manne darumb ſein vnd bleiben, ſolches Lehen nicht vffſagen, vnſer vnd Sr. Ldd Beſtes darumb thun, vndt Schaden getrewlich warnen, alß Erb-Edell-Lehen-Manne von Rechtswegen zu thun, ſchuldig ſein

Die vorgenannte Schloßer vndt Stedte, Rodenberg, Hagenburg vndt Arnsburg, mit allen Ihren Zubehörungen auch Alle vndt Jede andere in der Graff- vndt Herrſchafft Schawenburg von Ihnen, Uns anſtatt vnſers geliebten Sohns Jetzo zu Lehen, new vffgetragene, wie auch die von ſolcher Lehenſchafft ausgenommene Mindiſche vnd Braunſchweigiſche Heuſer, Schlößer, Stedte vnd Gueter, waß Sie ietzo Innen haben, oder nachmahlß vberkommen vnd gewinnen mochten, ſollen auch vnß, vnſerm vielgeliebten Sohn, vnd Sr. Ldd. Erben vnd Nachkommen Fürſten zu Heßen ꝛc. auch vnſer Amt-Leuthen vnd der vnßerigen von vnſertwegen, offene Schloße, Stedte vndt Plätze ſein vnd bleiben, ſich darauß vnd darein zu behelffen wieder Aller Menniglichen, wan genanter Graff Philips von der Lippe ꝛc. ſeine Erben vndt MittBelehnete das mit Ehren thun mügen, vnd ſonderlich Ob wir oder die vnſerige gejagt oder getrungen wurden; Wo vns vber vnd den vnſerigen ſolche Oefnung alſo mit Ehren nicht verhenget werden mochte, So ſoll genannter Graff Philips von der Lippe ꝛc. deſſen Erben und Mittbelehnete, alß Inhabere der Graffſchafft Schawenburg ꝛc. nicht geſtatten noch zulaſſen, das Wir, vnſer geliebter Sohn ꝛc. vnd Sr. Ldd. Erben, Landt, Leute vnd die Ihrigen, von oder zu, auß- oder In vorbenanten Schawenburgiſchen Landt, Schloßern, Stedten, Veſtungen, Dorffern, Gericht vnd Gebieth angegriffen oder beſchediget werden, ohn alle Gefehrde, Vndt wan Wir bey wehrender vnſer Vormundſchafft, ſo dan vnſer geliebter Sohn, vnd Sr. Ldd. Erben, vnß ſolcher Oeffnung, in den genanten Schawenburgiſchen Schloßern, vndt Stedten gebrauchen wolten, Inmaßen vorgeſchrieben ſtehet, So ſollen Wir vnd Sie, bey Zeit dero Oefnung, vnd ſo lang wir vns vnd

Sie ſich deren gebrauchen, Pförtner, Thurnhuter, Wächter vff denſelben Schloßern vndt Stedten, deren Wir vns vnd Sie ſich alſo gebrauchen, beköſtigen vnd belohnen, auch die genante Grauen von der Lippe, alß Inhaber der Grafſchafft Schawenburg Ihre Erben vndt die Ihrige, vor vns, die vnſerige vndt die Jenige, die wir vnd Sie in Ihren Schloßer vndt Stedts legen würden, vor Schaden vnd Unfuge verwahren, vnd ſonderlich iſt auch hierinnen beredet vnd gethetiget worden, wan Wir, Vnſer geliebter Sohn vnd Sr. Lbd. Erben, ſolcher Schloßer vndt Stedte, deren wir vns vnd Sie ſich alſo gebrauchen, vnſer vnd Ihrer Vehde vnd kriegs halben verlöhren vndt vns oder Ihnen abgenommen, So ſollen wir, vnſer geliebter Sohn, vnd Sr. Lbd. Erben vns mit den Jenigen, die ſolches alſo gewonnen hetten, nicht ſöhnen noch frieden, die obgenannte Grauen von der Lippe, oder Ihre Erben, alß Grauen von Schawenburg wehren dan zuuor wiederumb zu ſolchen Ihren Schloßern vnd Stedten kommen vnd hetten Sie wieder zu Ihren Handen bracht, Vndt hierauf ſo ſollen ietzo vnd ins künfftige, bey allen vnd Jeden LehnsRenovationen, alle gegenwärtige vndt künfftige Ambt-Leute, Droſten, Wechter vnd andere Dienere auch Burgere vndt Einwohnere zu den Schawenburgiſchen Schloßern, Aembtern vndt Stedten gehörig, wie auch Prælaten vndt Ritterſchaft der Grafſchaft Schawenburg, vns, vnſerm geliebten Sohn vndt Sr. Lbd. Erben, Huldigung vnd Gelübd vnd Ayde thun, vns vnd Ihnen getrew, holt vnd gehorſamb zu ſeyn, vnd vnſer, auch Ihnen zu gewarten, nach laut vnd Inhalt dieſer vnſer, vndt der genanten Grauen von Schawenburg vnd von der Lippe, Reverſals-Verſchreibung vnſern vnd Ihren Schaden getrewlich zu warnen vnd beſtes zu thun, ſo dick das Noth ſein wirdt, Ohn Gefehrde. Der genannte Graff Philips von Schawenburg vnd von der Lippe, Seine Erben vnd Mitbelehnte ſollen, auch vnſere, vnſers geliebten Sohns vnd Sr. Lbd Erben, Feindte wißentlich nicht hauſen, herbergen, noch ihnen einigerley Hülff, Beyſtand, Vorſchub, oder Zulegung thuen, oder thun laßen, vff vnſer vndt Ihre Landt vndt Lewthe, Vnd ob das vnwiſſentlich geſchehe, Sobald Sie dann ſolches gewahr wurden, ſollen Sie dieſelbe alßdann zur Stunde von Ihnen weiſen, Sie auch forter nicht hauſen, halten, oder Ihnen keine andere Zulegung thun, oder thun laßen;

Der mehrgenannte Graff Philips von Schawenburg vnd von der lippe ꝛc. Seine Erben vndt Mitbelehnte, ſollen auch Uns, vnſerm geliebten Sohne vnd Sr. Lbd. Erben treulich beholffen, vnd beyſtendig ſein, wieder Allermenniglichen, wo Sie vnſer vnd Ihrer

ter zu Ehren, vnd Recht mechtig ſein, vnd wo ſie das mit Ehren thun mögten; wo nicht ſo ſollen Sie doch wieder vnß, vnſern geliebten Sohn, vnd Sr. Ld Erben, vnſere vnd deren Land vndt Leuthe nicht ſein noch thuen, auch Ihren Landen, Leuthen vnd den Ihren, deren Sie ohngefehrlich mechtig ſein, nicht geſtatten, wieder Uns vnd Sie etwaß vorzunehmen vnd zu thun, Alles ſonder Gefehrde. Wir, vnſer vielgeliebter Sohn, vnd Sr. Ld Erben, ſollen vnd wollen auch die gemelte Grauen von Schawenburg vnd von der Lippe ꝛc. Ihren Erben von Mitbelehnte Landt vndt Leuthe beſchauren, beſchirmen vndt verthetigen, alß andere vnſere vnd des Fürſtl. Haußes Heßen ꝛc. Erb Edell Lehenmanne, gleich vnſern vnd Ihren eigenen Landen vnd Leuthen, wo wir das mit Ehren thuen mögen, Vndt darumb ſo ſollen wir vnd ſie, Ihrer auch jegen einen Jeglichen zu Ehren vndt Recht mechtig ſein, daß ſie auch nach vnſerm vnd Ihrem erkendtnüß nehmen ſollen vndt wollen, Auch ſo dieſe unſere Belehnung einem Jeden Schawenburgiſchen Lippiſchen von Unß belehntem Hern, der berürte Lande, Schloßere vnd Stedte Inhatt, an ſeiner Obrigkeit, Hocheit, vnd einem jeglichen an ſeinem Erbe vnd Guetern, Verſchreibung vnd Gerechtigkeit, wie die einem Jeden in- vnd ahn den Schawenburgiſchen Schlößern, Stedten, vnd dazu gehörigen Gütern von Alters zugeſtanden vnd noch zuſtehen, ohnſchedlich ſein, Vndt wir nehmen ſie auch hiermit Allesampt vnd beſonder in vnſern Schutz, Schirm vnd Verthetigung; Ob ſich auch begebe, daß vnſers vielgeliebten Sohns Fürſtenthumb zu Heßen, hiernechſt getheilet wurde, oder an andere Fürſten zu Heßen Caßeliſcher oder anderer Linien kehme, das der Allmechtige, nach ſeinem Godtlichen willen verhuten wolle, So ſoll der, oder dieJenige, welche alßdan zu dero Zeit Hern des obgemelten Schawenburgiſchen Landts ſein, vnd dieſelbe Inhaben werden, bey deme Fürſten, welcher des NiedernFürſtenthumbs Heßen Regierung führen, auch die Stadt Caßell Innen haben wird, bleiben bey deme ſeine Belehnung empfahen, auch Schutz vndt Schirm bey demſelben ſuchen, haben vndt finden, vndt demſelben Fürſten darmit verbunden vndt verpflichtet ſein, wie hierinnen vermeldet, dergleichen ſoll es auch mit der Hülffe von dem Jennigen, welcher Jederzeit Regent oder Statthalter im Nieder-Fürſtenthumb ſein wirdt, vnd Befelch zu Caſſel hatt, gehalten werden, Sonder alle Saumnüß vnd wegerung. Solches alles nun, wie vorgemeldet, alſo ſtett- und veſt zu halten, hat Uns offt gemelter vnſer Vetter Graff Philips von der Lippe vndt Schawenburgk, fur ſich, und wegen vorgenannter ſeiner Frawen Schweſter der Greffl. Fraw Wittiben von Schawenburgk, an die Handt gelobt,

 vnd

vnd deßen einen leiblichen Aydt, zu Gott vnd ſeinem heiligen Wortt geſchworen, und Wir haben auch zu deßen, ſtetter veſter Haltungh und Bekreftigung, neben vnſerm Handt-Zeichen vnſer Fürſtl Vormund Secret Inſiegell, wißentlich an dieſen Brieff laßen hencken, der geben iſt zu Caſſel den Andern Octobris, im Jahr Chriſti, Ein Tauſend, ſechs-Hundert Vier und Viertzig. Das nun deme allen, waß hochgedachter Fürſtl. Fraw Wittwen Vormünderin und Regentin deß Niedern-Fürſtenthumbs Heßen, Ich Philips, Graue vndt Edler Her zu Schawenburgh und Lippe ꝛc. für Mich und von wegen vor wolgenanter Meiner Frawen Schweſter dero Greffl. Frawen Wittiben zu Schawenburg ꝛc. an die Handt gelobt, und einen leiblichen Eydt zu Gott vnd ſeinem heiligen wortt geſchworen, von mir Philipſen, Grauen und Edlen Hern zu Schawenburg und Lippe ꝛc. Meinen Mantichen Leibs-Lehens-Erben und Mitbelehneten, alſo ſtett, veſt, und unverbrüchlich nachgelebt werden ſoll, deßen zu wahrer Beglaubung hab ich dieſen Reverſal Brieff mit eigener Hand vnderſchrieben, und mit meinem Greffliche Inſiegel becrefftiget. Geben und geſchehen, im Jahr, Tag vndt ortt, wie obſtehet.

Philipp graff und Edler Her zu
Schauwenborg und Lippe.

(L.S.)
penſ.

Daß vorſtehende Abſchrift mit dem in hieſigem Hof-Archiv befindlichen Original in allem gleichlautend ſeye: Solches wird von mir Endesunterſchriebenen pflichtmäßig beurkundet. Caſſel den 10ten Septembr. 1787.

Friderich Chriſtoph Schmincke.

II.

Zuſage der verwittweten Gräfin Eliſabeth, von Schaumburg, und ihres Bruders, des Grafen Philipp von Schaumburg und Lippe, wegen der Evictions-Leiſtung, in Anſehung der an Heßen zu Lehn aufgetragenen Stücke, vom 1ten May 1645.

Von Gottes Gnaden Wir Eliſabeth, Grevin zu Holſtein, Schawenburg vnd Sternberg, Fraw zur Gehmen vnd Bergen, geborne Grevin vnd Edle Fraw zur Lipp ꝛc. Wittwe- vnd von derſelben Gnaden, Wir Philipp, Graff vnd Edler Her zu Schawenburg vnd Lipp.

Vrkunden vnd bekennen vor Vns, vnſere Erben vnd Nachkommen; Nachdem die Durchleuchtige vnd Hochgeborne Fürſtin vnd Fraw, Fraw Amelia Eliſabetha, LandtGrevin zu Heßen, geborne Grevin zu Hanaw, Müntzenberg, Grevin zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain vnd Nidda ꝛc. Wittib vnd Vormünderin, des auch Durchleuchtigen vndt hochgebornen Vnſers gnedigen Fürſten vnd Hern Wilhelmen des Sechſten, LandGravens zu Heßen, Gravens zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain vnd Nidda ꝛc. auch Regentin des NiederFürſtenthumbs Heßen ꝛc. Vnſere gnedige Fraw, bey Dero vns jüngſthin, den anderen Tag Octobris, in krafft tragender Vormundſchafft, wiederfahrener newen Belehnung, bewilliget, das die drey Schawenburgiſche, dem Fürſtl Hauß Heßen ꝛc. durch den vnzeitigen Thodtsfall, Vnſers reſpective vielgeliebten Sohns vndt Vettern, Hern Otten Graven zu Holſtein, Schawenburg vnd Sternberg, Hern zu Gehmen vnd Bergen ꝛc. Chriſtſeliger Gedechtnuß heimbgefallene Schlößer, Städte vnd Ambter: Rodenbergh, Hagenburg, vnd Arnsburg mit allen Ihren Zubehörungen, vnß ſobaldt retradirt vnd wieder eingeräumet werden ſolten, jedoch mit deme in den Lehen- vnd Reverſal Brieffe, abgeredetem Beding der Oeffnung, Verwahrung, Beſchützung vnd Huldigung der Wächter, Diener, Vnderthanen vnd Einwohnern, in berürten Schloßern, Städten, vnd Ambtern mit dem ferneren Reſervat, das Wir Burgermeiſter Rath vndt gemeine Burgerſchafft der Stadt Rodenberg, auch der Flecken Hagenburg, Heydorn vndt Steinhude, bey Ihren hergebrachten Freyheiten, Gerechtigkeiten, vnd Privilegien, wie Ihnen dieſelbe, von Hochged. Ih-

Ih. F. G. Dero Fraw LandtGrevin anſtatt vnd in angeregter Vormundtſchafft, vor hochermeltes Ihres geliebten Hern Sohns ꝛc. confirmiret, laßen, vnd Ihnen vff Ihr Begehren, ſelbige von newen confirmiren wolten; Sodann, daß es auch bey denen von Ih. F. G. dem einen vndt Andern gegebenen vnd verſprochenen Conceſſionen, Verordnungen, Expectantien vnd Begnadigungen, auch des Hoeffs Bekendorffs Verpfachtung, wie auch bey denen in Ih. F. G. Nahmen, vnd von Dero geweſenen Cantzley Directorn zum Rodenbergh Dr. Wilhelm Burchart Sixtino ꝛc. vnd den Fürſtl. Heßiſchen Beambten in einer oder andern Iudicial- oder Extra-Iudicial Sachen, gegebenen vnd ertheileten Reſcripten, Befelchen vnd Beſcheiden, Sie werden dan mit Recht hinterzogen, in allem unveränderlich verbleiben ſoll; Dieweill dan ſolche Reſervata vndt Bedingungen eines Theilß von vns ſchon eingangen, vnd beliebet, anders theils aber alſo gethan, das Wir Sie der Billigkeit gemeß befinden vnd denſelben alſo nachzukommen vns zu verweigern keine Vhrſach haben; So haben Wir Vns auch dazu hiermit verpflichten; vndt Vns deswegen reverſiren wollen. Demnach wir auch in dem vns zugeſtelten newen Lehenbrieff vndt darüber von Vns zurügkgeſtelleten Reuers zu Erweiſung Vnſer ſchuldigen Danckbarkeit, dem Fürſtl. Haus Heßen ꝛc. Caſſel, alle Vebrige, zur Graffſchafft Schawenburgk, gehörige, von Woll Selig gedachtem Vnſerm geliebten Sohn Graff Otten ꝛc auf Vns Eliſabetha, Grevin vnd Wittib zu Schawenburgh ꝛc. vererbte, vnd hinwieder vns, Graff Philipſen ꝛc. inter vivos donirte, cedirte vnd vbergetragene Allodial-Erb Stück vnd Gueter, es an Schloſſern, Städten, Ambtern, Dorffern, Kloſtern, Zollen, Bergkwercken, Lehenſchafften, Vorwercken, Höffen, vnd allem andern, ſo nicht kündtlich Mindiſch- oder Braunſchweigiſch Lehen iſt, mit aller Hoheit, Regalien, Herlig- vnd Gerechtigkeiten auch aller andern Zugehörung, laut Dero von Vns der Greffl. Wittiben darüber vnter Vnſerer Subſcription vndt Greffl. Secret Inſiegel, in zwolff verſchiedenen Poſten, zurückgegebener Deſignation, ebenmäßig von newen zu Lehen vffgetragen, vndt ſolches ſambt vnd ſonders mit vnd neben denen mehrberürten dreyen Heßiſchen Ambtern Rodenbergh, Hagenburch vnd Arnßburch, jungſthin von Dero J. F. G. hinwieder zu Lehen entfangen haben: So erkleren und verpflichten Wir Eliſabeth Grevin vnd Wittib zu Schawenburg ꝛc. auch Wir Philipp, Graff vnd Edler Her zu Schawenburg vndt Lippe ꝛc. bey vnſern beiderſeits Greffl. wahren Wortten, vns krefftig vnd verbindlich hiermitt, daß vff den Fall, wen die in angezogener ſubſcribirter vndt verſiegelter Deſignation, befindliche,

vndt

vndt vorerwehntermaßen, zu newen Lehen von Vns vfgetragene vnd wieder recognoſcirte, zur Grafſchafft Schawenburg gehorige allodial-Stuecke vndt Guetere, wieder Vnſer beſten Verhoffen, vnd Zuverſicht, von dem einen oder Andern vber kurtz oder lang, entzogen, vnd evincirt werden ſolten, (welches gleichwoll vor hochgedachte Fraw Landgrevin ꝛc. vor ſich vnd von Ihres hochgeliebten Sohns, Her Landtgraven Wilhelms ꝛc. vnd anderen MittIntereſſirten Hern Landtgraven zu Heßen ꝛc. Caßeliſchen Liny, wegen, nach aller Möglicheit verwehren, vnd abwenden zu helffen, vnd Vns in dem, jedoch vf vnſere Coſten zu aſſiſtiren, vndt Schutz zu halten ꝛc. in Gnaden verſprochen) Wir alßdan jederzeit davor nicht allein haften, ſondern auch Vorhochgedachte Ih. F. G. Dero hochgeliebten Sohn ꝛc. vnd Seiner F. Gd. Erben vnd Nachkommen, deßwegen gebürend ſchadeloß halten; Vnd waß alſo mit Recht evincirt, ſolches in andere Wege, nach billichen Dingen erſetzen ſollen vndt wollen; Oder im Fall daßelbe von Vns alßdan nicht beſchehen konte, oder wolte; So ſollen Ih. F. G. Dero geliebter Her Sohn ꝛc. auch S. F G. Erben ꝛc. vff den Fall, inſonderheit, da der mehrer, oder zum wenigſten der halbe Theill der newen vffgetragenen deſignirten allodiol-Erbgüter vnd Stücke, mit Recht evincirt würde, ahn die beſchehene Belehnung vnd Wiederabtretungh der offt berürten dreyen Heßiſchen LehenAembter, auch nicht verbunden ſein, ſondern in Dero vorigem Rechten in allem ſtehen, vnd ſich zu demſelben in ſo weith wieder zu thun, auch darin ſich propria authoritate Ihres Beſitzes wieder zu redintegriren, jederzeit freyen vnverhinderten Fug vnd Macht haben, wie dann auf dieſen vnverhofften Fall, wir auch in Vnſerm, vor der newen Belehnungh gehabten Rechten ſtehen wollen. Alles ſonder Gefehrd vnd Argeliſt.

Deßen zu Vrkund vnd vmb mehrer Verſicher- vndt Beglaubung willen, haben wir Eliſabeth Grevin zu H. Schawenburg ꝛc. Geborne Grevin vnd Edle Fraw zur Lipp ꝛc. vndt Wir Philipp, Graff vnd Edle Her zu Schawenburg vnd Lippe dieſes mit eigen Handen vnterſchrieben, vnd mit Vnſerm Greffl. Secret Inſiegel bekreſtiget; So geben vndt geſchehen Bükeburg den erſten Monatstag May Anno Chriſti Tauſendt ſechshundert Viertzig fünff ꝛc. ꝛc.

(L.S.)	(L.S.)
Eliſabeth Greffin zu H. Schawenburg Wittwe.	Philipp Graf vnd Edler Her zu Schauwenburg und Lippe.

Die

Die Uebereinkunft vorſtehender Abſchrift mit dem wahren Originale wird praeuia collatione mittelſt untergedruckten Fürſtl. Regierungs-Inſiegels und meiner, des Auſcultantis, Unterſchrift beurkundet. Caßell den 13ten Septembris 1787.

J. F. Robert.

(L.S.) Regierungsrath und Lehen Secretarius

III.

Hauptvertrag zwiſchen Heſſen-Caſſel und dem Grafen Philipp, von Schaumburg Lippe, vom 19ten Jul. 1647.

Von Gottes Gnaden Wir Amelia Eliſabetha, Landgräfin zu Heſſen, geborne Gräfin zu Hanau-Müntzenbergk, Gräfin zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda ꝛc. Wittibe, Regentin des Fürſtenthums Heſſen und Vormünderin des hochgebohrnen unſers vielgeliebten Sohn, Herrn Wilhelmen des Sechſten, Landgrafens zu Heſſen, Grafens zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda ꝛc. Sodan Wir Philips, Graf und Edler Herr zu Schaumburg-Lipp und Sternberg. ꝛc Thun kund und bekennen hiermit, daß wegen deren dem Fürſtlichen Haus Heſſen von der Grafſchaft Schaumburg nach tödlichem Hintritt des Wail. hochwohlgebornen Herrn Otten des letzten Grafen zum Holſtein, Schaumburg und Sternberg, Herrn zu Gehmen und Bergen, chriſtmilder Gedächtnis anheim gefallenen dreyen Aemtern Rottenburgk, Hagenburg und Arnsbergk, wie auch wegen deren von dem Stift Minden eingezogener vier Aemter, Schaumburg, Sachſenhagen, Bückeburg und Stadthagen, Irrungen und Mißverſtände ſich eräuget, und dann unſere Räthe und Dienere, ſo wir nach Münſter mit gehöriger Inſtruction und Volmacht abgefertiget, dieſer Sache halber uf unſern Befehl Handlung gepflogen, auch endlich einen gewiſſen Vergleich und Contract getroffen und geſchloſſen, auch zu Pappier geſetzt, und mit ihren Unterſchriften bekräftiget worden, immaſſen derſelbe hiernächſt von Worten zu Worten folget und geſetzt iſt.

Zu wiſſen als durch Abſterben des wail. hochwohlgebohrnen Grafen Herrn Otten des letzten, Grafen zu Holſtein, Schaumburg und Sternbergk, Herrn zu Gehmen

men und Bergen, chriſtmilden Andenkens (deſſen Gnade den 15. Novembris Anno 1640 ohne Hinterlaſſung mänlicher LeibsLehensErben dieſe Welt geſegnet) dem Fürſtlichen Haus HeſſenCaſſel die in der Grafſchaft Schaumburg gelegene und von Hochermeldtem Fürſtlichem Hauſe bis dahin zu rechtem Mannlehen,! jederzeit recognoſcirte Schlöſſer, Städte und Aemter Rottenburgk, Hagenburg und Arnſpergk mit allen Hoheit, Obrig- und Herrlichkeiten, auch allen andern ihren Zubehörungen, nichts ausgeſchloſſen, wiederum an- und heimgefallen auch von demſelbigen ſobald in würklichen Beſitz genommen und etliche Jahre hero ruhiglichen innen gehabt und erſeſſen worden; Immittels aber der Durchleuchtigen und hochgebornen Fürſtin und Frauen, Frauen Ameliae Eliſabethae, Landgräfin zu Heſſen, geborner Gräfin zu Hanau-Münzenbergk, Gräfin zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda ꝛc. Wittiben, Vormünderin und Regentin des Fürſtenthums Heſſen, in Vormundſchaft ihres vielgeliebten Sohns, Herrn Wilhelms des Sechſten, Landgrafens zu Heſſen, Grafens zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda ꝛc. von wail. der hochwohlgebornen Frauen Eliſabethen Gräfin und Edlen Frauen zur Lippe ꝛc. Wittiben des letztverſtorbenen Graf Otten zu Schaumburg Frau Mutter unterthänig zu erkennen gegeben worden, welchergeſtalt ſie ihren Herr Brudern Philipſen Grafen und Edlen Herrn zur Lippe ꝛc. als Lehenträger und vor ihr in der Grafſchaft Schaumburg deſignirten Succeſſori, alles, was ſie an der Grafſchaft Schaumburgk an unbeweglichen Gütern, Schlöſſern, Aemtern, Gerichten, Städten, Dörfern, Klöſtern, Zehnden, Zinſen, Renthen, Aeckern, Wieſen, Waſſern, Wildbahnen, Fiſchereien, Zollen, Bergwerken, Vorwerken, Höfen und allen andern Gütern, die ſie mit allen Hoheit, Regalien, Herrlich- und Gerechtigkeiten, auch allen andern Zubehörungen, von vorwohlbeſagtem ihrem verſtorbenen Sohn ererbet, uf gewiſſe Maſſe bey lebendigem Leibe und inter vivos doniret, cediret und zu dem End abgetreten hätten, damit durch deſſen Gnaden, als des nächſten Blut die ganze Schaumburgiſche Graf- und Herrſchaft mit ihren anhängigen Zubehörungen wiederum zuſammen gebracht werden möchte, ſondern ſich auch über das gegen hochermeldte Ihro Fürſtl. Gnd. von Heſſen dahin erboten, daß ſie alle obbemeldte zur Grafſchaft Schaumburg vom wohlſeelig gedachtem ihrem geliebten Sohn, Herrn Graf Otten uf ſie kommene, und hinwieder Herrn Graf Philipſen inter vivos donirte, cedirte und übergebene Lande, Gueten und Gerechtigkeiten, ſo nicht kundlig Mindiſch oder Braunſchweigiſch Lehen ſeind, laut Dero von der Gräflichen Frau Wittiben darüber un-

ter ihrer Subſcription und Gräflichen Secret Inſigel in zwölf unterſchiedenen Poſten zurückgegebener Deſignation dem Fürſtlichen Haus Heſſen derogeſtalt von neuem zum rechten Manslehen uftragen wolten, das vors erſte Sie, und dann zu geſammter Hand Ihr Herr Bruder Herr Philips Graf und Edler Herr zur Lippe ꝛc. als Lehenträger und deſignirter Succeſſor vor ſich und ſeine Manleibslehens-Erben zu Mitbehuf ſeines noch lebenden Bruders Graf Ottens von der Lippe ꝛc ꝛc. ſodann wail. ſeines Brudern Graf Simons von der Lipp ſel. noch lebenden Sohn, Graf Johan Bernhards von der Lipp und ihrer allerſeits Mänlichen LeibeslehensErben, nicht allein mit berührten dreyen Heſſiſchen Schlöſſern und Aemtern Rottenburgk, Arnspurgk und Hagenburgk, ſamt ihren Zugehörungen, ſondern, auch aller übrigen deſignirten und oberwähntermaſſen zu rechtem Manlehen angetragenen Allodialſtücken von hochermeldtem Fürſtl. Haus Heſſen hinwiederum belehnet werden möchten, immaſſen dann vorhochgedachte J. F. Gnd. die Frau Landgräfin und Regentin des Fürſtenthums Heſſen ꝛc. in Vormundſchaft ſich durch obangeführte Motiven dahin bewegen laſſen, daß Sie das Schaumburgiſche Erbieten angenommen, und die Belehnung darauf gebetenermaſſen ertheilet, da dann hochwolermeldte Frau Eliſabeth, Gräfin und Wittib zu Schaumburg und Herr Philips Graf und Edler Herr zur Lipp bey ihren beyderſeits Gräflichen wahren Worten, laut Ihres am 1ten Tag Maii Anno 1645 zurückgegebenen Reverſes, ſich noch ferner dahin kräftiglich und verbindlich verpflichtet, daß, uf den Fall die in angezogener ſubſcribirten und verſiegelten Deſignation befindliche und vorerwähntermaſſen zum neuen Lehne ufgetragene und wieder recognoſcirte zur Grafſchaft Schaumburgk gehörige Alodialſtücke und Güter wider beſſer Verhoffen von dem einen oder andern, über kurz oder lang entzogen und evincirt werden ſolten, ſie alsdan iederzeit davor nicht allein haften, ſondern auch vor hochgedachte J. F. Gnd. Erben und Nachkommen deswegen gebürend ſchadlos halten, und was alſo mit Recht evincirt, ſolches in andere Wege nach billigen Dingen erſetzen, ſolten und wolten, oder im Fall daſſelbige alsdann nicht geſchehen könte oder wolte, daß J. F. Gnd. Dero geliebter Herr Sohn und Sr F. Gnd. Erben uf den Fall inſonderheit, da der mehrer oder zum wenigſten der halbe Theil der neu ufgetragenen deſignirten Allodial Erbgüter und Stücke mit Recht evincirt würden, an die beſchehene Belehnung und Wiederabtretung der oftberührten dreyen Heſſiſchen Lehenämter auch nicht verbunden ſein, ſondern in Dero vorigen Rechten in allem ſtehen, und ſich zu denſelben in ſoweit wieder zuthuen, auch darinnen ſich propria authoritate ihres Beſitzes wieder zu redintegriren,

ren, iederzeit freyen ohnverhinderten Zug und Macht haben ſolten, Es ſich aber dieſemnach begeben, daß nicht allein alle dasjenige, ſo vor Erb angegeben, und dem Fürſtlichen Haus Heſſen zum Lehen ufgetragen worden, und zwar in ſpecie die noch übrige vier Schaumburgiſche Aemter miteinander, Schaumburgk, Sachſenhagen, Bückeburgk und Stathagen mit allen Zubehörungen nicht allein dem Stift Minden, als ein angefallenes Lehen in der am kaiſerlichen Hofgerichte zwiſchen ermeldtem Stift und Frauen Eliſabethen, Gräfin zu Schaumburgk ꝛc. gemeldter Aemter halber geführten Rechtfertigung durch einen publicirten Ausſpruch zuerkant, ſondern es auch darbey ohnerachtet ſowohl J. F. Gnd. die Frau Landgräfin von Heſſen ꝛc. als die übrige evangeliſche Reichsſtände wohlermeldtem Herrn Graf Philipſen, als itzigen Inhabern und Beſitzern berührter ſieben Schaumburgiſcher Aemter nach allem Vermögen aſſiſtiret und gerne geſehen hätten, daß es dahin zu bringen geweſen, daß ihro Gnaden wegen des angelegenen intereſſe weiter erhört werden möge, allerdings und zwar derogeſtalt gelaſſen worden, daß Beides die Herren Kaiſerlichen und königl. Schwediſche zu dieſen Friedenshandlungen abgeordnete Herren Plenipotentiarii mit vielbeſagten 4 Schaumburgiſchen Aemtern anderwärtige Verordnung durch Ausſchlieſſung ihrer Gnd. Herrn Graf Philipſen vorgehabt, und obwohl dannenhero J. F. Gnd. die Frau Landgräfin von Heſſen ꝛc. die unſtreittige 3 heſſiſche Lehenämter, als Rottenburgk, Arnſpurgk und Hagenburg von deswegen, weil dasienige, was dargegen nach Inhalt der Belehnung und zurückgegebenen Reverſes verſprochen geweſen, nicht præſtiret werden können, wiederum einziehen und ſich der übrigen dem Stift Minden zuerkanter Aemter entſchlagen und Hn. Graf Philipſen mit andern, welche dickbeſagte 4 Mindiſche Aemter anzunehmen gewillet geweſen, gewähren laſſen können; Als aber jedoch J. F. Gnd. von Herrn Graf Philipſen bittlichen dahin erſucht worden, daß ſie ſich ins Mittel ſchlagen und oft berürte Mindiſche Jura und Rechte bey dieſen Tractaten an ſich bringen, und mit Fremden, daran Ihre Gnd. wenig zu hoffen, nicht committiren wolten, mit Erbieten, ſich ſeiner Abfindung halber mit J. F. Gnd. leicht zu ſetzen und zu vergleichen, und dann J. F. Gnd. darauf in Anſehung der nahen Verwandtnüs, und damit J. Gnd. nicht um alles kommen möchten, ſich dahin bearbeitet, auch endlich erhalten, daß von den Herren kaiſerlichen Plenipotentiariis mit beider Kronen Bewilligung, Ihro und Dero Herrn Sohn, mehrbeſagte Mindiſche Jura und Aemter, Schaumburgk, Bückeburgk, Sachſenhagen und Stadthagen mit allen Zubehörungen, wie dieſelbige dem Stift Minden in kaiſerlichen Ausſpruch zuerkant geweſen, anſtatt dero von der Kron Schweden,

Herrn Wilhelm V. Landgrafen zu Heſſen ꝛc. hochſel. Andenkens, hiebevor beſchehenen Verehrung verwilliget und zugeſchlagen worden, daß dieſem allem nach uf der königl. Mait. und dero Reichen Schweden Senatoris, Canzley-Raths und gevollmächtigten Legati in Deutſchland, des wohlgebohrnen Herrn, Johann Ochſenſtirns, Grafen zu Südermöhren, Freyherrn zu Kymitho, Herrn zu Fyholm Hörningsholen und Tülligarn Interpoſition durch hochgedachter Frau Landgräfin zu Heſſen ꝛc. unſer gnd. Fürſtin und Frauen zu den algemeinen Friedens tractaten abgeordnete reſpective Geheimder- und Regierungs Räthe Reinhardt Schäffern, Adolf Wilhelm von Croſig, Johann Vultejum und Licenciat Nicolaum Chriſtoph Müldenern, kraft habender Commiſſion, ſodann wohlgedachten Herrn Philipſen Grafen zu Schaumburgk und Lippe ꝛc. unſers gnädigen Herrn abgeſchickte und Bevolmächtigte reſp. Räthe und Hofmeiſtern, Hr. Conrad Schlüttern, David Peſteln und Johann Wippermann, die Vergleichung wegen der ſämtlichen Schaumburgiſchen Aemter vorgenommen, auch zu hochwohlgedachter Herrn Graf Philipſen Gnd. Ankunft fortgeführet, und nach gepflogener fleiſiger Handlung in der Güte nachfolgendermaſſen dahin abgeredet, moderiret, vermittelt und geſchloſſen worden.

Erſtlich ſollen alle ſieben Schaumburgiſche Aemter benantlich Rottenburgk, Arenſpurk, Hagenburgk, Schaumburgk, Bückeburgk, Sachſenhagen, Statbagen, und alſo die ganze Grafſchaft Schaumburgk, ohn allen Unterſchied, Exception, oder Vorbehalt, mit allen ihren Hoheiten, Rechten, Gerechtigkeiten, Päſſen, Schlöſſern, Städten Vniverſitaet, Aemtern, Dörfern, in- oder auſſerhalb Landes gelegenen Lehen, Pfand, und Mannſchaften, Höfen, Gütern, Zehenden, Zöllen, Gefällen und in Summa mit allen und jeden In- und Zugehörungen und Gerechtigkeiten, benamt oder unbenamt, ganz und zumalen nichts ausgenommen, Herrn Wilhelmen dem Sechſten, Landgrafen zu Heſſen und J. F. Gnd. Succeſſoren, wie auch Herrn Graf Philipſen von Schaumburgk, und Ihrer Gnd. mitbelehnten ehelichen Mänlichen Leibslehns-Erben gemein ſeyn, und durch eine forderliche Zuſammenſchickung beiderſeits Deputirten in einen gewiſſen Anſchlag gebracht, forters in zwey gleiche Theile geſetzet, und deren eins hochgedachter J. F. Gnd. oder anſtatt Deroſelben J. F. Gnd. der Frau Landgräfin, als Vormünderin ohne alle Widerrede und Auszug, mit allen Hoheiten, Nutzungen und Gerechtigkeiten, ſobald würklich abgetreten und eingeräumet, mit den andern halben Theil aber von hochermeldten J. J. F. F. Gnd. Gnd. und dem Fürſtlichen Haus

Heſ-

Heſſen Herrn Graf Philips vor ſich und Ihren Gnd. ehelichen Manleibs Lehenserben und weiter nicht, zum rechten neuen Manlehen, praeſtitis praeſtandis belehnet werden;

Ob man dan wohl zum Andern hierin Beiderſeits einig geweſen, daß nach beſchehener Vertheilung ſowohl J. F. Gnd. von Heſſen, als Ihre Gräfl. Gnd. von Schaumburg, die Ihnen angefallene Aemter Ihres Gefallens, (doch ſoviel Herrn Graf Philipſen belangt, allewege dem LehenRechten gemäs) zu ihrem Beſten zu nutzen und völlig zu genieſen, auch mit Untergerichten, Beamten, Bedienten und ſonſten mit guten Ordnungen zu verſehen und nach ihrem Belieben zu beſtellen, iederzeit freye Hand haben ſollen, wegen der hohen Landesregierung aber, wie auch der Canzley Oberbotmäßigkeit, Appellationum, Beſtellung der Vniverſitaet, Conſiſtorii, der Prediger, und was deſſen mehr ſein mag, ſo ſich nicht füglich theilen läſſet, Man heßiſchen Theils der Meinung geweſen, daß dieſes alles insgeſammt exerciret, und zu dem Ende eine geſammte Kanzley, und Conſiſtorium angerichtet, und von beiden ſowol Fürſt- als Gräflichen Theilen mit Bedienten gebürlich beſtellt werden könte; Nachdem aber doch Herrn Graf Philipſen Gnaden hierzu nicht gerne verſtehen, ſondern viel lieber ſehen wolte, daß es dahin gerichtet würde, daß jedes Theil das ſeine allein zu verwalten hätte: ſo iſt dieſer Punkt zu fernerm Nachdenken und Ueberlegung, ob und welchergeſtalt ſolches zu practiciren ſeie, auch wie man ſich etwa deswegen bey der würklichen Vertheilung hiernächſt am füglichſten vergleichen möchte, ausgeſtelt worden, iedoch bleibt iedem Theil die Macht, die Regierung allein zu haben, unbenommen.

Alsdann zum Dritten Gräflich-Schaumburgiſchen Theils begehret worden, weil Herrn Graf Philipſen Gnd. Ihre gewöhnliche Reſidenz bis dato uf Bückeburg gehabt daß derowegen Ihro Gnd. das Haus und Amt Bückeburgk verbleiben vnd Ihro F. Gnd. von Heſſen dargegen entweder das Amt Schaumburgk, oder ein anders hinwiederum zu voraus zu wählen Ihro Gnd. belieben laſſen möchten, ſo iſt man heßiſchen theils mit dieſem Erbieten zufrieden geweſen, und darbey ferner abgeredet worden, daß nach vorgangener Wahl und gemachter Gleichheit alles Uebrige nicht weniger, als alle in- und auſſerhalb landes gelegene lehne vollends vertheilet, auch woferne über kurz oder lang ein oder ander feudum apert werden möchte, daſſelbige alsdenn demienigen Fürſtl. oder Gräflichen Hauſe, welchem es in der Vertheilung zukommen, gelaſſen werden ſollen.

Wiewohl auch zum Vierten man ſich Fürſtl. heſſiſchen Theils, hiezu nicht verſehen können, daß Herrn Graf Philipſen Gnd. Ihr nicht allein alle in den 7 Schaumburgiſchen Aemtern von vielen Jahren noch nachſtändigen Reſtanten zuſammt den Intraden und Einkünften dieſes 1647 Jahrs vorbehalten, ſondern auch über das Ihro F. Gnd. einen Antheil von den Schaumburgiſchen Schulden zuweiſen wollen; Nachdem aber jedoch die Herren Schaumburgiſche Räthe nicht allein unter den Cammer- Amts- und Landſchulden ein Unterſchied gemacht, ſondern ſich auch expliciret, daß Ihro Meinung im geringſten dahin nicht gienge, daß J. F. Gnd. von Heſſen etwas von den Cammerſchulden, welche aus der Schaumburgiſchen Cammer verſchrieben, oder iemals verpenſionirt worden, vielweniger von den Landſchulden, welche Ritter und Landſchaft gemacht, und zu bezahlen verpflichtet ſeind, übernehmen möchten, ſondern daß ſie nur allein uf die Amtſchulden, welche aus gewiſſen Aemtern den Creditoribus hiebevor verſchrieben worden, und in deren würklichen poſſeſſion und Erhebung die Creditores iederzeit geweſen, zieleten, zumalen da dieſelbige über zwanzig vier tauſend Reichsthaler ſich nicht erſtreckten: ſo hat man ſich endlich dahin verglichen, daß gleichwie die berürte Landſchulden von beiderſeits Rittern und Landſchaften, alſo auch alle Cammerſchulden nicht weniger, als dieienige Amtſchulden, derentwegen die Creditores zwar uf gewiſſe Aemter oder andere Stücke verſichert, ietzo aber nicht in würklicher poſſeſſion und Erhebung der Penſionen begriffen, von Ihren Gnaden, Herrn Graf Philipſen alleine bezahlet und abgeſtattet werden ſollte;

Was aber dieienige Amtſchulden und aus den Aemtern verſchriebene Penſiones, in deren würklichen poſſeſſion und Erhebung die Creditores jederzeit geweſen, belanget, iſt abgeredet worden, daß J. F Gnd. darvon den halben Theil, jedoch aber mit folgenden Conditionibus übernehmen wollten, Erſtlich daß ſich die ganze Summe nicht über zwanzig vier tauſend Rthaler erſtrecke, Zum andern, daß unter der angegebenen Summa der 24000 Rthlr. keine ufgeſchwollene penſiones, ſondern nur allein Capital verſtanden werde, zum Dritten, im Fall dieſe Schulden am Capital ſich nicht ſo hoch erſtrecken ſolten, daß alsdann dieſes beiden Theilen zu Gutem kommen, Zum Vierten, daß Herrn Graf Philipſen Gnd. nicht weniger die Current penſiones von dem itzigen 1647. als den vorigen Jahren, zuſammt allen andern nachſtändigen Oneribus abſtatte, Und gleichwie zu dem End Herrn Graf Philips Gnd. die intraden und Einkünfte von dieſem itzo laufenden Jahr verwilliget worden, Alſo haben dieſelbe dargegen

J. F. Gnd.

J. F. Gnd. alle ihre Reſtanten, ſo viel deren in denen Aemtern, welche J. F. Gnd. zu Ihrem Theil zugetheilt werden möchten, annoch nachſtändig, darunter gleichwol die von J. F. Gnd. von Heſſen, Hrn Graf Philipſen Frau Gemahlin ins Amt Rottenburgk beſchehene Anweiſung nicht gemeinet, ohne einigen Vorbehalt, kraft dieſes Vergleichs cedirt und überlaſſen.

Demnach dann ferner zum Fünften das Fürſtliche Haus Braunſchweig ufetliche im Amt Schaumburg gelegene Stücke praetenſiones zu haben vermeinet, Ihre Gnd. Herr Graf Philips aber deren im geringſten nicht geſtändig geweſen, ſo iſt es dieſer und dergleichen Anſprüche halber dahin verabſchiedet worden, daß wofern von dem Fürſt. Hauſe Braunſchweig, oder ſonſt Jemand über kurz oder lang etwas angeſprochen erhalten oder evincirt werden ſolten, daß uf ſolchen Fall das Fürſtl. und reſpective Gräfliche Haus Heſſen und Schaumburg nicht allein vor einen Mann ſtehen, ſondern auch allen Schaden und Verluſt insgeſammt tragen ſollen, und wollen.

Die Ausſteurung der Gräflichen Fräulein zum Sechſten belangend; Gleichwie dieſelbe hiebevor ieder zeit von der ganzen Grafſchaft Schaumburg beſchehen: Alſo ſoll es auch inskünftig damit gehalten werden, daß ſo oft ein Fräulein von dem Fürſtl. Haus Heſſen oder Gräflichen Hauſe Schaumburg auszuſteuren ſein wird, daß alsdann die Ausſteurung iedesmal von beiderſeits Ritter- und Landſchaften, und alſo der ganzen Grafſchaft Schaumburg insgeſammt dem Herkommen gemäß geſchehen ſoll.

Belangend zum Siebenden den Titel und Wapen der Grafſchaft Schaumburg, bleiben dieſelbige nicht weniger als die Münzgerechtigkeit, beiden Theilen gemein, und gleichwie man ſich wegen dieſes letzten uf gewiſſe Maas hiernächſt zu vergleichen hat, Alſo ſoll auch durch dieſe Vergleichung Herrn Graf Philipſen Gnd. an der Immedietaet nicht praeiudicirt, vielweniger aber die privilegia, ſo Ritter, Landſchaften und Unterthanen in der Grafſchaft Schaumburg haben, geſchwächet, ſondern dieſelbe uf deren unterthäniges Nachſuchen von J. F. Gnd. von Heſſen gebürlich confirmirt werden.

Wann es dann zum Achten nach dem Willen Gottes ſich zutragen ſolte, daß Herr Graf Philips und Ihrer Gnd. Mitbelehnte ohne Hinterlaſſung mänlicher Leibes-Lehens-

erben

erben (welches allein in Gottes Handen ſtehet) mit Todt abgehen und alſo der mitbelehnte Mannsſtamm gänzlich erlöſchen würde, ſo ſoll uf den Fall, ohneracht et auch ein oder mehr Fräulein noch übrig ſein möchten, alle dasjenige, ſo Herr Graf Philips in dieſer Theilung an Schlöſſern, Städten, Vorwerken, Häuſern, Gebäuen, Gerechtigkeiten, Nutzungen, Land und Leuten und allen andern Zubehörungen zukommen, dem Fürſtl. Haus Heſſen einen Weg wie den andern ohne Einwendung einiges beneficii oder Exception meliorationum, impenſarum, illatae dotis, iuris retentionis, tacitae hypothecae, oder was deſſen mehr erdacht werden möchte, ſobald wiederum angefallen ſein, und daſſelbige propria authoritate ohne alle Widerrede pleno jure einzunehmen, und damit nach ſeinem Belieben zu ſchalten und zu walten, guten Fug und Recht haben. Doch ſollen den Gräflichen Wittiben und Fräulein, oder andern AllodialErben die Mobilia, Moventia und nomina, auch was Ihnen ſonſt mit Conſens des Lehnherrn, verſchrieben, verbleiben, und die Fräulein bis zu ihrer Verheirathung nach Nottdurft alimentirt werden, Auch denſelbigen hierdurch ohnbenommen ſein, wofern J. F. Gnd. von Heſſen, uf den Fall ihnen ein mehrers gönnen, oder ſich in andere Wege mit denſelbigen in Güte abfinden wollen.

Gleichwie nun durch dieſe Vergleichung, welche itzo ſobald ihre Würklichkeit erreicht, alle zwiſchen dem Stift Minden, dem Fürſtlichen Haus Heſſen und den Gräflichen Häuſern Schaumburg und Lippe der Lehen und Allodialſtücke halber obhanden geweſene Irrungen gänzlich abgethan und zu Grunde verglichen worden, Alſo ſollen auch alle vorige Conventiones, Belehnungen und die darinnen befindliche Extenſiones ad agnatos, wofern dieſelbige oder ſonſt einige dieſem Vortrag zuwider laufende Urkunde, Siegel oder Briefe über kurz oder lang herfürkommen und angezogen werden möchten, hierwider und ſonſt nichts gelten, ſondern hierdurch allerdings mortificirt und kraftlos ſeyn, und alles nach dieſer Vergleichung immerdar regulirt werden.

Deſſen zu Urkund haben im Namen der löblichen Kron Schweden hochgedachter Ihrer Mait. Dero Reichen Senatoris und bevolmächtigten Legati in Deutſchland, Herrn Graf Ochſenſtirns Excellenz beneben obbenanten Fürſtlichen Heſſiſchen und Gräflichen Schaumburgiſchen Räthen und Bevolmächtigten dieſe Vergleichung mit eigenen Handen unterſchrieben und mit ihren reſpective Gräflichen und angebornen Inſigeln confirmirt

mirt und bekräftiget, Geſchehen zu Münſter den $\frac{9}{19}$ Julii Im Jahr Ein tauſend Sechshundert vierzig und Sieben.

Johann Ochſenſtirn Axels Sohn

(L.S.)

L. S. Reinhard Schäffer.
L. S. Adolf Wilhelm von Croſig.
L. S. *Johann Vultejus.*
L. S. Nicolaus Chriſtoph Müldener Lt.
L. S. Conrad Schlütterer D.
L. S. David Peſtell D.
L. S. Johann Wippermann.

Weil uns dan beiderſeits dieſer von unſern Räthen und Dienern zu Münſter uf- gerichtete und hier vorgeſetzte Vertrag zu ratificiren gebüren wollen, und wir zu dem Ende allhiero zuſammen kommen, Als erklären Wir Amelia Eliſabetha, Landgräfin zu Heſſen, als Fürſtliche Vormünderin und Regentin, im Namen unſers vielgeliebten Sohns Herrn Wilhelmen des Sechſten Landgrafen zu Heſſen, und wir Philips Graf und Edler Herr zu Schaumburg ꝛc. vor uns, unſere Erben und Nachkommen hiermit, daß wir obgeſetzten und von Worten zu Worten dem Original gleichlautenden Contract und Vertrag in allen Puncten und Clauſuln mit freyem Wiſſen und Willen, auch gutem reifem Rath und Vorbedacht annehmen, denſelben allerdings ratificiren und bekräftigen, und thun das, und verpflichten uns hiermit, daß wir alles und jedes, ſo in ſolchem vorgeſetzten und zu Münſter abgehandelten Vertrag begriffen, ſteif, feſt und unverbrüchlich bey unſern Fürſtlichen und Gräflichen wahren Worten treulich und feſtiglich ohne einige Gefährde halten und adimpliren wollen, alles ſonder einige Liſt.

Zu Urkund deſſen alles ſind dieſer Verträge und darauf erfolgten Ratification zween gleichen Lauts und Inhalts ufgerichtet, und von uns beiderſeits mit eigenen Handen und Fürſtlichen und Gräflichen Inſiegeln bekräftiget und jedem Theil einer davon zuge-

ſtelt, So geſchehen zu Caſſel den eilften Auguſti, Im Jahr Eintauſend, Sechs-hundert, Vierzig und Sieben.

Amelie Eliſabeth. Philip Graff zu Schauwenberg Lippe vnd Sternberg.

(L. S. penſ.) (L. S. penſ.)

Daß vorſtehende Abſchrift mit dem im Fürſtl. Hof-Archiv vorhandenen Original in allem gleichlautend befunden worden: Solches wird hierdurch von mir Endesunterſchriebenen beurkundet. Caſſel den 10ten Septembr. 1787.

Friderich Chriſtoph Schmincke.

IV.

Executions-Receß vom 12ten Dec. 1647.

Von Gottes Genaden Amelia Eliſabetha Land-Gräffin zue Heſſen geborne Gräffin zu Hanaw, Müntzenberg, Gräffin zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda, Wittib, Regentin und Vormünderin des Hochgebohrnen Fürſten, Herrn Wilhelms, Land-Graffens zu Heſſens, Graffens zu Catzenelnbogen, Dietz. Ziegenhain, und Nidda, ꝛc. Unſers freundtlich geliebten Sohns, So dann Wir Philips, Graff zu Schaumburg, Lippe und Sternberg ꝛc. Thun kund und bekennen hiermit offentlich: Demnach Wir zu Exeqvir- und Volnziehung deßJennigen, waß ſo woll untern datis den $\frac{8}{18}$ und $\frac{10}{20}$ Julii, nechſthin zu Münſter, in einem Haubt- und Neben Vergleich, wegen der Graffſchaft Schaumburg Vertheilung, Zwiſchen Unſern beyderſeits Deputirten abgehandelt, und forters darnf von Unß ſelbſt hernach am 11. Auguſti zu Caßell ratificiret und beliebt, Alß auch deßen, waß darneben noch ferner deroZeit am 12. Auguſti, daſelbſten zu Caſſell verabſchiedet worden, ohnlengſthin Unſere beyderſeits Rhätte und Bediente, mit Noftürſtiger Inſtruction und Volmacht, nacher der Bückeburg zuſammen geſchickt und geordnet, Und dieſelbe nechſt zu vor, über allem gebührlich eingenommener Information und erkundiegung daß Jeniege, was dergeſtald zwi-

zwiſchen Ihnen, in dem einen und andern, theilß bereits volnzogen, auch noch ferner zu ſeiner Würglichkeit gebracht werden ſolle, biß uff Unſere beyderſeits gnd. ratification und genehmbhaltung in einen gewißen Executions-Receſs, unter Ihren allerſeits Unterſchriften und Inſiegeln verfaßet, Immaßen derſelbe von Worten zu Worten hernach folget:

Zu wiſſen, Als zwiſchen der Durchleuchtigen und Hochgebornen Fürſtin und Frawen, Frawen Amelien Eliſabethen, Land-Gräffin zu Heßen, Gebornen Gräffin zu Hanaw Müntzenberg, Gräffin zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda ꝛc. Wittib, Vormünderin und Regentin des Fürſtenthumbs Heßen ꝛc. in Vormundſchaft Ihres vielgeliebten Sohns, deß auch Durchleuchtigen und Hochgebornen Fürſten und Herrn, Hern Wilhelmen des Sechſten dieſes Nahmens LandtGraffen zu Heßen, Graffen zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda ꝛc. und dem Hochwohlgebornen Graffen und Hern, Hern Philipſen, Graffen zu Schaumburg, Lippe und Sternberg ꝛc. Uff der kön. Maytt. und dero Reiche Schweden Senatoris, CantzleyRaths und Gevolmechtigten Legati in Teutſchland, deß Hochwollgebornen Hern Johan Ochſenſtirns, Graffen zu Sudermohr, Freyhern zu Kymitho, Hern zu Ficholm, Horningsholm und Tulliegarn Interpoſition nicht allein am $\frac{9}{19}$ und $\frac{20}{10}$ Julii Jüngſthin, eine Haubt und NebenVergleichung zu Münſter, ſondern auch forterß am 12. Auguſti dieſes Jahrs, noch ein abſonderlicher Abſchied der Grafſſchaft Schawenburgk, und deren Vertheilung halber zu Caßell Uffgerichtet, und darauf von hochgedacht Ih. Fürſtl. und Gräffl. Gnd. Gnd. berürte Abſchiede und Verträge der Gebür zu exequiren, und zu ihrer Würcklichkeit zu bringen, etzliche Ihrer Rhätte und Bediente, wie dieſelbige hierunter benahmt, deputiret und zuſammengeſchickt worden, daß dieſelbe demnach bemelte Abſchiede und berechnete Schaumburgiſche Regiſtere, Documenten, Uhrkunden und andere Nachrichtungen, onfenglich vor ſich genommen, und darauß die Uffkünfften, Nutzungen, Intraden und Gefälle der Sieben Schawenburgiſchen Embtern, benahmtlich, Schawenburg, Bückeburg, Stadhagen, Rodenberg, Sachßenhagen, Hagenburg und Arnſpurg, in gewiſſe Anſchläge gebracht, dieſelbige rectificiret, beliebet und unterſchrieben, Unter welchen Anſchlegen aber gleichwoll nicht begriffen, die Jenigen Intraden und Gefälle des diſtricts welcher durch den zur Lawenaw zwiſchen beiden Fürſtl. und Gräffl. Heuſern, Braunſchweig, Heßen und Schawenburg am erſten Octobris dieſes Jahrs getroffenen Vergleich, hochermeltem Fürſtl. Hauß Braunſchweig vom Amt Schaum-

burg cediret und überlaſſen worden. Geſtald dan auch die Gefälle etliches im Ambt Schaumburg gelegenen Geiſtlichen Guether, alß des Stiffts hoffs zu Rinteln, der Probſtey zu Obernkirchen, und des Cloſters zu Egeſtorff, darauß von Weyland Fürſt Ernſten zu Holſtein, Schaumburg und Sternberg ꝛc. hochlöblicher Gedechtnüß den Profeſſoribus und Univerſitet zu Rintlen, der Unterhalt deputiret, und verordnet, ebenwenig in vorberürte Anſchläge kommen, ſondern davon excipiret und derenwegen verabſchiedet worden, daß Jetzbeſagte Intraden und Gefälle, beiden Fürſt- und Gräffl. Theilen gemein ſein, und durch Zween von denenſelbigen hierzu beſtelte und beeydigte GeſambtBediente, deren einer des Stifftshoffs zu Rinteln und des Cloſters Egeſtorffs gefelle bey einander: der ander aber die Probſtey zu Obernkirchen und deren Intraden verwalten und daneben auß Jetztbeſagter Ihme anbefohlenen Probſtey; So dan vom Verwalter zu Egeſtorff und Stiffts-Hoff zu Rintlen, ſo viel zu Unterhaltung der Vniverſität Jährlichs vonnöten ſein wird, erheben, davon die Profeſſores und andere, zur Vniverſitet gehörige Bediente richtig bezahlen, ſolches alles in eine abſonderliche Rechnung bringen, und vf erfordern dieſelbige neben ſeiner Probſtey-Rechnung, wie nicht weniger der Verwalter des Kloſters Egeſtorff und Stifftshoff zu Rintlen, von ſeiner Verwaltung, vor beiderſeits Fürſt- und Gräffl. Deputirten ꝛc. gehörige Rechnung Jährlich richtig ableggen ſollen;

So viell aber die Receſſe oder Reſtanten bemelter Geiſtlichen Güter belanget ſollen die Jetzige Verwaltere nicht allein Ihre Rechnungen ableggen und waß Sie ſchuldig bleiben bezahlen, oder mit gnugſamen beglaubten Urkunden, das Sie bey den Unterthanen, und bey welchen Sie ſtehen, und das Sie über angewanten fleiß, ein mehres, alß beſchehen, nicht einbringen konnen, beleggen und liquidiren, ſondern auch die Succedirende Verwaltere, dieſelbige Liquidationes zu ſich nehmen, und zu einbringung der reſtirenden gefällen, allen muglichen fleiß, damit die Profeſſores davon Ihrer Nachſtendiger Salariorum bezahlet werden mugen, anwenden, Inmaßen Ihnen dan ſolches bey Leiſtung Ihrer Pflichte, alſo eingebunden werden ſoll:

Vnd demnach die Zölle auf der Weßer zu Rinteln und Oldendorff, ſo dan alle auß den Kollbergen fallende Kohlennutzungen, in berürten Sieben Schawenburgiſchen Embtern ſich nicht füglich theilen laſſen wollen; So ſind dieſelbe ebenmeßig in der Gemeinſchaft gelaſſen, und dahero in vorberürte Anſchläge ebenwenig gebracht, ſondern derentwegen, abgeredet worden, daß ſo woll die Weßer Zolle, durch geſambt Zöllnere, als

die Nutzungen auß den Kohlgruben, durch die hierzu, in beider Fürſt- und Gräffl. Nahmen beſtelte und beEydete geſambt Bediente und Beamte Jehrlich eingenommen; beiden Fürſt- und Gräffl. Theilen, trewlich alle Jahr berechnet, und zu gleichen Theilen richtig gelieffert werden ſollen.

Nachdem dan obgedachte Anſchläge nicht nach den Jetzigen verderbten, ſondern den vorigen in den Anſchlägen ſpecificirten Jahren verfertiget, und darinnen mehr beſagte Sieben Schawenburgiſche Embter (doch außerhalb der Gräffl. Schloßer, Reſidentz Heuſer und dazu behorigen Gebawen) nachfolgendermaßen, und zwar in ſpecie das Ambt Schawenburg, nach Abzugk deßen, ſo dem Fürſtl. Hauſe Braunſchweig Lüneburg ꝛc. durch den Lawenawiſchen Vertrag oberwehntermaßen davon überlaßen worden, vff Eylff Tauſend, dreyhundert, dreyßig zwey Reichsthlr. Zehen groſchen $9\frac{4}{9}$ Pf.

das Amt Rodenberg mit dem Saltzwerck, auf Zehen Tauſend, dreyhundert, viertzig Reichsthlr. Zwölf groſchen Sieben Pfennig: das Ambt Sachßenhagen auf Viertauſend, Achthundert, Sechszig Reichsthlr. Zwantzig fünff groſchen $3\frac{3}{4}$ Pf.

das Amt Bückeburg auf Neun Tauſend zweyhundert Zwantzig Reichsthlr. Zwantzig Acht groſchen $11\frac{3}{8}$ Pf. das Ambt Stadthagen auf Sieben Tauſend Neuntzig drey Reichsthlr. zwanzig zwey groſchen $11\frac{1}{4}$ Pf. das Ambt Hagenburg, auf Zwey Tauſend Sechshundert und Siebenzehen Reichsthlr. Neunzehen groſchen $12\frac{1}{10}$ Pf. das Amt Arnßburgh vf Eintauſend, dreyhundert Funfzig fünff Reichsthlr. ein groſchen $5\frac{1}{8}$ Pf. Jehrlicher Intraden angeſchlagen, und alſo die gantze Summa Jehrlicher Renten und Gefällen, nach vorgemelten Außzügen, ſich überall ſo woll an ſtändigen, alß unſtändigen Gefällen, dienſten und Bhußen, auf Viertzig SechsTauſend Achthundert und Zwantzig Reichsthlr. dreyzehen groſchen 2. Pf. ſich erſtrecket, und es dahero dem Fürſtl. Hauß Heſſen ꝛc. nicht weniger als dem Gräffl. Hauſe Schaumburg ꝛc. und zwar Jeglichem abſonderlich davon zur Helffte Zwantzig drey Tauſend, vierhundert und Zehen Reichsthlr, Sechs groſchen, Sieben Pf. ertragen, So ſeind drauf dem am 12. Auguſti zu Caßell aufgerichteten Abſchiede zufolge, dem Fürſtl. Hauß Heßen Caſſell, nicht allein die beyde Hauſer und Embter Schawenburg und Rodenberg, mit allen darin gelegenen Stedten, benantlich Oldendorf, Rintlen, Obernkirchen und Rodenberg, Dorffern, Stifftern, Zehenden, Clöſtern, Wälden, Waßern, landtZollen, Renten und allen andern Pertinentiis, ſondern auch ein Stück vom Amt Sachßenhagen und in

ſpecie der alſo genanter Flecken Sachßenhagen und die darin und dabey gelegene Gräffl. Gebewe, Vorwercke und Mühle, ſo dan die Dorffſchaften Awhagen mit dem Zehenden und Dudinghauſen, Jmgleichen nachbenambte Wälder und Gehölße, der Dudingheuſer Berg, Awhager Schier und daß halbe Duelholß, mit allem waß in ſolchen FeldMarcken und Diſtricte gelegen und daraus an Zollen, Zehenden, Renten, Zinſen, Holß, und Maſtgelde fällig, auch Huden, Weyden, Jagden, Fiſchereien und allen andern Hocheiten und Gerechtigkeiten nichts, als nur allein ein gewißer Orth, der Waßerſtal genant, welcher Hern Graff Philipſen ꝛc. Gnd. ſo viel den bloßen privat Eygenthumb und die Nußungen betrift, zur helffte verbleibet und zwiſchen Fürſt. und Greffl. Heuſern zu gleichen Theilen, vertheilt werden ſoll, außgenommen: dem Gräffl. Hauſe Schawenburg aber, nach Jnhalt obangezogener Verträge und lehenbriefen, daß Schloß und Ambt Bückeburg, Schloß und Ambt Stadthagen, Hauß Flecken und Ambt Hagenburg, weiter das Haus und Ambt Arnßburg und waß nach Abzuge des vorgedachten Heßiſchen Antheilß am Ambt Sachßenhagen, noch ubrig, Vnd zwar dieſelbe nicht weniger alß Jeßberürte Heßiſche Embter, mit allen darin gelegenen Stedten und Flecken, Bückeburg, Stadthagen, Hagenburg und Steinhude, landt und leuten, Dorffern, Vorwercken, Höffen, Zehenden und andern Gefällen, Wälden Hölßungen, Jagden, Fiſchereien, Wieſen, Weyden, Ackern, Adelichen Heuſern, ſambt allen andern Pertinentien und Zubehörungen, Gerechtigkeiten, Gerichten, hohen landes-Obrig- und Bottmäßigkeit, wie die Nahmen haben mogen, nichts davon ausbeſcheiden, auf maße und weyſe, wie im Münſteriſchen Haubt-Vertrage und dem lehnbrieffe enthalten, zugetheilet, tradiret, übergeben und Jeßo ſo bald würcklich eingereumet worden. Damit aber bey dieſen von ein ander getheileten Embtern, der Grenße und Schnade halber, keine Jrrung oder Mißverſtende zwiſchen beiden Fürſt- und Gräffl. Heuſern ꝛc. entſtehen mögen; So iſt hierbey ferner verabſcheidet worden, daß, ſo bald die Jeßige Kriegs-Unruhe wiederumb aus dem lande, die alten Grenße berürter Emter, mit Zuziehung etlicher der Grenße Erfahrnen alten leuten und Bediente (welche auch, wo nötig, Jhren Pflichte zu erlaßen, und zu erkundigung der wahrhaften Beſchaffenheit mit einem zimblichen Juramento von newen zu beleggen) nicht allein forderlich ernewert ſondern auch die Newen Grenße im Ambt Sachßenhagen gemacht und allenthalben durch SchnatPfele und Grenß-Steine, daran vff einer und zwar der Heßiſchen Seithe, ein aufgerichteter lewe mit dem Neßelenblate zwiſchen den Clawen, Uff der andern ſeith

aber

aber die Lippiſche Roſe und Neßelblat, zuſambt der JahrZahl eingehawen, allenthalben unterſchieden, bezeichnet, und auf beyder Koſten vermahlet werden ſollten; Wiewoll dann in obangezogenen Caßeliſchen Abſchiede verſehen, daß, von der Vertheilung die Erbhuldigung dem Fürſtl. Hauße Heßen in der gantzen Grafſchaft zu vorderſt geleiſtet und Hern Graff Philipſen Gnd. darauf alßdann mit denen Jennigen Embtern, ſo Ihm in dieſer Theilung zukommen, vom Furſtl. Hauß Heßen, wiederumb belehnet werden ſolle, Alß aber jedoch berürte Erb-und Landthuldigung von deßwegen, das die Unterthanen bey Jetziger ſtarcken Einquartirung und Unſicherheit, guten theilß nicht bey Hauß und Hoff, ſondern ſich mit dem Ihrigen an andere Orthere ſalviret, Jetzo nicht fueglich eingenommen werden konnen, damit dan hiedurch die Theil- und Auslieferung nicht ferner gehemmet- oder aufgehalten werden moge, So hat man es Heßiſchen Theils vor dießmahl dabey bewenden laßen, das Her Graff Philipſen Gnd nicht allein die dem Fürſtl. Hauß Heßen ꝛc. zugetheilete Prælaten, Ritterſchaft, Lehen Leute, Unterthanen und Bediente, durch ein offenes Patent unter Ih. Gnd. Hand- und Inſiegell der vorigen Pflicht erlaßen, und Sie damit an daß Fürſtl. Hauß Heßen derogeſtald verwieſen, das hochged. Ih. F. Gnd die Frau Landgreffin ꝛc. wan und zu welcher Zeit Ihr beliehbig die Landhuldigung einnehmen laßen mögen, ſondern auch wegen der übrigen dem Greffl. Hauſe Schaumburg verbleibenden Embtern, ſich ebenmeßig dahin erkläret, daß Sie zu erlaßungh bereith, und auf Ih. F. G. von Heßen ꝛc. erfordern und Begeren, dieſelbe Unterthanen und Lehnleute, ohn einige Widerrede zur Erbhuldigung anweiſen und drauf nach abgelegten LehnsEyde wieder in Ihre Pflicht nehmen laßen wollen, Und ſeind die Beamten in den Heßiſchen Embtern die Intraden und Gefälle von dieſem Jahre, Jedoch nach Einhalt des Münſteriſchen Neben Receſſes mit Beſcheidenheit und der Underthanen vermögen und Gelegenheit einzuforderen undt Ir. Grefl. Gnd. zuliefferen nichts deſto weniger angewieſen und befehligt worden. Undt weilen hochgd. Frau Landt Greffin ꝛc. und dero vielgeliebten Hern Sohns Fürſt. Fürſtl. Gnd. Gnd. auch dero Erben, Succeſſoren und Nachkommen der gantzen Grafſchaft Schaumburg Erb- und Schutzhern ſeindt, und dahero billig erachtet worden, daß auch deroſelbigen im gemeinen Gebet von den Cantzeln, in denen Hern Graff Philipſen Gnd. zugetheileten Stedten und Dorffern mitgedacht, und vor dieſelbige weniger nicht, alß vor Hern Graff Philipſen und Seiner Gnd. Fürſtl. Gemahlin, und beyder Fürſt und Greffl. Anverwandten gebeten werde; So hatt man ſich zu dem Ende, eines gewißen dem Heßiſchen gleichförmigen, und von beyderſeits Deputirten unterſchriebenen Gebetts dergeſtalt ver-

gli-

glichen, daß daßelbige, ſo bald die Erbhuldigung dem Fürſtl. Hauß Heßen ꝛc. geleiſtet, in allen kirchen der gantzen Graffſchaft, von allen und Jeden Predigern hinkünftig alſo offentlich abgeleſen werden ſoll;

Als aber Herr Graf Philipſen Gnd. der Jh. Gnd. zugetheilter beyder Embter Sachßenhagen und Hagenburg, ſo viel die Peinlichkeit, Unterbottmeßigkeit, Nutzungen und Gefälle belanget, von deßwegen noch zur Zeit würcklich nicht genießen können, weil Hern Graff Hermans zu Holſtein Schaumburg und Sternberg ꝛc. hoch S. Andenckens hinterlaſſene Fürſtl. Frau Wittwe, dieſelbige LeibZuchtsweiſe die Zeit Jhres Lebens zu genießen hatt. Unterdeßen aber dieſer Abgang von beyden Fürſt- und Grefl. Theilen insgeſambt getragen; und dannenhero vom Fürſtl. Hauß Heßen, Jh. G. ad Interim und bis vf berürten Todesfall, vff Zwey Tauſend Siebentzig zwen Thaler, Sieben groſchen 10½ Pf. Jährlichen Intraden, an dergleichen Land und Leuten erſetzung beſchehen müſſen; So hat man ſich dahin verglichen, daß Jh. Greffl. G. unterdeßen, auß dero zum Amt Schaumburgh gehörigen Hattendorffer Vogtey etliche in einer abſonderlichen von allerſeits deputirten jetzo zu gleich unterſchriebenen Verzeichnüßen Specificirte Oehrther und Gehöltze, jedoch mit Vorbehalt dero dem Fürſtl. Hauſſe Heßen, in dem Münſteriſchen Haubt und NebenVertrage überlaſſenen Reſtanten; So dan der Hocheit, Appellation und andern Gerechtigkeiten, ſo der Fürſtl. Fraw Witwen, zu Sachßenhagen, an Jhrem Witthumb nicht geſtanden wird; und zwar dergeſtaldt, das Jh. G berürte Orter nach Beſchaffenheit der Zeiten und der Gueter Gelegenheit, ſo lang die Fürſtl. Frau Wittib zu Sachßenhagen lebet, und den Wittumb zu genieſſen hat, zu Jhrem beſten, doch ohn Verwüſtung nicht allein nutzen und gebrauchen, ſondern auchl dieſelbige Oehrter und Gehöltze nach der Fürſtl. Fraw Witwen Ableben und erloſchenen Witthumb ohn einige Wiederrede, meliorationum, Juris retentionis, Impenſarum oder nachſtändiger Reſtanten dem Fürſtl. Hauß Heßen ꝛc. wiederumb abzutreten ſchuldig, auch daßelbe propria authoritate, ſolche Stücke wiederumb einzunehmen und ſich in poſſeſſion zu ſetzen, gute fueg und macht haben ſollen; Und wofern es ſich hiernechſt nach hochgd. Fürſtl. Fraw Witwe tödlichen Abgange befinden ſolte, daß Jhr die Intraden der beiden Embter Sachßenhagen und Hagenburg nicht genzlich zukommen, ſondern Jhr darauß Jehrlich ein gewiſſes, welches hiebevor an die Fürſtl. Fraw Wittib zu Stadthagen bezahlet worden, herauß zu geben gebühret hette und daßelbige Jh. F. G. der Fraw Wittiben Erben hiernechſt

nechſt vom Hern Graff Philipſen, abgekürtzet oder zugerechnet werden ſolte; So ſoll auf den Fall, dem Fürſtl. Hauß Heßen ꝛc. von Hern Graff Philipſen Und nicht allein deßwegen zur Helffte gebührliche Erſtattung beſchehen, ſondern auch wofern hochbemelter Fürſtl. Frawen Witben Erben, die Reſtanten im Ambt Sachßenhagen, und Hagenburg zurück laſſen möchten, alßdann dieſelbigen, nach Inhalt der Münſteriſchen Neben-Vergleichung, beiden Theilen gemein verbleiben;

So viel dan die Schawenburgiſche Lehenſchafften belanget, ſeynd dieſelbe nicht allein auß den Reverſalien bona fide außgezogen und in richtiges Inventarium gebracht, ſondern auch forters in vier unterſchiedliche Claſſes unterſchieden worden: Und nachdem in der erſten Claſſe, die Inlendiſche Adeliche Lehen, in der Andern die Ausländiſche Adeliche Lehen: In der dritten die Burgerliche Lehen und in der vierten die ungewiſſe Lehen enthalten; Iſt forters jede Claſs in zwey gleiche theile, ſo viel immer muglich geweſen, geſetzet und durchs Loß vertheilet worden; Waß nun davon, ſo woll dem Fürſtl. Hauſe Heßen ꝛc. alß dem Greffl. Hauß Schaumburg an- und zugefallen, iſt abſonderlich ſpecificiret und das Verzeichniß von Allerſeits Deputirten unterſchrieben worden. Und ob woll die dem Fürſtl. Hauſe Braunſchweig ꝛc. durch den Lawenauiſchen Vergleich überlaßene Lehenſchafften weder in das Inventarium, noch dieſe Vertheilung kommen, ſondern davon ausgenommen worden; So iſt aber doch hiebey abgeredet worden, daß auf den fall entweder von hochgeb. Fürſtl. Hauße Braunſchweig ꝛc. oder Jemand Anders, etwas weiter, es ſey an Lehenſchafften oder ſonſten, angeſprochen oder evinciret werden ſollten, daß alsdan beide Fürſt- und Greffl. Heuſſer Heßen und Schawenburg, nach Inhalt des Münſteriſchen Haubt-Vergleichs, vor einen Mann ſtehen und allen Abgang zu gleichen Theilen tragen ſollen und wollen.

Waß dan die, ſo woll bey der Bückeburgiſchen Cantzley alß den Embtern befindliche und zu denen dem Fürſtl. Hauß Heßen ꝛc. zugetheilten Embtern und Lehenſchaften gehorliche Brieffliche Documenta, Reverſales, Urkunde, Grentz-Bücher, Regiſter, Saalbücher, wie auch Ambts- und Rechts-Sachen der Partheyen, ſo daſelbſten bishero Recht geſucht, betrifft, Iſt deren wegen nicht allein Jetzo eine Deſignation verfertiget, und den Heßiſchen Deputirten zur Nachrichtung zugeſtellet, ſondern auch hiebey ferners verabſchiedet worden, daß alle dieſelbige Documenta, Saalbücher, Regiſter und Rechthengige Acta, in den Stand, darin Sie Jetzo ſeind, auf Begehren unweigerlich bona fide ausgefolget werden ſollen.

Und weill oftgedachter Fraw LandtGräffin Fürſtl. G in Vormundſchaft dero vielgeliebten Herrn Sohns alß der ganzen Grafſchaft Schaumburg Erb- und Eygenthumbs Her ꝛc. an dem zur Bückeburgh, vorhandenen Archive, und darin befindlichen Brieflichen Urkunden höchlich intereſſiret und die Heßiſche Deputirte dahero ſolch Archivum nicht allein wegen vorhochgeb. Fürſtl. Hauſes Heßen, beſitzlich apprehendiret, ſondern auch bey Hern Graf Philipſen Gd. und deme zu ſolchem Archivo und deßen Ufſicht beſtellten Secretario erinnerung gethan, daß hochgedacht Ih F. Gd ſo woll von berürten im Archivo befindlichen, als anders wohin in Verwahrung gebrachten brieflichen Urkunden, Acten und Documenten, zum wenigſten Jetzo eine beglaubte Deſignation und Verzeichnuß übergeben werden mochte, daßelbige aber, unerachtet es billich und von Hern Graff Philipſen Gnd. nicht verweigert worden, ſo ſchleunig nicht zu wercke gerichtet werden konnen; So hatt man hierzu, etwaß geraumere Zeit verſtatten; unter deß aber einen gewißen Archivarium, daßelbige zu verfertigen und alles in ein Repertorium zu bringen, auch daß Archiv in gebürliche Obacht und gute Verwahrung, doch daß beyden Fürſt und Greffl. Theilen beglaubte Copeyen vf begeren gegeben werden ſollen, zu nehmen, von den Originalien nichts von abhanden kommen, oder ohn bewuſt und Bewilligung beyder Fürſt- und Greffl. Theile außfolgen zu laſſen oder anderen zu communiciren und waß anders wohin gebracht, wiederumb dazu zu bringen, in beyder Fürſt- und Greffl. Nahmen beſtellet, Inmaßen dan zu ſolcher Verwaltung Secretarius Heinrich Rulman, Jetzt gedachtermaßen, dazu verordnet, beeydiget und demſelbigen ratione Archivi, Jahrlich Sechßig Rthlr pro ſalario, im Nahmen beyder Fürſt- und Greffl. Theilen zugeſagt und verſprochen worden. Ob man dan auch woll, bey dieſer Vertheilung gern determiniren wollen, wieviel zu deß Kayſerl. Cammer-Gerichts Unterhaltung, auch anderer Reichs- und Creiß Anlagen wegen der Grafſchaft Schaumburg, ſo woll dem Fürſtl. Hauß-Heßen ꝛc. alß Hern Graff Philipſen Gd. hinkünftig abzutragen, gebühren wolle: Nachdem aber jedoch dieſe onera, von den vorigen verſtorbenen Graffen zu Holſtein Schawenburg Chriſtmilden Andenckens, wegen aller Ihrer Graff- und Herſchaften in einer Summa abgeſtattet worden, und man biß dato, unerachtet fleißig nachgeſucht, keine Nachrichtung finden konnen, waß und wie viel nach Abgang der Graffſchaft Holſtein und Sternbergh, der Herſchaft Gehmen, ſo dan des Ambts Lawenaw Beckloh und Meßmerode, wie Imgleichen deßen, das vom Ambt Schawenburg ꝛc. dem Fürſtl. Hauße Braunſchweig ꝛc. durch oft angezoge-

ge-

genen Lawenawiſchen Vertrag weiter zu kommen, nunmehr dem verbliebenen Reſt, der vertheilten Sieben Schaumburgiſchen Embter eigentlich ertragen; So iſt dieſer Punct bis zu beßerer Nachſuchung und Erkundigung noch zur Zeit außgeſetzt worden.

Alßdann auch in dem Caßelſchen Abſchiede verſehen, das man Jedes Fürſtl. oder Greffl. Theil, mit der ſo woll von den Kayſerl. alß Schwediſchen und Heßiſchen angelegten Contribution und Einquartirungen in ſeinen zugefallenen Embtern gewehren laſſen ſolle, daßelbige aber, ſo viel die Kayſerl. und Schwediſche Contribution belanget, ehe und bevor einem Jeglichen Fürſt oder Greffl. Theile ſeine Qvota abſonderlich zugeſchrieben nicht allerdings fueglich geſchehen kan; So iſt derenwegen abgeredet worden, das beyde Fürſt- und Grefffl. Theile ſich ſo woll bey der Kayl. alß Schwediſchen, darumb bemühen und zu dem End an die Jennigen, ſo dieſe Contributiones in Verwaltung haben, demneheſten ſchreiben wollen, Unter deßen aber und biß dahin ſoll die Austheilung nicht von einem Theile allein, ohn des Andern, oder deren hierzu Deputirten, Vorbewuſt gemacht werden, ſondern beyder Fürſt- und Greffl. Theile', hierzu verordnete, ſich Jederzeit zuſammen thun, die Außtheilung dem Herkommen gemeß, und nach Jetziger Zeit Beſchaffenheit, machen, auch da ein Ambt ſich bevor dem andern beſchwehret finden muchte, gebürlich remedyren, Zu welchem Ende dann Schawenburgiſchen Theils das Cataſtrum und alle Nachrichtungen bona fide zu ediren zu geſagt und verſprochen worden; Wiewoll dann nicht allein oben gedacht worden, daß den Profeſſoribus bey der Univerſitet Rintlen, von einem in beyder Fürſt- und Greffl. Nahmen beſtelten Geſambt-Verwalter, Ihre Salaria hinkünftig, auß obberürten Geiſtlichen Gefällen entrichtet werden ſollen, ſondern auch die Dotation ferner mit ſich bringet, daß eine gewiſſe Anzahl Stipendiaten auß denſelbigen Gefällen bey der Univerſitet, unterhalten werden ſollen; Die weill aber jedoch die Intraden bey dieſen verderblichen Zeiten, bey weitem nicht alle eingebracht werden können, damit dan nicht eines mit dem Andern vergehe; So iſt gutt befunden worden, das man, ſo viel die Stipendiaten belanget, der Sachen, biß zu beßern Zeiten, einen Anſtand geben, und zuforderſt die Profeſſores beſolden, und wan ſolches beſchehen, alßdan, ob; und waß etwa noch übrig, und zu der Stipendiaten Unterhalt, verwendet werden könne', ſehen und überleggen ſollen, Unterdeßen aber und biß dahin, iſt verabſchiedet worden, daß hinkünftig, dreyzehen Profeſſores, als Zween in Theologia, Vier in Jure, Zween in Medicina und Fünf in Philoſophia unterhalten, und biß auf beyder Fürſt- und Greffl. Theilen an

wertigen Vergleich und Verordnung, den beiden Theologis Sechshundert und Funfzig, und alſo dem Primario dreyhundert Funfzig, dem Secundario dreyhundert dem Profeſſori Juris Primario, dreyhundert, dem Secundario Zweyhundert und dem Tertio Hundert und Sechszig und dem Quarto Hundert und Funfzig; dan dem Medicinæ Profeſſori Primario Zweyhundert, dem Secundario aber Hundert und Funfzig, von den Philoſophis aber dem Primario Zweyhundert, den übrigen vieren aber, einem Jeglichen Hundert und Funfzig Thaler, dem Secretario Academiæ Funfzig, dem Typographo auch Funfzig, und letzlich Zween Pedellen in geſambt Achtzig, und alſo einem Jeden Viertzig Thaler, (doch dieſes alles, wann vorberurte Profeſſores und Bediente effective vorhanden ſein, und Jhrer Profeſſion gebürend abwarten) zu Jährlicher Beſoldung bezahlt werden ſollen; Was die Müntze belanget, weill auf eingenommene Erkundigung und gepflogene Unterredung Jetziger Zeit daran wenig Vortheill zu erlangen, So iſt derſelbe Poſt, wie auch was vor Sorten und Gepräg darauf zu ſchlagen, vor dießmahl zu fernerem Nachdencken ausgeſtellet, Gleichwoll aber unterdeſſen abgeredet worden, daß zu beyder Fürſt- und Greffl. Theilen Gewinſt, Sechshundert Thaler an kleiner kupffern Müntz, darauf auf einer ſeiten ein Lawe, auf der Andern ein Neßelblatt in beyſein des hierzu von beiden Fürſt- und Greffl. Deputirten beEydigten geſambt Zollners zu Rintlen jetzo geſchlagen werden ſoll: Geſtalt dan auch die Separation der Ambtſchulden und waß davon, nach Jnhalt des Münſteriſchen Haubt-Vergleichs, daß Fürſtl. Haus-Heßen ꝛc. übernommen, von deßwegen vor dieß mahl nicht beſchehen konnen, weilen man noch zur Zeit der Abſchrifften von den Verſchreibungen nicht habhaft ſein, und ſich darin nach Notturft erſehen, viel weniger aber eigentlich wiſſen konnen, ob dieſer oder Jener Creditor in wircklicher Erhebung jederzeit geweſen oder nicht; So iſt dieſer Punct noch zur Zeit und biß ſich die Creditores gebürlich angeben und die obligationes communiciret, ebenmeßig ausgeſetzt; Wegen des verſetzten Hemeringer Zehenden aber, (deßen Gerechtigkeit und Reluitio, Vermuge deß, zwiſchen den Fürſt- und Greffl. Heußern, Braunſchweig, Heßen und Schawenburg am 1. Octobris dieſes Jahrs, zur Lawenaw ufgerichteten NebenAbſchiedts Hern Graff Philipſen ꝛc. und Seiner Graffl. Gnd. Manlicher Leibslehenß Erben verbleibet) iſt verabſchiedet worden, wofern es ſich bey zu gelegter Abrechnung, mit dem Einhabenden Creditore, befinden ſolte, daß ſich derſelbe Zehende entweder ganz oder zum Theile abgetragen, daß ſolch Vortheil dem Fürſtl. Hauße Heßen ꝛc. durch anderwertige

Er-

ſetzung zum halben theil mit zu gutem kommen, oder aber, daßelbige ein ander gleichmeßiges verſetztes Stück per Compenſationem obberurter maßen, zu wehlen und vor ſich allein zu behalten frey geſtellet ſein ſoll. Waß den Titul und Wapen der Graffſchaft Schaumburg, welcher vermöge des Münſteriſchen Haubt-Vergleichs, beiden Fürſt- und Greffl. Theilen gemein ſein ſoll, belanget, haben dem Fürſtl. Hauß Heßen ꝛc. Her Graff Philipſen Gnd. dießfalß kein Ziell noch maeß ſtecken wollen, Unter deßen aber iſt hiebey verabſchiedet worden, daß an denen Oertern, ſo in Communione bey dieſer Theilung verbleiben, alß nemblich der Univerſitet, den Zoll- und Kohlſtetten, beyde ſo woll das Fürſtl. Heßiſche alß Greffl. Schawenburgiſche Wapen zuſammen, auf eine Taffel gemahlet und daſelbſt affigiret werden ſolle;

Alß dan endtlich Her Graff Philipſen ꝛc Gnd. davor halten wollen, daß Ih. G. der Sahmen und das Ackerlohn von den Vorwerken und eigen Gewächſen, ſo dem Fürſtl. Hauß Heßen, durch dieſe Vertheilung zukommen, erſtattet werden müßen; Nachdem man aber Fürſtl. Heßiſchen Theilß, auß allerhand angeführten Urſachen hierzu ſich nicht verſtehen können, und dabey remonſtriret, daß Ih. F. Gnd. dergeſtald veruhrſacht werden, weiln præſtanda nicht præſtiret, auch die fructus perceptos, der dreyer Heßiſchen Embter halber von Zeit der gehabten Inhabung zu forderen, hergegen aber die Hern Schawenburgiſche einer andern Meynung geweſen, und man der Sachen in hoc puncto nicht einig werden konnen; So iſt derſelb bey dieſer Execution ausgeſetzet worden ꝛc.

Letzlich iſt hierbey verabſchiedet worden, Nachdem Hern Graff Philipſen ꝛc. Gnd. bey hochged. Ih. F. Gnd. von Heßen erlanget, daß Ih. Gnd. den LehenEyd, über die Ihr zugetheilete Greffl. Heuſer, Schlößer, Stedte und Embter, vor den Heßiſchen Deputatis, doch daß es dahinkünftig, in keine Conſequentiam gezogen werde, vor dießmahl alhie zur Bückeburg ablegen möge, wie auch von Ih. Greffl. G. wircklich beſchehen und daſſelbige abgelegt auch daneben verſprochen worden, daß Ih. Greffl. Gnd. ſo bald Sie den newen LehenBrieff erhalten, alß dan den vorigen und waß dazu gehörig, wiederumb bona fide von ſich geben ſollen und wollen, den Juribus Privatorum wird ſonſten durch dieſen ExecutionsAbſchied eben ſo wenig derogiret, alß dieſes, wan etwa auß einem Ambt und deſſen Dorffſchaften in daß andere Intraden und Gefälle gelieffert werden müßen, doch auſſerhalb dem, waß in ſpecie bey den Anſchlegen notiret, hierdurch abgeſchaffet.

Waß nun in dieſem Executions-Abſchiede ſpecificirter maßen nicht zu Werckgerichtet, verglichen oder zu anderwertiger Vergleichung ausgeſetzet, Gleichwoll aber in obgedachten Münſteriſchen und Caſſeliſchen Abſchieden determiniret, dabey ſoll es allerdings verbleiben und hiedurch nicht noviret ſein. Gleichwie nun obbeſagtes Alles und Jedes in vorhochgd. Fürſtl. und Greffl Gnd. Gnd. Nahmen, durch der dazu beyderſeits Deputirte und Bevolmechtigte Rethe und Bediente, alß an Seiten Ih. F. Gnd. der LandtGreffin zu Heßen ꝛc. Herrn Wilhelm Burchart Sixtinum der Rechten Doctoren und Cantzlern, Nicolaum Chriſtoff Müldener der Rechten Licentiaten und Regierungs Rath und Caſpar Weyganten RentCammersRath und JegenSchreibern. Von wegen Hern Graff Philipſen Gnd. Conrad Schlüttern und David Peſteln beyde der Rechten Doctoren, Rethe und reſpective Profeſſorn zu Rintlen, Her Johan Wipperman und Hern Herman Sobben HofMeiſter und reſpective Cammer-Secretarium nach Inhalt obangezogener Münſteriſchen und Caſſeliſchen Vergleichung exequiret, zu Werke gerichtet und verabſchiedet worden. Alß haben dieſelbe deſſen zu Urkund dieſen Executions-Receſs, deren Zween verfertiget, und Jeglichem Fürſt- und Greffl. Theil, einer zugeſtellet worden, mit eigen handen unterſchrieben und mit Ihren aufgedruckten Petſchaften bekräftiget. Geſchehen zur Bückeburg den Zwölften Tag Decembris, des Ein tauſend ſechshundert Sieben und Viertzigſten Jahrs.

Wilhelm Burchart Sixtinus D. (L.S.)

Nicolaus Chriſtoff Müldner Lt. (L.S.)

Caſpar Weygandt. (L.S.)

Conrad Schlütter Dr. (L.S.)

David Peſtel Dr. (L.S.)

Johan Wippermann. (L.S.)

Herman Sobbe. (L.S.)

Und

Und Wir Unß dan auß dieſem obbeſchriebenen Executions Receſs nach allen deſen Umbſtende, zu beiden Theilen Underthenig und notturftig referiren laßen, Alß haben daruff befundenen dingen nach, ſo woll in krafft tragender Vormundſchaft, Wir Eingangs gemelte Amelia Eliſabetha LandGreffin zu Heßen ꝛc. Wittib, Vormunderin und Regentin an ſtatt und im Nahmen hochgedachts Unſers geliebten Sohns Hern Wilhelms, LandGraffens zu Heßen ꝛc. Alß auch Wir Philips Graff zu Schaumburg, vor Unß beiderſeits Erben und Nachkommen, denſelben in allen ſeinen Puncten und Clauſuln, wißentlich, wohlbedechtlich, auch freywillig acceptiret, ratificiret und bekreftiget, Thun daßelbe auch hiermit dergeſtalt und alſo, daß Wir vor Unß, Unſern geliebten Sohn, auch Unſere und deßen Erben und Nachkommen, Unß feſtiglich obligiren und verpflichten, alles und Jedes, waß in ſolchem Executions-Receſs begriffen trewlich zu halten, auch nichts dawieder vorgehen zu laßen, Ohn einige Gefehrde und Argeliſt bey Fürſtl. und Greffl. wahren wortten. Urkundlich haben Wir dieſe Ratification unter Unſern beyderſeits Fürſt- und Greffl. eigenen Handen und Inſiegeln beſtettiget und gedoppelt, zu eines jeden Theilß Nachrichtung vffrichten und verfertigen laſſen. So geſchehen den letzten Junii, Anno Tauſend, ſechshundert Acht und Viertzigk.

Amelie Eliſabeth.

(L.S. penſ.)

Philip, Graff zu Schauwenberg Lippe vnd Sternberg.

(L.S. penſ.)

Daß vorſtehende Abſchrift mit dem im hieſigem Fürſtl. Hof-Archiv vorhandenen Orginal in allem gleichlautend befunden worden: Solches wird von mir Endesunterſchriebenen hierdurch pflichtmäßig atteſtirt. Caſſel den 10ten Septembr. 1787.

Friderich Chriſtoph Schmincke.

V.

Lehnrevers des Grafen Philipp von Schaumburg-Lippe, vom 16ten Oct. 1652.

Ich Philips Graff zue Schawenburgk, Lippe und Sternbergk, Thue kund und bekenne vor mich und meine Mannleibslehenserben, daß von dem Durchläuchtigen Hochgebohrnen Fürſten und Herrn, Herrn Wilhelmen Landgrafen zu Heſſen, Fürſten zu Hersfeld, Grafen zu Catzenelnbogen Dietz, Ziegenhain, Nidda und Schaumburgk, meinem gnädigen Herrn, ich belehnet worden bin, und Dero F. Gnd. Originallehenbrief zu meinen Händen empfangen habe, welcher von Worten zu Worten lautet, wie folget:

Von Gottes Gnaden Wir Wilhelm Landgraf zue Heſſen, Fürſt zu Hersfeld, Graf zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda und Schaumburg, Thun kund hieran offentlich vor uns unſere Erben und Nachkommen regierende Fürſten zu Heſſen Caſſeliſchen Theils bekennende, Als vom Jahr Chriſti 1518 hero, die wohlgeborne Grafen zu Hollſtein und Schaumburg, Herrn zu Gehmen, auch nachgehends dero Erben und Nachkommen von unſerm Herrn Ur Ur Altvattern wailand dem hochgebornen Fürſten Hern Philipſen dem ältern, Landgrafen zu Heſſen, Grafen zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain und Nidda Chriſtmilden Andenkens und forters von allen denſelben in der Regierung gefolgten Landgrafen zu Heſſen, unſerer Fürſtlichen Caſſeliſchen Lini, ihre in der Grafſchaft Schaumburgk gelegene Schloſſe und Aemter, Rodenbergk, Hagenburgk und Arnſpurgk mit ſamt deren Dörfern, Leuten, Gerichten, Gütern, Gülten, Renten, Zinſen, Aeckern, Wieſen, Waſſern, Weiden, Wildbahnen, Fiſchereien, und allen andern ihren Zugehörungen, wie die auch Namen haben mögen, nichts davon abgeſondert, oder ausgeſcheiden, zu rechtem Manlehen recognoſciret und empfangen haben, auch ſolche Lehensempfahungen, von ſelbiger Zeit an, zu allen ſich begebenen Fällen, bis uf den letztverſtorbenen Otten, Grafen zu Holſtein, Schawenburgk und Sternberg, Herrn zu Gehmen und Bergen (welcher noch bey unſerer Minderiährigkeit von wailand unſerer hochgeehrten Frau Mutter als Vormünderin, hochlöblicher Gedächtnis damit den 13. Januarii des verwichenen 1640 Jahrs zuletzt belehnet worden) immer continuiret, wie die darüber von Zeiten zu Zeiten ufgerichtete Lehenbriefe und Reverſalen mit mehrerm ausweiſen, Und aber durch ermeldtes Graf Ottens, als des letzten deſſelben Schaumburgiſchen Mansſtamms am 15 Novembris berürtes 1640 Jahrs ſich ohnver-

verhoft begebenen Todtsfall, vorberührte drey Schaumburgiſche Schlöſſer, Städte und Aemter, Rodenberg, Hagenburg und Arnſpurg, mit aller Hoheit, Obrig- und Herrlichkeit, auch mit allen andern ihren Zugehörungen nichts ausgeſchloſſen, und vermög klarer Lehnrechten, lediglich an- und heimgefallen, hochgedachte unſere Frau Mutter auch dieſelbe darauf in kraft tragender Vormundſchaft vor uns, in würklichen Beſitz genommen, und etliche Jahr ruhiglich ingehabt, und erſeſſen, auch alſo noch ferner hätte innen haben und behalten mögen, Und aber dieſes letztverſtorbenen Grafen Ottens zu Schaumburg und Sternberg Frau Mutter, die auch wail. Wohlgeborne unſere freundlich geliebte Baaſe, Eliſabeth, Gräfin zu Schaumburg geborne Gräfin und Edle Frau zur Lippe Wittib, nunmehr auch chriſtmilden Andenkens, itzthochgedachter unſerer Frau Mutter, um deren Wiederbelehnung zum inſtändigſten angehalten, und zwar vermittelſt dieſer dabey gethaner freywilliger Offerten und Anerbietungen, daß ſie uf denſelben Fall nicht allein ihren Brudern den gleichfals Wohlgebornen unſern Vettern, Schwagern und lieben getreuen Philipſen Grafen und Edlen Herrn zur Lippe, als von ihro deſignirten Succeſſorem, und welchem ſie alles was ſie an der Grafſchaft Schaumburg an unbeweglichen Gütern, Schlöſſern, Aemtern, Gerichten, Städten, Dörfern, Klöſtern, Zehnden, Zinſen, Renthen, Aeckern, Wieſen, Waſſern, Wildbahnen, Fiſchereyen, Zöllen, Bergwerken, Vorwerken, Höfen und andern deren Zubehörungen, von vorwolgemeldtem ihrem verſtorbenen Sohn Graf Otten ererbet (um alſo die ganze Grafſchaft Schaumburg cum pertinentiis deſto eher wieder zu conſolidiren und zuſammen zu bringen) inter vivos donirt, cedirt und abgetreten, uns zum Lehenträger an ihrer ſtatt darzuſtellen, und durch ihn die gebürende Lehendienſte bey uns uf Erfordern verſehen zu laſſen, ſich erkläret, ſondern auch gegen ſolche Wiederbelehnung ſich erboten, daß ſie und derſelbe ihr Bruder Graf Philips alle übrige itztbemeldte von wohlſelig gedachten ihrem verſtorbenen Sohn Graf Otten uf ſie kommen, und ihme Graf Philipſen derogeſtalt cedirte und übergebene Allodial-Lande, Güter und Gerechtigkeiten, ſo nicht kundlich Mindiſch oder Braunſchweigiſch Lehen wären, laut dero von ihro darüber unter ihrer Subſcription und Gräflichen Secret inſiegel, in zwölf unterſchiedenen Poſten zurück gegebener Deſignation; uns und unſerm Fürſtlichen Hauſe Heſſen Caſſel wiederum von neuem zu rechtem Manlehen uftragen und deswegen gebürend ſchadlos halten, oder im Fall an ſolchen deſignirten und zu neuem Lehen ufgetragenen und wieder recognoſcirten Allodialſtücken, und Gütern wider beſſer Verhoffen, von dem

 einen

einen oder andern, über kurz oder lang, etwas entzogen, oder evincirt werden ſolte, ſie alsdan iederzeit davor nicht allein haften, ſondern auch uns dasienige, was alſo uns, und unſern Erben und Nachkommen evinciret werden möchte, in andere Wege nach billigen Dingen erſetzen wolte, oder woſern daſſelbige ie nicht geſchehen könte, alsdan wir und unſere Erben, inſonderheit wan der mehrer, oder zum wenigſten der halbe Theil, ſolcher neu ufgetragenen deſignirter Allodial Erbgüter und Stücke mit Recht evinciret würde, an die beſchehene Wiederbelehn- und Abtretung mehrberürter unſerer Dreyer angefallener Heſſiſcher LehenAemter, auch nicht verbunden ſein, ſondern desfals in vorigen völligen Rechten ſtehen, und uns zu denſelben, in ſoweit vor uns ſelbſt wieder zu thun, auch uns darin propria authoritate unſers Beſitzes wieder zu redintegriren, iederzeit freien unverhinderten Fug und Macht haben ſolten, Und durch ſolche ihre Offerten und Anerbieten, auch darüber zugeſtellten eigenhändigen ſichern Revers endlich dazumal erlanget, daß vorhochgedachte unſere Frau Mutter an unſere ſtatt, uf dieſelbe itzterwähnte Condition und Beding ſowol, ſie die Frau Wittib, als zu geſammter Hand ihrem Bruder, dem mehrerwähnten Graf Philipſen zur Lippe, als Lehnträgern und deſignirten Succeſſorem der ganzen Grafſchaft Schaumburg, und deſſen eheliche Manleibslehenserben, mit berürten Dreyen Heſſiſchen Schlöſſern und Aembtern Rodenberg, Hagenburg und Arnſpurg, ſammt dazu gehörigen Städten, Flecken, Dörfern, und andern Zugehörungen, unterm dato den 23 Octobris Anno 1644 Inhalt des derozeit darüber geſtelten neuen Lehnbriefs, zwar von neuem hinwieder behehnet, es ſich aber nach der Hand begeben, daß alle dasienige, ſo in obangezogener Deſignation vor Erb und Allodial angegeben, und uns zu billiger Gegenerkentnis zu neuem Lehen ufgetragen worden, und zwar in ſpecie alle 4 übrige Schaumburgiſche Aemter mit einander, Schaumburg, Sachſenhagen, Bückeburg, und Stadthagen mit allen ihren Zubehörungen, nicht allein dem Stift Minden, als ein angefallenes Lehen, in einer am kaiſerlichen Hofgericht zwiſchen ermeldtem Stift, und oftbeſagter Frau Wittiben Eliſabethen Gräfin zu Schaumburg, der berürten Aemter halben, geführten Rechtfertigung, durch publicirten Ausſpruch zuerkant, ſondern es auch dabey ohnerachtet ſowol von unſert als auch der übrigen Evangeliſchen zu Münſter verſammleten Reichsſtände wegen, ihme Graf Philipſen, als der berürten Aemter Inhabern und Beſitzern, nach Vermögen aſſiſtiret, und dahin mit Fleis geſehen werden, daß er darüber wegen ſeines angegebenen Intereſſe noch weiter gehöret werden mögen, allerdings und zwar derogeſtalt gelaſſen wor-

worden, daß beide die Herren kaiſerliche und königliche Schwediſche, zu den Friedenshandlungen daſelbſt abgeordnete Plenipotentiarii mit erſtbeſagten 4 Schaumburgiſchen Aemtern, anderwärtige Verordnungen durch ſein Graf Philipſens Ausſchlieſſung vorgehabt, dannenhero zwar auch hochſelig gedachte unſere Frau Mutter, die mit Beding beſchehene Belehnung ſo geſtalten Dingen nach zu halten, ſich gar nicht ſchuldig erkant, ſondern gewillet geweſen, unſere unſtreitige 3 Heſſiſche lehenämter Rodenberg, Hagenburg und Arnſpurg, weil nämlich dasienige, was dagegen nach Inhalt der Belehnung und Reverſes, ſicherlich verſprochen geweſen, nicht praeſtiret werden können, von unſernt-wegen wieder einzuziehen, und ſich der übrigen dem Stift Minden zuerkanten 4 Aemtern zu entſchlagen, und ihn Graf Philipſen mit andern, welche vielermeldte 4 Mindiſche Aemter an ſich zu bringen, ſich ſehr bemühet, gewehren zu laſſen, iedoch aber endlich auf ſein Graf Philipſens bittliches Anhalten, daß ſie ſich hierbey ins Mittel zu ſchlagen, und oftberürte Mindiſche Jura und Rechtſam bey den Münſteriſchen Tractaten, an ſich in Vormundſchaft nahmen zu unſerm Beſten zu bringen, und ihn mit Fremden, davon ihro wenig zu hoffen, nicht zu committiren belieben laſſen wolten, auch uf ſein Nebenerbieten, daß er ſich ſeiner Abfindung halber mit dero Ld. und uns leicht ſetzen, und vergleichen wolte, ſonderlich aber in Anſehung der nahen Verwandnis und damit Herr Graf Philips nicht um alles kommen möchte, ſich dahin bearbeitet, auch endlich müheſamlich erhalten, daß von den Herren kaiſerl. Plenipotentiariis mit beider Kronen Bewilligung, mehrbeſagte Mindiſche Jura und Aemter Schaumburg, Bückeburg, Sachſenhagen und Statthagen mit allen Zubehörungen, wie dieſelbe dem Stift Minden im kaiſerlichen Ausſpruch zuerkant geweſen, und er Graf Philips dieſelbe von wegen der Kron Schweden bis dahero interimsweiſe, bis uf weitere Declaration und Verordnung innen gehabt und erſeſſen, uns unter andern in ſatisfactionem mit verwilliget und zugeſchlagen worden, Darauf auch ferner uf der königl. Majt. und Dero Reiche Schweden Senatoris, CanzleyRaths und gevollmächtigten Legati in Deutſchland, des wohlgebornen Herrn Johan Ochſenſtirns Grafen zu Södermöhren, Freyhern zu Kymitho, Herrn zu Fyholm, Hormigsholm und Tülligarn ꝛc. Interpoſition zwiſchen unſerm zu den allgemeinen Friedenstractaten abgeordneten Geheimden und reſpec. Regierungs- wie auch oftermeldtes Graf Philipſens abgeſchickten Räthen und Gevollmächtigten, zu deſſen hierbey vorbehaltener Abfindung, eine Vergleichung wegen der Samt Schaumburgiſchen Aemtern zu Münſter am $\frac{1}{11}$ Julii 1647 vorgenommen, abgeredet, auch al-

lenthalben verwilliget, und geſchloßen worden, wie buchſtäblich daraus zu erſehen, und ſolche Hauptvergleichung ſamt deme zwiſchen gedachten unſern beiderſeits Räthen den folgenden $\frac{10}{20}$ Tag Julii ufgerichteten Nebenreces forters am 11 Auguſti deſſelben Jahrs uf gewiſſe Maſſe und mit dero gleich des folgenden Tags von mehr hochſeelig gedachter unſerer Frau Mutter beſchehenen Declaration und Erläuterung alhier ratificirt; auch dabey abgeredet und verglichen worden, daß zuforderſt alle 7 Schaumburgiſche Aemter, ſo Graf Philips bishero in ſeinem niesbarlichen Gebrauch und Beſitz gehabt, benantlich Rotenberg, Hagenburg und Arnſpurg, (welche vorhin wie ſchon oben gedacht, alte Heſſiſche Lehenhäuſer und Aemter geweſen) desgleichen die von den Mindiſchen beſprochene Häuſer und Aembter Schaumburg, Bückeburg, Sachſenhagen und Statthagen, mit allen ihren Hoheiten, Rechten, Gerechtigkeiten, Päſſen, Schlöſſern, Städten, Univerſität, Dörfern, in- und auſſerhalb Landes gelegenen Lehen- Pfand- und Wehrſchaften, Höfen, Gütern, Zehnden, Zöllen und Gefällen, und in Summa mit allen und ieden Ein- und Zugehörungen und Gerechtigkeiten, benant und unbenant, ganz und zumalen, nichts ausgenommen, zu zwey Theile geſetzet, und deren eins, uns und obgedachten unſern Erben und Nachkommen, ohne alle Widerred und Auszug, mit allen Hoheiten, Nutzungen und Gerechtigkeiten ſobald würklich abgetreten, und eingeräumt, mit der andern Hälfte aber als gleichfals unſerm Eigentum, mehrgedachter Graf Philips von Schaumburg und ſeine eheliche Manleibslehenserben, von uns zu einem neuen Manlehen wieder belehnet werden ſollen. Und dan hierauf Inhalt des unterm dato den 12 Decembris Jahrs 1647. von denen unſerſeits zu ſolcher Vertheilung zuſammen geordneten Räthen zur Bückeburg ufgerichteten und forters alſo ratificirten Executions-Abſchieds vermittelſt gemachter richtiger Verſteinung, ihme Graf Philipſen zu ſeiner Hälfte das Schlos und Amt Bückeburg, Schlos und Amt Statthagen, Haus Flecken und Amt Hagenburg, item das Haus und Amt Arnſpurg, beneben noch einem gewiſſen Antheil am Amt Sachſenhagen, mit allen darin allenthalben gelegenen Städten und Flecken, Bückeburg, Statthagen, Hagenberg und Steinhuede, Land und Leuten, Dörfern, Vorwerken, Höfen, Zehenden und andern Gefällen, Wälden, Holzungen, Jagden, Fiſchereien, Wieſen, Weiden, Aeckern, ſamt allen andern pertinentien und Zubehörungen, Gerechtigkeiten, Gerichten, hohen Lands Obrig- und Botmäſſigkeit und Regalien, wie die Namen haben mögen, Desgleichen die Hälfte an Beſtellung der Univerſitet zu Rinteln, item an den Zöllen uf der Weeſer zu Rinteln und Oldendorf,

fo-

ſodan an denen in allen vorerwähnten 7 Schaumburgiſchen Aemtern, aus den Kohlbergen fallenden Kohlnutzungen die Hälfte, beneben noch einer gewiſſen Anzahl dero zur Grafſchaft Schaumburg gehöriger in- und ausländiſcher, adelicher und bürgerlicher Lehen, wie man ſich darüber nach Ausweis einer von beiderſeits Deputirten, unter itztgemeldtem dato den 12 Tag Decembris Ao. 1647. abſonderlich unterſchriebenen Deſignation richtig verglichen, zugetheilet, auch forters (doch mit Vorbehalt der Erb- und Landhuldigung, welche auch forters mehr hochſeelig gedachte unſere Frau Mutter von unſertwegen durch dero damals Abgeordnete durchgehends in allen vorbemeldeten 7 Schaumburgiſchen Aemtern, von den ſämtlichen darin geſeſſenen Geiſt- und weltlichen Univerſität, Stiftern, Klöſtern, auch adelichen und andern Unterthanen und Lehenleuten, verglichenermaſſen einnehmen laſſen, auch wir und unſere Erben bey künftig ſich begebenden Fällen und Lehenserneuerungen iedesmals einnehmen laſſen werden) zu dem Ende übergeben und angewieſen worden, daß er Graf Philips vor ſich und ſeine eheliche Manleibslehenserben, weiter aber nicht, dieſelbe itzt ſpecificirte, ihme derogeſtalt zugetheilte, übergebene und angewieſene Hälfte, von uns und fortan von unſern Erben und Nachkommen, Fürſten zu Heſſen, zum rechtem neuen Manlehen ſobald recognoſciren und empfangen ſolte.

Daß wir dieſem allem nach ihn oftgemeldten Graf Philipſen und ſeine eheliche Manleibslehnserben mit vorberürten Stücken, als nemlich mit Schlos und Amt Bückeburg, Schlos und Amt Statthagen, Haus, Flecken und Amt Hagenburg, weiter mit Haus und Amt Arnspurgk, und dem vorgedachten Antheil am Amt Sachſenhagen, ſamt allen darin gelegenen Städten und Flecken, Bückeburg, Statthagen, Hagenburg und Steinhude, Land und Leuten, Dörfern, Vorwerken, Höfen, Zehenden, und andern Gefällen, Wälden, Holzungen, Jagden, Fiſchereyen, Wieſen, Weiden, Aeckern, auch allen andern Zubehörungen, Gerechtigkeiten, Gerichten, hohen Lands Obrig- und Botmäſſigkeit und Regalien, wie die Namen haben mögen, desgleichen mit der Hälfte an Beſtellung der Univerſität zu Rinteln, dan mit der Hälfte an den Zöllen uf der Weeſer zu Rinteln, und zu Oldendorf, item mit der Hälfte an denen in den Schaumburgiſchen 7 Aemtern fallenden Kohlenbergwerksnutzungen, und dann mit deme ihme gleichfals zur Hälfte laut angezogener von beiderſeits Deputirten darüber verfertigter Deſignation zugetheilten Schaumburgiſchen in- und ausländiſchen Adelichen, bürgerlichen und andern Lehen belehnet haben, und thun daſſelbe hiermit wiſſentlich und in kraft dieſes, alſo und

dergeſtalt, daß vorgenanter Graf Philips und ſeine eheliche Manleibslehnserben in linea deſcendenti, weiter aber nicht, vorberürte ihme zugetheilte Häuſer, Schlöſſer, Aemter, Städte, Klöſter, Dörfer, Vorwerke, Höfe, Leute, Regalia, Gerichte, Gehölze, und alle andere Gütere, Gülden, Renten, Zinſen, Zehenden, Aeckern, Wieſen, Waſſern, Weiden, Wildbahnen, hohe und niedere Jagden, Teiche, Fiſchereien, und in gemein alles was zu derſelben ihme zugetheilten Hälfte gehöret, ſammt den mit anzezogenen Afterlehen, von uns, unſern Erben, Succeſſoren und nachkommenden regierenden Fürſten zu Heſſen so iederzeit Regenten des Niederfürſtenthums Heſſen unſers Caſſeliſchen Theils ſein, und Caſſel inhaben und beſitzen werden, zu rechtem Manlehen haben, tragen, verſtehen, verdienen und empfangen ſollen, ſo oft daſſelbe von lehnrecht und Gewohnheit wegen ſich gebüren will, und die Noth erfordert, unſere uns unſerer Erben getreue Vaſallen und Lehnman darum ſein und bleiben, ſolches Lehen auch nicht uffſagen, noch davon, ohne unſeren und unſerer Succeſſoren und Erben, Conſens etwas veräuſſern, oder verſetzen, unſer und unſerer Succeſſoren Erben und Mitangehörigen Beſtes darum allezeit thuen, und unſern Schaden getreulich warnen, als getreue Lehnmanne daſſelbe von Rechtswegen zu thun ſchuldig ſeind.

Die vorgenante Schaumburgiſche Schlöſſer, Häuſer und Aemter Bückeburg, Statthagen, Hagenburg und Arnſpurgk ſammt darzu gehörigen Städten mit allen ihren Zugehörungen, Regalien und allem deme was ihme Graf Philipſen am Amt Sachſenhagen, vermög Executions-Abſchied, weiter zukommt, ſollen uns, und unſeren Succeſſoren und Erben, ſo das Niederfürſtenthum Heſſen Caſſeliſchen Theils und Caſſel innen haben und beſitzen, auch der unſerigen offene Schlöſſer, Stätte und Plätze ſein und bleiben, ſich daraus und darin haben zu behelfen, wider allermänniglich, wan vorwohlgenanter Graf Philips von Schaumburg und ſeine mänliche Leibeslehenserben das mit Ehren thun mögen, Und ſonderlich ob wir oder die unſrigen gejagt und gedrungen würden: Wo uns aber und den unſerigen ſolche Oefnung mit Ehren nicht verhängt werden möchte: So ſoll gemeldter Graf Philips zu Schaumburg und ſeine mänliche Leibeslehenserben gleichwol nicht geſtatten, noch zulaſſen, daß wir oder unſere Erben, Land, Leute und die ihrige von oder zu, oder in vorberürten ihren Schlöſſern, Städten, Feſtungen, Dörfern, Gericht und Gebieten, angegriffen, oder beſchädiget werden, ohne alle Gefährde, Und wan wir oder unſere Succeſſoren, Erben und Nachkommen, uns ſolcher Oefnung in den genanten Graf Philipſen zu Schaumburg zugetheil-

theilten Schlöſſern und Städten, gebrauchen wolten, immaſſen vorgeſchrieben ſtehet, ſo ſollen wir und ſie die Zeit der Oefnung, als wir uns und ſie ſich deren gebrauchen, die Pförtner, Thürhüter und Wächter uf denſelben Schlöſſern und Städten, deren wir uns und ſie ſich alſo gebrauchen, beköſtigen, und belohnen, und auch ihn Graf Philipſen von Schaumburg, und ſeine mänliche Leibeslehenserben, und die Ihrige vor Schaden und Unfug verwahren, vor uns, die Unſrige, und diejenige, die wir und ſie in ihre Schlößer und Städte legen würden. Und ſonderlich iſt auch hierinnen beredet, und bethädiget worden, wan wir oder unſere Succeſſoren und Erben, uns benanter Schaumburgiſcher Schlöſſer und Städte mit der Oefnung gebrauchen, woſern dan ſolche Schlöſſer und Städte, deren wir uns und ſie alſo gebrauchen, unſer und ihren Fehde und Kriegs halber verlöhren, und uns oder ihnen abgenommen würden; So ſollen wir und unſere Erben uns, und ſie mit denjenigen, die ſolches alſo genommen hätten, nicht ſöhnen noch frieden, gemeldter Graf Philips zu Schaumburg und ſeine eheliche Manleibslehenserben wären dan zuvor wiederum zu ſolchen ihren Schlöſſern und Städten kommen, und hätten dieſelbe wieder zu ihren Händen gebracht, Und hierauf ſo ſolten itzo, und ins künftig bey allen und jeden Lehens Renovationen alle gegenwärtige und künftige ſeine Grafen Philipſen und ſeiner Manleibslehnserben, Amtleuten, Droſten, Wächter und andere Diener, auch Bürger und Einwohnere, ſamt Praelaten und Ritterſchaft, zu den vorgenannten Grafen Philipſen zugetheilten Schaumburgiſchen Schlöſſern, Aemtern und Städten gehörig, auch darin wohnend, und geſeſſen uns und unſern Erben Huldigung, Gelübde und Eide thun, uns getreu, hold und gehorſam ſein, und unſer zu gewarten, nach Laut dieſer unſer Lehens, und des Grafen von Schaumburg Reverſal Verſchreibung unſern und ihren Schaden getreulich zu warnen, und Beſtes zu thun, ſo oft des Noth ſein wird, ohne Gefehrde.

Der vorwohlgenante Graf Philips zu Schaumburg und ſeine eheliche Manleibslehenserben, ſollen auch unſere und unſerer Erben Feinde, wiſſentlich nicht hauſſen, herbergen, noch ihnen einigerley Hülfe, Beyſtand, Vorſchub, oder Zulegung thun laſſen, uf unſere Land und Leute, und ob das unwiſſend geſchähe, ſo bald er Graf Philips und ſie ein ſolches gewahr werden, ſollen ſie dieſelbe alsdan zu Stund von ihnen weiſen, ſie auch forters nicht hauſſen, halten, oder ihnen keine andere Zulegung thun, oder thun laſſen.

Der oft genanter Graf Philips von Schaumburg, und ſeine eheliche Manleibslehenserben, ſollen auch uns und unſern Erben treulich behülflich und beyſtändig ſein, wider allermänniglich, wo ſie unſer zu Recht mächtig ſeind, und wo ſie das mit Ehren thun

thun mögen, da ſie aber ein ſolches mit Ehren nicht thun möchten, ſo ſollen ſie doch wider uns, und unſere Erben, auch unſer Land und Leute nichts thun, noch auch ihren Landen, Leuten, und den Ihrigen, deren ſie mächtig ſeind, nicht geſtatten, wider uns und unſere Erben etwas vorzunehmen, und zu thun, alles ohne Gefährde.

Wir und unſere Erben ſollen und wollen auch gemeldten Graf Philipſen von Schaumburg, und ſeine eheliche Manleibslehenserben, Land und Leute beſchauren, beſchirmen und verthädigen, als andere unſere Vaſallen, auch unſere und ihre eigene Land und Leute, wo wir das mit Ehren thun mögen, Und darum ſo ſollen wir und ſie Ihrer und gegen einen jeglichen zu Ehren und Recht mächtig ſein, wie ſie auch ſolches nach unſerm und ihrem Erkentnis nehmen ſollen und wollen.

Solches alles nun wie vorgemeldt, und demſelben alſo getreulich allenthalben nachzukommen, hat oftwohlgemeldter unſer Vetter, Schwager und lieber getreuer Graf Philips zu Schaumburg, Lippe und Sternberg uns an die Hand gelobt, und deſſen einen leiblichen Eid zu Gott und uf ſein heiliges Wort geſchworen, auch ſeinen Revers-Brief übergeben, Und wir haben hingegen unſers Orts vor uns unſere Erben und Nachkommen, auch zu ſteter feſter Haltung und Bekräftigung deſſen allen was vorſtehet, dieſen Brief mit unſern eigen Handen unterſchrieben, und unſer Fürſtlich Inſiegel daran henken laſſen. So gegeben und geſchehen in unſerer Stadt und Feſtung Caſſel den ſechszehnten Tag Octobris Anno Domini Eintauſend Sechshundert Funfzig und zwey.

Das nun dem allen was hochgedachter Ihrer F. Gnd. zu Heſſen etc. deren hierin angezogener Lehen halber ich Eingangs gemeldter Philips Graf zu Schaumburg, Lippe und Sternberg, an die Hand gelobt, und vermittelſt eines leiblichen Eids zu Gott und ſeinem heiligen Wort geſchworen habe, ich und meine männliche Leibes-Lehenserben, ſtät, feſt und unverbrüchlich nachleben ſollen und wollen, Zu deſſen mehrer Beglaubig- und Verſicherung hab ich dieſen Reverſal-Brief mit eigener Hand unterſchrieben, und mit meinem gräflichen Inſiegel bekräftiget. Geben und geſchehen im Jahr, Tag und Ort, wie obſtehet.

Philipp Graf zu Schauwenburg vnd Lippe.

(L.S. penſil.)

Daß vorſtehende Abſchrift mit dem im Fürſtl. Hof-Archiv vorhandenen Original-Lehen-Revers in allem gleichlautend befunden worden: Solches wird von mir Endsunterſchriebenem hierdurch pflichtmäßig beurkundet. Caſſel den 10ten Septemb. 1787.

Friederich Chriſtoph Schmincke.

VI. Stamm=

…chter Erhebung der Philippine Eliſabeth …rden.

…on Brink, …n Hauſe …hauſen …ckeburg.	Oeſterheld von der Lippe, aus dem Hauſe Vinsbeck.	Georg von Greiſſen, in Ködiz und Tröbitz.	Magdalena von Brandſtein, aus dem Hauſe Dormburg und Nieder-Sihma.	N. N. von Beſtenboſtel.	N. N. von Poſten.

Daß die im vorſtehenden Schemate aufgeführte mütterliche ade-liche Ahnen und Nahmen der Philippine Eliſabeth von Frieſenhauſen, vermählten Gräfin von Schaumburg-Lippe- und Alverdiſſen zum Theil in verſchiedenen Stiftern aufgeſchworen, zum Theil auch aus vorgelegten glaubhaften Urkunden und alten Nachrichten documentiret worden, mithin ihre völlige Richtigkeit haben, ſolches atteſtire wiſſentlich mit meiner eigenhändigen Schrift und Nahmens-Unterſchrift, auch beygedruckten adelichen Pettſchaft.

Bückeburg den 24ten Februar. 1752.

Wolff Carl von Lehenner.

(L. S.)

VII.

Schreiben des Herrn Landgrafen Friedrich II, von Heſſen-Caſſel, an den Grafen Friedrich Ernſt zu Schaumburg-Lippe, vom 16ten May 1761, den Vorbehalt der Heßiſchen Gerechtſamen, bey der geſchehenen Belehnung der Deſcendenz des Grafen, betreffend.

Von Gottes Gnaden Friedrich, Landgraf zu Heſſen, (tot. tit.)

Hochwohlgebohrner ꝛc.

Es iſt Uns aus des Herrn Grafen Schreiben vom 10ten Martii jungſthin unterthänigſt referirt worden, was Derſelbe ſowohl wegen Admiſſion ſeines älteſten Sohns, ſtatt ſeiner, zu bevorſtehender Mitbelehnung mit der Helfte der Grafſchaft Schaumburg, als auch wegen deßen und der übrigen in ſeinem Gräfl. Hauß vorhandenen Männlichen Deſcendenz namentlicher Einrückung in den zu ertheilenden Lehenbrief, an Uns gelangen laſſen. Gleichwie Wir nun, mit Vorbehalt der bey Kayſerl. Majeſtät in ao. 1756. bekanntlich geſchehenen Declaration, und Unſers allenthalbigen zu ſeiner Zeit gehörigen Orts auszuführenden Rechts, geſchehen laſſen wollen, daß in den auf Nachſuchen des Regierenden Herrn Grafen zu Schaumburg-Lippe, auf den 13ten Auguſti ſchierskünftig erſtreckten Termin deßelben älteſter Sohn und übrige in ſeinem Gräflichen Hauß vorhandene männliche Deſcendenz zur Mitbelehnung admittirt, auch deren Namen dem Lehnbrief inſerirt werden;

Alſo haben wir dem Herrn Grafen ſolches hierdurch nachrichtlich unverhalten wollen, und verbleiben Demſelben damit ꝛc.

Braunſchweig den 16ten Maji 1761.

An
Hrn. Grafen *Friedrich Ernſt*
zu Schaumburg-Lippe.
zu Bruckhof.

Daß vorſtehende Abſchrift mit dem im Fürſtlichen Lehen-Archive vorhandenen Original-Concepte, von dem an den Herrn Grafen Friedrich Ernſt zu Schaumburg-Lippe unterm 16 Maii 1761 abgelaſſenen Schreiben völlig übereinkomme, ſolches wird praeuia collatione mittelſt untergedruckten Fürſtl. Regierungs-Inſiegels und meiner, des Auſcultantis, Unterſchrift beurkundet.

Caſſel den 6ten Septembris 1787.

(L.S.)

J. F. Robert.
Regierungsrath und Lehn-Secretarius.

Rechtsgutachten

in Sachen

des Kornamts zu Frankfurt am Mayn, gegen die Gemeinde Sulzbach, die Schäferey zu Sulzbach betreffend.

Als uns das löbliche Churmainziſche Oberamt zu Höchſt und das Landamt zu ank-furt am Mayn, die in Sachen des Kornamts, Namens der kaiſerlichen freye Reichsſtadt Frankfurt am Mayn, gegen die Gemeinde Sulzbach, die Schäfere am letzten Orte betreffend, verhandelte Acten, nebſt dem, was in Betreff des über ſo ane Rechtsſache verſuchten und geſchloßenen gütlichen Vergleiches, verhandelt wor n, in zween anbey zurückgehenden Faſcikeln, zugeſendet, und über den Rechtsbeſto ſothanen Vergleiches Unſer in den Rechten begründetes Gutachten begehret wor n:

Demnach erachten Wir, nach fleißiger der Acten Verleſung, nd collegialiſch gepflogener Berathſchlagung für Recht:

Iſt, ſeit undenklichen Zeiten, in dem Orte Sulzbach, ne beträchtliche Schäferey geweſen, und in dem ſo genannten Schaafbrief vom 15. anius 1592. verglichen worden, daß einem jeden Gemeindsmann ein Viertel, as iſt, fünf und zwanzig Schafe, zur Weide zu treiben verſtattet ſeyn ſollt, dahingegen dem Schultheiſſen noch ein Viertel mehr verwilliget worden.

Haben die drey adelichen Familien von Craberg, von Reifenberg und von Staffel an ſothaner Schäferey einen Antheil von 4 Vierteln, folglich 100 Schafen gehabt, welche ſie auf den gemeinen Weidgang bringen mögen;

Iſt der Antheil beſagter adelicher Familien an der Sulzbacher Schäferey in den Jahren 1601., 1616 und 1619, durch Tauſch, an die Reichsſtadt Frankfurt am Mayn gekommen;

Hat ſich die Reichsſtadt Frankfurt allmählig das Pferchrecht der ganzen Schäferey angemaaſſet, und ſeit einigen ſiebenzig Jahren ſich in dem ruhigen Beſitze deſſelben befunden, auch dafür einen Theil der Pferchfrüchte bezogen, und haben ſelbſt die ei-

eigenen Mitnachbaren zu Sulzbach ſothanen Pferch von dem Kornamte der Stadt Frankfurt in Beſtand genommen;

Iſt ſothane Leihe von Zeit zu Zeit verlängert, und nachdem die leztere neunjährige Beſtandzeit um Michaelis 1779. zu Ende gegangen, gleichwohlen die bisherigen [Be]ſtänder nicht weichen wollen, und die Gemeinde Sulzbach, was maſſen die Schäfere[y] [i]hr Eigenthum ſey, behauptet, zwiſchen derſelben und dem Kornamt der Reichsſtadt Frankfurt, über ſothanes Eigenthum der Schäferey, und was eigentlich unter dieſer [zu] verſtehen ſey, ein weitläuftiger petitoriſcher Rechtsſtreit vor dem Kurmain ziſchen [Ober]amt und dem Frankfurtiſchen Landamte erwachſen und geführet worden;

Hat d[as] hochlöbliche Kurmainziſche Oberamt, in Rükſicht auf die für beyde Theile aus den A[kten] ſich hervor thuende Rechtsgründe, und daher zweifelhaft werdenden Ausgang der S[ac]he, den Vorſchlag gethan, dem ganzen verwickelten Rechtshändel durch einen Vergleich ei[n] Ende zu machen;

Sind zu dem [End]e von ſothanem hochlöblichen Mainziſchen Oberamte beſtimmte ſchriftliche Vergleichsv[or]ſchläge geſchehen, und endlich [na]ch den mühſamſten Unterhandlungen, im Ocober [17]85. ein endlicher Vergleich zu Stande gebracht, und, beſage Protocolles vom 23. Jenner [1]786. von den mehreſten Gemeindsgliedern, Mann für Mann pure acceptiret worden;

Hat ſich in ſothanem Vergl[eic]he die Reichsſtadt Frankfurt des Eigenthums an der Schäferey, nebſt allen derſelben anlebenden Gerechtigkeiten und Nutzungen, ohne Ausnahme, desgleichen aller dazu gehörigen Baulichkeiten und Plätzen, worauf ſolche ſtehen, auch alles, was darin Niet- und Nagelfeſt iſt, einſchließlich der Horde und der Schäferhütte, begeben, und der Gemeinde Sulzbach zu ewigen Tagen und dergeſtalt übertragen, daß dieſe Schäferey, nebſt den dazu gehörigen Gebäulichkeiten ſothaner Gemeinde Sulzbach eigenthümlich zugehören und unwiederruflich verbleiben, ſo fort ein jeder Nachbar ſolche benutzen und gebrauchen ſolle;

Iſt dagegen von der Gemeinde verſprochen worden, am Tage der Unterſchrift des Vergleiches, für das Eigenthum der Schäferey und Zubehörungen, an die Deputirte des Kornamts 800 fl. nach dem vier und zwanzig Guldenfuſſe zu bezahlen auch künftig jedes Jahr in termino Martini, ſtändig, unabläßlich, und ewig, dreißig Malter Korn und dreißig Malter Gerſte Frankfurter Maaſſes, in trockener, Speichermäßiger Frucht, an die Deputir-

tirte beſagten Kornamtes, und die zum Empfang beſtellte Mittere, in dem Orte Sulzbach auszuliefern; ohne einigen Nachlaß, unter welchem Vorwande es ſey, daran zu verlangen, weniger nicht an die Frankfurtiſchen Beſtänder des Reifenberger Hofes zu Sulzbach den Pferch auf 6 Morgen zu Korn und 6 Morgen zu Gerſte, gegen die gewöhnlichen Pferchgebühren, zur ſchicklichen Zeit zu geben, wie auch die Erbbeſtänder der Cronberger und Stafliſcher Güter den übrigen daſigen Nachbaren im Pferch gleich zu halten; wohingegen zugleich verabredet worden, daß der Kurmaynziſche Frohnhof, und der Reifenberger Hof, jeder mit 50 der gemeinſchaftliche Oberſchultheiß gleichfalls mit 50, der zeitige Pfarrer aber mit 37½ Schafen, bey dem bisherigen Beyſchlage gelaſſen werden, jedoch eine weitere Vermehrung dieſer 187½ Schafe, unter keinerley Vorwande, jemals verſtattet werden ſolle;

Iſt darauf ſothaner Vergleich den 21 April 1786. Namens der Stadt Frankfurt von dem daſigen Kornamte, ſalua ratificatione der beyderſeitigen Gemeinherrſchaften, doch mit Beyfügung einiger, dem Vergleichsinſtrumente einzurückenden Erläuterungen förmlich acceptiret worden;

Iſt darauf ein anderweitiger Aufſatz des Vergleiches ausgefertiget und den 5 May 1786. abermahls genehmiget, jedoch dabey von den Schäfereydeputirten einige Ausſtellungen gemacht, und daß

a) die rückſtändigen Weidhammelsgelder der Gemeinde zu erlaſſen,

b) auch derſelben die ſämmtliche Früchte von 1785 überlaſſen werden ſollten, angeſetzt verlanget;

Hat darauf das gemeinſchaftliche reſpective Ober- und Landamt mittelſt Decretes vom 1. Julius 1786. der Gemeinde Sulzbach einen peremtoriſchen Termin von 14 Tagen angeſetzet, um ſich zu erklären: ob ſie dem Vergleiche ohne alle Ausnahme beytreten wolle? mit der Erklärung, daß widrigenfalls der Vergleich für nicht angenommen angeſehen und die Acten, auf Koſten des unterliegenden Theils, an eine unpartheyiſche Juriſtenfacultät verſendet werden ſollten;

Iſt dem zu folge den 5. Auguſt 1786. von der Gemeinde die Erklärung geſchehen, daß ſie den Vergleich ſchlechterdings nicht annehmen könnten und wollten;

Iſt ſolchemnach den 9. October 1786. die würkliche Inrotulation der Acten erfolget, und entſtehet dannenhero die Frage:

Ob das der Gemeinde den 5 May dieſes Jahres vorgelegte Vergleichsinſtrument,

 nach

nach dem, was dieſelbe bisher in actis gutwillig nachgegeben, und anerkannt, nicht allenthalben abgefaßt, und folglich die Gemeinde zu deſſen Feſthaltung nicht ſchlechterdings verbunden ſey?

Obwohlen nun, ſo viel den Rechtsbeſtand des in Frage befangenen Vergleiches anbelanget, der Verbindlichkeit und Vollkommenheit deſſelben entgegen zu ſtehen ſcheint, daß

1) nach dem klaren Inhalte des Vergleiches, derſelbe in einen ſchriftlichen Aufſatz verfaſſet, und von beyden Theilen unterſchrieben und unterſiegelt werden ſoll, ſolches aber bisher noch nicht geſchehen, gleichergeſtalt

2) bis jetzo deſſe Genehmigung und Beſtätigung von den höchſten und hohen Gemeinherrſchaften ſo wenig geſucht, als erhalten worden, ſodann

3) aus dem Protocoll vom 23. Jenner 1786.

Faſc. act. I. N. 10.

erhellet, daß einige Gemeindsglieder verſchiedene Ausſtellungen bey deſſen Vorleſung und Acceptation gemacht, mithin keine unbedingte und allgemeine Annehmung deſſelben von Seiten der Gemeinde erfolget ſey; anbeneben

4) das löbliche Kornamt ſelbſt von dem Vergleiche, Inhalts der

Faſc. I. act. N. 13.

übergebenen Proponendorum wieder abgegangen, und daher, falls der Vergleich auch zur würklichen Rechtsvollkommenheit gediehen ſeyn ſollte, der Gemeinde die ebenmäßige Befugniß, davon auch ihrer Seits abzugehen, zukomme, in mehrerem Betrachte

5) das Kornamt der Gemeinde Sulzbach deren billige Forderung in Anſehung des nachzulaſſenden Rükſtandes des Weidhammelgeldes, und der Früchte vom Jahr 1785. nicht habe nachgeben wollen, bey ſothanen Umſtänden alſo, daß der Vergleich entweder in bloßen Tractaten geblieben, oder doch wenigſtens, da der eine Theil davon abgewichen, daß auch dem andern Theile davon zurück zu gehen frey ſtehe, in den Rechten dafür gehalten werden möchte;

Dennoch aber und dieweil 1) ein Vergleich zu ſeiner weſentlichen Vollkommenheit weiter nichts, als die freye Einwilligung beyder tranſigirender Theile erfordert, und ſo bald dieſe erweislich gemacht worden, die Verbindlichkeit deſſelben unter den Partheyen anfängt;

L. 28. C. de tranſact.

L. 4. in f. D. de fide inſtrum.

Voetius in comm. ad Pand. tit. de tranſact. §. 1. p. m. 177. ſq.

dieſer Conſens aber in vorliegendem Falle ſowohl aus der

Faſc. act. I. N. 10.

viritim geſchehenen Vernehmung und Acceptation der Gemeindsglieder zu Sulzbach, als aus der

dict. faſc. I. N. 16.

pure geſchehenen Acceptation des Kornamtes ſich deutlich zu Tage leget, dagegen auch der Umſtand, daß der Vergleich bis jetzo noch nicht in einen ſolennen ſchriftlichen Aufſatz gebracht, noch von beyden Theilen unterſchrieben und unterſiegelt worden, nicht in Betrachtung kommt, angeſehen, einestheils der ſchriftliche Aufſatz in Vergleichen nur zu beſſerer Führung des Beweiſes ſeiner Vollziehung und Inhalts erfordert wird,

cit. L. 28. C. de transact.

Mevius P. 8. d. 342.

dieſer aber in vorliegendem Falle, ohne allen weiteren Zweifel, aus den gerichtlichen Acten conſtiret; anderntheils hingegen, wenn gleich beyde Partheyen überein gekommen, ſchriftlich zu tranſigiren, der Mangel des ſchriftlichen Aufſatzes den Vergleich nur alsdann unverbindlich macht, wenn auf ſolchen Fall die clauſula pacti commiſſorii hinzu gekommen ſeyn ſollte,

L. 17. C. de pact.

Mevius P. 4. d. 334.

Cramers Wetzl. Nebenſtunden P. 63. p. 1.

Stryk de ſucc. ab inteſt. diſſ. 8. c. 5. §. 11.

Strubens rechtl. Bedenken T. IV. p. 425. T. V. p. 144.

dieſes aber in gegenwärtigem Falle nicht geſchehen iſt, mithin der Vergleich qu. auch ſine omni ſcriptura, vom Tage der von Seiten der Stadt Frankfurt geſchehenen Acceptation für verbindlich angeſehen werden muß; ſo viel aber

2) die bey beyden Gemeinherrſchaften verabredete Nachſuchung der Beſtätigung

des

des Vergleiches betrifft, bekannteſten Rechtens iſt, daß ſolche kein neues Recht giebet, noch dem Contracte dadurch eine gröſſere Verbindlichkeit zuwächſet,

c. 6. X. de ſid. inſtrum.

c. 1. X. de confirm.

wohlfolglich der Vergleich qu. auch ohne erfolgte höchſte und hohe Beſtätigung unter den tranſigirenden Theilen, verbindlich seyn würde, in ſo fern darin nichts, den Rechten des confirmantis nachtheiliges enthalten iſt: wovon ſich aber in dem Vergleiche ſelbſt nicht die mindeſte Spur findet; hiernächſt

3) ob das obbemeldte Protocoll vom 23. Jenner 1786. und das vom 5. May eben deſſelben Jahres ergiebet, daß der Vergleich durch vota eminenter maiora der ganzen Gemeinde acceptiret worden, dieſes aber in allen Collegiis die Verbindlichkeit des Vergleiches in Rückſicht auf das ganze corpus, nach ſich ziehet

Puſendorf ius nat. & gent. lib. c. 2. §. 15.

dieſes auch in vorliegendem Falle um ſo mehr ſeine Anwendung findet, da die wenigen diſſentirenden Mitglieder kein ius ſingulorum directum angeführet, wodurch ſie, von ihrer Seite, ſich hätten ermächtigen mögen, der Mehrheit der Stimmen ſich zu widerſetzen; der nach der Acceptation des Vergleiches erfolgte diſſenſus der Gemeinde Sulzbach aber die Verbindlichkeit und Rechtsbeſtand des Vergleiches keinesweges aufheben oder vermindern mögen, hiernächſt

4) was den Vorwand anbetrift, daß von Seiten des Kornamtes ſelbſt der Vergleich gebrochen worden, und die Gemeinde daher ein gleiches Recht, davon abzugehen habe, eineſtheils die bloſſe Einſicht der

Faſc. act. I. N. 14.

beygebrachten Erinnerungen ergiebet, daß die von demſelben vorgeſchlagene Einſchaltungen theils ſolche Puncte enthalten, welche aus der Natur eines Vergleiches ſelbſt herflieſen, und auch ohne förmliche Einſchaltung unter beyden Theilen gegolten haben würden, theils auf ſolche Dinge abzielen, welche bloß die Sicherſtellung des Vergleiches, und deſſen künftige unbezweifelte Befolgung bezielen, theils endlich ſolche Dinge in ſich faſſen, welche ſo gar nicht einmahl ein Gegenſtand des Vergleiches, ſondern unter beyden Theilen unbeſtritten geweſen, überhaupt aber in den geſammten vorgeſchlagenen Ein-

Einſchaltungen nicht ein einziger Punct enthalten iſt, welcher den weſentlichen Artikeln des Vergleiches entgegen liefe, oder die Abſicht des Kornamtes, denſelben umzuſtoſſen begründen möchte, vielmehr aus der bald nachher erfolgten unbedingten Annehmung des Vergleiches, von Seiten des Kornamtes, das Gegentheil ſich directe zu Tage leget; anderntheils aber und falls auch dieſe Angabe erwieſen werden könnte, der Gemeinde zu Sulzbach durch eine ſolche Contravention des Kornamtes keine Befugniß, auch ihrer Seits dem Vergleiche entgegen zu handeln, zuwachſen würde, da es unbezweifelten Rechtens iſt, daß, im Fall einer der Tranſigenten dem Vergleiche entgegen handelt, der andere bloß das Recht erhält, ſelbigen zur Feſthaltung zu nöthigen,

L. 17 C. de tranſact.

Leyſer ſ. p. 46. m. 5.

de *Wernher* T. I. P. 3. obſ. 173.

Strubens rechtl. Bedenken T. IV. p. 71.

wenigſtens das Gegentheil nur in dem Falle zu behaupten ſtehet, wenn entweder eine gewiſſe peremtoriſche Zeit zur gänzlichen Vollziehung des Vergleiches verabredet, oder auf den Fall der Contravention des einen Theils die clauſula pacti commiſſorii angehänget worden.

Stryk Caut. contr. ſ. 3. c. 7. §. 22. ſq.

Böhmeri Conſil. & Reſponſa T. II. P. I. reſp. 107. p. 163.

dieſes aber bey dem in Frage befangenen Vergleiche, Actenkündigermaaßen, nicht geſchehen iſt, endlich

5) alle Vergleiche ſtrictæ interpretationis ſind, und daher nur auf ſolche Sachen gezogen werden können, worüber unter den tranſigirenden Partheyen geſtritten, und die dem Vergleiche einverleibet worden,

Mevius P. 6. D. 149.

Pütters Rechtsfälle T. I. D. 65. Deciſiones Tribunalis Caſſel. T. II. D. 311.

der Punct aber wegen des Weidhammelgeldes, und der Früchte vom Jahr 1785 liquid geweſen, und eben deswegen kein Gegenſtand des Vergleiches ſeyn können, mithin wie die Gemeinde dem Kornamte die Verweigerung dieſer unſchicklichen Forderung

als einen Bruch des Vergleichs anrechnen können, nicht abzunehmen ſtehet; und dann hieraus, daß der Vergleich ja von dem erſten Augenblicke ſeiner Acceptation an gültig geweſen, und abſeiten des Kornamtes demſelben nicht entgegen gehandelt worden:

Als gehet, in Anſehung der vorliegenden Frage, Unſere in Rechten gegründete Meinung dahin:

daß das der Gemeinde den 5. May a. c. vorgelegte Vergleichsinſtrument, nach dem, was dieſelbe bisher in actis gutwillig nachgegeben und anerkannt, allenthalben abgefaßt, und folglich die Gemeinde zu deſſen Feſthaltung ſchlechterdings verbunden ſey. V. R. W.

Daß dieſes Gutachten ꝛc.

Urkundlich

Im December 1786.

von Selchow.

II.

Gutachten

über die Imleriſche Erbleihe.

Als Uns nachſtehende Geſchichtserzählung nebſt angehängten Fragen zugeſendet, und darüber Unſer in den Rechten gegründetes Gutachten begehret worden; Demnach erachten Wir, nach fleißiger derſelben Verleſung, und collegialiſch gepflogener Berathſchlagung, für Recht:

Hat Johann Kaſpar Imler zu Frankfurt im Jahr 1717. vom Herrn Landgrafen Ernſt Ludewig, das herrſchaftliche Gaſthaus, zum groſſen Trauben in Darmſtadt, als eine Erbleihe für ſich, ſeine Ehefrau, und ihre eheliche Leibeserben, männ und weiblichen Geſchlechts, gegen einen Erbleihe-Kaufſchilling von 3000 fl. und einen jährlichen ſtän-

digen Erbzins von 600 fl. und 120 fl. der Stadt, erhalten, worüber ihnen unterm 6. September 1717 der Erbleihebrief ertheilet worden;

Cediret gedachter Johann Kaſpar Imler den 29. Auguſt 1749. dieſe Erbleihe ſeinem einzigen noch lebenden Sohne, Georg Imler, und wird ſo fort auf beſchehenes Nachſuchen, unterm 7. Februar 1750. auf dieſen und ſeine eheliche Deſcendenz der Erbleihebrief ausgefertiget, auch ſothane Ceſſion durch das väterliche Teſtament den 30. April 1750. nochmahls durchaus beſtätiget;

Hat darauf gedachter Georg Imler, nach des Vaters Tode, den alleinigen Beſitz der Erbleihe erhalten, und bey der elterlichen Erbvertheilung, in Gemäßheit des obgedachten Contracts und Teſtaments, ſeinen Geſchwiſtern, und reſpective deren Kindern, deren ratam an dem auf 3000 fl. feſtgeſetzten Erbleiheanſchlage herausgegeben, jedoch iſt dabey von dieſen auf ein demnächſtiges Erbrecht in das dominium utile der väterlichen Erbleihe keineswegs ausdrücklich renunciiret worden;

Hat der noch gegenwärtige Beſitzer der Erbleihe, Georg Imler, keine eheliche Leibeserben, hinterläßt aber mehrere Inteſtaterben in den Kindern und reſpective Enkeln ſeiner verſtorbenen Geſchwiſter;

Entſtehen hierbey folgende Fragen:

I.) Ob nach den vorliegenden Contracten, und nach den Erbleiherechten, mit dem Abſterben des gegenwärtigen letzten männlichen Erbleiheträgers, Georg Imlers, die qu. Erbleihe erloſchen iſt, und das dominium utile an den dominum directum zurück fällt, oder ob nicht vielmehr

II.) Die weibliche Deſcendenz des erſten Erwerbers, und nächſte Anverwandte des gegenwärtigen Erbleihebeſitzers, bey deſſen Abſterben, ein ius ſuccedendi in das dominium utile der Erbleihe, aus dem Grund behaupten können, weil ſie nach Inhalt des erſten Erbleihebriefes ausdrücklich belehnet worden, und auf ihr Erbrecht niemahls ausdrücklich Verzicht gethan haben?

III.) Ob dieſem Succeßionsrecht der weiblichen Deſcendenz des erſten Erwerbers, mit Beſtand Rechtens, dieſes entgegengeſetzt, und aus dem Grunde eine gegenwärtige Uebertragung der Erbleihe, auf eine oder die andere dieſer Deſcendenten von dem domino directo verweigert werden könne

1) weil der erſte Erwerber, annoch bey ſeinen Lebzeiten, ſeine Erbleihe auf ſeinen Sohn, den gegenwärtigen Beſitzer transferiret, und der Erbleihebrief auf dieſen

und

und ſeine eheliche Leibeserben, allein ausgefertiget, mithin die übrigen Kinder dadurch ausgeſchloſſen worden? und

2) weil die weibliche Deſcendenz des erſten Erwerbers, durch Annahme ihres Antheils an dem Erbleiheanſchlage abgefunden zu ſeyn, und dadurch ihres Erbrechts ſich begeben zu haben, erachtet werden müſſe?

IV.) Ob nach den vorliegenden Erbleihebriefen, und nach dem Erbleiherecht, der gegenwärtige Erbleiheträger befugt iſt, entweder per contractum oder per teſtamentum über ſeine Erbleihe zu diſponiren, und insbeſondere, ob derſelbe berechtigt ſeye, ſein Erbleiherecht einem ſeiner Seitenverwandten, und Abkömmling des erſten Erwerbers durch eine Schenkung unter Lebendigen zu überlaſſen?

V.) Ob bey dieſer vorhabenden Veräuſſerung der Erbleihe per donationem inter vivos, falls übrigens gegen die Erbleihefähigkeit des donatarii nichts eingewendet werden mag, der dominus directus verbunden iſt, ſeinen Conſens in dieſe Alienation auf beſchehenes Nachſuchen, zu ertheilen, und den Erbleihebrief auf den donatarium ausfertigen zu laſſen, oder ob dem domino directo die Befugniß zuſtehe, nach Gutbefinden, oder etwa wegen ſich gemachter nahen Hoffnung auf den Rückfall des dominii utilis, ſeinen Conſens in die Alienation zu verweigern, oder wohl gar einem Fremden die Anwartſchaft auf die Erbleihe, nach dem Todesfall des jetzigen Beſitzers, zu ertheilen? Endlich

VI.) ob bey geſchehener Alienation der Erbleihe, und wenn der dominus directus ſeinen Conſens zu verweigern nicht berechtiget iſt, der donatarius zu Bezahlung des Laudemii, gleich einem Käufer, verbunden zu achten, und wie hoch ſolches auf dieſen Fall zu beſtimmen iſt?

Erſte und zwote Frage.

3. S.

Ob nun wohl, die beyden erſten Fragen anbelangend, in dem jüngſten Erbleihebrief vom 5. Februar 1750 dem gegenwärtigen Beſitzer Georg Imler, die Erbleihe bloß für ſich und ſeine eheliche zukünftige Leibeserben männlichen und weiblichen Geſchlechts ertheilet worden, und daraus, daß Sereniſſimus dominus directus, die übrige weibliche Deſcendenz des erſten Erwerbers von der Erbfolge auszuſchlieſſen die

Abſicht

Abſicht gehabt habe, gefolgert werden möchte, dem zu folge es alſo, daß im Fall der gegenwärtige Erblehnmann, ohne eheliche Deſcendenz zu hinterlaſſen, mit Tode abgehen ſollte, die Erbleihe für erloſchen anzuſehen, und ſolchemnach das dominium utile an den Lehnherrn zurück falle, das Anſehn gewinnen möchte.

E. G.

Dennoch aber und dieweil, bey der Colliſion, der älteren und neueren Leihebriefe, die Rechte verlangen, daß im zweifelhaften Falle jederzeit nach dem ältern geſprochen werden ſoll,

de *Wernher* T. II. P. 9. obſ. 100.
von Buri Erläuterung des Lehnrechts, T. I. p. 204.
Strubens rechtlich. Bedenken T. II. reſp. 137.
de *Cramer* T. IV. obſ. 1001.
Lennep von der Leihe zu Landſiedelrecht p. 227.

in gegenwärtigem Falle aber der ältere Erbleihebrief vom 6. September 1717 ausdrücklich in ſich enthält, daß die qu. Erbleihe dem erſten Erwerber, deſſen Eheweibe und ihren ehelichen Leibeserben männlichen und weiblichen Geſchlechts ertheilet worden, dieſe Dispoſition auch der Natur der Erbleihe überhaupt und der darauf ſich gründenden

Solmiſchen Landesordnung P. 2. t. 6. §. 2 — 4.

völlig angemeſſen iſt,

Reinhards juriſt. und hiſtor. kleine Ausführungen T. I. p. 240. ſq.

und dann daraus, daß der erſte Erwerber die Erbleihe noch bey ſeinem Leben auf ſeinen einzigen Sohn zu bringen geſuchet, zwar eine Prädilection des Vaters für denſelben, keinesweges aber eine Vermuthung, daß er ſeinen übrigen Kindern, auf den unbeerbten Todesfall des Sohnes, ihr künftiges Erbrecht habe entziehen wollen, gefolgert werden mag, und daher auf dieſen Fall, der weiblichen Deſcendenz ihr aus der prima inveſtitura erworbenes Erbfolgerecht für und für in ſalvo verbleiben muß,

ſ. Adr. *Beier* de prima inveſtitura.
G. L. Boehmeri princ. iur. feud. §. 111.

hieraus alſo der Punct, daß die Erbleihe auf den dominum directum, vor gänzlichem Abſterben der geſammten Leibeserben des erſten Erwerbers nicht zurückfallen könne, ſich von ſelbſt erlediget:

P 3 Als

Als gehet in Anſehung beyder Fragen, Unſere in Rechten gegründete Meynung dahin:

daß nach dem unbeerbten Todesfall des gegenwärtigen Beſitzers die Erbleihe nicht zurückfalle, ſondern der weiblichen Deſcendenz des erſten Erwerbers ein vollkommenes Recht ſolche zu verlangen, zukomme.

Dritte Frage.

3. G.

Wiewohlen nun, in Bezug auf dieſe Frage

1) die von dem erſten Erwerber auf ſeinen einzigen Sohn geſchehene Uebertragung der qu. Erbleihe, und weilen in dem darüber ausgefertigten Leihebriefe, der übrigen Deſcendenz nicht gedacht worden, die Vermuthung, daß dieſe von der künftigen Erbfolge ausgeſchloſſen werden, und ſolche nur bey des Sohns ehelicher Deſcendenz verbleiben ſollen, erwecken möchte; ſodann

2) verſchiedene Rechtslehrer der Meinung ſind, daß abgefundenen Kindern kein weiteres Erbrecht an der Nachlaſſenſchaft, aus welcher ſie abgefunden worden, zukomme, wofern ſie der Gutsherr oder Lehnsherr nicht aufs neue dazu qualificire,

Cf. *Pufendorf* introd. in proceſſ. civilem P. 3. C. 22. §. 16.

und daher daß ein gleiches, in vorliegendem Falle, Statt finden müſſe dafür gehalten werden möchte;

E. G.

Alldieweilen aber dennoch

1) die weibliche Deſcendenz des erſten Erwerbers, vor deducirter maaßen, durch den ältern Leihebrief ein unumwundenes Erbrecht an der Erbleihe erhalten, und ihnen ſolches von dem Lehnherrn ſelbſt förmlich beſtätiget worden, dieſem auch der jüngere Leihebrief keinesweges widerſpricht, maaßen durch dieſen bloß die Ausübung des iuris ſuccedendi der weiblichen Nachkommenſchaft, ſo lange als eheliche Deſcendenz vom Sohne vorhanden ſeyn würde, limitirt worden, das Recht ſelbſt aber, auf den ledigen Anfall ihnen keinesweges entzogen iſt, und alſo denſelben noch immer offen ſtehet, hiernächſt

2) die Ausſchlieſſung der abgefundenen Kinder von der Erbfolge nur alsdenn Statt findet, wenn der letzte Beſitzer über das Vermögen rechtlich diſponirt oder beſondere Landesgeſetze darüber vorhanden ſind.

ſ. z. E. Lennep l. c. p. 668. ſq.

oder auch ein unbedingter Verzicht auf die künftige Erbfolge, von Seiten der Abgefundenen, geſchehen iſt, letztere aber ſowohl, als daß ein Landesgeſetz ſolches angeordnet, aus den Acten nicht conſtiret; in Ermangelung eines ſolchen Verzichts oder Landesgeſetzes aber, das Erbrecht der abgefundenen Kinder ab inteſtato allerdings eintritt,

Bunekau de ſeparat. Liberorum.

Steins ausführl. Abhandlung des lübiſchen Rechts, T. II. p. 333. ſq.

de *Pufendorf* T. IV. obſ. 153.

Strube ius villic. c. 8 §. 6 & in acceſſ. obſ. 8.

de *Selchow* electa iur. Germ. p. 419. ſq.

Als gehet Unſere rechtliche Meinung bey dieſer Frage dahin:

daß der weiblichen Deſcendenz in Anſehung ihrer künftigen Erbfolge ſo wenig der jüngere Leihebrief, als die geſchehene Abfindung, im Fall der gegenwärtige Beſitzer ab inteſtato verſterben ſollte, nicht entgegen geſetzt werden möge.

Vierte und fünfte Frage

Z. G.

Obwohlen ferner, die vierte und fünfte Frage anbelangend, einem Vaſallen oder Erbbeſtänder keineswegs frey ſtehet, ſein Lehen ohne des Lehnherrn Einwilligung, unter Lebendigen, oder von Todeswegen zu veräußern, vielmehr in ſolchem Fall der Lehnherr die Befugniß hat, den Alienantem der Felonie ſchuldig zu erklären, und das veräußerte Lehen zu vindiciren,

J. H. *Bœhmer* T. I. P. 1. reſp. 188.

Hornii iurisprud. feud. c. 23. §. 11 ſq.

von Selchow Elem. Jur. Germ. §. 367.

und daher, daß die vorliegende Frage, nach der Analogie des Lehnrechts, zu verneinen ſey, dafür gehalten werden möchte.

E. G.

Dennoch aber und dieweil die Verordnung der gemeinen Rechte, wegen verbotener Diſpoſition über das Lehen nur auf den Fall gerichtet iſt, wenn das Lehen dadurch

auf

auf einen extraneum veräußert wird, dahingegen dem Vaſallen allerdings erlaubt wird, eine ſolche Diſpoſition zu Gunſten eines in der erſten Belehnung begriffenen zu errichten, in ſofern nur dadurch die Rechte eines oder des andern der Mitbelehnten nicht gekränket werden,

Horn l. c. c. 14. §. 3.

Stryk cautel. teſtam. c. 6. m. 1. §. 12. ſq.

ſolchemnach alſo, falls der gegenwärtige Beſitzer über die Erbleihe zu Gunſten eines der Deſcendenten des erſten Erwerbers diſponiren ſollte, eine ſolche Diſpoſition allerdings für Rechtsbeſtändig anzuſehen, da ſolche durch die erſte Belehnung ſchon ein unumwundenes Recht auf die Erbleihe erhalten haben, und ſolchenfalls der lehnsherrliche Conſens nicht verweigert werden könnte; dahingegen im Fall die Diſpoſition zum Beſten eines Fremden geſchehen ſollte, welcher in der erſten Belehnung nicht begriffen iſt, es allerdings von der lehnsherrlichen Gnade abhangen würde, ob ſolcher Platz gegeben werden ſollte, oder nicht? geſtalten dieſes die Worte der ältern Erbleihe:

da auch ſie Erbbeſtändere, oder ihre Nachkommen, das an Unſerm Gaſthof habende dominium vtile an jemand anders verkaufen, oder ſonſten überlaſſen wollten, auch dazu Unſern oder Unſrer Nachkommen Conſens und Einwilligung erlangen würden,

ſowohl, als die jüngere Erbleihe mit klaren Worten ergeben; auf alle Fälle aber ſich von ſelbſt verſtehet, daß die Diſpoſition zum Beſten einer Perſon geſchehen müſſe, welche die zur Verwaltung der qu. Erbleihe erforderlichen Eigenſchaften beſitzt, angeſehen, widrigenfalls dem Lehnsherrn das jus eligendi nicht beſtritten werden möchte,

de *Pufendorf* T. III. obſ. 182.

Als ſind Wir, in Betreff dieſer Fragen, des rechtlichen Dafürhaltens:

daß der gegenwärtige Erbbeſtänder eine rechtsbeſtändige Diſpoſition zu Gunſten eines ſeiner, in der erſten Belehnung begriffenen Seitenverwandtens, gar wohl machen, auch der Lehnsherr den Conſens dazu nicht verweigern könne; demſelben auch keine Befugniß zuſtehe, auf den unbeerbten Todesfall des jetzigen Erbbeſtänders, jemanden eine Anwartſchaft auf die Erbleihe zu ertheilen.

Sechſte

Sechſte Frage.

Z. G.

Obwohlen endlich, die ſechſte und letzte Frage anbelangend, 1) viele angeſehene Rechtslehrer behaupten, daß Kinder zu Abtragung des Laudemii nicht verbunden ſeyen,

Hertius T. I. reſp. 288.

Boehmer T. II. P. I. reſp. 189 — 190.

Deciſſ. Tribunalis Caſſell. T. I. d. 8.

ſodann 2) in Anſehung der quantitatis laudemii es an allgemeinen Geſetzen gänzlich mangelt, folglich, falls einer der Seitenverwandten des gegenwärtigen Erbbeſtänders zur Erbleihe gelangen ſollte, daß ſolcher zu gar keinem laudemio verpflichtet ſey, allenfalls in Abſicht auf die quantitatem deſſelben, auf gütliche Unterhandlung mit dem Lehnsherrn zu ſtellen, dafür gehalten werden dürfte;

Alldieweilen aber dennoch 1) der jetzige Erbbeſtänder keine eheliche Leibeserben hat, folglich deſſen Verwandte, falls auch die vorhin bemeldete Meinung als allgemein und richtig anzunehmen ſtünde, nicht als Kinder betrachtet werden könnten, und daher von der Entrichtung des hergebrachten Lehngeldes ſich nicht entledigen mögen,

von Ludewigs gelehrte Anzeigen T. II. p. 335. ſq.

ſodann 2) in Abſicht auf die quantitatem deſſelben in beyden Erbleihebriefen, daß im Veräuſſerungsfalle fünf vom Hundert, unter dem Namen des laudemii bezahlt werden ſollen, ausdrücklich feſtgeſetzt worden: Als ſind Wir, in Abſicht auf dieſe Frage, der rechtlichen Meinung:

daß der von dem jetzigen Erbbeſtänder zu ernennende künftige Beſitzer der Erbleihe, zu Bezahlung eines Lehngeldes zu fünf vom Hundert, allerdings verbunden ſey. A. V. R. W.

Daß dieſes Gutachten ꝛc.

Marburg im December 1786.

von Selchow, Referens.

IV.

Gutachten

über den Kartoffel-Zehenden auf der Saarbrücker Stadtbann.

Als Uns nachſtehende Geſchichtserzählung, nebſt angehängten Rechtsfragen zugeſendet, und darüber Unſer in den Rechten gegründetes Gutachten begehret worden, demnach erachten Wir, nach fleißiger derſelben Verleſung und collegialiſch gepflogener Berathſchlagung, für Recht:

I.) Seit ungefähr 40 Jahren werden auf Saarbrücker Stadtbann die Kartoffeln, oder wie ſie hier zu Land heiſen, die Grundbirnen in großer Menge gebauet. Es haben dahero Seine Hochfürſtl. Durchlaucht Höchſtſeeligen Andenkens im Jahr 1746 gnädigſt zu verordnen geruhet, daß von den in zehendbaren Feldern gepflanzt werdenden Grundbirnen künftighin der Zehende gleich von andern Früchten entrichtet werden ſollte.

Weilen aber die Stadt Saarbrücken von Zeit zu Zeit um gnädigſten Erlaß des Grundbirn-Zehendens ſupplicando eingekommen war, ſie auch darauf jedesmal willfährige Decreten erhalten hatte: So kann man abſeiten der Stadt mit Gewißheit nicht angeben, ob der Grundbirn-Zehende auf hieſig Saarbrücker Stadtbann zu Regierungs-Zeiten Sereniſſimi pie defuncti jemals erhoben worden ſeye.

Im Jahr 1760 erhielte die Stadt per Decretum clementiſſimum de dato 22. Aug. 1760 den Erlaß des Grundbirn-Zehendens auf zehen Jahre; vor deren Ablauf aber ſind Ihro Hochfürſtliche Durchlaucht im Jahr 1768 mit Tod abgegangen, und iſt die Regierung ſodann auf Ihro jezt regierende Hochfürſtliche Durchlaucht gekommen.

Seit Höchſtderoſelben Regierung iſt nun der Grundbirn-Zehende auf hieſigem Stadtbann noch nicht einzigesmal weder gefordert, noch erhoben, noch um deſſen Erlaß ſuppliciret worden.

Vor etlichen Wochen aber iſt eine Herrſchaftliche Verordnung ergangen, des Inhalts, daß von den in zehendbaren Feldern auf Saarbrücker Stadtbann gepflanzt werdenden Grundbirnen in nächſtkünftigem Jahr der Zehende entrichtet werden ſolle.

Die

Die Stadt St. Johann hängt mit der Stadt Saarbrücken durch eine Brücke zuſammen, hat aber ſonſten ihre beſondere Einrichtungen und Gerechtſamen.

Hierbey iſt zu bemerken, daß der Grundbirn-Zehende ſowohl auf dem St. Johanner Stadtbann, als auch in den hieſigländiſchen Dorfſchaften ſchon zu Zeiten Serenissimi pie defuncti eingeführt und würklich erhoben worden iſt, auch noch dermalen alljährlich erhoben wird.

Nun hat aber die Stadt Saarbrücken (in Gemeinſchaft mit der Stadt St. Johann) unterm 12. Junii 1780 gegen Bezahlung einer Summe Geldes von zeheutauſend Gulden von Ihro jetzt regierenden Hochfürſtlichen Durchlaucht ein Decret und Verſicherungs-Urkunde erhalten, worinnen Höchſtdieſelben verſprochen, „die beyden „Städte bey ihren wohlhergebrachten Freyheiten ungeſtöhrt zu belaſſen, mit der wei„tern Verſicherung, daß die Städte weder von Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht, „noch von Dero Erben und Nachkommen gegen die bisherige Obſervanz auf einige „Art und Weiſe beſchweret, am allerwenigſten aber mit neuen bisher nicht üblich ge„weſenen Auflagen oder Abgaben onerirt und überhaupt ihnen keinerley Beſchwerden „zugefüget, ſondern es in allen Stücken bey dem, was bisanhero üblich und herkomm„lich geweſen, ſein ganz unabänderliches Verbleiben behalten ſolle.

Gleichwie nun obbemeldeter maaßen, während der Regierung des jetzigen Herrn Fürſten, der Grundbirn-Zehende auf Saarbrücker Stadtbann noch niemalen weder gefordert, noch erhoben, noch um deſſen Erlaß ſuppliciret worden iſt: Als entſtehet die

Erſte Frage.

Ob in Rückſicht auf das Decret vom 12. Junii 1780 die Stadt Saarbrücken von Entrichtung des Grundbirn-Zehendens fernerhin gänzlich frey bleiben und verſchont werden müſſe, wann auch gleich von gnädigſter Herrſchaft erwieſen werden könnte, oder von der Stadt zugegeben würde, daß der Grundbirn-Zehende zu Zeiten des Höchſtſeeligen Fürſten ein oder etlichemal würklich erhoben worden ſeye.

II. Es iſt zu gewarten, daß gnädigſte hohe Herrſchaft, nach dem Grundſatz: Alles, was ein zehendbarer Acker trägt, iſt zehendbar, über kurz oder lang, bewogen werden dürfte, von den auf Saarbrücker Stadtbann in zehendbaren Feldern gepflanzt werdenden Rüben, Weißkraut, Magſaamen, Klee und dergleichen, von welchem allem

lem bis dato noch niemals der Zehende gegeben worden, nunmehro ebenfalls den Zehenden zu fordern, und entſtünde alsdann die

Zwote Frage.

Ob in Rückſicht auf das Decret vom 12. Junii 1780 gnädigſte Herrſchaft befugt ſeye, von den in zehendbaren Feldern bis auf den heutigen Tag noch niemals verzehndeten Rüben, Weißkraut, Magſaamen, Klee und dergleichen künftighin den Zehenden zu fordern?

III. Das löbliche Stadtgericht zu Saarbrücken und die ihm untergebene Bürger-Officiere haben bisher ohne einige Mitwürkung oder Einmiſchung gnädigſter Herrſchaft die Beſtellung und Anordnung der an den Stadtthoren befindlichen Bürgerwachten ganz allein beſorgt, da denn derjenige Bürger, welcher ſeinen Wachtdienſt nicht ſelber verſehen wollte, ſolchen durch einen bekannten Lohnwächter verſehen laſſen konnte.

Vor etlichen Monaten iſt aber eine Herrſchaftliche Verordnung erſchienen, kraft welcher jeder Bürger inskünftige ſeinen Wachtdienſt, wenn die Reihe an ihn kömmt, perſönlich verrichten ſolle, und als man abſeiten der Stadt gegen dieſe Verordnung an Seine Allerhöchſte Kayſerliche Majeſtät und Dero Reichs-Hof-Rath provociret hatte; ſo iſt ſothane Verordnung von Seiner Hochfürſtlichen Durchlaucht dahin gemäßiget worden, daß das Stadtgericht eine Liſte von den Lohnwächtern überreichen ſolle, demnächſt Ihro Hochfürſtliche Durchlaucht ſich vorbehielten, jedesmal diejenige auszuwählen, welche Sie für tauglich zu Lohnwächtern hielten, dagegen aber diejenige von den Lohnwachten gänzlich auszuſchlieſen, welche Sie für untüchtig dazu erkennten, wobey dann in den deßfallſigen Herrſchaftlichen Verordnungen und Reſcripten, wie leicht zu erachten, ſehr viel von nothwendig zu nehmen geweſener Einſicht, wegen eingeſchlichen ſeyn ſollender groſer Unordnungen und Mißbräuchen, geredet worden, mit dem Anfügen, daß dieſe Sache eine bloſe Polizeiſache ſey, worinnen keine Provocation oder Appellation ſtatt ände.

Da aber die Stadt nicht geſonnen iſt, eine ſolche Liſte zu übergeben und der gnädigſten Herrſchaft die Auswahl der Lohnwächter zu geſtatten, indem die Stadt hierdurch in auſſerordentliche Verlegenheit geſezt, und wohl gar genöthiget werden würde, auserleſene, Seiner Hochfürſtlichen Durchlaucht anſtändige Lohnwächter gleich ordentlichen Soldaten

ten mit ſchweren Koſten anzuwerben und zu unterhalten, vielmehr man abſeiten der Stadt verlanget, daß alles bey der bisherigen Obſervanz in Anſehung dieſes Puncts belaſſen werden ſolle; So entſtehet hierbey die

Dritte Frage.

a) Ob dieſe Sache eine bloße Polizeiſache ſeye, worinnen Seine Hochfürſtliche Durchlaucht thun dürfen, was Sie wollen, ohne daß den Reichsgerichten erlaubt iſt, einiges Einſehen darinnen zu haben?

b) Ob nicht ſowohl nach gemeinen Rechten, als auch in Rückſicht auf die angeführte Verſicherungs-Urkunde vom 12. Junii 1780 Seine Hochfürſtliche Durchlaucht verbunden seyen, in Anſehung dieſer Sache alles bey demjenigen zu belaſſen, was deßhalb bishero üblich und herkömmlich geweſen, dergeſtalt, daß Höchſtdieſelben ſich ſo wenig, als ehehin in dieſe Sache einmiſchen dürfen, ſondern die Beſorgung der Bürgerwachten ohne einige Mitwürkung lediglich dem Stadtgericht und den ihm untergebenen Bürger-Officieren überlaſſen, ſomit von Anverlangung einer Liſte und Auswahl der Lohnwächter gänzlich abſtehen müſſen?

IV.) Die Stadt Saarbrücken hat kürzlich bey Ihro Hochfürſtlichen Durchlaucht unterthänigſt darum angeſucht, daß Höchſtdieſelben geruhen möchten, über die ſeit Dero Regierung erhobene Landgelder, wozu die Stadt einen ſtarken Antheil beytragen muß, die Rechnung vorlegen zu laſſen (weilen man zuverläßig weiß, daß Seine Durchlaucht alljährlich viele Poſten in die Landcaſſe gewieſen haben, welche nicht dahin gehören, folglich der Stadt nach Verhältniß ihres Beytrags, eine ſtarke Summe, welche ſie ſolchergeſtalt indebite bezahlet hat, wieder zurück gebühret).

Dieſes Geſuch wurde aber als obſervanzwidrig abgeſchlagen und dabey gelegenheitlich von einem Mitglied der Fürſtlichen Regierung geäußert: „die Bürgerſchaft beruſe ſich immer auf die Verſicherungs-Urkunde vom 12. Junii 1780, nach welcher „alles beym Herkommen und bey der Obſervanz verbleiben müſſe; Nun ſeye es noch „niemals herkömmlich geweſen, daß der Fürſt die Rechnung über die Landgelder der „Stadt vorgelegt habe, folglich ſeye ſelbſt nach dieſer Verſicherungs-Urkunde der „Fürſt nicht verbunden, dem Herkommen zuwider, über die Landcaſſe die Rechnung „der Stadt vorzulegen.

Ob nun gleich dieſe Aeußerung nicht ernſtlich gemeinet zu ſeyn ſcheinet, indem widrigenfalls die gröſte Ungerechtigkeiten mit dieſer Ausflucht bemäntelt werden könnten: ſo wünſchet man doch zu allem Ueberfluß, Belehrung über die

Vierte Frage:

Ob Seine Hochfürſtliche Durchlaucht in dem ſub Nro 4 vorgetragenen und ähnlichen Fällen, ſich bemeldter Verſicherungs-Urkunde vom 12. Junii 1780 auf die angeführte Weiſe gegen die Stadt Saarbrücken bedienen können?

Saarbrücken den 15. Decembris 1784.

Wilhelm Friedrich Lauts,
ordentl. Regierungs- und Hofgerichts-Advocat.

Erſte Frage.

Obwohlen nun, die erſte Frage anbelangend, 1) die Rechte überhaupt mit ſich bringen, daß alle landesherrliche Verordnungen pleniſſime zu erklären,

L. 3. D. de conſtit. Princ.

zumahlen wenn ſolche, wie im gegenwärtigen Falle, allein in detrimentum concedentis abzielen,

Schilteri prax. iur. Rom. exerc. 1. §. 22.

Leyſer ſp. 10. m. 3.

und dann in der Verſicherungs-Urkunde vom 12. Junius 1780 ausdrücklich enthalten, daß beyde Städte mit neuen bisher nicht üblich geweſenen Auflagen oder oneribus nicht beſchweret, ſondern alles bey der bisherigen Obſervanz gelaſſen werden ſolle; dem zufolge alſo, da der Kartoffel-Zehende zeither von der Stadt ſo wenig gefordert, als präſtiret worden, daß ſolcher unter der allgemeinen conceſſione immunitatis mit begriffen ſey, und daher der Stadt nicht zugemuthet werden möge, dafür gehalten werden möchte;

Dennoch aber und dieweil in Erklärung aller Landesherrlichen Begnadigungen der rechtliche Bedacht dahin genommen werden muß, daß ſolche nicht über die Abſicht des con-

concedentis ausgedehnet, und auf ſolche Freiheiten angewendet werden, an welche der Landesherr nicht gedacht,

c. 7 *X.* de privil.

Enenkel de privil. l. 2. c. 4.

de Wernher T. I. P. I. obſ. 209. p. 243.

Thomaſius de interpretatione beneficiorum Principis.

in vorliegendem Fall aber den beyden Städten die Verſicherung nur dahin ertheilet worden, daß ſelbige nicht gegen die billige Obſervanz beſchweret, noch mit neuen, nicht üblich geweſenen Auflagen onerirt werden ſollen; hieraus alſo ſich von ſelbſt ergiebt, daß des Landesherrn Abſicht keinesweges geweſen, den Städten einige der bisher üblich geweſenen Beſchwerden zu erlaſſen, und denn die Quärenten in der Geſchichts-Erzählung ſelbſt eingeſtehen, daß dem Landesherrn die Bezehntung in Anſehung derer im Saarbrükker Stadtbann belegenen Grundſtücke überhaupt zukomme, und auch vor Ertheilung der Begnadigung vom Jahr 1780 ohne Widerſpruch ausgeübet worden, und alſo die Quärenten, falls ſie dadurch auch die Befreyung von dem Zehenden erhalten wollen, in Erwägung, daß Privilegia ſtricti juris ſind,

Mevius P. 3. d. 309.

Bœhmer de interpret. facienda contra eum, qui clarius loqui debuiſſet, c. 1. §. 27. T exerc. ad Pand. p. 391. ſq.

darauf in Abfaſſung des Landesherrlichen Gnadenbriefes ſelbſt Bedacht nehmen müſſen; hiergegen auch nicht ſtreitet, daß der Kartoffel-Zehende von den Städten ſeither nicht erhoben worden, angeſehen ſolches einestheils in facto nicht mit Gewißheit behauptet worden, anderntheils aber und wenn es auch als völlig unleugbar anzuſehen, da die landesherrliche Zehendgerechtigkeit ſelbſt auſſer Zweifel ruhet, und daher auf alle in der zehendbaren Flur gewachſene Früchte

de Pufendorf T. II. obſ. 157.

ſo wie namentlich auf die darin gezogene Kartoffeln oder Grundbirnen ſtatt findet,

von Cramer Wezlar. Nebenſt. P. 12. p. 25. ſqq.

de Pufendorf T. IV obſ. 138.

ſo weit die Ausübung dieſes Rechts als eine res meræ facultatis anzuſehen,

de

de Puſendorf de Privilegiis c. 1. §. 13.

J. G. Eſtor de abuſu rerum meræ facult. §. 21.

J. C. Claproth de rebus meræ facultatis, §. 14. 15.

mithin dagegen keine Verjährung Statt findet, dieſe auch dem Landesherrn ohnehin um ſo weniger entgegengeſetzt werden mag, da die Städte von Zeit zu Zeit ſich eine Befreyung aus Gnaden davon erbeten, mithin ſolche ſich zu einem offenbaren precario qualificiret, und alſo, daß der Landesherr ſolche ad beneplacitum revociren könne, nicht gezweifelt werden mag,

c. 5. de reſcr. in 6.

Leyſer ſp. 510. m. 4.

Als gehet Unſere in den Rechten gegründete Meinung dahin:

daß die Stadt, falls auch ſeither der Grundbirn-Zehende noch nicht würklich erhoben worden, ſich dennoch aus der Conceßion von 1780 keine Befreyung davon anmaſen könne;

Zwote Frage.

Wiewohlen hiernächſt, in Rückſicht auf die zwote Frage, der Lehrſatz: alles, was der Acker trägt, giebt Zehenden, allerdings auf deutlichen Grundſätzen der Rechte beruhet,

c. 13. 30. X. de decimis.

c. vlt. X. de parochiis.

Eiſenharth vom Recht der Sprüchwörter, p. 594. ſq.

und daher, da die Quärenten die Zehendgerechtigkeit ihrer Landesherrſchaft überhaupt eingeſtehen, daß ſolche auch auf Rüben, Weißkraut, Magſaamen, Klee und dergleichen zu ziehen, und die bisherige Unterlaſſung des Verzehendens dem Landesherrn nicht zum Nachtheile gereichen könne, dafür gehalten werden möchte;

Dieweilen aber dennoch die Vermuthung für die Zehendpflichtigkeit aller in der Flur gewachſener Früchte eine Würkung der decimationis univerſalis iſt,

C. F. Harpprecht ius decimatoris univerſ. ſ. 2. §. 13.

dafür

dafür aber die der dortigen Landesherrſchaft zuſtehende Gerechtigkeit nicht anzunehmen ſtehet, ſomit nach der allgemeinen Diſpoſition der Rechte, bey einem decimatore particulari auf die beſondern Gewohnheiten eines jeden Ortes Rückſicht genommen werden muß,

c. 18. 20. 31. 42. X. de decimis.

ſomit, falls die Landesherrſchaft den Ihr in Anſehung der übrigen Früchte zuſtehenden Zehenden auch auf Rüben und dergleichen ausdehnen wollte, allerdings ſpecialem titulum beyzubringen haben würde, dagegen auch nicht ſtreitet, daß dergleichen jährliche Hebungen, der Regel nach, keiner Verjährung nicht unterworfen ſind.

L. 7. §. vlt. C. de præſcr. 30 vel 40 ann.

L. 46. §. 9. C. de epiſc. & cler.

Pufendorf T. I. obſ. 116. T. II. obſ. 78.

Leyſer ſp. 253. m. 1.

angeſehen dabey das Recht, ſolche annuos reditus zu erheben, als klar und unbezweifelt voraus geſetzet wird, ſomit es, unter der Vorausſetzung, (daß die Landesherrſchaft von den in Frage ſeyenden Früchten den Zehenden nie gefordert und erhoben, auch die Quårenten ſich dieſerhalb keine Befreyung, wie beym Kartoffel-Zehenden geſchehen, erbeten, es gar nicht einmal der Beſcheinigung einer poſſeſſionis vel quaſi libertatis dieſerhalb bedarf.

Als ſind Wir, in Anſehung dieſer Frage, des rechtlichen Dafürhaltens:

daß die Landesherrſchaft ohne Beybringung eines beſondern Rechtstituls von den Rüben, Weißkraut, Magſaamen und dergleichen künftig den Zehenden zu fordern nicht befugt ſey.

Dritte Frage.

Wiewohlen demnächſt, in Rückſicht auf die dritte Frage, die Anordnung der Wachten, da deren Hauptabſicht auf die gemeine Sicherheit gerichtet iſt, unſtreitig der oberſten Landespolizey anklebet,

Moſer von der Landeshoheit in Polizeyſachen, p. 369.

die Ausübung dieſer der Landeshoheit anklebenden Gerechtſame in der Maaße privilegirt iſt, daß der Kaiſer ſelbſt den Reichsſtänden nicht vor- oder eingreiffen darf.

Wahlcap. a. 1. §. 8.

in ſolchem Betrachte auch in dem

R. I. N. 9. 106.

ſogar die Appellation in ſolchem Falle an die höchſten Reichsgerichte eingeſchränket worden; überdieß dem Landesherrn die Aufſicht über die Auswahl der zu den Wachten zu ſtellenden Perſonen um ſo weniger zu bezweifeln ſeyn möchte, da es widrigenfalls in dem Gutbefinden der Stadt beruhen würde, untüchtige Perſonen dazu zu ſtellen, und darunter die allgemeine Sicherheit gar leicht Gefahr laufen möchte; bey ſolchen Umſtänden alſo, daß die Quärenten ſich lediglich nach den Abſichten der Landesherrſchaft zu richten ſchuldig ſeyen, um ſo mehr dafür gehalten werden möchte, da Polizeyſachen dadurch, daß ſich die Unterthanen denſelben widerſetzen, dieſe Eigenſchaft nicht verlieren.

von Cramers Nebenſtunden, P. 70. p. 78. ſqq.

Alldieweilen aber die Quärenten ſo wenig die landesherrliche Befugniß in Anordnung der Wachten, als ihre Schuldigkeit, ſolche zu ſtellen, überhaupt in Zweifel gezogen; und es nur in der vorliegenden Streitigkeit auf die Frage ankommt: ob die Art, auf welche die Landesherrſchaft die Einrichtung derſelben gemacht wiſſen will, auf einer mit den Rechten und Verfaſſung der Stadt zu vereinbarenden Ausführung beruhe? in dieſem Falle aber auch ſonſt unleugbare Polizeyſachen die Geſtalt der Juſtizſachen annehmen, und die Appellation an die gehörigen Gerichte unſtreitig Statt findet.

Strubens Unterricht von Regierungs- und Juſtizſachen ſ. 2. §. 8. u. f.
Heumanni initia iur. polit. Germ. c. 32. p. 355. ſqq.
von Cramer P. 30. p. 28. ſqq. P. 33. p. 135. ſqq.
Moſer von der dritten Juſtizverfaſſung T. I. p. 1051.

dieſes vorausgeſetzt aber, der Stadt ein mehreres nicht zuzumuthen ſtehet, als daß ſie ihre Bürger zu Stellung tüchtiger Perſonen anhalte, und widrigenfalls dem Landesherrn die Ausmuſterung der untauglichen Perſonen nachzulaſſen, dahingegen die Feſtſtellung einer beſtimmten Anzahl tauglicher Lohnwächter der Stadt allerdings zur äuſſer-

ſten

ſten Laſt gereichen, und dieſe Wächter am Ende in ein figuram militarem habendes Polizeycorps verwandeln würde, hierwider aber die Stadt, ſowohl in Gemäßheit der Reichsgeſetze

R. I. N. §. 180.

Neue Sammlung der Reichsabſchiede T. IV. p. 80 — 83.

als der mehrbelobten, alle dergleichen beſchwehrliche Neuerungen ausſchlieſſenden Erklärung von 1780 ſich zu ſetzen, und deshalb an die höchſten Reichsgerichte ſich zu wenden, befugt zu halten:

demnach ſind Wir bey dieſer Frage, daß dieſe Sache keine, auf bloſem landesherrlichen Gutbefinden beruhende Polizeyanſtalt ſey, auch der Stadt die Anſtellung der Lohnwächter auf die verlangte Art, nicht zu zumuthen ſtehe.

Vierte Frage.

Obwohlen endlich, die vierte Frage anbelangend, das Beſteurungsrecht eine der Perſon des Landesherrn anklebende Befugniß iſt, dieſer auch allerdings die Vermuthung für ſich hat, daß er in deſſen Ausübung geſetzmäßig verfahren werde, ohnehin auch von Seiten der Fürſtlichen Regierung angegeben worden, daß die Ablegung der Rechnung an die Stadt dort nicht hergebracht ſey, und es alſo, daß der Landesherr damit billig zu verſchonen ſey, allerdings dafür gehalten werden möchte;

Alldieweilen aber den Reichsſtänden die Beſteurung ihrer Unterthanen nur auf die in den Reichsgeſetzen feſtgeſtellte Art nachgelaſſen worden, in ſofern ſie nicht durch Verträge, oder ſonſt, ein mehreres hergebracht,

Wahlcapit. a. 19. §. 2 — 5.

dieſe aber ausdrücklich in ſich enthalten, daß der Landesherr ein mehreres, als die Geſetze verſtatten, von ſeinen Unterthanen nicht erheben ſoll.

R. A. 1548. §. 95.
1555. §. 81.
1576. §. 11 — 16.
1582. §. 10.
1594. §. 13.

Reinharth ad Chriſtin. Vol. I. obſ. 63.

in deſſen Gemäßheit auch die Unterthanen die Freyheit haben, im Fall ſie höher collectiret werden, ſich an die Reichsgerichte zu wenden, und den Landesherrn zu Herausgebung des Ueberſchuſſes anzuhalten,

de Ludolf ſymph. conſult. & deciſ. forenſ. T. I. p. 5. ſqq.

maaßen denn auch die Verbindlichkeit des Landesherrn, die Steuern zu dem Endzweck zu verwenden, zu welchem ſie verwilligt worden, nicht zu bezweifeln ſtehet,

de Cramer T. I. obſ. 186.

gleichwohlen es eine ſelbſtredende Unmöglichkeit für die Unterthanen ſeyn würde, die Frage: ob man zu vieles von ihnen erhoben? und ob ſolches zu dem gehörigen Endzwecke angewendet worden? ohne Einſicht der Rechnungen zu beurtheilen; in ſolcher Abſicht auch die Rechnungsabhör vor einer zu dem Ende nieder zu ſetzenden gemeinſchaftlichen Deputation zu geſchehen pflegt,

Moſer von der Landeshoheit in Steuerſachen p. 664. ſqq.

dem zu folge alſo den Quärenten, ohngeachtet ſolches zeither nicht geſchehen, die Nachſuchung der mitzutheilenden Landſteuerrechnungen, da ſelbige ſich auf die Natur des deutſchen Steuerrechts und Reichsgeſetze gründet, allerdings freygelaſſen werden muß:

Als ergiebt ſich daraus von ſelbſt: daß Seine Hochfürſtl. Durchlaucht zu Mittheilung der Landſteuerrechnung allerdings verbunden ſeyen, und ſich dagegen der mehrberührten Verſicherung vom 12. Junius 1780 nicht bedienen mögen.
A. V. R. W.

Daß dieſes Gutachten den Rechten, und uns zugegangenen Actenſtücken völlig angemeſſen ſey, bezeugen Wir, mittelſt Beydruckung Unſers Facultätsſiegels.

Geheimer-Rath und Kanzler, Decanus und übrige Aſſeſſores
der Juriſtenfacultät zu Marburg.

V.

Prioritätsurthel der Gläubiger des Herrn Generallieutenants von Stein.

In Schuld- und Prioritätsſachen des Herzoglich Würtembergiſchen Generallieutenants Herrn Friedrich Karl Henrich Freyherrns von Stein, auf Bechingen geſammter Gläubiger, Liquidanten, an einem, entgegen und wider den Herzoglich Würtembergiſchen Kanzley- und Hofgerichts Advocaten D. Banger, als beſtellten contradictorem, Liquidaten am andern Theil, erkennen der Römiſch-Kaiſerlichen Majeſtät Räthe, und einer unmittelbaren freyen Reichsritterſchaft in Schwaben, erbetene Hauptmann, Räthe und Ausſchuß, als allerhöchſt verordnete Kaiſerliche Commiſſion, auf vorgehabten Rath auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht: Daß, ſoviel

A) des liquidatiſchen contradictoris geſchehenes, und

Faſc. act. I. Lit. C.

befindliches Generalpetitum anbetrifft: ſo hat

1) deſſen Geſuch in Anſehung der Siſtirung der Zinſen, bey den nicht immittirten Gläubigern, von Zeit des von dem Kaiſerlichen Reichshofrath erkannten Concurſes, nicht Statt, ſondern es ſind ſelbige den Gläubigern, bis zu deren erhaltenen völligen Befriedigung unverkürzt zu bezahlen; dahingegen iſt derſelbe

2) diejenigen Gelder, welche die Bechingiſche und Tritzſchleriſche Adminiſtration ſeit dem Jahr 1783, an einige Brief- oder mit Pfandrecht nicht verſehene Wechſelgläubiger, zum Nachtheil der Pfand- und anderer immittirten Gläubiger, ausgezahlet, zur Concursmaſſe zurück zu fordern, wohl befugt, dahingegen dieſes auch gegen Pfandgläubiger gerichtete Geſuch nicht Statt findet; gleichergeſtalt iſt

3) liquidatiſcher contradictor den geheimen Hofrath und Kreiseinnehmer Tritzſchlar in Stuttgard, als geweſenen Adminiſtrator des Gutes Bechingen, wegen der

in dem Generalpetito Anl. B.
an denſelben gemachten Forderungen bey der Kaiſerlichen Commiſſion in Anſpruch zu nehmen, und dieſer ſich, unerheblichen Einwendens ohngeachtet, darauf einzulaſſen ſchuldig, derowegen demſelben ſothane in der Anlage B. befindliche Imploration zur hauptſächlichen Einlaſſung zu communiciren, worauf und wenn beyde Theile darüber bis zum Schluß verfahren, dieſes Puncts halber, ferner ergehet, was ſich zu Recht gebühret; ſodenn iſt

4) der gemeine Herr Schuldner ſein geſammtes Mobiliarvermögen, namentlich auch das von der Gallerieinſpectorin Grotin zu 200 fl. erkaufte und noch unbezahlte Porcellan-Service, nach vorgängig abzuleiſtendem Eröfnungseide, an die Concursmaſſe abzuliefern und zu ſolchem Behuf das von ſeinem verſtorbenen Bruder, Alexander Freyherrn von Stein, errichtete Inventarium den Gläubigern auszuantworten verbunden; anbeneben

5) ſind die von Steiniſchen Agnaten die denenſelben aus der Concursmaſſe ausgezahlte Reiſe- und Zehrungskoſten an ſelbige zu reſtituiren allerdings verbunden, ferner

6) hat das Suchen des liquidatiſchen contradictoris gegen die Haushälterin des cridarii, die Kropfin, auf Herausgebung eines Verzeichniſſes ihres geſammten Vermögens, nicht Statt, es könnte und wollte dann derſelbe ordnungsmäßig erweiſen, daß nur bemeldte Kropfin ihr Vermögen durch Vervortheilung der Concursmaſſe erworben, deſſen genöſſe er billig; ſodann

7) iſt contradictor das beym Major Freyherrn von Stein ſtehende Kapital, nebſt rückſtändigen Zinſen, ſowohl, als die von demſelben eingezogene Gelder, wie auch die beym Forſtrenovator Kornbeck in Calmbach befindlichen Pretioſen, ſo wie alle übrige dem cridario zugehörige Effecten, zu Redintegrirung der Concursmaſſe an ſich zu ziehen, und zu vindiciren allerdings befugt; weniger nicht

8) iſt contradictor von denen Gläubigern, welche von ihren dem cridario vorgeliehenen Capitalien ſechs vom Hundert Zinſen erhalten, den ſechſten Zinsthaler zurück zu fordern, und ſolchen an dem Hauptſtuhle zu kürzen allerdings berechtiget; dahingegen findet

9) deſſen Geſuch, diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen im Liquidationstermin nicht angegeben, mit ihren Forderungen von dem gegenwärtigen Concurſe abzuweiſen, vorkommenden Umſtänden nach, noch zur Zeit nicht Statt;

Die

Dieweilen hiernächſt

B.) ſämtliche Gläubiger ihre Forderungen gebührend liquidiret, contradictor auch, was er ihnen daran geſtändig oder nicht, hinreichend ausgeführet: Als werden ſelbige nunmehro in folgender Ordnung, aus der Concursmaſſe, ſo weit ſelbige dazu hinreichend, billig befriediget.

In der erſten Klaſſe.

I.) Alle dieſem Schuldweſen zum Beſten aufgewandte Unkoſten an Commiſſions-Gebühren, Verdienſt des contradictoris, und was überhaupt zur Conſervation der Debitmaſſe gereichet; welche insgeſammt, ohne den vorzüglichen Gläubigern deswegen etwas zu kürzen, voraus zu zahlen ſind.

II.) Georg Conrad Wipplinger, Bürger und Wirth zu Kloſter Heilsbronn
Inhalts faſc. act. 37.
mit 90 fl. rückſtändigen Liedlohns, in ſofern contradictor ſolche durch Quittungen, oder ſonſt zu vermindern nicht vermag.

In der dritten Klaſſe A) die öffentlichen Hypotheken anbelangend.

III.) Chriſtoph Siegmund von Herwarth in Augſpurg, aus einer den 1ten May 1762 ausgeſtellten, und mit öffentlicher Hypothek verſehenen Schuldverſchreibung mit 4000 fl. und davon rückſtändigen Zinſen;

IV.) Emanuel Levi, Hoffactor zu Hechingen, aus einer am Georgii Tage 1765 ausgeſtellten, und den 31. May 1765 in vim hypothecæ publicæ vom reichsritterſchaftlichen Directorio, Orts am Kocher, beſtättigten Schuld- und Pfandverſchreibung, mit Kapitalreſt zu 2000 fl. und ſämmtlichen davon reſtirenden Zinſen zu vier vom Hundert;

V.) Der Obriſtlieutenant von Zigeſar, vermöge mit öffentlichem Pfandrecht verſehenen Schuldſcheins von Martini 1768,
faſc. act. 1.
mit 12000 fl. und liquidirten Zinſen.

VI.)

VI.) Die verwittibte Obriſtin von Goergen, aus einer mit öffentlichem Pfandrecht verſehenen Schuldverſchreibung vom 1 Auguſt 1774,

faſc. act. 31.

mit einem Kapital von 22000 fl., wovon jedoch die an die Matheſin cedirte 8000 fl. zu kürzen; nebſt den davon liquidirten Zinſen, zu fünf vom Hundert; dahingegen iſt ſelbige in Anſehung der liquidirten Agentenkoſten zu 100 fl. und Reiſekoſten zu 122 fl. eine anderweitig beſſere Beſcheinigung beyzubringen verbunden.

VII.) Katharina Matheſin zu Wien mit einem Kapitale von 8000 fl., als einem Theile des ad VI.) aufgeführten, und an Liquidantin beſage

faſc. act. 19. N. F. und G.

cedirten Kapitals, nebſt rückſtändigen Zinſen;

VIII.) Der Burgermeiſter Jacob von Beck zu Ravenſpurg mit 15000 fl. laut Schuld- und Pfandverſchreibung vom 2 Februar 1782. welche in vim hypothecæ publicæ vom reichsritterſchaftlichen Orts-Directorio beſtätiget worden, nebſt rückſtändigen Zinſen, jedoch iſt Liquidant zu erweiſen ſchuldig, wie der Burgermeiſter von Lenz Herr des von demſelben an Liquidanten cedirten Meriſiſchen Schuldſcheins geworden; hiernächſt

B) in Anſehung der Privathypotheken

VIIII.) die von Kölbiſche Erben zu Oettingen, beſage Privatpfandverſchreibung vom 3. Jänner 1752,

faſc. act. 20. N. 2.

mit 1000 fl. und hinterſtelligen Zinſen.

X.) Euſtachius Freyherr von Ungelter zu Oberſtotzingen, beſage Schuldverſchreibung vom 14. Jan. 1752, mit Kapitalreſt von 500 fl. nebſt rückſtändigen Zinſen, laut

faſc. act. 76. N. 2.

XI.) Maria Innete verwittibte Freyfrau von Staufenberg, laut Schuld- und Pfandverſchreibung vom 30. Auguſt 1754.

faſc. act. 34.

mit 1000 Rthlr. Kapital und aufgelaufenen Zinſen.

XII.)

XII.) Eben dieſelbe mit 500 Kapital, Inhalts Privatpfandverſchreibung vom 27. Junius 1757.

dict. faſc. act. 34.

und reſtirenden Zinſen.

XIII.) Generalmajor Freyherr von Harling zu Stuttgard, beſage der Obligation vom 18. Merz 1760, mit Kapitalreſt von 1000 fl. nebſt

faſc. act. 7.

liquidirten Zinſen.

XIIII.) Herzoglich Würtembergiſcher Rittmeiſter F. D. Renſöhl zu Stuttgard, Inhalts Schuld- und Pfandſcheines vom 6. Februar 1762,

faſc. act. 5. N. 2.

mit Kapitalreſt von 1000 fl. nebſt hinterſtelligen Zinſen.

XV.) Obriſt F. Albr. von Brandenſtein, nach Maaßgabe der Schuld- und Pfandverſchreibung vom 4. Nov. 1763,

faſc. act. 3. adj. 2

mit 3000 fl. Kapital und rückſtändigen Zinſen;

XVI.) Hoſpitalverwaltung zu Gundelfingen, beſage Verſchreibung vom 16. December 1768

faſc. act. 9.

und deren Extenſion vom 14. April 1783, mit 600 fl. Kapital, nebſt Zinſen.

XVII.) Hofrath C. David Schickart zu Tübingen mit 1000 fl. Hauptſtuhl und liquidirten Zinſen, Inhalts Pfandverſchreibung vom 10. November 1773.

faſc. act. 40.

jedoch iſt derſelbe zuvor mittelſt Eides zu erhärten ſchuldig, daß dieſe angeblich an die Hoffactorin Kaula bezahlte 1000 fl. nicht unter denen an dieſelbe vergleichsweiſe zu bezahlenden 5000 fl. begriffen ſeyen, ſondern an nur bedachte Kaula für die Zinszahlung der ältern Kapitalien, Namens des Gemeinſchuldners von Liquidanten würklich baar ausgezahlet worden.

XVIII.) Hausküchenmeiſter Kleber zu Stuttgardt, Inhalts Pfandverſchreibung vom 1. Merz 1780.

faſc. act. 15.

mit 500 fl. Kapital und Zinſen ſeit 1784.

XVIIII.) Amtmann J. J. Frey zu Biſſingen, laut Schuldverſchreibung vom 3. May 1781.

faſc. act. 13.

nebſt rückſtändigen Zinſen.

XX.) Hoſpitalverwaltung zu Gundelfingen, nach Maaßgabe der Pfandverſchreibung vom 18. Merz 1781.

faſc. act. 8.

an Hauptſtuhl mit 300 fl. nebſt liquidirten Zinſen.

XXI.) Joſeph, Graf von Attems, laut Wechſel cum hopotheca bonorum vom 1. November 1781.

faſc. act. 10.

mit 10000 fl. und Zinſen; dieweil jedoch Herr Liquidant ſich in dem gegenwärtigen Concurſe einzulaſſen nur auf den Fall erklärt, wenn der intendirte Zahlungsplan zu Stande kommen ſollte, dieſes aber nicht geſchehen, ſo hat es dabey ſein Bewenden.

XXII.) Stadtſchreiber Kerner zu Ludwigsburg, laut der mit Privathypothek verſehenen Wechſelbriefe vom 26. Februar 1782. auf 1000 fl. auch vom 5. und 7. Auguſt beſagten Jahres auf reſpective 500 und 100 fl. nebſt Zinſen, beſage

faſc. act. 17.

nach Abzug der aus der Gage des Herrn Gemeinſchuldners bereits bezahlten 72 fl., jedoch iſt Liquidant, falls er ſeine Befriedigung aus dem gegenwärtigen Concurſe erhalten ſollte, die demſelben von dem Cridario zu ſeiner Sicherheit eingelieferte Obligation vom 1. Junius 1771. auf den Major von Stein auf Niederſtotzingen haltend, in die Concursmaſſe zu reſtituiren verbunden.

XXIII.) Burgermeiſter Jacob Beck zu Ravensburg, beſage Privatpfandverſchreibung von 23. Merz 1782.

faſc. act. 2.

mit 3000 fl. Kapital und rückſtändigen Zinſen, jedoch bleibt Liquidanten, falls er ſich damit durchzukommen getrauet, in Anſehung des ihm zur beſondern Hypothek verſchriebenen

ſchriebenen, und demnächſt vom Cridario verkauften Birkenwaldes zur Wanne, an den jetzigen Inhaber zu halten, unbenommen und vorbehalten.

Dieſem vorgängig, und wenn obſtehende Pfandgläubiger ihre Befriedigung erhalten, werden nachſtehende Briefgläubiger, jedoch, ohne Ordnung der Zeit, nach dem Verhältniß ihrer Forderungen aus der Concursmaſſe, ſoweit ſolche zureichend iſt, ebenfalls billig befriediget:

XXIV.) Hoffactorin Kaula zu Hechingen, laut der den 10. November 1773.

faſc. act. 32. N. 2.

gepflogenen Abrechnung, mit 5000 fl. Kapital und 2826 fl. aufgelaufenen Zinſen, jedoch iſt dieſelbe, unerheblichen Einwendens ungehindert, alle Aſſignationen und übrige Documente, worauf ſich die Generalberechnung begründet, zu ediren ſchuldig, ſie könnte und wollte dann ihr Vorgeben, wasmaaßen ſie ſolche dem Cridario zurück gegeben, und ſolche doloſe nicht abhanden gebracht, auch nicht wiſſe, wo ſelbige anzutreffen? eidlich erhärten.

XXV.) Die le Vaſbre in Stuttgard laut Wechſel vom 6. April 1783.

faſc. 4. N.

mit 1000 fl., nebſt Zinſen und Proceßkoſten zu 4 fl. 14 Kzr.

XXVI.) Der Metzger Joh. Fried. Kraus zu Stuttgard, mit dem Kapitalreſt aus dem Wechſelbrief vom 1. October 1782.

faſc. act. 11. N. 2. 3.

von 400 fl. nebſt Zinſen ſeit dem 2. April 1784 und ſpecificirten Proceßkoſten zu 23 fl. 4 Kzr. dieweilen jedoch Liquidant ſelbſt nicht in Abrede geſtellet, wasmaaßen er dieſem Wechſel vom Hausküchenmeiſter Kleber an ſich gehandelt habe: ſo iſt derſelbe mittelſt Eides zu erhalten ſchuldig, daß er ſolchen für baares Geld, und für wieviel? an ſich gebracht habe;

XXVII.) Gallerieinſpectorin Johanna Sabina Grootin zu Stuttgard, laut Verſchreibung vom 28. November 1782.

faſc. act. 14.

mit 1200 fl., jedoch nur zu fünf vom Hundert, und iſt die Liquidantin, gleich andern in dieſem Falle befindlichen Briefgläubigern, diejenigen Zinſen, welche ſie während der Adminiſtration des Gutes Bechingen, zum Nachtheil der eingewieſenen, und übrigen

Pfandgläubigern, aus den daſigen Einkünften empfangen, an die Concursmaſſe zu reſtituiren ſchuldig.

XXVIII.) Th. L. von Reiſchach, gebohrne von Wallbrunn, mit dem Kapitalreſt aus dem Wechſel vom 22. Auguſt 1781 zu 500 fl.

faſc. act. 22. N. 2.

nebſt Zinſen, jedoch nur zu fünf vom Hundert.

XXIX.) Gebrüdere Touſſaint zu Hanau, laut dreyer den 11 Jenner 1780 ausgeſtellter Wechſelbriefe

faſc. act. 23.

mit 1425 fl. und rückſtändigen Zinſen.

XXX.) Jüdin Nathan Aaron Levi zu Neckarsulm, aus einem Wechſel vom 16. October 1750.

faſc. act. 24. N. 2.

mit 10 Carolinen, nebſt Zinſen.

XXXI.) Iſaak Aaron Levi zu Hanau, mit dem Reſt aus einem Wechſel vom 16. Nov. 1780. zu 350 fl. 16 Kzr.

faſc. act. 25.

XXXII.) Heſſendarmſtädtiſcher Hofagent Samuel Michael David, laut Wechſelbriefes vom 30. May 1780.

faſc. act. 26.

mit 1650 fl. nebſt Zinſen, jedoch nur zu fünf vom Hundert.

XXXIII.) Stadtſchreiberey-Scribent Müller zu Stuttgardt, aus zwey Wechſelbriefen vom 28. May und 18. October 1782 mit 952 fl.

faſc. act. 27.

nebſt rückſtändigen Zinſen.

XXXIV.) Handelsmann J. Karl Peletier zu Kölln, laut übergebener Rechnung

faſc. act. 28.

mit 341 fl. und rückſtändigen Zinſen.

XXXV.) Dominicus Mainone, Handelsmann zu Ludwigsburg, beſage

faſc. act. 18.

mit 118 fl. nebſt Zinſen, jedoch iſt derſelbe zuvorderſt ſein Handelsbuch im Original zu produciren und eidlich zu beſtärken verbunden.

XXXVI.) Factor Meyer Gedeon zu Ichenhauſen für einen brillantenen Ring mit 605 fl. in Anſehung der aus einem Pferdehandel, nebſt Koſten bey deſſen Zurückgabe

faſc. act. 21.

liquidirten 331 fl. aber iſt derſelbe ſothane Forderung anderer Geſtalt und beſſer, als geſchehen, zu beſcheinigen, auch in die zu den Acten gebrachte Vollmacht die Klauſel der Erben einzurücken verbunden.

XXXVII.) Hofrath von Brielmeyer zu Wien, laut

faſc. act. 29.

an Procuratur- und Sollicitantengebühren mit 128 fl. 20 Kzr. Wiener Währung, jedoch iſt derſelbe zuvorderſt einen beglaubigten Extract aus ſeinem Schuldbuche zu den Acten zu bringen ſchuldig.

XXXVIII.) Der Staabschirurgus Großmann, und deſſen Ehefrau, aus zwey Wechſelbriefen vom 7. Februar 1781 und 25 Junii 1782.

faſc. act. 38.

mit 800 fl. und Zinſen.

XXXIX.) Hofrath und Waiſenhaußpfleger Vellnagel zu Stuttgard, aus dem auf 1000 fl. lautenden Wechſel vom 4. Junii 1782.

faſc. act. 39.

Reſt mit 300 fl. nebſt Zinſen.

XL.) Benedictus Schechter in Stuttgard aus der

faſc. act. 41.

beygebrachten Berechnung 1017 fl. 44 Kzr.

XLI.) Buchhalter Nathan zu Stuttgard, aus dem Wechſelbriefe vom 13. Februar 1782.

faſc. act. 37.

mit 42 Carolinen, nebſt Zinſen.

XLII.) Gotteshaus Obermedlingen, laut Abrechnung

faſc. act. 25. N. 2.

mit 1943 fl. 16 Krzr. jedoch nach Abzug der Zinſen von 90 und 30 fl., welche auf die Kapitalien von 600 fl. und 300 fl. über das alterum tantum in Anrechnung gebracht worden.

XLIII.) Anwald und Gericht Bechingen an der Brenz, mit 800 fl. Kapital, welche dieſelbe zum Kirchthurmbau zu Bechingen vorgeſchoſſen; nebſt den davon aufgelaufenen Zinſen, laut

faſc. act. 36.

XLIV.) Roſina Kropfin, beſage

faſc. act. 44.

mit 2800 fl. nach Abzug der geſtändlich erhaltenen 500 fl., nebſt Zinſen, aber nur zu fünf vom Hundert, jedoch iſt ſelbige mittelſt Eides zu erhalten ſchuldig, daß die zu den Acten gebrachte Schuldſcheine des Cridarii aus würklich von der Liquidantin an denſelben dargeliehenen Kapitalſummen herrührig ſeyen; dahingegen hat

XLV.) ebenderſelben Geſuch auf die bey öffentlicher Vergantung verkaufte 48 Stück Schafe

faſc. act. 33.

keine Statt, es könnte und wollte dann Liquidantin den Umſtand, daß Cridarius ihr und ihren natürlichen Töchtern ſothane Schafe vor dem Jahr 1783 würklich geſchenkt, beſſer, als geſchehen, beſcheinigen, als welchenfalls derſelben die daraus gelöſete Gelder, jedoch nach Abzug der aus der Concursmaſſe darauf verwendeten Futterungskoſten, jure ſeparationis billig auszuantworten; Gleichergeſtalt hat

XLVI.) Georg Conrad Wipplingers, Bürgers und Gaſtwirths zu Kloſter Heilsbronn

faſc. act. 37.

angebrachtes Geſuch, auf 1494 fl. an angeblich geliehenen Kapitalien, und andern auf 1818 fl. angegebenen Forderungen, die oben II.) ſpecificirte 90 fl. Liedlohn ausgenommen, dieweilen er ſich mittelſt Vergleichs vom 21. Merz 1782.

dict. faſc. 37. (3) Beyl. O.

derſelben unumwunden begeben, keine Stadt; dieweilen hiernächſt

XLVII.) der Stadt- und Landungelter Frank von Stuttgard, wie auch die Freudenthaler Schutzjuden Judas Moſes und Gotſch. Moſes

faſc.

faſc. act. 12.

ſich erkläret, wasmaaßen ſie ſich in dieſen Concurs einzulaſſen nicht geſonnen: ſo hat es dabey ſein Bewenden; dagegen iſt

XLVIII.) der Forſtrenovator Kornbeck zu Calmbach bey Kalw, unerheblichen Einwendens ohngehindert, vor der kaiſerlichen Commiſſion ſich einzulaſſen, ſeine Forderungen gebührend zu beſcheinigen, und die angebliche dationem in ſolutum der in Händen habenden Pretioſen des Cridarii zu beſcheinigen allerdings gehalten; ſodenn iſt

XLIX.) der Präceptor Zink zu Bopfingen, als ehemaliger Beſtänder zu Bechingen, mit ſeinen

faſc. act. 45.

gemachten Anſprüchen an den Amtmann Belling zuverweiſen.

Zugleich ſind die ſub XVIII, XXV, XXIX, XXX, XXXI, XXXII, XXXIII, XXXIV, XLI, und XLII aufgeführte Gläubiger, mittelſt Eides zu erhalten ſchuldig, daß ſie dem Cridario die liquidirten Summen entweder würklich in baarem Gelde vorgeliehen, oder doch die Waaren nicht in übertriebenem und wucherlichem Werthe, ſondern in currenten und billigen Preiſen überlaſſen und angeſchlagen haben.

Uebrigens werden nunmehro alle Gläubiger, welche ſich bey dem gegenwärtigen Concurſe nicht gemeldet, noch ihre Forderungen gbührend liquidirt haben, von demſelben hierdurch gänzlich präcludiret und abgewieſen; V. R. W.

Marburg im May 1787.

A) Allgemeine Zweifels und Endſcheidungsgründe.

A. Z. G.

Obwohlen liquidatiſcher Contradictor in den Gedanken ſtehet, daß

1) der Zinslauf bey ſolchen Gläubigern, welche keine Immiſſion in die Güter des gemeinen Schuldners erhalten, ſofort, bey erhobenem Concurſe, gänzlich ceſſire, in Betracht ſodann die Concursmaſſe ein gemeinſchaftliches Eigenthum der geſammten Gläubiger werde, der Cridarius auch, ſobald derſelbe ſeine Güter den Gläubigern cediret, von allem Verzuge und folglich auch den Zinſen liberiret werde; dem zu folge alſo auch den von Steiniſchen Gläubigern, nach eröfnetem gegenwärtigem Concurſe, die liquidirten

quidirten Zinſen keineswegs zugebilliget werden möchten, geſtalten dann auch ſolcher Grundſatz in dem von Hofferiſchen und von Sturmfederiſchen Concurſe würklich angenommen worden; dahingegen

2) die Rechte einem Glaubiger verſtatten, ſobald er den Verfall des Vermögens ſeines Schuldners in Erfahrung bringt, von ſelbigem ſeine Befriedigung zu ſuchen, und ſolchenfalls derſelbe zu Wiedererſtattung des Erhaltenen nicht angehalten werden mag, geſtalten Scævola in

L. 24. D. quæ in fraud. cred.

ſchreibt: ſi non extorſerim, non revocatur. Sed vigilavi, meliorem meam conditionem feci, jus civile vigilantibus ſcriptum eſt; ideo quoque non revocatur id, quod percepi.

Leyſer ſp. 496. m. 2. 3.

allenfalls ſothane Revocation nur bey ſolchen Gläubigern, welche erſt nach der bereits erkannten Edictalcitation ihre Befriedigung erhalten, Statt finden dürfte; hiernächſt

3) der geheime Hofrath und Kreiseinnehmer Tritzſchler in Stuttgard in den Gedanken ſtehet, daß er ſich wegen der ihm angeſchuldigten Adminiſtrationsmängel, vor der gegenwärtigen Kaiſerlichen Subdelegationscommiſſion, in Erwägung, daß er bloß von dem Herrn Cridario zu Verwaltung des Gutes Bechingen beſtellt worden, einzulaſſen nicht gehalten ſey; ſodann

4) daß dem gemeinen Herrn Schuldner die annoch in Händen habenden Mobilien, namentlich das Porcellanſervis u. ſ. f. in Erwägung, daß ſolche zu ſeinem ſtandesmäßigen Unterhalt gehörig ſeyen, dafür gehalten werden möchte; anbeneben

5) die Kaiſerliche Subdelegationskommiſſion durch das höchſte Reſcript vom 11. October 1784 ſelbſt angewieſen worden, wegen der allgemeinen Adminiſtration des Rittergu ts Bechingen, und des zu tentirenden Zahlungsplans mit den von Steiniſchen Agnaten in Unterhandlung zu treten, dem zu folge alſo und da bekannteſten Rechtens iſt, daß die zum Beſten der Concursmaſſe angewendeten Koſten vor allen übrigen erſtattet werden müſſen, daß den beyden Herren Agnaten die aufgewendeten Reiſe- und Zeh-

Zehrungskoſten mit Recht ausbezahlet, und ſelbige zu deren Reſtitution keinesweges angehalten werden mögen, es das Anſehen gewinnet; wohingegen

6) der Contradictor vorgewendet, wasmaaßen des Cridarii Haushälterin, die Kropfin, ein beträchtliches Vermögen von 18 bis 20000 fl. erworben, und daraus daß ſie ſolches auf unerlaubte Art, und zum Nachtheile der Concursmaſſe acquiriret habe, behauptet, und derowegen daß ſelbige den Gläubigern ihr Vermögen zu manifeſtiren ſchuldig ſey, angetragen, und dannenhero auf dieſes Geſuch erkannt werden dürfte; hiernächſt ad 8)

7) viele angeſehene Rechtslehrer die Rechtmäßigkeit des ſechsten Zinsthalers überhaupt vertheidigen,

Ludewigs gelehrte Anzeigen T. I. p.387.

H. Bodinus de uſuris licitis ultra quincunces.

J. G. von Meiern Gedanken von der Rechtmäßigkeit des ſechſten Zinsthathalers, §. 50. ſqq. p. 158. ſqq.|

geſtalten dann auch ſechs vom Hundert Zinſen zu nehmen, ſogar in vielen Ländern ausdrücklich verſtattet worden,

de Selchow elem. jur. Germ. §. 593. n. 6.

und ſolcher ſechſte Zinsthaler auch in gegenwärtigem Falle denen Gläubigern, welche ſich ſolchen ausbedungen, und würklich bezahlt erhalten haben, zuzuerkennen ſeyn möchte; endlich

8) ad 9) Contradictor anzuführen gewußt, wasmaaßen geſammte Gläubiger durch die in den Acten befindliche Edictalcitationen ad liquidandum & profitendum credita förmlich citiret worden, ſolcherley Edictalcitationen aber einen terminum peremtorium in der Maaße enthalten, daß deſſen fruchtloſe Verſtreichung die Ausſchließung des ganzen Klagerechts ipſo jure mit ſich führe,

Mevius P. I. d. 134. n. 8.

cum jura non ſubveniant negligentibus & contumacibus,

L. 16. D. de exc. rei iud.

eben dieſes auch gegen die Gläubiger Statt finde, welche zwar ihre Forderungen angegeben, aber nicht bewieſen, cum probatio ſit anima proceſſus, ſine qua inanis eſt actio,

Conſil. Tübing. T. 9. conſ. 47. n. 22.

und dannenhero daß es keines beſondern decreti præcluſivi desfalls bedürfe, ſondern die Gläubiger für ipſo jure ausgeſchloſſen zu halten, und von dieſem Concurſe auszuſchlieſſen ſeyen, dafür gehalten werden möchte;

Allgemeine Endſcheidungsgründe.

Dennoch aber und dieweil, was

1) den Zinslauf währenden Concurſes anbetrifft, die gemeinen Rechte allerdings mit ſich bringen, daß das den Gläubigern an den Gütern des gemeinen Schuldners zuſtehende Pfandrecht, ſowohl in Anſehung des Kapitals, als der Zinſen,

L. 18. D. qui pot. in pign.

ſo lange, bis ſie ihre völlige Befriedigung erhalten, verbleibe, und daher keinen Zweifel leidet, daß ſolches Recht auch nach erhobenem Concurſe fortdauren müſſe,

Leyſer ſp. 488. m. 1.

Pufendorf T. I. obſ. 215.

Balthaſar de claſſificat. creditorum in concurſu p. 107.

Mevius P. 7. d. 245. P. 8. d. 464.

hierwider auch nicht ſtreitet, daß in verſchiedenen Ländern die Landesgeſetze ein anderes verordnet, angeſehen dergleichen beſondere Landesgeſetze auf andere Provinzen, worin dergleichen nicht vorhanden, keinesweges angewendet werden mögen,

Hofmanns deutſche Reichspraxis T. II. §. 1263.

auch der Umſtand, daß bey einigen Concurſen auf dieſen Grundſatz erkannt werden, nicht in rechtliche Betrachtung kommt, da dergleichen res judicatæ nur unter den Partheyen ſelbſt ein Recht ausmachen,

L. 63. D. de ſent. & re jud.

und ſo gar ein wider den Erben gerichtetes rechtskräftiges Urthel nicht einmal dem Miterben entgegen ſtehet,

L. 22. D. de exc. rei iud.

dem zu folge alſo, daß die von Steiniſchen Gläubiger die Fortbezahlung ihrer Zinſen, auch während des gegenwärtigen Concurſes, zu fordern berechtigt ſeyen, nicht bezweifelt werden mag; dahingegen

2) actenkündig iſt, daß bereits im Jahr 1783. mehrere Gläubiger auf ihre Bezahlung gedrungen, und eben um deswillen Herr Cridarius ſein Gut, zum Beſten derſelben, in Privatadminiſtration gegeben, ſomit ſchon damals der Concurs exiſtiret,

L. 6. §. 7. D. quæ in fraud. cred.

ohnehin auch verſchiedene Gläubiger die Immiſſion in das Gut Bechingen erhalten, ſomit an der Exiſtenz des Concurſes nicht zu zweifeln ſtehet,

de *Wernher* T. I. P. 4. obſ. 146. p. 863.

de *Cramer* T. IV. obſ. 1199.

in ſolchem Falle aber das geſammte Vermögen des Cridarii den Gläubigern in der Maaße gemeinſchaftlich wird, daß derſelbe einem Gläubiger vor dem andern nicht gratificiren darf,

Leyſer ſp. 495. m. 10. 15.

A. L. Seip de odio debitorum, imminente concurſu & vindicta creditorum ſ. 3. 8. ſqq.

vielmehr den Gläubigern, welche durch eine ſolche Gratification gefährdet werden, die Paulianiſche Klage, zur Revocation der ausgezahlten Gelder, oder ſonſt veräußerten Sachen, zuſtehet, in dem vorliegenden Falle aber die Gefährde offenbar vor Augen lieget, da die in Frage befangene und im

General-Petito adj. N. 4.

verzeichnete Zahlungen an bloße Brief- oder Wechſelgläubiger, welche mit keinem Pfandrecht verſehen geweſen, geſchehen iſt, und folglich denen ihnen vorgehenden Pfand- oder immittirten Gläubigern dadurch ein unſtreitiges præjudicium zugefüget worden,

Mevius de arreſtis c. 19. n. 25. ſpp.

und daher an deren Befugniß, die an ſolche unprivilegirte Gläubiger gezahlte Gelder zur Concursmaſſe zu ziehen, nicht zu zweifeln ſtehet, nihil enim detrahendum eſt alicui ſuum tribuendo iuſtiori aliorum petitioni,

L. 31. §. 1. D. depoſ.

Mevius P. 3. d. 141.

in mehrerem Betrachte ſo gar den älteren Pfandgläubigern dieſe Klage gegen die jüngeren Creditores hypothecarios in den Rechten zugeſtanden wird,

L. 18. §. fin. L. 19. D. de jure fiſci.

L. 5. C. de priv. fiſci.

Balthaſar l. c. p. 121.

Hiernächſt

3) Die Natur der Sache ergiebet, daß im Fall die dem geheimen Hofrath Trißſchler angeſchuldigte Adminiſtrationsmängel und übrige Irregularitäten, erwieſen werden ſollten, ſelbiger ſowohl dem Cridario ſelbſt, als der Concursmaſſe um ein Beträchtliches verhaftet werden würde, und dann unbezweifelten Rechtens iſt, daß ein allgemeiner Concurs ein iudicium univerſale ſey, und alle die Concursmaſſe und deren Redintegration betreffende Klagen an ſich ziehe,

Carpzov in proc. t. 1. a. 6.

de *Wernher* T. II. P. 10. obſ. 297. p. 625.

Ludovici Einleitung in den Concursproceß c. 1. §. 10 ſqq.

hieraus alſo die Befugniß der Kaiſerlichen Subdelegationscommiſſion, die Unterſuchung und Entſcheidung dieſer Streitigkeit an ſich zu ziehen, ſowohl als die Verbindlichkeit des geheimen Hofraths Trißſchler, ſich bey derſelben darüber hauptſächlich einzulaſſen, ſich klar zu Tage leget, gleichwohl über die einzelnen demſelben zur Laſt gelegten Puncte noch zur Zeit, und da er ſich in die Hauptſache noch nicht förmlich eingelaſſen, noch mit ſeiner Verantwortung genugſam gehöret worden, nicht wohl definitive erkannt werden mögen; ſodann

4) gemeinen Rechtens iſt, daß ein Schuldner, welcher ſein Vermögen an die Gläubiger cedirt, ſelbiges ohne Ausnahme, es beſtehe in beweglichen oder unbeweglichen Sachen, abzutreten und auszuantworten ſchuldig iſt, in ſofern ihm nicht einige Stücke derſelben von ſeinen Gläubigern überlaſſen werden ſollten; angeſehen die Gläubiger demſelben ein mehreres nicht, als die täglichen Kleider zu laſſen ſchuldig ſind,

P. Peckius de jure ſiſtendi c. 45. n. 19.

Struvii ſynt. iur. civ. ex. 44. §. 30. p. m. 234.

in gegenwärtigem Falle auch noch in beſondere Betrachtung kommt, daß der Herr Cridarius ſich bloß ſeine Generalsgage vorbehalten, und alſo daß er alle übrige Sachen den Gläubigern auszuantworten ſchuldig ſey, nicht zu zweifeln ſtehet; anbeneben

5) der Augenſchein ergiebet, daß die Herren Agnaten wegen des nexus fideicommiſſarii, womit das Rittergut Bechingen behaftet, und in der Abſicht, um ſelbige zur Einwilligung in die Aufnahme eines größeren Kapitals auf das Gut, und ſolchergeſtalt zu bewürkende Facilitirung der Zahlung des Cridarii, von der Kaiſerlichen Commiſſion, zu Rathe gezogen worden, gleichwohlen die Protocolle beſagen, daß ſelbige alle ihnen deßfalls gethane Vorſchläge ſchlechterdings von der Hand gewieſen, mithin ihre Reiſe und Zehrung der Concursmaſſe ſo wenig vortheilhaft geweſen, daß ſelbiger vielmehr dadurch noch mehrere Koſten zugewachſen, anbeneben auch ſothane Reiſe bloß zum Vortheile der fideicommiſſariſchen Gerechtſame der Herrn Agnaten gereichet, und dannenhero die darauf verwendete Koſten unſtreitig den Agnaten allein zur Laſt fallen, und von der Concursmaſſe allerdings zurück gefordert werden mögen,

Mevius P. 3. d. 353.

Leyſer ſp. 485. m. 4. ſq.

wohingegen

6) das Angeben, daß die Haushälterin des Cridarii ein ſolches beträchtliches Vermögen beſitze, einestheils mit nichts erwieſen, anderntheils aber und falls es auch zu erweiſen ſtünde, daraus keine Vermuthung, daß ſie es auf unrechte Art acquiriret habe, zu folgern ſtehet, da der bloſſe Anwachs des Vermögens, wenn gleich die Urſachen deſſelben unbekannt ſind, an und für ſich keinen rechtlichen Verdacht, daß ſolches unrechtmäßig erworben ſey, zu begründen vermag,

L. 10. C. arbitr. tut.

Leyſer ſp. 570. m. 34.

ſomit der Contradictor, falls er auf dieſer Forderung beſtehen ſollte, allerdings, daß die Kropſin ſolches Vermögen durch Vervortheilung des Cridarii, und unerlaubte Verminderung der Concursmaſſe an ſich gebracht habe, zu erweiſen verbunden iſt; ferner ad 8)

7) vermöge der Reichsgeſetze die Zinſen auf fünf vom Hundert in der Maaße reſtringiret worden, daß ſolche ſchlechterdings, und unter keinerley Vorwand, überſchritten werden ſollen,

R. P. O. 1548. t. 17. §. 8.

R. P. O. 1577. t. 17. §. 9.

Rec. dep. 1600. §. 139.

R. I. N. §. 174.

dem zufolge auch bey den höhern Reichsgerichten den Gläubigern ein mehreres nicht zuerkannt wird,

de Ludolph ius Cam. ſ. 1. §. 10. p. 132.

Lauterbach colleg. Pand. tit. de uſur. §. 24.

hiernächſt die Rechte ſchlechterdings verbieten, durch Verträge gröſſerere Zinſen zu verſprechen, als in den Geſetzen verſtattet werden,

L. 29. L. 44. D. de uſur.

L. 26. §. 1. C. eod.

Carpzov P. 2. C. 15. d. 1. & 4.

dasjenige aber, was in einigen Ländern durch Landesgeſetze verordnet worden, auf andere Länder nicht angewendet werden mag,

von Cramers Wetzlar. Nebenſt. P. 76. p. 20. ſq.

Reſponſ. & ſentent. Erford. T. I. n. 155. p. 360. ſqq.

und dannenhero daß die Gläubiger, welche ein mehreres, als fünf vom Hundert empfangen, zu deſſen Erſtattung angehalten, oder ihnen ſolches am Hauptſtuhle gekürzt werden könne, nicht gezweifelt werden mag; endlich 8)

8) ad 9) nach der billigern Meinung der mehreſten Rechtsgelehrten zu Ausſchlieſſung eines Gläubigers vom Concurſe ein rechtskräftiges Prioritätsurthel und Präcluſivdecret erfordert wird,

Mevii levamen inopiæ debitorum c. 3. n. 132. ſqq.

Ayrer de pœna præcluſionis in concurſu credit. m. 4. 5. p. 57. ſqq.

Balthaſar l. c. p. 118.

maaßen ſo gar aus rechtsgegründeten Urſachen, wenn bereits ein rechtskräftiges Präcluſivdecret vorhanden iſt, den ausgebliebenen Gläubigern gegen ſolche, welche ihre Bezahlung noch nicht erhalten, die Herſtellung in den vorigen Stand ertheilt wird,

Leyſer ſp. 490. m. 2.

dem zu folge die gegenſeitige Meinung des liquidantiſchen Contradictoris, in Anſehung dieſes Puncts nicht zu billigen ſtehet.

B) Beſondere Zweifels- und Endſcheidungsgründe:

E. G.

Obwohlen hiernächſt

I) in Anſehung der Concurskoſten viele angeſehene Rechtslehrer der Meinung ſind, daß ſelbige denen Gläubigern, welche ihre Befriedigung aus dem Concurſe erhalten, nach Verhältniß ihrer Forderungen, abzuziehen,

Martini in proc. t. 42. §. 2. n. 13.

Ludovici Einl. in den Concursproc. c. 10. §. 9.

Eſtor von Abfaſſung der Urthel p. 568. ſqq.

II.) das von dem Wipplinger liquidirte Liedlohn betreffend, einestheils derſelbe den Ertrag der jährlichen 90 fl. für ſich und ſein Eheweib mit nichts beſcheiniget, anderntheils aber daß ſothane Summe mit unter dem, mit dem Gemeinſchuldner getroffenen

faſc. 37. (3) Beyl. O.

befindlichen Vergleiche begriffen ſey, und folglich Liquidant mit dieſer Forderung gänzlich abzuweiſen ſeyn dürfte;

ad

ad III.) Contradictor dem Liquidanten Chriſtoph Sigismund von Herwarth die exceptionem legitimationis ad cauſam entgegen geſetzet, angeſehen aus der

faſcic. act. 30.

beygebrachten Schuld- und Pfandverſchreibung erhelle, daß ſolche auf den Oberpfleger von Ammon in Augſpurg geſtellet worden, und daraus, wie ſelbige auf Liquidanten gekommen ſey, nicht abzunehmen ſtehe;

ad IV.) Contradictor der Meinung iſt, daß liquidantiſchem Hoffactor Emanuel Levi zu Hechingen die Schutzrede einer vermutheten Zahlung entgegen ſtehe, in Betracht derſelbe wegen der im Jahr 1784 bereits zahlbar geweſenen Poſten 1120 und 1080 fl. nicht geklagt habe, deſſen mora in exigendo commiſſa auch eine novationem in ſich enthalte, und daher Liquidant aus der vorbemeldeten Schuld- und Pfandverſchreibung keinesweges mehr klagen könne; demnächſt

ad VI.) Contradictor in den Gedanken ſtehet, daß liquidantiſche Obriſtin von Hörger, den von dem geheimen Hofrath Tritzſchler derſelben gekürzten fünften Zinsthaler nachzufordern nicht befugt ſey, weilen ſolcher Abzug von den mehreſten Gläubigern in Erwägung der Unzulänglichkeit der Maſſe bewilliget worden;

ad VIII.) Contradictor in Anſehung der liquidirten 15000 fl. nur 9088 fl., welche an die Kaiſerliche Subdelegationscommiſſion, und 1000 fl., welche der Gemeinſchuldner erhalten, anerkennet, hingegen ſoviel die auf die Meriſſche Schuldverſchreibung bezahlte 3000 fl. und 1912 fl. rückſtändige Zinſen anbetrifft, derſelbe vorgewendet, daß es deßfalls an allem Beweiſe gänzlich ermangele, und daher Liquidant annoch zu beſcheinigen habe, daß er ſolche würklich bezahlt, und von den von Meriſſchen Erben gegen den Cridarium jura ceſſa erhalten habe;

ad XVI.) einestheils Liquidant der Meinung iſt, daß er das Kapital von 300 fl. iure ſeparationis prætoriæ zu fordern befugt ſey, weilen ſolches dem verſtorbenen Bruder des Cridarii vorgeliehen worden, und alſo den Gläubigern des Gemeinſchuldners allerdings vorgehen müſſe, anderntheils aber der liquidantiſche Contradictor in den Gedanken ſtehet, daß ſogar die dem Liquidanten conſtituirte Hypothek mit dem Tode des Alexander Freyherrns von Stein erloſchen ſey, in Betracht der jetzige Cridarius ſeinem Bruder bloß ex pacto & providentia majorum ſuccedirt ſey; hiernächſt

ad

ad XVII.) der vom Cridario an den Hofrath Schikart zu Tübingen ausgeſtellte faſc. act. 40.
befindliche Schuldſchein die Richtigkeit des liquidirten Kapitals von 1000 fl. gänzlich auſſer Zweifel zu ſetzen ſcheinet.

ad XXIII.) viele angeſehene Rechtsgelehrte der Meinung ſind, daß ein Beſitzer eines Fauſtpfandes, bey entſtandenem Concurſe, verbunden ſey, ſein Pfand zur Concursmaſſe abzuliefern, in Betracht durch den Concurs das geſammte Vermögen des gemeinſchaftlichen Schuldners den geſammten Gläubigern zufalle, und daher ein jeder abwarten müſſe, in wie weit er nach erfolgtem Prioritätsurthel ſeine Befriedigung erhalte, ſodann

ad XXIV.) einestheils Contradictor angeführet, daß der gemeine Schuldner zur Zeit der den 23. März 1782 ausgeſtellten Schuldverſchreibung kein Recht über ſein Vermögen zu diſponiren mehr gehabt habe, und dannenhero die ganze Pfandverſchreibung für null und nichtig zu halten ſey, anderntheils aber Liquidant in den Gedanken ſtehet, daß ſeiner Obligation die Kraft eines öffentlichen Pfandrechts anklebe, in Erwägung daß der gemeine Schuldner nicht nur die Confirmation des ritterſchaftlichen Orts-Directorii, ſondern auch die Beybringung des agnatiſchen Conſenſes verſprochen habe;

ad XXV.) Liquidantin in den Gedanken ſtehet, daß ſie zur Edition der Aſſignationen und ältern Rechnungen oder Scheine, worauf ſich die Generalabrechnung beziehet, mit Beſtande Rechtens nicht angehalten werden möge, in Betracht dieſe Einrede des Contradictoris offenbar auf eine Schutzrede des nicht gezahlten Geldes hinaus laufe, dieſe aber binnen zwey Jahren präſcribiret werde; ohnehin es auch für Liquidantin unmöglich ſey, ſolche herbey zu bringen, da alle bey der Abrechnung gebrauchte Papiere dem Herrn Cridario zurückgegeben worden, und Liquidantin davon gar nichts mehr in Händen habe; hiernächſt die

ad XVIII, XXV, XXIX, XXX, XXXI, XXXII, XXXIII, XXXIV, XLI und XLII. aufgeführte Gläubiger anbetreffend, deren Wechſel- und Schuldverſchreibungen gröſtentheils auf baares Geld geſtellet ſind, und es daher, da alle Urkunden, im zweifelhaften Falle, für richtig angeſehen werden müſſen, eine eidliche Er-

haltung des Umſtandes, daß der Cridarius entweder baares Geld empfangen, oder demſelben wenigſtens die erhaltene Waaren in billigen Preiſen zugeſchlagen worden, für unnöthig gehalten werden dürfte; ferner

ad XLIV.) der Regel nach der patronus eccleſiæ nur in dem Falle, wenn derſelbe an den Einkünften der Kirche Antheil hat, zu den Bau- und Reparationskoſten zu concurriren ſchuldig gehalten wird,

P. Peckius de reparandis eccleſ. c. 14.

Carpzov in iurisprud. eccleſ. lib. 2. d. 336. n. 9.

Bœhmer in iure parochiali ſ. 7. c. 3. §. 5.

im entgegengeſetzten Falle aber, wenn die Kirche nicht mit einem eignen zureichenden Einkommen oder Brautſchatz verſehen iſt, die Bau- und Reparationskoſten von den Eingepfarrten allein getragen und durch eine unter ſich zu machende Collecte aufgebracht werden müſſen,

de Lynker P. 3. d. 1122.

Bœhmer l. c. §. 7.

Reinharth obſ. ad Chriſtin. Vol. II. obſ. 5.

de Pufendorf T. I. obſ. 165. 229. T. III. obſ. 184.

dem zu folge alſo, daß die zum Kirchthurmsbau zu Bechingen entlehnte 800 fl. nebſt den davon liquidirten Zinſen, der Gemeinde ſelbſt zur Laſt fallen, und folglich aus der gegenwärtigen Concursmaſſe nicht zurück gefordert werden könnten, dafür gehalten werden dürfte; ſodann

ad XLV.) Cridarius die von der Liquidantin, als ſeiner Haushälterin,

faſc. act. 44.

beygebrachte Schuld- und Wechſelſcheine, implicite als richtig anerkannt, und daher eine weitere Beſcheinigung darüber als unnöthig angeſehen werden möchte; gleichergeſtalt

ad XLVI.) der Verwalter Bullinger

faſc. act. 33.

atteſtiret, daß die in der Auction verſteigerten Schafe das Eigenthum der Kinder der Liquidantin

quidantin geweſen, auch dieſe als Mutter den Nutzen davon gezogen, und ſelbige als ihr Eigenthum betrachtet, dem zu folge alſo ein fernerer Beweis dieſerhalb unnöthig seyn möchte, weiter

ad XLVII.) Liquidant Wepplinger vorgewendet, welchergeſtalt er zu dem

faſc. act. 37.

beygebrachten Vergleiche durch unerlaubte Gewalt, und offenbare Concuſſion, gezwungen ſeye, ohnehin auch derſelbe dadurch auf das enormſte lädiret worden, und daher nicht zu zweifeln ſeye, daß ihm gegen denſelben die Herſtellung in den vorigen Stand angedeihen müſſe; endlich

ad XLXIX.) liquidantiſcher Forſtrenovator Kornbeck vorgewendet, wasmaaßen die in Händen habende Koſtbarkeiten des Cridarii nicht mehr wehrt ſeyen, als er demſelben darauf vorgeliehen, ohnehin auch der Gemeinſchuldner ihm ſolche an Zahlungsſtatt eigenthümlich überlaſſen habe, nicht zu gedenken, daß ihm als Würtembergiſchen Unterthanen, wegen des dieſem Herzoglichen Hauſe verliehenen privilegii de non evocando, nicht zugemuthet werden möge, ſich vor einem auswärtigen Gerichte einzulaſſen, und es dannenhero, daß überhaupt anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, das Anſehen gewinnen mögte;

E. G.

Dennoch aber und dieweil die gemeinen Rechte, daß die Concurskoſten das corpus maſſæ ſelbſt vermindern, ausdrücklich mit ſich führen, und daher daß ſolche denen Gläubigern, welche ihre Befriedigung erhalten, nicht abzuziehen, ſich von ſelbſt verſtehet, die gegenſeitige Meinung aber ſich bloß auf die ſächſiſchen Rechte, und einige, denſelben folgende Landesordnungen gründet,

L. 8. D. depoſ.

Leyſer ſp. 485. m. 45.

de Pufendorf T. IV. obſ. 249.

II.) das von dem Wepplinger liquidirte Liedlohn betreffend, Contradictor überhaupt, daß die Summe von 90 fl. für ein Jahr zu unmäßig ſey, nicht behauptet, ſondern vielmehr ſolche implicite zugegeben, und nur wasmaaßen ſolche bereits bezahlet

worden angegeben; ſodann der mit dem Cridario den 21. Merz geſchloſſene Vergleich bloß die Antretung der Alexander von Steiniſchen Erbſchaft ſowohl, als die von Liquidanten geforderten Kapitalien betroffen, des Liedlohns aber darin gar nicht erwähnet worden, und dann alle Vergleiche überhaupt, wenn ſelbige auch in noch ſo allgemeinen Ausdrücken geſchloſſen worden, ſtrictæ interpretationis ſind,

Mevius P. 6. d. 149.

Pütters Rechtsfälle T. I. d. 65.

Deciſ. Tribun. Caſſell. T. II. d. 311.

ſomit, falls der Contradictor die gänzliche oder abſchlägliche Bezahlung dieſes Poſtens nicht erweiſen ſollte, derſelbe für liquid allerdings anzuſehen, deſſen Priorität aber anbelangend, vermöge des allgemeinen, in der natürlichen Billigkeit gegründeten Gerichtsgebrauches, Liedlöhner durchgängig in der erſten Klaſſe angeſezet zu werden pflegen,

Lauterbach colleg. Pand. tit. de privil. cred. §. 30.

Coccei ius controv. eod. tit. q. 4.

de Wernher T. I. P. I. obſ. 100.

de Pufendorf T. I. obſ. 104. 205.

dagegen auch nicht ſtreitet, daß dieſer Poſten aus der Nachlaſſenſchaft des Alexander von Stein gefordert worden, da der Cridarius ſeines Bruders Erbe geworden, und beyde Maſſen in der Maaße durcheinander geworfen ſind, daß beynahe keine Abſonderung mehr möglich iſt; hiernächſt

ad III.) aus den

faſc. act. 30.

beygebrachten Urkunden erhellet, daß der Oberpfleger von Ammon dieſe Forderung an den von Sulzer verkauft, und durch deſſen nun mit Liquidanten verheyrathete Wittwe das Eigenthum derſelben auf dieſe transferiret worden, ſolches auch durch das

dict. faſc. N. 4.

beygebrachte obrigkeitliche Atteſtat auſſer Zweifel geſezet iſt, und ſich alſo bey der in Augſpurg hergebrachten allgemeinen ehelichen Gemeinſchaft der Güter die legitimation

des

des Liquidanten von ſelbſt ergiebet, auch die Priorität dieſes Poſtens, da ſelbiger mit der älteſten öffentlichen Hypothek verſehen iſt, nicht zu bezweifeln ſtehet;

ad IV.) Contradictor die Richtigkeit der Forderung des Emanuel Levi ſelbſt, ſowohl als ihre prioritätiſche Vorzüge abzuleugnen nicht vermocht, der dagegen gemachte Einwurf aber ſich dadurch von ſelbſt erlediget, da ſich Liquidant wegen derſelben bey der Adminiſtration gemeldet, aber bey der Actenkündigen Beſchaffenheit des Vermögens des diſcuſſi zu ſeiner Bezahlung nicht gelangen mögen, daraus alſo eine novatio tacita um ſo weniger zu folgern ſtehet, da zu dieſer ſolche facta erfordert werden, welche den animum novandi unwiderleglich erweiſen,

Mevius P. 5. d. 404.

Brunnemann cent. 3. d. 53.

Crell de animo novandi factis expreſſo, in Vol. diſſert. p. 707. ſqq.

hieran aber es in vorliegendem Falle gänzlich ermangelt;

ad V.) aus dem

faſc. act. 31. N. 6.

beygebrachten Atteſtat des geheimen Hofrath Tritzſchler ſich ergiebet, daß Liquidantin in die Abkürzung des fünften Zinsthalers ſchlechterdings nicht eingewilliget; hiernächſt die Innbehaltung des Zinsthalers qu. nicht gerichtlich, ſondern via facti des damaligen Adminiſtratoris Tritzſchler, geſchehen iſt, ein pactum remiſſorium aber, wenn ſolches die diſſentirenden Gläubiger verbinden ſoll, gerichtlich eingegangen werden muß,

Titius in iure privato l. 10. c. 8. §. 17.

J. H. Bœhmer de pacto remiſſorio moto concurſu §. 12. T. V. exerc. ad Pand. p. 616. ſq.

Tritzſchler ſolches auch bereits ſelbſt eingeſehen, und der Liquidantin die Nachbezahlung verſichert, welchem zu Folge alſo die Liquidität dieſes Theils ihrer Forderung nicht zu bezweifeln ſtehet; dahingegen die ſpecificirte Agenten- und Reiſekoſten, da ſelbige zur Zeit nur auf der Liquidantin einſeitigen Angabe beruhen, allerdings noch einer näheren Beſcheinigung bedürfen;

ad VII.) ſoviel die vom Burgermeiſter von Beck zu Ravensburg liquidirte 15000 fl. anbetrifft, da Contradictor daran 9088 fl. und 1000 fl. eingeſtanden, es noch lediglich auf die an die von Meriſiſchen Erben bezahlte 3000 fl. Kapitalſchuld und 1912 fl. Zinſen ankommt, in Anſehung derer aber aus dem

faſc. act. 2. N. 6.

beygebrachten Schein des Burgermeiſter Franz Conrad von Lenz zu Ueberlingen erhellet, daß Liquidant das Kapital nebſt Zinſen von $12\frac{1}{2}$ Jahren an ſelbigen würklich bezahlet, auch ſogar

N. 11 dict. faſc. act. 2.

die Sortenzettel beygebracht, und demſelben dagegen die ganze Forderung der von Meriſiſchen Erben mit allen derſelben anklebenden Gerechtſamen, abgetreten worden, mithin die Liquidität dieſes Poſtens dadurch auſſer Zweifel geſetzet worden; wo hingegen die Frage: wie nur gedachter Burgermeiſter von Lenz ſothane Forderung zu erheben und auf Liquidanten zu cediren berechtiget geweſen, maaßen die in dem nur gedachten

cit. N. 6.

befindlichen Ceſſionsſcheine und Quittung von demſelben gethane Aeuſſerung, wasmaaßen nach des Oberamtmann von Meris Ableben die Obligation vom 15. May 1767 an den Cedenten kundbarlich erwachſen, aus den Acten nicht erhellet, und daher einer fernerweite Beſcheinigung allerdings bedarf.

ad XVI.) einestheils das beneficium ſeparationis prætoriæ vorausſetzet, daß noch res integra vorhanden iſt, und beyde Erbſchaften noch abgeſondert werden können,

L. 1. §. 12. D. de ſeparat.

dieſes aber in gegenwärtigem Falle gänzlich wegfällt, anderntheils aber der Cridarius unſtreitig auch ſeines Bruders Allodialerbe geworden, und folglich deſſen facta zu präſtiren ſchuldig, ſomit, daß die verpfändeten Bechingiſchen Güter und Einkünfte mit dem onere hypothecæ auf den Gemeinſchuldner übergegangen ſind, nicht zu zweifeln ſtehet; hiernächſt

ad XVII.) liquidantiſcher Hofrath Schickart ſelbſt nicht in Abrede ſtellet, daß ſeine Forderung aus Zinsvorſchüſſen an die Hoffactorin Kaula zu Hechingen, welche Liquidant angeblich für den Gemeinſchuldner gethan, herrühre, gleichwohl aus der

faſc.

faſc. act. 32. N. 2.

befindlichen Abrechnung vom 10. November 1773 ſich ergiebet, daß die ganze Summe an Kapital und Zinſen auf 5000 fl. geſezet, und darüber der Hoffactorin eine Generalverſchreibung ausgeſtellet worden, folglich kaum zu begreiffen ſtehet, wie Liquidant noch an demſelben Tage einen Vorſchuß von 1000 fl. an die Creditricin gethan haben könne, ohne daß dieſes in der Hauptverſchreibung auf 5000 fl. bemerket ſeyn ſollte, dieſer Umſtand alſo in Verbindung mit andern in den Acten vorkommenden Gründen macht, daß Liquidant ſeine Einrede, daß die Schuldverſchreibung aus einem Vorſchuſſe für ältere Zinſenrückſtände, worüber kein Vergleich geſchloſſen, noch Abrechnung getroffen worden, mittelſt Eides beſtärke, erfordert;

ad XXII.) wenn gleich durch den entſtandenen Concurs, unter den Gläubigern eine gewiſſe Gemeinſchaft der Güter begründet wird, dennoch dadurch niemanden ſein Recht und Beſizſtand wider ſeinen Willen entzogen werden mag, welchem zu Folge alſo nur denjenigen Gläubigern, denen ein vorzüglicheres Recht, als dem Beſizer des Fauſtpfandes zukommt, ein Recht, ſolche Pfänder zur Concursmaſſe zu ziehen, nachgelaſſen werden mag,

de Pufendorf T. III. obſ. 60.

dem zu Folge alſo, im Fall Liquidant zu Ablieferung der in Händen habenden Schuldverſchreibung angehalten werden ſoll, derſelbe entweder ſeine völlige Befriedigung, oder daß vorzüglichere Gläubiger ſolche von ihm zurückfordern, billig erwarten mag; ſodann

ad XXIII.) wenn gleich aus den nachher erwachſenen Acten erſichtlich iſt, daß der Cridarius ſchon im Jahr 1782 materialiter zum Concurs reif geweſen, dennoch derſelbe ſeine Umſtände ſo künſtlich zu verſtecken gewußt, daß im beſagten Jahre noch niemand auf die Bezahlung ſeiner Forderung angedrungen, wenigſtens ſolches noch nicht von mehreren Gläubigern zu gleicher Zeit geſchehen iſt, und daher demſelben zu der Zeit die Befugniß, ſich andern auf eine rechtsgültige Art zu verbinden, nicht zu bezweifeln ſtehet; auf der andern Seite aber derſelbe ſo wenig den agnatiſchen Conſens, als die Beſtätigung des Reichsritterſchaftlichen Orts-Directorii zu verſchaffen gewußt, und daher, daß des Liquidanten Pfandverſchreibung ſich zu einem bloſſen Privatpfande qualificire, ſich klar zu Tage leget;

ad XXIV.)

ad XXIV.) die Generalberechnung der Hoffactorin Kaula mit dem Cridario ſich überall auf ältere Abrechnungen, Schuldanweiſungen u. ſ. f. beziehet, und dann unbezweifelten Rechtens iſt, daß ſogar öffentliche Documente, welche ſich auf andere Urkunden beziehen, nichts beweiſen, wenn nicht das Documentum relatum zugleich produciret worden,

Nov. 119. c. 3.

Bergeri elect. proc. exec. §. 6.

Leyſer ſp. 164. m. 6. 7.

wannenhero die Anwendung dieſes allgemeinen Satzes auf den gegenwärtigen Fall um ſo wenigern Zweifel finden mag, da der Cridarius, wasmaaßen ihm die älteren, durch die Generalabrechnungen abgethanen Rechnungen, Aſſignationen u. ſ. f. abgeliefert, oder ſolche caſſirt worden, gänzlich ins leugnen geſtellet, und daher die Weigerung der Liquidantin, ſolche heraus zu geben, allerdings einen Verdacht eines von derſelben zu Schulden gebrachten unerlaubten Wuchers erwecken muß, ohnehin auch nach der billigern Lehre der Rechtsgelehrten, die Schutzrede des nicht gezahlten Geldes, nach Ablauf der 2 Jahre, nur aufhört, privilegirt zu ſeyn, und daher der Schuldner den Beweis der nicht geſchehenen Zahlung übernehmen muß, und ſich ſolche daher mehr zur exceptione doli ſpeciali qualificiret,

L. 6. C. de compenſ.

welche mit 2 Jahren keinesweges präſcribiret wird,

de Wernher T. I. P. I. obſ. 6.

Voetius in comm. ad Pand. tit. de reb. cred. §. 33.

de Pufendorf T. I. obſ. 64. §. 3.

Endres de litterar. oblig. §. 33.

Deciſ. Tribun. Caſſellani. T. I. d. 88.

hiernächſt die

ad XVIII, XXV, XXIX, XXX, XXXI, XXXII, XXXIII, XXXIV, XLI und XLII, aufgeführte Poſten anbelangend, die Liquidanten ſelbſt nicht in Abrede zu ſtellen gewußt, daß, ſtatt der auf baares Geld geſtellten Valutæ, ſelbige ihre Credita

dita ganz, oder gröſtentheils in Waaren an den Cridarium gegeben, wannenhero und da daraus eine nicht unwahrſcheinliche Vermuthung, daß Liquidanten ſich dabey eines übermäßigen Wuchers, durch Anſetzung der Waaren in unmäßigen Preißen ſchuldig gemacht haben, ſich hervorthut, und daher ſelbige ſich der Ableiſtung des vom Contradictore ihnen darüber zugeſchobenen Eides nicht entziehen mögen; ferner

ad XLIV.) in Beſtimmung der Frage: wer für die zu Erbauung und Reparation der Kirchen erforderliche Koſten zu ſtehen ſchuldig ſey? alles auf die beſondern Verträge eines jeden Orts ankommt, und darauf allein Rükſicht genommen werden muß,

de Pufendorf T. IV. obſ. 251.

und dann in vorliegendem Falle die Gemeinde behauptet, daß ihre Gutsherrſchaft vor die fabricam eccleſiæ ſelbſt zu ſtehen ſchuldig ſey, die Richtigkeit dieſer Angabe auch ſich aus dem

faſc. act. 36.

angeführten Vergleiche von 1774 §. 5., Inhalts deſſen ſich beyde Brüder zur Entſchädigung der Gemeinde anheiſchig gemacht, ſowohl als daß ſelbige auch ſeit dem Jahre 1774, die Zinſen dieſes von der Gemeinde aufgenommenen Kapitals abgetragen, klar ergiebet, und folglich das Recht der Gemeinde, dieſe Summe aus dem gegenwärtigen Concurſe zurück zu fordern, ſich nicht bezweifeln läßt; ſodann

ad XLV.) die beſondere Lage, in welcher Liquidantin mit dem Gemeinſchuldner geſtanden, allerdings eine præſumtionem facti erwecket, daß die von derſelben beygebrachte Schuldverſchreibungen ſimulirt ſind, und ſich auf Schenkungen gründen, wannenhero die Natur der Sache erfordert, daß Liquidantin dieſen wider ſie militirenden Verdacht durch einen Eid ablehne; ferner

ad XLVI.) des Verwalters Bullingers unbeſchwornes Zeugniß über das Eigenthum der Schafe gar keine Beweiskraft mit ſich führet, und ſolchergeſtalt Liquidantin dieſerhalb nothwendig beſſere Beſcheinigung beyzubringen ſchuldig iſt, bey dieſer aber es allerdings darauf ankommt, daß die angebliche Schenkung vor Ausbrechung des Concurſes, mithin vor dem Jahr 1783 geſchehen ſey, angeſehen ſelbige, falls ſie nachher erfolget, für null und nichtig anzuſehen ſeyn würde,

L. 1. D. quæ in fraud. cred.

L. fin. C. de præt. pign.

im Fall aber Liquidantin dieſen Beweis zu führen im Stande ſeyn ſollte, ſich, daß ſodann ihre Kinder die Schafe qu. als ihr Eigenthum iure ſeparationis zu vindiciren berechtiget geweſen, von ſelbſt verſtehet; gleichwohl:n ihre Verbindlichkeit, ſolchenfalls der Maſſe die Futterungskoſten zu erſetzen, nicht zu bezweifeln ſtehet; weiter

ad XLVII.) Liquidant die angebliche Gewaltthätigkeit mit nichts beſcheiniget, ohnehin auch Actenkündigermaaßen, nach geſchloſſenem Vergleiche die ihm darin ausgeſetzte Summen, ohne Proteſtation angenommen, mithin metus, wenn er auch zu beweiſen ſtünde, offenbar purgiret worden,

L. 23. pr. D. quod metus cauſ.

L. 2. L. 4. C. eod.

L. 60. D. de reg. iur.

nächſtdem Vergleiche ex capite læſionis der Regel nach nicht aufgehoben werden können,

L. 78. §. fin. D. ad. SC. Trebell.

Voetius tit. de transact. §. 24.

Vinnius in ſel. iur. quæſt. lib. I. c. 57.

Becmannorum conſ. & reſp. T. II. p. 149.

wenigſtens ſelbſt diejenigen Rechtslehrer, welche der gegenſeitigen Meinung ſind, einen ſtrengen Beweis der Läſion fordern, dieſen aber Liquidant ſo wenig beygebracht, daß er vielmehr bey ſeinen äuſſerſt ſchlüpfrigen Forderungen Urſache hat, zufrieden zu ſeyn, daß man ihm noch einige hundert Gulden vergleichsweiſe zugewendet, ohne ihn wegen ſeines ehemaligen äuſſerſt verdächtigen Betragens in rechtliche Unterſuchung zu ziehen; endlich

ad XLIX.) unſtreitig geſammte Gläubiger das Recht haben, den Wehrt der Pretioſen, welche Liquidant von dem Cridario verſatzweiſe erhalten, genau zu wiſſen, um auch in Anſehung ihrer Forderungen, im Fall ſothane Koſtbarkeiten mehr, als Liquidantens Anſprüche, wehrt ſeyn ſollten, daraus befriediget zu werden; die Angabe deſſelben aber, daß der Gemeinſchuldner ihm dieſe Sachen an Zahlungsſtatt eigenthümlich

übertragen

übertragen habe, auf ſeiner einſeitigen unbeſcheinigten und widerſprochenen Angabe beruhet, und alſo deſſen Verbindlichkeit, ſich dieſerhalb bey dem gegenwärtigen iudicio concurſus univerſali einzulaſſen, nicht zu verkennen ſtehet, dagegen auch demſelben die vorgeſchützten Würtembergiſchen privilegia de non evocando nicht zu Statten kommen mögen, da es bekannt iſt, daß dergleichen Privilegia heutiges Tages, nach der jetzigen allgemeinen Reichsjuſtizverfaſſung, ohne einigen Nutzen ſind, weil ſie nichts weiter enthalten, als was allen Ständen, Gliedern und Unterthanen des Reichs gemein iſt,

Moſer von der T. Juſtizverfaſſung T. I. p. 158. ſqq.

Als iſt, geſchehener maaßen, allenthalben von Uns billig erkannt worden. A. V. R. W.

VI.

Gutachten

über das Gronefeldiſche Familienfideicommiß.

Als uns nachſtehende Geſchichtserzählung nebſt angehängten Rechtsfragen zugeſendet, und darüber unſer in den Rechten gegründetes Gutachten begehret worden; demnach erachten wir, nach fleißiger derſelben Verleſung, und collegialiſch gepflogener Berathſchlagung, für Recht:

Hat weiland Georg Rudolph Gronefeld eine letzte Willensmeynung dahin errichtet, daß ſein älteſter Sohn Anton Rudolph, Amtmann zu Peina, die Güter unzertrennt behalten, jedoch ſeinen Brüdern Gert Henrich und Vit Georg, ihren, für jeden ohngefähr auf 2000 Rthlr. beſtimmten Pflichttheil davon herausgeben ſollte;

Vit Georg hat laut Adj. A. den 24 Merz 1719 ſeinen Pflichttheil ſeinem älteren Bruder unter der Bedingung geſchenket, daß dieſer dagegen die Koſten zur Acquirirung eines Beneficii für denſelben herſchieſſen ſollte, mit dem Zuſatz:

daß

daß der ältere Bruder den Reſt der quotæ filialis, zu ſeinem Nutzen, wie auch die folgenden poſſeſſores bonorum, titulo fideicommiſſi, zu ſich nehmen und reſpective behalten ſolle;

auch ſothane Schenkung, nachdem er inzwiſchen zwey Beneficia erhalten, wozu der ältere Bruder die Koſten hergeſchoſſen, Adj. B. den 12 Merz 1727 pure beſtätiget;

Iſt auch, beſage des unterm 5. Merz 1749 ausgeſtellten Scheines Adj. C. des Anton Rudolph Gronefelds, der als Canonicus und Scholaſticus zu Fritzlar geſtandene Gerr Henrich Gronefeld, verſtorben, und hat in Anſehung der von ſeinem Kindestheil annoch rückſtändig geweſenen 1000 Rthlr. mittelſt Teſtaments verordnet, daß ſolche dem Beſitzer der Familiengüter ebenfalls verbleiben ſollten.

Hat vorbemeldeter Anton Rudolph im Jahr 1749 die Ottbergiſchen Güter an ſeinen älteſten Sohn Otto Gerhard Henrich Gronefeld abgetreten; und dieſer wiederum ſeinem älteſten Sohne Anton Georg Rudolph Joſeph, mittelſt ſeines den 29. September 1774. Adj. D. errichteten Teſtaments, in der Maaße übertragen, daß derſelbe von dem geſammten, nach Abzug der Schulden, und des aus Irrthum, auf 4000 Rthlr. geſetzten Fideicommiſſes, zu 16711 Rthlr. angeſchlagenen Vermögen, ſeinen Geſchwiſtern ihren Pflichttheil, mithin den dritten Theil des Kindestheils, welchen man daher für jedes Kind auf 2523 Rtlr. 16 Gr. geſetzet, unbeſchwert herausgeben ſollte; dahingegen in Anſehung des Mütterlichen das von der Mutter, Urſula Antonette Katharine Parreuter den 1. Februar 1750 errichtete Teſtament lediglich zum Grunde geleget worden; welche Diſpoſition, nachdem der Teſtator den 27. November 1774 verſtorben, beſage der zwoten Nebenbeylage zu D. den 18. December 1774. von den geſammten Kindern des gemeinſchaftlichen Erblaſſers, unumwunden angenommen iſt;

Iſt dem ohnerachtet unter den Geſchwiſtern, über die Auslegung der väterlichen Diſpoſition, Streit erwachſen, und dieſer durch den Vergleich Adj. E. vom 11. October 1782 dahin beigeleget worden, daß jedem der Geſchwiſter Statt des im väterlichen Teſtamente zu 2523 Rthlr. berechneten Pflichttheils die Summe von 3000 Rthlr. auszuſetzen, in Anſehung deren der Pfalzbayriſche Geheime Rath, Anton Freyherr von Gronefeld, als jetziger Inhaber der Ottbergiſchen Güter, ſeinen Geſchwiſtern die Verſicherung

ſicherung ertheilet, daß, ſo lange ſelbige in den Gütern ſtehen bleiben würden, dieſe denſelben dagegen mit einem geſetzlichen und beſondern Pfandrecht verhaftet bleiben ſollten.

Hat zugleich der Freyherr von Gronefeld in ſothanem Vergleiche die Zuſagung gethan, daß, im Fall er ſich genöthiget ſehen ſollte, die Ottbergiſchen Güter zu veräuſſern, ſeinen Geſchwiſtern dagegen das Näherrecht, ſo wie hinwieder ein gleiches Recht, im Falle einer abermaligen Veräußerung, von Seiten deſſen Geſchwiſter, ſeinen Kindern zuſtehen ſollte;

Hat nur gedachter Geheime Rath von Gronefeld mit ſeiner Gemahlin die im Herzogthum Neuburg belegene anſehnliche, mit Ober- und Untergerichtsbarkeit verſehene landtagsfähige Herrſchaft Hälsberg-Wieſent, nebſt der Edelmark Ettersdorf, erheyrathet, iſt aber dieſe davon ihren Geſchwiſtern eine anſehnliche Abfindung an baarem Geld heraus zu geben ſchuldig;

Iſt in ſolcher Abſicht mehrbemeldeter Geheime Rath von Gronefeld bewogen worden, die geſammten Ottbergiſchen Güter nur gedachter ſeiner Gemahlin gänzlich abzutreten, und ſolche von derſelben käuflich ausgeboten worden;

Hat ſich dazu ein Käufer aufgefunden, welcher ſich, die reine Summe von 20000 Rthlr dafür zu bezahlen, anerboten, und ſolches Anerbieten den geſammten Geſchwiſtern mit dem Anhange bekannt gemacht worden, ſich binnen 4 Wochen zu erklären: ob ſelbige von dem, in dem Vergleiche von 1782 ihnen vorbehaltenen Näherrechte Gebrauch machen wollten;

Haben gleichwohl gedachte Gronefeldiſche Geſchwiſter die geforderte Erklärung zur Zeit noch nicht von ſich geſtellet, jedoch die Aeuſſerung gethan, daß ſie, im Fall des zu gebrauchenden Näherrechtes, die Fideicommißſumme von 3000 Rthlr. oder 4000 Rthlr. von dem Kaufſchillinge abzuziehen ſich berechtiget glaubten;

Und entſtehen daraus folgende Rechtsfragen:

I.) Ob auf den Ottbergiſchen Gütern ein wahres Familienfideicommiß hafte?

II.) Ob ſolches nicht allenfalls durch den Vergleich von 1782 würklich aufgehoben worden?

III.) Ob daher die Gronefeldiſchen Geſchwiſter berechtiget ſeyen, im Fall des auszuübenden Näherrechts, die in drey oder viertauſend Thalern beſtehende Fideicommißgelder an der ganzen Kaufſumma inne zu behalten?

Erſte Frage.

Z. G.

Obwohlen nun, die erſte Frage anbelangend, 1) der Canonicus Vit Georg Gronefeld, in der Urkunde A. vom 24. Merz 1719 ſich ausdrücklich erkläret, daß ſeine Intention dahin gehe:

wie die Ottbergiſche Güter, mit allen an- & connexis, zu mehrerem Flor unſrer Familie, deſto beſſer im Stande erhalten und verbeſſert werden mögen,

und zugleich hinzufüget: daß er ſolche Renunciation

ſeinem Bruder, und deſſen nachfolgenden poſſeſſoribus dictorum bonorum, wie dieſelben nacheinander folgen werden,

zum Beſten gethan habe; ſodann

2) Anton Gronefeld in der Urkunde C. vom 5. Merz 1749 bekennet, daß die dem Canonicus Gert Henrich zu Fritzlar annoch zuſtändig geweſene 1000 Rthlr. ebenfalls noch auf den Ottbergiſchen Gütern hafteten, und von ihm, mit den Gütern ſelbſt auf ſeinen älteſten Sohn, Otto Gert Henrich übertragen worden; nurgedachter Otto Gert Henrich auch

3) in ſeinem Teſtamente Adj. D. ausdrücklich verordnet, daß die Güter, mit allen darauf haftenden oneribus, hinwieder auf ſeinen älteſten Sohn Anton Georg Rudolph transferiret werden ſollen, und daß unter ſothanen oneribus auch die von dem Vit Georg und Gert Henrich herrührende Summen von reſpective 2000 Rthlr. und 1000 Rthlr. zu verſtehen ſeyen, um ſo weniger gezweifelt werden möchte, da, nach der ausdrücklichen Diſpoſition des Teſtators, deſſen älteſter Sohn alles übernehmen müſſen, was des Teſtators Nachlaſſenſchaft, auf irgend eine Weiſe, wie ſolches auch Namen hat, graviren möchte; und dannenhero daß ſothane Diſpoſitionen für ein wahres, die Ottbergiſchen Güter auf beſtändig gravirendes Familienfideicommiß anzuſehen ſeyen, dafür gehalten werden möchte;

E. G.

Dennoch aber und dieweil 1) zu einem jeden Familienfideicommiſſe erfordert wird, daß der Fideicommittent verordnet habe

a) die Güter jedesmal auf den nächſten Stammerben zu transferiren, und

b) damit das Verbott, ſolche niemals auſſer der Familie zu veräuſſern, zu verbinden,

L. 114. §. 14. D. de. leg. 1.

L. 32. §. 6. L. 69. §. 5. L. 78. §. 3. de leg. 2.

L. 38. §. 2. de leg. 3.

L. 54. D. ad L. Falcid.

Lauterbach colleg. Pand. lib. 36. t. 1. §. 6. p. 864. ſq.

Stryk de ſucc. ab inteſt. claſſ. 8. c. 9. §. 7. ſqq.

geſtalten die ganze Abſicht der Stammgüter, welche man insgemein mit dem Namen der Familienfideicommiſſe, obgleich mit Unrecht,

de Selchow elem. iur. Germ. §. 553.

belegt, dahin gerichtet iſt, das Anſehen der ganzen Familie, durch die Conſervation der Güter in derſelben, zu erhalten, dieſe aber, ohne das Verbot der Veräuſſerung der Güter, auſſerhalb der Familie ſchlechterdings nicht erreichet werden kann,

J. F. W. Brandt de natura bonorum avitorum c. 3. p. 51. ſqq.

F. L. Comes de *Oettingen* de Fideicommiſſis c. 3. §. 12. ſqq. p. 189. ſqq.

an dieſem Haupterforderniſſe aber es in dem vorliegenden Falle gänzlich ermangelt; vielmehr

2) das Document B das klare Gegentheil ergiebt, angeſehen darin der Wir Georg Groneſeld ſeine vorige Schenkung förmlich ratificiret, und ſich dabey der notablen Worte bedienet:

daß hierbey meine andere Brüder und Schweſtern, oder der beyden Schweſtern Nachkommen, keinen Theil haben, noch weniger ſolche ſub quocumque prætextu in ſpecie eines aus elterlicher Diſpoſition etwa erzwingenden Fideicommiſſi anzufechten befugt ſeyn ſollen;

als welche, daß der donator keinen animum fideicommittendi gehabt habe, ſondern die Sache ſich zu einer bloſſen, dem Anton Groneſeld allein geſchehenen und von demſel-

ben

ben auch allein acceptirten Schenkung unter Lebendigen qualificire, klar zu Tage lege, ſomit, wenn auch allenfalls das Document A von einem Familienfideicommiß verſtanden werden möchte, ſolches durch das letztere allerdings völlig aufgehoben, und die Handlung in eine ſimple Schenkung reſolviret worden; hiernächſt

3) was des Gert Henrich Gronefelds Diſpoſition betrift, deſſen animus fideicommittendi gar nicht erwieſen iſt, gleichwohl die Rechte in zweifelhaftem Falle kein Fideicommiß präſumiren, ſondern dazu entweder eine ausdrückliche Erklärung des Teſtators, oder wenigſtens dringende Muthmaſſungen erfordern, woraus eine ſtillſchweigende Abſicht gefolgert werden kann,

L. 19. §. 1. L. 29. §. 1. L. 78. §. 3. D. ad SC. Trebell.
C. 1. de teſtam. in 6.
Carpzov P. 3. C. 8. d. 27.
Strykii cautel. teſtament. c. 18. m. 1. §. 9.
Leyſer ſp. 362. m. 2.

hierzu aber in dem vorliegenden Falle ſich gar keine Rechtsgründe zeigen; hiernächſt

4) die von dem Erben, beſage Teſtaments, übernommene Onera der Ottbergiſchen Güter, zweifelsohne von denen darauf haftenden Steuren, Zehenden, Heuer und Dienſten verſtanden werden müſſen, da der Inhaber in Anſehung des angeblichen Fideicommiſſes, gar nicht oneriret, noch etwas davon zu entrichten ſchuldig geweſen, vielmehr der ganze Zuſammenhang der Sache ergiebet, daß der Canonicus Gronefeld die ihm aus dem Gute annoch gebührende 2000 Rthlr. Kindestheil ſeinem älteren Bruder, als Beſitzern der Güter, in der Abſicht geſchenkt habe, um ſeiner jüngeren Geſchwiſter Forderung daran auszuſchlieſſen; nicht zu gedenken, daß

5) der Schein vom 24. Merz 1719, worin des Fideicommiſſes erwähnet worden, die Form eines letzten Willens gar nicht hat, ſodann in demſelben, ſofern man ihn als einen Vertrag anſehen wollte, die Acceptation des älteren Bruders gänzlich mangelt, und daher ſolches Fideicommiß, ſo wenig für ein teſtamentariſches, als ein conventionelles angeſehen, noch als verbindlich betrachtet werden könnte; dahingegen in dem Documente B, worin des Fideicommiſſes nicht erwähnet wird, die Acceptation ausdrücklich enthalten, und durch die Unterſchrift des Donatarii beſtärket worden, wannenhero an der Verbindlichkeit des letzteren nicht zu zweifeln ſtehet;

Als

Als gehet, in Anſehung der vorliegenden erſten Frage, Unſere in den Rechten gegründete Meinung dahin:

daß die Ottbergiſchen Güter mit einem wahren und unzweifelhaften Familienfideicommiß nicht behaftet geweſen, und ſolches durch das Document A auf eine zu Recht beſtändige Art nicht bewürket werden mögen.

Zwote Frage.

Z. G.

Obwohlen hiernächſt, die zwote Frage anbelangend, eines theils alle Vergleiche einer ſtrengen Auslegung unterworfen ſind, und wenn ſie auch in noch ſo allgemeinen Ausdrücken abgefaßt worden, dennoch auf keine andere, als darin deutlich angeführte Sachen ausgedehnet werden mögen,

L. 47. §. 1. D. de pact.

L. 31. C. de transact.

Deciſ. Tribun. Caſſel. T. II. d. 311.

Leyſer ſp. 46. m. 5.

und dann in dem Vergleiche qu. die Aufhebung des Fideicommiſſes auf den Ottbergiſchen Gütern nicht namentlich verabredet worden, ſomit daß ſelbiges, ohnerachtet ſothanen Vergleiches, noch ſubſiſtire, dafür gehalten werden möchte; anderntheils aber verſchiedene Rechtsgelehrte in den Gedanken ſtehen, daß zu einer ſolchen Aufhebung die landesherrliche Einwilligung erfordert werde, und daher nicht einmahl eine richterliche Entſcheidung dazu für hinreichend zu halten ſey,

Voetius in comm. ad Pand. tit. ad SC. Trebell. §. 70. p. m. 535.

dem zu folge es alſo, daß ſothane Aufhebung theils nicht erwieſen, theils für unzulänglich anzuſehen ſey, das Anſehen gewinnen möchte.

E. G.

Alldieweilen aber die klaren Worte des Vergleiches in ſich enthalten, daß dem Beſitzer der Ottbergiſchen Güter die Erlaubniß, ſolche zu veräuſſern unumwunden zugeſtanden worden, und ſich die Tranſigenten dabey bloß das Näherrecht vorbehalten,

 ein

ein ſolcher Conſens in die gänzliche Veräuſſerung aber mit der Eigenſchaft eines Fideicommiſſes ſchlechterdings nicht beſtehen kann, und daher für eine Einwilligung in die Aufhebung des Fideicommiſſes angeſehen werden muß,

Knipſchild de fideic. famil. nob. c. 11. n. 384. ſqq. p. 490. ſq.

dieſes auch in gegenwärtigem Falle um ſo mehr ſeine Anwendung findet, da alle, welche bey dieſem angeblichen Familienfideicommiſſe intereſſirt geweſen, in dieſe Veräuſſerung conſentiret haben,

C. L. Stieglitz de fideic. famil. conſenſu eorum, quorum intereſt, ſublatis.

ſomit, falls auch ein wahres und unzweifelhaftes Familienfideicommiß vorhanden geweſen wäre, ſelbiges durch obbemeldeten Vergleich ohne Zweifel ſeine Endſchaft erreicht haben würde; anderntheils aber diejenigen Rechtsgelehrten, welche zu Aufhebung eines Familienfideicommiſſes die landesherrliche Einwilligung verlangen, von ſolchen Ländern zu verſtehen ſind, wo beſondere Landesgeſetze darüber vorhanden ſind, dergleichen

Voetius l. c.

z. Ex. von Holland angeführet hat, dahingegen nach der klaren Vorſchrift der gemeinen Rechte, dazu weiter nichts, als die Einwilligung aller Intereſſenten erfordert wird,

L. 120. §. 1. de leg. 1.
L. 88. §. 14. de leg. 2.
L. 16. C. de pact.
L. 11. C. de fideic.
Leyſer ſp. 403. m. 3.
Strubens rechtliche Bedenken T. I. p. 72. ſqq.

auch allenfalls von der landesherrlichen Einwilligung nur alsdann die Frage vorwalten kann, wenn es Minderjährige, oder milde Stiftungen betrifft, dem zu folge alſo der Vergleich qu. für zu Recht beſtändig, auch in Anſehung dieſes Punctes, allerdings zu halten iſt;

Als

Als gehet Unſere rechtliche Meinung in Betreff dieſer Frage dahin:

daß, wenn auch ein wahres Familienfideicommiß auf den Ottbergiſchen Gütern gehaftet hätte, ſelbiges durch den obbemeldeten Vergleich ſeine völlige Endſchaft erreichet haben würde.

Dritte Frage.

Z. G.

Obwohlen endlich, was die dritte und letzte Frage anbetrifft, einestheils überhaupt viele angeſehene Rechtslehrer behaupten, daß das Näherrecht der Verwandten, beſonders in Anſehung der Stammgüter, in ganz Deutſchland in der Maaße hergebracht ſey, daß für ſelbiges in zweifelhaftem Falle vermuthet werden müſſe,

Strube de iure villicorum p. 367. ſqq. edit. d. 1768.

Deſſelben Nebenſt. T. V. p. 57. ſqq.

C. F. Winkler de retractu gentilitio provocantem in fundata intentione collocante.

der Grund dieſer Vermuthung aber in dem, den Verwandten, an dem Familienvermögen, nach deutſchen Rechten zuſtehenden Miteigenthum geſuchet werden müſſe,

J. J. Reinhard von der Gemeinſchaft als dem wahren Grund der Erbfolge p. 159. ſqq.

Walch vom Näherrecht p. 74. ſqq.

in Gemäßheit dieſer Grundſätze auch ein jeder Beſitzer ſolcher Stammgüter an die Anordnungen ſeiner Vorfahren ſchlechterdings gebunden ſey; wannenhero anderntheils da auf den Ottbergiſchen Gütern ein fideicommiſſariſches Kapital von 3000 Rthlr. bis 4000 Rthlr. ruhe, ſich von ſelbſt verſtehe, daß, da ſelbiges lediglich zum Beſten und Sicherheit der Gronefeldiſchen Erben auf die Güter geleget worden, dieſe nicht anders, als mit ſolcher darauf haftenden Laſt verkauft werden mögten, wenigſtens im gegenſeitigen Falle denſelben die Befugniß zuſtehe, entweder die bemeldete Summe von dem Kaufſchilling, bey Ausübung des Näherrechts, inne zu behalten, oder wenigſtens zu verlangen, daß denſelben eine ähnliche Summe auf den Bayriſchen Gütern als Fideicommiß conſtituirt werde;

E. G.

Jedennoch aber und dieweilen einestheils das Näherrecht ſo wenig im gemeinen Rechte, als in den Reichsgeſetzen, gegründet iſt, ſomit darin alles auf beſondere Landesgeſetze

deſgeſetze und Gewohnheiten ankommt,

Deciſ. Tribun. Caſſel. T. I. dec. 106. p. 423. ſqq.

und dann im Hochſtift Hildesheim, auſſer den Meyerdingsgütern

ſ. *F. C. Conradi* de retractu in bonis Meyerdingicis.

von Selchow Samml. neuer Rechtsfälle T. I. p. 263.

die Reception oder Beybehaltung deſſelben nicht erwieſen iſt, wohlfolglich der einzige Grund, auf welchen die Gronefeldiſchen Erben ihre Befugniß zum Näherrecht beym Verkauf der Ottbergiſchen Güter ſetzen können, in dem mehrbelobten Vergleiche zu ſuchen iſt; ohnehin es auch im gegenwärtigen Falle an der zu Stammgütern erforderlichen Haupteigenſchaft, nemlich einer Verordnung, daß die Güter bey der Familie conſerviret werden ſollen, gänzlich ermangelt, vielmehr das Gegentheil derſelben aus der im Vergleiche unumwundenen Erlaubniß, ſolche zu verkaufen, ſich zu Tage leget, dem zu folge alſo die Vermuthung für die Eigenſchaft eines Stammgutes von ſelbſt ceſſirt,

Knipſchild c. 6. §. 26. p. 120.

Deciſſ. Tribun. Caſſell. T. I. dec. 96. p. 344. ſqq.

ſolches vorausgeſetzt aber anderntheils aus den, bey der erſten Frage ausgeführten Rechtsgründen erſichtlich iſt, daß die Gronefeldiſchen Erben in den Verkauf der Ottbergiſchen Güter pure eingewilliget, und ohne ſich die geringſten Vorzüge, vor anderen Käufern, auszubedingen, ſich die bloſſe Ausübung eines perſönlichen Näherrechts vorbehalten, und ſelbige daher, im Fall ſie dazu gelaſſen zu werden verlangen, eben denſelben Kaufſchilling, welchen der fremde Käufer geboten, zu bezahlen ſchlechterdings gehalten ſind,

Walch l. c. p. 134. ſqq. ibique alleg.

welchemnach ſelbige davon die angeblich auf den Gütern, als Fideicommiß, haftende Summe zu kürzen keinesweges ſich ermächtigen mögen, da obausgeführter maaſſen gar kein wahres Fideicommiß vorhanden geweſen, und falls ſolches auch als wahr anzunehmen ſtünde, dadurch, daß ſelbige in den Verkauf der Güter, ohne einigen Vorbehalt, conſentiret, für aufgehoben anzuſehen, bey welchen Umſtänden alſo und da den Gronefeldiſchen Erben der vorhabende Verkauf, ſowohl, als die angebotene Kaufſumme, frühzeitig

zeitig und förmlich bekannt gemacht worden, im Fall ſie ſich des ihnen vorbehaltenen Näherrechts, in der geſetzlichen Zeit,

ſ Walch l. c. p. 192. ſeqq.
G. H. Böhmer de initio præſcript. iuris retr. T. II. elector. iur. civ. p. 692. ſeqq.

nicht bedienen, ſich den Verluſt deſſelben ſelbſt zu imputiren haben, und der gegenwärtige Beſitzer bey dem Verkaufe deren Erklärung abzuwarten nicht ſchuldig iſt, noch weniger aber, bey dem offenbaren Ungrunde des Fideicommiſſes, eine ähnliche Summe auf ſeine Bayriſche Güter zu legen angehalten werden mag:

Als geht unſere den Rechten gemäße Meinung, bey dieſer Frage, dahin:

Daß die Groneſeldiſchen Erben die angebliche Fideicommißſumme von dem Kaufgelde zu kürzen keinesweges berechtiget ſeyen, dahingegen der jetzige Beſitzer der Ottbergiſchen Güter, ohne deren Erklärung über das auszuübende Näherrecht abzuwarten, mit dem Verkaufe fortzufahren, allerdings berechtiget ſey. U. V. R. W.

Im December 1787.

VII.

Rechtliches Gutachten,

die den Freyſaſſen zu Döllſtedt vom Amte Ehrenſtein angeſonnene Tag- und Nachtwachen betreffend.

Als uns eine Geſchichtserzählung, nebſt angehängten Rechtsfragen, zugeſendet, und darüber Unſere rechtliche Belehrung begehret worden: demnach erachten Wir, nach fleiſſiger derſelben Verleſung, und collegialiſch gepflogener Berathſchlagung für Recht:

Hat, vor einigen Jahren, das Amt Ehrenſtein für gut gefunden, den Freyſaſſen zu Döllſtedt, Johann Nicol Otto, Johann Nicol Bader und Conſorten, die Verrichtung

der Tag- und Nachtwachen anzuſinnen, obgleich weder ſie, noch ihre Vorfahren, jemahls Wache verrichtet, ſondern ſolche von jeher von der Gemeinde verrichtet worden;

Hat daſſelbe unterm 7 May 1783 dieſerhalb bey F. Regierung zu Rudelſtadt die Anzeige gethan:

daß die Freyſaſſen aus Eigenſinn und Irrwahn ſich der ihnen anbefohlnen Dienſte weigerten;

Iſt ihnen darauf von F. Regierung der Vorhalt geſchehen, daß ſie ſchlechterdings Wachen verrichten müßten.

Haben die Freyſaſſen dagegen die Vorſtellung gethan: wasmaaſſen ſie verſchloſſene Höfe hätten, welche ſie ſchon ſelbſt bewachen wollten, und ſie nie Wachen gethan.

Hat ſich jedoch Johann Nicol Bader, im Fall ein Wächter angenommen würde, zu einem Beytrage erboten, die Tagwachen hingegen zu übernehmen ſchlechterdings geweigert.

Iſt gleichwohl von F. Regierung an das Amt Ehrenſtein reſcribiret worden: daß nicht allein beſagter Bader, ſondern auch die übrigen Freyſaſſen, bey unangenehmen Folgen, auch die Tagwachen zu übernehmen verbunden ſeyen;

Haben darauf die Freyſaſſen bey F. Regierung eine umſtändliche, jedoch ehrerbietige Vorſtellung gethan: daß, da es in gegenwärtiger Lage, nicht auf eine Polizey- ſondern Juſtizſache ankomme, wer nemlich die in Streit gezogene Wachen zu thun ſchuldig ſey? ſelbige allerdings zwiſchen den Freyſaſſen und der Gemeinde in rechtliche Erörterung gezogen werden müſſe; und dannenhero den Freyſaſſen die, ſeit hundert und mehreren Jahren, hergebrachte Befreyung von ſothanen Wachen keinesweges, einſeitiger Weiſe, und ohne daß es einmahl darüber zur Einlaſſung mit der Gemeinde gekommen ſey, habe aberkannt werden mögen; und zugleich F. Regierung gebeten, die Acten über die Frage: ob die Freyſaſſen ſich ſolchen einſeitigen Anſinnungen ſchlechterdings zu fügen ſchuldig ſeyen? an auswärtige Rechtsgelehrte zu verſenden: iſt aber darauf den 23 May a. c. nachſtehende Reſolution erfolgt;

daß ihrem Geſuche ein für allemahl zu fügen bedenklich ſey, und es daher bey den dieſerhalb bereits getroffenen Verfügungen ſein unabänderliches Bewenden habe, auch ſie die angeordneten Tag- und Nachtwachen, bey 10 Rthlr. auf jeden

Con-

Contraventionsfall zu entrichtender Strafe, ordnungsmäßig, entweder ſelbſt verrichten, oder durch dazu ſchickliche Perſonen verrichten zu laſſen ſchuldig wären;

Haben ſich darauf die Freyſaſſen durch ihren Anwald, Herrn Theodor Kretſchmann, Commiſſionsſecretär und Hofadvocaten zu Saalfeld, unmittelbar an Ihren Durchlauchtigen Landesherrn gewendet, und ihr voriges Geſuch, durch Anführung aller dahin einſchlagender Rechtsgründe, wiederholet;

Iſt aber nichts deſtoweniger denſelben, wider alles Verhoffen, nachfolgende widrige Reſolution ertheilet worden:

daß, da Supplicanten, der zum allgemeinen Wohl und Sicherheit, woran ſie ſelbſt Theil nehmen, getroffenen Veranſtaltung, welche allein von Landesherrlicher Macht abhange, ſich in keine Weiſe zu entziehen vermögen, es bey dem, was in dieſer Sache geſchehen, und verfügt worden, ſein unabänderliches Verbleiben habe; daß kein Kläger vorhanden ſey; daß der Fürſt haben wollte, die Freyſaſſen ſollten, gleich den Bauren, wachen;

Iſt zugleich, in ſothaner höchſten Reſolution, dem Anwalde der Freyſaſſen die Praxis in den F. Schwarzburgiſchen Landen, unter dem Vorwande, daß er ſich, in ſeinem Schreiben, der landesfürſtlichen Macht Schranken zu ſetzen, und die Unterthanen dadurch in ſo unnöthige, als unſtatthafte Weiterungen zu ſetzen erdreiſtet habe, unterſaget worden.

Entſtehen dannenhero folgende Fragen:

I.

Ob und wie fern durch Polizeyanſtalten jemanden ein Recht, welches er ſeit undenklichen Jahren genoſſen hat, ohne Unterſuchung, und ohne den Gegentheil zu hören, genommen; einem eine Bürde, ohne daß er darum nachgeſuchet, erleichtert, und dem andern auferleget werden könne?

II.

Ob daher die Döllſtedter Freygutsbeſitzer, ohne vorher rechtlich gehört zu werden, zu Verrichtung der Tag- und Nachtwachen, welche zeither die daſige Gemeinde ganz allein gethan, gerade angehalten, und mit Execution gezwungen werden können?

III.

III.

Ob der Landesherr, wenn bey Polizeyanſtalten das Recht der Unterthanen leidet, dieſen ſchlechterdings, aus landesherrlicher Macht, das rechtliche Gehör abſchlagen und vorgeben kann: weil die Polizeyveranſtaltung von landesherrlicher Macht abhangt, darf ſich niemand derſelben entziehen, wenn er auch zeither immun war? Endlich

IV.

Ob Anwald der Freyſaſſen daher, mit Recht, mit der Remotion a praxi beſtraft werden kann, weil er den Döllſtedter Freyſaſſen gedienet, und in einem für ſie verfaßten Schreiben um rechtliches Gehör gebeten, und auf ihr Verlangen erkläret habe, daß ſie, wenn ſie auch noch 10 Strafbefehle erhalten würden, dennoch nicht eher Wachen thun würden, bis ſie über dieſen Punkt rechtlich gehört wären; vielmehr, falls ſie nicht gehöret würden, wegen verweigerter Juſtiz, klagen würden? oder ob wichtigere Urſachen vorhanden ſeyn müßten, wenn der Sachwalter der Freyſaſſen a praxi removiret werden ſollte?

Erſte Frage.

Z. G.

Obwohlen nun, die erſte Frage anbelangend, einem jeden Landesherrn, vermöge des der Landeshoheit anklebenden iuris reformandi politici, die unſtreitige Befugniß zuſtehet, alle diejenigen Anordnungen zu machen, welche die innerliche gute Einrichtung der bürgerlichen und Staatsverfaſſung, auch das Verhältniß der Unterthanen gegen einander betreffen, in ſolchen Sachen aber der Landesfürſt eine in der Maaſſe unbeſchränkte Gewalt beſitzet, daß kein Unterthan ſich dabey eines gegründeten Rechts zu widerſprechen anmaaſſen darf,

von Cramer Wetzl. Nebenſt. P. 7. obſ. 3. §. 4. p. 81.

und dann in vorliegendem Falle, daß die Anordnung der Tag- und Nachtwachen eine in die Polizey einſchlagende Sache ſey, nicht zu bezweifeln ſtehet,

Jo. Heumanni exerc. iur. Germ. T. I. p. 181. ſq.

eine gute Polizey aber erfordert, daß unter den Unterthanen, ſo viel möglich, eine genaue Gleichheit beobachtet, und keiner vor den andern prägraviret werde; bey ſothanen

nen Umſtänden alſo daß die Landesherrſchaft, auch ohne die Beſchwerden der Gemeinde abzuwarten, die Freyſaſſen zu Mitleiſtung ſolcher Wachen anzuhalten berechtiget geweſen, und dieſen daraus eine gerichtliche Beſchwerde zu machen keinesweges nachgelaſſen werden könne, dafür gehalten werden möchte;

E. G.

Dennoch aber und dieweil die Freyſaſſen zu Döllſtedt ſich vermöge der in der Geſchichtserzählung angeführten Umſtände, in einem unfürdenklichen Beſitze der Befreyung von denen in Frage befangenen Tag- und Nachtwachen befinden, die Rechte aber ausdrücklich verordnen, daß niemanden ſein Beſitz auſſergerichtlich, und ohne genugſame Unterſuchung, entzogen werden ſoll,

L. 2. C. ut nemo priv.

L. 10. C. vnde vi.

L. 7. C. ad L. Iul. de vi publ.

de *Wernher* T. II. P. 7. obſ. 3. p. 174.

hierbey auch in rechtliche Betrachtung kommt, daß die Gemeinde zeither die Wachen allein gethan, auch daß die Freyſaſſen dazu zu ziehen ſeyen, nicht einmahl verlanget, noch daß ſolches, in Anſehung ihrer, eine Prägravation veranlaſſe, angegeben; in ſolchem Falle aber, wo die Unterthanen ſich durch eine dergleichen Polizeyanordnung gegen die gemeinen Rechte beſchweret anſehen, dieſen den Weg Rechtens dagegen zu ergreiffen, und davon auſſergerichtlich zu appelliren, unſtreitig nachgelaſſen iſt,

de *Lynker* de gravamine extraiud. c. 6. §. 17.

Mevius P. 3. d. 154.

von Cramer l. c. §. 1. p. 86. ſq.

Als gehet, in Anſehung dieſer Frage, Unſere, in den Rechten gegründete Meinung dahin:

daß den Freyſaſſen ihr unfürdenklicher Beſitz der Befreyung von den Tag- und Nachtwachen, unter dem Vorwande einer zwiſchen denſelben und der Gemeinde zu beobachtenden Gleichheit, ohne daß dieſe darüber geklaget, und jene desfalls genugſam gehöret worden, keinesweges habe entzogen werden können;

Zwote und dritte Frage.

Z. G.

Wiewohlen ferner, in Abſicht auf die zwote und dritte Frage, die Natur der Polizeyſachen es mit ſich bringet, daß ſolche auf das ſchleunigſte vollzogen, und ſothaner Vollziehung, von Seiten der Unterthanen, keine Hinderniſſe in den Weg gelegt werden; in ſothaner Abſicht auch die Rechtsgeſetze ausdrücklich verordnen, daß in Polizeyſachen die Appellation nicht verſtattet, wenigſtens derſelben bloß effectus devolutivus beygelegt werden ſoll,

R. A. 1654. §. 105.

Viſitationsabſch. d. 1713. §. 9.

M. D. Grollmann de appellat. denegat. §. 19.

welchem zu folge alſo ſich von ſelbſt verſtehet, daß, falls die Unterthanen dergleichen Polizeybefehle zu vollziehen ſich weigern, dieſelben, ohnerachtet der eingewendeten Appellation, mit Strafbefehlen zu Beobachtung der landesherrlichen Verfügungen genöthiget werden mögen, und dannenhero daß die Freyſaſſen durch die F. Schwarzburgiſche Regierungsbefehle keineswegs beſchweret worden, es das rechtliche Anſehen gewinnen möchte;

E. G.

Alldieweilen aber dennoch die Freyſaſſen die Nothwendigkeit und Nachläſſigkeit der von Seiten der Landesherrſchaft angeordneten Wachen überhaupt unumwunden anerkannt, auch das Recht des Landesherrn, ſolche anzubefehlen, keineswegs in Zweifel gezogen, ſondern nur, daß ſie ſolche, für ihr Theil, vermöge einer, ſeit unfürdenklicher Zeit hergebrachten Freyheit, zu leiſten nicht ſchuldig, und ſolche vielmehr bisher von der Gemeinde geleiſtet worden, auch fernerhin geleiſtet werden müßten, behauptet, dem zu folge alſo in dem gegenwärtigen Rechsſtreite lediglich die Frage vorwaltet: ob die Freyſaſſen in Döllſtedt daraus, daß weder ſie, noch ihre Vorfahren ſeit undenklichen Jahren, keine Wachen geleiſtet, ein wahres und unwiederrufliches Recht der Befreyung von ſolchen Wachen erhalten, und dieſelben von der Gemeinde geleiſtet werden müſſen? dieſes aber ſich zu einer unzweifelhaften Juſtizſache qualificiret, und keineswegs für eine Polizeyſache angeſehen werden mag,

J. F. Alb. Conſt. Neurath de conditione & poteſtate iudiciaria in cauſſis, quæ politiæ nomine veniunt. Erl. 1780. obſ. III. p. 13. ſq.

P. C.

P. C. W. de Hohenthal liber de politia. Lipſ. 1776. 8. p. 316. ſqq.

da es unſtreitig iſt, daß ſolche Fragen, welche mehr auf Rechte einzelner Perſonen, als die gemeine Wohlfahrt ſich beziehen, bloß aus der Eigenſchaft wahrer Juſtizſachen beurtheilet werden müſſen, und nicht Polizeymäſſig behandelt werden können,

Strubens Unterricht von Regierungs- und Juſtizſachen. S. 2. §. 26. p. 93. ſq.

G. C. Schreiber de cauſſarum iuſtitiæ & politiæ differentia ſ. 3. §. 1.

wenigſtens ſolches nur in dem einzigen Falle eine Ausnahme leidet, wenn es ein Recht betrifft, welches dem Unterthanen nicht ohne Nachtheil des gemeinen Weſens gelaſſen werden kann,

Strubens Nebenſt. T. III. Abh. XIII. §. 6. p. 54. ſq.

dieſes aber in vorliegendem Falle um ſo weniger zu behaupten ſtehet, da dem gemeinen Weſen daraus, daß im Dorfe Döllſtedt die Freyſaſſen zeither zu den Wachen nicht concurriret, kein Nachtheil zugewachſen, auch die Gemeinde dieſerhalb ſo gar nicht einmahl einige Beſchwerde geführet; dieſes vorausgeſetzt aber ſich von ſelbſt verſtehet, daß dadurch die von dem Amte Ehrenſtein und der F. Regierung erlaſſene Befehle den Freyſaſſen ihr einmahl hergebrachtes Recht der Befreyung gänzlich entzogen werden ſollen, ſelbige dagegen, mit vollem Beyfalle der Rechte, richterlichen Schutz imploriren, und ordentliches Gehör verlangen mögen,

Reinharth ad Chriſtin. Vol. II. obſ. 9. p. 12.

Neurath l. c. obſ. 8. 9. 10. p. 21. ſqq.

dawider auch, daß, vorhingedachtermaaſſen, die Appellation in Polizeyſachen, der Regel nach, nicht verſtattet wird, nicht angeführt werden mag, angeſehen ſolches, nach der Natur der Sache, nur in eigentlichen Polizeyverfügungen, nicht aber bey wahren Juſtizſachen Statt findet, in allen Fällen aber, wo mit der Polizeyverfügung die Frage von den hergebrachten beſonderen Rechten einzelner Unterthanen verbunden iſt, dieſen ihre Zuflucht zu den höchſten Reichs- oder Landesgerichten zu nehmen freyſtehet,

Heumanni initia iur. polit. Germ. c. 32. p. 355. ſqq.

von Cramer Wetzlar. Nebenſt. P. 30. p. 28. P. 33. p. 135. ſqq.

L. J. von Zwierlein Briefe über das R. Kammerger. p. 145. ſqq.

Moſer von der T. Juſtizverfaſſ. T. I. p. 1051. ſqq.

bey dieſen Umſtänden alſo, da der gegenwärtige Rechtsſtreit eine offenkundige Juſtizſache betrift, den gegen die bisherigen Verfügungen ergriffenen, oder annoch zu ergreiffenden Rechtsmitteln der effectus ſuſpenſivus nicht abzuſprechen ſtehet, auch dieſerhalb, ehe und bevor ein Rechtskräftiges Urthel in der Sache vorhanden, die Freyſaſſen, mittelſt Strafbefehlen, zu proviſoriſcher Leiſtung der in Frage befangenen Dienſte nicht angehalten werden mögen;

Als gehet Unſere in den Rechten gegründete Meinung, in Betreff beyder Fragen, dahin:

daß den Freyſaſſen das rechtliche Gehör in dieſer unſtreitigen Juſtizſache, unter dem Vorwande einer angeblichen Polizeyverfügung, nicht verſagt, auch ſelbige, vor rechtlicher Entſcheidung des ganzen Streites, mit Execution nicht beleget werden mögen;

Vierte Frage:

Z. G.

Obwohlen endlich, in Anſehung der vierten Frage, es ſeine unbezweifelte Richtigkeit hat, daß alle Sachwalter der Partheyen dieſe zum Gehorſam gegen ihre vorgeſetzte Obrigkeit anzumahnen, und ſich aller auf Verunglimpfung derſelben abzielenden Ausdrücke zu enthalten ſchuldig, und widrigenfalls mit Geld, oder auch mit gänzlicher remotione a praxi beſtrafet werden mögen,

Schwarzburg. Prozeßordn. P. I. T. 3. §. 12. S. 19.

Hornii reſp. Claſſ. IV. reſp. 14. p. 261.

und dann im vorliegenden Falle Quärent in der Namens der Freyſaſſen übergebenen Vorſtellung ſich den Ausdruck erlaubet, daß, falls auch ſeine Clienten 10 Strafbefehle erhielten, ſie dennoch ſelbigen, ehe und bevor ſie rechtlich gehöret worden, nicht pariren würden, dieſes aber eine offenbare Vilipendenz der obrigkeitlichen Befehle zu verrathen ſcheinet, und es daher ſo wohl dieſerhalb, als weil die Freyſaſſen dadurch zu Fortſetzung dieſes Rechtshandels gereitzet und in unnöthige Koſten geſetzet worden, daß dem Quärenten mit Recht die fernere Praxis unterſagt werden können, dafür gehalten werden möchte;

Den=

E. G.

Dennoch aber und dieweil es eines jeden rechtſchaffenen Sachwalters unumgängliche Pflicht und Schuldigkeit iſt, vermöge ſeines geleiſteten Eides, ſeinen Clienten auch gegen ihre Obrigkeit und Landesherrſchaft zu dienen, da Vernunft und Rechte verlangen, daß niemand ohne Vertheidigung gelaſſen werde, und ſo gar einem Advocaten, wenn er jemanden ſeinen Beyſtand ohne rechtmäßige Urſach verſaget, die Praxis unterſaget werden mag,

L. 7. C. de poſtulando.

maaſſen dann auch ein Advocat zu Uebernehmung ſolcher Sachen durch Zwangsmittel genöthiget werden kann,

Mevius P. I. D. 155. n. 9.

Leyſer ſp. 48. m. 3.

hiernächſt, wenn Sachwalter mit der Unterſagung der praxeos, oder auf andere Art, beſtraft werden ſollen, vorausgeſetzt wird, daß ſelbige gegen die ihnen obliegende Amtspflichten gehandelt haben,

L. 1. §. 6. in f. D. de poſtulando.

Leyſer ſp. 51. m. 2.

in vorliegendem Falle aber die Natur der Sache ergiebet, daß der Gegenſtand dieſes Rechtshandels ſich zu einer offenkündigen Juſtizſache qualificiret, und die Freyſaſſen ſich auf einen, vim privilegii mit ſich führenden, unfürdenklichen Beſitz der Befreyung von Wachen berufen, und desfalls auf ein rechtliches Gehör angetragen, gleichwohlen ohne darauf Rückſicht zu nehmen, ein Strafbefehl über den andern gegen die Freyſaſſen erlaſſen worden, ohnerachtet ſo gar nicht einmahl von Seiten der dabey allein intereſſirten Gemeinde ein Antrag darauf geſchehen, wohlfolglich, daß dieſes Verfahren ſich zu einer offenbaren Verweigerung der Juſtiz qualificire, nicht gezweifelt werden mag,

J. H. Bœhmer de querela denegatæ vel protractæ iuſtitiæ §. 25. T. VI. exerc. ad Pand. p. 635.

ohnehin alle dieſe Decrete ohne förmliche Unterſuchung, und Adcitation des natürlichen Gegentheils der Freyſaſſen, nemlich der Gemeinde, gemacht worden, mithin als decreta obiter facta die Kraft Rechtens niemals beſchritten,

Mevius P. 3. d. 308.

J. H. Bœhmer de ſententiis in rem iudicat. non transeuntibus §. 15. T. V. exerc. ad Pand. p. 526.

hiernächſt ſothane vom Amte Ehrenſtein und der F. Regierung in dieſer Sache erlaſſene Befehle, unter der unrichtigen Vorausſetzung, daß die Frage von einer Polizeyanordnung vorwalte, erlaſſen woden, und denſelben folglich die exceptio ſub-et obreptionis offenbar entgegen ſtehet, dieſe aber, welche virtualiter in den Schriften des Quärenten allerdings opponirt worden, die natürliche Würkung nach ſich ziehet, daß eine Parthey ſo gar einem mandato vel reſcripto S. C., ohne eine Strafe befürchten zu dürfen, nicht zu pariren ſchuldig iſt,

c. 5. X. de reſcr.

Rodingi Pandectæ cam. Lib. 3. t. 5.

Gail Lib. I. obſ. 14. n. 1.

C. F. de Freiesleben diſſ. mandatis S. C. ob exceptionem ſub- & obreptionis impune non pareri, c. 3. §. 5. ſqq. p. 35. ſq.

dem zu folge alſo Quärent, unter dem Schutze der Geſetze, gar wohl behaupten mögen, daß, falls auch 10 ſolcher Strafbefehle erfolgten, ſeine Clienten, ehe und bevor ſelbige rechtliches Gehör erhalten, ſolche nicht befolgen mögen, und ſolches, unter den vorliegenden Umſtänden, für eine Beleidigung des richterlichen Reſpects nicht angeſehen werden kann; hieraus alſo, daß Quärent in der Sache überhaupt nichts Straffälliges begangen habe, ſich klar zu Tage leget;

Als gehet Unſere in den Rechten gegründete Meinung, in Bezug auf dieſe Frage, dahin:

daß Quärent in dieſer Sache nichts Strafbares begangen, vielmehr dasjenige gethan, was er vermöge ſeines Advocateneides und Pflicht zu thun ſchuldig geweſen, und dannenhero gegen ſelbigen ſo wenig eine Strafe überhaupt, als die remotio a praxi, Platzgreiflich geweſen. A. B. R. W.

Daß dieſes Rechtsgutachten den Rechten, und Uns zugeſendeter Geſchichtserzählung angemeſſen ſey, bekennen mittelſt Beydrückung Unſers Facultätsſiegels

Decanus, Doctores und übrige Profeſſores in der F. Heſſ. Univerſit. zu Marburg.

im October 1786.

VIII.

VIII.

Urthel,

eine Scheidung von Tiſch und Bett betreffend.

In Eheſtreitigkeiten der Adlerwirthin Anna Barbara Keſſelringin, geborner Billingin zu Winterhauſen, Implorantin an einem, entgegen und wider ihren Ehemann Franz Georg Keſſelring, daſelbſt, Imploraten am andern Theil, erkennet Hochgräflich Rechtern-Limburg-Speckfeldiſches Conſiſtorium, auf Implorationsſchrift, und übriges rechtliches Einbringen, nach vorgehabtem Rath auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Daß zwar der Implorantin Suchen auf eine gänzliche Eheſcheidung nicht Statt finde; jedoch ſelbige wegen der in den Acten hinreichend beſcheinigten beſtändigen Trunkenheit des Imploraten, ſowohl als wegen der gegen ſie zu Schulden gebrachten unmenſchlichen Behandlung und daraus erwachſenden beſtändigen Lebensgefahr, vor der Hand, auf drey Jahr von Imploraten von Tiſch und Bett zu ſcheiden; auch Implorat, bey Vermeidung ſchwerer Leibesſtrafe, ſich während ſolcher Zeit, der Behauſung und Aufenthalts der Implorantin ſchlechterdings zu enthalten ſchuldig; Implorantin auch, als unſchuldiger Theil, die mit Imploraten erzeugte Kinder bey ſich zu behalten, wohl befugt; dieweil übrigens Implorantin ſelbſt ſich zur Alimentirung ihres Ehemannes anerboten: ſo hat es dabey ſein Bewenden; und hat dieſerhalb Implorat ſich mit der Implorantin, der Summe halber, in der Güte zu vereinbaren, oder richterliche Entſcheidung zu erwarten; Uebrigens werden die auf dieſen Prozeß verwendete Koſten, aus dazu bewegenden Urſachen, gegen einander compenſiret und aufgehoben. V. R. W.

Im Februar 1788.

Zweifels- und Entſcheidungsgründe.

Z. G.

Obwohlen, ſo viel I) die nachgeſuchte völlige Eheſcheidung anbetrifft, Implorantin angeführet, daß Implorat ſich täglich auf die unmäſſigſte Art zu betrinken pflege,

und

und ſelten einen halben Tag unberauſcht ſey; hierdurch aber nicht nur die Haushaltung gänzlich hintan geſetzet und das Vermögen verſchwendet werde, ſondern auch durch die unverantwortlichſte Behandlung der Gäſte, endlich die ganze Wirthſchaft zu Grunde gehen müſſe; hiernächſt es eine Actenkündige Sache ſey, daß Implorat ſeine Ehefrau unmenſchlich grauſam behandelt, und ſelbige ohne die geringſte, von ihrer Seite gegebene, Urſach mit den Haaren in der Küche herum gezogen, mit tödtlichen Waffen auf ſie losgegangen, und nur mit vieler Mühe, ſie zu beſchädigen, verhindert worden ſey; auch aus den Zeugenausſagen

act. [6.]

erhelle, daß, wenn Implorantin, um ſich vor den mörderiſchen Angriffen deſſelben zu retten, ſolcher mit Beilen und Hacken die Thür einzuhauen geſuchet habe; bey ſolchen Umſtänden alſo Implorantin in einer beſtändigen Lebensgefahr ſtehe, ſomit Implorantin allerdings die Befugniß zuſtehe, auf eine gänzliche Eheſcheidung zu dringen, da ſolche, im Fall ein Ehegatte dem andern nach dem Leben ſtehe, nach den Grundſätzen der proteſtantiſchen Kirche, zugelaſſen werde,

Stryk in uſu moderno pand. tit de divort. §. 9. ſqq.

eine temporelle Scheidung von Tiſch und Bett aber, in vorliegendem Falle um ſo mehr für zweckwidrig zu halten ſey, da bey dem eingewurzelten Laſter der Völlerey, von Seiten des Imploraten, keine Beſſerung zu hoffen ſtehe; hiernächſt

II) die Erziehung der Kinder, nach den bekannteſten Rechtsgrundſätzen, der Regel nach, dem Vater oblieget, und daher, im Fall einer temporellen Eheſcheidung, daß Implorantin ihre Kinder dem Imploraten, während einer Abſonderung von Tiſch und Bett, zu überlaſſen ſchuldig, dafür gehalten werden möchte; anbengben

III) Implorantin ſelbſt, in Erwägung, daß Implorat ein Beträchtliches in die Haushaltung inferiret, auch keine geſetzliche Urſach vorhanden, ihn ſeines Eingebrachten zu priviren, ſich zur Herausgebung einer Summe im Bauſch und Bogen, oder eines jährlichen quanti anerboten, auch dieſerhalb auf unſer Erkenntniß provociret worden, ſomit darauf in Unſerm Urthel billige Rückſicht zu nehmen geweſen ſeyn dürfte; endlich

IV) die

IV die ganzen Acten ergeben, daß Implorat durch ſeine Trunkenheit und unmenſchliche Behandlung der Implorantin zu dem gegenwärtigen Rechtshandel Gelegenheit gegeben, Implorantin auch dieſe Angaben ſattſam beſcheiniget, ſomit daß Implorat die bisherigen Prozeßkoſten allein zu tragen ſchuldig, und dannenhero überhaupt anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, dafür gehalten werden möchte;

E. G.

Dennoch aber und dieweil, was I) die nachgeſuchte Eheſcheidung betrift, wenn gleich, nach den Lehrſätzen der proteſtantiſchen Kirche, die Ehe für keine ſchlechterdings unzertrennliche Geſellſchaft angeſehen wird, dennoch alle Gottes- und Rechtsgelehrte derſelben darin übereinſtimmen, daß nur ſolche Urſachen, durch welche die weſentliche Endzwecke der Ehe verhindert werden, die Trennung derſelben rechtfertigen mögen,

Jo. Laur. de Mosheim de divortio. §. 9. ſqq.

de Pufendorf T. I. obſ. 160.

de Coccei ius controv. tit. de divort & repud. q. 5. p. 169. ſqq.

J. G. Eſtoris opuſcula p. 694. ſqq.

Leyſer ſp. 315. m. 1.

in vorliegendem Falle aber keine einzige derer Urſachen ſich aus den Acten hervorthut, aus welchen ſelbſt die gelindeſten Rechtsgelehrten der proteſtantiſchen Kirche die gänzliche Aufhebung des ehelichen Bandes für zuläſſig halten: angeſehen, wenn gleich eine faſt zur anderen Natur gewordene Völlerey eine groſſe Zerrüttung in der Haushaltung veranlaſſen kann, dennoch dadurch die Hauptendzwecke der Ehe nicht ſchlechterdings verhindert werden, wenigſtens noch immer die Hoffnung zur Beſſerung des Trunkenboldes möglich bleibt; hiernächſt viele groſſe Rechtsgelehrte noch immer der Meinung ſind, daß ſelbſt die hinterliſtige Nachſtellung nach dem Leben des Ehegatten keine gegründete Urſach der Eheſcheidung ſey,

de Wernher T. I. P. 4. obſ. 6. p. 760 ſq.

falls aber auch dieſe Meinung nicht ohne die wichtigſte Rechtsgründe für verwerflich anzuſehen, dennoch in dem gegenwärtigen Rechtsſtreite ſich dergleichen Verdacht gegen den Imploraten aus den Acten nicht ergiebet, angeſehen die demſelben angeſchul-

digte, und von ihm gerichtlich eingeſtandene barbariſche Mißhandlungen der Implorantin ſich zwar zu wahren Sävitien qualificiren, keineswegeſ aber deſſen Abſicht, der Implorantin nach dem Leben zu ſtehen, erproben; ohnehin auch die Acten ergeben, daß dieſelben lediglich durch den Trunk veranlaſſet worden, auch Implorantin keinen einzigen Fall angeführet, daß ſich Implorat derſelben auch auſſer dem Fall der Trunkenheit, zu ſchulden kommen laſſen, ſomit noch immer einige Hoffnung übrig bleibt, daß, wenn Implorat ſich in Anſehung dieſes Laſters beſſern ſollte, dieſe grauſame Behandlung von ſelbſt ceſſiren werde; bey dieſen Umſtänden alſo ſich von ſelbſt ergiebet, daß dem Geſuche der Implorantin, inſofern ſolches auf eine gänzliche Eheſcheidung gerichtet iſt, unmöglich deferiret werden mögen, gleichwohlen aber der Implorantin, ſo lang Implorat keine gegründete Hoffnung einer Beſſerung von ſich gibt, unmöglich zugemuthet werden kann, mit beſtändiger Lebensgefahr, mit einem, im Trunke, zu ſo gräßlichen Ausſchweifungen fähigen Manne, die Ehe, vor der Hand, fortzuſetzen; in ſolchem Falle aber, ſelbſt unter den Proteſtanten, die Scheidung von Tiſch und Bett für das ſchicklichſte Mittel angeſehen wird, die noch immer mögliche Beſſerung des ſchuldigen Ehegatten zu verſuchen, und gleichwohl die gänzliche Trennung der Ehe zu verhindern,

Böhmeri ius eccleſ. Proteſt. Lib. 4. t. 19. §. 42. ſqq. T. IV. p. 378. ſqq.

Leyſer ſp. 316. m. 1.

Brückner deciſ. iur. matrim. c. 25. p. 229. ſqq.

die Zeit einer ſolchen temporellen Trennung aber von der näheren oder entfernteren Hoffnung des ſchuldigen Ehegatten abhängt, und daher bey einem ſo eingewurzelten Laſter der Trunkenheit, als ſich der Implorat ſchuldig gemacht hat, nicht unbillig auf einige Jahre geſetzet wird,

B. Bardili de ſeparatione cohabitationis.

ſodann

II) in Anſehung der Erziehung der Kinder die Rechte verordnen, daß ſolche dem unſchuldigen Ehegatten überlaſſen werden ſolle,

Nov. 117. c. 7.

Auth. Pater C. divort. facto apud quem liberi.

dieſes

dieſes auch in vorliegendem Falle um ſo mehr ſeine Anwendung findet, da wegen der bisherigen Völlerey des Imploraten, und der daraus entſpringenden mörderiſchen Behandlung ſeiner Kinder, es allerdings unverantwortlich ſeyn würde, ſie bey demſelben zu laſſen, auch ſo gar Implorat ſelbſt, auf den Fall einer Separation, daß ſelbige ihm zu überlaſſen ſeyen, nachgeſuchet; anbeneben

III) durch die Scheidung von Tiſch und Bett lediglich eine temporelle Suſpenſion der ehelichen Pflichten bewürket wird, wohingegen die Rechte der Eingebrachten in Anſehung beyder Ehegatten, ſo wohl als die mutuelle Erbfolge derſelben ungeändert bleiben,

c. 2. X. de divort.

de Wernher T. II. P. 6. obſ. 325.

G. L. Böhmeri princ. iur. can. §. 413.

Implorantin ſolches auch ſelbſt eingeſehen, und da der Implorat in ihre Wirthſchaft etwas inferiret, und es die ſelbſtredende Billigkeit erfordert, denſelben während der Separation von der Implorantin zu entfernen, um ſelbige nicht täglich neuer Lebensgefahr auszuſetzen, ſich auf den Fall anerboten, ein gewiſſes jährliches quantum an denſelben zu bezahlen, deſſen Beſtimmung aber eine genaue Kenntniß des Vermögens und Nahrungserwerbes beyder Theile voransſezet, und daher den dortigen Gerichten billig überlaſſen bleibt; endlich

IV) beyde Theile, wie ſich aus den Acten nicht deutlich folgern läßt, ihr Vermögen in Gemeinſchaft gehabt, mithin die Prozeßkoſten, ſo lange keine gänzliche Eheſcheidung Statt findet, immer auf gemeinſchaftliche Rechnung fallen, und daher, ſo wohl dieſerhalb, als um gröſſere Verbitterung unter beyden Theilen zu verhindern, die Vergleichung derſelben für rathſam zu achten:

Als iſt, geſchehener maaſſen, der Hauptſache und Koſten halber, von Uns nicht unbillig erkannt worden. A. V. R. W.

IX.

Urthel nach Wertheim,

einen angeblichen Kirchenraub betreffend.

In peinlichen Unterſuchungsſachen entgegen den Gräflich Virneburgiſchen Unterthanen Niklas Berg, von Weiler, angeſchuldigte Kirchendiebſtähle betreffend, erkennet Hochgräfl. Löwenſteinwertheimiſcher Rath und Amtmann der Grafſchaft Virneburg, auf angebrachte Rüge, gehaltene Regiſtraturen, abgefaßte Artikel, des Inquiſiten darauf ertheilte Antwort, auch beygebrachte Vertheidigung, nach vorgehabtem Rathe auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Daß in Ermangelung mehreren Verdachts wider Inquiſiten weiter nichts vorzunehmen; derſelbe folglich ſeiner Haft nunmehro zu entlaſſen, auch mit Erſtattung der Unterſuchungskoſten, mit Ausnahme derer, welche auf ſeine Vertheidigung darauf gegangen, und des gegenwärtigen Urthelsverlags, noch zur Zeit billig zu verſchonen ſey. V. R. W.

Im Februar 1788.

Zweifels- und Entſcheidungsgründe.

Z. G.

Obwohl die gegen den Inquiſiten in den Acten vorkommende Inzichten, im Zuſammenhange, von der Beſchaffenheit zu ſeyn ſcheinen, daß derſelbe des angeführten Kirchendiebſtahls entweder für völlig überführt zu halten, oder wenigſtens, in Erwägung, daß von einem mit Gewalt verübten Diebſtahle die Rede iſt, auf die Peinlichkeit zu erkennen ſeyn dürfte, angeſehen, ſo viel

I. den zwiſchen Johannes dem Täufer und Johannes dem Evangeliſten im Jahr 1784. begangenen Kirchendiebſtahl anbetrifft, 1) unmittelbar nach ruchtbar gewordener That, das ganze Dorf Inquiſiten im Verdacht gehabt, daß er der Thäter ſey, geſtalten unter andern die drey erſten Sendſchöffen

ad

ad qu. 19. fol. 8. b. prot. Inquiſ. vid. fol. prot. inqu. 51. fol. 54.
ſolches einhellig eingezeuget, auch darüber noch viele andere Zeugniſſe in den Acten anzutreffen ſind, daß das Gerücht allgemein geweſen ſey, ein ſolches allgemeines Gerücht aber, falls deſſen Ungrund nicht zu überſehen, eine gegründete Anzeige zur allgemeinen Unterſuchung an die Hand giebt,

Quiſtorps Grundſätze des peinl. Rechts. T. II. §. 593. p. 1117. ſq. ibique alleg.

ſodann 2) eben dieſe drey Sendſchöffen, auf Befragen: wo dieſer Verdacht hergekommen?

ad qu. 20. fol. prot. 9.
den Grund darin geſetzet, daß Inquiſit vorher in ſchlechten Umſtänden geweſen, und in ſtarken Schulden geſteckt habe, angeſehen derſelbe z. E. in die Kurfürſtliche Kellnerey zu Mayen für gekauftes Zehentkorn bey 12 Karolinen ſchuldig geweſen, und ſolche bis auf 6 Rthlr. bezahlet, und ein gleiches mit ſeinen Weinhändlern geſchehen ſey, überdies derſelbe ſein Haus inwendig und auswendig prächtig einrichten laſſen, eine Scheuer gebauet, auch ſich allerhand prächtiges Hausgeräthe gekauft, auch ſonſt in ſeiner Haushaltung prächtig gelebt habe, eine ſolche plötzliche Veränderung alſo den Verdacht, daß er durch unrechtmäßige Mittel zum Vermögen gekommen ſey, um ſo mehr habe erregen müſſen, da er von ſeinen Gütern und Wirthſchaft ſo viel nicht habe erübrigen können; ſomit dieſer Umſtand das wider ihn entſtandene Gerücht nicht allein vollkommen gerechtfertiget, ſondern auch einen neuen Verdacht zur Unterſuchung gegen denſelben an die Hand gegeben habe; hiernächſt

3) Inquiſit ſich, nur gedachter maaſſen, verſchiedene koſtbare Sachen, inſonderheit eine prächtige Hausuhr und Schrank angeſchaft, ſolche üppige Ausgaben aber ebenmäſſig mit ſeinen übrigen Vermögensumſtänden in keinem Verhältniſſe geſtanden; ferner

4) die vorhin ſchon erwähnte Abbezahlung nahmhafter Schuldpoſten an ſeine Gläubiger den Verdacht eines durch unerlaubte Mittel erworbenen Vermögens nothwendig vermehren müſſen, ſodann

5) der erſte Sendſchöff

ad qu. 21. fol. 10. b. prot. inqu.

dem Inquiſiten zur Laſt geleget, daß er bey Leonhard Schuhmacher eine Piſtole habe wechſeln wollen, welches aber eine Karoline geweſen ſey, und daraus der gegründete Verdacht entſtehe, daß er ſolches Goldſtück auf keine redliche Art erworben habe; weiter

6) Inquiſiten zur Laſt geleget worden, daß er dem Nicolaus Flor ſechs Karolinen geboten, wenn er demſelben ſeinen Antheil an dem Frohnſchen Zehnten abtreten wollte; anbeneben

7) aus der Depoſition des Johannes Schüllers

fol. 20. prot. inqu.

erhellet, daß Inquiſit auf dem Katharinenmarkte zu Monreal in der Wirthsſtube, in Anweſenheit mehrerer Gäſte, dem Mathes Kerig ſein Geldbeutelchen aus der Taſche gezogen, und es demſelben, bloß weil es andere Gäſte gemerkt hätten, wieder zugeſtellet habe; und er folglich, nach dieſem Vorgange, für einen Menſchen anzuſehen ſey, zu welchem man ſich dergleichen gar wohl verſehen möge; eben derſelbe auch

8) den Inquiſiten beſchuldiget, daß er einen ähnlichen Verſuch bey einem Fremden zu Andernach gemacht habe, ihm den Geldbeutel zu ſtehlen, aber an der Ausführung dieſes Vorhabens ſey verhindert worden; demnächſt

9) dem Inquiſiten zur Laſt geleget wird, daß er zu Weiler und Harten viele Karolinen gezeiget, namentlich aber der Hubertus Wagner, Küſter zu Weiler

fol. 25. prot. inqu.

eingezeuget, daß derſelbe in ſeinem, des Zeugens, und Wilhelm Schäfers, auch des Kapellans Weiland, Gegenwart den Beutel herausgezogen, mit den Worten:

er hätte noch Geld, dem Paſtor den Flachszehnten zu bezahlen,

der Kapellan auch an den Beutel gefühlet habe; auſſerdem

10) Anton Adams

fol. 24. b. ſq. prot. inqu.

deponiret, daß er in den Chriſtferien 1784., als er mit den Inquiſiten in dem Walde gegangen, und ihnen fremde Leute von Gammelen begegnet, von dieſem befraget worden: was dieſes für Männer wären? und auf die erhaltene Antwort: daß es Leute von

von Gammelen wären, welche auf dieſen Tag ein Kapital aus der Kirche bekommen ſollten, Inquiſit die Rückantwort ertheilet habe:

wenn ſie es auch kriegen!

dieſe Antwort aber denſelben um ſo mehr drücken möchte, da aus derſelben des Inquiſitens Wiſſenſchaft, daß das Geld bereits geſtohlen geweſen, und alſo die Gammeler vergebens nach Weiler gehen würden, ſich nicht undeutlich hervor zu thun ſcheinet; hiernächſt

11) Inquiſit ſelbſt

ad int. 302. fol. 202. prot. inqu.

nicht zu verabreden vermocht, daß er zu Anton Schmitt geſagt: die Leute meinten, er habe viel Geld; aber, als er in ſeinem Keller eine Mauer abgebrochen, hätte er eine Summe Gelds gefunden, derſelbe auch

fol. act. 204.

angegeben, daß er ſolches dem Zimmermann Lotharius Roſenbaum von Mayen offenbaret, gleichwohl nur gedachter Roſenbaum

N. act. 25.

nicht nur daß er für Inquiſiten in die hintere Mauer des Kellers ein Thürgeſtell gemacht, ſondern auch daß er von dem angeblichen Funde deſſelben einige Wiſſenſchaft habe, gänzlich ins Leugnen geſtellet, ſomit daß Inquiſit durch dieſes widerſprochene Vorgeben nur der Nachſpürung nach der Erwerbungsart ſeines Geldes auszuweichen geſucht, und daher einen neuen Verdacht, des begangenen Diebſtahls halber, auf ſich geladen habe, gefolgert werden möchte; weniger nicht

12) Inquiſiten zu beſchweren ſcheinet, daß derſelbe, nach der Ausſage der Margaretha Laurin, verehelichte Daub,

fol. 27. prot. inqu.

kurz vor Caſtors Tage zu ihr ins Haus gekommen, und, auf den Tiſch ſchlagend, geſagt habe: „die Leute meinten, er hätte viele Schuld, und käme zu nichts; er hätte aber alle ſeine Schuld an der Moſel mit Gold und Kronenthalern bezahlt; man bekäme zwar hier lauter Stüber und ſchlechtes Geld, man müſſe ſelbiges aber auswechſeln;

weilen

weilen die Moſeler Gold und Kronenthaler haben wollten;„ angeſehen ſich daraus der Verdacht ergebe, daß Inquiſit auf einmahl eine groſſe Summe Geldes, zu Bezahlung ſo anſehnlicher Schuldpoſten, zuſammen gebracht haben müſſe, welche er in ehrlichen Wegen nicht beyeinander zu bringen vermögend geweſen; endlich

13) Anna Kerigs,

fol. 28. protoc. inqu.

deponiret, daß Inquiſit im Jahr 1784. zur Zeit, da Deponentin in Abweſenheit ihres Bruders, des dortigen Küſters vor ihrem Hauſe geſeſſen, vorbeygeritten, und geſaget habe: er hätte jetzt ſchöne Zeit, er wollte für ſie Mittags läuten, ſie ſollte ihm die Schlüſſel zur Kirche geben, Deponentin ſich auch dazu bewegen laſſen, und darauf Inquiſit würklich in die Kirche gegangen, und die Mittagsglocke geläutet habe, und dann auch hieraus eine gefährliche Abſicht des Inquiſiten, ſich die Gelegenheit zum Diebſtahl in der Kirche auszuſpüren, zu folgern ſeyn dürfte; hiernächſt

II. in Anſehung derer dem Inquiſiten, in Betreff des dritten, in der Nacht vom 7 — 8 November 1786. verübten Kirchendiebſtahls, zur Laſt fallenden, in den Acten vorkommenden Inzichten,

1) den 8 November, unmittelbar nach dem letzten Diebſtahl, beſage

fol. 38. ſqq. prot. inquiſ.

Johannes Schüller, und andere Nachbaren angezeiget, wasmaaſſen ſie gleich Morgens früh die Spur des Diebes zu entdecken geſuchet, aber von der Kirche an, in dem Schnee, welcher dieſelbe Nacht gefallen, keine ordentliche Fußſtapfen erkennen können, indem der Dieb vermuthlich aus Furcht, ſich zu verrathen, mit dem halben Fuſſe auf die Erde getreten, bey weiterem Nachſuchen aber hätten ſie den ordentlichen Tritt und ganzen Schuh in dem hinter der Kirche, gegen das Feld ziehenden Fuhrwege wahrgenommen, und beym Fortſpüren ſo viel bemerket, daß der Dieb nicht auf das Feld, ſondern über die Peſche gegen dem Dorf zu ſich zurück gewendet, und Deponenten zu ſolchem Ende, den Fußſtapfen ordentlich abgemeſſen, und ſo gar von dem Abſatz, auch die Sohlen des Schuhes, weniger nicht von dem im Schnee deutlich ausgedrückten, unter dem Schuhe durchgehenden ledernen Kamaſchenriemen, das Maaß genommen, und ſolches dem Herrſchaftlichen Beamten zugeſtellet, dieſem vorgängig aber ſofort die

ganze

ganze Gemeinde zuſammen berufen, und deren Schuhe und Kamaſchenriemen, nach dem übergebenen Maaſſe genau abgemeſſen worden, und dann beſage Protocolles, nur allein des Inquiſiten Schuhe und Kamaſchenriemen mit dem Maaſſe übereinſtimmend gefunden worden, hieraus alſo ein indicium proximum gegen den Inquiſiten, wegen dieſes Diebſtahls ſich hervor zu thun ſcheinet; Indicium eſt & depromitur ex veſtigiis formisque pedum, nivi, luto, arenæ impreſſorum,

Cruſius de indiciis delictorum P. 3. c. 2. n. 25. p. 11. ibique allegati.

Baldus Vol. V. conſ. 425. &

Menochius lib. I. præſ. 89.

hiernächſt

2) der in Anſehung des letzten Kirchendiebſtahls wider den Inquiſiten ſich hervorthuende Hauptverdacht aus dem bey demſelben gefundenen ſogenannten Weſeleiſen hergenommen iſt, und dann

a) verſchiedene Zeugen der Meynung ſind, daß ſolches überhaupt gar wohl die Stelle eines Brecheiſens vertreten könne, Inquiſit auch

b) keine befriedigende Anwort zu geben gewußt, woher die friſchen in dem

N. act. 59.

beygebrachten Riſſe angezeigten Reibungen, ſo wie die Kröchungen und Umwendungen deſſelben entſtanden, welchemnach

c) allerdings zu vermuthen ſtehe, daß ſelbige bey der, in Erbrechung der Kirchen- und Sakriſteythüren angewendeten Gewalt entſtanden ſey, dieſes auch

d) einen deſto gröſſeren Grad der Wahrſcheinlichkeit erhalte, da nach

fol. 40. b. ſq. prot. inquiſ.

das Eiſen qu. an den Ort der Sakriſteythür, wo die Gewalt gebraucht worden, angelegt und dabey befunden worden, daß ſolches in den Ort, wo der Eindruck gemacht worden, ordentlich eingepaßt habe; auch vorn an dem dünnſten Theil des Eiſens eine Ecke friſch theils gekrümmt, theils abgebrochen, und mit einem friſch geriebenen Zeichen befunden worden, welches vermuthlich durch den ſteinernen Thürpoſten verurſacht

worden, bey ſothanen Umſtänden alſo ſich beynahe an der von demſelben begangenen That nicht zweifeln laſſe; ferner

3) Inhalts der vorgenommenen Beſichtigung, nach dem dritten Diebſtahl, ſich in der Sakriſtey ein krummes Eiſen, welches auch Fenſterdrath und Windeiſen genannt wird, ſo wohl als ein Stück von einem alten kleinen Sägelein vorgefunden worden,

fol. 38. 67. 304. b. ſq. 401. prot. inqu.

welche zur Erbrechung der Thüre oder des Schränkchens angeblich gebraucht worden, und auch daraus Inquiſit der That halber verdächtig gemacht werden wollen, ſodann

4) demſelben zur Laſt gelegt worden, daß er nach Anton Sauers Ausſage

fol. 191½.

geſagt habe, die Kirchengelder würden nachläſſig verwahret, auch Inquiſit

5) einen verdächtigen fremden Mann, in der Nacht, da der letzte Diebſtahl begangen worden, beherberget, und daraus, daß wenigſtens Inquiſit für deſſen Mitſchuldigen zu halten ſey, gefolgert werden dürfte; überdies

6) Inquiſit ſich auch während ſeines Eheſtandes ſehr lüderlich aufgeführet und alſo für einen Mann, zu welchem man ſich dergleichen Verbrechen verſehen könne, angeſehen werden müſſe, endlich

7) des Inquiſiten, beſage

fol. 74. prot. inqu.

ergriffene Flucht denſelben verdächtig zu machen ſcheinet; wannenhero, daß überhaupt anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, dafür gehalten werden möchte;

E. G.

Dennoch aber und dieweil, was I) die Anzeigen wegen des erſten Kirchendiebſtahls anbelanget, 1) das Gerücht größtentheils auf Plaudereyen und meiſtens ungegründete Nachrichten gebauet zu werden pflegt, und daher die Geſetze verordnen, daß darauf nicht leicht Rückſicht zu nehmen ſey,

L. 12. C. de poen

C. Cruſius de indiciis delictorum P. I. c. 7. n. 4. p. 48.

in

in ſolcher Rückſicht auch K. Karl V. in der

P. G. O. a. 6.

nur redliche und genugſame Anzeigungen in peinlichen Sachen für zuläſſig erkläret, wannenhero ein Richter, welcher auf ungewiſſe Geſchwätze eine Unterſuchung gründet, allerdings für ſtraffällig angeſehen wird, wenn die Sache einen bisher unbeſcholtenen Mann betrifft, zu welchem man ſich einer Miſſethat nicht wohl verſehen kann,

Kreſs comment. ad C. C. C. art. 25. §. 2. not. 2. p. 85.

de *Böhmer* ad C. C. C. a. 6. §. 4. p. 34. ſq.

Strubens rechtl. Bedenken. T. V. reſp. 80. p. 170. ſq.

dem zu folge alſo es 2) gegenwärtig auf den Grund dieſes gegen den Inquiſiten plötzlich entſtandenen Leumuths ankömmt; dieſer aber hauptſächlich auf Inquiſitens angeblichen plötzlichen Reichthum, und dadurch vermehrten Aufwand, auch unbegreiflich ſchnelle Bezahlung ſeiner Schulden geſetzet worden, gleichwohlen einestheils die Rechte verordnen, daß der bloſſe Anwachs des Vermögens, wenn gleich die Urſachen davon unbekannt ſind, an und für ſich keinen rechtlichen Verdacht, daß ſolches auf ungerechte Art erworben worden, zu begründen vermöge,

L. 10. C. arbitr. tut.

Leyſer ſp. 570. m. 34.

anderntheils aber in vorliegendem Falle das ganze Geſchrey über Inquiſitens plötzlichen Reichthum ſich nach den Acten von ſelbſt widerleget, angeſehen, wenn man auch die

N. act. 40¼.

befindliche Berechnung ſeiner Einnahme und Ausgabe, während ſeines Aufenthaltes zu Weiler, überhaupt für richtig annehmen könnte, die letztere jene in einer Zeit von ohngefähr 7 Jahren auf 128 Rthlr. überſteigen würde, welche jährlich ohngefähr 18½ Rthlr. betragende Summe, bey einem Manne, welcher doch eigen Land, auch einen Curtrieriſchen gepachteten Zehnten beſeſſen, und darneben Wirthſchaft und Weinſchank getrieben, und ſich dadurch, ſo wohl als durch verkaufte Schweine, manches erwerben, und dennoch mit ſeiner Familie, ſeinem Stande gemäß, leben mögen, ſchon an und für ſich eine höchſt unbedeutende Kleinigkeit iſt, gleichwohlen die Acten ſelbſt ergeben, daß

Inquiſit von ſeinen liquidirten Schulden bey weitem noch nicht alles bezahlet, und ſo gar, Actenkündiger maaſſen, noch während der jetzigen Unterſuchung, verſchiedenes davon gegen ihn beygetrieben worden; hiernächſt derſelbe ſein väterliches Erbtheil, wie klar aus den Acten erhellet, in ſeine Haushaltung zu Weiler geſteckt, und dennoch ſich zum Verkauf verſchiedener Grundſtücke genöthigt geſehen, welches nicht geſchehen ſeyn würde, falls er durch den erſten, zwiſchen 500 und 600 Rthlr. ertragenden Kirchendiebſtahl eine ſo anſehnliche Summe in ſeinem Beſitze gehabt hätte; ſodann das Gerücht wegen ſeines koſtbaren Baues, und prächtigen Meublirung ſich ſofort als einfältiges Bauerngeſchwätz zu Tage leget, wenn damit die in der vorbemeldeten Berechnung dafür, Actenmäſſig angeſetzte Ausgaben verglichen werden, und man zugleich in Erwägung ziehet, daß Inquiſit annoch beſage

Beyl. L. der Defenſionsſchrift 227 Rthlr. 33 Alb. an Paſſivſchulden auf ſich hat; auch der Umſtand, daß er wohl beym Eſſen einen Schoppen Wein getrunken, bey einem Manne, welcher Weinſchank getrieben, keine Betrachtung verdienet; endlich auch das Geſchrey wegen der prächtigen Kleidungsſtücke ſich durch die bloſſe Einſicht der nur bemeldeten Beylage L. von ſelbſt widerleget; allenfalls und wenn aber auch das Gerücht wegen Inquiſitens ſchnell angewachſenem Vermögen in der Wahrheit gegründet geweſen wäre, nur alsdann einiger Verdacht wider denſelben daraus hätte hergeleitet werden mögen, wenn derſelbe die der Kirche angeblich geſtohlne Geldſorten in ſolcher Menge hie und da ausgegeben hätte, daß er ſolche aus ſeinem Erwerbe, erhaltenen Erbſchaftsgeldern, und erborgten Kapitalien nicht beſtreiten können, hiervon aber das Gegentheil ſich aus denen

N. act. 12 - 19.

beygebrachten Atteſtaten der Leute, an welche er, von Zeit zu Zeit, Zahlungen gethan, ſich zu Tage leget; ſomit dieſe Anzeige, welche gleichwohl beſage

N. act. 1.

auf die an das Gräfliche Amt geſchehene Denunciation, den Hauptgrund zur Unterſuchung gegen den Inquiſiten geleget, ſich von ſelbſt erlediget; hiernächſt

3) die angekaufte Uhr und Schrank inſonderheit anbelangend, beyde Stücke nicht nur in dem Hauſe eines Wirthſchaft treibenden Mannes, nicht für üppig, ſondern vielmehr

mehr unentbehrlich anzuſehen geweſen, auch die dafür in der Amtsberechnung angeſetzte reſpective 5 Rthlr 10 Alb. 4 Pf. und 9½ Rthlr. nur in den Augen neidiſcher Bauern einige Aufmerkſamkeit erregen, oder als Prachtvoll angeſehen werden mögen; ferner

4) in Zuſammenhaltung der Poſten welche Inquiſit, beſage der mehr erwähnten Beylage L., für verkaufte Grundſtücke erlöſet, oder annoch ſchuldig iſt, mit denjenigen Summen, welche er nach

N. act. 12 bis 19.

nach und nach, an ſeine Gläubiger bezahlet, in keinem Verhältniſſe ſtehen, vielmehr ſich daraus klar ergiebet, daß, wenn er an einem Orte einen Theil ſeiner Schulden abgetragen, er an einem andern Orte eben ſo viel, und zum Theil noch mehr, an neuer Schuldenlaſt contrahiret, welches bey einem Manne, der durch angeblich wiederholte Erbrechung der Kirche, ſo anſehnliche Summen erkobert haben ſoll, ſich mit einiger Wahrſcheinlichkeit nicht denken läßt; ſodann

5) Inquiſit zwar

fol. 122 ſq. prot. inqu.

eingeſtanden, daß er eine Karoline bey Leonhard Schuhmacher, für eine Piſtole, wechſeln wollen, dabey aber die Einrede gemacht, daß er ſolche von einem Gaſte für eine Piſtole eingewechſelt, und dieſem das zu wenig gegebene habe erſtatten wollen, ihn aber nach ſeiner Zurückkunſt nicht mehr in ſeinem Hauſe angetroffen habe, dieſe Angabe auch, ſo lange das Gegentheil nicht erwieſen worden, allerdings Glauben verdienet, beſonders da es Karolinen giebt, welche faſt bloß durch das Gewicht von Louis d'or zu unterſcheiden ſtehen, und daher auch Inquiſit durch den Anſchein gar wohl hintergangen werden mögen; weiter

6) die Beſchuldigung, daß Inquiſit dem Nicolaus Flor für die Abtretung ſeines Antheils an dem Frohuiſchen Zehnten, ſechs Karolinen angeboten habe, betreffend, wenn gleich Inquiſit

fol. 126 ſq. prot. inqu.

dieſen Umſtand nicht in Abrede geſtellet, dennoch daraus einiger Verdacht eines begangenen Diebſtahls nicht gefolgert werden mag, da einestheils das Geſchäft nicht zu

Stande gekommen, und man alſo nicht einmahl weiß, ob Inquiſit im Stande geweſen ſeyn würde, ſein Wort zu erfüllen, anderntheils aber Flohr das Anerbieten nicht angenommen, und alſo daraus die gegründete Vermuthung erwächſt, daß er die Summe, welche er dem Flohr geboten, aus den gewonnenen Früchten zu bezahlen gar wohl im Stande geweſen ſeyn würde, anbeneben

7) der Mathes Kerig ſelbſt

fol. 23. prot. inquiſ.

bekennet, daß Inquiſit ſofort, als Deponent aus der Stube gegangen, deſſen Stiefvater Nicolaus Bantes von Hirten erzählet, er habe ſeines Stiefſohnes Geldbeutel, und würde demſelben deswegen bange werden, Inquiſit ihm auch, da er ſeinen Beutel geſuchet, ſelbigen ſogleich mit den Worten:

hinfühpro verwahr dein Geld beſſer!

zurück gegeben, dieſe Angabe des angeblich beſtohlnen aber mehreren Glauben, als die hämiſche Muthmaaſſung des Johannes Schüllers, verdienet, und allen desfalls wider den Inquiſiten entſpringenden Verdacht gänzlich removiret; gleichergeſtalt

8) die Beſchuldigung, daß Inquiſit einem Fremden den Geldbeutel habe ſtehlen wollen, von demſelben ſchlechterdings ins Leugnen geſtellet worden, und daher ſowohl dieſerhalb, als weilen der Johannes Schüller ſeine Angabe mit nichts beſcheiniget, einige rechtliche Aufmerkſamkeit nicht verdienet; demnächſt

9) Hubertus Wagner auf die Frage: ob er nicht wiſſe, und geſehen habe, daß Niklas Berg zu Weiler und Hirten viele Karolinen gezeiget?

in Anſehung Weilers, mit Nein geantwortet, was aber Hirten betrift, nur die rohe Antwort gegeben:

ſo viel er meyne, hätte er auch Karolinen gezeiget,

dieſe Depoſition aber um ſo weniger in rechtliche Attention zu ziehen, da Zeuge überhaupt keine Karolinen bey Inquiſiten geſehen, noch weniger aber, worauf es doch bey dieſer Depoſition hauptſächlich ankommen mußte, daß deren viele geweſen, anzugeben gewußt, ſomit dadurch die Stärke dieſer Anzeige gänzlich geſchwächt wird, zumahl da Inquiſit einige Karolinen gar wohl haben, und ohne einigen Verdacht auch vorzeigen

konnte,

konnte, und nur eine groſſe Anzahl derſelben ihn allerdings verdächtig gemacht haben würde; auſſerdem

10) die dem Anton Adams, der Gammeler halber, gegebene Antwort:

wenn ſie es auch kriegen!

anbelangend, die Rechte verordnen, daß in zweifelhaften Fällen allemahl die gelindere Meinung Statt finden ſoll,

L. 56. L. 197. D. de reg. iur.

ſomit, da dieſe Antwort auf mancherley unſchuldige Art ausgelegt werden kann z. E. daß das Geld ſchon ausgeliehen ſeyn könne, daß es vielleicht den Gammelern an zureichender Sicherheitsſtellung mangeln könne, kein zureichender Grund ſich aus den Acten hervor thut, warum gerade die allergehäſſigſte Auslegung dieſer Worte gemacht werden müſſe; hiernächſt

11) niemand, nach den Rechten, ſchuldig iſt, dem andern auf die Frage: wie er zu ſo vielem Gelde komme? Rede und Antwort zu geben, dem zu folge alſo Inquiſit, da ihm Anton Schmitt auf eine ſehr verfängliche Art über den begangenen Kirchendiebſtahl zugeſetzet, um den ungeſtümmen Fragen los zu werden, ohne dadurch den geringſten Verdacht auf ſich zu laden, gar wohl die Antwort geben mögen: er habe einen Fund gethan; und ſolchemnach des Roſenbaums Antwort, wasmaaſſen er ſich deſſen nicht erinnere, dem Inquiſiten zu einigem Verdacht nicht gereichen mag; auch ſelbſt dadurch die Wahrſcheinlichkeit, daß des Inquiſitens Angabe richtig ſey, keinesweges umgeſtoſſen wird, ebnermaaſſen

12) des Inquiſiten Aeuſſerung gegen die Laurin, verehelichte Daub, anbetreffend, da aus dem vorigen erhellet, daß derſelbe ſeine Schulden an der Moſel, zum Theil noch gar nicht, zum Theil aber in langwierigen Terminen, bezahlet, auch daß es in Gold oder Kronenthalern geſchehen ſey, aus denen

N. 12. act. bis 19.

zu den Acten gekommenen Atteſtaten ſeiner Gläubiger nicht erhellet, ſomit die ganze Sache auf eine bloſſe Prahlerey deſſelben hinaus läuft, dieſes auch daraus ſehr wahrſcheinlich wird, da Deponentin ſelbſt eingeſtehet, daß derſelbe, bey dieſem Vorfalle, etwas

betrun-

betrunken geweſen; Inquiſit auch keineswegs behauptet, daß er ſeine Schulden an der Moſel auf einmahl bezahlet, daß er aber ſolche zum Theil würklich abgetragen habe, ſo wohl, als wovon ſelbiges geſchehen, aus dem obigen ſich zu Tage leget, ſomit wie daraus ein Verdacht auf denſelben, in Anſehung des verübten Kirchendiebſtahles erwachſen mögen, nicht abzunehmen ſtehet; endlich

13) den Umſtand anbelangend, daß er ſich zum läuten in der Kirche, worin die geſtohlnen Gelder verwahret geweſen, zugedrängt habe, des Küſters Kerigs Schweſter, welche, auf Inquiſitens Anerbieten, denſelben die Mittagsglocke für ſich läuten laſſen, ſelbſt deponiret, daß ſie auf Anrathen ihrer Taufpathin, der Matthes Hilde Wittwe, Inquiſiten ſo fort in die Kirche nachgegangen; daſelbſt die ewige Lampe im Chor geſtochelt, nach geendigtem läuten aber mit dem Inquiſiten aus der Kirche herausgegangen, und die Thür ſelbſt zugeſchloſſen, Inquiſit auch die Kirchthür kaum aufgemacht haben könne, als ſie ihm ſchon nachgegangen ſey; ſomit derſelbe nicht einmahl ſo viel Zeit gehabt, als zur Ausſpähung der Gelegenheit zum Diebſtahl erforderlich geweſen; falls er auch die Abſicht gehabt haben ſollte, wie doch aus den Acten nicht zu erſehen iſt; der Umſtand aber, daß er ſich zum läuten erboten, eben ſo wohl aus nachbarlichem gutem Vernehmen geſchehen ſeyn kann, als aus einer ſo Gefährdevollen Abſicht, welche ohnehin nach den Rechten nicht vermuthet werden kann; hiernächſt

II. was die dem Inquiſiten, in Anſehung des dritten, in der Nacht vom 7 zum 8 November 1786. verübten Kirchendiebſtahls, zur Laſt gelegte Anzeigen betrifft,

1) die aus den Fußſtapfen, auch dem Maaſſe der Schuhe und Kamaſchenriemen wider den Inquiſiten hergeleitete indicia anbelangend,

a) gleich anfänglich in Betrachtung kommt, daß die Zeugen aus der Kirche ſelbſt bis an den Fahrweg keinen ordentlichen Fußſtapfen erkennen können, ihre Muthmaßung aber, daß der Dieb, bis dahin, aus Furcht, ſich zu verrathen, nur mit dem halben Fuſſe auf die Erde getreten, auf ein bloſſes indicium hinaus läuft, worauf beym Zeugenverhör keine Rückſicht genommen werden darf, da Zeugen nur von dem, was ſie würklich ſelbſt gehöret oder geſehen haben, Kundſchaft abzulegen ſchuldig ſind, angeſehen es widrigenfalls an der ratione dicti fehlet, ohne welche ein Zeugniß ſchlechterdings keinen Glauben verdient; Teſtis ſimpliciter factum narrare, &

prout

prout res geſta eſt, exponere debet, non iudicare in ſua depoſitione; nam qui de iudicio ſuo vel iure partis deponit, nihil probat,

Maſcard de probat. concl. 458. n. 8. concl. 1363. n. 1.

Martini comment. forenſis in proceſſ. Saxon. t. 20. §. 3. n. 224. ſq. p. 950.

Brunnquell de ratione dicti teſtium §. 3. in opuſc. T. I. p. 642. §. 28. p. 660.

ſomit

b) die Frage: ob die halben Fußſtapfen von der Kirche bis an den Fuhrweg, mit denen von da angehenden ganzen Fußſtapfen eins ſeyen? ſchlechterdings für unerwieſen, und bloſſes Zeugengeſchwätz angeſehen werden muß, nicht zu gedenken, daß

c) bey Nehmung des Maaſſes von den Schuhen und Kamaſchenriemen, ſo wenig das Gericht, als ein Kunſtverſtändiger zugegen geweſen iſt, um dadurch beſtimmen zu können, ob auch das Maaß ganz genau genommen worden? mithin auch in dieſer Rückſicht darauf keine rechtliche Aufmerkſamkeit zu nehmen ſtehet; ferner

d) Deponenten, falls es ſelbigen bloß um Herausbringung der Wahrheit zu thun geweſen, die Spur bis an des Inquiſiten Haus verfolgen ſollen, als wodurch ihrer Ausſage allein einiges Gewicht hätte zuwachſen können, dieſes aber Actenkündiger maaſſen nicht geſchehen iſt, ſondern vielmehr Teſt. 3. int. 17. fol. 262. b. ſagt, daß ſie einen Flintenſchuß von Inquiſitens Hauſe zu ſpüren aufgehöret; überdies

e) nach der Ausſage des vierten, fünften und ſechſten Zeugen,

fol. 266. b. ſq. prot. inquiſ.

der Schuſter Peter Müller zum voraus geſagt, daß des Inquiſiten Schuhe zu dem Maaſſe nicht paßten, eben dieſe Zeugen auch

fol. 267. ſ. fol. 65. b.

einhellig eingezeuget, daß das Maaß ſolche nicht ausgeglichen habe, der Einwurf des vierten Zeugen aber

fol. 269.

daß ihm Nicolaus Klein erzählet, es ſey noch ein Paar Schuhe zurückgeblieben, unerwie-

ſen iſt, auf eine nichts relevirende, und ſtandhaft widerſprochene Ausſage von Hörenſagen hinauslauft: bey dieſen Umſtänden alſo

f) die Angabe, daß gleichwohl Inquiſitens Kamaſchenriemen mit dem übergebenen Maaſſe genau übereingeſtimmet haben, offenbar ins Lächerliche fällt, in ſofern Deponenten nicht zu bewahrheiten im Stande seyn ſollten, daß Inquiſit die Riemen unter falſche Schuhe gemacht haben ſollte, ohnehin die Kamaſchenriemen um ſo weniger in Betrachtung kommen, da nach

fol. 61. prot. inquiſ.

die mehreſten Gemeindsglieder theils gar keine Kamaſchen angehabt, theils keine Riemen, bey der Gemeinde Verſammlung geführet, überdem

g) die Fußſtapfen in friſch gefallenem Schnee, und ehe derſelbe ſtark gefroren iſt, nicht ſo gleichförmig und dauerhaft ausfallen, daß davon ein ganz genaues Maaß genommen werden könnte, ohne dieſes aber in einer, zumahl peinlichen Sache, mit einiger Zuverläſſigkeit darauf nicht gebauet werden mag; daß aber

h) der Inquiſit bey dieſer Gelegenheit perplex ausgeſehen und erblaſſet ſey, für ein Zeichen eines Bewußtſeyns ſeiner Schuld nicht angeſehen werden mag, da ein jeder ehrlicher Mann, welcher ſich eines ſo ehrenrührigen Verbrechens halber, im Angeſicht der ganzen Gemeinde, beſchuldiget ſtehet, und welchem man noch dazu die übrigen, zu Hauſe gelaſſenen Schuhe noch nachholen läßt, ſich auf ähnliche Art betragen würde; einfolglich dieſes erſte Indicium ſich zu Gunſten des Inquiſiten gänzlich erlediget, und darauf um ſo weniger zu fuſſen ſtehet, da

i) Inquiſit den Abend bis nach 8 Uhr in ſeinem Hauſe in der Karte geſpielet, und ſich demnächſt mit ſeiner Frau zu Bette geleget, auch in den ganzen Acten keine Spur zu finden, daß er wieder aufgeſtanden, und vor Tage, auſſer ſeinem Hauſe, oder gar in der Nachbarſchaft der Kirche geſehen, oder auch nur vom Nachtwächter entdecket worden;

ex fol. 162. a. ſq.

ſodann

2) das bey Inquiſiten vorgefundene Radſtangen- oder Weſeleiſen anbelangend,

a) das ſogenannte Weſeleiſen, an und für ſich, ein ganz unverdächtiges Werkzeug iſt, wannenhero

T. I. ad int. 17. fol. 289.

bekennet, daß er deren mehrere gehabt habe, ein gleiches auch der dritte Zeuge

ad dict. int. 17.

implicite eingeſtehet, und nur hinzufüget, daß er keine Liſte davon gehabt habe, weniger nicht der ſechſte Defenſionalzeuge

ad int. 40. fol. 403.

bekennet, daß er dergleichen ſchmieden laſſen, und als es dadurch krumm geworden, der Schmidt die Aeuſſerung gethan habe: nun ſieht es aus, wie des (Inquiſiten) Bergs ſeines, hieraus alſo ſich der Schluß von ſelbſt ergiebet, daß der Beſitz eines ſolchen Eiſens überhaupt niemand eines Diebſtahls halber verdächtig machen könne; folglich alles in dem vorliegenden Falle auf die Frage ankommt: ob Inquiſit mit dem in Frage befangenen Eiſen bey dem dritten Kirchendiebſtahl einen unerlaubten Gebrauch gemacht habe? und dann hierbey dem Inquiſiten hauptſächlich

b) entgegen zuſtehen ſcheinet, daß

α) das qu. Eiſen, bey der Einnehmung des Augenſcheines, laut

fol. 40. und 371. prot. inquiſ.

genau in die Einbrüche gepaſſet, welche bey Erbrechung der Sakriſtey, durch die Aufſprengung der Thür gemacht worden, auch

β) die daran gefundene friſche Reibungen, Krümmungen und Krächungen augenſcheinlich zu Tage legten, daß damit kürzlich ein gewaltſamer Gebrauch gemacht worden, gleichwohlen

ad α) alle Haupthandlungen, welche auf die Verurtheilung des Angeſchuldigten unmittelbaren Einfluß haben, in Gegenwart des peinlichen Richters, zweener Beyſitzer und des Gerichtsſchreibers vorgenommen werden müſſen,

C. C. C. a. 46. 47. 84. 181.

Beyer ad C. C. C. a. 181. n. 4.

Ludovici ad C. C. C. a. 189.

Leyſer Ip. 70. m. 7.

Quiſtorp l. c. §. 545.

auch die Natur der Sache mit ſich bringet, daß, wo es auf das Urtheil der Kunſtverſtändigen, ſo wie in gegenwärtigem Falle, ankommt, auch dieſe mit zugezogen werden müſſen,

Koch inſtit. iur. crim. §. 709.

in vorliegendem Falle aber bloß der Beamte und der Landvogt Wille laut

fol. 40. prot. inquiſ.

dazu gezogen, man auch ſo gar nicht einmahl erſehen kann, von wem die Anpaſſung geſchehen ſey, angeſehen die Worte des Protocolles: **hat man mit ſelbigem an jenem Ort die Probe gemacht, und funden** 2c. auch das Decret

fol. 371. prot. inquiſ.

zu Tage leget, daß ſolches in Gegenwart unpartheyiſcher Zeugen geſchehen ſeyn ſoll, gleichwohl beſagte 2 Zeugen Weiler und Sauer eingeſtehen, daß ſie das Eiſen ſelbſt mit den Eindrücken gemeſſen, eingezeuget, dieſe aber, da ſie keine Kunſtverſtändige geweſen, von der Sache ſelbſt zu urtheilen nicht vermocht; bey ſothanen Umſtänden alſo dieſe vorgenommene Beſichtigung augenſcheinlich null und nichtig iſt, und daraus etwas nachtheiliges gegen den Inquiſiten nicht gefolgert werden mag; um ſo mehr, da nach der einhelligen Ausſage der fünf Zeugen

ad art. 19. fol. 290.

kein anderes Wieſeleiſen probiret worden, überdies nach der Depoſition des Defenſionalzeugen

fol. 407. prot.

der Sauer, welcher den Zeugen und Beſichtiger zugleich gemacht, aufrichtig bekennet, daß Inquiſitens Eiſen **beynahe** getragen habe; folglich deſſen Kundſchaft, wenn ſolche auch an ſich relevant wäre, dennoch äuſſerſt verdächtig wird, ohne einmahl daran zu gedenken, daß nach der Kundſchaft des vierten Defenſionalzeugen

ad art. 14. 15. fol. 385. prot.

nur gedachter Sauer dem Inquiſiten, weil dieſer bey ihm nicht mehr arbeiten laſſen, feind geworden;

ad β) hingegen, was die Krümmung des Weſeleiſens anlanget, der Schmidt Steffen Steffens

ad int. 7. fol. 320. b.

als Kunſtverſtändiger, eingeſtehet, daß es ſolche beym Abſchlagen auf der Hütte bekommen haben könne, derſelbe auch die Möglichkeit, daß ſelbſt die Krächungen dort geſchehen ſeyn könnten, nicht abgeleugnet hat, und nur, daß es nicht leichtlich geſchehe, angegeben, gleichergeſtalt auch der ſechſte Defenſionalzeuge

ad int. 40. fol. 403.

eben dies mit dem Beyſpiele ſeines eignen Weſeleiſens beſtärket, und dabey noch den merkwürdigen, vorhin ſchon angeführten Umſtand anführet, daß der Schmidt, nachdem das Eiſen im Schmieden Krümmungen erhalten, geſagt habe: jezt ſieht es aus, wie Bergs ſeines; endlich auch die tägliche Erfahrung lehret, daß Eiſen, bey tauſenderley unſchuldigem öconomiſchen Gebrauche, Reibungen erhalten könne, und alſo auch daraus nichts nachtheiliges gegen den Inquiſiten geſchloſſen werden mag; hierbey auch nicht auſſer Acht zu laſſen, daß nach

N. act. 21.

der Factor Jonas auf dem Hammer zu Meiſenheim, wo das Eiſen qu. gekauft worden, auf Verlangen des Amtes atteſtiret, daß das Eiſen auf dem dortigen Hammer bald gehauen, bald gebrochen werde, ſo wie man am beſten zu recht komme, eben dadurch aber des Inquiſitens Ausſage den größten Grad der Wahrſcheinlichkeit erhält; hiernächſt

3) dies in der Sakriſtey gefundene krumme Eiſen oder Fenſterdrath betreffend, wie auch das Stück einer kleinen Säge, einestheils in den ganzen Acten keine Spur zu finden, daß ſelbige Inquiſitens Eigenthum ſeyen, oder er ſelbige je im Beſitze gehabt habe, mithin wie daraus gegen denſelben ein Grund eines Verdachts hergenommen werden mögen, kaum abzunehmen ſtehet; anderntheils aber ſelbſt die Frage: ob dieſe Stücke zu Erbrechung der Sakriſtey gebrauchet worden, noch überhaupt zweifelhaft iſt, da der ſechſte Defenſionalzeuge

fol. 401. prot. inquiſ.

ausdrücklich erprobet, daß ſich wenigſtens das Sägelein dazu keinesweges ſchicke; anbeneben

4) die Beherbergung des fremden verdächtigen Mannes betreffend, des Inquiſitens Ausſage

fol. 150. ſq.

mit demjenigen, was der Gaſtwirth Wagner, bey welchem er würklich übernachtet,

fol. 183. ſq.

deponiret, auf das genaueſte übereinſtimmet, daß derſelbe zwar bey Inquiſiten um Nachtquartier nachgeſuchet, dieſer aber es ihm ſchlechterdings abgeſchlagen; auch aus den Acten ſonſt keine Spur ſich ergiebet, daß Inquiſit ſonſtige Bekanntſchaft mit demſelben gehabt habe; wohlfolglich wenn gleich wegen vieler in den Acten vorkommenden, zum Theil im Protocolle

fol. 369.

angeführter Umſtände, dieſer Unbekannte, welcher Anton Kirſtges aus dem Trieriſchen ſeyn ſoll, einen groſſen Verdacht wegen des qu. Diebſtahls auf ſich hat, dennoch unbegreiflich iſt, wie man desfalls dem Inquiſiten etwas zur Laſt legen könne; gleichergeſtalt

5) die Acten den Beweis enthalten, wie nachläſſig die Kirchenvorſteher die Kirchengelder verwahret haben, unter andern auch ein frappantes Beyſpiel ihrer ſtrafbaren Nachläſſigkeit ſich daraus zu Tage leget, daß, da der erſte 5 bis 600 Rthlr. betragende Diebſtahl ſchon zwiſchen dem 24 Junius und 27 December 1784. begangen worden, ſelbige dennoch die Anzeige davon, laut Protocolles

fol. 1. ſqq.

erſt im October des folgenden Jahres gethan haben, ſomit es dem Inquiſiten nicht zu verdenken geweſen, daß er ſeine Unzufriedenheit darüber, allenfalls in ſtarken Ausdrükken, zu erkennen gegeben hat, zumal da ohnehin dieſe Sachen dorfkündig geweſen ſeyn müſſen; weiter

6) die Beſchuldigung, daß Inquiſit lüderlich gelebt habe, eineſtheils unerwieſen iſt, angeſehen der einen Zeugin, welche, daß ſie die Sünde mit demſelben vollbracht habe, eingeſtanden hat, in ihrer eigenen Schande nicht geglaubet wird; anderntheils aber dieſer Umſtand auf die gegenwärtige Unterſuchung keinen Einfluß hat, da der bekannte

kannte Grundſatz: qui ſemel malus, ſemper malus, nur bey Verbrechen von einerley Art ſeine Anwendung findet,

Horn de ſemel malo ſemper malo,

endlich

7) die von Inquiſiten genommene Flucht an und für ſich für eine Vermehrung der vorhandenen indiciorum nicht anzunehmen ſtehet, da ſie die natürlichſte Vertheidigung aus dem Verdruß über das Gefängniß, und der Liebe zur Freyheit mit ſich führet,

de Böhmer ad Carpzov. P. 3. qu. 111. obſ. 10. qu. 120. obſ. 17.

und dann hieraus ſich deutlich veroffenbaret, daß gegen Inquiſiten kein einziges nahes und ſtringentes indicium vorhanden iſt, aus welchem auf die Peinlichkeit, oder gar eine würkliche Strafe zu erkennen ſeyn dürfte, zumahlen da

III. die Beſchaffenheit der gegen denſelben aufgeführten Zeugen anbelangend,

1) daß ſelbige überhaupt wegen ſeiner ſich verbeſſernden Umſtände und Lebensart auf ihn überaus neidiſch geweſen, ſchon aus dem obigen erhellet; hauptſächlich aber

2) die Acten ergeben, daß

a) die Gemeinde, weilen Inquiſit den Zehnten gepachtet, welchen ſie bishero ſelbſt gehabt, ihn angefeindet,

T. 4. 5. fol. 281.

T. 5. fol. 282.

und ſo gar

b) in der ganzen Gemeinde gemurmelt worden, man müſſe den Strick bezahlen, wenn Inquiſit gehangen werden ſollte,

T. 1. 3. 4. 5. fol. 282.

ſomit, wie viel den Zeugniſſen ſolcher Leute zu trauen ſey, ſich von ſelbſt ergiebet, bey ſothanen Umſtänden daher auch dem Inquiſiten, ſo lange ſich keine kräftigere Inzichten wider denſelben hervorthun, auſſer den ſich von ſelbſt verſtehenden Defenſions- und Verſchickungskoſten, die übrigen Unterſuchungskoſten noch zur Zeit nicht auferleget

werden

werden können, und endlich die abſolutio ab inſtantia die Entlaſſung aus der Haft ohnehin mit ſich führet:

Als iſt, geſchehener maaſſen, der Hauptſache und Koſten halber, von Uns nicht unbillig erkannt worden.

X.

Urthel

nach Wremen im Herz. Bremen,

Ueber die Veränderung der Rechte der Ehegatten, aus veränderter Wohnung.

In Sachen des Landesvorſtehers Roſentreters, und des Deputirten Sebberes in Vormundſchaft Eide Pecke Dodts hinterlaſſener Tochter, Citanten an einem, entgegen und wider nur gedachten Eide Pecke Dodts hinterlaſſene Wittwe, Helenen Rebecken von Campen, Citaten am andern Theil, die Verfertigung eines Inventarii und Ablegung der Rechnung über die geführte Verwaltung betreffend, erkennet K. Großbr. Churf. Braunſchw. Lüneb. Vogtgericht zu Imſum, Mulſum und Wremen auf Citation, geſchehene Vernehmlaſſung, und erfolgten Schluß der Acten, nach vorgehabtem Rathe auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Daß, ſo viel die anverlangte Verfertigung eines Inventarii oder eidlicher Specification anbetrifft, Citatin unerheblichen Einwendens ohngehindert zu deſſen Herausgebung allerdings verbunden, dahingegen, was die Ablegung der Rechnung anbelanget, ſelbige von der erhobenen Klage gänzlich zu entbinden und loszuſprechen, und ſelbige zu allen einer Wurſter Ehefrauen gebührenden Gerechtſamen zuzulaſſen, auch das von ihrem Ehemanne errichtete Teſtament, ſo weit es ihren desfallſigen Rechten derogiret, für ungültig zu erklären, und derſelben ſolchergeſtalt die alleinige Verwaltung der ganzen Nachlaſſenſchaft, ſo lange bis ſie ſelbſt die Volljährigkeit erreichet, unter der natürlichen Vormundſchaft ihres Vaters zu über-

überlaſſen; es könnten und wollten dann Citanten, binnen 4 Wochen peremtoriſcher Beweisfriſt, der Citatin Gegenbeweis, Eidesdelation und andere rechtliche Nothdurft, binnen gleichmäſſiger peremtoriſcher Beweisfriſt vorbehältlich, ihr Vorgeben, wasmaaſſen der Citatin verſtorbener Ehemann, zur Zeit der mit derſelben geſchloſſenen Ehe, ſein domicilium zu Rechtenfleth conſtituiret, und ſein domicilium originis im Lande Wurſten gänzlich aufgegeben habe, oder daß ſelbige zur Verwaltung untauglich ſey, anderer und beſſerer Geſtalt, erweiſen, deſſen genöſſen ſie billig; und ergehet ſodann der Hauptſache halber, allenthalben ferner, was ſich zu Recht gebühret; die bisher auf dieſen Prozeß verwendete Koſten aber werden, aus dazu bewegenden Urſachen, gegen einander compenſiret und aufgehoben; jedoch iſt Citatin gegenwärtige Verſchickungskoſten, dieweilen ſie um die Verſendung der Acten nachgeſuchet, allein zu tragen verbunden. V. R. W.

Im December 1787.

Zweifels- und Entſcheidungsgründe.

Z. G.

Obwohlen einestheils Actenkündig iſt, daß Citanten, ſofort nach dem Tode des Ehemannes der Citatin, um die Bevormundung der, nach des Vaters Tode gebornen einzigen annoch lebenden Tochter beym Amte Hagen nachgeſuchet, dieſes auch die Citanten würklich zu Vormündern erneunet, und obgleich Citatin dagegen proteſtiret, jedennoch ſothane Proteſtation, nach hinreichender Unterſuchung der Sache verworfen, auch auf die von der Citatin dagegen ergriffene Appellation, das Verfahren des Amtes Hagen vom K. Hofgerichte zu Stade beſtätiget und die Sache an das Amt Hagen zurückgewieſen worden, aus den Acten auch nicht conſtiret, daß Citatin das gegen ſothanes Erkenntniß ergriffene Rechtsmittel gebührend proſequiret, wohlfolglich die Frage: ob Citanten als rechtmäſſige Vormünder zu betrachten? als Rechtskräftig entſchieden anzuſehen, hieraus aber deren Recht, auf die Verfertigung eines zu Recht beſtändigen Inventarii, oder eidlich zu beſtärkenden Specification, ſo wohl, als auf Ablegung der Rechnung, über die von der Citatin bisher geführte Verwaltung, ſich von ſelbſt zu ergeben ſcheinet; anderntheils aber Citanten in den Gedanken ſtehen, daß Citatin keinesweges als eine Wurſter Wittwe zu betrachten, ſondern ſelbige

vielmehr nach den im Amte Hagen üblichen gemeinen Rechten beurtheilet werden müſſe, und ſolchemnach das von ihrem Ehemanne verfertigte

N. act. 7. Anl. A.

befindliche Teſtament für zu Recht beſtändig ſchlechterdings zu halten ſey, angeſehen

1) dem Wurſter Landrecht nur in ſo weit geſetzliches Anſehen zukomme, als es dem Gerichtsgebrauche angemeſſen ſey,

G. Maſcovii notitia iuris & iudicior. Brunsvic. P. 3. §. 44. p. 146. ſq.

hiervon aber aus den Acten, in vorliegendem Falle, nicht conſtire; allenfalls

2) und wenn aber auch ſolches als erwieſen anzunehmen ſeyn dürfte, dennoch der Citatin die Rechte einer Wurſter Ehefrauen keinesweges beyzulegen ſeyn dürften, in Betracht deren Ehemann zu Rechtenfleth, Amts Hagen, erzogen worden, und ſich daſelbſt, auch nach erhaltener Volljährigkeit, bey dem Mitcitanten Roſentreter, aufgehalten, und

3) ſo gar die Citatin daſelbſt wirklich geheyrathet habe, bey ſothanen Umſtänden alſo derſelbe ſein urſprüngliches forum domicilii im Wurſterlande verändert habe, und dannenhero daß deſſen ganze Nachlaſſenſchaft, nach denen in ſeinem neu erwählten foro domicilii üblichen Rechten, beurtheilt werden müſſe, nicht zu bezweifeln ſtehe,

de Pufendorf T. I. obſ. 27. 28.

dagegen auch

4) nicht eingewendet werden möge, daß derſelbe, von Zeit zu Zeit, ſich, nach ſeinem im Wurſterlande habenden Vermögen, umgeſehen, und ſich zuweilen dort auf eine kurze Zeit aufgehalten habe, angeſehen ſolches nach der Lehre

Leyſeri ſp. 72. m. 4.

für bloſſe, dahin geſchehene, temporelle Reiſen, zu betrachten, wodurch die Rechte des fori domicilii im Amte Hagen keinesweges abgeändert werden mögen; anbeneben

5) das Wurſter Landrecht eine beerbte Ehe vorausſetze, der Citatin Ehemann aber, zur Zeit ſeines Ablebens, kein Kind am Leben gehabt habe, in Betracht das erſte Kind ſchon vor dem Vater verſtorben, das zweyte annoch lebende aber, erſt nach des Vaters Tode geboren worden, ſomit der Citatin auch in dieſem Betrachte die

Rechte

Rechte einer Wurſter Ehefrauen nicht beygeleget werden könnten, nicht zu gedenken, daß

6) falls auch das Wurſter Landrecht, in gegenwärtigem Rechtsfalle, zum Grunde der Entſcheidung geleget werden möchte, dennoch der Citatin Ehemanne das Recht zu teſtiren allerdings zugeſtanden habe, und ſolchergeſtalt das in Frage befangene Teſtament für zu Recht beſtändig um ſo mehr gehalten werden müſſe, da ſelbiges keinen ſichtbaren Mangel an ſich habe; bey ſolchen Umſtänden alſo daß lediglich auf das Geſuch der Citanten zu erkennen geweſen, dafür gehalten werden möchte;

E. G.

Alldieweilen aber dennoch einestheils der beym Amte Hagen und dem K. Hofgericht verhandelte, und Rechtskräftig entſchiedene Streit lediglich die Frage betroffen: ob der Citatin einzigen Tochter Vormünder anzuſetzen? und dazu die Citanten zu beſtellen ſeyen? die exceptio rei iudicatæ folglich in gegenwärtigem Falle aus jenen Erkenntniſſen keinesweges zu begründen ſtehet, da es in dieſem Rechtsſtreite bloß auf die Frage ankommt: ob Citatin das Recht habe, ihrem verſtorbenen Ehemanne, nach der im Wurſter Landrecht begründeten allgemeinen ehelichen Gemeinſchaft der Güter, als eine Wurſter Wittwe, zu ſuccediren? und ob folglich das zu ihrem Nachtheile verfertigte Teſtament für Rechtsbeſtändig anzuſehen ſey? mithin die Frage von einem ganz andern obiecto litis vorwaltet,

L. 12. L. 13. L. 18. D. de exc. rei iud.

Voetius ad Pand. eod. tit. §. 3.

Citanten auch die Richtigkeit dieſes Satzes ſelbſt gerichtlich anerkannt, geſtalten ſie in ihrer ſogenannten injungirten Nothdurftsverhandlung

N. act. 9. adj. F.

ausdrücklich behaupten: „überdies kann es auch der Wittwe Dodts gleichgültig ſeyn, wenn doch einmahl eine Tutel angeordnet werden ſoll, bey welchem Gerichte dis geſchehe? dis ſind iura tertii, um die ſie ſich nicht zu bekümmern hat. Ihre Rechte, wenn ſie es ausfechten kann: ob ihr Mann überhaupt, und in der geſchehenen Maaſſe, teſtiren können? bleiben ihr desfalls

immer ungekränkt; ſomit wenn gleich Citanten als rechtmäſſig beſtellte Vormünder anzuſehen, dadurch der Citatin ihre gegenwärtig in Frage befangenen Gerechtſame für Rechtskräftig aberkannt keinesweges angeſehen werden mögen, ſo wenig als dadurch die Frage: ob Citatin nach erhaltener Volljährigkeit, nicht allenfalls ſelbſt um Anſtellung zur Vormünderin, nachſuchen könne? dadurch für entſchieden gehalten werden mag; hieraus aber der Vorwand eines Rechtskräftigen Urthels ſich von ſelbſt erlediget, um ſo mehr, da, wenn gleich Citatin ihrem Ehemanne nach Wurſterrecht ſuccediret, und in der Verwaltung des Vermögens bleibt, dadurch der Citanten Vormundſchaft, den Rechtskräftigen Beſcheiden zuwider, nicht unbrauchbar wird, ſondern ſelbige allezeit die Oberaufſicht behalten, damit Citatin durch üble Wirthſchaft, oder Verſchwendung, die Nachlaſſenſchaft nicht verſchleudere; anderntheils aber, die Hauptſache anbelangend,

1) der Gerichtsgebrauch des Wurſter Landrechts, in Anſehung der vorliegenden Fragen bereits durch das höchſtpreisliche Oberappellationsgericht im Jahr 1719 unumwunden als erwieſen und richtig anerkannt worden,

de Pufendorf T. I. obſ. 86. §. 20.

Citanten auch ſolches, im Eingang ihrer Triplik

N. act. 10.

ſelbſt agnoſciret: dem zu folge alſo die Verordnung ſothanen Landrechts

art. 2. §. 2. 3. im Anhange des T. I. der Pufendorfiſchen obſervat. p. 60.

Inhalts deren eine beerbte **Wittwe**, falls ſie ihren Wittwenſtand nicht verrückt, mit **ihren Kindern auf Gedey und Verderb** ſitzen bleibt, und nur in dem Falle, wenn der hinterlaſſene Ehegatte der Kinder Güter nicht gebührlich verwaltete, oder zu ſolcher Verwaltung untauglich erfunden worden, vermittelſt rechtlicher Erkenntniß Vormünder angeordnet werden ſollen, für unſtreitig gültig angeſehen werden muß; wannenhero

2) keinen Zweifel leidet, daß, beſage dieſes Landrechts, die in mehreren Statuten und Landesordnungen angenommene Fortſetzung der Gemeinſchaft der Güter, zwiſchen dem Ueberlebenden, und den Kindern des Verſtorbenen, zur Grundregel angenommen worden, und daher dem Ueberlebenden die allgemeine Verwaltung des gemeinſchaftlichen Vermögens zukommt,

I. H. de Berger de poſſeſſ. uxoris. ſ. 2. §. 7. T. II. diſſert. ſelect. p. 1592.

Weyher de commun. bonor. inter coniuges P. 2. th. 5. §. 2.

G. L. Böhmer T. II. elector. iur. ciu. exerc. 17. §. 17. p. 28. ſqq.

und es ſolchergeſtalt in der vorliegenden Sache lediglich auf die Frage ankommt: ob Citatin mit ihrem Ehemänne in einer geſetzlichen Gemeinſchaft der Güter gelebt habe, und daher nach dem Wurſter Landrecht zu ſuccediren befugt ſey? hierbey aber

3) vor allem in Betrachtung zu ziehen, daß der Citatin Ehemann zu Degten im Lande Wurſten geboren iſt, wo ſein Vater gewohnet, und mit unbeweglichen Gütern angeſeſſen geweſen iſt, daher nicht zu zweifeln ſtehet, daß derſelbe, von ſeiner Geburt an, daſelbſt, und folglich im Wurſterlande, ſein forum domicilii originis erhalten habe,

L. 1. §. 1. L. 6. L. 19. §. 1. D. ad munic.

L. 3. C. de munic.

L. 7. C. de incolis.

und daher, obgleich heut zu Tage dieſer Gerichtsſtand, ohne Zweifel, willkührlich verändert und aufgegeben werden kann, dennoch ſothane Veränderung keinesweges vermuthet wird, ſondern durch ſtringente Beweiſe dargethan werden muß,

de Lynker P. 2. d. 772.

Mevius P. I. d. 164.

Lauterbach colleg. Pand. tit. de iud. §. 42. 43.

de Wernher P. 7. obſ. 148. P. 8. obſ. 285.

gleichwohl die von Citanten desfalls beygebrachte Beweisgründe äußerſt ſchwankend und unſicher ſind, angeſehen wenn gleich

4) derſelbe nach des Vaters Tode von ſeinem Vormunde und Oheim, dem Mitcitanten Roſentreter zu ſich nach Rechtenfleth, Amts Hagen genommen, und daſelbſt erzogen worden, daraus dennoch keine Vermuthung für die Veränderung des urſprünglichen fori domicilii gefolgert werden mag, da ſogar raſende Perſonen den einmahl angefangenen Beſitz ſolo animo fortzuſetzen berechtiget ſind,

L. 25. §. 1. D. de adqu. vel am. poſſ.

L. 4. §. 3. D. de uſurp. & uſur.

 und

und es ohnehin eine den Grundſätzen der Rechte widerſprechende Sache ſeyn würde, dem Vormunde die Befugniß zu ertheilen, um ſeinem Pflegbefohlnen die aus dem foro domicilii entſpringende Vortheile, durch ſeine einſeitige Handlung zu entziehen, dem zufolge alſo, daß der Citatin Ehemann, ohnerachtet er im Amte Hagen erzogen worden, ſein während der Minderjährigkeit gehabtes forum domicilii im Wurſterlande conſerviret habe, allerdings vermuthet werden muß; ſothane Vermuthung auch

5) dadurch keinesweges entkräftet wird, daß derſelbe ſich noch einige Zeit, nach der erhaltenen Volljährigkeit, bey dem Citanten in Rechtenfleth aufgehalten hat, angeſehen Citanten ſelbſt in ihrer bey dem K. Hofgerichte übergebenen Vorſtellung

N. act. 11. Anl. lit. G.

zu erkennen gegeben, daß gedachter ſein Oheim geſonnen geweſen ſey, demſelben ſeine Güter zu überlaſſen, und eben dieſe Hoffnung, die günſtigen Geſinnungen deſſelben zu erhalten, den natürlichſten Bewegungsgrund, eine Zeitlang bey demſelben zu bleiben, darbietet; und die ohnehin äußerſt ſchwache Vermuthung für die Veränderung des Gerichtsſtandes ſeiner urſprünglichen Wohnung gänzlich entkräftet, zumahlen da nicht die bloße Wohnung an einem Orte, ſondern die Abſicht, beſtändig daſelbſt zu bleiben, das forum domicilii bewürket,

L. 17. §. 5. 13. D. ad munic.
Franzkius ad Pand. tit. de iud. n. 29.
Reſp. Erford. T. I. reſp. 54. n. 18. p. 143.
Wernher P. 7. obſ. 148.

hieran es aber gegenwärtig gänzlich ermangelt; in mehrerem Betrachte

6) derſelbe an ſeinem Geburtsorte nicht nur ſein väterliches Wohnhaus, ſondern auch den ererbten beträchtlichen Wollerſchen Hof beſeſſen, hingegen er zu Rechtehof gar nichts eigenthümliches gehabt, ſondern bey Citanten eine ganz freywillige Wohnung genoſſen, aus welcher er jeden Augenblick vertrieben werden mögen, mithin wie darauf eine præſumtio mutati domicilii begründet werden mögen, nicht abzunehmen ſtehet; hierwider auch

7) nicht anzuführen iſt, daß er ſich gleichwohl zu Rechtenfleth mit der Citatin verheyrathet, in Erwägung daß der Ort, wo die Heyrath vollzogen worden, kein neues forum

forum fundiret, ſondern dieſes ſich nach dem wahren und unzweifelhaften foro domicilii mariti richtet,

L. 65. D. de evict.

und da dieſes zur Zeit der vollzogenen Ehe im Wurſterlande geweſen, daß die Citatin dadurch alle einer Wurſter Ehefrauen, nach dem klaren Inhalte des Landrechts, zuſtehende Gerechtſame erhalten habe, keinesweges gezweifelt werden mag, allenfalls und wenn aber auch

8) Der Citatin Ehemann, nach der Ehe, ſein forum geändert haben ſollte, dadurch derſelben ihre bey der Heyrath erworbene Rechte keinesweges entzogen werden können, in ſo fern ſie dazu ihre Einwilligung ausdrücklich oder ſtillſchweigend nicht gegeben haben ſollte,

Chr. Rodenburg de iuribus coniug. t. 2. c. 4. §. 2. p. 119. ſq.

Jo. a Sande lib. 2. t. 5. d. 10.

de Pufendorf T. II. obſ. 121. §. 3.

J. H. Baleke de iuribus coniugum ex mutat. domicilii reſultant.

nicht zu gedenken, daß

9) die Rechte jemanden mehrere domicilia verſtatten,

L. 29. D. ad munic.

und daher aus der Ergreiffung eines neuen domicilii kein Schluß auf die Aufhebung des alten gefolgert werden kann; dieſes auch hier ſeine Anwendung um ſo mehr findet, da

10) der Citatin Ehemann von ſeinem temporellen domicilio precario oftmalige Reiſen nach ſeinem urſprünglichen Wohnungsorte gethan, und ſogar, wie Citanten in der mehrbelobten

Anl. G. N. act. 10.

ſelbſt eingeſtanden, daſelbſt den Kirchſpielsverſammlungen beygewohnet, die Anlagen bezahlet, und als ein hauptſächlicher Intereſſent, die Protocolle mit unterſchrieben, hieraus aber die ſtärkſte Vermuthung für die unabänderliche Abſicht, ſein altes forum domicilii beyzubehalten, ſich von ſelbſt zu Tage leget; dieſes vorausgeſetzt aber

11)

11) und da Citatin durch die, nach Wurſter Rechten mit demſelben vollzogene Ehe ein unbeſchränktes Recht auf alle, beym Leben, und nach dem Tode deſſelben, aus der allgemeinen ehelichen Gemeinſchaft der Güter reſultirende Rechte erhalten, ſich von ſelbſt verſtehet, daß demſelben keinesweges frey geſtanden, dieſe derſelben durch ein einſeitiges Teſtament zu entziehen, vielmehr dieſes, nach den Grundſätzen der Teutſchen Rechte ſchlechterdings, ſo weit es ihren Gerechtſamen zuwider läuft, für ungültig angeſehen werden muß,

Mevius ad ius Lub. lib. I. t. 1. a. 8. n. 57. ſqq.

Carpzov P. 3. C. 7. d. 16.

Heineccius de teſtamentiſact. iure Germ. arctis limit. circumſcripta §. 11. ſqq.

H. C. Lange von der ehelichen Gemeinſchaft der Güter c. 7. §. 10. ſqq. p. 178. ſqq.

cum lucrum, quod publico legis beneficio conferatur, nemo privatus auferre nequeat,

Kleibert de commun. bonor. §. 33.

Lange l. c. p. 179.

maaſſen dann ſo gar die dem einen Ehegatten verſtattete Erlaubniß zu teſtiren für keine Einwilligung zur Entziehung oder Verminderung der ſtatutariſchen Portion gehalten wird, conſentit quippe ſaluo iure ſuo,

arg. L. 35. §. 2. C. de inoffic. teſtam.

Carpzov. lib. 6. reſp. 101.

Leyſer ſp 425. m. 8.

bey ſothanen Umſtänden alſo, da Citatin das ganze Teſtament in ſeinem vollen Umfange anzufechten berechtigt iſt, und derſelben nicht bloß ein Römiſcher Pflichttheil, ſondern die ganze Nachlaſſenſchaft ihres Ehemannes gebühret, die Frage von der Anſtellung einer hierher gar nicht paſſenden querela inofficioſi teſtamenti oder condictionis ſuppletoriæ, in Rückſicht, daß ihr gleichwohlen 30 Jück Landes im Teſtamente ausgeſetzet worden, gänzlich unanwendbar iſt,

F. W. Peſtel de ſucc. coniugum ex iure Germ. c. 1. §. 24.

Strubens Nebenſt. T. V. p. 46. ſq.

dem

dem auch

12) nicht entgegen ſtehet, daß, nach der Citanten Angabe, der Citatin Ehemann mit deren Aufführung nicht zufrieden geweſen, und derſelben nur noch auf jener Zureden, die 30 Jück im Teſtamente ausgeſetzet habe, angeſehen ſolches nur auf der Citanten unbeſcheinigtem Vorgeben beruhet, und ohnehin in keine rechtliche Betrachtung mehr kommen kann, da der Teſtator dieſes Umſtandes im Teſtamente nicht erwähnet, noch daß darauf ſeine, der Citatin Rechte gänzlich untergrabene Diſpoſition gegründet ſey, angeführet hat; allenfalls und wenn aber auch darauf eine exheredatio bona mente begründet werden mögen, ſolche im Teſtamente ausgedruckt, und im Fall des Widerſpruchs erweiglich gemacht werden müſſen,

de Wernher T. I. P. 4. obſ. 83. p. 820.

C. L. Crell utrum portio ſtatutaria bona mente adimi poſſit, §. 5. faſcic. VI. diſſ. p. 1209. ſqq.

de Pufendorf T. I. obſ. 192.

hiernächſt

13) der Vorwand, daß der Citatin Ehe unbeerbt geweſen, ſich von ſelbſt erlediget, da ſie beym Leben ihres Ehemannes ein Kind geboren, und mit dem andern bey deſſen Ableben ſchwanger geweſen, und wie daher dieſe Ehe für unbeerbt angenommen werden mögen, um ſo weniger begreiflich iſt, da das Wurſter Landrecht bloß erfordert, daß lebendige Kinder, ſo die vier Wände des Hauſes beſchreyet, zur Welt geboren worden, keinesweges aber darin enthalten iſt, daß ſolche noch beym Abſterben des Ehemannes am Leben ſeyn ſollen,

G. Steins Einleitung zur Lübiſchen Rechtsgel. p. 73.

Dreyers Einleit. in die Lübiſchen Verord. T. I. p. 293.

bey ſothanen Umſtänden alſo

14) ſo lange keine kräftigere Gründe von der vorgegebenen mutatione domicilii, von Seiten des Ehemannes der Citatin, beygebracht worden, dieſer nicht zugemuthet werden mag, ſich der aus der ehelichen Gemeinſchaft der Güter entſpringenden, alleinigen Verwaltung des gemeinſchaftlichen Vermögens zu begeben, vielmehr ſie darin, bis auf dieſen Fall, allerdings manutenirt zu werden verlangen kann, in-

zwiſchen da in der Sache noch kein Beweistermin angeſetzt worden, Citanten allerdings ein beſſerer Beweis vorbehalten werden muß, da hingegen

15) was die Verfertigung eines zu Recht beſtändigen Inventarii, oder Herausgebung einer eidlichen Specification anbetrifft, wenn gleich an und für ſich, nach Teutſchen Rechten, ein Ehegatte, welcher nach des Vorhergeſtorbenen Tode im Beſitz des geſammten gemeinſchaftlichen Vermögens bleibt, dazu eben um deswillen, weil das Vermögen ihm allein gebühret, nicht verbunden iſt,

G. L. Böhmer l. c. §. 26.

C. G. Hoffmann de communione bonorum, §. 5. p. 32.

dennoch ſolches in vorliegendem Falle keine Anwendung leidet, da einestheils Citanten Rechtskräftig zu Vormündern beſtellet worden, und es alſo deren Pflicht erfordert, für die Verfertigung eines Inventarii zu ſorgen, oder wenigſtens die Citatin zur Herausgabe einer eidlichen Specification anzuhalten; anderntheils aber, nach Hannoveriſchem Landesbrauch, auch eine Mutter, welcher die Verwaltung und Nutznießung des ganzen Vermögens zukommt, zur Verfaſſung eines geſetzlichen Inventarii verbunden iſt,

de Pufendorf T. I. obſ. 47. §. 21.

dieſes auch der Billigkeit um ſo mehr angemeſſen iſt, da widrigenfalls faſt unmöglich beſtimmt werden kann, wie das Vermögen zur Zeit der angetretenen Verwaltung beſchaffen geweſen? und ob der Mutter eine Verſchleuderung deſſelben imputirt werden könne? ohnehin auch unſtreitig iſt, daß eine Mutter, wenn ſie das Vermögen zu verſchwenden anfängt, der Verwaltung deſſelben privirt werden kann, und daher auch in dieſer Rückſicht die Verfertigung eines Inventariums, zum Beſten der Kinder, unumgänglich erfordert wird,

de Pufendorf T. I. obſ. 86. §. 7.

dahingegen

16) ſich aus den Acten verſchiedene Umſtände hervorthun, aus welchen, daß Citatin keine gar ordentliche Wirthſchaft führe, ſich zu ergeben ſcheinet, obgleich Citanten ſich darauf noch nicht formaliter bezogen, ſondern ſolches bloß vom Gerichte, kraft

habens

habender Obervormundſchaft, von Amtswegen angeführt worden, in ſolchem Falle aber ſelbige, nach der Diſpoſition des Landrechts, als zu ſolcher Verwaltung untauglich angeſehen, und dieſe den Vormündern übergeben werden müßte, mithin der Beweis darüber den Citanten billig überlaſſen werden muß; endlich

17) beyde Theile ziemlich ſcheinbare Gründe für und wider ſich haben, und daher die Compenſation der bisherigen Prozeßkoſten nothwendig geweſen, dahingegen Citatin um die Verſendung der Acten nachgeſuchet, und daher, daß ſie die Verſchickungskoſten allein tragen müſſe, ſich von ſelbſt verſtehet:

Als iſt der Hauptſache und Koſten halber, geſchehener maaſſen, von Uns allenthalben billig erkannt worden. A. V. R. W.

XI.

Ueber die künftige Erbfolge in der Herrſchaft Jever.

Inhalt dieſer Ausführung.

Erſter Theil.

Von der bisherigen Erbfolge in der Herrſchaft Jever.

§. 1. Lage und Beſchaffenheit der Herrſchaft Jever.
§. 2. Sie war ehedem ein Theil von Friesland.
§. 3. Jever wurde durch Häuptlinge, Vögte, Richter oder Alterleute regieret.
§. 4. Erbliche Häuptlinge der Herrſchaft.
§. 5. Anſprüche an das Land 1) von dem Erzſtift Bremen,
§. 6. 2) von den Grafen von Oſtfriesland.
§. 7. Jever wird Brabantiſches Lehen.
§. 8. Jever kommt an das Haus Oldenburg.
§. 9. Hiernächſt an das F. Haus Anhalt.
§. 10. Streit darüber mit Dännemark.
§. 11. Anhaltiſche Hausverträge über die Erbfolge in Jever.
§. 12. Verzicht der Prinzeſſin Sophia Auguſta.
§. 13. Bevorſtehender Erbfall.

Zweyter Theil.

Erſter Abſchnitt. Von dem Erbrecht des Herrn Grafen von Schaumburg-Lippe auf Jever.
§. 14. Von der weiblichen Erbfolge in Jever überhaupt. 1) Zweifelsgründe
§. 15. Entſcheidungsgründe.

§. 16.

§. 16. Welchem unter den Frauenzimmern die Erbſchaft gebühre? Abhandlung davon überhaupt.
§. 17. Gründe gegen die Regredienterbſchaft.
§. 18. Fortſetzung.
§. 19. Fortſetzung.
§. 20. Von der Unſtatthaftigkeit der allgemeinen Grundſätze gegen die Regredienterbſchaft in gegenwärtigem Falle überhaupt.
§. 21. Jever war 1) vor dem Lehnsauftrage kein Stammgut.
§. 22. 2) durch den Lehnsauftrag iſt das Frauenzimmer nicht ausgeſchloſſen worden.
§. 23. 3) ob durch den Uebertrag der Herrſchaft an das Haus Oldenburg die weibliche Erbfolge aufgehoben worden?
§. 24. 4) von der teſtamentariſchen Diſpoſition des Grafen Anton Günther von Oldenburg für das Haus Anhalt-Zerbſt.
§. 25. 5) Von der durch den Anhaltiſchen Hausvertrag veränderten bisherigen Succeſſionsordnung.
§. 26. Ob dieſer Vertrag in Anſehung der Prinzeſſin Sophia Auguſta verbindlich geweſen? Zweifelsgründe.
§. 27. Entſcheidungsgründe.
§. 28. Beantwortung der §. 26. angeführten Zweifelsgründe.
§. 29. Von der Würkung des Verzichtes der Prinzeſſin Sophia Auguſta, und Ihres Herrn Gemahls.
§. 30. Schlußfolge.
§. 31. Beantwortung der dagegen §. 29. gemachten Zweifel.

Zweyter Abſchnitt. Von den allenfalſigen Anſprüchen einiger anderer weiblicher Deſcendenten des Herrn Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt.

§. 32. Von den Anſprüchen der K. Katharina II. von Rußland.
§. 33. Von den Anſprüchen des Herzoglichen Hauſes Sachſen-Gotha.
§. 34. Von den Anſprüchen des Sachſen-Weimariſchen Hauſes.
§. 35. Von den Anſprüchen der Krone Dännemark.
§. 36. Ob der Brabantiſche Lehnshof die Herrſchaft allenfalls als ein eröfnetes Lehen einziehen könne?
§. 37. Von Bezahlung der etwa auf der Herrſchaft Jever haftenden Schulden.
§. 38. Ob nicht dem jetzigen Durchl Beſitzer das Recht zukomme, die Herrſchaft mit einer anſehnlichen Schuld zu beſchweren?

Dritter Theil.

Vor welchem Gerichte der Succeſſionsſtreit, wegen der Herrſchaft Jever, erörtert werden müſſe?

§. 39. Ob Jever der Oberherrſchaft des Reichs überhaupt unterworfen ſey?
§. 40. Gründe für die verneinende Meynung.
§. 41. Gründe für die bejahende Meinung.
§. 42. Beantwortung der §. 40. vorgetragenen Gegengründe.
§. 43. Beantwortung der Zweifelsgründe aus dem Ausgange der Kammerzielerſache.
§. 44. Ob die Sache nicht dennoch als eine Lehnsſtreitigkeit vor den Brabantiſchen Lehnhof gehöre?
§. 45. Ob nicht wenigſtens die Appellation von dem Brabantiſchen Lehnhofe an den Reichshofrath Statt finde?

Jever.

Nro. 1. 2. 3. Burgundiſche Lehnbriefe über die Herrſchaft Jever.

Erſter Theil.

Hiſtoriſche Abhandlung von der künftigen Erbfolge in der Herrſchaft Jever.

§. 1.

Lage und Beſchaffenheit der Herrſchaft Jever.

Das Land, was man insgemein die Herrſchaft Jever zu nennen pflegt, iſt ein Theil des Weſtphäliſchen oder Niederrheiniſchen Kreiſes. Es begreift eigentlich drey Länder in ſich: Wangerland, Oſtringen und Ruſtringen, wozu 18 Kirchſpiel

ſpiele oder Pfarrkirchen gehören, und erſtreckt ſich in der Länge und Breite auf drey gute Teutſche Meilen. Gegen Morgen grenzt es an die Jade und das Stad- und Butjadingerland; gegen Mittag an das Herzogthum Oldenburg, die Herrlichkeit Gödens und das Amt Fredenburg; gegen Mitternacht an zwo öde Inſeln; Wangeroge, Spikeroge und die offenbare See; gegen Abend endlich an die Oſtfrieſiſchen Herrſchaften Eſens und Wittmund. Seiner geringen geographiſchen Ausdehnung ohnerachtet, hat es ſeine vortreffliche Lage, der fruchtbare Boden, welcher es zum Ackerbau und Viehzucht vorzüglich brauchbar macht, und die Leichtigkeit, die natürlichen Producte des Landes, mit Vortheil, bey den Nachbaren anzubringen, ſchon ſeit mehreren Jahrhunderten, zum Gegenſtande groſſer Streitigkeiten gemacht; und durch ſelbige hat es ſeine Herren oft verändert, auch in ſeiner innerlichen Verfaſſung mancherley Abwechſelungen erlitten. 1)

1) ſ. J. J. Winkelmanns Oldenburgiſche Chronik. (1671. fol.) S. 9. u. f.

§. 2.

Sie war ehedem ein Theil von Friesland.

Die älteſte Geſchichte dieſes Landes iſt, ſo wie der gröſte Theil der alten Teutſchen Erdbeſchreibung, äuſſerſt ungewiß, und gleichſam in undurchdringliche Nebel verhüllet. Nur ſeit dem vierten und fünften Jahrhundert kann man mit Gewißheit die Schickſale deſſelben beſtimmen. Es iſt nemlich unſtreitig die ganze Herrſchaft ein Theil des ehemaligen Frieslandes geweſen, und hat zu der ſogenannten Friſia quinta gehöret, welches den ganzen Diſtrict Landes zwiſchen der Jade und Weſer in ſich begriff 1). Nur iſt aus der Geſchichte bekannt, daß die Frieſen oftmahls mit den Franken und Sachſen in Verbindung geſtanden haben, und daher von den Geſchichtſchreibern bald zu einem, bald zu dem anderen Volke gerechnet werden 2). Sie haben ſich aber endlich von aller Verbindung mit andern Teutſchen Völkern losgemacht, und eine eigene unabhängige Nation vorgeſtellet, welche ſich durch ihre Tapferkeit, und die faſt ins Unglaubliche fallende Standhaftigkeit in Vertheidigung ihrer Freyheit, gegen ſo viele mächtige Nachbaren, einen unſterblichen Namen in der Geſchichte erworben. Ihre politiſche Verfaſſung war mit den übrigen Teutſchen

Völkern

Völkern faſt völlig übereinſtimmend. Sie hatten Könige oder Fürſten über ſich, welche man aber mehr für Feldherren des Volkes, als für würkliche Regenten der Nation anſehen muß 3). Dieſes glückliche Volk behauptete zwar ſeine Freyheit ſehr lange. Endlich aber wurde es von dem ältern Pipin, und Carolo Martello überwunden, und der Fränkiſchen Monarchie einverleibt 4). Inzwiſchen hatte der Theil von Friesland, wozu die Herrſchaft Jever gehörte, das Glück, von K. Karl dem Groſſen einen Theil ſeiner Freyheiten wieder zu erhalten, daher dieſes Land auch das freye Friesland genennt wurde, weil es keinem Herzoge und Grafen unterworfen war, ſondern bloß durch Richter und Vögte regiert wurde, welche anfänglich die Krone ernannte, die jedoch derer Wahl, in der Folge, dem Lande ſelbſt überlaſſen hat 5).

1) *Jac. Car. Speneri* notitia Germaniæ mediæ c. 4. §. 17. p. 418. ſq.

2) ſ. die Krone der Teutſchen Prälaten, den grundgelehrten Ferdinand Wilhelm von Fürſtenberg in den monum. Paderborn. p. 58. ſqq.

3) *Ge. Chr. Gebaueri* veſtigia iur. Germ. antiquiſſ. p. 21. ſqq.

4) *Fredegarii* chron. c. 10?. 106. *Siegebertus Gemblac.* ad a. 694. und 734.

5) *Ubbonis Emmii* res friſic. lib. IV.

§. 3.

Jever wurde durch Häuptlinge oder Vögte, Richter oder Alterleute regiert.

K. Ludewig der Teutſche vertrauete die ſämmtlichen Länder, welche man im mittlern Alter unter dem Namen Sachſen begriff, dem Urenkel des groſſen Wittichinds, dem Sächſiſchen Grafen Ludolf, unter dem Namen eines Herzogthumes, an 1). Sein Urenkel, K. Otto der Groſſe, übertrug das ganze Land dem Grafen Hermann Billung 2); bey deſſen Familie daſſelbe, bis zum Ausgange des Billungiſchen Mannsſtammes, verblieb; welchem darauf der glorreiche Welfiſche Heldenſtamm in der herzoglichen Würde, folgte 3). Daß nun, unter dieſen beyden Stämmen, auch die Herrſchaft Jever der Oberherrſchaft der Herzoge von Sachſen unterworfen geweſen ſey, iſt um ſo weniger zu zweifeln, da dieſes Herzogthum, in weit-

läufti-

läuftigem Verſtande, alle die Länder unter ſich begriff, welche heut zu Tage den Niederſächſiſchen und Weſtphäliſchen Kreis ausmachen 4). Allein, mit der unglücklichen Achtserklärung H. Henrichs des Löwen, ging das ganze Herzogthum Sachſen zu Trümmern, und der ohnmächtige Bernhard war nicht im Stande, die herzogliche Gewalt, welche ihm K. Friedrich I. anvertrauet hatte 5), zu behaupten. Die meiſten Grafen und Herren in Niederſachſen und Weſtphalen machten ſich daher von der alten Verbindung mit dem Herzogthum Sachſen los, und wurden Reichsunmittelbar 6). Eben dies geſchah auch mit der Herrſchaft Jever, welche keinem Herzog, Biſchof oder Grafen, vom Reiche anvertrauet wurde, von ihrer Regierungsform, im zwölften und dreyzehnten Jahrhundert, läßt ſich, aus Mangel der Urkunden, nichts gewiſſes behaupten. Indeſſen ſcheint ſie mit der Verfaſſung der Schweiß, ehe ſich ſolche von Teutſchland gänzlich losgeriſſen, auf einerley Fuß geweſen zu ſeyn. Die richterliche Gewalt war in den Händen der Kirchſpielgerichte 7), und den Vorſitz dabey führten die Vögte, welche man Alterleute oder Häuptlinge nannte; die auch zugleich, mit Zuziehung der Kirchſpielleute, Statuten und Ordnungen verfertigten. Alles dieſes ergiebt ſich aus den von Hamelmann, aus einem alten miſſali, gezogenen Urkunden, wo es z. E. heißt: acta ſunt hæc A. D. 1314. *Isbrando in advocatia* in Gokerke cum ſuis ſociis *regnante;* ferner: item A. D. 1340. temporibus Hilderici Folprodiſna & ſociorum ſuorum, *tunc temporis advocatorum* in Gokerke, ſtatutum eſt; und endlich: item a. D. 1324. ſtatuerunt cives in Wierden ex communi conſenſu. In wie weit nun dieſe Vögte von den Kayſern beſtellet, oder beſtätiget worden, läßt ſich, wegen Mangel der Urkunden, nicht mit Gewißheit beſtimmen. So viel iſt zwar auſſer Zweifel, daß dieſe Bedienungen anfänglich bloß perſönlich geweſen ſind, und die Vögte keine Landeshoheit, in dem heutigen Verſtande, ausgeübet haben, ſondern die Regierung faſt republicaniſch geweſen iſt.

1) ſ. Braunſchweigiſche gelehrte Anzeigen von 1751. p. 35. ſqq.

2) *Ditmarus* Merſeb. p. 333. edit. Leibnit. *Adamus Bremenſis* in hiſt. eccleſ. lib. II. c. 4.

3) Monachus Weingartenſis de Guelfis Principibus. c. 11.

Ff 4) Gru-

4) Grupens obſervat. rer. & antiquit. Germ. T. I. p. 79. ſqq.

5) *Chr. Gottl. Buderi* progr. I - IV. de formula ducatus Saxoniæ & Weſtphaliæ imperante Friderico Ahenobarbo, ac ſub Bernhardo Aſcanio & Philippo Archiep. Colon. Ien. 1763.

6) Eſtors neue kleine Schriften. T. I. p. 274. ſqq.

7) ſ. von dieſen Dreyers Samml. vermiſchter Abhandl. T. III. p. 1408. ſqq.

§. 4.

Erbliche Häuptlinge in der Herrſchaft Jever.

Inzwiſchen war das Land den öfteren Angriffen der benachbarten mächtigeren Grafen und Herren beſtändig ausgeſetzt, welche ſich daſſelbe zu unterwerfen ſuchten. Nun waren die einzelnen Kirchſpiele ſich für ſich ſelbſt gegen ihre Feinde zu vertheidigen nicht im Stande. Es erforderte alſo die Staatsklugheit, ſich in eine nähere Verbindung zu ſetzen, und zugleich ein gemeinſchaftliches Oberhaupt zu erwählen, deſſen eigner Nutzen es erforderte, alle Kräfte zu Vertheidigung ſeines Vaterlandes aufzubieten. In dieſer Abſicht erwählten ſie, im Jahr 1355., zuerſt die Ruſtringer einen ihrer bisherigen Häuptlinge Edo Wimeken, den ältern, zu ihrem Oberhaupt, und die Oſtringer und Wangerer folgten dieſem Beyſpiele, noch in eben dieſem Jahre, nach, wodurch alſo dieſe edle Familie in kurzer Zeit die Oberherrſchaft des ganzen Landes erhielt. Sie behauptete ſich auch in dem erblichen Beſitze dieſes Landes verſchiedene Jahrhunderte. Edo Wimekens Sohn, Dodeke, ſtarb unbeerbt, daher deſſen Schweſter, Fruwe, welche mit dem Lubbe Sibbeljen, einem Häuptlinge aus dem Butjädingerlande, verheyrathet war, das Land auf ihre Nachkommenſchaft vererbte. Bey dieſer iſt es auch bis ins ſechzehnte Jahrhundert geblieben. Edo Wimeken, der jüngere, hinterließ zwar einen Sohn, Chriſtoph, und drey Töchter, Anna, Maria und Dorothea. Allein Chriſtoph ſtarb unvermählt, und deſſen drey Schweſtern ſind ebenfalls unbeerbt verſtorben. Die letzte Beſitzerin war die Fräulein Maria, welche den 20 Februar 1575. verſtarb, und den Stamm des Edo Wimeken, auch in der weiblichen Linie, beſchloß 1).

1) Hamelmanns Oldenburgiſche Chronik. P. 3. p. 460. ſqq. ſ. auch eben deſſelben opuſcula genealogico-hiſtorica, p. 387. ſqq.

§. 5.

§. 5.

Anſprüche auf das Land 1) von dem Erzſtift Bremen.

Ein ſo fettes und einträgliches Ländchen, als Jever war, mußte natürlich die Begierde der Nachbaren reitzen, ſich daſſelbe zu unterwerfen. Einer der erſten, der dieſes verſuchte, war der Erzbiſchoff Adelbert von Bremen. Dieſer hatte K. Henrichen III. bey ſeinem Römerzuge nach Italien begleitet, und ſtand bey demſelben in groſſen Gnaden. Nach der Zurückkunft aus Italien ſchenkte der Kayſer demſelben einen beträchtlichen Theil des alten Frieslandes, und unter ſelbigem auch das Jeveriſche Gebiet. In einer alten Chronik beym Hamelmann 1) heißt es: A. D. 1050. Cæſar Henricus cum Archiepiſcopo Bremenſi Adelberto venit ex Italia, ibique honorifice receptus, ampliſque muneribus donatus eſt. Tunc Cæſar Henricus eccleſiæ Bremenſi dedit Friſiam, ſcilicet Harlingiam, Nordendam, & partes Auricæ, Wangriam, Aſterguo & Ruſtringiam, a quibus partibus Huno comes Ambriæ, & Ruſtringiæ, & filius ejus, erant profugati, & tota ſoboles, qui nomine Imperii iſtas partes poſſederunt a Romanis. Iſt dieſe Nachricht richtig, ſo müßte das Land vordem gewiſſen Grafen unterworfen geweſen ſeyn, von welchen ſich jedoch bey anderen glaubwürdigen Schriftſtellern keine Spuren finden. Was aber die Sache ſelbſt betrift: ſo iſt der Kayſer wahrſcheinlich durch die von dem Erzbiſchoffe gethane Vorſtellungen, als ob das Land dem Reich anheim gefallen ſey, und keinen rechtmäſſigen Oberherrn mehr habe, bewogen worden, ſolches dem Erzſtifte zu verleihen. Wahrſcheinlich aber haben ſich die Eingeſeſſene, oder damalige Häuptlinge, der Bremiſchen Occupation mit Nachdruck widerſetzet. Wenigſtens iſt unleugbar, daß das Erzſtift nie in den Beſitz gekommen; und die Erzbiſchöffe haben auch in der Folge, ſo wenig als die Krone Schweden, oder das Königliche Churhaus Hannover, aus dieſer ohnehin veralteten, und von Seiten des Rechts, ganz ungegründeten Schenkung, einigen Anſpruch auf das Land gemacht 2).

1) in der Oldenburgiſchen Chronik. p. 456.

2) ſ. S. C. Lappenbergs Grundriß der Bremiſchen Geſchichte, §. 39.; in J. H. Pratjens Herzogthümern Bremen und Verden. T. II. p. 244 ſqq.

§. 6.

2) Von den Grafen von Oſtfriesland.

Von mehrerer Wichtigkeit ſowohl überhaupt, als wegen der Folgen, in Anſehung der Beſitzer des Landes, ſind die Oſtfrieſiſchen Anſprüche geweſen. Ulrich von Gretſiel, welcher der erſte Graf von Oſtfriesland wurde, erhielt von K. Friedrich III. im Jahr 1454., einen Lehenbrief, worin er auch mit Jever, als einem Reichsmannlehen, beliehen wurde. Deſſen Wittwe, die Gräfin Theta, brachte es auch durch ihre Vorſtellungen dahin, daß hochgedachter Kayſer den 22 Julius 1470. ein Mandat ins Land erließ, wodurch den Unterthanen anbefohlen wurde, den Grafen für ihren wahren Landesherrn anzuerkennen. Allein die damaligen Beſitzer widerſetzten ſich den Oſtfrieſiſchen Anmaaſſungen auf das ſtandhafteſte, und obgleich der Graf Enno ſich des Schloſſes Jever bemächtigte: ſo hat dennoch endlich die gerechte Sache obgeſiegt, und die Grafen haben das Land räumen müſſen. Weil ſie inzwiſchen ſich durch die vorgedachte Lehnbriefe ein gegründetes Recht auf das ganze Land erworben zu haben glaubten: ſo machten ſie die Sache bey dem Brabantiſchen Lehnhofe, gegen die Erben der Fräulein Maria, anhängig. Allein durch die von dem damaligen Statthalter der Niederlande, dem H. von Parma, niedergeſetzte Commiſſion wurde den 12 Auguſt 1588. das Haupturthel publicirt, durch welches die Kläger mit ihrem Geſuche abgewieſen, und ſo gar zu Erſtattung der Koſten ſchuldig verurtheilt wurden. Auch hierwider ſuchte man, Oſtfrieſiſcher Seits, Reviſion. Zu dem Ende wurde eine anſehnliche Commiſſion niedergeſetzt, welche aus dem ganzen Königlichen geheimen Rathe zu Brüſſel, sechs Räthen aus dem groſſen Rathe zu Mecheln, dreyer aus dem Rath der Grafſchaft Flandern, und einem aus dem Frieſiſchen Rath beſtanden, welche den 17 November 1591. das vorige Urthel lediglich beſtättigten, und die Revidenten abermahls in die Unkoſten verurtheilten. Seit dieſer Zeit, und da die Sache rechtskräftig abgethan worden, hat ſich Oſtfriesland gar nicht weiter geregt; und überhaupt iſt kaum begreiflich, wie man ſich auf einen offenbar erſchlichenen, und nach allen Grundſätzen der Lehnrechte, ungültigen Lehnbrief, Oſtfrieſiſcher Seits, habe beziehen können 1).

1) Hamelmann l. c. p. 463. ſqq.

§. 7.

§. 7.

Jever wird Brabantiſches Lehen.

Weil inzwiſchen die unglückliche Fräulein Maria von den Grafen von Oſtfriesland auf das äuſſerſte gedränget wurde, und ſich aus eignen Kräften, gegen ihre mächtige Nachbaren zu wehren nicht im Stande war: ſo faßte ſie den Entſchluß, welchen mindermächtige in den vorigen Zeiten zu thun häufig genöthigt wurden, ihre ganze Herrſchaft dem K. Karl V, als Herzog von Burgund, oder vielmehr als Herzog von Brabant zu Lehen aufzutragen; welches auch im Jahr 1532. würklich vollzogen wurde. Der Lehenbrief ſelbſt iſt, ſo viel man weiß, noch nicht gedruckt; ſo viel aber unleugbar, daß die Brabantiſche Lehnkammer der Fräulein Maria, und den künftigen Beſitzern der Herrſchaft ſolche als ein unſterbliches Erblehen eingeräumet, und zugleich eine unbedingte Freyheit ertheilt hat, darüber jederzeit zu diſponiren; welches auch in den nachherigen, von Zeit zu Zeit, erhaltenen Lehenbriefen ohne Ausnahme wiederholet worden 1);

1) Winkelmann Oldenb. Chronik. p. 7.

§. 8.

Jever kommt an das Haus Oldenburg.

In Gemäßheit dieſer erhaltenen Freyheit entſchloß ſich endlich die mehrbelobte Fräulein Maria von Jever, die ganze Herrſchaft ihrem Vettern, dem Grafen Johann XVI. von Oldenburg zuzuwenden. In dieſer Abſicht berief ſie den 22 Merz 1572. zween Räthe, Theodor Eyben, und Sedichaus Rentmeiſter, wie auch Illeke Dürſen zu ſich, und nachdem ſie ſolchen den Eid der Verſchwiegenheit durch den Landrichter Staß Reinking abnehmen laſſen, erklärte ſie denſelben wie ſie nurgedachtem Grafen Johann von Oldenburg ihre ganze Herrſchaft hinterlaſſen wolle. Weil aber der Herzog von Alba, auf das vom Viglius Zuichem, dem D. Funken und Urban Scharenbergern eingeholte Gutachten, dieſe Erklärung für keine hinreichende Erbeseinſetzung anſehen wollte: ſo ließ ſie ein förmliches Teſtament eben des Inhalts verfertigen, welches den 22 April 1573 vollzogen und vom H. von Alba beſtätiget wurde. Zugleich ließ ſie ihrem teſtamentariſchen Erben die Huldigung leiſten,

ſetzte ihn in den Beſitz der ganzen Herrſchaft, und erlaubte ſo gar, daß derſelbe bey ihrem Leben den Burchard von Steinberg, als ſeinen Statthalter nach Jever ſchickte, um an der Regierung des Landes Antheil zu nehmen. Bald nachher ſtarb die Teſtatricin den 20 Februar 1575, und wurde darauf von dem eingeſetzten Erben die Erbſchaft geruhig angetreten. Nach dem Abſterben (1603) des Grafen Johann XVI. fiel die Herrſchaft an deſſen Sohn, Anton Günthern, welcher den 19 Junius 1667. verſtarb, und die männliche Linie der Grafen von Oldenburg beſchloß 1).

1) Hamelmann p. 415. ſqq. p. 469. ſqq. *Chytræi* Saxonia. p. 687.

§. 9.

Jever kommt aus Haus Anhalt - Zerbſt.

Hochgedachter Herr Graf Anton Günther errichtete unter dem 23 April 1663. ein merkwürdiges Teſtament 1), worin Hochderſelbe ſo wohl über die Reichslehnbare Grafſchaften Oldenburg und Delmenhorſt, nebſt dem vom Hochfürſtlichen Hauſe Braunſchweig-Lüneburg zu Lehen gehenden Stad und Butjadingerlande, ſondern auch über Dero allodiale Herrlichkeit Knipphauſen, und über die Herrſchaft Jever diſponirten. Was über Oldenburg und Delmenhorſt 2), wie auch über die Erbfolge im Stad- und Butjadingerlande 3), zwiſchen den Lehnserben, theils aus dem Teſtamente, theils ſonſt für Streitigkeiten entſtanden, gehöret nicht an den gegenwärtigen Ort, und iſt von andern umſtändlich ausgeführt worden 4). So viel aber die zur gegenwärtigen Ausführung gehörende Herrſchaft Jever anbetrift: ſo hat der Herr Teſtator in ſothaner Herrſchaft ſeiner Schweſter, der Frau Gräfin Magdalena von Oldenburg, welche an den Hrn Fürſten Rudolf zu Anhalt-Zerbſt vermählt geweſen, einzigen Sohn, den Hrn Fürſten Johann, und deſſen Fürſtliche eheliche Leibeserben, zum alleinigen Erben eingeſetzt 5); ſo viel aber die Ordnung der Erbfolge darin anbelanget, die ausdrückliche Verordnung gemacht 6), daß dem Herrn Fürſten zwar frey ſtehen ſollte, die Herrſchaft mit dem Fürſtenthum Anhalt, zum Vortheile des Erſtgebornen Herrn Sohnes, zu combiniren, oder ſolche allenfalls einem der nachgebornen Söhne zu überlaſſen, jedoch mit der ausdrücklichen Clauſul, daß, wenn Hochgedachter Fürſt die Erbſchaft einmahl angetreten, und eine Succeſſionsordnung errichtet worden, alsdann,

dann, ſo lange von des Herrn Fürſten Johann Herrn Sohne, welcher in der Herrſchaft Jever ſuccediret, männliche Erben vorhanden ſeyn würden, dieſe nach dem Recht der Erſtgeburt allein, mit Ausſchließung aller übrigen Erben, ausſchließlich ſuccediren ſollten. Dahingegen wird zugleich verordnet, daß, auf den gänzlichen Abgang der männlichen Deſcendenz des hochgedachten Herrn Fürſten Johann, die weibliche Nachkommenſchaft, jedoch ebenfalls nach dem Recht der Primogenitur und des Majorats, zur Erbſchaft gelangen, und die anderen Erbinnen mit Geld abgefunden werden ſollten.

1) in Winkelmanns Oldenburgiſcher Chronik. p. 553 - 579.

2) ſ. beſonders: Bericht, von demjenigen, was zwiſchen den Lehensfolgern der Grafſchaften Oldenburg und Delmenhorſt eines, und den Allodialerben des letzten Grafens andern Theils, vorgehe. Gedruckt im Jahr 1681. 4.

3) Scheidts Anmerkungen über Moſers Braunſchweig-Lüneburgiſches Staatsrecht p. 130. ſqq. Aug. de *Leyſer* addit. ad Wiſmannum de feudis Brunsw. §. 24.

4) Moſers Staatsr. T. 15. p. 375. ſqq.

5) cit. teſtam. §. 33. S. 560.

6) cit. teſtam. §. 36. S. 561.

§. 10.

Streit mit Dännemark wegen der Herrſchaft Jever.

Wenige Jahre nach dem Tode des letzten Hrn Grafen von Oldenburg bekam das Fürſtliche Haus Anhalt einen gefährlichen Streit wegen der Herrſchaft Jever mit der Krone Dännemark. K. Ludewig XIV. behauptete nemlich, daß die Oberlehnsherrlichkeit über Jever von dem Herzogthum Burgund abhange, und dannenhero, da dieſes Herzogthum Frankreich zugehöre, ſolches auch alle lehnsherrliche Gerechtſame über die Herrſchaft Jever auszuüben befugt ſey. Inzwiſchen trat Frankreich alle ſeine vermeinte Rechte an den K. Chriſtian V. von Dännemark ab. Der

König

König griff daher ſogleich zu, beſetzte den 10 September 1683. das Schloß zu Jever mit Däniſcher Mannſchaft, nachdem vorher die F. Anhaltiſche Bediente und Miliz ihrer Dienſte entlaſſen worden, und eignete ſich die Einkünfte des Landes, einige Jahre hindurch, eigenmächtig zu. Nun behauptete zwar das F. Haus Anhalt-Zerbſt, daß das Land den Herzogen von Burgund, als Herzogen von Brabant, allein zu Lehen gehe, und daher Frankreich keinen Anſpruch daran machen könne, nichts deſtoweniger behauptete ſich K. Chriſtian V. im Beſitz des ganzen Landes, ohne auf die F. Anhaltiſche Gegengründe einige Rückſicht zu nehmen. Endlich aber wurde die Sache den 16 Julius 1689, unter Kayſerlicher, wie auch Churſächſiſcher und Churbrandenburgiſcher Vermittelung, verglichen, und die ganze Herrſchaft, unter gewiſſen Bedingungen, an das F. Haus Anhalt zurückgegeben. Zugleich haben des K. Chriſtians V. Majeſtät, für ſich, und Höchſtderoſelben allerhöchſtes Königliches Haus, auf die aus dem lehnsherrlichen Obereigenthum zu machende Anſprüche, gänzlich, und auf ewige Zeiten, Verzicht geleiſtet, und ſich den Rückfall nur auf den Fall, wenn des F. Johann von Anhalt-Zerbſt männliche und weibliche Descendenz gänzlich erlöſchen würde, ausdrücklich vorbehalten, dabey aber zugleich verabredet, daß es, in Anſehung der Erbfolge in der Herrſchaft, bey der von dem Hrn Grafen Anton Günther gemachten teſtamentariſchen Diſpoſition lediglich verbleiben ſollte 1).

1) J. L. Beckmanns Anhaltiſche Hiſtorie P. V. p. 417. ſqq. *J. F. Pfeffinger* in Vitriario illuſtrato. T. I. p. 731. ſqq.

§. 11.

Anhaltiſche Hausverträge über die Erbfolge in Jever.

Der eingeſetzte teſtamentariſche Erbe, der Herr Fürſt Johann von Anhalt-Zerbſt, glorwürdigen Andenkens, überlebten den Hochgräflichen Herrn Teſtator nur kurze Zeit, indem Höchſtdieſelben, da Sie eben im Begriff ſtanden, nach Jever zu reiſen, und das neu ererbte Land würklich in Beſitz zu nehmen, mit den Kinderblattern befallen wurden, und den 19 Junius 1667, mithin nur ſechzehn Tage nach dem Tode Ihres Herrn Erblaſſers, dieſe Zeitlichkeit verließen. Nun hatten Hochdieſelben,

dieſelben, in der kurzen Zwiſchenzeit, ſich der Ihnen in dem Teſtamente zugeſtandenen Freyheit, eine Succeſſionsordnung über die Herrſchaft Jever zu errichten, nicht bedienet, noch bedienen können. Es entſtanden daher zwiſchen Hochderoſelben hinterlaſſenen vier Prinzen, Carl Wilhelm, Anton Günther, Johann Adolf, und Johann Ludewig, wie auch der Prinzeſſin Sophia Auguſta, über die Erbfolge in der mehr gedachten Herrſchaft, große Weiterungen. Dieſe wurden endlich den 9 April 1676. unter Vermittelung des Hrn Landgrafen Ludewig von Heſſen, mittelſt Vergleiches, beygeleget. Nach dem Inhalte dieſes Vergleiches wird die Herrſchaft dem erſtgebornen Prinzen, Carl Wilhelm, und ſeinen Nachkommen, nach dem Rechte der Erſtgeburt überlaſſen, nach deſſen unbeerbtem Abſterben aber die Erbfolge auf gleiche Art den übrigen Fürſtlichen Herren Brüdern, nach dem Rechte der Erſtgeburt, verſichert; dahingegen was die Prinzeſſin Sophia Auguſta anbetrift, derſelben, und ihren ehelichen Nachkommen, das Erbfolgsrecht vorbehalten wird, zu welchem Ende auch derſelben Name in den Lehenbriefen mit aufzuführen verſprochen worden. Im übrigen aber iſt in dem ganzen Vergleiche das Teſtament des Hrn Grafen Anton Ulrich auf das feierlichſte anerkannt, und verabredet worden, daß ſolches auf ewige Zeiten in dem Fürſtlichen Hauſe als ein Hausgrundgeſetz anerkannt werden ſoll 1).

1) der Vergleich ſelbſt iſt noch nicht gedruckt; daher man ihn in den Beylagen, Teutſch und Franzöſiſch, anfüget.

§. 12.

Verzicht der Prinzeſſin Sophia Auguſta.

Wenige Jahre nach dieſem Vergleiche vermählte ſich hochgedachte Prinzeſſin Sophia Auguſta mit dem Hrn Herzog Johann Ernſt zu Sachſen-Weimar. Bey ſolcher Gelegenheit wurden der Prinzeſſin 10000 Rthlr. Brautſchatzgelder aus der Herrſchaft Jever verſprochen, wogegen dieſelbe den 15 December 1685. zwar auf die Succeſſion in der Herrſchaft Jever Verzicht geleiſtet, jedoch auf den Fall, wenn der Stamm und Name der Fürſten von Anhalt-Zerbſt abgehen ſollte, alsdann der Prinzeſſin, und Dero Erben, Ihre Forderung und Gerechtigkeit ausdrücklich vorbehalten worden. Zugleich wurde über die Art der Zahlung des angeführten Brautſchatzes, gleichfalls den 15 December 1685. ein Revers von den beyden Fürſtlichen Verlobten ausgeſtellt,

worin die Prinzeſſin ebenfalls auf die Succeſſion in Jever Verzicht leiſtet, jedoch Derſelben, und Ihren Erben und Erbnehmen auf den Fall, wenn kein Fürſt von Anhalt-Zerbſt mehr vorhanden ſeyn würde, alle ihre Gerechtigkeit vorbehalten 1).

1) Beyde Urkunden liefert man gleichfalls in den Beylagen.

§. 13.

Bevorſtehender Erbfall.

In Gefolg des Erbvertrages von 1676. trat alſo hochgedachter Fürſt Carl Wilhelm die alleinige Regierung der Herrſchaft Jever ohne Widerſpruch an; und hinterließ ſolche bey ſeinem im Jahr 1718. erfolgten Abſterben ſeinem einzigen Prinzen Johann Auguſt; welcher aber im Jahr 1742. ohne männliche Erben verſtarb, jedoch eine Schweſter, die an den Hrn. Herzog Friedrich von Sachſen-Gotha vermählte Prinzeſſin, Magdalena Auguſta, hinterließ. Inzwiſchen waren des hochgedachten F. Carl Wilhelm zween Herren Brüder, die Fürſten Anton Günther, und Johann Adolf, unbeerbt verſtorben; dahingegen der jüngſte Herr Bruder, F. Johann Ludewig († 1704), zween Prinzen, die Fürſten Johann Ludewig und Chriſtian Auguſt nachgelaſſen. Auch der älteſte dieſer beyden Herren ſtarb im Jahr 1746. unbeerbt, daher die Erbfolge im F. Anhalt-Zerbſtiſchen Antheils, ſo wohl als in der Herrſchaft Jever, auf den jüngſten Herrn, den F. Chriſtian Auguſt fiel. Hochgedachter Fürſt hinterlieſſen bey Ihrem Abſterben einen einzigen Prinzen, Seine jetzt ruhmwürdigſt regierende Hochfürſtliche Durchlaucht, den Herrn Fürſten Friedrich Auguſt, und eine über alle Lobſprüche erhabene Prinzeſſin Sophia Auguſta Dorothea, Allerhöchſtwelche unter dem Kayſerlichen Namen Catharina II. den Rußiſchkayſerlichen Thron beſtiegen, und ſich durch die ausgezeichneteſten Eigenſchaften die allgemeine Bewunderung des ganzen menſchlichen Geſchlechtes erworben haben. Da nun hochgedachte Seine Hochfürſtliche Durchlaucht nicht mit Fürſtlichen Leibeserben geſegnet ſind, und auf Hochderoſelben unbeerbtes, in Gottes Händen ſtehendes, Abſterben der ganze Fürſtliche Anhalt-Zerbſtiſche Mannsſtamm erlöſchen wird; ſo iſt nunmehr die natürliche Frage: wem, in dieſem Falle, welchen Gott noch lange entfernen wolle, die Erbfolge in der Herrſchaft Jever gebühre? Die Abſicht gegenwärtiger Abhandlung iſt: die Rechte des Hochgebohrnen Herrn Reichserbgrafen,

Herrn

Herrn Carl Wilhelm Friedrich Ernſt, Grafen zu Schaumburg-Lippe, auf die in Frage ſtehende Succeſſion, umſtändlich auszuführen. Man will daher zuvörderſt die Gründe, worauf das Erbrecht dieſes vortreflichen jungen Herrn beruhet, auseinander ſetzen, und ſolche gegen die von den übrigen Fürſtlichen Anverwandtinnen aus dem Hauſe Anhalt etwa zu machende Zweifel prüfen, und zuletzt die Frage unterſuchen: bey welchem Gerichte etwa, im Fall die Sache dereinſt zu proceſſualiſchem Verfahren gelangen ſollte, der ganze Rechtsſtreit verhandelt werden müſſe? Man wird ſich dabey einer ungeſchminkten Schreibart bedienen, und zugleich diejenige Beſcheidenheit beobachten, welche mit Recht von den Verfaſſern ſolcher Schriften erfordert wird.

Zweyter Theil.

Von der künftigen Erbfolge in der Herrſchaft Jever.

Erſter Abſchnitt,

Von dem Erbrecht des Herrn Reichserbgrafen von Schaumburg-Lippe.

§. 14.

Von der weiblichen Erbfolge in Jever überhaupt.

1) Zweifelsgründe.

Bey der Frage von der künftigen Erbfolge in der Herrſchaft Jever kommt es auf die beyden Hauptfragen an: 1) ob überhaupt die weibliche Erbfolge in der lehnbaren Herrſchaft Statt finde? und 2) wenn dieſe Frage zu bejahen ſeyn dürfte, welchem unter den verſchiedenen Competenten die Succeſſion gebühre?

Was die erſte Frage anbelanget; ſo iſt es zuvorderſt ein in den gemeinen Lehnrechten gegründeter unbezweifelter Lehrſatz, daß in zweifelhaftem Falle alle Lehen für Mannlehen gehalten werden, und daher dem weiblichen Geſchlechte die Erbfolge darin nur in dem Falle zukommt, wenn es durch Verträge oder Lehenbriefe ausgemacht worden; proles femini ſexus vel ex feminino ſexu deſcendens ad hujusmodi ſucceſſionem adſpirare non poteſt, niſi ejus conditionis ſit feudum, vel eo pacto acquiſitum 1). Gleichergeſtalt ſtimmen die alten teutſchen Lehnrechtsſammlungen darin überein, daß die Frauenzimmer in dem Lehen nicht für ſucceſſionsfähig zu achten 2); welches auch um ſo weniger zu bewundern iſt, da die Lehen hauptſächlich wegen der Ritterdienſte eingeführet worden, dieſe aber von einem Frauenzimmer nicht geleiſtet werden konnten. So viel aber inſonderheit die reichsſtändiſchen Lehen anbetrift; ſo iſt es ebenfalls unleugbar, daß auch dieſe ſo lange für Mannlehen zu halten ſind, bis das Gegentheil, und daß dem weiblichen Geſchlechte darin die Erbfolge ſtipuliret worden, dargethan iſt 3). Endlich möchte man auch in vorliegendem Falle noch einwenden, daß, wenn gleich die Herrſchaft Jever urſprünglich ein Allodium geweſen, und durch die Fräulein Maria von Jever ſolche dem Hauſe Burgund, als Herzogen von Brabant, freywillig aufgetragen worden, dieſes dennoch in der Natur der Erbfolge nichts ändere, da es unſtreitig iſt, daß auch aufgetragene Lehen die Natur der ordentlichen und eigentlichen Lehen annehmen, ſo fern nicht bey der Lehensauftragung ein oder anderer Punct anders verabredet worden 4), bey ſolchen Umſtänden alſo, daß dem Frauenzimmer in gegenwärtigem Falle, ohneachtet der freywilligen Lehnsauftragung der mehrbelobten Fräulein Maria von Jever, überhaupt kein Erbrecht gebühre, dafür gehalten werden möchte.

1) I. F. 1. §. 2. II. F. 11. pr.

2) I. F. 5. a. 2. I. F. A. c. 1. §. 4. vetus auctor de beneficiis c. 1. §. 4.

3) *Horn* iuriſprud. feud. c. 4. §. 6. 7. Moſer vom Teutſchen Lehnsweſen. p. 200. ſq. *G. L. Menken* de præſumtione feudi maſculini §. 10. 12. in Jenichens theſauro iur. feud. T. II. p. 1013.

4) II. F. 48. *Struv.* in ſyntagm. iur. feud. c. 7. th. 10. *Roſenthal* de feudis oblatis. P. 2. §. 40. ſq.

§. 15.

§. 15.

2) Entſcheidungsgründe.

Alle dieſe Scheingründe aber ſind, in dem vorliegenden Falle, von keinem Gewichte. Denn 1) zeiget die ältere Geſchichte der Herrſchaft Jever, daß von den älteſten Zeiten her, wenigſtens ſeit dem das Land Erbherren erhalten, darin die weibliche Erbfolge im Gebrauch geweſen ſey, woraus man nicht undeutlich ſchlieſſen kann, daß die Unterthanen ſich nicht nur dem Edo Wimeken, dem ältern, ſondern auch deſſen männlichen und weiblichen Deſcendenten, unterworfen haben. Es wurde nemlich, nach dem unbeerbten Abſterben des einzigen Sohnes des erſten Erbherrn, deſſen Tochter Fruwe, zum Beſitz der ganzen Erbſchaft gelaſſen, welche ſie hinwiederum auf ihre männliche und weibliche Deſcendenz vererbte; und iſt inſonderheit merkwürdig, daß, ob ſie gleich zween Söhne hinterließ, dennoch ihre Tochter, die ſo genannte Jungfrau Reinolde, im Jahr 1433, das Haus Knipens, und einen Theil von Ruſtringen, zu ihrem Erbtheile bekam; wie dann auch endlich, nach dem gänzlichen Abſterben des Mannsſtammes der erſten Erbherrn, des letzten Herrn von Jever drey Schweſtern, Anna, Maria und Dorothea, die Herrſchaft gleichfalls ohne Widerſpruch beſeſſen haben, daher die weibliche Erbfolge in dem Lande, von den älteſten Zeiten her, keinem Zweifel ausgeſetzet iſt. Sodann 2) iſt es eine überhaupt bekannte Sache, daß die Vaſallen bey aufgetragenen Lehen insgemein gelinder, als bey gegebenen Lehen behandelt werden 1), und man gewöhnlicher Weiſe dem weiblichen Geſchlechte darin die Erbfolge auszubedingen pflegt, welches ſogar bey den gröſten Reichslehen geſchiehet, wie unter andern aus dem merkwürdigen erſten Braunſchweig-Lüneburgiſchen Lehenbriefe 2) ſich vor Augen leget, anderer Beyſpiele zu geſchweigen 3). Dieſe von anderen ähnlichen Fällen hergenommene Vermuthung verwandelt ſich aber 3) in dem gegenwärtigen Rechtsfalle in eine vollkommene Gewißheit, da aus dem obigen erhellet, daß ſich die Fräulein Maria von Jever, bey der Lehnsauftragung, ausdrücklich ausbedungen: daß die Herrſchaft Jever für ein unſterbliches Erblehen angeſehen werden, und ihr die Freyheit zuſtehen ſolle, darüber nach Gutbefinden zu diſponiren. In Gemäßheit dieſer von dem Brabantiſchen Lehenhofe ihr ertheilten Freyheit, und der von derſelben gemachten teſtamentariſchen Diſpoſition iſt auch darauf die Herrſchaft an ihrer Mutter Bruder Enkel, den Grafen Johann von Oldenburg, gekommen,

und durch das weibliche Geſchlecht abermahls auf ein anderes Haus gebracht worden. Gleichergeſtalt iſt 4) dem Herrn Grafen Anton Günther von dem Brabantiſchen Lehenhofe, in Gefolg der alten Lehenbriefe, die Freyheit verſtattet worden, über das Lehen zu diſponiren, und dann, kraft ſothaner Erlaubniß hochgedachter Herr Graf den damahls regierenden Herrn Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt, und Deſſen

Fürſtliche eheliche Leibeserben

in der Herrſchaft Jever zu unſtreitigen Erben eingeſetzet; ſo iſt wohl nicht zu zweifeln, daß unter ſothanem Ausdrucke alle Prinzeſſinnen des Hauſes mit zur Erbſchaft berufen worden. Nun hat zwar 5) hochgedachter Herr Teſtator im §. 36. des Teſtaments ſeinem Fürſtlichen Herrn Erben die Freyheit ertheilt, in Anſehung der Herrſchaft Jever, eine beliebige Succeſſionsordnung zu machen, und ſie mit dem F. Anhalt-Zerbſt zu combiniren, auch, nach Gutbefinden, ſolche dem Erſtgebornen, oder einem der nachfolgenden Fürſtlichen Herren Söhne zu hinterlaſſen, woraus die Abſicht des Herrn Teſtators zu erhellen ſcheinet, daß die Herrſchaft bey dem Fürſtlichen Mannsſtamme bleiben ſollen. Allein da der eingeſetzte teſtamentariſche Fürſtliche Erbe ſich der von dem Herrn Teſtator ertheilten Befugniß nicht bedienet, und vor Errichtung einer Succeſſionsordnung verſtorben iſt; ſo ſind allerdings deſſen geſammte Herren Söhne, ſo wohl als die Prinzeſſin Sophia Auguſta mit Recht als die wahren und gemeinſchaftlichen Erben ihres Gräflichen Herrn Oheims anzuſehen geweſen, und das im Teſtamente dem Hauſe Anhalt-Zerbſt auf die Herrſchaft Jever gegebene Recht auf Dieſelben insgeſammt vererbet worden, da der Herr Teſtator ſelbſt das Recht der Erſtgeburt nicht eingeführet, auch ſonſt keine Urkunde vorhanden, woraus die abſolute Untheilbarkeit der Herrſchaft abzunehmen ſtände. Sodann 6) erhellet auch aus dem Erbvertrage von 1676, daß die Fürſtlichen Herren Paciſcenten die Erbfolge der mehrhochgedachten Prinzeſſin Sophia Auguſta als unzweifelhaft angeſehen, und Höchſtderoſelben Namen auch zu dem Ende in den Lehenbriefen geſetzet werden, und Dieſelbe, oder Dero eheliche Deſcendenten, nach erfolgtem Abſterben des Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtammes, in der Succeſſion überhaupt kein Zweifel gemacht werden könnte. Endlich 7) iſt dieſe in dem nur bemeldeten Erbvertrage enthaltene Diſpoſition der teſtamentariſchen Diſpoſition völlig angemeſſen, maaſſen darin ausdrücklich verordnet worden, daß, falls auch der eingeſetzte teſtamentariſche Erbe eine Ver-

ordnung über die Art der Erbfolge in der Herrſchaft machen, und das Recht der Erſtgeburt darin einführen würde, zwar die alsdann einmahl beliebte Erbfolgsordnung, ſo lange der F. Anhalt-Zerbſtiſche Mannsſtamm dauren würde, beobachtet werden, nach deſſen Abgange aber ſolche auf das fräuliche Geſchlecht verfallen, und es mit den Fürſtlichen Erbinnen, in Anſehung des Majorates, und der Primogenitur, eben ſo, wie mit dem Fürſtlichen Mannsſtamme gehalten werden ſollte. Bey dieſen Umſtänden alſo iſt an der Fähigkeit des fräulichen Geſchlechts, namentlich aber mehr hochgedachter Prinzeſſin Sophia Auguſta, und Hochderoſelben ehelichen Deſcendenz, in der Herrſchaft, auf erfolgtes Ableben des Fürſtlichen Mannsſtammes, zu ſuccediren, mit Beſtande Rechtens, nicht zu zweifeln.

1) *Beſold* P. 2. conſ. 57. n. 53. *J. W. Itter* de feudis imperii. c. 1. §. 12.

2) Origines guelficæ T. IV. p. 47. ſq. *H. Meibom* de erectione ducatus Brunsuico-Luneburgici; in den opuſculis. p. 495. ſq. Strubens rechtl. Bedenken. T. II. p. 182. ſq.

3) *Hertius* de feudis oblatis. P. 2. §. 40. Moſers Reichshofrathsproceß. T. III. p. 292. ſqq.

§. 16.

Welchem unter den Frauenzimmern die Erbſchaft gebühre? Abhandlung davon überhaupt.

Iſt alſo die Frage: ob die Frauenzimmer in der Herrſchaft Jever des Erbrechts fähig ſeyen? überhaupt auſſer Zweifel; ſo kommt es nunmehro noch bloß auf die Unterſuchung an: welchem, unter mehreren Frauenzimmern, die Erbfolge gebühre? In Beantwortung dieſer wichtigen Rechtsſtreitigkeit theilen ſich die Staatsrechtslehrer in zwo Hauptmeinungen; indem einige ſchlechterdings derjenigen Tochter, welche dem zuletzt verſtorbenen Beſitzer am nächſten iſt, den Vorzug, mit Ausſchlieſſung aller weiter geſippten Frauenzimmer, ertheilen 1); andere hingegen diejenige Tochter vorziehen, welche dem erſten Erwerber am nächſten iſt, und behaupten, daß dieſe, unter dem Namen Regredienterbin 2), auf den erfolgten ledigen Anfall, allein zur Erbſchaft zugelaſſen werden müſſe, und ſelbſt die Tochter des letzten Beſitzers, oder

andere

andere demſelben näher verwandte Frauenzimmer, von der Erbfolge ausſchlieſſe 3). Dieſe Streitigkeit iſt inſonderheit, aus Veranlaſſung der Oeſterreichiſchen 4), Heſſen-Hanauiſchen 5), und lüneburgiſchen Succeſſionsfälle 6), unter den Höfen ſo wohl, als unter den Gelehrten, in weitläuftigen Schriften, und zum Theil mit groſſer Hitze, behandelt worden 7). Da die Abſicht der gegenwärtigen Abhandlung iſt, die Gerechtſame der durchlauchtigſten Prinzeſſin Sophia Auguſta, und Höchſtderoſelben Deſcendenz, in Anſehung der Derſelben zuſtehenden ausſchließlichen Erbfolge in die Herrſchaft Jever, auszuführen; ſo iſt es nothwendig, die wider die Regredienterbſchaft vorgebrachte Gründe überhaupt zu unterſuchen, und inſonderheit zu zeigen, ob ſelbige, bey denen im Fürſtlichen Hauſe Anhalt Zerbſt geſchloſſenen Hausverträgen, in dem gegenwärtigen Falle anwendbar ſeyen, oder nicht? worauf man alsdann im folgenden Abſchnitte die beſonderen Gründe, welche den übrigen Fürſtlichen Competenzen in Anſehung der, neben oder gegen den Hochgebohrnen Herrn Reichserbgrafen von Schaumburg-Lippe, etwa behaupten mögenden Erbfolgsordnung, entgegen geſetzet werden können, umſtändlich ausführen wird.

1) Dis iſt vornemlich von dem Reichshofrath Henr. Chriſt. von Senkenberg geſchehen, deſſen demonſtratio, filiam ultimi gentis ſuæ in regnis & principatibus privative ſuccedere, zu Göttingen im Jahr 1736. herauskam, und mit einer Vorrede des Lic. Ge. Wilh. Lud. Beneke unter dem Titul: de ſucceſſione filiarum in regnis & principatibus, cum additionibus & adpendice de ſucceſſione auſtriaca, zu Gieſſen im Jahr 1742. wieder herausgegeben worden; womit nach deſſen diſquiſitio ulterior, occaſione ſucceſſionis Hanoicæ, de iure ſuccedendi proximioris feminæ illuſtris præ remotiore (Göttingen 1737.) zu verbinden iſt.

2) Der Hauptvertheidiger dieſer Meinung iſt der Reichskammergerichtsbeyſitzer Joh. Ulr. von Cramer. Deſſen hauptſächlich hieher gehörige Schriften ſind: 1) diſſ. de ſucceſſione agnatorum, nec non ſucceſſione feminarum in bonis fideicommiſſo familiæ agnatico affectis, ultimo gentis ſuæ exſtincto. Marp. 1740. und in ſeinen opuſculis. T. I. p. 391. ſqq. 2) de vero ordine ſuccedendi feminarum

rum ſecundum ius primogenituræ, indeque demonſtrativa ratione fluente iure ſuccedendi domus Bavaricæ in pleraſque terras Auſtriacas, ſimili ei, quo Princeps Wilhelmus, Haſſiæ Landgravius, in terras Hanoicas ſucceſſit. Marp. 1742. und im Anhange zum erſten Bande ſeiner opuſculorum.

3) ſ. davon noch überhaupt J. P. von Ludewig gelehrte Anzeigen. T. I. p. 827. ſqq.

4) ſ. davon beſonders Dan. Nettelblatts Halliſche Beyträge zur juriſtiſchen gelehrten Hiſtorie. T. I. p. 309. ſqq. und F. F. Schrötters Oeſterreichiſches Staatsrecht. T. V. p. 24 . ſqq.

5) Lennep von der Leihe zu Landſiedelrecht p. 655. ſqq.

6) J. St. Pütters Samml. auserleſener Rechtsfälle. T. II. p. 1. ſqq.

7) Moſers Familienſtaatsrecht der T. Reichsſtände. T. I. p. 839. ſqq.

§. 17.

Gründe gegen die Regredienterbſchaft

So viel nun die Gründe anbetrift, welche man den Regredienterben entgegen zu ſetzen pflegt, ſo will man ſelbige zuvorderſt A., in möglichſter Kürze, jedoch in ihrem vollen Syſtem, vortragen, und dann unterſuchen: ob ſolche in gegenwärtigem Falle anzuwenden ſeyn, oder nicht. Zuvorderſt ſetzt man dabey als einen unzweifelhaften Lehrſatz voraus, daß bey der Frage von dem ledigen Anfall das Recht zur Erbfolge, von der Ordnung in der Succeſſion wohl unterſchieden werden müſſe 1). Dies iſt auch an ſich unleugbar, indem z. E. den Nachgebohrnen, nach eingeführtem Recht der Erſtgeburt, niemand das Recht auf die Erbfolge abſtreiten kann, gleichwohl ſelbige nicht eher zur würklichen Erbſchaft gelangen, bis ſie die Ordnung trifft, und folglich die ganze Linie des Erſtgebohrnen im Mannsſtamme ausgeſtorben iſt. Unterſucht man nun die Grundſätze, worauf die Ordnung in der Erbfolge gebauet ſind: ſo zeiget ſich gleich anfänglich der übereinſtimmende Grundſatz aller in Teutſchland aufgenommener Rechte, daß dieſer allezeit von dem Letztverſtorbenen angerechnet wird, und

 nur

nur derjenige zur Erbſchaft gelanget, welcher demſelben, dem Grade nach, am nächſten verwandt geweſen. Es ſtreitet hierwider, ſagt man, auch nicht, daß gleichwohl in Stamm- und Lehngütern der allgemeine Lehrſatz angenommen wird, daß man darin nicht dem letzten Beſitzer, ſondern dem erſten Erwerber ſuccedire. Denn ſo richtig dieſes auch ſey, ſo folge daraus nur ſo viel: daß keinem, von dem erſten Erwerber abſtammenden Erben das von dieſem angeſtammte Recht, wider deſſen Willen, ganz oder zum Theil entzogen werden könne 2), es ſey aber keinesweges daraus zu folgern, daß deswegen nur derjenige, welcher, nach den Graden der Verwandtſchaft, dem erſten Erwerber am nächſten iſt, alle Verwandte, die in näherer Sippſchaft gegen den letzten Beſitzer ſtehen, ausſchlieſſen, und dadurch die in den gemeinen und Reichsrechten angenommene Lehre von der Nahheit des Grades, als dem einzigen wahren Grunde der Erbfolge umzuſtoſſen vermöge 3).

1) Pütter l. c. p. 10. ſqq.

2) Herr Graf Franz Ludewig von Oettingen de fideicommiſſis. (Helmſt. 1734.) c. 3. §. 12. ſqq. p. 189. ſqq. *Reinharth* ad Chriſtin. Vol. I. obſ. 42. *Kobe* de pecunia mutuaticia tuto collocanda. c. 5. §. 58. p. 105. ſqq. *Jo. Aug. Hellfeld* de reſtricta illuſtrium alienandi facultate, maxime quoad allodia avita. Jen. 1747.

3) Die wahre Teutſche Erbfolge nach der Nähe des Grades, durch Verträge und Herkommen des Gräflich Limburgiſchen Hauſes beſtätiget. In Cramers Wetzlar. Nebenſtunden. P. 87. p. 27. P. 88. p. 21. P. 89. p. 38. P. 90. p. 118. P. 91. p. 6. P. 92. p. 60. ſqq.

§. 18.

Fortſetzung.

Hiernächſt behauptet man B) daß aus den unter dem hohen und niedern Adel, ſeit einigen Jahrhunderten, eingeführten Verzichten der Töchter ſich kein gültiger Rechtsgrund für die Regredienterbſchaft angeben laſſe. Es iſt nemlich eine aus der Geſchichte der erlauchten und adelichen Häuſer bekannte Sache, daß man, in älteren Zeiten, von dieſen Verzichten nichts gewußt hat 1), und gleichwohl die Töchter nach

älteren

älteren 2) und mittleren 3) Rechten, von der Erbfolge ausgeſchloſſen waren, ſo fern man nicht etwa eine ſo genannte Grund = und Todtheilung in der Familie vorgenommen hatte 4), welche Lehre man jedoch mit Recht, in neueren Zeiten, unter die Hirngeſpinſte einiger Staatsrechtslehrer zu rechnen angefangen hat. Nur nach und nach, fing man theils aus irrig vorausgeſetzten Grundſätzen des göttlichen Rechts, theils aus Römiſchen Lehrſätzen zu behaupten an, daß den Töchtern ein würkliches Erbrecht zuſtehe. Zu dieſem Ende bezog man ſich auf den in der Bibel enthaltenen Satz: ſind ſie Kinder, ſo ſind ſie auch Erben, und hielt es daher für eine offenkündige Verletzung der Religion, die Töchter von der Erbfolge auszuſchlieſſen 5). Gleichergeſtalt bezog man ſich auf die Verordnungen des gemeinen Rechtes, nach welchen es der Kayſer Juſtinian für eine barbariſche, und wider die Menſchlichkeit laufende Sache anſiehet, den Töchtern das von der Natur ihnen beſtimmte Erbrecht zu entziehen, oder zu ſchmälern 6). Weil man indeſſen einſahe, daß im Fall, unter dem hohen und niedern Adel, den Töchtern mit den Söhnen ein gleiches Erbrecht zugeſtanden würde, ſolches den offenbaren Untergang der Familien nach ſich ziehen müßte, indem durch die Frauenzimmer die Güter aus der Familie gebracht werden, und der Glanz der Familie dadurch offenbar leidet: ſo fing man an zu behaupten, daß zwar den Töchtern, nach ſtrengem Rechte, ein Erbrecht an den ſämmtlichen Gütern der Familie zuſtehe, ſelbige aber von ihrem Rechte keinen Gebrauch machen könnten, und daher, bey ihrer Verheyrathung, oder beym Eintritt ins Kloſter, auf die Succeſſion Verzicht leiſten müßten 7). Dies iſt unſtreitig der wahre Urſprung der Verzichte der Frauenzimmer von hohem und niederem Adel, welcher, ſeit einigen Jahrhunderten durch Verträge und Herkommen, in den meiſten großen Familien eingeführt worden 8). Nur pflegte man, beſonders ſeit dem vierzehnten Jahrhunderte, um doch den Töchtern, bey künftigem ledigem Anfalle, wegen des geleiſteten Verzichtes, ihr Erbrecht nicht ganz zu entziehen, ihnen daſſelbe durch die ſogenannte pacta renunciativo-reſervativa vorzubehalten. Nun fällt aber ſo gleich in die Augen, daß den Töchtern, nach dem ehemaligen Herkommen, in den erlauchten und adelichen Häuſern des Teutſchen Reiches, kein Erbrecht zugeſtanden hat, und ſelbige, falls ſie auch keinen Verzicht geleiſtet hätten, dennoch zur Erbfolge, mit dem Mannsſtamm nicht zugelaſſen ſeyn würden, mithin einestheils der Verzicht überhaupt

mit Recht als eine unnütze Sache anzusehen, wodurch den Töchtern keine Befugniß zuwachsen mögen, welche sie vorher nicht gehabt hatten; anderntheils aber der Vorbehalt der Erbfolge gleichergeſtalt für eine unnöthige Cautel zu betrachten, da dem Frauenzimmer in dem Fall eines würklich angeſtammten und zugeſtorbenen Erbrechts, die Succeſſion, falls ſie ſich ſelbige auch nicht vorbehalten, nicht bezweifelt werden mögen 9), und alſo dieſer Vorbehalt im Grunde nichts anders iſt, als eine Ausbedingung desjenigen, was ohnehin ſchon die Rechte mit ſich brachten. Am allerwenigſten aber, behauptet man, laſſe ſich aus dieſen Verzichtleiſtungen, und allenfallſigem Vorbehalt des Erbrechts, auf den ledigen Anfall, ein gegründeter Schluß machen, daß die verziehene Tochter, wenn der Mannsſtamm völlig erloſchen, denen, dem letztverſtorbenen Beſitzer näher geſippten Frauenzimmern, in der Ordnung vortreten, und ſolche von der Erbfolge ganz ausſchlieſſen ſolle, da man ſelbſt bey Leiſtung der Verzichte, und den eingerückten pactis reſervativis nicht daran gedacht habe, noch bey der Ungewißheit des Falles, wenn ſich das Abſterben des Mannsſtammes zutragen würde, habe darauf denken können, die allezeit von dem letztverſtorbenen anzurechnende Ordnung der Erbfolge zu unterbrechen, ſondern vielmehr vorausgeſetzt werden müſſe, daß man dem verziehenen Frauenzimmer ſein Erbrecht nur auf den Fall vorbehalten habe, wenn daſſelbe würklich, bey dem eintretenden Succeſſionsfalle, dem letzten Beſitzer am nächſten verwandt, und folglich zur Succeſſion in der That qualificirt ſeyn würde 10).

1) J. Jac. Diet. von Boſtel de origine renunciationum filiarum illuſtrium ex diplomatibus medii ævi eruta. Gieſſ. 1766. ſetzt den Urſprung der Verzichte in den Anfang des dreyzehnten Jahrhunderts. Jedoch iſt wenigſtens der Verzicht der jüngeren Söhne ſchon älter, indem z. E. der Graf Robert von Flandern ſchon im Jahr 1067, auf ſein Erbrecht, zum Beſten ſeines Bruders, ſuper reliquiis ſanctorum, Verzicht geleiſtet hat. ſ. Meuſels Geſchichte von Frankreich. T. II. p. 347. ſ. auch Senkenbergs ſelecta iur. & hiſtor. T. V. p. 315. ſqq.

2) L. Sal. t. 62. §. 1. L. Ripuar. t. 56. §. 3. L. Burg. t. 14. §. 1. L. Alemann. 188. L. Boioarior. t. 14. c. 8. *Marculfi* form. lib. II. c. 8. *de Senkenberg* de ſucceſſ. filiar. in regnis & principat. c. 5. §. 39. ſqq.

3) Jo.

3) *Jo. Car. Henr. Dreyer* de inæquali maſculorum & feminarum ſucceſſione §. 6. ſqq. p. 33. ſqq.

4) *Jo. Ge. Eſtor* de terrarum partitionibus illuſtrium Germaniæ inter ſe, præſertim ea, quæ vocatur Todttheilung, illarumque effectibus quoad ſucceſſionem. Marp. 1746. Pütters Samml. auserleſener Rechtsfälle. T. I. p. 90. ſqq.

5) *F. C. Conradi* αὐτοκληρονομία, ſive ius ſui heredis ex adoptionis divinæ iure quæſitum a Paulo epiſt. ad Rom. c. 8. v. 17. & ad Galat. c. 4. v. 7. demonſtratum. Helmſt. 1744. beweiſet, daß Paulus Lehrſätze beſonders in der erſten Stelle, gänzlich aus den Römiſchen Rechten entlehnet worden.

6) Nov. 21. in præfat. Nov. 118. Senkenberg l. c. c. 6. §. 70. p. 79.

7) *Nic. Hier. Gundling* errores pragmaticorum de renunciatione hereditatum filiarum illuſtrium. Hal. 1729. c. 2. §. 4. ſq. p. 26. ſqq. *J. Henr. Bocris* larva renunciationibus filiarum illuſtrium, & opinioni deſuper, licet communi, detracta. Bamb. 1750.

8) *Jo. Ulr. de Cramer* de pactis hereditatis renunciativis filiæ nobilis. c. 1. §. 13. Moſers Teutſches Familienſtaatsrecht. T. I. p. 747. ſqq.

9) Ludewigs gelehrte Anzeigen. T. I. p. 828. ſqq. *de Neumann* de ſucceſſ. & hereditate Principum. ſ. 2. t. 6. §. 101. p. 74.

10) Man vergleiche hierbey noch überhaupt die vortrefliche Deduction: von der Succeſſion nach dem Primogeniturrecht in den Herzogthümern, und dergleichen Fürſtenthümern des Reichs Teutſcher Nation, in ſpecie von ſolchem Succeſſionsrecht im Hauſe Braunſchweig-Lüneburg, Zelliſcher Linie, Hannover 1691. fol.

§. 19.

Fortſetzung.

Endlich pflegt man auch den Behauptungen für das Recht der ſo genannten Regredienterbinnen noch den Umſtand entgegen zu ſetzen, daß dadurch die Erbfolgsordnung

nung auſſerordentlich verwirrt werde; indem die Anzahl der verziehenen Töchter in den Familien auſſerordentlich groß ſey, und man daher, falls der Grund der Erbfolge nicht in der Nahheit der Grade, nach der Vorſchrift der gemeinen und Reichsrechte, geſetzt wird, bey dem würklich erfolgten Abſterben des Mannsſtammes, unmöglich wiſſen könne, welcher unter den vielen verziehenen Töchtern die Erbfolge zukomme? Es ſey auch, ſagt man, dieſe Furcht nicht eingebildet. Denn wenn man z. E. von zehen Generationen in jeder Generation nur zwo verziehene Töchter annehme, und vorausſetze, daß ſich deren Nachkommen in jeder Generation nur mit zwo Töchtern vervielfältiget, ſo kämen in ſolchem Zeitraum doch wenigſtens 2046. Regredienterbinnen heraus, unter welchen ſchwer zu beſtimmen ſey, welche zur Erbſchaft vorzüglich zugelaſſen werden müſſe. Wollte man aber annehmen, daß ſie alle zu gleichem Rechte ſuccedirten: ſo würde dadurch eine ins Unendliche gehende Zerſtückelung der Güter und Länder erfolgen, welche mit dem unleugbaren Ruin des hohen und niedern Adels offenbar verknüpft ſeyn würde. Alle dieſe Unbequemlichkeiten aber vermeide man, wenn man, mit Verwerfung des eingebildeten Erbrechts der Regredienterbinnen, bey dem in den gemeinen und Reichsrechten einmahl feſtgeſetzten Grundſatze von der Nahheit des Grades, als dem einzigen und wahren Grunde der Erbfolge, ſtehen bleibe, maaſſen alsdann nicht nur die Ungewißheit in Anſehung des wahren nächſten Erben völlig wegfalle, ſondern auch die den erlauchten und adelichen Familien äußerſt nachtheilige Zerſtückelung der Güter glücklich vermieden werde. Bey dieſen Umſtänden dürfte alſo das von dem Hochgräflichen Hauſe Schaumburg-Lippe, aus den Grundſätzen der Regredienterbſchaft, hergeleitete Erbrecht für völlig ungegründet, und daß auch in dieſem Rechtsfall lediglich auf die Nahheit des Grades Rückſicht zu nehmen ſey, dafür gehalten werden.

§. 20.

Von der Unſtatthaftigkeit dieſer Grundſätze in gegenwärtigem Falle überhaupt.

Nun fehlt es freylich zwar der Gegenparthey, welche die Zuläſſigkeit der Regredienterbſchaft behauptet, nicht an ſtattlichen Gegengründen. Man will ſich aber in

in der gegenwärtigen Abhandlung, auf deren Zergliederung, und allenfallſige Unterſtützung nicht einlaſſen, da einestheils ſolches eine weitläuftigere Unterſuchung und Ausführung erfordern würde, als die Abſichten dieſer Schrift erlauben; anderntheils aber man die Richtigkeit aller der vorhin ausgeführten Grundſätze, der für die gemeine Erbfolgsordnung ſtreitenden Staatsrechtslehrer, allenfalls unbedingt zugeben kann, da ſolche in dem gegenwärtigen Falle ſchlechterdings keine Anwendung leiden. Denn alle Rechtslehrer, welche die gegenſeitige Meinung behaupten, ſetzen den Fall voraus, daß das Frauenzimmer, von deſſen Verzicht, und allenfallſiger Vorbehaltung ihres künftigen Erbrechtes, die Frage iſt, würklich zur Zeit des Verzichtes, und der geſchehenen Reſervation, kein Recht auf die Succeſſion gehabt habe, und auch, falls ſie nicht Verzicht geleiſtet hätte, dennoch für eine verziehene Tochter würde gehalten worden ſeyn 1). Es verſtehet ſich alſo von ſelbſt, daß in dem Fall, wenn einem Frauenzimmer aus dem hohen und niedern Adel, zur Zeit der Verzichtleiſtung, ein gegründetes Erbrecht zugeſtanden, und ſie alsdann ſich ihres Erbrechts nur auf gewiſſe Fälle, und zum Vortheile gewiſſer Perſonen begeben habe, dieſe Renunciation nicht weiter, als auf die in dem Verzichte ausdrücklich enthaltene Fälle, Zeit und Perſonen ausgedehnet werden könne, und ſo bald dieſe wegfallen, der Renunciantin, und ihrer Poſterität dasjenige Erbrecht würklich zu Theil werden müſſe, welches ſie ohne der geleiſteten Verzicht gehabt und zur Ausübung gebracht haben würde 2). Mithin kommt es gegenwärtig bloß auf die Unterſuchung an: ob zur Zeit der Vererbung der Herrſchaft Jever auf den Herrn Fürſten Johann, chriſtmildeſten Andenkens, deſſen Erben und Nachkommen frey ſtehen ſoll, daſſelbe an jemand auſſer der Familie zu veräuſſern 3); und da b) zugleich die ganze Abſicht der Stammgüter auf die Erhaltung des Glanzes und Anſehens der Familie gerichtet iſt; dieſe aber durch die Frauenzimmer nicht erreicht werden kann: ſo wird gemeiniglich bey Errichtung eines Stammgutes verordnet, daß die Frauenzimmer, vor gänzlicher Erlöſchung des Mannsſtammes, von aller Erbfolge gänzlich ausgeſchloſſen ſeyn ſollen, da nach der Natur der Sache das Gut, ſo lange als das weibliche Geſchlecht darin ſuccediret, nicht in der Familie erhalten werden kann, ſondern alle Augenblick Gefahr lauft, durch Heyrath in eine andere Familie vererbt zu werden, und ſich alſo, bey der weiblichen unbedingten Erbfolge die Qualität eines Stammgutes kaum als möglich denken läßt. Wendet man nun dieſe allgemeine unbeſtrittene Lehrſätze auf den

gegen-

gegenwärtigen Fall an: ſo ergiebt ſich ſo gleich von ſelbſt, daß von den Zeiten des Edo Wimeken, des älteren, bis auf die Fräulein Maria von Jever, dem Lande die qualitas ſtemmatica keinesweges beygelegt worden 4). Denn erſtlich conſtiret nicht, daß Edo Wimeken, als erſter Erwerber des Landes, eine Diſpoſition gemacht habe, daß ſeine Nachkommenſchaft die von den Unterthanen ihm aufgetragene Oberherrſchaft und Eigenthum des Landes, beſtändig in der Familie erhalten, und ſelbiges, ganz oder zum Theil, nie aus der Familie veräuſſern ſollten. Eben ſo wenig iſt von ſeinem Sohne, oder ſeiner nachherigen Erbtochter, Fruwe, und deren Deſcendenz, ein dahin abzielender Familienvertrag, oder andere rechtliche Diſpoſition bekannt, auch davon ſo gar nicht einmal eine Spur bey den Geſchichtſchreibern, oder in Urkunden, anzutreffen; daher es unſtreitig an der erſten Haupteigenſchaft eines Stammgutes in dem gegenwärtigen Falle gänzlich ermangelt Was aber zweytens das Erbrecht des Frauenzimmers in dem ganzen Lande anbetrift: ſo iſt zuvorderſt überhaupt aus dem vorbemeldeten Beyſpiele der Fräulein Fruwe von Jever klar, daß das Frauenzimmer für erbfähig gehalten worden, da dieſelbe, nach dem Abſterben ihres einzigen Bruders Dodeke, das ganze Land erb- und eigenthümlich erlanget, und ſo gar auf die mit ihrem ausländiſchen Gemahl erzeugte Kinder, und deren Poſterität vererbet hat. Hiernächſt ergiebt die Geſchichte des Landes, daß die Frauenzimmer ſo gar in dem Falle, wenn Mannsſtamm vorhanden geweſen, einen Landesantheil erhalten, indem die Fräulein Reinolde von Jever, beym Leben ihrer beyden Brüder, Hajo Harles und Sibbeth Papinga, das Haus Knipens, und einen Theil von Ruſtringen, mithin ein beträchtliches Stück des ganzen Landes (§. 1.) zu ihrem Antheil bekommen hat. Es erhellet auch nicht, daß in der Folge, und ſo lange als die Nachkommenſchaft des erſten Erbherrns von Jever das Land beſeſſen, ein Geſchlechtsvertrag errichtet worden, wodurch man dem Frauenzimmer überhaupt, oder wenigſtens bis zu gänzlicher Erlöſchung des Mannsſtammes, das Erbfolgsrecht gänzlich abgeſprochen, oder nur eingeſchränkt habe. Denn der Fräulein Fruwe älteſter Sohn, Hajo Harles, welcher den Stamm fortgepflanzet, hinterließ, ſo viel man weiß, überhaupt keine Töchter; deſſen älteſter Sohn Tanne Duren hinterließ, auſſer drey Söhnen, zwar eine Tochter, die Fräulein Tjadert von Jever. Es fehlet aber an Nachrichten, ob ſelbiger, nach ihres Vaters Tode, ein Theil des Landes zugefallen ſey, oder ſie ſolches ihren Brüdern allein überlaſſen habe; und iſt es vielmehr äuſſerſt

wahr-

wahrſcheinlich, daß, da ſie im Jahr 1571. unvermählt geſtorben, ſelbige mit ihren Brüdern in der Gemeinſchaft geblieben ſey, und ihren Standesmäſſigen Unterhalt aus der Herrſchaft empfangen habe. Wenigſtens iſt kein rechtlicher Grund vorhanden, woraus ſich die Vermuthung begründen lieſſe, daß nurgedachte Fräulein Tjadert von Jever, vermöge eines alten Geſchlechtsvertrages, oder eines in ihrer Familie exiſtirenden Herkommens, von der Erfolge im Lande ausgeſchloſſen geweſen, und ſolche ihren Brüdern allein habe hinterlaſſen müſſen. Ueberhaupt läßt ſich ſolches auch, bey den vordem in der Familie beobachteten Grundſätzen, nicht einmahl als wahrſcheinlich denken, und derjenige, welcher eine ſolche Veränderung behauptet, würde unſtreitig den Beweis davon zu führen verbunden ſeyn. Nun hinterließ der mehrgedachten Fräulein Tjadert jüngſter Bruder, Edo Wimeken, der jüngere, zwar einen Sohn Chriſtoph, und drey Töchter, Anna, Maria und Dorothea. Obgedachter Sohn Chriſtoph aber ſtarb im Jahr 1517. da er kaum achtzehn Jahr alt geworden, folglich als minderjährig, und iſt alſo ſo wenig erwieſen, als glaublich, oder nur wahrſcheinlich, daß dieſer Herr, während ſeiner Minderjährigkeit, eine damahls am Leben geweſene Prinzeſſin Tochter, die durchlauchtigſte Prinzeſſin Sophia Auguſta, mit ihren Fürſtlichen Herren Brüdern, ein gleiches Recht auf die Herrſchaft Jever gehabt habe? und ſie deſſen, ohne ihre ausdrückliche oder ſtillſchweigende Einwilligung, nicht habe beraubet werden können? Denn falls dieſe Frage zu bejahen iſt: ſo ergiebt ſich alsdann von ſelbſt, daß Ihr eingeſchränkter Verzicht auf keine andere Fälle, als welche in dem Erbvertrage von 1675, und in Ihrer Verzichtleiſtung enthalten ſind, extendiret werden könne; und folglich die Würkung des Verzichtes von ſelbſt wegfalle, und in Anſehung der hohen Deſcendenten mehrhochgedachter Prinzeſſin, bey dem in Gottes Händen ſtehenden gänzlichen Abgange des Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtammes, dasjenige Recht wieder auflebe, deſſen Genuß hochgedachter Prinzeſſin, ohne eine freywillige Verzichtleiſtung, nicht entzogen werden mögen. Mithin hat man, um dieſe wichtige Sache gehörig zu beurtheilen, ſolche lediglich aus dieſem Standpuncte zu betrachten, und man hat würklich Urſach zu glauben, daß die für die Rechte der höchſtbemeldeten Prinzeſſin Sophia Auguſta, und folglich nunmehro Höchſtderoſelben hohe Poſterität, eintretende Gründe, nach genauerer Prüfung, den Beyfall des Publici allerdings verdienen werden.

1) Moſers Familienſtaatsrecht. T. I. p. 912. ſqq.

2) *F. C. Harpprecht* de regreſſu ad bona ab illuſtribus præcipue filiabus renunciata etiam in caſu ſtemmatis prorſus ſublati, vere, vel ſaltem apparenter præcluſo. Tübing. 1694. *Mich. Graſs* de reditu dominii legali. §. 67. ſqq. *Jo. Bernh. Frieſe* de reſtricta renunciationum interpretatione. *Reinharth* ad Chriſtin. Vol. I. obſ. 70. von Cramers Wetzlar. Nebenſtunden. P. 10. p. 133. ſqq.

§. 21.

Jever war 1) vor dem Lehnsauftrage kein Stammgut.

Um nun den Beweis des vorliegenden Satzes zu führen: ſo iſt vor allem andern die urſprüngliche Beſchaffenheit der Herrſchaft Jever zu unterſuchen. Es iſt nemlich überhaupt unzweifelhaft, daß, ſelbſt unter dem hohen und niedern Adel das weibliche Geſchlecht in neueren Zeiten zur Erbfolge überhaupt, gleich dem Mannsſtamme, zugelaſſen wird, in ſo fern nicht entweder beſondere Familienverträge, Geſetze oder Herkommen ein anders verordnen, oder die Frage von einem würklichen Stammgute, oder Stammlehen vorwaltet 1). Nun iſt unſtreitig, daß die in Frage befangene Herrſchaft, vor den Zeiten der Fräulein Maria von Jever, weder vom Kayſer und Reiche, noch von einem Reichsſtande, oder einer andern auswärtigen Macht, zu Lehen gegangen, ſondern es iſt aus dem vorhergehenden klar, daß Edo Wimeke, der ältere, durch die freye Wahl ſeiner nachherigen Unterthanen, die Oberherrſchaft und Eigenthum des ganzen Landes erhalten (§.). Eben ſo gewiß iſt es auch, daß, wenigſtens, in Abſicht auf die Eingeſeſſenen, die Erhebung deſſelben, gleich anfänglich auf ſeine männliche und weibliche Nachkommenſchaft gerichtet geweſen ſeyn müſſe, weil das Volk, nach dem unbeerbten Abſterben des einzigen Sohnes ihres erſten Erbherrns, welcher den Namen Dodeke führte, deſſen Schweſter Fruwe, ohne Widerſpruch, für ſeine Landesherrſchaft erkannte, und ohnerachtet ſelbige ſo gar einen Ausländer, nemlich einen Häuptling aus dem Stad- und Butjadinger Lande heyrathete, deren männliche und weibliche Nachkommenſchaft

für

für ihre würkliche und rechtmäſſige Landesherrſchaft reſpectiret hat. Mithin ergiebt ſich hieraus von ſelbſt, daß wenigſtens die Unterthanen, von deren freyen Willkühr es unſtreitig abhing, ob, und auf welche Bedingungen ſie ſich einen Landesherrn erwählen wollten, das Land als ein würkliches erbeigenthümliches Gut ihrer neuen Erbherren betrachtet, und ſolchergeſtalt demſelben die Beſchaffenheit eines würklichen ächten Stammgutes nicht beygeleget haben. Wenn alſo das Land, vor dem Lehensauftrage, die qualitatem ſtemmaticam, in juriſtiſchem eigentlichem Verſtande, gehabt haben ſoll: ſo muß ſie von den Beſitzern deſſelben unſtreitig ſelbſt hergerühret, und dieſe ihrem neuen Erwerbe dieſe Eigenſchaft, auf irgend eine, in den Rechten erlaubte, Art beygelegt haben. Widrigenfalls muß das ganze Land allerdings für ein freyes Erbgut betrachtet werden, da es unbezweifelten Rechtens iſt, daß die qualitas ſtemmatica überhaupt nicht vermuthet wird, ſondern von demjenigen, welcher ſich darauf gründet, erwieſen werden muß 2). Nun erfordert man überhaupt zu einem Stammgute, daß a) der erſte Erwerber, oder einer ſeiner Nachkommen, eine Verordnung mache, daß das Gut beſtändig in der Familie verbleiben, und keines ſeiner Geſetze zu Stande gebracht haben ſollte, wodurch dem Mannsſtamme fürs künftige die Erbfolge allein gebühren, und das weibliche Geſchlecht, bis zum ledigen Anfalle davon gänzlich ausgeſchloſſen ſeyn ſollte. Vielmehr iſt allerdings zu vermuthen, daß alles bey dem bisherigen Herkommen geblieben ſey, und deſſen drey Schweſtern mit ihrem Bruder das Land gemeinſchaftlich beſeſſen haben. Ob aber die Schweſtern, nach des Bruders Abſterben, unter ſich einen Erbvertrag, wegen der Succeſſionsordnung, errichtet haben? iſt überhaupt nicht bekannt, und ſchlägt ohnehin in die Entſcheidung desjenigen Rechtspunctes, worauf es hier allein ankommt, gar nicht ein. Mithin erhellet aus dem bisherigen Vortrage, daß die Familie der erſten Erbherren von Jever das Land in der Eigenſchaft eines, dem freyen und uneingeſchränkten Erbgangsrechte unterworfenen Gutes beſeſſen haben, und keine Spur eines auf ein Stammgut abzielenden Vertrages anzutreffen ſey; bey welchen Umſtänden alſo an der urſprünglichen Fähigkeit des Frauenzimmers in dieſer Familie, auf die in Frage ſeyende Succeſſion, nicht gezweifelt werden mag 5).

1) *Jo. Aug. Hellfeld* de ſucceſſione illuſtrium, qua privatorum, in allodiis; und Pütters Deductionen für die Gräflich Wurmbrandiſchen

ſchen Töchter, in ſeiner Sammlung auserleſener Rechtsfälle. T. I. p. 1. ſqq.

2) *Jo. Ge. Brückmann* de fideicommiſſo ejusque probatione, Erf. 1752. J. J. Reichard vom Erbfolgsrechte der Töchter, c. 3. §. 1. ſqq. p. 103. ſqq. Deciſiones Tribunalis Caſſell. T. I. dec. 94.

3) *de Selchow* elem. iuris Germ. §. 555.

4) *Heineccius* T. I. reſp. 23. *Jo. Steph. Pütter* de iure feminarum adſpirandi ad fideicommiſſa familiæ. Marp. 1745.

5) ſ. überhaupt *Jo. Ferd. Wilh. Brandt* de natura bonorum avitorum, vulgo Stammgüter, in dominio minus pleno conſiſtente, atque inde ſumenda interpretatione in fideicommiſſis familiæ. Marp. 1746.

§. 22.

a) durch den Lehnsauftrag iſt das Frauenzimmer nicht ausgeſchloſſen worden.

Aus dem bisherigen Vortrage erhellet alſo, daß die Erbfolge in der Herrſchaft Jever in der Familie ihrer erſten Erbherren, weder durch Verträge, noch ein erweisliches Herkommen, auf das männliche Geſchlecht überhaupt, eingeſchränkt geweſen, wie denn ſo gar nicht einmahl zu erweiſen ſtehet, daß ſelbige durch Einführung des Rechts der Erſtgeburt, oder Majorates, für untheilbar gehalten worden. Es entſtehet daher die Frage: ob durch die von der mehrgedachten Fräulein Maria von Jever dem Hauſe Burgund gethane Lehnsauftragung ihrer bisherigen Erbherrſchaft, in der Natur der Erbfolge etwas verändert worden, und ob man namentlich das bisherige Erbrecht des weiblichen Geſchlechtes eingeſchränkt oder gar aufgehoben habe? Nun erhellet überhaupt aus dem erſten Theile dieſer Abhandlung (§. .), daß die Auftragung der Herrſchaft zu Lehen, von Seiten der Fräulein Maria, ganz freywillig geweſen, dem Hauſe Burgund, oder den ehemaligen Herzogen von Brabant nicht der geringſte Anſpruch an dem Lande zugeſtanden habe; ſondern die bisherige Beſitzerin ſich durch dieſe Handlung den Schutz des mächtigen Kayſer Carls V., als damaligen Beſitzers der Burgundiſchen Niederlande, gegen die Anfälle ihrer

mächti-

mächtigen und eigennützigen Nachbaren zuwege zu bringen geſucht habe. Mithin hing es lediglich von ihrem Willkühr ab, unter welchen Bedingungen ſie ſich der Oberlehnsherrſchaft des Hauſes Burgund unterwerfen wollte, und es iſt nicht zu vermuthen, daß K. Carl V., in Rückſicht der durch dieſen Vorgang ſeinem Hauſe erworbenen wichtigen Vortheile, einige Bedingungen, welche ſich die neue Vaſallin vorbehalten können, ausgeſchlagen haben werde, wenn ſelbige auch von den ſonſtigen, bey Lehen hergebrachten, Grundſätzen abgewichen haben ſollten 1). Nun iſt man zwar, bey ermangelnder Einſicht des erſten Lehnbriefes vom Jahr 1531, nicht im Stande, aus den eigentlichen Worten deſſelben, zu beſtimmen, was etwa für beſondere Vereinbarungen, zwiſchen dem Lehnsherrn und der Vaſallin, getroffen worden. Indeſſen ergiebt ſich aus der Sache ſelbſt, und inſonderheit aus dem Teſtamente des Grafen Anton Günther von Oldenburg, daß die Herrſchaft unter dem Namen eines **unſterblichen Erblehens** dem Hauſe Burgund aufgetragen worden, auch die Fräulein Maria ſich für ſich, und ihre Nachkommen, die Freyheit ausbedungen habe, über das neue Lehen zu diſponiren. Dieſer Vorbehalt iſt an und für ſich nichts auſſerordentliches, vielmehr ſelbſt bey den Reichslehen ſehr gewöhnlich, daß ſo gar dem erſten Erwerber die Erlaubniß, ein Teſtament über das Lehen zu errichten, ertheilt werde 2), und alſo nicht zu verwundern, daß man bey einer ſo ganz aus freyem Willen geſchehenen Auftragung, dem Vaſallen ein gleiches Recht zugeſtanden hat. Gegenwärtig aber kommt es nicht ſo wohl auf dieſen, auſſer allem Streit ruhenden, Umſtand, ſondern lediglich auf die Frage an: ob dem weiblichen Geſchlechte dadurch ſeine vorige Gerechtſame, ganz oder zum Theil, genommen oder auf irgend einige Art eingeſchränkt worden? Betrachtet man nun die Sache aus der Natur der Erblehen überhaupt: ſo iſt freylich wahr, daß die Erblehen auſſerordentlich von einander unterſchieden ſind, und nicht wohl aus ganz allgemeinen Grundſätzen beurtheilet werden können 3). Inſonderheit behaupten viele angeſehene Rechtslehrer, daß ſo gar die Clauſel: **zu rechtem Erblehen**, keinen abſoluten Beweis des Erbrechtes des weiblichen Geſchlechts im Lehen ausmache 4). Allein man hat nicht nöthig, in dem vorliegenden Falle ſich auf dieſe Streitigkeit einzulaſſen. Denn es iſt eine weltkündige Sache, daß ſeit der Zeit, da das Land lehnbar geworden iſt, ſolches beſtändig durch Frauenzimmer auf andere Häuſer gebracht worden, auch ſo

gar der Name der Prinzeſſin Sophia Auguſta dem Lehnbriefe, zu Höchſtderſelben und Ihrer künftigen Poſterität Sicherheit, einverleibt, und folglich in die Mitbelehnſchaft aufgenommen worden, mithin an der Succeſſionsfähigkeit des ſchönen Geſchlechts in dem Lande in der Hauptſache durch die Lehnsauftragung keine Aenderung gemacht worden. Ueberdies geben die Lehnbriefe, wie ſchon angezeigt worden, dem jedesmaligen Beſitzer ſo gar das Recht, über das Lehen zu diſponiren, woraus ſich der Begriff eines ſo genannten feudi hereditarii meri offenbar zu Tage leget. Endlich iſt auch in den Lehenbriefen in der bisherigen Ordnung der Erbfolge nichts geändert, auch ſo wenig dem Erſtgebornen, als einem andern Lehnsfolger, ein ausſchließliches Erbrecht beygelegt worden, daher ſich von ſelbſt verſtehet, daß alle von dem jedesmaligen Vaſallen nachgelaſſene Kinder, oder Erben, ohne Unterſchied des Geſchlechts, ſich eines gleichen Erbrechts, nach der Natur eines unbedingten Erblehen 5), zu erfreuen gehabt haben, ſo lange ſolches nicht durch anderweitige Verträge, oder ein rechtmäßiges Herkommen, abgeändert worden.

1) *Lynker* de gravamine extraiud. c. 5. ſ. 1. §. 24. p. 429. ſq. *Itter* de feudis imperii, c. 1. §. 12. p. 27.

2) *Itter* l. c. p. 767. ſqq.

3) *Struvii* ſynt. iur. feud. c. 4. th. 11. 12. *Hornii* iurisprud. feud. c. 4. §. 33. ſq. *C. W. Strecker* de differentiis feudorum heredetar. & ex pacto & provident. talium; beym Jenichen in theſ. iur. feud. T. II. p. 717. ſqq.

4) *Jo. Ulr. de Cramer* von Verleihung der Güter zu rechtem Erblehen. T. IV. opuſc. p. 701. ſqq.

5) Dieſes beweiſen die Worte des Lehnbriefes von 1532. deutlich, worin die Herrſchaft zu einem feudo hereditario, quod numquam emoritur, ſed in æternum ad omnes heredes tranſit; in Moſers Staatsrecht des F. Hauſes Anhalt, p. 301. ſ. auch Cramer vom Wort Erbnehmen, ſo weit es ein feudum hereditarium quoad ſucceſſionem mixtam andeutet. l. c. p. 154. ſqq.

§. 23.

§. 23.

3) Ob durch den Uebertrag der Herrſchaft an das Haus Oldenburg die weibliche Erbfolge aufgehoben worden?

Daß die Fräulein Maria von Jever ihren Vetter, den Grafen Johann XVI. zu Oldenburg zum Erben eingeſetzt, und demſelben noch bey ihrem Leben den Mitbeſitz der Herrſchaft, auf die dazu von dem Brabantiſchen Lehnhofe zu Brüſſel erhaltene Erlaubniß, eingeräumt habe, iſt oben (§. 8.) bereits ausgeführt worden. Ob aber bey dieſer Gelegenheit in dem Teſtamente der Erbfräulein in Anſehung der künftigen weiblichen Erbfolge, etwas verordnet, oder gar die bisher, in Anſehung der Succeſſion befolgte Grundſätze aufgehoben oder eingeſchränket worden? kann man zwar nicht mit entſcheidender Gewißheit beſtimmen, da das Teſtament, welches hier zur Entſcheidung dienen müßte, ebenfalls ungedruckt iſt, und man ſolches, aller angewandten Mühe ohnerachtet, nicht hat zu Geſichte bekommen können. Indeſſen iſt überhaupt bekannt, daß die Rechte keine Veränderungen vermuthen. Und da der Fräulein Maria bekannt war, daß Zeither das weibliche Geſchlecht in der Herrſchaft ohne Widerſpruch ſuccediret, ſie auch ſelbſt als Frauenzimmer das ganze Land erb- und eigenthümlich beſeſſen: ſo läßt ſich ſo wohl hieraus, als aus der natürlichen Neigung für ihr Geſchlecht, die rechtliche Vermuthung faſſen, daß ſie alles beym Alten gelaſſen habe. Sollte aber das Gegentheil von jemand behauptet werden: ſo erwartet man diſſeits den Beweis; man kann aber auch demſelben um deſto ruhiger entgegen ſehen, da, wenn auch erwieſen werden ſollte, wie man doch diſſeits nicht glaubt, daß die oftbelobte Fräulein Maria von Jever, etwa in ihrem Teſtamente die Herrſchaft dem männlichen Geſchlechte allein eingeräumet, oder eine eigne Succeſſionsordnung nach dem Rechte der Primogenitur oder Majorate, beſtimmt haben möchte, ſolches dennoch auf die Entſcheidung der ganzen Rechtsſtreitigkeit, in der jetzigen natürlichen Lage derſelben, keinen rechtlichen Einfluß haben konnte, da ſich aus dem folgenden ergeben wird, daß das zu Erben eingeſetzte Gräfliche Oldenburgiſche Haus, nachdem ſolches zum ruhigen Beſitze des Landes gekommen, beſtändig den alten, unter der Familie der ehemaligen Erbherren von Jever, beobachteten Grundſätzen nachgegangen, und das Land, ohnerachtet der mit dem Hauſe Burgund geſchloſſenen Lehnsverbin-

dung,

dung, beſtändig als ein freyes Allodium behandelt, und dem weiblichen Geſchlechte ſein Erbfolgsrecht nicht bezweifelt; dieſes Verfahren aber allerdings für eine Folge der von der Fräulein Maria in ihrem Teſtamente angenommenen Grundſätze in Anſehung der Succeſſion, angeſehen werden muß.

§. 24.

4) Von der teſtamentariſchen Diſpoſition des Grafen Anton Günther von Oldenburg.

Nach dem Abſterben des Grafen Johann XVI. fiel die Herrſchaft an deſſen hinterlaſſenen Sohn den Grafen Anton Günther. Dieſer Herr hatte nur eine einzige Schweſter Magdalena, welche im Jahr 1657, als Gemahlin des Fürſten Rudolf von Anhalt-Zerbſt das Zeitliche verließ. Ob hochgedachte Prinzeſſin von Ihrem Hrn Bruder, bey Ihrer Vermählung, abgefunden, oder auf die Erbfolge Verzicht geleiſtet, kann man ebenfalls, aus Mangel der Eheſtiftung, oder allenfallſiger Verzichtsformul, nicht genau beſtimmen 1). Es iſt aber die Nachſuchung dieſer Urkunden, bey gegenwärtigem Erbfalle um ſo weniger nöthig, da der hochgedachten Prinzeſſin Nachkommenſchaft, von Hochderoſelben Hrn Bruder ſelbſt zu alleinigen Erben der Herrſchaft eingeſetzt worden, und folglich an deren Succeſſionsfähigkeit nicht gezweifelt werden mag. Inzwiſchen hat der erſte Erwerber der Herrſchaft, Herr Graf Johann XVI., ſo viel bekannt, keine Diſpoſition über die Erbfolgsordnung in der neu erworbenen Herrſchaft gemacht. Nachdem aber der mehr hochgedachte Herr Graf Anton Günther, als der letzte des Mannsſtammes, in der Gräflichen Oldenburgiſchen Familie, ſelbſt keine eheliche Leibeserben erzielte, und alſo das Abſterben Seines Gräflichen Hauſes vermuthete: ſo ſuchte und erhielt Er, von dem damaligen Spaniſchen geheimen Rath und Lehnhofe zu Brüſſel, eine ſogenannte Octroi liberrimæ diſpoſitionis, um nach Gutbefinden, über die Herrſchaft, und deren Dependenzen, auf den Fall ſeines unbeerbten Abſterbens, Verfügung zu machen; welche Vergünſtigung im Grunde nichts neues war, noch für eine beſondere Gnade des Lehnsherrn anzuſehen iſt, ſondern als eine Folge der bey dem erſten Lehnsauftrage im Jahr 1532. verabredeten Bedingungen betrachtet werden muß (§. 7. 22.) In Gefolg dieſer lehnsherrlichen Verwilligung ſetzte daher hochgedachter Herr Graf den 23 April 1663. ſeine §. 9. bereits berührte teſtamentariſche Diſpoſition

ſition auf. In dieſem Teſtamente wird zuvorderſt §. 23. folgende Erbeseinſetzung gemacht: „Dieſemnächſt ſetzen, ordnen und wollen wir — daß, vermöge dieſer „Unſerer Verordnung, Uns an unſern Haus, Stadt und Landen der Herrſchaft „Jever — ſuccediren ſolle, der Durchlauchtige, Hochgebohrne Fürſt und Herr, „Herr Johann — oder deſſen Gnaden ſich alsdann im Leben befindliche Fürſtliche „eheliche Leibeserben, welche hiermit und kraft dieſes, befugt und bemächtiget ſeyn „ſollen, ſo bald Wir, nach dem Willen Gottes, aus dieſer Zeitlichkeit werden ab„geſchieden ſeyn, ſich in rechtmäſſige Poſſeſſion beſagter Herrſchaft und Landen „zu ſtellen, und der Regierung zu unternehmen, auch zu nutzen und zu gebrau„chen.“ Hiernächſt wird in Anſehung der künftigen Erbfälle §. 36. verordnet: „Was nun den ordinem & modum ſuccedendi in beſagter Herrſchaft Jever „anbelanget, wollen Wir hochgedacht Ihrer Gnaden zwar frey und heim gegeben „haben, nachdem Sie der Höchſte mit verſchiedenen lieben jungen Herren geſegnet, „daß Sie bey ſich, nach Ihrem erleuchteten Verſtande, hochverſtändig erwägen „und entſchlieſſen mögen, ob Sie Ihrem Fürſtlichen Hauſe und Etat zuträglich „befinden, die Herrſchaft Jever mit Dero Fürſtenthum Anhalt, Zerbſtiſchen Theils, „zu combiniren, eines mit dem andern zu vereinbaren, und dem erſtgebornen älte„ſten Herrn beydes zu verlaſſen, oder dieſe Herrlichkeit Jever dem ſecundoge„nito, oder jemand anders, aus Dero jungen Herrſchaft, zu vermachen. „Es iſt aber Unſer beſtändiger ordentlicher Wille und Meinung, wann die Succeſ„ſion einmahl Statt gewonnen und radiciret iſt, daß alsdann, ſo lange von oft hoch„gemeldeten Fürſt Johann zu Anhalt Gnaden und deſſen zum erſtenmahle in die„ſer Herr- und Landſchaft Jever ſuccedirten Herrn Sohns, poſterirende männ„liche Erben, deren primogenitus, und deſſen Erben und Erbenserben vorhan„den, keine von gleicher oder nähern Linie, auf erledigten Fall, ſich der „Succeſſion einigermaaſſen unterfangen, ſondern jederzeit das *ius primoge„nituræ in ſucceſſione* genau attendiret; auch nach gänzlichem Abgang der „männlichen Linie, wie dann ſolches in Gottes Gewalt und Providenz ſtehet, „Er aber, nach Seiner Güte, väterlich abwenden wolle, auf das fräuliche Ge„ſchlecht fallen, und mit dem Fräulein, *ratione majoratus & primogeni„turæ*, daß die älteſte allezeit den Vorzug habe, wie es jezt mit dem männlichen „Geſchlecht verordnet, ſtets und feſt obſerviret und gehalten, jedoch die an-

„ dere Fräulein, nach ihrer Anzahl, aus den herrſchaftlichen Intraden, an Gelde oder
„ Gütern deſto anſehnlicher ausgeſteuret werden ſollen.“ Endlich verordnet der Hr.
Teſtator, in Anſehung der Ausſtattung der Töchter, und künftiger Theilung des Landes:
„ wann aber auſſer dem regierenden Herrn keine Hrn Brüder mehr, und nur Fräulein
„ Schweſtern vorhanden, die, und eine jede derſelben, ſollen, über obbemeldete Fräu-
„ leinſteuer, wenn Sie ſich verheyrathen, aus der Jeveriſchen Renterey, die Hälfte
„ deſſen, was ein jeder der Herren Brüder, empfangen, und damit, *reſervata*
„ *ſola ſpe ſuccedendi totaliter* abgefunden ſeyn, und an der Herrſchaft Jever
„ weiter nichts zu fordern haben, ſub pœna privationis & perpetuæ excluſio-
„ nis, der, oder die dawider handeln werden, alſo und dergeſtalt, daß das Jever-
„ ſche territorium in einem corpore beyſammen bleiben, und nun und nimmer-
„ mehr durch keinerley Succeſſion vertheilet und dismembriret werden ſoll.“ Wenn
man nun dieſe merkwürdige teſtamentariſche Diſpoſition mit unbefangenem Gemüthe
betrachtet: ſo ergibt ſich zwar daraus offenbar, daß 1) des Herrn Teſtators Abſicht
geweſen, die ganze Herrſchaft vorzüglich dem F. Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtamme,
nach der bey dem Rechte der Erſtgeburt üblichen Erbfolge zuzuwenden; hingegen
2) die weibliche Erbfolge nur in ſubſidium eintreten zu laſſen, im Fall keine männ-
liche Nachkommenſchaft von dem F. Johann von Anhalt-Zerbſt mehr vorhanden
ſeyn würde; zugleich auch 3) künftig durch keine Succeſſionsordnung die Herrſchaft
Jever weiter vertheilt werden ſollte; wodurch alſo die zeither in der Herrſchaft an-
erkannte Erbfolgsordnung des weiblichen Geſchlechts allerdings eine andere Richtung
und Beſtimmung erhalten haben würde. Es iſt auch kein Zweifel, daß hochgedach-
ter Herr Teſtator, kraft der von der Krone Spanien, als damaligem oberſten Lehns-
herrn, erhaltenen unumſchränkten Befugniß, über das Lehen zu diſponiren, eine ſol-
che Diſpoſition und Veränderung zu machen berechtiget geweſen. Es kommt aber
gegenwärtig lediglich auf die Frage an: ob der Gräfliche Herr Teſtator ſich dieſer
von dem Lehnsherrn erhaltenen Erlaubniß würklich bedient habe, und die desfalls
im Teſtamente gemachte Diſpoſition ſeines eingeſetzten Erben, des F. Johann von
Anhalt-Zerbſt, Kinder verbunden habe? Nun ergiebt der klare Inhalt des Teſta-
mentes, daß 1) der Herr Erblaſſer ſeinem Fürſtlichen Herrn teſtamentariſchen Er-
ben die völlige Freyheit gelaſſen, dem erſtgebohrnen Herrn Sohn, oder dem zwey-
ten,

ten, oder jemand anders aus Dero jungen Herrſchaft, die Herrſchaft Jever allein zu überlaſſen, daher es ohne Zweifel, in Gemäßheit dieſer Diſpoſition, in dem freyen Gutbefinden des mehr hochgedachten Herrn Fürſten Johann geſtanden, welchem unter ſeinen Fürſtlichen Kindern, männlichen oder weiblichen Geſchlechtes, Hochderſelbe die geſammte von ſeinem Herrn Oheime erhaltene Erbſchaft zuwenden wollte. Sodann 2) die ganze von dem Herrn Teſtator, chriſtmildeſten Andenkens, gemachte Verfügung, wegen der künftigen Erbfolgsordnung in der Herrſchaft Jever, nur auf den Fall gerichtet, wenn die Succeſſion einmahl gewonnen und radicirt iſt, das iſt, wie der ganze Zuſammenhang ergiebet, wenn der eingeſetzte Fürſtliche Herr Erbe einmahl eine Diſpoſition wegen der künftigen Erbſchaft gemacht, und einem ſeiner Fürſtlichen Deſcendenz die Herrſchaft allein vermacht haben würde, dieſer, und deſſen eheliche Deſcendenz, alsdann die ganze Herrſchaft unzertheilt, nach dem Rechte der Erſtgeburt, unveränderlich verbleiben ſollte. Nun iſt aber oben (§. 11.) bereits bemerkt worden, daß der Fürſtliche Herr Teſtamentserbe bereits ſechzehn Tage nach dem Herrn Teſtator Todes verblichen, und Hochderſelbe ſich der im Teſtamente demſelben ertheilten Befugniß, einem aus den Fürſtlichen Kindern die Herrſchaft zu überlaſſen, nicht bedient habe. Da nun aus dem bisherigen Vortrage erhellet, daß 1) vor der Zeit, da die Herrſchaft Jever dem Hauſe Burgund lehnbar geworden, Söhne und Töchter zugleich darin ſuccediret 2); ſodann 2) durch den Lehnsauftrag hierin nichts geändert worden, ſondern, da die Herrſchaft ein feudum hereditarium merum, oder ſogenanntes unſterbliches Erblehen geworden 3), unſtreitig den Kindern beyderley Geſchlechts ein gleiches Erbrecht an der Herrſchaft zugeſtanden; obgleich 3) jeder der Vaſallen, kraft der von dem Lehnsherrn erhaltenen Erlaubniß die Befugniß erhalten, einem ſeiner Kinder das ganze Lehen zuzuwenden, anbeneben 4) ſo wenig vor, als nach der eingetretenen Lehnbarkeit, einem Beſitzer der Herrſchaft eingefallen, ſolche mit der qualitate ſtemmatica zu belegen, allenfalls 5) wenn auch in einem oder dem anderen Falle, unter der Familie der erſten Erbherren von Jever, oder unter dem Oldenburgiſchen Hauſe, nach dem Abſterben des Grafen Johann, dem männlichen Geſchlechte der Vorzug vor dem weiblichen zugeſtanden haben ſollte, ſolches unſtreitig mit Einwilligung des Frauenzimmers geſchehen, und für willkührliche Handlungen zu halten ſind, woraus man ein die Qualität des Stammgutes begründendes Herkommen herzuleiten nicht vermag: ſo

 ergiebt

ergiebt ſich daraus von ſelbſt, daß, weil bey dem Abſterben des Hrn Fürſten Johann, diejenige Bedingung noch nicht exiſtiret, bey welcher der Herr Teſtator dem männlichen Geſchlechte den Vorzug vor dem weiblichen gegeben, und die auf ſolchen Fall auf das Recht der Erſtgeburt begründete Succeſſion noch nicht gewonnen und radicirt geweſen, des Herrn Fürſten ſämmtliche Fürſtliche eheliche Leibeserben, mithin auch die weiland Durchlauchtigſte Prinzeſſin Sophia Auguſta, an der Herrſchaft ein gleiches und unbezweifeltes Erbrecht gehabt, und keinem darin, bey dem Abſterben Ihres Fürſtlichen Herrn Vaters, der Vorzug vor dem andern gebühret habe.

1) Inzwiſchen iſt ſo viel richtig, daß hochgedachte Prinzeſſin im Jahr 1611, an den F. Rudolf von Anhalt-Zerbſt mit dem ausdrücklichen Vorbehalte vermählet worden, daß Sie, und ihre andere Fräulein Schweſtern, nach tödtlichem Abgang Dero Frau Mutter, oder auf den Fall Dero Herr Bruder ohne eheliche Leibeserben aus dieſer Welt ſcheiden würde, ſelbige dasjenige, was an der Herrſchaft Jever zu Recht verfallen, mit erben ſollten. Moſers Anhaltiſches Staatsrecht, p. 267. Es verſteht ſich alſo von ſelbſt, daß, da hochgedachte Prinzeſſin allein Erben nachgelaſſen, Ihr Herr Bruder, der höchſtſelige Herr Graf Anton Günther hingegen ohne eheliche Leibeserben verſtorben, auch aus dieſem Vertrage ein vollkommenes Erbrecht auf die ganze Erbſchaft zugewachſen ſey; und da zu der Zeit noch kein Hausgeſetz, oder beſtimmtes Herkommen, in Anſehung einer unveränderlichen Succeſſionsordnung exiſtiret, dieſes Erbrecht auf Höchſtderoſelben geſammte Deſcendenz devolvirt worden, und es allenfalls in deren Belieben geſtanden, für die Zukunft ſich wegen der Art der Erbfolge zu vergleichen.

2) Die Richtigkeit dieſes Satzes ergiebt ſich unter andern auch aus der von dem Herrn Grafen Anton Günther bey dem Nürnbergiſchen Executionsconvente im Jahr 1649. wider die von Kniphauſen übergebenen Information, und der angehängten genealogiſchen Tabelle in J. G. von Meyern Actis Pacis Weſtphalicæ. T. VI. p. 950. Aus derſelben iſt unter andern zu erſehen, daß des Edo Wimeken, des Aeltern, Schweſter

ſter Hillet, die ehedem zu Jever unſtreitig gehörig geweſene Herrlichkeit Inhauſen zu ihrem Erbantheil erhalten. Sie ſcheint ſolche auch ſo gar ihrem Gemahl, Ico Onneken, hinterlaſſen zu haben, weil ſonſt unbegreiflich wäre, wie deſſen mit einer Beyſchläferin, Tetta, erzeugte Kinder ſolche ererben, und auf ihre Nachkommenſchaft bringen mögen. Ferner ſieht man aus ſothaner Tabelle, daß der Fräulein Reinolde der ältern die Herrſchaft Kniphauſen, welche ehedem ebenfalls eine unleugbare Pertinenz der Herrſchaft Jever geweſen, zu ihrem Antheile angewieſen worden, und ſie ſolche auch würklich auf ihre Deſcendenz vererbet haben; daher wohl kein rechtlicher Zweifel vorhanden, daß die ganze Herrſchaft als ein freyes, dem gewöhnlichen Erbgangsrecht unterworfenes Gut angeſehen worden.

3) Daß der Herr Graf Anton Günther die Herrſchaft würklich als ein Erbgut betrachtet habe, ergiebt das Teſtament ſelbſt; indem in dem §. 27. und 28. K. Friedrich III. von Dännemark, und H. Chriſtian Albrecht von Holſtein zu den eigentlichen Lehenserben eingeſetzet worden; dahingegen §. 33. die Herrſchaft Jever und Kniphauſen als Allodialſtücke dem Herrn Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt, und reſpective des Herrn Teſtators natürlichem Sohn, dem nachherigen Grafen von Oldenburg, hinterlaſſen worden.

§. 25.

5) Von der durch die Anhaltiſchen Hausverträge veränderten bisherigen Succeſſionsordnung.

Nach dem unvermutheten Abſterben des Herrn Fürſten Johann (§. 11.) entſtanden zwiſchen Hochdeſſelben nachgelaſſenen vier Fürſtlichen Herren Söhnen, Carl Wilhelm, Anton Günther, Johann Adolf und Johann Ludewig, beſonders über die Erbfolge in der Herrſchaft Jever, groſſe Streitigkeiten. Es behauptete nemlich a) der erſtgeborne Prinz, Fürſt Carl Wilhelm, daß Hochdemſelben, als älteſtem Herrn, nach einem ſo genannten iure naturæ, die Erbfolge, mit Ausſchlieſſung ſeiner jüngeren Herren Brüder, allein zukomme; welches jedoch die jüngeren Herren in Zweifel zogen.

Sodann war man b) wegen der weiblichen Erbfolge in der Herrſchaft Jever uneinig, indem einige behaupteten, daß, ſobald nur eine Linie des Hauſes ausgeſtorben ſeyn würde, alsdann der Tochter bereits die Erbſchaft zufallen müſſe; dahingegen andere der Meinung waren, daß die weibliche Erbfolge überhaupt nicht eher eintreten könne, als bis gar kein männlicher Deſcendent von dem höchſtſeligen Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt mehr vorhanden ſeyn würde. Nun iſt, ſo viel den erſten Punct anbetrifft, das Primogeniturrecht in der Herrſchaft Jever in folgenden Worten beliebet worden: „ daß die Herrſchaft J., nebſt gedachten Fideicommiß- und Allodialgü„ tern, Herrn Fürſten Carl Wilhelm zu Anhalt vigore iuris naturæ, vorerſt zu„ kommen, in derſelben auf ſeinen, Gott verhüte lange, erfolgenden Tod, ſein pri„ mogenitus, und fernerhin, ſo lange ſeine linea maſculina am Leben ſeyn würde, „ ſeine poſteri a primogenito ad primogenitum, oder wenn ein ſolcher primo„ genitus erblos verfiele, der ſecundogenitus, und deſſen primogeniti, auch „ ſo weiter, wer den nächſten Zutritt, kraft der Primogeniturgerechtigkeit, haben „ kann, ſuccediren, und ſo lange ein maſculus in Herrn F. Carl Wilhelms Linie „ am Leben ſeyn würde, die Herrſchaft Jever, und das gedachte Zubehörige, nie„ manden anders, als demſelben verbleiben ſolle. Wenn aber nach Gottes Rath„ ſchluß Herrn F. Carl Wilhelms männliche Linie durch Ausſterbung ſich endigen „ ſollte: ſo ſuccediret in der Herrſchaft Jevern, und den dabey genannten Fidei„ commiß- und Allodialgütern, Herr Fürſt Anton Günther zu Anhalt, und deſſen „ primogenitus, oder wer ſonſten in ſeiner Linie das erſte Geburtsrecht hat, und „ continuiret in derſelben die ſucceſſio maſculorum, auf eben die Art, wie hier „ oben bey Herrn Fürſt Carl Wilhelms linea angeführt iſt. Wenn auch Herr Fürſt „ Anton Günther, oder deſſen männliche Deſcendenten abſterben ſollten: ſo kommt „ dieſe Jeverſche und beygenannte ſucceſſio auf Herrn Fürſten Johann Adolfen zu „ Anhalt, deſſen primogenitum, und wer in abſteigender linea die Erſtgeburt mit „ Billigkeit prätendiren kann; ſolches geſchiehet auch auf den Fall Herrn Fürſten „ Johann Adolfs und deſſen männlicher poſterorum Abgang, da ſodann Herrn „ Fürſten Johann Ludwigen, und deſſen primogenito, oder wem von ſeinen Nach„ kömmlingen das Erſtgeburtsrecht zukommt, und bis deſſen männliche linea nicht „ exſpiriret, die Herrſchaft Jever, und vielgedachte Fideicommiß- und Allodialgüter „ verbleiben; dahero ſo lange ein maſculus, der von Herrn Fürſt Johann zu Anhalt,

„ und

„ und deſſen Herrn Söhnen legitime abſtammet, im Leben iſt, keine Fräuliche „ Perſon, von deſſen oder der Fürſtlichen Herren Söhnen Nachkommen einige Prä= „ tenſion, auſſer nachfolgender Abfindung an beſagter Herrſchaft Jever, und den „ mitgenannten Gütern haben kann und ſoll.“ Was aber den zweyten Punct, nemlich die künftige weibliche Erbfolge anbetrift: ſo ſind darin folgende Dis= poſitionen enthalten: „Dieweil man aber gleichwohl dieſem weiblichen Geſchlechte „ auch proſpiciren wollen, ſo iſt einmüthig beliebt, und als ein unänderliches pactum „ feſtgeſtellet worden, daß, wenn eines oder des andern dieſer vier Fürſtlichen Herren „ Gebrüdere linea maſcula ganz ausſtirbet, deren Vater oder Vorfahr ein Be= „ ſitzer der Herrſchaft Jever geweſen, daß der Frauen oder Fräulein Töchtern eine „ anſehnliche Abfindung von den ſuccedirenden Herren Brüdern oder Vettern gege= „ ben werden ſoll. Iſt demnach verglichen, daß, wenn einer oder der andere Herr „ Bruder, der Beſitzer und Eigenthumsherr der Herrſchaft Jever geweſen, mit „ Tode abginge, und nur Frauen oder Fräulein Töchter und weibliche Erben ver= „ lieſſe, daß ſolchen von denen in der Herrſchaft Jever ſuccedirenden Fürſten der „ folgenden Linie, wofern es nur eine Tochter oder Erbin wäre, dreyſſig tauſend „ Reichsthaler, wenn deren zwey vorhanden, vierzig tauſend, und wenn ihrer drey „ oder mehr ſeyn möchten, insgeſammt funfzig tauſend Reichsthaler zu ihrer Abfin= „ dung gegeben werden ſollen, was auch ſonſt aus der Herrſchaft Jever denen Fräu= „ lein an Eheſteuren und ſonſten gegeben wird, hat hiermit nichts zu thun, ſondern „ ſolches genieſſen die Fräulein Töchter, oder weibliche Erben, abſonderlich; es ſol= „ len aber die Fräulein Töchter oder weibliche Erben verbunden ſeyn, gegen ſolche „ Gelder, die inventaria und Vorrath, aus den Vorwerken, Meyereyen und Vog= „ teyen, ſo ſie als Allodialerben prätendiren könnten, in der Herrſchaft Jever dem „ ſuccedirenden Fürſten zu hinterlaſſen; doch was ihnen ſonſt als Allodialerben an „ andern Mobilien und dergleichen gehöret, mit zu nehmen.“ Wenn aber kein männlicher Erbe von Herrn Fürſten Johann zu Anhalt, und allen deſſen vier Fürſt= lichen Prinzen, vorhanden, ſondern durch Gottes Verhängniß ſie alle ausſterben ſollten: ſo kommt ſodann die Succeſſion der Jeverſchen Lande, und der gedachten Fideicommiß= und Allodialgüter, auf diejenige von Herrn Fürſten Johann abſtam= mende Frau oder Fräulein von dem Fürſtlichen Anhaltiſchen Namen, der der Zufall und Antritt von Rechtswegen gebühret und zukommet; geſtalt denn auch Fräulein

Sophia

Sophia Auguſta zu Anhalt, Fürſt Johanns ſeel. einige Tochter, als deren Name expreſſe dem letzten Königl. Hiſpaniſchen Lehnbriefe inſeriret worden, und Ihre Nachkommen männliches und weibliches Geſchlechts, wenn ſie ordo ſuccedendi trift, von dieſer Succeſſion an der Herrſchaft Jever, und den beygelegten Fideicommiß- und Allodialgütern nicht ausgeſchloſſen, ſondern Ihre iura Ihr vorbehalten werden. Es wird aber durch dieſe nach einander folgende und ſpecificirte ſucceſſiones die geſammte Hand und das ius ſimultaneæ inveſtituræ keinesweges gebrochen, ſondern dieſelbe allen jüngern Herren Gebrüdern, und Dero poſteris, auch gedachter Fräulein Schweſter, und Ihren Nachkommen allerſeits, männliches und weibliches Geſchlechts, kräftiglich reſerviret; dahero man auch dahin bedacht ſeyn will, daß künftige Lehnbriefe von Ihro Königl. Majeſtät zu Hiſpanien, als Oberlehnherrn, nach dieſem modo ſucceſſionis deutlich eingerichtet, auch die Lands- und Erbhuldigung, von den Unterthanen in der Herrſchaft Jever, nach ſolchen präſtiret werden ſollen."

§. 26.

Ob dieſer Vertrag in Anſehung der Prinzeſſin Sophia Auguſta verbindlich geweſen? Zweifelsgründe.

Nach vorausgeſetztem Inhalte dieſes an ſich merkwürdigen Vergleiches entſtehet nunmehro die Präjudicialfrage: ob derſelbe in Anſehung der Prinzeſſin Sophia Auguſta, und Höchſtderoſelben Deſcendenz, männlichen und weiblichen Geſchlechts, verbindlich geweſen? Nun möchte dieſe Frage überhaupt allerdings zu bejahen ſcheinen, da 1) den Reichsſtänden überhaupt die unleugbare Freyheit zuſtehet, dergleichen Familienverträge zu errichten 1), und zu deren Gültigkeit ſo gar nicht einmahl die Kayſerliche Beſtätigung für nothwendig angeſehen wird, vielmehr die Kayſerliche Wahlkapitulation 2) ausdrücklich mit ſich bringet, daß die Reichsſtände nicht einmahl mit der Edition ſolcher Verträge, bey Belehnungen, und ſonſt, beſchweret werden, und ſelbige nichts deſto weniger, wenn ſie Reichsconſtitutionsmäſſig ſind, für verbindlich angeſehen, und nach ſelbigen geſprochen werden ſoll. Sodann ſcheinet 2) der ganze Vertrag nichts in ſich zu enthalten, als was dem bisherigen Herkommen, in der Succeſſion der Herrſchaft Jever zuwider lauft, in Betracht es eine unbezweifelte

Sache

Sache iſt, daß die Herrſchaft nunmehro in der Lehnsverbindlichkeit gegen die Beſitzer der ehemaligen Spaniſchen Niederlande ſtehet, und dannenhero, wenn ſelbige gleich für Weiberlehen zu halten, dennoch dem weiblichen Geſchlechte darin, nach den bekannteſten, und keinen Beweis erfordernden Grundſätzen 3), die Erbfolge nur alsdann, wenn der Mannsſtamm gänzlich ausgeſtorben, beygelegt zu werden pflegt, mithin die Prinzeſſin Sophia Auguſta gar kein Intereſſe bey ſolchem Vergleiche gehabt, und es daher keine Nothwendigkeit geweſen, ſolche, oder deren allenfallſige Vormünder, dabey zuzuziehen; und nichts deſto weniger hochgedachte Prinzeſſin, ſowohl, als deren geſammte Deſcendenz, männlichen und weiblichen Geſchlechts, dieſen Vertrag, an ihrer Seite, zu erfüllen allerdings verbunden geweſen, da ſelbige, falls ſie auch bey Schlieſſung des Vergleiches zugegen geweſen, und ſelbigem widerſprochen hätte, dennoch dadurch ein mehreres nicht, als was Ihr ohnedem in dem Vergleiche verſichert worden, erhalten haben würde. Es möchte auch hierbey 3) noch in Betrachtung kommen, daß hochgedachte Prinzeſſin, und nunmehro deren hohe Deſcendenz, ihr eventuelles Erbrecht auf die Herrſchaft Jever, auf das oftberührte Teſtament des Grafen Anton Günther gründen, der in Frage ſeyende Erbvergleich aber in der Hauptſache bloß für eine Vollziehung ſothanen Teſtamentes, wenigſtens der Intention, welche nurgedachter Herr Teſtator bey deſſen Errichtung gehabt, anzuſehen, immaaſſen derſelbe allerdings die Abſicht gehabt, dem Mannsſtamme des Hauſes Anhalt-Zerbſt hauptſächlich zu proſpiciren, und dem weiblichen Geſchlechte überhaupt die Erbfolge nur auf den Fall des gänzlichen Abganges der männlichen Deſcendenten des mehr hochgedachten Herrn Fürſten Johann zu Anhalt-Zerbſt zuzuwenden; bey ſothanen Umſtänden alſo, daß alle in dem Vergleiche enthaltene Puncte und Clauſuln, ſo weit ſolche die weibliche Erbfolge in der Herrſchaft betreffen, von der geſammten Deſcendenz hochgedachter Prinzeſſin zu beobachten ſey, um ſo mehr dafür gehalten werden möchte, da die geſammten Herren Paciſcenten der Meinung geweſen, daß das Teſtament auf keine andere Art, als in dem Erbvertrage geſchehen, erkläret werden könne; und wenn auch über kurz oder lang einige dieſes Teſtament anders interpretiren möchten, ihnen doch alle Macht der Interpretation, kraft des Vergleiches, benommen ſeyn ſolle.

1) *Böhmer* in conſil. & reſp. T. I. P. 2. reſp. 49. p. 234. ſq. Moſers Staatsrecht, T. 23. p. 164. ſqq. Eben deſſelben T. Familienſtaatsrecht, T. I. p. 1016. ſqq. *J. F. Runde* de confirmatione Cæſarea iuris primogenituræ.

2) Wahlcap. art. 11. §. 2.

3) I. F. 6. §. 1. I. F. 8. §. 2. *filia non ſuccedit in feudo, niſi inveſtitura facta fuerit in patre, ut filii & filiæ ſuccedant in feudum; tunc enim ſuccedit filia, filiis non exſtantibus.* II. F. 17. pr. *non enim patet locus feminæ in feudi ſucceſſione donec maſculus ſupereſt ex eo, qui primus de hoc feudo fuerit inveſtitus.*

§. 27.

Entſcheidungsgründe.

Nichts deſto weniger aber getrauet man ſich mit Beſtande Rechtens zu behaupten, daß dieſer Erbvergleich der Prinzeſſin Sophia Auguſta, ſo wenig als ihren Erben und Nachkommen zum Nachtheil angeführt werden könne. Denn 1) erhellet aus der ganzen Urkunde, daß die Fürſtlichen Herren Brüder den Vergleich ganz allein unter ſich geſchloſſen, und die Prinzeſſin, ſo wenig ſelbſt, als durch einen Vormund, zu Schlieſſung deſſelben zugezogen worden, oder ihn unterſchrieben hat, und dannenhero ſchon in dieſem Geſichtspuncte der ganze Vergleich hochgedachte Prinzeſſin, und Derſelben hohe Deſcendenz um ſo weniger verbinden könne, da es ein ſo bekannter, als unbezweifelter Lehrſatz iſt: acta inter alios nec nocere, nec prodeſſe 1); und die Anwendung deſſelben auf die Familienverträge der Reichsſtände überhaupt keinen Zweifel leidet 2). Hiernächſt 2) war hochgedachte Prinzeſſin, als eine unbezweifelte Leibeserbin des Hn Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt, von dem Hrn Grafen Anton Günther mit zum Erben eingeſetzt, und Hochderſelben, ſo wohl als Ihren Fürſtlichen Herren Brüdern, die Befugniß ertheilt, nach dem Tode des Herrn Teſtators, von der Herrſchaft mit Beſitz zu ergreiffen. Mithin war ſelbige bey der Unterſuchung der Frage: wer und in welcher Ordnung, unter den eingeſetzten Erben, in dem Lande ſuccediren ſollte, allerdings äuſſerſt intereſſirt, und deren Zuziehung zu Schlieſſung des Vertrages unumgänglich nothwendig, da den Herren Brü-

Brüdern keine Befugniß zuſtand, die Entſcheidung der Frage: wem damahls das ausſchließliche Succeſſionsrecht gebühre? eigenmächtiger Weiſe, und ohne Einwilligung ihrer Prinzeſſin Schweſter, zu ihrem ſelbſteigenen Vortheile zu machen. Sodann iſt 3) bereits oben (§. 24.) ausgeführt worden, daß das in Frage ſeyende Teſtament zwar dem F. Johann die Befugniß gegeben, einem ſeiner Fürſtlichen Kinder die Succeſſion in der Herrſchaft allein zuzuwenden, und in dem Fall, wenn hochgedachter Fürſt ſolches gethan, und die von Ihm gemachte Succeſſionsordnung einmahl Platz gegriffen, nur verordnet, wie es alsdann bey der künftigen Erbfolge gehalten werden ſolle; mithin da nurgedachter Herr Fürſt Johann ſich dieſes Rechtes nicht bedienet, oder bedienen können, die auf dieſen Fall gerichtete Verordnung wegen vorzüglicher Succeſſion des Mannsſtammes, und ſubſidiariſcher Erbfolge des weiblichen Geſchlechts, auf den gegenwärtigen Fall nicht anwendbar iſt, vielmehr allerdings angenommen werden muß, daß die ganze Herrſchaft zur Zeit des Todes des mehr hochbelobten F. Johann, annoch unter deſſen ſämmtlicher Deſcendenz, männlichen und weiblichen Geſchlechts, gemeinſchaftlich geweſen, und dannenhero die annoch unbeſtimmt geweſene Succeſſionsordnung nicht anders, als mit ausdrücklicher oder ſtillſchweigender Einwilligung der geſammten eingeſetzten teſtamentariſchen Erben regulirt werden mögen; und widrigenfalls der ganze Vertrag zum Nachtheil der dabey nicht concurrirenden Erben keinesweges angezogen werden mag.

1) L. 1. 2. C. inter alios acta vel iudic. L. 27. §. 4. D. de pactis.

2) Moſers Staatsrecht, T. 23. p. 180. ſq. *Ge. Lud. Böhmeri* electa iur. civil. T. II. p. 532. ſq. *Ge. Sam. Madihn* de efficacia pacti familiæ illuſtris, agnato remotiori ius ſuccedendi tribuentis. Hal. 1754.

§. 28.

Beantwortung der §. 26. angeführten Zweifelsgründe.

Es verdienen auch die, gegen dieſe Lehrſätze, §. 26. angeführte Rechtsgründe keine rechtliche Rückſicht. Denn ad 1) wird allemahl bey Hausverträgen der Reichsſtände, wenn darauf bey Abfaſſung eines Urtheils Rückſicht genommen werden

ſoll, vorausgeſetzt, daß dabey alle Erforderniſſe beobachtet worden, welche die Rechte, bey Schließung eines Vertrages vorgeſchrieben, wie dann die vorhin angezogene Kayſerliche Wahlcapitulation klar verordnet, daß ſie nur alsdann für verbindlich angeſehen werden ſollen, wenn ſie den Geſetzen gemäß errichtet worden; ſodann ad 2) es eine offenbare petitio principii iſt, daß, nach dem Herkommen, das weibliche Geſchlecht in der Herrſchaft Jever, ſo lange der Mannsſtamm floriret, nicht zur Erbfolge zugelaſſen ſey; vielmehr aus dem obigen erhellet, daß, zu den Zeiten der alten Erbherren von Jever, das weibliche Geſchlecht, neben dem Mannsſtamme, zu mehreren malen, ſuccediret; (§. 21.) durch die Lehnsauftragung hingegen in der Succeſſionsordnung nichts geändert worden, wenigſtens von einer ſolchen Aenderung, von Seiten des F. Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtammes, kein Beweis beygebracht worden (§. 22.), auch in dem Oldenburgiſchen Hauſe von dem erſten Erwerber der Herrſchaft, dem Herrn Grafen Johann, ſo wenig, als dem Herrn Grafen Anton Günther, eine beſtimmte Succeſſionsordnung errichtet worden (§. 23. 24.), wannenhero allerdings, daß es beym Alten geblieben ſey, um ſo mehr vermuthet werden muß, da die Lehenbriefe dem Vaſallen die freye Diſpoſition über das Lehen, ohne einige bekannt gewordene Reſtriction auf das männliche Geſchlecht, beygelegt, und alſo an der allgemeinen Succeſſionsfähigkeit des Frauenzimmers nicht zu zweifeln ſtehet; Gleichergeſtalt lauft es ad 3) auf eine ebenmäſſige petitionem principii hinaus, daß der in Streit ſeyende Erbvertrag der vier Fürſtlichen Herren Brüder nur für eine Vollziehung des oftbelobten Teſtamentes anzuſehen ſey, da ſchon gedachter maaſſen, ſothanes Teſtament von der weiblichen Succeſſion, auf den Fall, wenn F. Johann keine Diſpoſition machen würde, gar nichts verordnet hat, vielmehr der Herr Teſtator dem eingeſetzten Erben eine vollkommene Freyheit gelaſſen, jemand aus ſeiner jungen Herrſchaft das Land allein zu überlaſſen, und es alſo in Hochdeſſelben freyen Willkühr geſtanden, allenfalls auch der mehr hochgedachten Prinzeſſin, und ihrer Deſcendenz, die Herrſchaft ausſchließlich zuzuwenden; wenigſtens allemahl die Frage, wie das Teſtament zu interpretiren ſey, nicht anders, als mit Concurrenz der Prinzeſſin, oder ihrer Vormundſchaft geſchehen mögen, und daher die einſeitige Interpretation der Fürſtlichen Herren Brüder zum Maaßſtabe nicht angenommen werden kann.

§. 29.

§. 29.

Von der Würkung des Verzichtes der Prinzeſſin Sophia Auguſta, und Ihres Herrn Gemahls.

Nun lieſſen zwar die Fürſtlichen Herren Paciſcenten den Vergleich den 9 April 1676. vom Spaniſchen Lehnhofe zu Brüſſel beſtätigen. Allein auch dieſe Handlung konnte den, in Anſehung der Prinzeſſin offenbar ungültigen Vergleich unmöglich gültig machen, da es unbezweifelten Rechtens iſt, daß eine jede Beſtätigung, unbeſchadet der Rechten eines jeden Dritten erfolge, wenn auch die Clauſel nicht darin enthalten ſeyn ſollte 1). Es war alſo der würkliche Beytritt der Prinzeſſin unumgänglich nothwendig, um den von den Herren Tranſigenten angenommenen Grundsätzen würklich eine geſetzliche Verbindlichkeit und dem Vergleiche die Kraft eines ewigen Haus- und Familienvergleiches zu geben. Dieſer Beytritt erfolgte endlich im Jahr 1685. Als nemlich hochgedachte Prinzeſſin im gedachten Jahr mit dem Herzog Johann Ernſt von Sachſen-Weimar vermählt wurde: ſo ſtellte ſie den 15 December, mit Ihrem Herrn Gemahl, als ehelichem Vormunde 2), zwo Urkunden aus. In der erſten bekennen beyde Neuvermählte, daß, weilen damahls die Herrſchaft ſich in Däniſchen Händen befunden, und von den Dänen mit unerſchwinglichen Contributionen beſchwert worden, die Prinzeſſin ſich mit einem Brautſchatz von zehntauſend Thaler, aus der Herrſchaft begnügen, jedoch das Capital nicht eher, als bis dies Land von Dännemark wieder zurückgegeben worden, ausbezahlet, und von dem regierenden Herrn Bruder bis dahin mit dreyhundert Thalern jährlich verzinſet werden ſolle. Dagegen erkläret ſich hochgedachte Prinzeſſin, wie Sie, in Rückſicht ſothanen Brautſchatzes, nicht nur den brüderlichen Vergleich genehmige, ſondern auch überhaupt aus der Herrſchaft ein mehreres nicht, als die obbenannte Summe, jemahls fordern, vielmehr auf alle daran zu machende Anſprüche Verzicht thun wolle, wobey die Worte gebraucht worden:

> daß, ſo lange ein Fürſt vom Hochfürſtlichen Hauſe Anhalt-Zerbſt am Leben ſeyn wird, weder Sie, noch Dero Erben und Erbnehmen, an ſelbiger das geringſte weiter zu prätendiren, kein Recht, Fug oder Macht haben ſoll oder will.

An eben demſelben Tage ſtellte auch hochgedachter Herzog Johann Ernſt ebenfalls einen Verzichtbrief von ſich, worin beyde Neuvermählte bekennen, daß ſie in Anſehung des Fürſtlichen Anhalt-Zerbſtiſchen Landesantheils, zehen tauſend Thaler Brautſchatz, und fünf tauſend Thaler Schmuckgelder ausgezahlet erhalten, wogegen beyde Neuvermählte ſich abermahls für Sich und Ihre Erben aller Anſprüche an die Herrſchaft Jever, ſo lange Fürſten von Anhalt-Zerbſter Linie vorhanden ſind, redlich begeben. Inſonderheit heißt es darin:

> verzeihen und begeben Uns auch jetzo alsdann, und dann als jetzo, alles und jedes Unſers an der Herrſchaft Jever, und den dazu geſchlagenen Allodialſtücken habenden Erbes, bis nach Abſterben des letzten Fürſten von Anhalt-Zerbſtiſcher Linie, ganz, nichts davon ausgenommen, noch hintangeſetzet, — allermaaſſen denn auch nach Unſerem Tode nichts deſto minder dieſe Unſere geſchehene Verzicht auch auf Unſere Erben extendiret und dergeſtalt gültig bleiben ſoll, daß Dieſelben nicht ſollen befugt ſeyn, ſich unter einigem Schein, mehrerwähnter väterlichen, brüderlichen und vetterlichen Verlaſſenſchaft anzumaaſſen, — Und dann, ſo ſich der ledige Fall, den Gott doch lange verhüten wolle, nemlich daß der Stamm und Name der Fürſten zu Anhalt gänzlich, oder *reſpectu* der Herrſchaft Jever, die männliche Linie des Fürſtlichen Hauſes Anhalt-Zerbſt, abgehen ſollte, zutrüge, daß alsdann Wir Frau Sophia Auguſta, Uns und Unſeren Erben, Unſere Forderung und Gerechtigkeit, oder was aus ſonderbarer Begnadigung aus der Lehnſchaft Uns zukommt, und ſonſten den Lehnrechten nach gebühret, hiermit ebenmäſſig ausdrücklich vorbehalten haben;

1) *Leyſer* ſp. 41. m. 7.

2) ſ. C. F. Walch cura ſexus illuſtrium p. 34. ſq.

§. 30.
Schlußfolge.

Wenn man nun die bisher vorgetragenen Grundſätze im Zuſammenhange erwäget: ſo ergiebt ſich daraus, daß 1) die ehemaligen Erbherren von Jever, durch die

die freye Wahl ihrer nachherigen Unterthanen, in ihrer geſammten Deſcendenz, männlichen und weiblichen Geſchlechts, zur Oberherrſchaft des Landes berufen worden (§. 4.), 2) daß, ſo lange die Familie geblühet, das Land niemahls mit der qualitate ſtemmatica beleget worden, mithin dem weiblichen Geſchlechte, ſo wohl als dem Mannsſtamme, die Erbfolge daran gebühret, auch zu mehreren malen, dem Frauenzimmer in der Familie, wenn auch Brüder vorhanden geweſen, ein anſehnliches Stück des Landes zu ihrer Erbportion ertheilet (§. 4.) und dadurch ſo gar ein Theil deſſelben, nemlich die Herrlichkeit Kniphauſen, in fremde Familien gebracht worden (§. 24.); 3) daß bey der Lehnsauftragung des Landes, in Anſehung der Erbfolge in der Herrſchaft, alles beym Alten geblieben, und vielmehr der freywillig erwählte Lehnsherr, den Vaſallen eine unbedingte Freyheit, über das Lehen zu diſponiren, ertheilet (§. 22.), 4) daß auch unter dem Oldenburgiſchen Hauſe die Herrſchaft nie zu Stammgut erkläret, und dem weiblichen Geſchlechte, ſo lange der Mannsſtamm exiſtiren würde, die Erbfolge abgeſprochen worden (§. 23.), vielmehr 5) der Herr Graf Anton Günther von Oldenburg, der F. Johann von Anhalt-Zerbſt, und deſſen Fürſtliche eheliche Leibeserben, überhaupt, mithin auch die damahls am Leben geweſene Durchlauchtigſte Prinzeſſin Sophia Auguſta, zur Erbſchaft berufen (§. 24.), Hochderſelben Erbrecht alſo in dem oftbemeldeten Teſtamente offenbar begründet geweſen; dagegen auch 6) nichts ſchadet, daß darin eine umſtändliche Diſpoſition von den Vorzügen des männlichen Geſchlechts, und der ſubſidiariſchen Erbfolge des Frauenzimmers enthalten iſt, in Betracht ſothane Verfügung nur auf den Fall gemacht worden, wenn F. Johann eine beſtimmte Succeſſionsordnung in ſeiner Familie errichten, und ſolche einmahl zur Execution gebracht ſeyn würde; da aber dieſer Fall nicht erfolget: ſo iſt der mehr hocherwähnten Prinzeſſin ihr unſtreitiges Succeſſionsrecht, da auf dieſen Fall, wenn nemlich F. Johann ohne eine Verfügung über die künftige Succeſſion in der Herrſchaft zu machen, verſterben würde, gar keine teſtamentariſche Diſpoſition vorhanden iſt, zur Zeit des Todes Ihres weiland Durchlauchtigſten Herrn Vaters, unſtreitig verblieben (§. 24.); es hat alſo 7) dieſes in dem Herkommen der Familie radicirte, und durch den Lehnsauftrag an das Haus Burgund nicht veränderte Erbrecht der Prinzeſſin, durch den im Jahr 1675., zwiſchen Hochderoſelben vier Fürſtlichen Herren Brüdern errichteten Erbvermag (§. 11.) keinesweges gekränkt, oder einſeitig aufgehoben werden können (§. 26.),

ſondern

ſondern es iſt Derſelben vielmehr nach wie vor, ungekränkt geblieben; wohingegen 8) die Prinzeſſin Sophia Auguſta durch den im Jahr 1685. gethanen eidlichen Verzicht (§. 12.) zwar Ihr damahls gehabtes Erbrecht an der Herrſchaft Jever verloren, jedoch von den ſämmtlichen Herren Brüdern verſprochen, und von der verziehenen Fürſtlichen Frau Schweſter acceptirt worden, daß dieſer Verzicht nur ſo lange, als ein vom Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt abſtammender männlicher Erbe vorhanden ſeyn würde, dauren ſolle, auf den Fall aber, daß der Anhalt-Zerbſtiſche Mannsſtamm gänzlich ausſterben würde, mehr hochgedachter Prinzeſſin, und Hochderſelben Erben und Erbnehmen ihr Recht zur Erbfolge ausdrücklich vorbehalten worden (§. 29.); ſo dann iſt 9) in dem brüderlichen Vergleiche verabredet, und von der oftbelobten Prinzeſſin Sophia Auguſta, bey ihrer Verzichtleiſtung acceptiret worden, daß das Gräfliche Anton-Güntheriſche Teſtament, bey der künftigen Erbfolge des weiblichen Geſchlechts, zum Grunde gelegt werden ſoll, daher in Gemäßheit deſſelben die weibliche Deſcendenz der hochgedachten Prinzeſſin Sophia Auguſta, auf den Fall, daß der Anhalt-Zerbſtiſche Mannsſtamm ausſterben ſollte, nach dem Recht der Erſtgeburt und des Majorats zu ſuccediren berechtiget iſt (§. 9.); welchem zu Folge alſo und den 10) beſage der in den Beylagen N. 2. angehängten genealogiſchen Tabelle, unter den von oft hocherwähnten Prinzeſſin Sophia Auguſta, abſtammenden Deſcendenten, Hochderoſelben Enkelin, die weiland Durchlauchtigſte Prinzeſſin Erneſtina Albertina von Sachſen-Weimar, vermählte Gräfin von Schaumburg-Lippe, nach dem Rechte der Erſtgeburt, die nächſte zur Erbfolge geweſen, und nach Höchſtderoſelben den 25 November 1769. erfolgtem Ableben, Dero Succeſſionsrecht auf Hochderoſelben annoch einzigen Sohn, den Hochgebornen Reichserbgrafen, Herrn Carl Wilhelm Friedrich Ernſt von Schaumburg-Lippe, nach dem Rechte der Repräſentation, oder devolvirter Succeſſion, transferiret worden, Hochdemſelben nunmehro, auf dem bevorſtehenden Fall das Erbrecht in der Herrſchaft Jever mit Beſtande Rechtens nicht bezweifelt werden mag.

§. 31.

Beantwortung der dagegen §. 17. gemachten Zweifel.

Inzwiſchen möchten die §. 17. gemachte Einwürfe allenfalls dem Recht des hochgedachten Herrn Reichserbgrafen um deswillen entgegen geſetzet werden, weil

weil einestheils die Lehre von der Regredienterbſchaft allemahl eine Ungewißheit mache, wer unter den mehreren Erben allein zur Erbfolge zuzulaſſen ſey? anderntheils aber dadurch, wegen der Concurrenz ſo vieler Regredienterben, eine dem Glanze der reichsſtändiſchen Familien höchſtſchädliche Zerſtückelung der Länder veranlaſſet werde. So viel nun dieſe Einwürfe zuvorderſt überhaupt betrift: ſo fällt in die Augen, daß ſolche aus der bloſſen Politik und Convenienz hergenommen ſind, und folglich in dem Falle, wo bloß die Frage von dem, was Recht iſt, ſchlechterdings keinen Einfluß haben 1). Allein man hat nicht einmahl nöthig, ſich dieſes Grundſatzes in dem vorliegenden Falle zu bedienen, da beyde Einwürfe denſelben gar nicht treffen. Denn was erſtlich die vermeintliche Ungewißheit des wahren Regredienterben anbetrift; ſo erlediget ſich ſolche aus dem Zuſammenhange des Gräflich Anton-Güntheriſchen Teſtamentes, und geſchloſſenen fürſtbrüderlichen Erbvergleiches von ſelbſt, indem darin ausdrücklich verſehen worden, daß die Succeſſion, wenn ſelbige einmahl auf das weibliche Geſchlecht gekommen, bey ſelbigem, nach dem Rechte der Erſtgeburt, und des Majorates, auf ewige Zeiten fortdauren ſolle, bey welchen Umſtänden alſo, und da der hochgedachte Herr Reichserbgraf von Schaumburg-Lippe unſtreitig unter allen weiblichen Deſcendenten der ofthocherwähnten Prinzeſſin Sophia Auguſta, das Recht der Erſtgeburt für ſich hat, kein rechtlicher Zweifel über die Frage: wer künftig in der Herrſchaft Jever ſuccediren werde? vorhanden ſeyn kann. So viel aber inſonderheit die Furcht für der ſchädlichen Zertheilung der Herrſchaft Jever anbelanget: ſo fällt auch dieſe gänzlich weg, da, nach dem klaren Inhalte des Anton-Güntheriſchen Teſtamentes, welches von dem ganzen Hochfürſtlichen Hauſe Anhalt-Zerbſt, in dem oftberührten brüderlichen Vergleiche als ein ewiges Grundgeſetz des Hauſes angenommen worden, ſchlechterdings alle Zerſtückelungen der Herrſchaft Jever unterſaget, und daß demjenigen, welchem ſie dereinſt nach dem Rechte der Erſtgeburt und Majorat, zufallen würde, ſolche unzertheilt verbleiben ſolle, ausdrücklich enthalten iſt; ſomit auch dieſer Zweifel, wenn auch darauf, in Entſcheidung dieſer Sache, einige rechtliche Rückſicht genommen werden könnte, ſich von ſelbſt erlediget. Da man alſo durch den bisherigen Vortrag die Succeſſionsrechte des hochgedachten Herrn Reichserbgrafen von Schaumburg-Lippe auf die Herrſchaft Jever, hinreichend befeſtiget zu ha-

ben glaubt: ſo iſt noch übrig, diejenigen Zweifel, welche von Seiten einiger anderer Competenten, gegen Hochdeſſelben Gerechtſame, gemacht werden könnten, vorzutragen, und wie weit ſie den Rechten, und der Anhalt-Zerbſtiſchen Hausverfaſſung angemeſſen ſeyen, zu unterſuchen.

Zweyter Abſchnitt.

Von den allenfallſigen Anſprüchen einiger anderer weiblicher Deſcendenten des F. Johann von Anhalt-Zerbſt.

§. 32.

Von den Anſprüchen der K. Katharina II. von Rußland.

Unter den Competenten, welchen auf den bevorſtehenden ledigen Anfall auf die Succeſſion in der Herrſchaft Jever ein Anſpruch beygelegt werden möchte, dürfte wohl vornemlich die groſſe Kayſerin Katharina II. das vorzüglichſte Recht zu haben ſcheinen. Denn da Ihre Kayſerliche Majeſtät, weltbekanntermaaſſen, die einzige Schweſter Seiner jetzt zu Anhalt-Zerbſt regierenden Hochfürſtlichen Durchlaucht ſind, und alſo im Fall Allerhöchſtderoſelben Fürſtlicher Herr Bruder ohne Erben mit Tode abgehen ſollten, unſtreitig dem Grade nach, die nächſte Erbin ſind; die mehreſten Rechtsgelehrten auch es für einen unbezweifelten Satz annehmen, daß in Inteſtaterbfolge, die Ordnung der Succeſſion ſich allemahl nach der Nahheit der Verwandſchaft mit dem letzten Beſitzer richte (§.): ſo möchten Allerhöchſtderoſelben Succeſſionsrechte, in gegenwärtigem Falle allerdings über allen Zweifel geſetzt zu ſeyn ſcheinen. Man iſt aber von der Weltkündigen Großmuth und Gerechtigkeitsliebe dieſer unvergleichlichen Prinzeſſin zu ſehr überzeugt, als daß man nicht ohne Scheu die Rechtsgründe vortragen ſollte, welche dem ſonſtigen, in den gemeinen Rechten, allerdings gegründeten Erbfolgsrechte Ihrer Kayſerlichen Majeſtät, in gegenwärtigem Falle, entgegen ſtehen. Ohne alſo in die Gründe hinein zu gehen, welche ſich ſonſt für das Recht der Regredienterbinnen allenfalls überhaupt, gegen die, dem letztverſtorbenen, dem Grade nach, näher verwandte Erbinnen, anbringen laſſen, iſt es nothwendig einen Blick auf diejenige Norm zurückzuwerfen, welche in dem vorlie-

vorliegenden Rechtsſtreite, allein zur Entſcheidung genommen werden müſſen, nemlich des Anton⸗Güntheriſche Teſtament, und der Anhalt⸗Zerbſtiſche Hausvertrag vom Jahr 1675. Was das erſte anbetrifft: ſo iſt bereits oben bemerkt worden, daß der hochſelige Graf Anton Günther, welchem das Hochfürſtliche Haus Anhalt⸗Zerbſt die Acquiſition der Herrſchaft Jever zu verdanken hat, allerdings die Abſicht gehabt, dem Mannsſtamme den Vorzug zu geben, aber ſothane Diſpoſition, in Hoffnung daß ſolche von ſeinem teſtamentariſchen Erben, dem Hn Fürſten Johann von Anhalt⸗Zerbſt, chriſtmildeſten Andenkens, ſelbſt gemacht werden würde, ſeinem Teſtamente nicht einverleibte, und dadurch veranlaßte, daß bey dem frühzeitigen Todesfall des hochgedachten Fürſten Johann, dieſer Succeſſionspunct noch gar nicht regulirt war. Da inzwiſchen Hochdeſſelben Fürſtliche Enkel das Teſtament angenommen, und ſich demſelben, in dem desfalls geſchloſſenen Hausvertrage ſchlechterdings unterworfen haben: ſo iſt dasjenige, was hochgedachter Teſtator in Anſehung der Succeſſionsordnung diſponiret, nunmehro in der Hochfürſtlichen Anhalt⸗Zerbſtiſchen Linie, unſtreitig als ein ewiges Hausgrundgeſetz anzuſehen 1). Nun iſt aber in mehrbelobtem Teſtamente verordnet worden, daß zwar 1) zuvorderſt die männliche Erbfolge in der ganzen Herrſchaft, und den derſelben einverleibten Fideicommiß⸗ und Allodialſtücken Platz greiffen, und dabey das Recht der Erſtgeburt und Majorates beobachtet werden; ein gleiches auch 2) auf den Fall, daß kein Fürſt von der Anhalt⸗Zerbſtiſchen Linie mehr vorhanden ſeyn würde, bey der weiblichen Erbfolge Statt haben, und die Erbfolge auch in der weiblichen Linie, nach dem Rechte der Erſtgeburt, beſtimmt werden ſollte. Die Abſicht des Herrn Teſtators alſo war unſtreitig, daß bey dieſem vorausgeſetzten Succeſſionsfalle nicht die Gradualerbfolge 2), ſondern die Linealſucceſſion, nach dem Rechte der Erſtgeburt eintreten ſollte. Wirft man nun einen Blick auf die zur Zeit des errichteten Teſtamentes, und des Hauptvertrages, worin daſſelbe zum ewigen Anhalt⸗Zerbſtiſchen Hausgrundgeſetze angenommen worden iſt, in demſelben lebende Frauenzimmer: ſo wahr unſtreitig die **Durchlauchtigſte Prinzeſſin Sophia Auguſta**, nachherige vermählte Herzogin von Sachſen⸗Weimar, die einzige Schweſter der geſammten Fürſtlichen Herren Brüder, auf welche, und Hochderoſelben künftige Deſcendenz alſo vorzüglich, nach Maaßgabe des Teſtamentes, und des daſſelbe erläuternden Hausvertrages, Rückſicht genommen werden

 muß.

muß. Denn daß Hochdieſelben die erſtgeborne Tochter des erſten Erwerbers ſeyen, liegt vor Augen. Daß aber auf die Erſtgeborne Tochter, nach Abgang des Mannsſtammes, die ganze Herrſchaft unzertheilt fallen ſoll, ſagt das Teſtament und der Hausvertrag mit klaren Worten. Daß aber dieſes Recht der Erſtgeburt ſich auch auf alle Ihre Deſcendenten erſtrecke, und ſelbige iure transmiſſionis ſ. repræſentationis 3) in Höchſtderoſelben Stelle treten, iſt eine, aus der Natur des Rechts der Erſtgeburt, ſo allgemein bekannte Sache, daß es ſo gar einen armſeligen Fleiß verrathen würde, einen ſo ganz unbeſtrittenen Saz noch durch weitläuftigere Beweiſe, oder Anführungen von Rechtsgelehrten, zu unterſtüzen. Es folgt alſo hieraus von ſelbſt, daß, ſo lange von mehr hocherwähnter Prinzeſſin Sophia Auguſta noch Deſcendenten, männlichen oder weiblichen Geſchlechtes, vorhanden, dieſen, nach dem klaren Sinne des oftberührten Teſtamentes, die Erbfolge in der Herrſchaft Jever, mit allen ihren Pertinenzien, allein und ausſchließlich gebühre. Hierbey tritt noch hinzu, daß hochgedachter Prinzeſſin, und Dero ſämmtlichen Deſcendenten, in dem Erbvertrage ihr Erbrecht ausdrücklich vorbehalten, und daß ſolches in dem Falle, wenn kein Fürſt von Anhalt-Zerbſt mehr vorhanden ſeyn würde, Plaz greiffen ſolle, verordnet worden (§. 25.) In eben dieſer Abſicht iſt auch Höchſtderoſelben Name ausdrücklich dem Lehnbriefe einverleibt worden, welches auch, da Dieſelbe die Tochter des höchſtſeligen Fürſten Johann, und reſpective Schweſter der vier paciſcirenden Herren Brüder war, mit Recht nicht verweigert werden konnte. Nun ſtehet freylich in dem oftmentionirten Hausvertrage, daß der Prinzeſſin Sophia Auguſta, und Ihren Nachkommen männlichen und weiblichen Geſchlechts ihr Succeſſionsrecht, wenn Sie *ordo ſuccedendi* betrift, vorbehalten werde, welches daher Zweifel erregen möchte, ob die Herren Paciſcenten bey der Succeſſionsordnung nicht auf die gemeine Rechte, und folglich allein auf die Nahheit der Grade, Rückſicht zu nehmen die Abſicht gehabt haben möchten. Allein wenn man dagegen erwäget, daß die Frage: wen die Ordnung der Succeſſion, nach Abgang des Mannsſtammes treffen ſolle? in dem Teſtamente bereits entſchieden, und auf das Recht der Erſtgeburt, auf die beſtimmteſte Art, eingeſchränkt worden, und die tranſigirende Herren Brüder ſelbſt die im Teſtamente gemachte Succeſſionsordnung zur Grundlage ihres Vertrages gemacht haben: ſo erle-

diget

diget ſich dieſer Zweifel von ſelbſt, da hochgedachte Prinzeſſin unſtreitig in dem ganzen Hauſe Anhalt-Zerbſt, ſeit der Zeit, da die Erbfolge der Herrſchaft Jever auf daſſelbe transferirt worden, die Erſtgeborne Prinzeſſin geweſen, und daß daher die Worte des Teſtamentes auf keine andere, als Hochdieſelben, und Dero männliche und weibliche Deſcendenz, gezogen werden können, nicht gezweifelt werden mag. Man wende dagegen auch nicht ein, daß die Frage: wer der Erſtgeborne ſey? von dem Fall der erledigten Succeſſion, nach gänzlichem Abgange des Mannsſtammes abhange. Denn wenn gleich der Erfolg der nach dem Rechte der Erſtgeburt, dem weiblichen Geſchlechte zugeſtandenen Erbfolge, von dem Abſterben des Mannesſtammes abhänget: ſo iſt doch das Recht des Frauenzimmers, ſolche Succeſſion zu ſeiner Zeit zu fordern, ganz unbedingt, und fängt von dem Augenblicke an, da das Recht der Erſtgeburt eingeführt worden. Damus omnino, iuri primogeniturae tacite ineſſe *eventum delatae ſucceſſionis*: ſed & illud dari cupimus; ex eo illud *non reddi conditionatum, cum per conditionem, quae iuri ineſt, ipſum ius conditionatum non efficiatur* 4). Ex quibus conſequitur, illius adquiſitionem non pendere a caſu ſucceſſionis, nec hunc impedire, quo minus ante delatam ſucceſſionem adquiratur. Eſt omnino iuris primogeniturae in hoc eadem ratio ac iuris ſuccedendi, ex inveſtitura maiorum adquiſiti, quod utrumque ſit ius purum, & ante delatam ſucceſſionem adquiſitum. A conditione, quae ei ineſt, pendet tantum plenum eius exercitium, a ſucceſſionis eventu ſuſpenſum 5). Diverſa vero ſunt, iuris nativitatem ſuſpendi, & iuris adquiſiti plenum uſum ſuſpendi tantum. Immo nec deſunt iura primogenito ante delatam ſucceſſionem, cum non modo *iuribus honoris & dignitatis* 6) pro more regnorum, primogenito a momento nativitatis tributis, verum etiam iis iuribus fruatur, quae ad ius conſervandum, impediendamque alienationem pertinent 7). Es iſt auch einerley, ob das Recht der Erſtgeburt von dem Vater unter ſeinen Deſcendenten, oder zwiſchen den Seitenverwandten, wie es der gegenwärtige Fall iſt, eingeführt werde. Denn in dem letzten Fall werden alle Seitenverwandte als Deſcendenten des erſten Erwerbers betrachtet, und daher die Ordnung der Erbfolge unter denſelben, von einer Linie zur andern, nach dem Vorzuge des Alters, eingerichtet. Quod in familia, agnatis iam ſtipata, primogenitura introducatur, prout frequenter

 con-

contigit in illuſtribus familiis Statuum Imperii, quæ diu ſteterant ſub alio ſuccedendi ordine: agnati omnes *tamquam deſcendentes ab eodem ſtipite* (dem hochſeligen Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt) conſiderantur, & ſic *ordo ſuccedendi ex natura primogenituræ*, ad eos applicatæ, *determinandus eſt ſecundum prærogativam nativitatis*, quam una cum vaſallo, primogenituram inſtituente, a proximo ſtipite ducunt. — Eadem omnino ratio eſt primogenituræ a primo feudi adquirente introductæ in favorem tum deſcendentium ipſius, tum agnatorum, per ſimultaneam inveſtituram ad idem feudum vocatorum. Nam & tum primogenitura, ad familiam applicata, ex eius natura ita accipienda eſt, ut agnati ſecundum prærogativam nativitatis, quam una cum primo adquirente a ſtipite proximo ducunt, huius ad inſtar deſcendentium, ad ſucceſſionem vocati præſumantur. — Cum enim naturale ſit primogenituræ, eamdem obtinere inter deſcendentes: agnatos, inter quos introducitur, tamquam ab eodem ſtipite proximo una cum primo adquirente deſcendentes conſiderari neceſſe eſt, ideoque & ſecundum nativitatis, qua gaudent, prærogativam, ſucceſſionis prærogativam definiri, quoad aliud actum non eſt 8). Hieraus ergiebt ſich alſo von ſelbſt, daß, ſo lange von hochgedachter Prinzeſſin Sophia Auguſta noch Deſcendenz vorhanden iſt, dieſe allein, und mit Ausſchlieſſung aller, dem lezten Beſizer weit näher verwandter Perſonen, zur Erbfolge in der Herrſchaft Jever zugelaſſen werden müſſen. Da nun Ihre Kayſerliche Majeſtät Katharina II. nicht von der hochgedachten Prinzeſſin Sophia Auguſta abſtammen: ſo läßt ſich auch nicht zweifeln, daß Allerhöchſtdenſelben die Erbfolge nur alsdann erſt eröfnet werden könne, wenn die geſammte Deſcendenz der Prinzeſſin Sophia Auguſta, männlichen und weiblichen Geſchlechts, völlig ausgeſtorben ſind, und dieſer folglich, nach den Grundſätzen des Rechts der Erſtgeburt, der Vorzug vor Allerhöchſtgedachter Kayſerlicher Majeſtät, allerdings gebühre 9).

1) Dieſes iſt auch in dem im Jahr 1689. zwiſchen K. Chriſtian V. von Dännemark, und dem F. Anhalt-Zerbſtiſchen Hauſe geſchloſſenen Vergleiche (§. 10.) §. 9. ausdrücklich, in folgenden Worten, feſtgeſezet worden: **Was ſonſten den** *ordinem vel modum ſucceſſionis*, in beyden Herr-

Herrſchaften Jever und Kniphauſen, wie auch denen beyden zur Herrſchaft Jever gehörigen Vorwerken, Altoberehe und Garmers betrifft: ſo bleibt es deshalber bey allem dem, was Herr Graf Anton Günther in ſeinem Teſtament, anno 1663. darüber verordnet hat. — Gleichwohl aber auch, daferne weiland Herrn Fürſten Johann zu Anhalt-Zerbſt Linie Poſterität, männlichen und weiblichen Geſchlechts, nach Gottes Willen, gänzlich abginge, den alsdenn regierenden, aus der Oldenburgiſchen Familie entſproſſenen Grafen zu Oldenburg, das in mehr angezogenen Gräflichen Teſtamente fundirte Eventualſubſtitutions- und Succeſſionsrecht, *omni meliori modo* vorbehalten.

2) Es iſt nemlich eine allgemeine unbezweifelte Rechtsregel, in primogenituris non computari gradus. *Jo. Torre* de primogenitura & maiorat. c. 5. §. 3. n. 20. ſq.

3) Man will zur Erläuterung dieſes Satzes nur die einzige ſchöne Stelle aus *G. L. Böhmeri* diſſ. de ordine ſuccedendi ex iure primogenituræ inter coinveſtitos in feudis Imperii (Gœtting. 1765.) c. 2. §. 26. p. 37. ſq. anführen. Quandoquidem, heißt es daſelbſt, ius primogenituræ, vi diſpoſitionis ſpecialis, quæ in feudo introducitur, annexum eſt iuri in feudo ſuccedendi, ſua ſponte conficitur, illud perinde, ac ipſum ius ſuccedendi, haud adſtrictum eſſe ad perſonam, cui adquiritur, ſed una cum hoc transmitti in ipſius deſcendentes, feudorum capaces, qui lineam uniuscuiusque conſtituunt. Si enim ius, ex inveſtitura natum, in ſucceſſores devolvi nemo dubitaverit; ius quoque eidem annexum, &, nulla delatæ ſucceſſionis ratione habita, perfecte adquiſitum, in ſucceſſores devolvi palam eſt. Conſtat ergo transmiſſioni iuris primogenituræ certa & idonea ratio; fundata non minus principio iuris communis, quod iura perfecte adquiſita, & ad perſonam non adſtricta, in heredes transferantur.

tur. S. auch *Arn. Engelbrecht* de ſucceſſione in Electoratibus ex iure primogenituræ, th. 23. und 31.

4) L. 99. D. de condit. & demonſtr.

5) *Engelbrecht* l. c. th. 18. 26. 27.

6) Die Richtigkeit dieſes Satzes, in dem vorliegenden Falle ergiebt ſich auch hieraus, indem mehr hocherwähnter Prinzeſſin Sophia Auguſta, ſelbſt in dem Verzichte der Titul einer Frau von Jever und Kniphauſen beygelegt worden, um dadurch Deroſelben künftiges unbezweifeltes Erbrecht anzuzeigen.

7) *Böhmer* l. c. §. 25. p. 36. ſq.

8) *Bœhmer* l. c. §. 31. p. 48. ſq.

9) Die Worte des zum Grunde dieſes Rechtsſtreites liegenden Teſtamentes ſind hier zu entſcheidend, da ſelbige ſchlechterdings verordnen, daß auch unter dem weiblichen Geſchlechte die Succeſſion nach dem Rechte der Erſtgeburt auf das genaueſte beobachtet werden ſolle.

§. 33.

Von den Anſprüchen des Herzoglichen Sachſen-Gothaiſchen Hauſes.

Hiernächſt erwächſt die Frage: ob nicht allenfalls auch Seiner des jetztregierenden Herrn Herzogs Ernſt Ludewig zu Sachſen-Gotha Hochfürſtliche Durchlaucht die Succeſſion vor dem Hochgebohrnen Herrn Reichserbgrafen von Schaumburg-Lippe gebühre? Es hinterließ nemlich der Erſtgeborne der vier Fürſtlichen Herren Brüder, Herr Fürſt Carl Wilhelm, chriſtmildeſten Andenkens, bey Seinem im Jahr 1718. erfolgtem Ableben, außer einem Sohne, dem Fürſten Johann Auguſt, welcher hochgedachtem Seinem Herrn Vater in der Regierung des F. Anhalt-Zerbſt nachfolgte, eine Schweſter, die weiland Durchlauchtigſte Prinzeſſin, Frau Magdalena Auguſta, welche mit dem Durchlauchtigſten Herzog Friederich von Sachſen-Gotha vermählt wurden. Aus dieſer Ehe wurde der Durchlauchtigſte Herzog Friedrich von Sachſen-Gotha, glorwürdigſten Andenkens, erzeugt, welchem Höchſtderoſelben erſtgeborner Herr Sohn, der jezt ruhmwürdigſt regierende Herr

Herzog

Herzog Ernſt Ludewig, den 10 Merz 1772. in der Regierung nachgefolget ſind. Nun ergiebt ſo gleich der Augenſchein, daß Seine Herzogliche Durchlaucht der Urenkel des erſtgebornen Sohnes des weiland Durchlauchtigſten Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt ſind, und es daher allerdings das Anſehen gewinnen möchte, daß Höchſt-denſelben das Erbrecht in der Herrſchaft Jever um ſo mehr zuzuſprechen ſeyn dürfte, da Höchſtderoſelben Herr Aeltervater, der Herr Fürſt Carl Wilhelm ruhmwürdigſten Andenkens ohnehin bereits ſothane Herrſchaft als regierender Herr, im Beſitz gehabt, und daher das der weiland Durchlauchtigſten Prinzeſſin, Magdalena Auguſta, als Höchſtdero Frau Großmutter, zugeſtandene Erbrecht, nach gänzlichem Abgange des Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtammes, allerdings zu reviviſciren ſcheinet, und iure repræſentationis, oder vielmehr transmiſſionis 1), auf Ihren Durchlauchtigſten Enkel überzugehen ſcheinet. Allein auch dieſem Durchlauchtigſten Competenten ſtehen, in Anſehung des Erbfolgsrecht, auf den Fall des abſterbenden Fürſtlichen Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtammes, große Zweifel entgegen. Wollte man nemlich die Sache nach der Nahheit der Grade allein beurtheilen, ſo würden einestheils Ihre Rußiſch-kayſerliche Majeſtät Katharina II., als einzige Frau Schweſter des jetztregierenden Herrn Fürſten von Anhalt-Zerbſt, Höchſtdenſelben unſtreitig in der Erbfolgsordnung vorgehen; anderntheils aber Seine Herzogliche Durchlaucht, auch in dieſem Geſichtspuncte, ſich wenigſtens keines Vorzugsrechtes, vor dem Hochgebohrnen Herrn Reichserbgrafen von Schaumburg-Lippe zu erfreuen haben, da der Augenſchein ergiebet, daß beyde hohe Perſonen mit dem Herrn Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt, als erſtem Erwerber der Herrſchaft Jever, in gleichem Grade verwandt ſind, da Derſelbe offenbar der beyderſeitigen reſpective Hochfürſtlichen und Hochgräflichen Herren Competenten Ururältervater iſt, und ſolchemnach beyde hohe Competenten in der Gradualerbfolge einander vollkommen gleich ſeyn würden. Allein es kommt in dem vorliegenden Falle auf die Succeſſion, nach der Nahheit der Grade, gar nicht an, da es eine weltkündige Sache iſt, daß durch das Gräfliche Anton-Güntheriſche Teſtament, und die darauf ſich gründende Anhalt-Zerbſtiſche Hausverträge, in der ganzen Herrſchaft Jever, und allen dazu geſchlagenen Fideicommiß- und andern Allodialſtücken, die Succeſſion, nach dem Rechte der Erſtgeburt, in dem männlichen, ſo wohl als weiblichen Stamme, auf ewige Zeiten fortdauren ſoll; und es folglich, bey dem gegenwärtigen Rechtsſtreite, lediglich auf die

Frage ankommt: welcher Linie, nach dem Abgange des Anhalt-Zerbſtiſchen Manns-ſtammes, der Vorzug vor der anderen gebühre? Nun erhellet aber aus den §. 32. ausgeführten Gründen, daß zu der Zeit, da die Herrſchaft Jever dem Hochfürſtlichen Anhalt-Zerbſtiſchen Hauſe angefallen, die oftberührte Prinzeſſin Sophia Auguſta, vermählte Herzogin von Sachſen-Weimar, offenbar die erſtgeborne Prinzeſſin des ganzen Hauſes geweſen ſey, und folglich, in Gemäßheit des mehrbelobten Gräflichen Teſtamentes, und des ſich darauf begründenden Fürſtbrüderlichen Erbvertrages, die Succeſſion, auf den bevorſtehenden Fall, allerdings auf nur hochgedachte Prinzeſſin Sophia Auguſta, und Hochderoſelben hohe Deſcendenz, männlichen und weiblichen Geſchlechts, devolvirt werden müſſe, mithin die von Hochderoſelben Fürſtlichen Herren Brüdern etwa abſtammende Deſcendenz, ſich in Anſehung Derſelben keines Vorzugsrechtes zu erfreuen haben können. Der Einwurf aber, daß gleichwohl Seiner Herzoglichen Durchlaucht Herr Ureltervater, weiland Fürſt Carl Wilhelm regierender Herr geweſen, und in ſolcher Qualität die Herrſchaft Jever bereits beſeſſen, wohlfolglich da die Succeſſion einmahl in Deſſelben Linie geweſen, ſelbige auch ſo lange, als ein Deſcendent, männlichen oder weiblichen Geſchlechtes, davon vorhanden, verbleiben müſſe, kann in gegenwärtigem Falle nicht zum rechtlichen Entſcheidungsgrunde genommen werden. Hochgedachter weiland Durchlauchtigſter Fürſt Carl Wilhelm hat nemlich die Succeſſion unſtreitig aus eignem Rechte, nemlich aus dem zwiſchen Hochdemſelben, und ſeinen drey Fürſtlichen Herren Brüdern verabredeten Succeſſionsrecht, nach den Grundſätzen der Primogenitur, angetreten, und ſolche Erbfolge, bey Seinem im Jahr 1718. erfolgten tödtlichen Hintritt, in gleicher Qualität auf Seinen einzigen Herrn Sohn, Fürſt Johann Auguſt, übergetragen; nach Deſſen Abſterben im Jahr 1742., aus gleichem Rechte, Hochdeſſelben beyde Fürſtliche Herren Vettern, des jüngſten der vier paciſcirenden Herren Brüder, F. Johann Ludewig nachgelaſſene beyde Herren Söhne, F. Johann Ludewig und F. Chriſtian Auguſt, nach einander gekommen, und von letztgedachtem weiland Durchlauchtigſten Fürſten Chriſtian Auguſt, auf Höchſtderoſelben einzigen Herrn Sohn, Seiner jetzt Ruhmvoll regierenden Hochfürſtlichen Durchlaucht, den Hn Fürſten Friedrich Auguſt vererbet worden. Da nun, in Gemäßheit der unter F. Johanns hohen Poſterität gemachten Hausgeſetze, die weibliche Erbfolge überhaupt bloß auf den Fall, wenn

wenn der ganze Hochfürſtliche Anhalt, Zerbſtiſche Mannsſtamm erlöſchen würde, Statt finden kann: ſo ergiebt ſich von ſelbſt, daß, da zu der Zeit, als der Durchlauchtigſten Herzogin Magdalena Auguſta, Herr Bruder, F. Johann Auguſt, ohne Erben verſtarb, in dem Hochfürſtlichen Hauſe noch drey männliche Erben vorhanden waren, die Succeſſion allerdings aus der Linie F. Carl Wilhelms, auf die vierte Linie (in Betracht der zweyte und dritte der vier Fürſtlichen Herren Brüder, F. Anton Günther und F. Johann Adolf, reſpective in den Jahren 1714 und 1726. unbeerbt verſtorben waren) Fürſt Johann Ludewigs, aus eignem Rechte übergegangen, und folglich der Umſtand, daß mehr hocherwähnter Frau Herzogin Magdalena Auguſta Herr Vater und Bruder regierende Herren in Jever geweſen, Höchſtderſelben, und Ihrem Durchlauchtigſten Enkel, bey dem nun bevorſtehenden Erbfalle, kein Vorzugsrecht auf die künftige alleinige Erbfolge in der Herrſchaft Jever, geben könne. Nun iſt zwar in dem oftgedachten brüderlichen Erbvergleiche zum beſten derer Töchter des Fürſtlichen Hauſes, deren Väter oder Brüder Beſitzer und Eigenthumsherr der Herrſchaft geweſen, folgendes verordnet: Iſt demnach verglichen, daß wenn einer oder der ander Herr Bruder, der Beſitzer und Eigenthumsherr der Herrſchaft Jever geweſen, mit Tode abgienge, und nur Frauen oder Fräulein Töchter, und weibliche Erben verlieſſe, daß ſolchen, von denen in der Herrſchaft Jever ſuccedirenden Fürſten der folgenden *lineæ*, wofern es nur eine Tochter oder Erbin wäre, dreyſſigtauſend Reichsthaler, wenn deren zwey vorhanden, zuſammen vierzigtauſend, und wenn ihrer drey oder mehr ſeyn möchten, insgeſammt funfzigtauſend Reichsthaler zu Ihrer Abfindung gegeben werden ſollen; was auch ſonſt aus der Herrſchaft Jever denen Fräulein an Ehesteuren, und ſonſten gegeben wird, hat hiermit nichts zu thun, ſondern ſolches genieſſen die Fräulein abſonderlich; es ſollen aber die Fräulein Töchter oder weibliche Erben verbunden ſeyn, gegen ſolche Gelder, die Inventaria und Vorrath aus den Vorwerken, Meyereyen und Vogteyen, ſo ſie als Allodialerben prätendiren könnten, in der Herrſchaft Jever dem ſuccedirenden Fürſten zu hinterlaſſen, doch was Ihnen ſonſt als Allodialerben, an andern Mobilien, und dergleichen gebühret, mitzunehmen. Allein hieraus erhellet nur ſo viel, daß höchſtgedachte Frau Herzogin Magdalena Sophia von

Sachſen-Gotha Durchlaucht, zwar, in Rückſicht deſſen, daß Ihr Fürſtlicher Herr Vater und Bruder Beſitzer und Eigenthumsherr der Herrſchaft Jever geweſen, einen gröſſeren Brautſchatz zu fordern befugt geweſen, als ſonſt, nach den F. Anhalt-Zerbſtiſchen Hausgeſetzen, den Prinzeſſinnen des Hauſes, aus der Herrſchaft Jever, ausgeſetzet worden; und daß allenfalls Seine Herzogliche Durchlaucht von Sachſen-Gotha, falls derſelbe Höchſtderoſelben höchſtſeligen Frau Großmutter noch nicht ausgezahlet worden, ſolchen annoch zu fordern berechtiget ſeyn möchten; dahingegen höchſtgedachter Frau Herzogin, und Ihrer Deſcendenz, in Anſehung der künftigen ausſchließlichen Erbfolge in der Herrſchaft Jever, aus dem Umſtande, daß Sie von einer Linie des Hauſes Anhalt-Zerbſt abſtammen, welche den Beſitz und Regierung mirbeſagter Herrſchaft beſeſſen, einiger Vorzug nicht zuwachſen mag, noch daraus die dem Herrn Erbgrafen von Schaumburg-Lippe, aus dem Rechte der Erſtgeburt, zuſtehende Prärogativ auf einige Art umgeſtoſſen oder geſchmälert werden kann.

1) ſ. *Böhmer* l. c. ſ. 2. p. 26. p. 38.

§. 34.

Von den Anſprüchen des H. Sachſen-Weimariſchen Hauſes.

Die mehr hocherwähnte Prinzeſſin Sophia Auguſta erzeugte nach Ihrer Vermählung mit dem mehr hochgedachten Hn Herzog Johann Ernſt von Sachſen-Weimar, auſſer einem frühzeitig verſtorbenen Sohn Johann Wilhelm († 1686.) und dreyen gleichfalls unbeerbt verſtorbenen Prinzeſſinnen, Eleonora Chriſtiane, Johanna Auguſta und Johanna Charlotta, einen Prinzen, den nachher zur Regierung gekommenen, und im Jahr 1748. verſtorbenen weiland Durchlauchtigſten Herzog Ernſt Auguſt zu Sachſen-Weimer. Höchſtgedachter Herr Herzog hinterließ bey Seinem tödtlichen Hintritte den Prinzen Ernſt Auguſt Conſtantin Durchlaucht, als unſtreitigen Nachfolger in der Landesregierung, welcher aber bereits im Jahr 1758. verſtorben, und Seine jetzt zu Sachſen-Weimar regierende Herzogliche Durchlaucht Herrn H. Carl Auguſt zum Landesſucceſſor gehabt haben. Auſſer nur höchſtgedachtem Herrn Herzoge Ernſt Auguſt aber waren, bey dem Abſterben Deſſelben, noch fünf Prinzeſſinnen vorhanden. Die älteſte, Wilhelmina Auguſta ſtarb im Jahr

Jahr 1752. unvermählt. Die zwote Prinzeſſin Erneſtina Albertina vermählte ſich mit des jetzt glorwürdigſt regierenden Hochgebohrnen Herrn Reichsgrafen Philipp Ernſt zu Schaumburg-Lippe Hochgräflichen Gnaden, aus welcher Ehe, auſſer verſchiedenen frühzeitig verſtorben Gräflichen Kindern, der Hochgebohrne Reichserbgraf zu Schaumburg-Lippe, Herr Graf Carl Wilhelm Friedrich Ernſt noch allein am Leben ſind, und für Hochdeſſelben ausſchließliches Succeſſionsrecht in der Herrſchaft Jever gegenwärtige Abhandlung verfertiget worden. Die dritte Prinzeſſin Bernhardina Chriſtina Sophia wurde an den Durchlauchtigen Fürſten Johann Friedrich zu Schwarzburg-Rudolſtadt vermählt, und hinterließ bey Ihrem im Jahr 1767. erfolgten Ableben eine Tochter, die Durchlauchtigſte Prinzeſſin Wilhelmina Sophia Eleonora, jetzige vermählte und regierende Fürſtin zu Naſſau-Saarbrücken. Die vierte endlich, Prinzeſſin Erneſtina Auguſta Durchlaucht leben noch jetzo in der Ehe mit Seiner des regierenden Herrn Herzogs zu Sachſen-Hildburghauſen Hochfürſtlichen Durchlaucht. Da nun die Durchlauchtigſte Herzogin von Sachſen-Hildburghauſen die leibliche Tante des oftbelobten Herrn Reichserbgrafen von Schaumburg-Lippe ſind, die übrigen Hochfürſtlichen Deſcendenten der Durchlauchtigſten Prinzeſſin Sophia Auguſta insgeſammt mit dem nurbelobten Hochgebohrnen Herrn Reichserbgrafen im gleichem Grade ſtehen: ſo iſt annoch mit wenigem zu unterſuchen: ob hochgedachtem Herrn Erbgrafen das Succeſſionsrecht in der Herrſchaft Jever, mit gänzlicher Ausſchlieſſung dieſer geſammten Hochfürſtlichen Deſcendenz Seiner in Gott ruhenden Frau Urgroßmutter, beygelegt werden könne? oder ob nicht vielmehr Hochdenenſelben wenigſtens ein Theil der Herrſchaft Jever, nach dem in Gottes Händen ſtehenden unbeerbten Abſterben des geſammten F. Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtammes ausgeantwortet werden müſſe? Nun iſt es zwar an ſich eine aus den erſten Grundſätzen der Rechte bekannte Sache, daß Lehen überhaupt für theilbar angeſehen werden, wofern nicht die Lehnbriefe ein anders verordnen, oder eine andere Succeſſionsordnung in der Familie des Vaſallen verabredet worden. Auſſerdem wird in dem mehrbelobten, im Jahr 1675. errichteten Erbvertrage des F. Hauſes Anhalt-Zerbſt, dem weiblichen Geſchlechte, und namentlich der männlichen und weiblichen Deſcendenz der mehr hocherwähnten Prinzeſſin Sophia Auguſta überhaupt die Erbfolge vorbehalten; daher es dem erſten Anſcheine

nach das Anſehen gewinnen möchte, daß allerdings nur hochgedachte regierende Herzogin zu Sachſen-Hildburghauſen Hochfürſtliche Durchlaucht, und Hochderoſelben, iure repræſentationis in die Stelle Ihrer Eltern tretende reſpective Hochfürſtliche und Hochgräfliche Neffen, mit dem Hochgebohrnen Herrn Reichserbgrafen zu Schaumburg-Lippe zur Erbſchaft zu gleichen Theilen zu concurriren berechtiget, oder wenigſtens hochgedachter Herr Reichserbgraf Seine Hochfürſtliche Frau Tante, und übrige Hochfürſtliche Miterben aus der Herrſchaft Jever abzufinden ſchuldig ſey. Allein da es, bey Beurtheilung der Lehre von der Succeſſion in die Lehen der Reichsſtände, vornemlich auf die Frage ankommt: ob in einer Fürſtlichen oder Gräflichen Familie eine beſondere Succeſſionsordnung vorhanden, und falls dieſe durch Geſetze, Verträge, lehnsherrliche Conceſſionen, oder das Herkommen auf eine rechtsbeſtändige Art eingeführt worden 1), die Anwendung der Lehrſätze des gemeinen Lehnrechts, in Anſehung der Theilbarkeit der Lehen, unter denen in gleichem Grade und Rechte ſtehenden Lehnserben, von ſelbſt wegfällt: ſo iſt die vorliegende Frage leicht zu entſcheiden. Denn, obgleich in älteren Zeiten keine Spur eines Erbvertrages zu finden, wodurch die Herrſchaft Jever für untheilbar erklärt, oder mit der qualitate ſtemmatica belegt worden, vielmehr einige Beyſpiele einer Theilung derſelben ſich aus der Geſchichte hervor thun (§. 5. 21.): ſo iſt dennoch nunmehr darauf einige rechtliche Rückſicht nicht zu nehmen; weil in dem oftbelobten Anton-Güntheriſchen Teſtamente die Untheilbarkeit der Herrſchaft überhaupt zu einem unverletzlichen Geſetze gemacht worden und dabey die Succeſſion, nach Ordnung des Rechts der Erſtgeburt eingeführt iſt. Da nun dieſes Gräfliche Teſtament, obdeducirter maaſſen, von den geſammten Deſcendenten des Hn Fürſten Johann als ein ewiges Anhalt-Zerbſtiſches Hausgrundgeſetz angenommen worden, die höchſtſelige Frau Herzogin Sophia Auguſta auch ſelbſt ſolches in Ihrem Verzichtbriefe (§. 12.) dafür agnoſciret, endlich auch in dem Vertrage mit K. Chriſtian V. von Dännemark, daß ſolchem beſtändig nachgelebet werden ſolle, verabredet worden: ſo ergiebt ſich daraus der Schluß von ſelbſt, daß der Hochgebohrne Herr Erbgraf von Schaumburg-Lippe die Erbſchaft mit niemanden zu theilen, noch den mit Ihm in gleichem Grade und Rechte ſtehenden ſonſtigen Inteſtaterben davon einen Theil auszukehren verbunden ſey.

1) Ple-

1) Pleraque feuda ſpecialia propriam habent legem ſucceſſionis, eamque ante omnia inſpiciendam & aut ex conventione, in prima inveſtitura, vel ex poſt facta, vel etiam ex conſuetudinibus & actibus ſucceſſionis antiquis probandam eſſe, petat *H. C. de Senkenberg* primæ lineæ iur. feud. §. 323. Moſer von der T. Lehnsverfaſſung. p. 155. ſqq.

§. 35.

Von den Anſprüchen der Krone Dännemark an Jever.

Auſſerdem möchte vielleicht noch die Frage eintreten: ob nicht der Krone Dännemark ein begründeter Rechtsanſpruch auf die Herrſchaft Jever, nach gänzlicher Erlöſchung des Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtammes, beyzulegen ſey? Es iſt nemlich überhaupt eine Weltkündige Sache, daß die jeztregierende Königlich Däniſche Familie aus dem Oldenburgiſchen Hauſe entſproſſen ſey, und aus der, in Anſehung der Verwandtſchaft, beybehaltenen Mitbelehnſchaft der Oldenburgiſchen Lande ererbet habe. So viel aber inſonderheit die Herrſchaft Jever anbetrifft: ſo leuchtet überhaupt des hochſeeligen Grafen Anton Günthers von Oldenburg Neigung für das Königlich Däniſche Haus, und ſein Wunſch, daß ſolches mit den übrigen Staaten der Krone Dännemark wieder vereiniget werden möge, aus ſeinem Teſtamente offenbar hervor, immaaſſen Derſelbe zwar darin ausdrücklich verordnet, daß das Jeverrische Land in einem corpore beyſammen bleiben, und nun und nimmermehr durch keinerley Succeſſion vertheilt und dismembrirt werden ſolle; und die Succeſſion nach dem Rechte der Erſtgeburt in dem männlichen und weiblichen Stamme darin feſtgeſezet, nichts deſto weniger aber ſeinen eingeſezten Erben verſtattet, ſolche an die Könige von Dännemark, als ſeine Lehnsfolger, in der Grafſchaft Dännemark zu veräuſſern, in folgenden Worten: **Jedoch wollen Wir durch dieſe Verordnung, hochgedacht Ihrer Gnaden (dem Herrn Fürſten Johann von Anhalt-Zerbſt), oder deren abſtammenden** *Primogenitis*, **die Hände durchaus nicht gebunden, ſondern vielmehr, ſo viel an Uns,** *expreſſe* **hiermit freygeſtellet haben, im Fall ſich, über kurz oder lang, einige favorable Gelegenheit**

genheit eröffnen ſollte, mit Unſern höchſtgeehrteſten Herrn Lehnsſucceſſoren, der obbemeldeten Herrſchaft Jever halber, um ein Aequivalent und *adæquatum* zu tractiren, und zu handeln, daß Sie deſſen, auf erlangten Conſens, von der Königlichen Majeſtät zu Hiſpanien, Brabantiſchen Lehnhofes, oder da es weiter nöthig, freye Macht und unbeſperrte Hände haben, und dieſe Herrſchaft mit der Grafſchaft Oldenburg wieder conſolidiret und vereiniget, im übrigen aber dieſem Unſern letzten Willen nachgelebet werden möge; Hiernächſt hat nur gedachter hoher Herr Teſtator ſogar das Königliche Haus, auf den Abgang des Fürſtlichen Anhalt-Zerbſtiſchen Hauſes, in Anſehung der Succeſſion in der Herrſchaft Jever, ausdrücklich, und in folgenden Worten ſubſtituiret: Sollte dann nur die Fürſtliche Anhalt-Zerbſtiſche Linie — ſo von Fürſt Johanns Gnaden poſteriren, nach des Allerhöchſten ohnwandelbaren Rathſchluß gänzlich abgehen: So ſubſtituiren Wir und ſetzen ein zu deſto mehrerer Beſchützung und Beſchirmung, die alsdann *pro tempore* regierende, und aus Unſerm uralten Hauſe und Stamm entſproſſene Grafen zu Oldenburg, ſo durch rechtmäſſige ordentliche Succeſſion dazu gelanget, zu Unſern wahren Nach- oder Aftererben dergeſtalt und alſo, daß die Herrſchaft Jever, mit ihrem Zubehör (ſo weit Wir davon in dieſer, oder unſern künftigen Diſpoſitionen keine andere Verordnung gemacht, und ein oder anderes Stück *nominetenus* excipiret) von der Zeit an, und zu ewigen Tagen bey der obberührten Grafſchaft Oldenburg, ſo lange dieſelbe von denen aus Unſerm uralten poſterirenden, und *a communi ſtipite* entſproſſenen Herren poſſediret und regieret wird, *inſeparabiliter* verbleiben ſoll; jedoch mit dieſer ausdrücklichen Condition, daß, von Fällen zu Fällen, die gewöhnliche Lehnspflicht dem Hauſe Burgund davon geleiſtet, und höchſtgedachte Unſere Herren Lehnsfolger geliebet werden, die *pro tempore* regierende, aus dem Fürſtlichen Anhaltiſchen Stamme deſcendirende Herren *Poſſeſſores* zu Jever, in der bisher präſcribirten und gehandhabten Libertät wider heimliche und öffentliche Anſchläge, Feinde und Vergewaltigung, mit geſammter Hand, Hülfe, Rath und That, zu Friedens- und Kriegszeiten, kräftiglich erhalten, manuteniren und verthei-

digen

digen zu helfen; welches Jhro Königliche Majeſtät und Fürſtliche Durchlaucht, und Dero Königliche und Fürſtliche Erben, ſo wohl in Anſehung der Gerecht- und Billigkeit, als Jhrer an der Herrſchaft hierdurch habenden Anwartung und merklichen Intereſſe, verhoffentlich gnädigſt gern übernehmen, und dem letzten, alsdann noch vorhandenen Herrn gern gönnen werden, daß auf ſolchen Erledigungsfall derſelbe eine anſehnliche Summe, ſeines Gefallens, verteſtiren, vergeben, verſchaffen, und damit die Herrſchaft, oder einige Stücke derſelben, beſchweren möge, maaſſen Wir demſelben auch ſolches hiermit ausdrücklich erlauben wollen; Endlich ſind auch, oben deducirter maaſſen, (§. 13.) der Krone Dännemark vom K. Ludewig XIV. alle oberlehnsherrliche Gerechtſame des Hauſes Burgund auf die Herrſchaft Jever abgetreten worden, daher allerdings dafür gehalten werden möchte, daß ſolche jetzo, bey dem bevorſtehenden Abſterben des Anhalt-Zerbſtiſchen Manusſtammes, geltend gemacht werden könnten. Allein alle dieſe Scheingründe ſind nicht von der Beſchaffenheit, daß daraus nur ein Schatten von rechtsgültigem Anſpruche auf die Herrſchaft Jever gemacht werden könnte. Denn 1) hat die Gräfliche Linie des Hauſes Oldenburg die Herrſchaft Jever lange nach der Zeit, da die andere Linie den Königlichen Däniſchen Thron beſtiegen, als ein Sonderlehen, erworben und dem Königlichen Hauſe ſo wenig die geſammte Hand, als ein eventuelles Erbrecht, bey der Acquiſition der Herrſchaft, zugeſtanden worden; daher aus der Verwandtſchaft beyder Linien kein Schluß auf das Recht des Königlichen Hauſes, in der Herrſchaft, gezogen werden kann; wie dann auch Graf Anton Günther das Königliche und Herzoglich Holſteiniſche Haus ausdrücklich nur als ſeine unſtreitige Lehnsfolger in der Grafſchaft aufgeführet, hingegen über die Herrlichkeiten Jever und Kniphauſen, als über wirkliche Erbgüter, zu Gunſten des F. Anhalt-Zerbſtiſchen Hauſes, diſponiret hat; zum Beweiſe, daß dem Königlichen und Herzoglichen Hauſe einiges Erbrecht daran nicht zugekommen ſey; Hiernächſt hat 2) der Gräfliche Herr Teſtator dem F. Hauſe Anhalt-Zerbſt die Erlaubniß ertheilet, die Herrſchaft Jever, gegen ein Aequivalent an Dännemark abzutreten; allein auch hieraus ſtehet kein Erbrecht der Krone Dännemark, oder des Hauſes Holſtein, zu folgern, ſondern dieſe Diſpoſition beweiſet nur den Wunſch des Herrn Teſtators, dermaleinſt alle von Demſelben beſeſſene Staaten in den Händen ſeiner Lehnsfolger, ſo viel möglich

wieder vereiniget zu ſehen; So viel aber 3) die geſchehene Subſtitution des Königlich Däniſchen und Herzoglich Holſteiniſchen Hauſes anbelanget: ſo iſt dieſe nur auf den Fall geſchehen, wenn des F. Johann geſammte Poſterität, männlichen und weiblichen Geſchlechts, ausgeſtorben, mithin da dieſer Fall gegenwärtig nicht vorhanden, vielmehr eine anſehnliche Anzahl weiblicher Deſcendenten vorhanden: ſo ergiebt ſich daraus von ſelbſt, daß das Königliche Haus, in dem vorliegenden Falle, ſich noch zur Zeit aus der vorberührten Subſtitution, keines Erbrechtes zu erfreuen haben könne. Endlich 4) hat ſich Dännemark, wie §. 10. ausgeführt worden, aller aus der von dem Franzöſiſchen Hofe geſchehenen Ceſſion der Burgundiſchen Oberlehnsherrlichkeit reſultirenden Gerechtſame, zum Beſten des Hauſes Anhalt-Zerbſt, begeben, daher auch, ſeit der Zeit, die Krone Spanien und in der Folge das hohe Erzhaus Oeſterreich, ſolche allein und ruhig ausgeübet; welchem zu Folge und wenn auch, daß ſothane Ceſſion den Rechten gemäß geweſen, angenommen werden könnte, dennoch, da ſich der Königlich Däniſche Hof aller daraus gehoften Vortheile begeben, jezo keine rechtliche Rückſicht mehr darauf genommen werden mag; und ſich alſo der Ungrund der von dem Königlich Däniſchen Hofe zu machenden Anſprüche auf die Herrſchaft von ſelbſt zu Tage leget.

§. 36.

Ob der Lehnshof die Herrſchaft Jever allenfalls als ein eröfnetes Lehen einziehen könne?

Ueberdies erwächſt noch die Frage: ob nicht allenfalls, nach abgeſtorbenem Anhalt-Zerbſtiſchen Mannsſtamme, der Brabantiſche Lehnhof das Recht habe, die ganze Herrſchaft Jever als ein eröfnetes Lehen einzuziehen? Nun möchte dieſe Frage, dem erſten Anſcheine nach, allerdings zu bejahen ſeyn, da in zweifelhaftem Fall alle Lehen für Mannlehen anzuſehen (§. 14.), auch auſſerdem die, nach Abſterben des Grafen Anton Günther, vom Spaniſch-Burgundiſchen Hofe ertheilte Lehnbriefe auf die Nachkommenſchaft des F. Johann von Anhalt-Zerbſt gerichtet iſt, dieſe aber nach dem in Gottes Händen ſtehenden unbeerbten Ableben Seiner des jeztregierenden Herrn Fürſten von Anhalt-Zerbſt Durchlaucht gänzlich erlöſchen wird. Allein die Gegengründe ſind auch hier auſſerordentlich überwiegend. Denn 1) iſt die Herrſchaft

Jever

Jever unſtreitig ein Weiberlehen (§. 15.), und daher kein Zweifel, daß, nach dem Abgange des Mannsſtammes, dem weiblichen Geſchlechte darin die Erbfolge zukomme; ſodann iſt 2) dem Grafen Anton Günther von dem Brüſſeliſchen Lehnshofe die unbedingte Befugniß ertheilt worden, darüber nach Gutbefinden zu diſponiren, welcher Befugniß ſich auch Derſelbe bedient, und männliche und weibliche Deſcendenz des F. Johann von Anhalt-Zerbſt zur Erbfolge berufen; weniger nicht 3) ergiebt der brüderliche oftberührte Erbvergleich, daß die vier Fürſtlichen Herren Brüder, die Prinzeſſin Sophia Auguſta, für ſich und ihre künftige hohe Deſcendenz, dem Lehenbriefe mit einrücken laſſen; welchemnach 4) und da hochgedachte Prinzeſſin das Hochderſelben an der Herrſchaft Jever zugeſtandene eventuelle Erbrecht ohne Zweifel auf Ihre geſammte hohe Deſcendenz transmittiret, daß dieſe nunmehro zur Erbſchaft zuzulaſſen, und dem Lehnhofe keine Befugniß zuſtehe, das Lehen als eröfnet einzuziehen, nicht gezweifelt werden mag.

§. 37.

Von Bezahlung der etwa auf der Herrſchaft Jever haftenden Schulden.

Ueber die Frage: in wie weit ein Reichsſtand, der in eines anderen Gebiete ſuccediret, ſchuldig ſey, ſeines Vorfahren Schulden zu bezahlen? iſt unter den Publiciſten auſſerordentlich geſtritten worden 1). In Beantwortung dieſer Frage muß unſtreitig ein Unterſchied unter Staats- und Privatſchulden gemacht werden. Staatsſchulden werden von dem Regenten, als Regenten, contrahiret, daher der Landesſucceſſor ſelbige zu bezahlen allerdings gehalten iſt, weil er ſolche, im Fall ihm die Regierung des Landes, zu der Zeit, da die Schuld contrahiret worden, zugeſtanden hätte, ſolche unſtreitig ſelbſt gemacht haben würde, auch ohnehin ſolche zum Beſten des Landes gereichen, oder wenigſtens dadurch eine groſſe Gefahr vom Lande abgewendet werden mögen 2). So viel aber die Privatſchulden anbelanget: ſo machen die Rechte einen Unterſchied: ob die Frage von der Succeſſion in Stamm- und Lehngüter, oder in Erbgüter vorwaltet. In dieſem Falle iſt der Erbe unſtreitig alle acta ſeines Erbfolgers zu präſtiren verbunden, da ihm die ganze Wohlthat der Erbfolge durch die freye Diſpoſition ſeines Erblaſſers zugewachſen iſt 3); dahingegen im erſten Falle der Erbe nur ſchuldig iſt, diejenigen Schulden zu bezahlen,

worin er ſeine Einwilligung gegeben, oder welche wenigſtens zum offenbaren Beſten des Stammgutes oder Lehens gemacht worden 4). Nun erhellet aus dem obigen, daß, durch das Anton Güntheriſche Teſtament, die ganze Herrſchaft Jever mit allen dazu geſchlagenen Stücken, zum ewigen Fideicommiſſe oder Stammgute, für die männliche und weibliche Deſcendenz weiland F. Johann von Anhalt-Zerbſt erkläret worden, und dieſe Erklärung hat durch den brüderlichen Erbvergleich ihre weitere Befeſtigung erhalten; daher kein Zweifel iſt, daß auch die Deſcendenz der weiland Durchlauchtigſten Prinzeſſin Sophia Auguſta in die Herrſchaft Jever nicht aus der Wohlthat des letzten Fürſtlichen Beſitzers, ſondern ex pacto & providentia maiorum ſuccedire; wannenhero der bisherige F. Anhalt-Zerbſtiſche Mannsſtamm ohne Conſens der nächſten Lehns- und Stammerben die Herrſchaft nicht mit Schulden beſchweren mögen; wenigſtens, wenn dergleichen, wie man doch diſſeits nicht weiß, darauf haften ſollten, der künftige Herr Erbfolger ſolche nur in ſo weit zu bezahlen ſchuldig ſey, als ſolche ihren Grund in dem Weſen der Landeshoheit haben, oder daß ſolche entweder mit Einwilligung der Lehens- und Stammerben gemacht, oder zum Beſten des Lehens gereichen, erwieſen werden möchte.

1) *Caſp. Matth. Müller* de obligatione ſucceſſoris feudalis ex facto anteceſſoris. Roſt. 1692. *Ge. Beyer* de obligatione ſucceſſoris illuſtris. Vit. 1714. in Volum. diſſert. p. 16. ſqq. *J P. de Ludewig* de obligatione ſucceſſoris in Principatus & clientelas. Hal. 1714. cf. etiam Selecta iuris publici noviſſima. T. 28. p. 37. ſqq.

2) *Jo. Ulr. de Cramer* de obligatione ſucceſſoris in territoriis Germaniæ. T. IV. opuſc. p. 386. ſqq.

3) *Hertius* Vol. I. dec. 18 *Mevius* P. I. d. 33. *Knipſchild* de fideicommiſſis familiar. illuſtr. & nobil. c. 11. n. 230. ſqq. Moſers Staatsrecht, T. 24. p. 90. ſqq.

4) Reinhard vom Erbfolgsrecht der Töchter, c. 4. §. 16. ſqq. *Reinharth* ad Chriſtin. Vol. I obſ. 42. *Wolrad Burchardi* de hereditate quadruplici in ſucceſſionibus illuſtrium, c. 4. p. 57. ſqq.

§. 38.

§. 38.

Ob nicht dem jetzigen Durchl. Beſitzer das Recht zukomme, die Herrſchaft mit einer anſehnlichen Schuld zu beſchweren?

So viel endlich die Beantwortung dieſer Frage anbetrifft: ſo iſt davon in dem oftberührten Gräflich Anton Güntheriſchen Teſtamente dem letzten Beſitzer der Herrſchaft Jever die ausdrückliche Befugniß ertheilet worden: daß Derſelbe, auf ſolchen Erledigungsfall, eine anſehnliche Summe, ſeines Gefallens, verteſtiren, vergeben, verſchaffen, und damit die Herrſchaft, oder einige Stücke derſelben, beſchweren möge, maaſſen Wir demſelben ſolches auch hiermit ausdrücklich wollen erlaubet, heimgegeben und vorbehalten haben. Da nun Seine jetztregierende Hochfürſtliche Durchlaucht zu Anhalt-Zerbſt der letzte von dem Fürſtlichen Mannsſtamme Ihrer Linie ſind: ſo ſcheinet Hochdenenſelben die vorbemeldete teſtamentariſche Diſpoſition hierin allerdings zu Statten zu kommen, ſo wie der künftigen Erbfolge die dieſerhalb von Seiner Hochfürſtlichen Durchlaucht etwa zu contrahirende Schulden zu bezahlen obliegen möchte. Allein da 1) die ganze Herrſchaft in dem Anton Güntheriſchen Teſtamente, ſo wohl als in dem darauf ſich gründenden brüderlichen Erbvertrage, mit der Qualität eines ewigen Stammlehens, ſo lange jemand von der männlichen und weiblichen Deſcendenz des hochgedachten F. Johann vorhanden, belegt worden: ſo verſtehet ſich von ſelbſt, daß dem gegenwärtigen Fürſtlichen Herrn Beſitzer nur in denen, in den Rechten überhaupt zugelaſſenen Fällen (§. 37), die Befugniß zuſtehe, die Herrſchaft mit Schulden zu beſchweren, wenigſtens im widrigen Falle, Seinen künftigen Erben in dem Lande, die Verbindlichkeit, ſolche zu bezahlen, nicht auferlegt werden könne; ſodann 2) iſt die nur bemeldete teſtamentariſche Diſpoſition nur auf den Fall geſchehen, wenn die Fürſtliche Anhalt Zerbſtiſche Linie, **männlichen und weiblichen Geſchlechts**, ſo von Fürſt Johann Gnaden poſteriren, gänzlich abgehen würde. Da nun auf den unbeerbten, in Gottes Händen ſtehenden Todesfall Seiner jetztregierenden Hochfürſtlichen Durchlaucht, noch eine große Anzahl von weiblichen Deſcendenten des mehr hochgedachten F. Johann exiſtiren, und dieſen die Erbfolge auf die vollkommenſte Art durch das Anton Güntheriſche Teſtament, und die F. Anhalt-Zerbſtiſchen Hausverträge geſichert worden: ſo ergiebt ſich daraus der Schluß von ſelbſt,

daß gegenwärtig der Fall noch nicht eintrete, in welchem der Gräfliche Herr Teſtator dem letzten Herrn, die in Frage befangene Befugniß zugeſtanden, und dannenhero den künftigen Erben der weiblichen Linie die Bezahlung der in ſolcher Rückſicht etwa contrahirten Schulden keinesweges aufgebürdet werden möge.

Dritter Theil.

Vor welchem Gerichte der Succeſſionsſtreit, wegen der Herrſchaft Jever erörtert werden müſſe?

§. 39.

Ob Jever der Gerichtsbarkeit des Reichs überhaupt unterworfen ſey?

Nun iſt noch, zum Schluſſe der gegenwärtigen Abhandlung, die Frage zu erörtern übrig: vor welchem Gerichte die Streitigkeit über die künftige Erbfolge in der Herrſchaft Jever, auf den Fall des in Gottes Händen ſtehenden tödtlichen Hintrittes ſeiner jetztregierenden Hochfürſtlichen Durchlaucht zu Anhalt-Zerbſt, im Fall es dabey, wie man jedoch dieſſeits nicht hoffet, zu proceſſualiſchen Weitläuftigkeiten kommen ſollte, erörtert werden müſſe? Bey dieſer Frage kommt es hauptſächlich auf folgende beyde Fragen an: a) ob die Gerichtsbarkeit der beyden hohen Reichsgerichte über die Herrſchaft Jever überhaupt gegründet ſey? und b) falls auch dieſe Frage zu bejahen ſeyn ſollte, ob nicht wenigſtens die vorliegende Sache, als eine offenbare Lehnsſtreitigkeit, vor dem Brabantiſchen Lehnshofe zu Brüſſel erörtert werden müſſe? Man ſieht ſich im Stande, dieſe Frage, beſonders die erſte, aus dem in

in Händen habenden ungedruckten Voto des Herrn Referenten: in Sachen des Kayſerlichen *Fiſcalis generalis contra* den Herrn Fürſten zu Anhalt-Zerbſt, *in ſpecie* die Reichsherrſchaft Jever, und deren Cameralmatrikel Anſchlag betreffend, *citationis ad videndum exigi proportionatam in ordinatione Imperii præſcriptam ſuſtentationis cameralis ratam*, *ſicque condemnari*; etwas beſtimmter zu beantworten, als aus denen, beſonders bey Moſer 1) und Ludolf 2) im Druck liegenden Gründen geſchehen konnte.

1) Im Anhaltiſchen Staatsrecht. p. 295. ſqq.

2) Notitia hiſtorica de dynaſtia Jeverenſi, ex annotationibus anonymi deſumta, iudicio ſuperiorum relicta; in Ludolfs obſervat. forenſ. in ſupplem. adpend. N. 3. p. 81. ſqq.

§. 40.

Gründe für die verneinende Meynung.

F. Anhalt-Zerbſtiſcher Seits hat man in der beym höchſtpreislichen Reichskammergerichte durch den D. Hoffmann übergebenen Vorſtellung folgende Gründe, für die Unabhängigkeit der Herrſchaft Jever von aller Gerichtsbarkeit der beyden hohen Reichsgerichte, vorgebracht: 1) ſey die Herrſchaft überhaupt, auſſer der bekannten Lehnsverbindung mit dem Brabantiſchen Lehnshofe, ein ganz independentes Land, daher man auch den Kammerboten, welcher eine Citation des Reichskammergerichts zu Jever inſinuiren wollen, aus der Stadt in ein Wirtshaus vor das Thor bringen laſſen, und die kammergerichtliche Citation nicht angenommen habe; allenfalls 2) ſey dies eine Sache, welche nicht von der Meinung des Reichsfiſcals, und der Cognition der Reichsgerichte abhange, ſondern auf einem allgemeinen Reichstage entſchieden werden müſſe; demnächſt 3) ſey das Haus Anhalt-Zerbſt im Beſitz der Unabhängigkeit, und würde man keine Beyſpiele von einer Appellation aus der Herrſchaft Jever, oder daß das F. Haus Anhalt-Zerbſt, in Anſehung derſelben, jemahls mit einer dinglichen oder perſönlichen Klage belanget worden, beyzubringen im Stande ſeyn; vielmehr Winkelmann 1) öffentlich behaupte, daß der Herrſchaft das ius de non appellando zuſtehe, und ſolches auch aus einer Stelle des oftbelobten Gräflichen Anton Güntheriſchen Teſtamentes 2) nicht unbillig gefolgert werden

den möchte; sodann 4) ſey der Burgundiſche Kreis, vermöge des im Jahr 1548. geſchloſſenen Burgundiſchen Vertrages, von aller Gerichtsbarkeit des Reiches gänzlich befreyet, und ſolches auch in dem Reichsabſchiede von 1548. §. 07. anerkannt worden, dieſer Vergleich aber um ſo mehr hieher zu ziehen, da die Herrſchaft Jever ſchon im Jahr 1532. Burgundiſches Lehen geweſen (§. 7.), und in dem Vertrage die Burgundiſchen Vaſallen ausdrücklich mit begriffen worden 3). Hiernächſt 5) der Proceß zwiſchen dem Grafen Edzard von Oſtfrießland und dem Grafen Johann XVI. zu Oldenburg vor dem K. Spaniſchen Brabantiſchen Lehnshofe geführet und entſchieden worden (§. 6.), und ſo gar das kayſerliche Reichskammergericht, auf Requiſition des Brabantiſchen Lehnshofes, das Urthel wider den Grafen von Oſtfriesland exequirt habe; endlich 6) als der F. von Oſtfriesland im Jahr 1654, wegen der Herrſchaft Jever, bey dem höchſtpreislichen Reichshofrath Klage erhoben, der Graf von Oldenburg aber dagegen vorgeſtellet, daß die Herrſchaft Jever von dem Hauſe Burgund zu Lehen gehe, und folglich unter das Reich nicht gehörig ſey, der Reichshofrath darauf Rückſicht genommen, und dadurch anerkannt habe, daß ſeine Jurisdiction nicht gegründet ſey, allermaaſſen der F. zu Oſtfriesland mit ſeinem Geſuch im Jahr 1655. abgewieſen, auch die dagegen geſuchte Reviſion, als notorie frivola, und unzuläſſig verworfen worden 4).

1) Oldenb. Chronik. P. 4. c. 1. p. 345.

2) Es heißt nemlich §. 35. Und weil wir nicht unzeitig beſorgen, daß nach Unſerem ſeligen Hintritt die *Appellationes* von dem Jeveriſchen Landgerichte nach Zerbſt, oder wo ſonſt die regierende Herren zu Jever, Fürſten zu Anhalt, in Dero Fürſtenthum, *pro tempore* alsdann Hof halten würden, denen Jeverſchen Unterthanen viel zu weitläuftig, beſchwerlich und koſtbarlich fallen dürften: ſo ordnen, ſetzen und meinen Wir aus wohlbedachtem Gemüthe, daß ſo oft und viel die regierende Herren in der Herrſchaft Jever nicht gegenwärtig ihr Hoflager halten, alsdann beſagte Unterthanen, auſſer der Herrſchaft, ins Fürſtenthum Anhalt zu folgen, und daſelbſt Recht zu holen, nicht ſollen ſchuldig ſeyn, ſondern iſt unſer gänzlicher Wille, geſtalt auch

zu

zu hochgedachter Ihrer Gnaden Wir Uns allerdings verſehen, die werden von ſelbſt geneigt ſeyn, ſolchen weitläuftigen Appelirens und Provocirens Dero künftige Unterthanen gern zu entheben, und im Juſtitienweſen eine ſolche vorſichtige Anſtalt und Ordnung entweder in der Stadt oder Herrſchaft Jever zu machen, damit daſelbſt *in loco* alle *provocationes* und *appellationes ad competentem ſupremum, abſque omni evocatione, per modum reviſionis* oder andere dienliche Wege angenommen und eingeführet, *finaliter* erörtert, und alſo die heilſame Juſtiz jedermänniglich ohne alle Partheylichkeit, Gefährde und Aufenthalt adminiſtrirt werde.

3) *Conring* de finibus imperii Germ. p. 750. ſq.

4) *Londorp.* acta publ. T. XIII. p. 57.

§. 41.

Gründe für die bejahende Meinung.

Dieſen Gründen wird aber, von Reichswegen, folgendes entgegen geſetzet: 1) Die ganze Herrſchaft Jever iſt unſtreitig im geographiſchen Umfange des Teutſchen Reichs belegen, und die Grenzen des Reichs haben ſich über Jever hinaus, bis an die Provinz Gröningen erſtrecket, ehe noch die Fräulein Maria von Jever ihre Herrſchaft K. Carl V., als Herzogen von Brabant, zu Lehen aufgetragen, daher allerdings aus der Lage des Landes auf die Unterwürfigkeit deſſelben unter das T. Reich, ſo lange als das Gegentheil davon nicht erwieſen, die Vermuthung eintreten müſſe 1), dieſen Beweis aber habe 2) das F. Anhalt-Zerbſt bisher keinesweges geführet, da die bloſſe Lehnsauftragung dieſes Landes an das Haus Burgund, als Herzog von Brabant, die Gerichtsbarkeit des Reichs keinesweges habe aufheben können 2), um ſo mehr, da K. Friedrich III. ſchon im Jahr 1457. den Häuptlingen in Oſtfriesland, und Friesländern überhaupt unterſagt habe, ſich der Kayſerlichen und Reichsbotmäſſigkeit zu entziehen oder einem fremden Herrn ſich zu unterwerfen, noch von dem Reiche zu trennen. Es iſt auch 3) das Reich offenbar ſchon vor dem Lehnsauftrage der Herrſchaft im Beſitze der Gerichtsbarkeit geweſen,

welches namentlich aus den im Jahr 1524 und 1525. zwiſchen Grafen Edzard von Oſtfriesland, und den damaligen Erbherren von Jever verhandelten Rechtsſtreitigkeiten ſich zu Tage leget 4). Es kann auch 4) der Umſtand, daß die Herrſchaft Jever ein unmittelbares Reichsallodium geweſen 5), dagegen nichts verſchlagen, ſo wenig als daß den Erbherren von Jever die vollkommene Landeshoheit über die ganze Herrſchaft zugeſtanden habe, da die Allodialbeſchaffenheit eines Landes daſſelbe von der Kayſerlichen Gerichtsbarkeit nicht zu befreyen vermag; und wenn gleich ein Reichsſtand die Landeshoheit über ein Erbland ausübet, dadurch deſſen Verbindlichkeit, die Oberherrſchaft des Kayſers und Reiches anzuerkennen, keinesweges gehoben oder vermindert wird 6); dieſes auch 5) ſich aus dem Beyſpiel der Herrſchaft Kniphauſen offenbar hervorthut. Dieſe war ehedem eine unſtreitige Pertinenz der Herrſchaft Jever, und dennoch hat die Fräulein Maria von Jever, wegen ſothaner Herrſchaft, bey dem Reichskammergericht gegen die von Kniphauſen Klage erhoben, welches die Klage angenommen, und die ganze Herrſchaft im Jahr 1592. dem Grafen Johann XVI. von Oldenburg zuerkannt 7), auch die von Kniphauſen zu Erſtattung der, ſeit dem Jahr 1496. erhobenen Früchte ſchuldig vertheilet. 6) Hat zwar Graf Anton Günther auch die Herrſchaft Kniphauſen dem Hauſe Oeſterreich zu Lehen aufgetragen, und darüber die Belehnung zu Brüſſel empfangen, gleichwohl auf den Rechtsſtreit über die landesherrliche Hoheit, und Beſteurungsrecht, in ſothaner Herrſchaft, gegen den Fürſten von Oſtfriesland ſich bey dem Reichshofrathe eingelaſſen, und bey demſelben auch darin ein obſiegliches Urtheil erſtritten 8). Sodann iſt 7) die Reviſion in Sachen Jever, nun Oldenburg wider Kniphauſen, die Herrſchaften Innhauſen und Kniphauſen betreffend, annoch rechtshängig und unerörtert. Nun ſuchten zwar die Freyherren von Kniphauſen, bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten, die Sache unter die reſtituenda ex capite amneſtiæ ratione motuum Bohemicorum zu qualificiren; und brachten es dahin, daß ſelbige auch würklich unter die reſtituenda geſetzet wurde. Allein die zu der Friedensexecution zu Nürnberg verordnete Deputirte lieſſen die Sache wieder ausſtreichen 9), und wieſen die Kläger, wegen ergangener kammergerichtlicher Urtheil, mit ihrer Klage gänzlich ab. Es iſt auch 8) obgedachter Graf Anton Günther, als Herr zu Jever, bey dem Kayſerlichen Kammergericht zu Speyer, mit Franz Freytagen, Häuptlingen zu Gödens, wegen der Jeveriſchen Grenzen, aus Recht erwachſen,

ſen, und dieſer Streit unter den Partheyen im Jahr 1666. verglichen, auch der Vergleich vom Reichskammergerichte beſtätiget worden 10). Ferner 9) hat ſich das Haus Anhalt-Zerbſt ſelbſt, wegen der Herrſchaft Jever, an den Kayſer und Reich gewendet, als Dännemark, aus Veranlaſſung der von K. Ludewig XIV., als Herzog von Burgund, ihm cedirten oberlehnherrlichen Gerechtſame über die Herrſchaft, ſolche in Beſitz nahm (§. 10.), und auch die Erklärung des Reichs den $\frac{6}{16}$ November 1686. dahin ausgewürket: daß Ihre Kayſerliche Majeſtät Sich der bisher von Ihro geſuchten Declaration, wegen der Herrſchaft Jever, nicht entſchlagen könnten, ſondern ausdrücklich erkläret haben wollten, daß die Herrſchaft Jever nicht allein in dem *territorio Imperii* gelegen, und deſſelben Afterlehen ſey, ſondern zugleich unter Ihrer Kayſerlichen Majeſtät und des Reichsoberhoheit und Schutz, neben anderen Deroſelben incorporirten Landen begriffen, auch das F. Haus Anhalt vermöge *art.* 6. 8. und 15. des zwiſchen dem Kayſer, Römiſchen Reich und der Krone Frankreich und Spanien *art.* 4. getroffenen Armiſtiztractats gänzlich zu reſtituiren ſey 11); Es hat auch das F. Haus Anhalt-Zerbſt der Angabe der Krone Dännemark, als ob die Herrſchaft Jever der Oberherrſchaft des Reiches nicht unterworfen ſey, damahls ſtandhaft widerſprochen 12), wannenhero kein Zweifel vorwalten kann, daß es dieſes, ohnehin auf offenkündige Thatſachen gegründete Geſtändniß auch gegen ſich gelten laſſen müſſe; Es hat daher auch 10) der höchſtpreisliche Reichshofrath im Jahr 1718, in Sachen Wangeroge in der Herrſchaft Jever, gegen Herrn Carl Wilhelm Fürſten zu Anhalt-Zerbſt, als Herrn zu Jever, die damahls geäuſſerte Grundſätze der Unabhängigkeit der Herrſchaft Jever, als ungegründet verworfen, und dem Herrn Beklagten, ſich, aller dieſer Einwendungen ohnerachtet, auf die Klage einzulaſſen, anbefohlen 13); und iſt darauf, nachdem der Herr Beklagte zuvor den Eid für Gefährde durch einen Bevollmächtigten abſchwören laſſen, und die vorigen Acten in der Appellationsſache einſchicken müſſen, auch mandatum reſtitutorium S. C. ſuper ſpolio, ſententia paritoria und endlich die Execution erkannt worden. Ferner 11) als im Jahr 1718. der Landrichter Adami zu Kniphauſen, durch deſſen Schuld oder Verſehen das Schloß und Archiv daſelbſt im Brand aufgegangen ſeyn ſollte, ſich aus dem Gefängniß zu Kniphauſen nach Jever geflüchtet, und daſelbſt auf Requiſition des Herrn Grafens zu Oldenburg in Arreſt genommen

 worden,

worden, der Reichshofrath aber ein mandatum de relaxando captivo S. C. wider den Herrn Fürſten zu Anhalt-Zerbſt erkannt, hat derſelbe ſolchem nicht allein behörig parirt, ſondern ſich auch der ihm in dieſer Sache aufgetragenen Commiſſion unterzogen 14), anderer Ihm gegen Oſtfriesland aufgetragener Commiſſionen nicht zu gedenken, welches alles von Seiten des Reichshofrathes nicht geſchehen können, wenn das Haus Anhalt-Zerbſt, als Herr zu Jever, der Jurisdiction der beyden höchſten Gerichte des Reichs nicht unterworfen geweſen. Endlich 12) als im Jahr 1719. in Sachen von Horn gegen von Haerlem die Horniſche Erbgenahmen von dem Kniphauſiſchen Reviſionsgericht an den Reichshofrath appelliret, der Graf zu Oldenburg aber ſothaner Appellation nicht deferiren wollen, ſind vom Reichshofrath dennoch pleni appellationis proceſſus cum mandato attentatorum revocatorio, caſſatorio & reſtitutorio S. C. erkannt, und der Kayſerliche Fiſcal ſeines Amtes dabey erinnert worden, auch iſt, ohnerachtet der Graf von Oldenburg dagegen exceptiones ſub- & obreptionis opponiret, und dagegen vorſtellen laſſen, daß des Reichshofraths Gerichtsbarkeit, aus eben den Gründen, und vorgegebener Exemtion, welche der regierende Herr Fürſt zu Anhalt-Zerbſt, wegen der Herrſchaft Jever zu haben vermeinet, nicht gegründet ſey, reiectis his exceptionibus fori declinatoriis, ſententia paritoria erfolget; aus welchen Gründen dann die beyden hohen Reichsgerichte die Gerichtsbarkeit des Kayſers und Reiches über die Herrſchaft Jever, für hinreichend befeſtiget halten 15).

1) Dieſer Satz gründet ſich auf das bekannte Axiom: quidquid eſt in territorio, eſt etiam de territorio, wovon Thomaſius und Dathe jedoch den Ungrund überhaupt gezeiget haben. Allein, ohne ſich auf die Richtigkeit dieſes Grundſatzes in der gegenwärtigen Frage einzulaſſen, kommt es lediglich auf den Beſitzſtand an, und dieſer iſt allerdings in der Hauptſache für das Reich entſcheidend. Nicht zu gedenken, daß ohnehin dieſes Axiom, nur in Rückſicht auf die Frage: ob ein, in geographiſchem Umfange des anderen Landes belegenes Gebiet, dem andern auch in politiſchem Verſtande, in zweifelhaftem Falle, unterworfen ſey? wovon aber hier, da das erſte auſſer Zweifel iſt, und das andere ſich aus dem interdicto uti poſſidetis erlediget, kein Zweifel

vorwal-

verwaltet, ſ. Moſer von der Reichsſtände Landen, Landſtänden und Unterthanen. S. 105. ſqq.

2) *J. W. Itter* de feudis imperii. c. 17. §. 24. ſqq. p. 950. ſqq.

3) Lünigs ſpicilegium ſeculare T. II. p. 1862. ſ. auch Brenneiſens Oſtfrieſiſche Hiſtorie T. I. lib. 3. §. 34.

4) Hamelmanns Oldenb. Chronik. p. 464. ſqq.

5) *B. G. Struv.* de allodiis Imperii. c. 4. §. 12. ſqq.

6) Friedr. Ernſt, Burggraf von Kirchberg de ſuperioritate territoriali in allodiis Imperii, ſ. 1. §. 4. ſqq.

7) Hamelmann P. I. c. 1. p. 20. ſqq. de *Meyern* acta pacis Weſtphalicæ. T. VI. p. 918. ſqq.

8) *de Ludolf* l. c. p. 85.

9) *F. E. Korthol*t de expunctis ex pace Weſtphalica.

10) Winkelmann P. I. c. 7.

11) Pachners von Eggenſtorf Samml. der neueſten Reichstagsſchlüſſe. T. II. p. 601. ſq.

12) Moſers F. Anhalt-Zerbſtiſches Staatsrecht. p. 296. ſq.

13) ſ. Zenners diſſ. de iure appellationis ad ſumma Imperii duo tribunalia ex dynaſtia Jeverenſi, & ex regione Knipphuſana, ad Comites de Aldenburg pertinente. §. 2. 26.

14) Moſers Samml. von merkw. Reichshofraths-concluſis. T. V. concl. 932. p. 985.

15) ſ. überhaupt noch Köhlers Münzbeluſtig. T. 10. p. 225. ſqq.

§. 42.

Beantwortung der §. 40. vorgetragenen Zweifelsgründe.

So viel aber die (§. 40.) vorkommende, der Gerichtsbarkeit der höchſten Reichsgerichte über die Herrſchaft Jever entgegen geſetzte Zweifelsgründe anbelanget:

ſo iſt ad a) der daſelbſt vorausgeſetzte Satz, daß die Herrſchaft Jever ein würklich unabhängiges Land ſey, eine offenbare petitio principii, und da es eine bekannte Sache iſt, daß dergleichen Befreyung von der Gerichtsbarkeit des Kayſers, und der höchſten Reichsgerichte, nicht anders, als durch Kayſerliche privilegia exemtionis fori, erhalten werden kann 1), dieſe aber von Seiten des F. Hauſes Anhalt-Zerbſt nicht erwieſen worden, auch ſchwerlich fürs künftige dergleichen den Beſitzern der Herrſchaft Jever ertheilet werden möchten, da der Kayſer verſprochen hat, ſich künftig alles deſſen zu enthalten, was zu einer Exemtion vom Reiche Gelegenheit geben könnte 2): ſo iſt leicht zu ermeſſen, daß dem F. Haus Anhalt-Zerbſt keineswegs frey geſtanden, die Citation, wegen des Matricularanſchlages, ſchlechtweg abzuweiſen, und das ganze Verfahren des K. Kammergerichts für Deſpectswidrig, gegen das F. Haus anzugeben, da ſothanes Fürſtliches Haus ſelbſt, zu widerholten malen, im Angeſicht des ganzen Reiches, die Gerichtsbarkeit der höchſten Reichsgerichte, in Anſehung der Herrſchaft Jever, anerkannt hatte. Ob aber, wie der Herr Referens in ſeinem Voto dafür gehalten, ſolcher Vorgang eine fiſcaliſche Ahndung verdienet habe? iſt eine andere Sache, welche aber mit der gegenwärtigen in keiner Verbindung ſtehet; überhaupt aber allemahl zu vermuthen ſtehet, daß den Herrn Fürſten von Anhalt-Zerbſt, da Hochderſelbe doch verſchiedene nicht unbeträchtliche Gründe für ſich gehabt, woraus Derſelbe die Gerichtsbarkeit des K. Kammergerichts, wenigſtens in der Matricularſache, abzulehnen ſich befugt erachten müſſen, ſolches allemahl gegen das fiſcaliſche Verfahren, wenn es auch dazu gekommen wäre, gedeckt haben würde; ſodann ad b) iſt freylich richtig, daß ſich das Reich, in dem Reichsgutachten vom 8 November 1726., die Rectification der Reichsmatrikel ausdrücklich vorbehalten, maaſſen es daſelbſt heißt: es wäre nicht allein, auf Beybringung und Belegung derer in der Uſualmatrikel gar nicht begriffenen Stände zu gedenken, und in forderſamſte Berathſchlagung wieder zu ziehen, ſondern auch alles vorzukehren, damit die für unrichtig oder ungangbar angegebene Poſten, ſo viel als immer möglich, wieder in Gang und Richtigkeit gebracht werden: zu welchem Ende dann Jhro Kayſerliche Majeſtät, nach dem in dem Kammergerichtlichen Schreiben beſchehenen Vorſchlag, noch weiter allerunterthänigſt zu erbitten, Dieſelbe allergnädigſt belieben möchten,

ten, von den Kreisausſchreibämtern forderſamſten Bericht und Gutachten, wie vorberührte Poſten am füglichſten wieder herbey zu bringen, zu erfordern, und hiervon dem Reich, zu Beſorgung der weitern Nothdurft, hiernächſt Communication wiederfahren zu laſſen; Es maaſſet ſich auch das Reichskammergericht überhaupt das Recht nicht an, die Reichsmatrikel ſelbſt zu rectificiren, wenigſtens überläßt es denen, durch ſolche etwannige Erkenntniſſe ſich beſchwert erachteten Reichsſtänden, ſich desfalls an den Kayſer und das Reich zu wenden, und um Minderung der vom Reichskammergericht angeſetzten Summe nachzuſuchen. Daß aber das Reichskammergericht, bis auf ſolche Rectification eine immediate Reichsherrſchaft zum Beytrage der Unterhaltung des Kayſerlichen Kammergerichts condemniren, und eine Summe vorläufig determiniren könne, ſolche auch bisher in allen fiſcaliſchen Exemtionsproceſſen determiniret habe, zeigen nicht nur die viele vorhandene præiudicia, und vor dieſem ſehr häufig geführte Exemtionsproceſſe, ſondern die Reichsgeſetze 3) befehlen ſo gar dem Reichsfiſcal, darüber beym Kayſerlichen Reichskammergericht zu klagen, und ſchreiben dieſem darin vor, wie es darin verfahren ſolle; Nun iſt zwar freylich richtig, daß nach dem Reichsabſchiede von 1570. §. 117. das Moderations- und Matriculwesen, zu deſto ſchleunigerer Erledigung und Rectification, von dem Reichskammergericht avociret worden, das Kammergericht auch ſelbſt in ſeinem an den Reichstag gerichteten Schreiben vom 22 Junius 1722 gemeldet, daß dies Geſchäfte dort beſſer, als bey dieſem höchſten Gerichte, zum Stande gebracht werden könnte. Allein einestheils iſt, wie die eigenen Worte des Reichsabſchiedes lauten, ſolches nicht auf beſtändig, ſondern nur für dasmahl geſchehen; anderntheils aber kann ſich das Reichskammergericht wenigſtens nie entbrechen, wenn der Fiſcal ſein Amt verrichtet, ihm Juſtiz zu adminiſtriren, wannenhero Ludolf 4) gar recht ſchreibt: Unbedenklich möchte ſeyn, einen, der von ſolchem Reichs-*onere* (nemlich der Unterhaltung des Kayſerlichen und Reichskammergerichts) frey geweſen, zu Erkennung der Billigkeit zu bringen, auch allenfalls denſelben endlich durch rechtliche Wege dazu anzuhalten; es ſey nun, daß Kayſerlicher Fiſcal ſich hierunter ſeines in der Ordnung 5) gegründeten Amtes gebraucht, oder daß ein Stand den andern um Uebernehmung des *oneris*, ſo vom Beſitzer des Landes gefordert wird, rechts

rechtlich belanget. Ueberhaupt iſt es nemlich eine ganz andere Sache, einen Stand des Reichs zu moderiren, oder deſſen Anſchlag zu erhöhen, und ein anderes, den Matrikel zu rectificiren, oder einen Herrn, welcher collectable Reichslande beſitzet, zu Concurrirung zu dem Unterhalte dieſes höchſtpreislichen Gerichts, auf fiscaliſches Anrufen zu condemniren, und ihn dazu anzuhalten, und folglich darüber zu urtheilen. Jenes iſt eine Sache, welche dieſes höchſte Reichsgericht dem Reichstage ſelbſt nicht bezweifelt; dahingegen dieſes unſtreitig einen rechtlichen Gegenſtand der demſelben anvertrauten höchſten Gerichtsbarkeit ausmacht; wie dann das Reichskammergericht würklich dazu in dem Commiſſionsdecrete vom 2 November 1727. angewieſen, und zugleich der Reichsfiscal zu Beobachtung ſeiner Pflicht ratione avulſorum, aufgefordert worden; bey welchen Umſtänden alſo nicht gezweifelt werden mag, daß das Reichskammergericht dadurch, daß es die Beſitzer der Herrſchaft Jever, zu Bezahlung eines den Kräften des Landes angemeſſenen Beytrages, zu Bezahlung der Kammerzieler anzuhalten, und allenfalls der Reichsfiscal zu Beobachtung ſeiner desfallſigen Pflichten angehalten, überhaupt nichts unrechtmäſſiges unternommen habe. Hiernächſt ad c) thut es nichts, daß auch ſeit geraumen Jahren kein Proceß aus Jever ans Kammergericht gediehen. Genug, es iſt ſchon vorher geſchehen, und wenigſtens hat der Reichshofrath die ihm entgegen geſetzte exceptionem fori declinatoriam alts unſtatthaft verworfen. Ein privilegium de non appellando für Jever iſt ganz unerweislich, und Hamelmann l. c. vermiſchet, als Geiſtlicher, eine aus Jever an den Brabantiſchen Lehnhof interponirte und daſelbſt verworfene Appellation, mit dem Recht de non appellando. So viel aber die Verordnung des Grafens Anton Günther anbetrift: ſo fällt eines theils in die Augen, daß ein Landesherr ſeine Unterthanen, die zeither einen Oberrichter, in der Perſon des Kayſers, und der Reichsgerichte, erkannt haben, nicht inappellabel habe machen können; da ſolches offenbar ein ausſchließliches Kayſerliches Reſervatrecht iſt, und die Rechte nie vermuthen, daß jemand etwas gewollt habe, was er nicht hätte wollen ſollen; anderntheils alſo iſt allerdings zu vermuthen, daß der Herr Graf nur die bey vielen Gerichten eingeführte Gewohnheit verſtanden haben, den Partheyen, welche mit dem Definitivurthel des oberſten Gerichtes nicht zufrieden ſind, und dagegen ein Rechtsmittel einwenden, ſolches nicht eher zulaſſen,

bis

bis ſie der Appellation an die Reichsgerichte entſaget haben; welches Verfahren zwar die Reichsgerichte ebenfalls nicht gern ſehen, jedoch in vielen Ländern hergebracht iſt 6), und ſich allenfalls gar wohl vertheidigen läßt, zumahl wo man, zu Abwendung aller Furcht für Partheylichkeit, den Partheyen zugleich die Verſchickung der Acten zuläßt; anbeneben ad d) ſich aus dem erſten Theile dieſer Abhandlung ergiebet, daß Jever von jeher ein Stück des Weſtphäliſchen oder Niederrheiniſchen Kreiſes, ſeit deſſen Entſtehung geweſen. Nun hat es ſich zwar nachgehends mit dem Hauſe Burgund, als Herzogen von Brabant, in eine Lehnsverbindlichkeit eingelaſſen. Allein die bloſſe Lehnsverbindlichkeit macht niemand zum Unterthanen 7), und der Unterthan kann auch dadurch, daß er ſich einem andern, als Lehnsherrn unterwirft, dadurch ſeinem bisherigen Oberherrn und Richter keinen Nachtheil zufügen. Ueberdem redet der Burgundiſche Vergleich 8) offenbar nur von ſolchen Vaſallen, welche zu dem Burgundiſchen Kreiſe gehören und demſelben einverleibet worden. So wenig alſo Oſtfriesland, in deſſen geographiſchem Umfange die Herrſchaft Jever größtentheils belegen iſt, und deſſen Nachbarſchaft die Erbfräulein Maria von Jever hauptſächlich bewogen, ſich der Burgundiſchen Schutz- und Lehnsherrſchaft zu unterwerfen (§. .), ſich von der Gerichtsbarkeit des Reiches befreyen kann 9), ſo wenig kann es Jever thun; zumahl da beyde Länder faſt in ihrer ehemaligen ganzen Einrichtung, und Entſtehung einer landesherrlichen Familie, gleiche Schickſale gehabt haben. Da alſo Jever nie ein Theil des Burgundiſchen Kreiſes geweſen, ſondern auch nach dem Burgundiſchen Vertrage jederzeit zu dem Weſtphäliſchen Kreiſe gerechnet worden: ſo kann dasjenige, was in dem Burgundiſchen Vertrage verabredet worden, und lediglich von denen, dieſem Kreiſe einverleibten Burgundiſchen Herrſchaften und Vaſallen zu verſtehen iſt, auf den gegenwärtigen Fall unmöglich angewendet werden; endlich ad e) und f) betraf die zwiſchen Oſtfriesland und Oldenburg verhandelte, die Herrſchaft Jever betreffende Sache offenbar eine wahre Lehnsſtreitigkeit 10), welche daher in petitorio offenbar für den Brabantiſchen Lehnshof gehörte; woraus aber, daß man damahls, von Seiten der beyden hohen Reichsgerichte, die Unabhängigkeit der Herrſchaft, von der Oberherrſchaft und Gerichtsbarkeit des Reichs, als eine unbezweifelte Sache angeſehen habe, mit Beſtande Rechtens nicht angenommen werden mag.

1) Moſers Tr. von der Teutſchen Juſtizverfaſſung, T. I. p. 342. ſqq. Cammergerichtsord. P. II. t. 27.

2) Wahlcap. art. 18. §. 1. Moſer von Kayſerlichen Regierungsrechten und Pflichten, T. I. p. 107.

3) Rec. viſit. 1567. §. 9. Viſitationsdecret vom Jahr 1780. O. C. de 1517. t. 1. §. 10. O. C. de 1507. t. 13. t. 14. §. 1. C. O. C. P. I. t. 12. §. 5. und t. 29. §. 4. 5. Viſitationsdecret vom Jahr 1572. dem Kayſerlichen Kammergerichtsfiſcal zuzuſtellen. R. A. 1548. §. 54. verbis: und ſoll Unſer Kayſerliches Kammergericht nicht allein in Sachen, ob ein Stand billig oder unbillig ausgezogen ſey, ſondern auch ob einer von des Reichs Anſchlägen befreyet, darwider, wie in ſolchen Fällen Recht iſt, präſcribirt, oder ſonſt aus erheblichen rechtmäßigen Urſachen, ſeine Hülfe in das Reich zu thun, nicht ſchuldig? — nach Ausweiſung der gemeinen Rechte zu erkennen und endlich zu ſprechen haben. Gleiches Recht iſt dem Reichskammergericht in dem Reichsſchluſſe vom Jahr 1719. die erhöhten Anſchläge betreffend, jedoch mit gehöriger Rückſicht auf die darüber vorhandene Reichs- und andere Geſetze, inſonderheit die *puncto moderationis matriculæ & ſuſtentationis cameralis* in den Jahren 1727. 1728. 1729. und 1731. ergangenen Reichsſchlüſſe, ſ. des Herrn Reichskammergerichts-Aſſeſſors von Loskant neues Concept des erſten Theils der Kammergerichtsordn. p. 163. ſq.

4) in hiſtoria ſuſtentat. cameral. p. 168.

5) C. O. C. P. I. t. 29. §. 5.

6) C. O. C. P. 2. t. 31. §. 1. von Cramers Wetzlar. Nebenſt. P. 2. p. 91. ſqq. P. 69. p. 100. ſqq. Moſer von der teutſchen Juſtizverfaſſung. T. I. p. 568. ſq.

7) *H. Hildebrand* de vaſallagio ſubiectionem non inferente. Hieher gehöret auch der alte Weidſpruch aus dem T. Lehnrechte: Lehnmann kein Unterthan. Eiſenharth vom Recht der Sprichwörter, p. 599. von

Buri rechtl. Erläuterung des Lehnrechts, p. 1338. Dieſer Lehrſatz leidet auch in dem gegenwärtigen Falle überhaupt keinen rechtlichen Zweifel, da die Erbherren von Jever, ſo wie nachher das Haus Oldenburg und Zerbſt, in dem völligen Beſitze der Landeshoheit geſtanden haben, und noch ſtehen, ob ſich gleich anfänglich die Fräulein Maria von Jever dem Hauſe Burgund, als Herzogen von Brabant, auf weit ungünſtigere Bedingungen, zu unterwerfen genöthigt wurde, dahingegen man ſich, in der Folge, ſo gar den, von Seiten des Lehnsherrn, geforderten Lehndienſten, Jeveriſcher Seits zu entziehen gewußt hat, ſ. Moſers Anhalt. Staatsrecht, p. 300. ſqq.

8) ſ. *Limnæus* in iur. publ. lib. V. c. 2. p. 58. ſqq. und Moſer von Teutſchland und deſſen Staatsverfaſſung überhaupt, p. 350. ſqq.

9) cf. *Petr. Homfeld* de libertate Friſiæ orientalis. (Hal. 1746.) c. 3. p. 67. ſqq.

10) Hiervon werden die Gründe ſogleich §. 44. beſonders vorgetragen werden.

§. 43.

Beantwortung der Zweifelsgründe aus dem Ausgange der Jeveriſchen Kammerzielerſache.

Endlich möchte noch wider die den höchſten Reichsgerichten in Anſehung der Herrſchaft Jever beygelegte Gerichtsbarkeit ein beträchtlicher Zweifel aus dem Ausgange der obbemeldeten Streitigkeit wegen Concurrenz ſothaner Herrſchaft zu den Kammerzielern, hergenommen werden. Es wurde nemlich, von Seiten des K. Reichskammergerichtes, das F. Haus Anhalt-Zerbſt nicht allein für ſchuldig erkläret, der Verbindlichkeit zu Bezahlung der Kammerzieler ſich zu unterwerfen, ſondern auch dieſe ex æquo & bono, zu jedem Zieler auf 40 Rthlr., alſo in jedem Jahre auf 80 Rthlr., mit Vorbehalt Kayſerlicher Majeſtät, und des Reichs Rechten, und bis auf deren anderweite Verordnung, beſtimmt. Nun wandte ſich das F. Haus Anhalt-Zerbſt, gegen dieſes ergangene Urthel, an den Kayſerlichen Hof, und an die Reichsverſammlung, und berief ſich dabey hauptſächlich auf den Grundſatz, daß vermöge des im Jahr 1548. errichteten Burgundiſchen Vergleiches, die

Herrſchaft Jever, als ein Burgundiſches Erblehnland, von dieſer Anlage ſchlechterdings für befreyet zu halten ſey. Das Kammergericht erbot ſich darauf, in ſeinem Schreiben an die Reichsverſammlung, mit einſtweiliger Ausſtellung der Erkennung des mandati de exequendo, dem Reichstage die Entſcheidungsgründe ſeines Erkenntniſſes vorzulegen. Als aber bald nachher der höchſtſelige Kayſer Carl VI. ſich erklärte, wegen der Burgundiſchen lande, künftighin einen Kammerzielerbeytrag zu bezahlen: ſo wurde, von Seiten der Oeſterreichiſchen Directorialgeſandtſchaft, bey ſolcher Gelegenheit, die Clauſul angehängt: Es gedenken aber anbey Ihro Katholiſche Majeſtät unter einſtens, die Burgundiſche Vaſallen unter ſolchen Kammerzielern zu vertreten, welchem nach der gegen des Herrn Fürſten von Anhalt-Zerbſt Hochfürſtl. Durchlaucht, bey Kayſerlichem Kammergericht fürgenommene fiſcaliſche Proceß, von ſelbſten aufgehebt, einfolglich auch die Herrſchaft Jevern aus der Uſualkammermatrikel, und der Specification der Reſtantien um ſo billiger auszulaſſen ſeye, als von dieſer Herrſchaft niemahls etwas unmittelbar gefordert, noch dieſelbe vor dem Jahr 1720. in den Matrikularanſchlag gebracht worden 1). Hierauf iſt die Sache auf dem Reichstage liegen geblieben, und die Staatsrechtslehrer gedenken weiter von der Sache nichts. In dem ſogenannten gehorſamſten Unterhaltungsbericht des Freyherrn von Harpprecht iſt das Kayſerliche Kommiſſionsdecret ganz zu leſen, jedoch die Worte: den Matrikularanſchlag von der Herrſchaft Jevern ſelbſt zu vertreten, und nebſt dem *quanto matriculari* mit der Burgundiſchen *quota*, aus einem ſicheren *fundo*, für das künftige abführen zu laſſen; falſch abgedruckt worden, und nach dem Original zu leſen: unter dem *quanto matriculari* der Burgundiſchen *quotæ*. Der höchſtſelige K. Carl VI. notificirte dieſe Seine allerhöchſte Reſolution in einem Schreiben an den damaligen Herrn Kammerrichter, Herrn Grafen Franz Adolf Dieterich von Ingelheim, worin es unter andern heißt: So laſſen Wir Dir, als Unſerm Kayſerlichen Kammerrichter, gedachter Herrſchaft Jevern halber, gnädigſt ohnverhalten, daß Wir eben ſo, wie es ehedeſſen die Herzoge von Burgund jederzeit gethan, die Burgundiſche Lande ſowohl als deren Vaſallen, bey denen Kammerzielern vertreten, und das Burgundiſche *quantum*, nach dem moderirten Fuß, aus einem ſichern *fundo*, richtig für das Zukünftige werden abführen laſſen; Da nun ſolchergeſtalt

geſtalt der fiſcaliſche Proceß gegen den Fürſt n von Anhalt-Zerbſt ſich von ſelbſten aufhebet; — als verſehen Wir uns gnädigſt, daß nach dieſer Unſerer gnädigſten Erklärung, nichts weiters werde gereget, noch an die Reichsverſammlung gebracht, ſondern alles für gänzlich abgethan gehalten werde 2). Ohne nun in die Frage hinein zu gehen, in wie weit die Exemtion der Herrſchaft Jever, nach der Lage der Sache, den Reichsgeſetzen gemäß, habe geſchehen können, oder nicht? muß der Verfaſſer dieſer Abhandlung bekennen, wie ihm ſogar nicht einmahl bekannt ſey, ob das Durchlauchtigſte Erzhaus Oeſterreich, ſeit der Zeit, da Hochdaſſelbe die Vertretung der Herrſchaft Jever, in Anſehung der Kammerzieler, übernommen, wirklich neben dem moderirten *quanto matriculari* der Burgundiſchen *quotæ*, einen gewiſſen beſonderen Anſchlag für dieſelbe bezahlet? oder ſolcher unter dieſem überhaupt mit begriffen ſey? und ob folglich ſich die Sache zu einer exemtione cum vel ſine onere qualificire? Allein in Rückſicht auf den gegenwärtigen Fall, braucht es dieſer Unterſuchung gar nicht. Denn 1) erhellet aus dem Burgundiſchen Vertrage ſelbſt, daß die Burgundiſchen Lande, ſo weit die Frage von Entrichtung der dem Reiche ſchuldigen Contribution vorwaltet, dem Kayſerlichen Kammergerichte unterworfen, und daſelbſt wider ſie, durch den Kayſerlichen Fiſcal, gleichwie wider andere des Reichs Stände, ſie zu gebührender Bezahlung anzuhalten, procedirt und gehandelt werden ſolle: ſodann 2) wird zwar, von Seiten des Kayſerlichen Hofes erklärt, daß künftighin die Herrſchaft Jever als ein Burgundiſches Lehen, von dem Durchlauchtigſten Erzhauſe Oeſterreich, als Beſitzern der Burgundiſchen Niederlande, in Anſehung der Kammerzieler, vertreten werden ſolle; dahingegen wird die Frage: ob deswegen die Herrſchaft Jever für ein, der Gerichtsbarkeit des Reichs, und des Kammergerichts, nicht unterwürfiges Land anzuſehen ſey? dabey gar nicht erwähnet, und iſt alſo kein Zweifel, daß ſelbige nach dem bisherigen Beſitzſtande der beyden hohen Reichsgerichte, und den vorhin ausgeführten petitoriſchen Grundſätzen, für die hohen Reichsgerichte zu entſcheiden ſey, beſonders da das hohe Erzhaus Oeſterreich den bey dem höchſtpreislichen Reichshofrath vorgefallenen Handlungen, worin dieſer, ſo wie das höchſtpreisliche Reichskammergericht, ſeine Gerichtsbarkeit über mir gedachte Herrſchaft, aller von Seiten des F. Hauſes Anhalt-Zerbſt gethanen Widerſprüche ohnerachtet, ſtandhaft behauptet hat, niemahls widerſprochen, und alſo, daß daſſelbe ſothane Grundſätze, ohne Be-

zug auf die Vertretung der Herrſchaft in Anſehung der Kammerzieler vielmehr genehmigt habe, allerdings angenommen werden muß. Außerdem ſind 3) ausserordentlich viele Beyſpiele von Ländern in unſerm T. Staatsrecht, welche cum vel ſine onere von den Kammerzielern, und anderen Reichsanlagen, eximiret worden, ohne daß darauf jemahls auf eine Unabhängigkeit derſelben von der Gerichtsbarkeit des Kayſers und Reiches, geſchloſſen worden, daher dieſes Argument auch in der vorliegenden Sache, zum Beweiſe der gänzlichen Unabhängigkeit des Landes, nicht gebraucht werden mag.

1) Moſers Anhalt. Staatsrecht, p. 298.

2) Dieſe Nachrichten ſind aus des Freyherrn Johann Henrich von Harpprecht Präliminarvortrag, die neue Einrichtung einer Kameralmatrikel, und deren Erläuterung, betreffend, genommen, welcher im Jahr 1773. auf Befehl der höchſtanſehnlichen Viſitation des Kammergerichts verfertigt, auch in derſelben geheimen Druckerey abgedruckt worden, aber gemeinnütziger gemacht zu werden verdiente.

3) *Pfeffinger* in Vitriario illuſtr. T. II. p. 1037. ſqq.

§. 44.

Ob die Sache nicht als eine Lehnsſtreitigkeit vor den Brabantiſchen Lehnhof gehöre?

So viel aber endlich die zwote Frage anbelanget: ob, wenn auch die Gerichtsbarkeit der beyden höchſten Reichsgerichte über die Herrſchaft Jever überhaupt für gegründet zu achten, dennoch die gegenwärtige Rechtsſache nicht vor die Reichsgerichte gehöre, ſondern vor dem Brabantiſchen hohen Lehnhofe erörtert werden müſſe? Bey der Entſcheidung dieſer Frage kommt es abermahls auf zwo beſondere Nebenfragen an: 1) ob die Gerichtsbarkeit des Brabantiſchen Lehnhofs überhaupt gegründet ſey? und 2) ob, wenn ſie gegründet iſt, den Partheyen nicht das Recht zuſtehe, von den Erkenntniſſen deſſelben, an eines der höchſten Reichsgerichte die Appellation zu ergreiffen? So viel nun die erſte Frage anbetrifft: ſo iſt im gegenwärtigen Falle der Umſtand: ob die Herrſchaft Jever überhaupt ein Burgundiſchbrabantiſches Lehen ſey? aus dem eignen Geſtändniſſe aller dabey intereſſirter Theile,

auſſer allem Zweifel geſetzet, mithin darüber keine weitere gerichtliche Unterſuchung nöthig; maaſſen ſonſt, wo dieſes noch einigem Zweifel ausgeſetzt ſeyn könnte, die Unterſuchung und Entſcheidung dieſes Streites, bey der dem Kayſer und Reich, aus vorhin deducirten Gründen (§. 40 - 42.), über die Herrſchaft Jever allgemein zuſtehenden präſumtiven Gerichtsbarkeit, allerdings von den hohen Reichsgerichten geſchehen müßte 1); Es kommt alſo 2) gegenwärtig bloß darauf an: ob die Streitigkeit über die Erbfolge in ein Lehen für eine würkliche Lehnsſache anzuſehen ſey, oder nicht? maaſſen davon die Entſcheidung: ob der Lehnsrichter darin allein für den iudicem competentem zu halten ſey, oder nicht? gänzlich abhänget. Nun iſt, wenn man die Frage zuvorderſt, nach der Analogie des allgemeinen Lehnrechtes unterſuchet, allerdings zu unterſcheiden: ob der Proceß über die Erbfolge in poſſeſſorio oder petitorio geführet werde? Im erſten Fall iſt die Sache nicht ſchlechterdings für eine Lehnsſache zu halten, daher die angeſehenſten Lehnrechtslehrer auch dem ordentlichen Richter die Befugniß zuerkennen, darin ein Urthel abzufaſſen; obgleich an ſich kein Zweifel vorwaltet, daß auch in dieſem Fall der Lehnrichter gar wohl angegangen werden könne, und im Fall der eine Theil an dieſen, der andere an den ordentlichen Richter ſich gewendet haben ſollte, die Sache nicht anders, als nach den Grundſätzen der Lehre von der Prävention entſchieden werden könnte 2). Im anderen Fall hingegen, wo die Sache petitoriſch abgehandelt wird, iſt gar kein Zweifel, daß die Streitigkeit, mit Ausſchließung aller anderen Gerichte, ganz ausſchließlich vor das Lehengericht gehöre 3). Mit dieſen Grundſätzen ſtimmen auch die Reichsgeſetze auf das vollkommenſte überein; maaſſen, ſo viel die Reichslehen anbetrifft, ſelbige 4) zwar verordnen: daß, ſo oft einem Reichsſtande ein Reichslehen gänzlich oder endlich abzuſprechen, der Kayſer darüber allein richten ſolle: welchem zu Folge der höchſtpreisliche Reichshofrath für das ordentliche Lehnsgericht ohne Widerſpruch angeſehen wird. Nichts deſto weniger aber zeiget die unbezweifelte Gerichtspraxis, daß, wenn bloß die Frage von dem Beſitze des Reichslehens, unter den Partheyen in Streit gezogen wird, das höchſtpreisliche Reichskammergericht, eben ſowohl, als der Reichshofrath, wenigſtens in poſſeſſorio darüber zu erkennen, befugt gehalten werde 5). Sodann iſt 3) den Reichsſtänden in der Kayſerlichen Wahlcapitulation 6) ſowohl überhaupt verſprochen, daß ihnen der Kayſer, in Ausübung der landesherrlichen

Hoheit

Hoheit, auch in Lehnsſachen, weder vor- noch eingreiffen wolle; als auch inſonderheit die namentliche Zuſage geſchehen, daß dieſelben, wegen ihrer angehörigen Lehen, ſie ſeyen gelegen, wo ſie immer wollen, bey ihren lehnsherrlichen Befugniſſen, auch Gerichtsbarkeit, in denen dahin nach den Lehnrechten gehörigen Fällen, allerdings unbeeinträchtiget gelaſſen, auch ihnen von keinem Reichsgerichte, neque ſub prætextu continentiæ cauſſæ, neque iudicii univerſalis eingegriffen werden ſolle 7). Es iſt daher unzweifelhaft, daß, wenn auf das in Gottes Händen ſtehende unbeerbte Abſterben Seiner jetzt zu Anhalt-Zerbſt regierenden Hochfürſtlichen Durchlaucht, unter den weiblichen Deſcendenten weiland F. Johannes von Anhalt-Zerbſt, eine proceſſualiſche Streitigkeit über die Frage: wer unter ihnen das ausſchließliche Erbfolgsrecht auf die Herrſchaft Jever zu prätendiren habe? entſtehen ſollte, dem Durchlauchtigſten Erzhauſe Oeſterreich, in Anſehung der von dem Herzogthume Brabant, als Lehen, relevirenden Herrſchaft, eben die lehnsherrliche Befugniſſe beygelegt werden müſſen, welche den übrigen Reichsſtänden in der Kayſerlichen Wahlcapitulation zugeſichert worden. Hierwider ſtreitet auch nicht, daß Fräulein Maria von Jever, ſo viel man weiß, zu der Zeit, da ſie ihre Herrſchaft an das Haus Burgund, als Herzog von Brabant, zu Lehen aufgetragen, die Einwilligung des Kayſers und des Reiches nicht geſucht; in Betracht eineſtheils die Herrſchaft Jever, von jeher, ein wahres Reichsallodium geweſen, und alſo dadurch, daß den Herzogen von Brabant das dominium directum darüber von der damaligen Erbfräulein, für ſich und ihre Erben und Erbnehmen, aufgetragen worden, dem Reiche überhaupt an ſeinen oberlehnsherrlichen Gerechtſamen, da es dergleichen, offenkündiger maaſſen, an mehr gedachter Herrſchaft ehedem nicht gehabt 8), auch nichts entzogen worden, die oberſte Gerichtsbarkeit des Reiches aber, und alle davon abhangende Gerechtſame, demſelben, auch nach der freywilligen Lehnsauftragung, ungekränkt geblieben ſind, mithin die ganze Handlung, in Anſehung des Reichs, als ein völlig unpräjudicirliches factum um ſo mehr angeſehen werden muß, da die Burgundiſchen Niederlande überhaupt, und das H. Brabant inſonderheit, unbezweifelte Reichslehen ſind 9) und alſo, auch in dieſem Betrachte, dem obangezogenen Befehle K. Friedrichs III., an die Friesländiſche Häuptlinge, ſich an keine auswärtige Herren zu hängen, nicht entgegen gehandelt worden; anderntheils aber ohnehin in den vorigen Zeiten dergleichen Lehnsaufträge

auftrâge häufig, auch ohne ausdrücklichen Conſens des Landesherrn, geſchehen, wenigſtes deſſen ſtillſchweigende Einwilligung für zureichend angeſehen worden 10); an dieſer aber, in dem vorliegenden Falle, um ſo weniger zu zweifeln ſtehet, da dem Reiche die geſchehene Lehnsauftragung der Herrſchaft an das Haus Burgund, ſogar bey voller Reichsverſammlung bekannt geworden, und ſolches gleichwohlen niemahlen dagegen einen Widerſpruch geäuſſert, daher das Stillſchweigen des Reichs allerdings für eine Genehmigung des ganzen Vorganges, mit vollem Beyfalle der Rechte, gehalten werden mag.

1) *Mynſinger* cent. V. obſ. 75. *Joh. Hildebrand* de recurſu inordinato ad curias feudales in cauſſis non feudalibus ſ. 2. *G. L. Böhmer* in obſ. iuris feud. obſ. 12. §. 6. p. m. 317. ſq.

2) *Vulteius* de feudis lib. II. c. 2. n. 45. *Roſenthal* de feudis. c. 12. n. 70. *Ulr. de Eyben* de cauſſis feud. in operibus. p. 661.

3) *J. F. Kayſer* de cauſſis feudalibus in iudicio diſceptandis. Gieſſ. 1751. §. 17. p. 9. ſq. ibique alleg.

4) C. O. C. P. 2. t. 7. Man leitet zwar insgemein dieſe Stelle aus der Reichsregimentsordnung von 1521. §. 7. her. Allein es iſt falſch; denn ſchon im Jahr 1473. hat ſich das Kammergericht eine Gerichtsbarkeit nur in dem Falle beygelegt, wo es bloß auf den Beſitz des Lehens ankommt. ſ. von Harpprecht Staatsarchiv des Kammergerichts T. I. p. 91.

5) von Cramers Wetzlar. Nebenſt. P. 15. p. 34. ſqq. Moſers Nebenſt. P. I. p. 56. ſqq. Eben derſelbe von der T. Juſtizverfaſſung, T. I. p. 936. ſqq.

6) Wahlcap. art. 1. §. 8.

7) Wahlcap. art. 24. §. 1. 2. 3. *Jo. Ge. Eſtor* de iurisdictione clientelari curiarum feudalium Germ.

8) *Winkelmanni* notitia veteris Saxo-Weſtphaliæ. p. 231. *Ubbo Emmius* rer. friſ. lib. XII. p. 868. *B. G. Struv.* de allodiis Imperii c. 3. §. 45. p. 265. ſq.

9) ſ. davon überhaupt *Jo. de Meermann* de ſolutione vinculi, quod olim fuit inter S. R. J. & fœderati Belgii respublicas. Lugd. 1774.

10) *G. L. Böhmer* l. c. §. 8.

§. 45.

Ob nicht wenigſtens die Appellation von dem Brabantiſchen Lehnhofe an den Reichshofrath Statt finde?

So viel aber endlich dieſe zwote und letzte Frage anbelanget: ſo ſtimmen zwar a) die mehreſten Lehnrechtsſcribenten darin überein, daß, wenn gleich, mit ausdrücklicher oder ſtillſchweigender Einwilligung des Landesherrn, das in ſeinem Lande gelegene Gut, einem auswärtigen, mit der Lehnsgerichtsbarkeit überhaupt verſehenen Lehnsherrn aufgetragen worden, dennoch allemahl vermuthet werde, daß die Lehnsgerechtſame des neuen Lehnsherrn der landesherrlichen Hoheit des bisherigen Landesherrn des neuen Vaſallen ſubordinirt bleibe 1), in Betracht überhaupt nicht vorausgeſetzt werden kann, daß der Landesherr in eine, der Natur und Rechten der Landeshoheit nachtheilige Handlung, ohne ſich darüber deutlich zu erklären, ſeine Einwilligung gegeben haben werde. In dieſer Abſicht wird zwar dem Vaſallen verſtattet, in ſolchen Fällen, welche nach den Rechten für wahre Lehnsſachen gehalten werden, ſich an den Lehnsherrn zu wenden, und ſolche vor dem durch denſelben niedergeſetzten Lehnsgericht entſcheiden zu laſſen. Jedoch bleibt dem Vaſallen allemahl unbenommen, falls er mit dem Ausſpruche des Lehnsgerichtes nicht zufrieden iſt, von dieſem an die höchſten Gerichte ſeines Landesherrn zu appelliren 3), da das ius recipiendi appellationes, wenigſtens nach dem heutigen Gerichtsgebrauche 4), für ein unbezweifeltes Recht eines jeden Landesherrn angeſehen wird 5). Hierzu kommt noch b) in dem gegenwärtigen Falle, daß in der §. 41. angeführten Erklärung K. Leopolds vom Jahr 1686. höchſtgedachter Kayſer die Herrſchaft Jever ein Reichsafterleben genennt hat, und dann unbezweifelten Rechtens iſt, daß in ſolchen Reichsafterlehen dem Vaſallen allemahl die Freyheit zuſtehet, von dem Ausſpruch des Reichsafterlehnsherrn, im Fall er ſich dabey nicht beruhigen will, an den Reichshofrath, als den, von Seiten der Reichsſtände, dafür unbezweifelten oberſten Reichslehnhof, die Appellation einzuwenden 6); welchen Lehrſätzen zu folge alſo allerdings dafür gehalten werden möchte, daß auch in gegenwärti-

gem Falle, dem Lehnserben der Reichsherrſchaft Jever, ein gleiches Recht, ſich an nurgedachten höchſtpreislichen Reichshofrath zu wenden, zuzugeſtehen ſey. Nichts⸗ deſto weniger aber hält man dieſſeits die gegenſeitigen Grundſätze, und daß von dem Ausſpruche des Brabantiſchen Lehnhofes überhaupt keine Appellation Statt finden könne, den Rechten und facto angemeſſener. Denn quoad a) iſt gegenwärtig von einem Lande die Rede, welches gar keinem Landesherrn unterworfen iſt, ſondern unmittelbar unter dem Kayſer und Reich ſtehet, daher ſich alle die, gegen dieſen Lehr⸗ ſatz vorhin deducirte Gründe, in dem vorliegenden Rechtsfalle, von ſelbſt erledigen. Auſſerdem kommt hierbey noch vorzüglich in Betrachtung, daß K. Carl IV. in der Urkunde vom Jahr 1349, welche man insgemein die Brabantiſche Bulle 2) zu nennen pflegt, allen Brabantiſchen Unterthanen, beſonders aber den Brabantiſchen Vaſallen, ſchlechterdings unterſaget, ſich in ihren Streitigkeiten vor einem andern Gerichte, als ihres Landes⸗ oder Lehnsherrn einzulaſſen, und ſo viel auch überhaupt in vorigen Zeiten wider den Mißbrauch dieſer Brabantiſchen Bulle geſchrieben, theils auf den Reichstägen, und den Weſtphäliſchen Friedenstractaten, dawider geſtritten worden 8): ſo läßt ſich doch in dieſem Falle, wo niemanden, als dem Herzoge von Brabant, die Lehnsherrlichkeit über die oftberührte Herrſchaft zukommt, und wo ſel⸗ bige auch von dem T. Reiche niemahls Statt gefunden hat, gegen die Gerechtigkeit und Anwendbarkeit derſelben, kein rechtlicher Zweifel formiren. Ueberdies iſt aus dem Burgundiſchen Vertrage, welchen das ganze Reich, auf der Reichsverſammlung zu Augſpurg im Jahr 1548. genehmiget hat, (S. .) klar, daß darin die geſammten ſo genannten Burgundiſchen Niederlande, mithin auch das H. Brabant, von aller Ge⸗ richtsbarkeit des Reichs, ausgenommen in Contributions⸗ und Kammerzielerſachen, völlig und ohne die geringſte Einſchränkung auf gewiſſe Klaſſen von Rechtsſachen be⸗ freyet worden, wohlfolglich ſothane Lande dadurch entweder ein unbeſchränktes privi- legium de non appellando und exemtionis fori erhalten, oder wenigſtens, wie die Burgundiſchen Schriftſteller behaupten, die von Seiten dieſer Lande, desfalls ſchon ehedem behauptete, und in dem Herkommen begründete Freyheit beſtätiget, und von der höchſten geſetzgebenden Gewalt im T. Reiche feyerlichſt anerkannt werden. Es läßt ſich auch an der Geſetzmäßigkeit dieſes privilegii um ſo weniger zweifeln, da den Kayſern damahls unſtreitig das Recht zuſtand, dergleichen Freyheitsbriefe, allenfalls auch ohne Einwilligung der Reichsſtände zu ertheilen, und obendrein bey dem gegen⸗

 wärtigen,

wärtigen, die Genehmigung der ganzen Reichsverſammlung von dem Kayſer geſucht, und von dieſer ohne Einſchränkung ertheilet worden; daher auch in dieſer Rückſicht, die Ausſprüche des Brabantiſchen Lehnhofes für völlig inappellabel zu halten, und daß namentlich dagegen keine Berufung an den höchſtpreislichen Reichshofrath Statt finden könne, ſich von ſelbſt zu Tage leget. Sodann iſt quoad b) die in dem Kayſerlichen Commiſſionsdecrete vom Jahr 1686. gebrauchte Aeuſſerung, als ob Jever ein Reichsafterlehen ſey, ein offenbarer Fehler des Concipienten, wofür es auch das Durchlauchtigſte Erzhaus Oeſterreich unfehlbar anſehen und anzuſehen die gerechteſte Urſach haben würde, falls jemahls die Sache gegen daſſelbe auf dem Reichstage, oder ſonſt, zur Sprache kommen ſollte, da ſich aus dem bisherigen Vortrage klar ergiebet, daß Jever von jeher ein unſtreitiges Reichsallodium geweſen, und die Fräulein Maria von Jever ſolches freywillig den Herzogen zu Brabant zu lehen aufgetragen, man auch nicht die mindeſte Spur antrift, daß das Reich in ſolchen Lehnsauftrag conſentiret, und ſich ſein dominium directum, welches es ohnehin niemahls an der Herrſchaft gehabt hat, vorbehalten habe; bey welchen Umſtänden auch dieſer Einwurf gegen die Inappellabilität der Erkenntniſſe des Brabantiſchen Lehnshofes zu Brüſſel ſich gleichergeſtalt von ſelbſt widerleget.

1) *G. L. Böhmer* l. c. §. 5.

2) *Jo. Werlhof* de conceſſione & alienat. regalium. §. 8. ſqq.

3) Ludovici Einleitung in den Lehnsproceß. c. 2. §. 29. Strubens rechtl. Bedenken. T. I. reſp. 113. *H. de Dœring* de appellat. in cauſſis feud. §. 28. ſqq. *G. L. Böhmer* l. c. §. 7.

4) von alten Zeiten ſiehe *G. L. Böhmer* de provocationibus iuris Germ. c. 1. §. 7. ſqq. in ſeinen Electis iuris civilis. T. II. p. 75. ſqq. und Ludewigs gelehrte Anzeigen T. I. p. 221.

5) ſ. vorzüglich *J. Ph. Slevogt* de iure recipiendi appellationes ex iure territoriali.

6) ſ. *P. de Ludewig* de primo foro ſubfeudorum Imperii.

7) beym *Limnæus* lib. V. c. 2. n. 11. *H. G. Thulemarus* de bulla aurea, argentea & plumbea, im Anhange der Urkunden. N. VI.

8) ſ. davon überhaupt *E. M. Chladenius* de abuſu bullæ Brabantinæ. Viteb. 1748.

Nro. I.

Carl bey der gratien Gottes Kayſer von Romen altydt vor Mehrer ſ' Ryck's ꝛc. König van Germanien ꝛc. tit. Allen den Jenen de deßen Onßen Brief ſullen ſien ſalut. Alßo de Edele Jonfferen, Anne ende Marie Erff Tochtere ende Vrowen, van der Stadt, Schlote, Herlicheidt ende Lande von Jever mit Haeren ganzen Tobehoirten, gelegen in den Lande van Oſt-Frießlandt, ende op de Palen van dien, Beyde noch unbeſtaet, ende angehylecket, ende van Vader ende Mader beſtor ven, ſich bey Boynckte Olderſum, ende Bodenſen Joncker, Harren Procureur, vollkomelicken dartho gemächtiget, bey Harren op enen Brieven hiernage inſereert, onſer fräntlicher lever ſüſter, Vrau Marie, Röniginne Denagiere van Houngern ende van Behmen, Erz-Hertoginne van Oſterick, van onſer wegen Regente in deſen onſen Nederlanden, als in onßer Stadt, ende Tot onſer Lehoeff, williglich ge *praeſenteert* hebben Tegeren, ende Teſiellen mit ock Harre Vorſoch, Stadt, Herlicheit ende Land van Jever, die Tobehoirten ende appenderten van dien, Harre Luiden, Borgern, anderſaten, Mannen ende Frawen, ende alle andere Inwohner derſelwen, mit ock alle Harren gorder de Wyten Haero V. Vader ende andere Harren vorolderen de Houden ende Tobeſitten plegen, ende ſytegen wordiglich noch Helden ende beſitten in aller Hoheit præminentiren, *Souverainiteten* ende andere Rechten, onder onſe ſubjectia ende gehorſamheit, alß Hertoge von Brabandt ende Graffe van Hollandt, onß ock ende onßen Erven ende Nakomblingen in derſelver qualiteit Te nehmen ende Te Houden, vor Harren Landesfürſten, ende overſten Erffhere harr vorſop. Stadt, Schlot ende Herlicheit mit Harven Tobehoirten, van Onß, ende Onßen Erven, ende Nakomlingen Vorſchrl. „te verheffen, Tot ein ohn ver ſtrafflich Erffleben, ende onß ende Hun „Behoirlicke Huldinge ende Manſchop te doen van geterouicheit ende van „Dienſte, ſulke als onße *Vaſallen* van Brabandt, ende van Hollandt Onß „ſchuldig ende gewonlicke ſyn To thoen. So eſt, dat wy by Rathe ende

Gortduncken onßer vorſaeken Süſter der Königin, ende de materie wel doerſien ende orergeleit in onßen Rathe van Staden by Haer geordonneert, mit groter vndt vixer deliberatie ende by advis van den Ridderen van onßer Orden, ende van den Hoſten ende Luiden van onßern Voorſtl. Rathe, Threſorier ende ge Committeerde van onſen financiren, in der qualiteit als Boren, angenohmmen ende graceateert hebben, Annehmen ende accepteeren by deſen Deputation, van den vorſtl. Jonfern van Jevern, ſulcke ende in Tigen ende manieren, als die hier voren ge inſereert, ende verklaeret ſtan, ende hebben deſelve Jonffern, Harre Stadt, Schlot Dorx en ende Herlicheide van Jever mit Haren Tobehoirten, Hare Landen, Luiden, onderſaten ende Gorden, t'ſamen in gelicker qualitet ontfangen, ende genommen, ontfangen ende nehmen mets deſen, in onſer protectie ende Salvaguardie, om meſa vorthan The beſchermen van gewalt, Violentien vortrückinge ende oppreſſie, Tegens van Jegelken, als van Lehen Haere, ende overſte ſyn *vaſall* ende Lehen man ſchuldig is te dohn, daraff wy by onßen Beſchloten briwen adverteeren willen die Harn ende Fürſten darvom Trent geſetzten, des nothweſen ſall, ende hebben Voorts den Vorſ. boyeek Te Olderſumb ende Bodenſen Juncker, als Procurator van de Vorſon Joncfern van Jevern, der bracht ſinner macht ende procuratie, in der Nahm derſelver Jonffern, ende van Haren wegen, ende over Haren Vorſch. Stadt, Schlot, Dorpen, Herlicheide ende Lande van Jever mit allen Haren Tobehoirten, Luiden onderdanen ende Hare Goden, entfangen tot onſen Lehenmann ende Togelaven Tot Huldinge ende Manſchap van getrnwicheit tot latſte van onßer Lande von Brabandt ende van Hollandt ſchuldig ſyn te dohn ende dar Tee ox de Latſten van den Dienſten ende Condition boven verklaert, wal verſtaende, dat wy ende anſe Erven, ende Nachkommblinge vorſchlr. de vorgenomeden Jonffern, ende Hare Lande „ Luiden Onder„ ſaten ende Gorden Tot Kenere tydt beſweren enſullen mit einger Schattinge, „ bede ofte impoſitie, Hodanich die weſen mogte, van welcker macht ende procuratie van den vorſtl. Boynck tho Olderſum ende Bodenſen Joncker, Vuihunden van Worde te Worde hiernaer volgte.

Wir Anna undt Maria Schweſtern, Dochtern ende Froichens tho Jever, dan ſüs Jegenwärdigen in Krafft dußes Breſes Kundt undt bekennen, dat

wy

wy in by weſende des Hochgelahrten, Erbaren undt Veſten Balthaſar van Monnickehuſen, Kayßer Recht Doctor, Unß to dieſer ſacke gekohren, und gebeden Mummers, hebben geſatt und gemacket, ſetten und maken, ſuß Jegenwärdigen den Erbaren Veſten und frommen Baynckte Olderſumende Bodenſen Joncker, ganſelicken Vullmächtig, ohne alle entſettent offte wedder vopent, van Onßen allergnä„ digſten Herrn, Herrn Carolo des fünfften des Nahmens, offte Kayßl. Mt. van „ wegen des Hauſes Burgundien Stadtholder und Beſtehlhebber unterthänig the „ ſynde, Unßg väderlich Erffhuſe Jever, welche wen te Gegenwärdigen altydt vry Guet geweſen, mit aller ſyner Tobehoringen mit Landen vnd Luyden, Dorpen vndt gerechticheiden, oldes und nies, wo dat mag werden benomet, und forder wo emede Wy berechtiget mugten weſen, nichts darvon uthgeſcheiden, alleſambt vndt idtlicken beſundern vor ein Rechtfertig vndt ewig Lehen, Huſes Burgundien, to ontfangende vndt ſich derhalven an dat Hues Burgundien, Dienſtbar to verpflichtende, undt wedderomme Beſchütte antonehmende mogen, undt mechtig ſchall weſen undt op dußes alle, wo vorgeſchreven, hebben Wy obgemelte Froichens ena nach den andern op het ſpaeien duſes Broſes, witlick deen Trinken Unße Pitſcheer, undte forter to mehrer beveſtige eine idlicke, in macht vndt Kraft oder ſtandes, egener Handt anderſchreven, Unde Jok Balthaſer von Mönnickehuſen vorgeſchreven, ſo eine gekohren und Gebeden Mummer hebbe beneven Wohlgemelten meiner gnädigen Froichens, mine Pitzeer ock deen andrucken undt egener Handt oder angetekent Datum up Wohlgemelſter Froichens Hus Jever. Montags nach Palmarum anno ꝛc. 32 ꝛc. Aldus ander Tekent, Anna Froichen vndt to Jever Tochter eigen Handt. Maria Froichin vnde tho Jever Dochter egen handt. Jok. Baltheſer, wie vorgemeld. egener Handt.

Ende mits overleveringe deſer onßer tegewärdigen, an Handen van den Vorſt. Boyneck to Olderſumb als Procuratorn ende tot Bohoeff van den Vors. Jonffern hett derſelbe Boynck von derſelven Jouffern, ende wegen onß Hare Brieven van ratificatie overgelieffert, in Behorliker Formen, die die Vorſ. Königin Regent. onße Lieve Suſter van onßertwegen ontfangen heft. Hier waren by over ende an, alß onße Lehemannen ende Vaſallen, Her Floris van Egmond, Groſe to Büren, Her Anthonius van Lalang, Graſe van HochStraten, Her Anthonius Here

van

van Bergen Riddern van onßer Orden, ende Her Laurenz Dublione ock Ridder ende Greffier van onßer Vorſchr. Orden, mit mehr andere Grede Lüden. Des t'or kunde, ende im mehr der ſe kerheit aller puncten vorſchl. hebben Wy onßen Segel Hiervan doen hangen; Gegeven in onßer Stadt van Antwerpen den 12ten Tag van April. Int. Jahr onßes Heren 1532. naer Paeſchen, van onßen Kayßer Ricke t' derde, ende van onſen anderen Ricken van Germanien Caſtilien :c. t' VIte.

Marie.

By den Kayſer de Königinne Donagiere van Hungern Regentin, de Erzbiſchope van Palerme Hooff van dem Rathe, de Grafen van Bürme endé van Hochſtraten, de Heren van Sempy, van Bergen ende van Molimbas Riddern van den Orden, ende angern tegenwärdig.

(L. S.)

Fordrick.

Nro. II.

Wy Philipp van Gottes gnaden tho Caſtilien Leon Arragon, Engelandt, Franckreich, Neaples, Beyden Cecilien ꝛc. König, Erzhertog tho Oſterryck, Herzog tho Burgundien Lothien, Brabandt, Lymburg, Luvenburg, Geldern und Milan, Grafe to Habſpurg, Flandern, Artois, Burgundien Hennegoie, Holland, Zeeland, Nahmen und Zutphen, Marggrafen des Hilgen Rickes, Her tho Vrieslandt, Salins, Mecheln der Stadt, Steden und Lande van Utrecht, Overyſel und Gröningen, Bekennen opentlick mit dieſem Brefe, und doen kundt Jedermanniglichen, Nach deme de Röm. Kayßerl. Mt. ꝛc. Unßer lieber Herr und Vader, alle dußе Nederlanden mit allen öhren Hoheiden, Orevichticheit, Gerechticheiden unde to Behoirten, nichts darvon uth geſundert, nyt S. Mt. to bewegenden Orſacken Unß, als ſynem rechten einigen natürlichen Erſtfolgern, in veren denen Tagen overgegeven und opgetragen Hefft umb iez gerührte Landen wan der Tyd aſt anſtent an to

fangen, unde Vortan tobeſitten, unten, geineten, undt gebrucken, wo dan ge-ſchieht, derhalven allen Unterthanen und Lehn Trageren derſelver Landen Behonvlicken Eydt, öhre Lehnen tho entfangen undt derſelver Pflicht nach, tho dem gebóhret; Undte wann nun de Wohlgebohrne, Unße leve getreue Maria geboren Tochter und Froichen to Jever, Oſtringen, Ruſtringen undt Wangerlandt des erinnert vnd verwilliget, willende ſolches gehorſamblichen nachkommen, Unß durch Stacien Brúming, óren dienar vnd Secretarium beſchicket, und in Kraft ohme mit gegevener procuratien oder Vollmacht Demuetiglich anropen, und bitten laten heff, umb Belehminge Ihrer Huſe, Lande und Lúde, So Sy van Hochgemelten unſerm Herrn vnd Vadern, als Hertogen to Braband vndt Grafen to Hollandt tho Lehen geholden vndt getragen hefft, wieders Inhalts der Segel vnd Breffe darvon ſynde; So hebben Wy ſulcke von wegen genanter Fróichen gehorſamheit vnd demúthige Billicke gedane Bede angeſehen, und als Hertog to Brabandt und Graffe to Hollandt, gemelten Statien Brúming, als der Vorſchrp. Fróichen Vollmáchtigen in órem Nahmen, und van órentwegen Belehnet, und inveſtiret, Belehnen und *inveſtiren*, ock mit dieſem Briefe mit de Stadt, Huſe, Herrlicheide, Lande vnd Lúde, Dorpen und Gerechticheiden, alde vndt nyhe, mit allen óhren Tobehórungen van Jever nichts davan uthgeſcheiden, in aller geſtaldt, als dieſelve van Kayſerl. Mt. als Herzogen to Brabandt und Grafen tho Hollandt, tot einem onverſtreflich Erb Lehen rúhrende geholden, vnd getragen ſyn geweſt vndt in ſolchem Schutz, Scherm undt Freyheit to erholden, als die vorige Briefe van derſelben ſyner Mt. vndt vnß gegeven und verſiegelt, vermelden vnd inholden, In welcker geſtalt ock vorgemelte Statius Brinung die obgerúhrte Stadt, Hueſe, Herrlicheiten, Landen vnd Lúeden, Dorpen undt Gerechticheiden, olde unde nye, mit allen óhren Tobehorungen van Jever, nicht darvon uthgeſundert, von wegen undt in Nahmen dickgerúhrter Froichen van Uns, wo vorgemelt, Jezund to Lehen entfangen hefft. Undt ſoll derſelver Geſandter Vollmáchtiger, uth Krafft ſyner Vollmacht, van derſelver Froichen wegen und Mann an Handen des Wohlgebohrnen Unſes leven getreuen Ritters Unſers Orden Herrn Johanns van Ligne, Grafen to Arenberg, Freyherren to Brabanſen, Stadtholders und Capitain Generals Unſer Herlicheiden van Frieslandt Over-Yſel, Gróningen und Lingen geloven

 und

und einen Eydt liſfeck to Gott den Herrn ſchweren, Unß und Unßern Erven und Nakomblingen Hertogen to Brabandt und Grafen to Holland Getreuwe und Hold to ſyn, Unßers Beſtes atydt tho werven, und ſchaden to kehren und wenden, nach allen Vermögen und wieders to dienen vndt to dohn, als van ſolchem Lehn na ludt voriger Breffe van den achſten Tag May des Jahrs 1532. eiget und geböhret; Und wy hebben gedachten Grafen to Arenberg committiret und verordnet: Committiren und verordnen by deſem Brefe vorgerührte Geloffte und Eyde van den Anwalt vorſchl. van Unſentwegen to entfangen, und ſollen die gemelte Froichen öhre Erven und Nachkömmlingen, ſo dick idt to falle kommet und mächtig ſein wert, die bemelte Leben van Uns undt Unſern Nakomlingen, wo vorgerühret, to Lehen entfangen, und darumb gebührliche geloffe vndt Eyde deen, Behelteliek dach Uns Unße Recht, und einem Jeden ſeine Gerechtigkeit, undt dieſes alles in oirkunde, ſo hebben wy Unſen Siegel hieran dohn hengen, Gegeven in Onße Stadt Brüßel in Brabandt, am achten Tage des Monats May, im Jahr Unſers Herrn Tuſent, Viffhundert Soiſt und Vefftig, Unſerer Ricke van Hiſpanien und Sicilien in erſten und van Engelandt Franckreich und Naples im Dritten Jahr.

By den Konning

B. M. (L. S.)

B. Berty.

In dorſo ſtundt dieſes

An handen des Edlen und Wohlgebohrnen Herrn, Herrn Johans van Liegne, Grafen to Arenberg, Freyherrn tho Brabanſen Ritters van den Orden des Gulden Blyſes undt Königl. Mt. ꝛc. Unſes gnädigſten Herrn, Stadtholders und Capitain Generals van Frießlandt, Overyſel, Grönigen und Lingen, als van Sr. Mt. to düßer Sacke verordneten Commiſſarii, undt in gegenwardicheit der Würdigen, Geſtrengen, Hoch- und Wohlgelahrten Herr Vigly van Zwichen der Rechten Doctor, Hochge-

Hochgedatl. Königl. Mt. Secreten Rathes und beide Lehen Manne van Brabandt, Cornely, Suyn und Arnoldt Saßbordt, Rathen und Lehen Mannen van Hollandt, hefft Status Brüming der Wohlgebohrner Marlae, geborner Tochter und Froichen, to Jever, Ruſtringen, Oſtringen vndt Wangerlandt ꝛc. Diener, Secretarius vndt to deßen ſelver Sake, verordneter Anwalt undt von Hochgemelte Königl. Mt. als Hertogen to Brabandt, und Grafen to hollandt van wegen und in Nahmen wohlgedachter Froichen belehnet, mit der Stadt, Hueße, Herlicheiden Landen und Lüden, Dropen undt Gerechticheiden, olde und nye, mit allen öhren Tobehörungen van Jever, nichts davon uitgeſondert, to een unverſtreflich Erff Lehen nach Inholt S. Königl. Mt. op de ander ſyde geſchrevenen Brefes, Geloifft und Gott dem Herrn liffliek geſchworen, als Vollmächtiger vorgeruhret, ut Kraft em mit gegevner procuration vndt Vollmacht, undt van wegen und in Nahmen wohlgemelter Froichen, Dickhochgerührter Königl. Mt. vndt derſelver Erven undt Nakomblingen alß Hertogen to Brabandt vndt Grafen to Hollandt Getrev und Holt to ſyn, örer beſtes alzyd to werven, und ſchaden to kehren und wenden na allem vermögen undt wieders to dienen vndt to dohn, alß van ſolchem Lehen, na lut voriger Brieffe van den achſten May Anno Viefftreyenhundert twe und dortig eiget und gebohret; Geſchehet to Brüßel in Brabandt, op den Derteyenden Dag May, Tuſent Viffhondert Seß undt Vifftig

Me etiam praeſente

Iſl. B. Berty.

XII.

Urthel
nach Hildesheim
Ueber das Recht der Schafhude und Hürdenſchlag.

In Sachen des Syndicus der Gemeinde Sottrum, Amts Wohlenberg Beklagtens, Productens und Reproducentens nun Klägers, an einem, entgegen und wider den Anwald Hochfürſtlicher Hofkammer und der Amtsökonomie zu Wohlenberg, Kläger, Producenten und Reproducten, nun beklagten am andern Theil, die Schafhude und Hürdeſchlag betreffend, erkennen Hochfürſtliche zur Regierung des Hochſtifts Hildesheim verordnete Kanzler und Räthe, auf Klageſchrift, übriges rechtliches Einbringen, auch geführten Beweis und Gegenbeweis, nach vorgehabtem Rathe auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Daß reproducentiſche Gemeinde dasjenige, was ihr zu beweiſen obgelegen, und ſie ſich angemaaſſet, zur Nothdurft erwieſen, derowegen reproductiſches Amt Wohlenberg weder eine Mithude in der Dorfweide Sottrum zwiſchen dem alten Maytage und Bartholomäi, noch auch der Hürdeſchlag in den Feldern der Gemeinde, ohne beſondere Erlaubniß derſelben zuſtändig ſey; vielmehr iſt reproducentiſche Gemeinde in der hinreichend beſcheinigten Befreyung von der qu. Mithude und Hürdenſchlag in poſſeſſorio ordinario, und ſo lange reproductiſches Amt in petitorio ein anderes nicht erbracht, wie hierdurch geſchiehet, zu ſchützen, auch reproductiſches Amt ſich ſolcher Mithude und Hürdeſchlages, bey 20 Rthlr. Strafe für jeden Contraventionsfall ſchlechterdings zu enthalten verbunden; die auf dieſes Verfahren aufgewendete Koſten aber, gegenwärtige Verſchickungskoſten ausgenommen, welche Reproducenten, dieweilen ſie um die Verſendung der Acten nachgeſuchet, allein zu tragen ſchuldig, werden, aus dazu bewegenden Urſachen, gegen einander compenſiret und aufgehoben. Würde demnächſt reproductiſches Amt wegen der für Beſchädigung der

der Hürden, und verunglückten zweyjährigen Schafe angeſetzte 5 Rthlr. und entbehrten Nutzen geforderte 20 Rthlr, nähere Beſcheinigung beybringen: ſo ergehet, wenn zuvorderſt Reproducenten darüber gebührend vernommen worden, ſo wohl dieſerhalb, als allenthalben, ferner was zu Recht gebühret.

Zweifels- und Entſcheidungsgründe.

Z. G.

Obwohlen Anwald des beklagten Amts

act. [95.]

vorgegeben, wasmaaſſen 1) bisher nicht die Gemeinde zu Sottrum, ſondern die Köther daſelbſt gegen die Amtsökonomie, an dem gegenwärtigen Rechtsſtreite Antheil genommen, und es daher unbegreiflich ſey, wie der gegenſeitige Anwald den Prozeß, Namens der ganzen Gemeinde reaſſumiren mögen; ſodann 2) ſelbiger ſich um deswillen auf die Hauptſache einzulaſſen, nicht verbunden erachtet, weilen das Poſſeſſorium noch nicht evacuiret worden, gleichwohlen der verſtorbene Amtsanwald Sirewald die Abhörung der Zeugen

act. [88.]

nur unter dieſem einzigen Vorbehalte geſchehen laſſen, hiernächſt 3) das vor Notarien und Zeugen aufgenommene Zeugenverhör durch den Rechtskräftigen Vorbeſcheid vom 16 Jenner 1771.

act. [76.]

als unerheblich verworfen worden, wohingegen das Zeugenverhör, worauf ſich reproducentiſche Gemeinde bezogen, einige rechtliche Aufmerkſamkeit nicht verdiene, angeſehen einestheils der Gegenbeweis ſchon in den Acten liege, anderntheils aber die reproducentiſchen Zeugen, als Köther und Gemeindsglieder, ohne eine augenſcheinliche Nullität zu begehen, in dieſer Sache als Zeugen nicht gebraucht werden möchten, und daher, daß noch zur Zeit kein Erkenntniß in der Hauptſache erfolgen mögen, und überhaupt anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, dafür gehalten werden möchte;

E. G.

D. a. u. d. 1) der Augenſchein ergiebet, daß das

act. [92.]

beygebrachte Syndicat der aus 52 Gliedern beſtehenden Gemeinde von 45 derſelben genehmiget, und ſonſt bey deſſen Aufnahme überall nach Vorſchrift der Geſetze verfahren worden, und daher daß die Sache nunmehro Namens der ganzen Gemeinde reaſſumiret werden mögen, nicht zu zweifeln ſtehet; wenn ſolche gleich anfänglich bloß unter dem Namen der Köther geführet worden; ſodann 2) Reproducenten ſich ausdrücklich anerboten, in Anſehung der geforderten Entſchädigung wegen Wegnahme der Hürden, und dadurch angeblich erlittenen Schadens an den zweyjährigen Schafen, ſich alles gefallen zu laſſen, was Urthel und Recht mit ſich bringen würden, gleichwohlen ſo wenig im Regierungsbeſcheide

act. [66.] B.

als in dem Rinteliſchen rechtskräftigen Urthel

act. [75.]

dieſes Punctes erwähnet, noch deſſen vorläufige Evacuation klagender Gemeinde auferleget worden, ohnehin auch die ganze dafür geforderte Summe zu ſehr im Bauſch und Bogen formirt worden, als daß darauf auch nur eine ſpecifike Einlaſſung, von Seiten der Gemeinde erwartet werden mögen, am allerwenigſten aber beklagter Kammeranwald ſich dadurch vor der Einlaſſung auf die Hauptſache befreyen mögen; inzwiſchen die

act. [98.]

befindliche Submiſſion von der Beſchaffenheit iſt, daß ſelbige für eine würkliche Antwort virtualiter anzuſehen, und daher ſowohl dieſerhalb, als weil die Sache überhaupt mit nothdürftigem Beweiſe inſtruiret worden, in Gemäßheit der

F. Hofgerichtsordn. t. 28. §. 4.

T. I. der Landesordn. p. 178.

in contumaciam für beſchloſſen angenommen werden mögen, ſomit daß in der Hauptſache erkannt werden könne, nicht zu zweifeln ſtehet; hiernächſt 3) wenn gleich

gleich an und für ſich Gemeindsglieder, in Sachen der Gemeinde, für gültige und unverwerfliche Zeugen nicht anzuſehen ſind,

Leyſer ſp. 283. m. 9. 10.

Strubens rechtl. Bedenken. T. I. p. 9. ſq.

dieſes dennoch ſeinen natürlichen Abfall alsdann leidet, wenn deren Ausſagen durch die Depoſitionen derer vom Gegentheil ſelbſt aufgeführten Zeugen, wie in vorliegendem Falle, unterſtützet werden; und es ſolchergeſtalt gegenwärtig lediglich darauf ankommt: was die Gemeinde Sottrum erwieſen habe? und dann der Gegenſtand dieſes nun in ordinario verſirenden Rechtsſtreites darauf ankommt; ob

1) das Amt Wohlenberg ſich in einem manutenibles Beſitze der Mithud in der Dorfweide Sottrum zwiſchen Maytag und Bartholomäi, wie auch

2) des Hürdelagers daſelbſt, wenn ſolches Mitglieder der Gemeinde verlangen? befinde; hierbey aber

ad I) zuvorderſt aus dem

act. [18.] lit B,

beygebrachten Extracte des Wohlenbergiſchen Lagerbuches von 1571. erhellet, daß das Amt überhaupt keine Schäferey bey dem Dorfe Sottrum gehabt, mithin demſelben ſo wenig eine Schafhude, als Hürdenſchlag daſelbſt zuſtehen können; und daher ſchon daraus eine ſtarke Vermuthung erwächſt, daß die, in der Folge, dem Amte zugeſtandene eingeſchränkte Hude auf eine bloße Vergünſtigung hinaus laufe, dieſe Vermuthung auch durch die

act. [71.] ſub ☐

befindlichen Ausſagen dreyer, bey der ganzen Sache gar nicht intereſſirter, Altväter vollkommen unterſtützet wird, angeſehen ſich daraus ergiebet, daß die Amtsſchafe vor dem Jahr 1740. vom alten lieben Frauentage bis zum alten Martini Tage auf den 4 Wieſen vor dem Dorfe, und auf der übrigen Dorfweide vom alten Maytage an bis Bartholomäi nicht gehütet werden dürfen, und daher, als im Jahr 1740. nach dem Maytage einige Amtsſchafe nach der Weide getrieben worden, die Gemeinde ſich, um ſolche zu pfänden, verſammlet, aber auf Bitten des damaligen Droſtens Freyherrns von Bocholz, dem Amte verſtattet worden, den ſo genannten Fetthau-

Fetthauſen einige Tage in der Woche dahin zu treiben, und dagegen die Gemeinde ein Fuder Pflanzeichen von dem Amte zum Geſchenke erhalten habe; dieſe Ausſage aber, obwohlen ſelbige von unbeeidigten Zeugen geſchehen, dennoch die vollkommenſte rechtliche Aufmerkſamkeit verdienet, da ſelbige durch die den 24 Merz 1764. auf Verlangen des Amtes, vor F. Regierung eidlich abgehörte Zeugen gänzlich unterſtützet worden;

ad act. [59.]

angeſehen der zweyte Zeuge, welcher 33 Jahre beym Amte als Schäferknecht gedienet

ad art. prob. 4.

bekennet, daß die jährigen Amtsſchafe vor dem kalten Winter bloß zur Herbſtzeit nach Martini an den Garten und Knicken gehütet worden, derſelbe auch

ad int. ſp. 3 und 4. poſt art. 4.

erhärtet, daß er nicht nur von dem alten Schafmeiſter Vehlii gehöret, wasmaaſſen das Amt erſt um Maytag 1740. angefangen, einige Schafe in der Feldmark zu Sottrum zu hüten, und ſelbige fett zu machen, ſondern auch aus eigner Wiſſenſchaft deponiret, daß der Amtsſchäfer vor ſolcher Zeit mit den Schafen dort wegbleiben müſſen, auch die Weide nur von Bartholomäi bis an den alten lieben Frauentag bey offenen Feldern verſtattet worden,

ad int. 5. 6. poſt d. art.

und ſolcher bloß mit dem jährigen Haufen geſchehen ſey,

ad int. ſp. 8. d. a.

eben dieſer Zeuge auch

ad int. ſp. 18.

gehöret zu haben bekennet, daß der Droſt von Bocholz der Gemeinde für dieſe Vergünſtigung ein Fuder Pflanzeichen geſchenket habe, bey ſothaner Vergünſtigung es auch ſo lange, als der Droſt von Bocholz die Amtspacht gehabt, verblieben ſey, und anfänglich bloß der jährige Lämmerhaufe, 2 bis 3 Tage in der Woche auf die Dorfweide getrieben worden, in der Folge aber, bey offener Weide, noch ein

ein Haufen hinzugekommen, niemahlen aber mehr als der fette und Lämmerhaufen auf der Dorfhude geweidet worden ſey;

ad int. 7. 8. 19. 20. 21. 22. poſt dict. art. 4.

hieraus alſo die qualitas precaria des Beſitzes des Amtes nicht zu verkennen ſtehet

T. 2. 4. ad a. 17. und int. ſp. 2. ibi:

auf Anſuchen des Herrn Droſten von Bocholz bittlich a. 1740. angefangen und daher, daß ſolcher für einen manuteniblen Beſitz nicht zu halten ſey, ſich klar zu Tage leget;

L. 1. L. 5. D. uti poſſidetis.

Hiernächſt

ad II) das Hürdelager betreffend, der zweyte Beweiszeuge

ad int. ſp. 2. ad art. 7.

eingezeuget, daß zwar nach Martini, und vor dem alten Maytage in der Sottrumſchen Feldmark, von dem Amte gehürdelagert worden, ſolches aber nicht in den Amtshürden geſchehen, ſondern die Sottrumer die Hürden ſelbſt angeſchaffet, und

ad int. 3. 4. d. art.

erhärtet, daß Conrad Binder der erſte geweſen, welcher die Amtshürden im Frühjahr einmahl genommen, als die Gemeinde ſolche vom Lande herunter getragen; ſodann der zweyte, vierte und fünfte Beweiszeuge

ad art. prob. 8.

darin übereinſtimmen, daß erſt drey bis 4 Jahre vor dem jetzigen Prozeſſe verſchiedene Einwohner in Sottrum das Woldenbergiſche Hürdelager auf ihr Land genommen, und ſolches, nach des erſten Zeugen Depoſition, bloß in den Gärten geſchehen, eben dieſe 3 Zeugen auch

ad int. ſp. 2. poſt a. 8.

erproben, daß eben darüber, daß Conrad Binder, unter dem Vorwande, daß es auf ein Paar Kohlköpfe nicht ankomme, die Amtshorden auf ſein Land genommen, der ganze gegenwärtige Rechtsſtreit entſtanden ſey; die Gemeinde auch, beſage der Ausſagen

ad int. ſp. 1. poſt a. 9.

von Conrad Binder um die Erlaubniß erſuchet worden, ſein land zum weiſſen Kohl mit dem Amtshürdeſchlag düngen zu dürfen, und da derſelbe die Amtsſchafe 2 Nächte auf ſeinem Lande gehabt, und ſolche von ſelbigem auf des Vogt Meyerheims land gebracht, ſolche Hürden ſofort durch die Gemeinde weggeſchaft worden,

ad int. ſp. 2. poſt a. 9.

ferner die Ausſagen des vierten und fünften Beweiszeugen

ad a. prob. 10. 11. und int. 1. 2.

erhärten, daß zwar einige Gemeindsglieder die Gemeinde um die Erlaubniß erſuchet, die Schafhürden von dem Amtsverwalter zu nehmen, die Gemeinde aber ſolches nicht beliebet, auch das Geſuch einigemahl, jedoch ohne Erfolg, bey der Gemeinde wiederholet worden; maaſſen denn auch der fünfte Zeuge

ad art. prob. 13.

deponiret, daß diejenigen Einwohner, welchen daran gelegen geweſen, ſich zwar bey dem Verwalter des Namens der Gemeinde bedienet, dieſe aber damit nicht zufrieden geweſen ſey

ad int. ſp. unicum poſt a. prob. 18.

hieraus alſo der Umſtand, daß die Amtsökonomie keinesweges im Beſiß geweſen ſey, ihre Schafhürden im Frühjahr, auf dem offnen lande der Gemeinde Sottrum aufzuſtellen, ſondern dieſe ſolches nur einmahl dem Conrad Binder, auf ſein Bitten, zugeſtanden habe, ſich klar zu Tage leget, die Gemeinde alſo allerdings gar wohl berechtiget geweſen, ſich der von dem Amte, bey ſolcher Gelegenheit, gemachten Eingriffe durch Anrufung richterlicher Hülfe zu erwehren; wannenhero da die Gemeinde vitioſam poſſeſſionem des Amtes, in Anſehung beyder in Frage befangener Puncte, aus den Ausſagen der Probatorialzeugen des Amts, ſattſam dargethan, und es dieſerhalb der Ausſagen der Reprobatorialzeugen, als gegen welche nicht ungegründete Einreden vorgebracht worden, nicht einmahl bedarf, ſich von ſelbſt verſtehet, daß mit Aufhebung des in ſummariiſſimo gemachten proviſoriſchen Reglements, nunmehro die Gemeinde in poſſeſſorio ordinario bey ihrer natürlichen Freyheit geſchützet werden müſſe, gleichwohlen die in den Acten liegende Gründe das Petitorium nicht erſchöpfen, und daher dieſes dem Amte, falls ſich ſol-

ches

ches damit fortzukommen getrauen ſollte, annoch vorbehalten werden müſſen; die Koſten ſeit dem vorigen Urthel aber, in Erwägung daß das Amt die vorigen Erkenntniſſe vor ſich gehabt, billig compenſiret worden:

Als iſt, geſchehener maaſſen, der Hauptſache und Koſten halber, von Uns allenthalben erkannt worden.

XIII.

Urthel.

In Sachen der Anwälde des Schutzjuden David Wolf zu Velthauſen Klägers an einem, entgegen und wider die Eheleute Henrich Küpers Beklagte daſelbſt, erkennen Sr. K. M. von Großbritannien und Churf. Durchl. zu Braunſchweig und Lüneburg zum Hofgerichte der Ihro verpfändeten Grafſchaft Bentheim verordnete Hofrichter und Aſſeſſoren, auf eingeholten Rath auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

daß Kläger dasjenige, was ihm vermöge des Rechtskräftigen

N. act. 15.

befindlichen, den 9 September 1784 publicirten Beſcheides zu beweiſen auferleget, und er ſich angemaaſſet, wie Recht, nicht erwieſen; derowegen beklagte Eheleute nunmehro von der wider ſelbige erhobenen Klage pure zu entbinden und loszuſprechen; und iſt Beklagter die ſeit dem vorigen Urthel weiter erwachſene Koſten, nach vorgängiger deren Anſetzung, und erfolgter Moderation, Beklagten zu erſtatten ſchuldig. V. R. W.

Den 1 Auguſt 1785. von Selchow.

Zweifels- und Entſcheidungsgründe.

Obwohlen Klägern Inhalts des

N. act. 15. hui. inst.

befindlichen rechtskräftigen Beſcheides ein beſſerer Beweis dahin: was

waſsmaaſſen Beklagte, nach der den 18 September 1777. gepflogenen Abrechnung ihm die in Streit befangene Summe von 166 fl. 16 St. ſchuldig geblieben

vorbehalten worden, und dann derſelbe, Inhalts

N. act. 24.

nachdem er zuvorderſt auf die gegen ſothanes Urthel vorher eingewandte Appellation Verzicht geleiſtet, dieſen Beweis durch Production ſeines Handelsbuches zu führen ſich anerboten, zu Begründung dieſes Anerbietens auch anzuführen gewußt, daß er als ein angeſehener, im beſten Gerüchte ſtehender Kaufhändler auf ſein offen zu legendes Buch zu provociren, und ſolches mittelſt Erfüllungseides zu beſtärken, gar wohl befugt ſey, dieſes auch um ſo wenigeren Zweifel finde, da, nach der jetzigen toleranten Denkungsart, die vordem gegen die Juden gemachte harte Geſetze nicht mehr in Anwendung gebracht werden möchten; und es dannenhero, daß auf die Production des Handelsbuches, und ſolchergeſtalt anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, den Anſchein gewinnen möchte;

Alldieweilen aber dennoch Handelsbücher der Juden, falls ſolche auch alle geſetzmäſſige Eigenſchaften an ſich haben, in ſo fern daraus eine Schuldforderung gegen einen Chriſten erwieſen werden ſoll, überhaupt für unverdächtig nicht angeſehen werden

de *Cocceii* T. II. conſ. 287.

allenfalls und wenn man auch denſelben mit den Handelsbüchern chriſtlicher Kaufleute gleiche Glaubwürdigkeit beylegen möchte, wenigſtens daraus nur ein halber Beweis geführet werden könnte

von Cramer Wetzlar. Beyträge P. 4. p. 33.

Eſtors Anfangsgr. des gemeinen und Reichsprozeſſes T. I. t. 45. §. 379.

und beſonders, wenn die Frage unter Kaufleuten gegen einander iſt, der Beweisführer zum Erfüllungseide zugelaſſen zu werden pfleget,

von Ludewig gelehrte Anzeigen. T. I. p. 1052. ſqq.

Reinharth ad Chriſtin. Vol. III. obſ. 12.

dieſes aber in vorliegendem Falle um ſo weniger Statt findet, da nach den bekannteſten Rechtsgrundſätzen, und weilen es Klägern, nach rechtskräftiger Verwerfung

des

des zum Grunde des gegenwärtigen Rechtsſtreites liegenden Schuldſcheines, und da er die Sache auch durch die Eidesdelation zu erweiſen Bedenken getragen, an allen übrigen Beweismitteln ſeiner Schuldforderung mangelt, ſo gar nicht einmahl ein halber Beweis aus der Production des Handelsbuches des Klägers gegen Beklagte geführet werden mag, gleichwohlen bekannteſten Rechtens iſt, daß, falls Juden gegen Chriſten zum Erfüllungseide zugelaſſen werden ſollen, von ihrer Seite probatio ſemiplena maior erfordert wird,

Chr. Coleri deciſ. dec. 127.

Pufendorf T. I. obſ. 109.

ſomit voraus zu ſehen iſt, daß, falls auch Kläger zur Production zuzulaſſen, und ſeinem Handelsbuche keine beſondere Einreden entgegen geſeßet werden ſollten, dennoch bey den vorbemeldeten allgemeinen Rechtsgrundſäzen die Zulaſſung deſſelben zum Erfüllungseide für ſtatthaft nicht zu achten, wohlfolglich das von demſelben erwählte Beweismittel das Rechtskräftig auferlegte thema probandum keinesweges erſchöpfet, und daher die nachgeſuchte Production des oftmentionirten Handelsbuches auf eine völlig irrelevante Handlung hinaus laufen würde; bey ſothanen Umſtänden alſo der vorbehaltene beſſere Beweis, und da Kläger, vorgedachtermaaſſen auf die Eideszuſchiebung förmlich Verzicht geleiſtet, für nicht geführt angeſehen werden muß; dagegen auch die vorgeſchüßte Beyſpiele, daß Juden in den dortigen Gerichten zum iuramento ſuppletorio zugelaſſen worden, um ſo weniger releviren, da einestheils dergleichen Rechtsſprüche auf beſonderen Umſtänden in iure & facto beruhen, und anderntheils daraus um ſo weniger ein Rechtsbegründetes Herkommen hergeleitet werden mag, da præiudicia ſo gar nicht einmahl den Miterben entgegen ſtehen

L. 22. C. de exc. rei iud.

Pufendorf introd. in proc. civil. p. 537. ſqq.

dasjenige aber, was in einigen Teutſchen Reichslanden, zum Beſten der Juden, geſchehen, in anderen Reichsländern, und ſo lange darin die Verordnungen der gemeinen Rechte nicht aufgehoben worden, zur Nachahmung nicht gezogen werden mag, ſondern vielmehr jenen nachgegangen werden muß; endlich auch der Vorwand, daß Kläger ein angeſehener, im beſten Rufe ſtehender Kaufhändler ſey, falls auch

dieſe zu ſeinem eigenen Ruhme angeführte Angabe völlig gegründet ſeyn ſollte, gegen die in vorliegendem Falle eintretende allgemeine Rechtsgrundſätze nicht in rechtliche Betrachtung kommen mag;

Als iſt, geſchehener maaſſen, der Hauptſache und Koſten halber, von Uns billig erkannt worden.

XIV.

Urthel.

In angeblichen Nichtigkeitsbeſchwerden der Anwälde des Metzger Buſen zu Paderborn, Denunciatens und Querulantens an einem, entgegen und wider die Eheleute Tigges daſelbſt, Querulaten am andern, auch den ad..irten advocatum fiſci, am dritten Theil, die Verwundung der Tiggeſchen Ehefrau betreffend, erkennen Hochfürſtliche zur Regierung des Hochſtifts Paderborn verordnete Präſident, Vicekanzler, Hof- und Regierungsräthe, auf übergebene Querel, deren Salvation, und übriges rechtliches Einbringen, nach vorgehabtem Rathe auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Nunmehro aus den Acten, und der Partheyen Anbringen, allenthalben ſo viel zu befinden, daß die Tiggeſche Ehefrau zum Erfüllungseide über den Umſtand, daß die am 30 May 1785. in Querulantens Behauſung an ihrem linken Auge, am Oberkopf und obern und vordern Theile des Schenkels an ihrem rechten Bein, nicht von einem ſich ereigneten Falle herrühren, ſondern daß Querulant ihr zu der Zeit eine Ohrfeige verſetzet, und ſie darauf auf die Erde gefallen, und dadurch vorerwähnte Verletzungen veranlaßt ſeyen, nicht zuzulaſſen; ſondern es iſt vielmehr Querulant, nach vorgängiger ſcharfen Verwarnung für den ſchweren Strafen des Meineides, wozu auch ein Geiſtlicher zuzuziehen, ſich mittelſt Eides zu reinigen ſchuldig, wasmaaſſen er der Tiggeſchen Ehefrau die imputirte Ohrfeige nicht gegeben, ſelbige auch dadurch zum Fallen nicht gebracht, noch die an derſelben befundene Verletzungen

dadurch

dadurch nicht veranlaſſet worden; Er ſchwöre nun, oder nicht: ſo ergehet der Hauptſache und Koſten halber ferner, was ſich zu Recht gebühret; Uebrigens iſt Querulant gegenwärtige Verſchickungskoſten, dieweilen er um die Verſendung der Acten nachgeſuchet, allein zu tragen ſchuldig. V. R. W.

daß dieſes Urthel ꝛc.

Marburg im December 1786.

von Selchow Referens.

Zweifels = und Entſcheidungsgründe.

Z. G.

Obwohlen, Inhalts der Protocollartermine der Acten erſter Inſtanz

1) der Regierungspedell, Chriſtoph Grabenſtein deponiret, daß die Tiggeſche Ehefrau am 30 May 1785. friſch und geſund nach Querulantens Hauſe gegangen, er auch an derſelben einige Verletzung oder Lahmigkeit nicht verſpüret, ſodann hinzufüget, daß ſie bey völligem Verſtande, munter und nicht berauſcht geweſen, gleichwohlen derſelbe

2) erhärtet, daß ſelbige unmittelbar nach ihrer Zurückkunft aus Querulantens Hauſe, eine Wunde am Kopfe rechter Hand gehabt habe, zu der Zeit auch nicht mehr habe gehen können, und ſogleich, als ſie ſich niedergeſetzet, in Ohnmacht geſunken ſey; ſodann

3) der Musquetier Joſeph Leonhard, welcher ſich, gleich dem erſten Zeugen, im Tiggeſchen Hauſe befunden, ſolche Ausſagen gleichmäſſig beſtärket, mit dem Zuſatz, niemahls einen Rauſch an der Tiggeſchen Ehefrau bemerkt zu haben, auch daß die Ehefrau hinzugefüget, Querulant habe ihr eine ſolche Ohrfeige verſetzet, daß ſie nicht mehr gewußt, was ſie gethan hätte, hiernächſt

4) der Tiggen Beichtvater

N. act. 16. prim. inſt. ſub A.

atteſtiret, daß ſelbige, bey Empfangung des viatici, Querulanten als den Urheber der Verletzungen angegeben, und ſie mit dieſer Erklärung leben und ſterben wolle; weniger nicht

5) der

5) der Bürger Anton Aſſenberg deponiret, wasmaaſſen er gehöret habe, daß Querulant den Tigges durch den Kaufhändler Goebel habe erſuchen laſſen, ja nicht zu klagen, und ſich dagegen erboten habe, alle Koſten, Verſäumniß und Schmerzen zu bezahlen; endlich

6) Querulant bald nach der geſchehenen Verletzung, da man noch zweifelhaft geweſen, ob die Tiggeſche Ehefrau mit dem Leben davon kommen werde, eiligſt zum Thore herausgeritten ſey; und dann, aus allen dieſen zuſammen genommenen Umſtänden, daß die Tiggeſchen Eheleute ihr thema probandum mehr als zur Hälfte bewieſen, ſomit die Tiggeſche Ehefrau zum Erfüllungseide zuzulaſſen, und ſolchergeſtalt das vorige Urthel lediglich zu beſtätigen geweſen, dafür gehalten werden möchte;

E. G.

Dennoch aber und dieweilen

1) Querulant das Vorgeben, als ob er der Tiggeſchen Ehefrau eine Ohrfeige gegeben, wodurch ihr Fall, und die erfolgten Verletzungen veranlaſſet worden, ſchlechterdings ins Leugnen geſtellet, auch

2) kein einziger von denen Zeugen, welche bey der Anweſenheit der Tiggeſchen Ehefrauen in Querulantens Hauſe zugegen geweſen, bey ihrer Abhörung, daß Querulant ſolche Ohrfeige würklich gegeben habe, deponiret, ſomit es an einem directen Beweiſe unpartheyiſcher Augenzeugen gänzlich ermangelt; ferner

3) der Pedell Grabenſtein und der Musquetier Leonhard, alles, was ſie deponiren, aus dem Munde der Tiggeſchen Ehefrau, erzählet haben, mithin als teſtes de auditu zu betrachten ſind; teſtes autem etiam plures, de auditu deponentes, regulariter ad iuramentum ſuppletorium non ſufficiunt

de *Wernher* T. I. p. 3. obſ. 118. p. 607.

Jo. Jod. Beck de probatione per teſtes de auditu alieno deponentes. Alt. 1711.

anbeneben

4) der Ehemann Tigge ſelbſt bey dem Vorfalle nicht zugegen geweſen, folglich alles, was er in den Acten vorgebracht, ebenfalls von Hörenſagen, aus der mündlichen Erzählung ſeines Eheweibes hat, und deſſen Angabe um ſo wenigeren

Glauben

Glauben verdienet, da derſelbe nach der protocollariſchen Ausſage des einen Knechts des Querulanten, dieſem im Felde, ohnweit des Bockes, geſagt: er ſollte einen Eid ſchwören, und vom Querulanten fortgehen; und wolle er, Tigges, ihm das Sommerlohn zahlen, und wann er den Eid nicht ſchwöre, ſolle er Soldat werden, und alle Tage Prügel haben; dieſe auf eine offenbare Corruption eines Zeugens hinaus laufende Handlung aber deſſen Angaben, wenn auch ſonſt darauf einige rechtliche Rückſicht genommen werden könnte, ſelbigen zu einem völlig, in dieſer Sache, verwerflichen Zeugen machen würde: dahingegen

5) ſo viel der Tiggeſchen Ehefrauen in den Acten vorkommende, und ſelbſt bey ihrem Beichtvater abgelegte Depoſitionen anbetrift, ſolche die geringſte rechtliche Aufmerkſamkeit nicht verdienen, anerwogen einestheils die ganzen Acten ein unverwerfliches Zeugniß der größten Verbitterung und Feindſchaft der Tiggeſchen Ehefrauen gegen Querulanten an den Tag legen, anderntheils aber ſolche bey der ganzen Sache äuſſerſt intereſſirt iſt, angeſehen ſie von der Ableiſtung des Erfüllungseides nicht nur den Erſatz aller Prozeß- und Kurkoſten, ſondern auch Schmerzensgelder und ſo gar eine lebenswührige Verſorgung von Querulanten zu hoffen haben würde, ein ſolcher Angeber aber, der irgend einiges Intereſſe an dem Ausgange der Sache hat, oder der ſich auch nur auf die Zukunft einige Vortheile davon verſpricht, zu den gänzlich verwerflichen Zeugen gehöret, und es daher äußerſt bedenklich ſeyn würde, ſelbige durch ihre Zulaſſung zum Erfüllungseide zur Zeugin in ihrer eignen Sache zu machen;

c. 4. X. de teſtit.

Hommel rhapſod. obſ. 210.

Quiſtorps Grundſätze des peinl. Rechts, T. II. §. 694. p. 1315. ſq.

und dieſes in vorliegendem Falle um ſo mehr ſeine Anwendung findet, da die Tiggeſche Ehefrau in Grunde keinen halben Beweis für ſich hat;

ſodann gleichwohlen

6) der Umſtand von der Angabe des Auffenberg ſich durch die eidliche Ausſage des Kaufmanns Goebel gänzlich widerleget, da derſelbe deponiret, daß er ohne

Verlangen des Querulanten, bloß aus bürgerlichen Geſinnungen, Vorſchläge zu Beylegung der Sache gethan habe;

7) ſich gegen Querulanten allerdings einiger Verdacht aus den Acten hervor thut, daß er an den unglücklichen Verletzungen der Tiggeſchen Ehefrauen ſchuldig ſey, angeſehen

a) die beyden vorbemeldeten Zeugen, Grabenſtein und Leonhard eidlich erhärtet, daß ſelbige friſch und geſund in Querulantens Haus gegangen, und nach einer halben Stunde, ſchwer verletzt, durch Querulantens Knecht in ihr Haus zurückgetragen worden, folglich daß die Verletzung in deſſen Hauſe geſchehen ſey, um ſo weniger gezweifelt werden mag, da keine Spur in den Acten befindlich, daß ſie ſolche, bey anderer Gelegenheit, erhalten habe, hiernächſt

b) das Vorgeben des Querulanten, daß die læſa bloß durch den ſchlüpfrigen Boden ſeines Hauſes zum Falle gebracht, und dadurch die ſchwere Verletzung erlitten, einestheils mit nichts beſcheiniget worden, anderntheils aber für äußerſt unwahrſcheinlich, ſelbſt nach dem viſo reperto des D. Jacquerez anzuſehen, daß ein bloßer Fall dieſer, obgleich 72 jährigen, Frau ſo gefährliche Verwundungen, ohne Anwendung einer äuſſeren Gewalt, habe veranlaſſen können; und daher das Vorgeben, daß ſolches durch eine heftige Ohrfeige, oder andere ähnliche Handanlegung bewürket worden, für unwahrſcheinlich nicht anzuſehen, ſodann

c) das von dem Wachthabenden Officier, dem Lieutenant Mentel

N. 17. act. prim. inſt.

eingezeugte Factum, daß Querulant am 30 May 1785, als dem Tage der Verletzung, und da man am Aufkommen der Verletzten gezweifelt, Abend zwiſchen 7 und 8 Uhr eilig zum Veſtenthore hinausgejagt wäre, denſelben ebenfalls, und da er ſolche Angabe nicht genugſam abzulehnen gewußt, der begangenen That halber, verdächtig macht, in ſolchem Falle aber, wo der Verdacht wider den Beklagten auf zweifelhaften, eine doppelte Auslegung leidenden, Muthmaſſungen beruhet, da partes rei in den Rechten favorabiliores ſind,

L. 125. D. de reg. iur.

und

und man eher ad abſoluendum, als ad condemnandum geneigt ſeyn ſoll,

L. 47. D. de oblig. & act.

eher dem Beklagten der Reinigungseid, als dem Kläger, oder Ankläger, der Erfüllungseid, auferleget werden muß,

Leyſer ſp. 142. m. 1.

beſonders wo, wie in gegenwärtigem Falle, nicht argumenta in utramque partem æqualia vorhanden ſind,

Leyſer ſp. 550. m. 1.

de *Wernher* T. I. P. 4. obſ. 151. n. 408. ſq. 414. ſqq.

und gröſſere Bedenklichkeiten vorwalten, die Tiggeſche Ehefrau eher zum Erfüllungseide, als Querulanten zum Reinigungseide zuzulaſſen;

Als iſt, geſchehenermaaſſen, in der Hauptſache von Uns billig erkannt, der Koſtenpunct aber, da dieſer vom Erfolge des abzuleiſtenden Eides abhängt, nicht unbillig ausgeſetzet worden. A. B. R. W.

Urkundlich ꝛc. ꝛc.

XV.

Urthel.

Auf Klage, Antwort und übriges rechtliches Einbringen in Sachen des Gerichtsſchultheiſen Friedrich Heinzen zu Baumholder nachgelaſſener, in den Acten benannter Erben Kläger an einem, entgegen und wider den Anwald fürſtlicher Rentkammer, Beklagten am andern Theile, erkennen zur Herzoglichen Pfalz-Zweybrückiſchen Regierung verordnete Präſident, Canzler, Geheime und Regierungsräthe auf vorgehabten Rath auswärtiger Rechtsgelehrten für Recht:

Daß Klägern von wegen des Capitals von 1200 fl. und rückſtändigen Zinſen eine mit Einwilligung fürſtlicher Rentkammer an der Reisveiler Mühle conſtituirte

Hypothek zuſtehet, derowegen Kläger, des von Beklagten angebrachten Einwendens ohnerachtet, ſolches Capitals und rückſtändiger Zinſen halben aus dem Werth gedachter Mühle billig zu befriedigen, und fürſtliche Rentkammer zu ſolchem Ende die Feilbietung beſagter Mühle zu bewürken hat. Uebrigens werden die Koſten der Klage aus dazu bewegenden Urſachen gegen einander compenſiret und aufgehoben. Von Rechts wegen.

Maaßen dieſes Urtheil den Rechten und Uns zugeſandten Acten gemäß ſey, bekennen wir

Ordinarius, Senior und ſämmtliche Aſſeſſores der Juriſten-Facultät, auf der Königl. Grosbrittannischen und Churfürſtl. Braunſchweigiſch-Lüneburgiſchen Georg Auguſtus Univerſität zu Göttingen.

Urkundl. mit Unſerm Inſiegel beſiegelt.

Publicirt den 26 Jan. 1782.

Menſe Decembri 1781.

Rationes decidendi.

Obwohlen I) Beklagter vorgewendet, daß allein Johannes Wagner, als ehemaliger Inhaber der Reisveiler Mühle, für den wahren Hauptſchuldner der eingeklagten 1200 fl. zu halten, maaßen fürſtliche Rentkammer ſolchem bloß für ſeine Perſon und mit ausdrücklichem Vorbehalt der herrſchaftl. Rechte die Befugniß ertheilet habe, ein Capital auf nur gedachte Mühle aufzunehmen, der fürſtl. Rentkammer auch nichts ſchade, daß derſelbe ſothane Mühle mit der darauf haftenden Schuld nachgehends auf den Großcloß übertragen, und dieſem die Befriedigung der Kläger auferlegt habe, in Betracht ſolches, und da kein neuer Conſens der fürſtl. Rentkammer in Anſehung dieſes Capitals geſucht und erhalten worden, als eine res inter alios acta anzuſehen, woraus fürſtl. Rentkammer nicht verbunden werden mögen, ſomit vielmehr, daß durch den Verkauf der Mühle an den Großcloß dieſe von der Hypothek befreyet worden, angenommen werden müſſen;

Allenfalls II) und wenn auch der Kläger Pfandrecht nicht erloſchen, fürſtl. Rentkammer in Anſehung ſothaner Mühle nur als ein dritter Beſitzer anzuſehen, dem

dem zufolge Kläger zuförderſt den erſten Hauptſchuldner Wagner oder deſſen Käufer den Großcloß, auszuklagen ſchuldig, und daher der fürſtl. Rentkammer dieſerhalb das beneficium excuſſionis in Anſehung der ganzen Schuld mit Beyfall der Rechte nicht verſagt werden möge;

Nov. 4. C. 1.

Cocceii ius controv. tit. de pign. & hyp. qu. 14.

Bey ſothanen Umſtänden alſo, daß anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, dafür gehalten werden möchte;

Dennoch aber und dieweil I) aus der von Beklagten ſelbſt

Num. actor. 4 ſub lit. G.

zu den Acten gebrachten Erklärung der fürſtl. Rentkammer vom 2 Auguſt 1764 erhellet, daß dem damahligen Erbbeſtänder, Johannes Wagner, die gebethene Erlaubniß, ein Capital von 1200 fl. auf die Mühle aufzunehmen, mithin ſolche Mühle zur Sicherheit des Capitals zu verſchreiben, verſtattet worden, dieſe Einwilligung auch, ſo wenig auch auf die Perſon des damahligen Erbbeſtänders, als auf eine gewiſſe Zeit eingeſchränkt worden, ohnehin auch die Einwilligung der Lehnsherrſchaft in ein auf ein Erbbeſtandsgut aufzunehmendes Capital, nicht die perſönliche Verbindlichkeit des Schuldners, ſondern, nach der Natur des an dem Beſtandsgute zu erlangenden Pfandrechts, das Gut ſelbſt zum Gegenſtande hat, dabey auch die gewöhnliche Clauſel, worin die herrſchaftl. Rechte vorbehalten worden, der Kraft des bewilligten Pfandrechts nichts benimmt, ſiquidem hæc clauſula nihil detrahit iuri pignoris, quod legitime & perfecte conſtitutum eſt, ſed ſolum ius dominii directi illæſum domino conſervat,

Stryk de obligat. feudi conſenſu munita, cap. 4. n. 21.

Solchemnach der Kläger Erblaßer ein in allem Betracht rechtmäßiges Pfandrecht an ſothaner Mühle zur Sicherheit ſeiner Forderung erhalten, dieſem auch darüber ein unterm 9ten Octob. 1764. gerichtlich beſtätigter Pfandbrief, Inhalts deſſen ihm die Mühle ſelbſt nebſt Zugehör, wie auch die zum Erbbeſtande gehörige Wieſe, zum beſondern Unterpfande verſchrieben, ausgefertigt worden;

Num. actor. 2.

gleichwohl ſolches auf der Mühle haftende ius hypothecæ auf jeden neuen Beſitzer der Mühle, bis zu gänzlichem Abtrage des Capitals, übergegangen;

L. 17. D. de pignor.

L. 18. C. eod.

ferner auch in Erwägung des mit Einwilligung der fürſtl. Rentkammer einmahl rechtmäßig erworbenen Rechts, bey der Veränderung des Beſitzers einer neuen Einwilligung der fürſtl. Rentkammer es nicht bedurft,

Stryk caut. contr. c. 4. §. 10.

Horn iurisprud. feud. c. 19. §. 9.

folglich die Mühle auch, nach deren mit Conſens der fürſtlichen Rentkammer im Jahre 1769. an den Großcloß geſchehenen Verkauf, dem Gerichtsſchultheiſen Heinzen noch immer verhaftet geblieben; hierwider auch der Umſtand, daß beſag der Anlage

ad Num. act. 8.

beygebrachten Kaufbedingungen und der angehängten Amts-Confirmation dem Großcloß bey Strafe doppelter Zahlung auferlegt worden, die Heinziſche Forderung von 1200 fl. von den Kaufgeldern abzutragen, deßhalb nicht angeführet werden mag, weil ſolches eine dem Käufer Großcloß geſchehene Auflage betrift, und Klägern bey ihrer Hypothek unnachtheilig geblieben; etiamſi enim vel maxime in venditione rei ſub hypotheca conſtitutæ, conventum ſit, ut ex eius pretio creditori quoad debiti quantitatem ſatisfiat: ſi tamen debitor hoc non fecerit, licentia datur creditori, qui rem venditam ſuppoſitam habet, eandem vindicare, donec ei ſatis pro debito fiat;

Nov. 112. cap. 1.

ſoviel aber II) die von Beklagtem eingewandte exceptionem excuſſionis anbetrift, aus den Acten ſich ergibt, daß bey der gerichtlichen Confirmation des von Johann Wagner, mit Einwilligung fürſtlicher Rentkammer, im Jahr 1769 geſchehenen Verkaufs der Reisveiler Mühle in Anlage

ad Num. 8. actor.

der

der Käufer Großcloß von Oberamtswegen ſchuldig erkläret worden, dem Gerichtsſchultheiſen Heinzen, (da er ein gerichtlich Capital von 1200 fl. auf der Reisveiler Mühle hat,) ſolches mit den Kaufgeldern, bey Strafe doppelter Zahlung abzuführen; und hierdurch nicht allein die auf der verkauften Mühle dieſes Capitals halben fortdauernde Hypothek gerichtlich anerkannt, ſondern auch in Anſehung des debiti perſonalis und über die Abführung dieſer Schuld die gerichtliche Verfügung getroffen, und mittelſt dieſer, ſalva hypotheca eine novatio debiti perſonalis per expromiſſionem neceſſariam eingegangen worden, welche

a) Johannes Wagner durch die ihm am Kaufpreis aufgelegte Abkürzung angenommen,

b) der Käufer Großcloß durch die angedrohete Strafe doppelter Zahlung übernehmen auch

c) der Gerichtsſchultheis Heinzen, ohngeachtet er dabey nicht gehöret worden, dennoch als eine gerichtliche Verfügung, ſich gefallen laſſen müſſen, ſolches auch, da die an gedachter Mühle ihm conſtituirte Hypothek gerichtlich anerkannt worden, ſalva hypotheca ſich gefallen laſſen können, in mehrerem Betracht, daß eine novatio, welche nur allein intuitu debiti perſonalis geſchiehet, der dabey anerkannten Hypothek unſchädlich verbleibet, und dieſe ſowohl ausdrücklich, als ſtillſchweigend, durch deren anerkannte Fortdauer vorbehalten werden kann;

L. 11. §. 1. D. de pignor. act.

L. 3. pr. L. 12. §. 5. & 8. D. qui pot. in pign.

Gail lib. 2. obſ. 30. n. 10.

Mencke in ſyn. iur. civ. p. 604.

nam & quilibet tertius, facta debiti ſolutione, ceſſionem hypothecæ impetrare potuiſſet,

L. 12. §. 8. D. qui pot. in pign.

L. 24. §. 3. D. de reb. auct. iud. poſſid.

L. 1. C. de his, qui in prior. creditor. loc. ſucc.

Solchem zu folge Kläger das Recht der Hypothek noch bey dem Leben des ihnen gericht-

gerichtlich angewieſenen Käufers der cum onore hypothecæ erkauften Mühle zu erfolgen, und deren Feilbietung Behuf ihrer Befriedigung zu ſuchen, und auf die darin von fürſtlicher Rentkammer zu ertheilende Einwilligung zu klagen berechtiget geweſen, cum dominus in pignus conſentiens ſimul etiam in diſtractionem ex pignoris iure fluentem conſenſerit;

Stryk de obligat. feudi conſenſu munita, c. 4. n. 10.

und nachdem der Großcloß während der Klage unbeerbt verſtorben und vor ſeinem Abſterben in ſolchen Verfall gerathen, daß über ſein Vermögen Concurs entſtanden, und außer der in Frage befangenen Mühle zu Befriedigung ſeiner Gläubiger wenig vorhanden, Kläger die hypothecariſche Klage gegen die fürſtliche Rentkammer, als Beſitzerin der heimgefallenen Mühle, vermöge der von derſelben bewilligten und auf der Mühle noch vor deren Ankauf haftenden Hypothek, mit Beſtand fortſetzen können;

Und denn bey ſolcher Lage der Sache Klägern die exceptio excuſſionis in keinem Betracht entgegen ſtehet, indem einestheils der Großcloß offenbar non ſolvendo iſt, und deßhalb ſolche exceptio wegfällt,

Nov. 4. cap. 1.

Berlich P. 2. concl. 24.

Mevius P. 9. dec. 187.

anderntheils die Reisveiler Mühle, aus welcher Kläger ihre Befriedigung zu ſuchen befugt ſind, zur maſſa bonorum in dem Großcloßiſchen Concurs nicht gezogen werden darf, folglich Kläger ihre hypothecariſche Forderung in ſolchem Concurs nicht einmahl anzugeben vermögen, dritten Theils Johannes Wagner ſeiner perſönlichen Schuld, durch die, unter gerichtlicher Auctorität verfügte Abrechnung derſelben an dem Kaufgelde auf thätige Weiſe erlediget worden, und bey der dabey erfolgten neceſſaria delegatione eine novatio debiti perſonalis ſalva hypotheca auf eine thätige Weiſe erfolget, ohnerachtet ſolches nicht ausdrücklich verabredet worden; cum non præciſe verba requirantur ad hanc declarationem, ſed facta etiam, quibus voluntas priorem obligationem dimittendi declaratur, ſufficiant,

Schilter ex 1. 9. §. 23, 24.

Leyſer ſp. 526. m. 6.

Böhmer T. III. P. 3. dec. 488. n. 12. p. 12.

Bey

Bey ſothanen Umſtänden alſo, Kläger den erſten Schuldner zuforderſt auszuklagen nicht ſchuldig, ſondern ſich an fürſtliche Rentkammer als gegenwärtige Beſitzerin ihrer Hypothek, unmittelbar zu halten berechtiget ſeyen, mit Beſtand nicht gezweifelt werden mag;

Als iſt geſchehener maaßen billig erkannt, jedoch die Unkoſten, in Rückſicht des für fürſtliche Rentkammer aus der vorgeſchützten Schutzrede vorwaltenden Rechtsſcheines, gegen einander compenſiret worden.

Ordinarius, Senior und ſämmtliche Aſſeſſores der Juriſten-Facultät, auf der Königlich Großbrittaniſchen und Churfürſtlich Braunſchweig-Lüneburgiſchen Georg-Auguſtus-Univerſität zu Göttingen.

XVI.

Urthel.

In Reviſionsſachen der Anwälde des Doctor Johann Georg Käſtner zu Nürnberg, als von Metzgeriſchen Teſtaments-Executors, Implorantens und Revidentens an einem, entgegen und wider den Herzoglich Sachſen-Hildburghauſiſchen geheimen Rath Abraham Jacob von Oertel, als gleichmäſſigen von Metzgeriſchen Teſtamentsexecutor, Imploraten und Reviſen am andern Theil, ein Vermächtniß von 6000 fl. betreffend, erkennen Burgermeiſter und Rath der Kayſerlichen freyen Reichsſtadt Nürnberg, auf eingewandte Reviſion, deren Rechtfertigung, und übriges rechtliches Einbringen, nach vorgehabtem Rath auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Daß imploratiſcher Anwald zuvorderſt eine Ordnungsmäßige Vollmacht mit der Klauſel der ausdrücklichen Genehmigung alles deſſen, was zeither von ihm in dieſer Sache verhandelt (genehmiget) worden, von ſeinem Principal beyzubringen ſchuldig; die Hauptſache anbelangend, aber nunmehr aus den Acten, und der Partheyen Anbringen ſo viel zu befinden, daß Revident mit ſeiner habenden Forderung an das Ehrlöbliche Stadtgericht nicht zu verweiſen; ſondern es iſt Reviſe, unerheblichen

Einwendens ohngehindert, wann zuvorderſt die im wohllöblichen Loſungs- und Teſtamentamt annoch verſchloſſen liegende väterliche Nacherbseinſetzungs-Diſpoſition von beyden Theilen ausgelöſet, und von Reviſen in einem zu dem Ende anzuberaumenden Termine gebührend recognoſciret worden, die eingeklagten 6000 fl. ſo fort ad depoſitum zu bringen ſchuldig; mit ſeinen illiquiden Einreden aber zu beſonderer Ausführung zu verweiſen; auch iſt derſelbe alle auf dieſen Proceß verwendete Koſten, mit Ausnahme gegenwärtiger Verſchickungskoſten, welche Revident, dieweilen er um die Verſendung der Acten nachgeſuchet, allein zu tragen hat, nach vorgängiger deren Anſetzung, und erfolgter richterlichen Mäſſigung, Revidenten zu erſtatten ſchuldig. V. R. W.

Urkundlich unſers beygedruckten Facultätsſiegels.

Daß dieſes Urthel den Rechten und Uns zugeſendeten Acten völlig gemäß ſey, bezeugen Wir

Decanus, Doctores und übrige Profeſſores der Juriſten-Facultät in der Fürſtl. Heſſiſchen Univerſität zu Marburg.

Marburg im Monat September 1786.

Zweifels- und Entſcheidungsgründe.

Obwohlen, ſo viel zuvorderſt die Bevollmächtigung des reviſiſchen Anwalds anbelanget, Revident denſelben als Bevollmächtigten des geheimen Raths von Oertel, wenigſtens ſtillſchweigend anerkannt, und daher die Beybringung einer Vollmacht für unnöthig gehalten werden dürfte; in Betreff der Hauptſache aber Reviſe

1) in den Gedanken ſtehet, daß in vorliegender Sache ſo wenig ſummariſch, als executiviſch geklagt werden mögen; vielmehr der ganze Rechtsſtreit in ordentlichem Prozeſſe verhandelt werden müſſe; in beſonderer Erwägung: daß

2) Revident in dem von Metzgeriſchen Teſtamente nicht zum Curator von dem Teſtator ſelbſt ernennet worden; ſondern ſelbiges bloß von dem löblichen Obervormundſchaftsamte geſchehen ſey; maaſſen denn auch

3) Revident nicht für den älteſten blödſinnigen Sohn, Paul Nicolaus von Metzger, zum Concurator ernannt worden, ſondern für den jüngeren, für einen

Verſchwen-

Verſchwender erklärten Sohn, Johann Wilhelm von Metzger, die desfalls von demſelben gehabte Bemühungen aber ihm bereits hinreichend remuneriret worden; weniger nicht

4) Revident ſich der Mitcuratel des Paul Nicolaus von Metzger gar nicht unterzogen, und daher das im Teſtament ausgeworfene Vermächtniß von 6000 fl. um ſo weniger zu fordern berechtiget ſey, da der Teſtator ſolches nur für die getreue und gewiſſenhafte Aufſicht und Adminiſtration ausgeworfen habe; wenigſtens

5) die Klage noch zur Zeit für platzgreiflich nicht zu halten ſey, da der

N. act. 8.

beygebrachte Extract der von Metzgeriſchen Diſpoſition zur Zeit nur in Abſchrift bey den Acten ſey, und daher keine Beweiskraft mit ſich führe; bey ſolchen Umſtänden alſo, daß es bey dem den 29 October 1785. erlaſſenen

N. act. 12.

befindlichen Beſcheide lediglich zu laſſen, und dannenhero überhaupt anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, dafür gehalten werden möchte;

Entſcheidungsgründe.

Dennoch aber und dieweil die förmliche Bevollmächtigung der Anwälde nach der klaren Vorſchrift des

R. I. N. §. 99.

weſentlich nothwendig iſt, und ohne eine offenbare Nullität zu begehen, nicht unterlaſſen werden mag; in Betreff der Hauptſache aber

1) in der von Metzgeriſchen Diſpoſition

N. act. 8.

klar verordnet worden, daß falls des Teſtators älteſter Sohn, Paul Nicolaus, in welchem Alter er auch ſey, nach ſeinem jüngeren Bruder, Johann Wilhelm, verſterben würde, jedem der beyden Curatoren

wer dieſe bey dem Abſterben des letzten unter ihrer *cura* ſtehenden Sohnes ſeyn, oder wie ſie Namen haben und heiſſen mögen,

die Summe von 6000 fl.

aus dem bereiteſten Vermögen

zugetheilet werden ſolle; ſomit es auf die Frage: ob Revident für einen teſtamentariſchen, oder obrigkeitlich beſtellten Vormund anzuſehen ſey, gar nicht ankommt, und dann

2) ſich aus dem den 16 Merz 1786. ertheilten

N. act. 22.

beygebrachten Atteſtate des Vormundſchaftsamtes klar zu Tage leget, daß Revident den 17 Julius 1781. ſtatt des verſtorbenen Johann Wilhelm von Metzger, zum Concurator des älteſten blödſinnigen Sohns, Paul Nicolaus, würklich verpflichtet, und dem Reviſen adjungiret worden; ſomit an deſſen legitimatione ad cauſſam und Recht, die eingeklagte 6000 fl. zu fordern, nicht zu bezweifeln ſtehet; ſo viel aber

3) die Art des von Revidenten erwählten Prozeſſes betrift, da ſich Revident auf eine, keinen ſichtbaren Mangel habende, teſtamentariſche Verordnung gegründet, die Sache ſich zum ſummariſchen und executiviſchen Prozeſſe allerdings qualificiret

Ludovici Einleit. zum Civilprozeß c. 3. §. 2. p. 28. ſq.

als welcher ohnehin bey dem zum Grunde der Klage liegenden Interdicte unſtreitig Statt findet,

Leyſer ſp. 499. m. 1.

Böhmer introd. in ius Digeſt. lib. 43. t. 1. §. 4.

dagegen auch

4) die Einrede, daß Revident ſich der Curatel nicht würklich unterzogen habe, nicht in rechtliche Betrachtung kommt, da ſelbige nicht allein nicht erwieſen iſt, ſondern Revident ſo gar, über ſeine Schuldigkeit, Beweiſe ſeines dabey bezeugten Fleiſſes beygebracht hat, welche von Seiten des Reviſen nicht einmahl widerſprochen worden; welchemnach,

5) da Reviſe ſelbſt die Richtigkeit der von Metzgeriſchen, zu Gunſten der Curatoren gemachten Dispoſition, in den Acten unumwunden eingeſtanden, und alſo der Grund der Klage ſelbſt offenbar liquide iſt, die dagegen vorgeſchützte Einreden aber offenbar illiquide ſind, durch ſelbige die nachgeſuchte Depoſition der libellirten 6000 fl.

keines-

keinesweges gehemmet werden mag; ſondern vielmehr Reviſe mit ſeinen unlauteren Einwendungen zum beſonderen Verfahren verwieſen werden muß;

P. Müller de liquido eiusque iure c. 6. §. 2.

M. Colerus de proceſſu execut. p. 513.

Hofmanns Teutſche Reichspraxis T. II. p. 1627.

inzwiſchen

6) wenn gleich beyde Theile die Richtigkeit der zum Grunde der Klage liegenden von Metzgeriſchen väterlichen Diſpoſition würklich virtualiter anerkannt; dennoch, da die Urſchrift derſelben annoch bey dem Looſungs und Teſtamentsamte verſchloſſen und unausgelöſet liegen geblieben iſt, ſolches allerdings noch zu den Acten gebracht, und Reviſen zur Recognition vorgeleget werden mag; dabey aber, da ſothane Diſpoſition beyde Theile auf völlig gleiche Art concerniret, daß die Auslöſung auch auf beyder Partheyen Koſten geſchehen müſſe, nicht gezweifelt werden mag; aus allem dieſen aber ſowohl die Relevanz der revidentiſchen Beſchwerden, als der Ungrund der der Klage entgegen geſetzten Einreden ſich klar zu Tage leget.

Als iſt, der Hauptſache und Koſten halber, von Uns allenthalben billig erkannt worden. A. V. R. W.

Urkundlich Unſers beygedruckten Facultätsſiegels.

XVII.

Urthel.

In Sachen der auf Klage, Antwort und übriges rechtliches Einbringen, (in Sachen) der Anwälde Henrich Joſeph Henze, und übriger in den Acten benannten Conſorten, Kläger an einem, entgegen und wider Burgermeiſter und Vorſteher des Fleckens Nörthen, Beklagte am andern Theil, die Brauerwieſe betreffend, erkennen hochadeliche von Hardenbergiſche Gerichte, auf erhobene Klage — —, nach vorgehabtem Rath auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Daß Beklagte, unerheblichen Einwendens ungehindert, die in Streit befangene Brauerwieſe, binnen 4 Wochen, an Kläger abzutreten, auch die davon nach geſchehener Wiedereinlöſung erhobene Pachtgelder, Klägern, binnen gleicher Friſt, bey Vermeidung der Hülfe, zu reſtituiren, ſowohl als alle auf dieſen Prozeß verwendete Koſten, nach vorgängiger deren Anſetzung, und erfolgter richterlicher Mäßigung, zu erſtatten ſchuldig. Uebrigens bleibt Beklagten ihren Regreß, in Anſehung der geſchehenen Wiedereinlöſung ſothaner Wieſe, an der Contributionscaſſe zu nehmen, unbenommen und vorbehalten; maaſſen dann auch Beklagten ihr Vorgeben, daß die Brauerwieſe qu. ein Kämmereygut geweſen, und nur durch unzeitige Nachſicht der Beklagten, und ihrer Amtsvorfahrer, in ein Allmendengut verwandelt worden, falls ſie ſich damit durchzukommen getrauen, zu beſonderer Ausführung, vorbehalten bleibt. V. R. W.

Urkundlich Unſers beygedruckten Facultätsinſiegels.

Daß dieſes Urthel den Rechten, und Uns zugeſendeten Acten völlig angemeſſen, bezeugen

Decanus, Doctores und übrige Profeſſores
der Juriſtenfacultät zu Marburg.

Im Monat September 1786.

Zweifels- und Entſcheidungsgründe.

Obwohlen Beklagte

N. act. 6.

vorgewendet, daß 1) die in Streit befangene Brauerwieſe keine res vniuerſitatis ſtricte ſic dicta ſey; ſondern ad Patrimonium vniuerſitatis gehöre, angeſehen in dem unterm 20ten Febr. 1715 errichteten corpore bonorum des Fleckens Nörthen ſolche N. 18. verzeichnet ſey, wannenhero es nicht in der Beklagten Gewalt ſtehe, ſolche gleich den übrigen Kämmereygütern des Fleckens, unter die einzelnen Bürger des Ortes, zur jährlichen Abnutzung, zu vertheilen; vielmehr ſolches der den 6. Februar 1713. von der höchſten Landesherrſchaft ertheilten Fleckenordnung ſchnurſtracks entgegen laufe; als worin ausdrücklich verordnet worden, daß die Einkünfte aus allen dergleichen Kämmereygütern beſonders zu berechnen ſeyen; ſodann

2)

2) aus denen der Duplikſchrift

N. act. 15. c.

beygelegten Schuldverſchreibungen erhelle, daß die Wieſe qu., während des ſiebenjährigen Krieges, zu Aufbringung ſolcher Gelder verſetzet worden, welche von der ganzen Bürgerſchaft bezahlet werden müſſen, wannenhero auch die Wiedereinlöſung derſelben nicht dem ærario, ſondern der Contributionscaſſe obgelegen, gleichwohlen ſolches, Actenkündigermaaſſen, aus dem ærario geſchehen und dieſes alſo ſo lange in die Stelle der abgefundenen Pfandgläubiger treten müſſe, als deren Wiederbezahlung nicht aus der Contributionscaſſe erfolget ſey; was aber

3) die von Beklagten geſchehene Verpachtung der Wieſe anbetreffe, deren Rechtsbeſtand um ſo weniger zu bezweifeln ſtehe, da Beklagte als geſetzliche Verwalter aller dem Flecken gehörigen Güter anzuſehen, und ihnen daher, in Gemäßheit der

Fleckenordnung §. 24.

die Verpachtung der Wieſe, nach bewürkter Reluition, allerdings obgelegen, der Vorwand aber, daß das Pachtgeld zu 2 Rthlr. für den Morgen zu geringe ſey, und jeder Morgen zu 5 Rthlr. angeſchlagen werden müſſe, um ſo weniger in Betrachtung komme, da Beklagte ſich anerboten, Klägern die Wieſe für dieſen Preis gern zu überlaſſen, Kläger aber ſothanes Anerbieten anzunehmen Bedenken getragen, und dannenhero daß Beklagte von der Klage gänzlich zu entbinden und loszuſprechen und alſo überhaupt anders, als geſchehen, zu erkennen geweſen, in den Rechten dafür gehalten werden möchte.

Entſcheidungsgründe.

Dennoch aber und dieweil Beklagte

1) in ihrer ſogenannten gemüßigten Anzeige

N. act. 8.

unumwunden eingeſtanden, daß die Wieſe qu. vor dem letzten Kriege eine res vniuerſitatis ſtricte ſic dicta, oder eine wahre Gemeinheit geweſen, und bis dahin ſolche in der Maaſſe gebrauchet worden, daß jährlich 20 Intereſſenten ſelbige genutzet, und damit alle Jahr abgewechſelt, mithin dieſelbe binnen 5 Jahren unter allen 100 Intereſſenten herumgekommen; maaſſen denn auch das letzte Jahr vor dem Verſatze damit von neuem der Anfang gemacht, und die Wieſe würklich von den erſten 20 Intereſſenten benutzet worden, hieraus aber

2) die urſprüngliche Beſchaffenheit dieſes Grundſtückes, und daß ſolches eine wahre Gemeinheit oder Allmende ſey, nicht zu verkennen ſtehet

G. C. *Leyſer* ius Georgicum l. 3. c. 10. p. 529. ſq.

S. *Stryk* de iure cratium c. 3. n. 41. ſq.

ſolchem zufolge alſo

3)

3) der Grund der Klage auf dem eignen gerichtlichen Eingeſtändniſſe der Beklagten deutlich erhellet, der Vorwand aber, daß Beklagten als Burgermeiſtern und Vorſtehern des Fleckens Nörthen die geſetzliche Verwaltung aller dem Flecken zuſtehenden Güter zukomme, hier keine Anwendung findet, in Betracht ſolches nicht von den ſogenannten Gemeinheiten, ſondern den eigentlichen Kämmereygütern verſtanden werden mag, deren Aufkünfte zu Beſtreitung der nothwendigen Ausgaben der Städte oder Flecken in corpore verwendet werden müſſen,

de *Selchow* elem. iur. Germ. §. 305. §. 547. 548.

wohlfolglich

4) Kläger allerdings berechtiget geweſen, der von Beklagten, nach geſchehener Einlöſung der Wieſe, mit ſelbiger vorgenommenen Veränderung und einſeitiger Verpachtung derſelben, ſich zu widerſetzen, und in Anſehung des Gebrauches ſothaner Wieſe das vorige Herkommen, ſo wie ſolches vor dem letzten Kriege geweſen, herzuſtellen, mit Recht zu verlangen befugt geweſen, dagegen auch

5) nicht eingewendet werden mag, daß die Wiedereinlöſung durch die Kämmerey, und nicht von der Contributionscaſſe, wie es billig geſchehen ſollen, erfolget ſey, angeſehen die Kämmerey im Grunde dabey nur negotia der Bürgerſchaft geriret, und daher zwar vollkommen befugt iſt, des ausgelegten Kapitals ſowohl, als etwaniger ſonſtiger Schäden und Koſten halber, ihren Regreß an die Contributionscaſſe zu nehmen keinesweges aber den Beklagten dadurch die Befugniß zugewachſen, die reluirte Wieſe an ſich zu behalten, und nach eignem Gefallen ſolche wieder zu verpachten, und ſie ſolchergeſtalt in ein Kämmereygut zu verwandeln; vielmehr Kläger allerdings deren Abtretung und Wiederherſtellung des in der Gemeinde herum gehenden Gebrauches zu fordern befugt geweſen, hieraus alſo das Klagerecht der Kläger ſich deutlich zu Tage leget; wohingegen gleichwohl

6) die Angabe der Beklagten, daß die Wieſe qu. vordem ein wahres Kämmereygut geweſen, und nur durch die bloſſe Nachſicht der Burgermeiſter und Vorſteher des Fleckens, ſo wie der adelichen Gutsherrſchaft, vor dem Kriege, als eine Gemeinheit gebrauchet worden, wenn ſolche auch von Beklagten erwieſen werden ſollte, dennoch als eine exceptio altioris indaginis anzuſehen, und dadurch das klare Recht der Kläger, die Abtretung der Wieſe ſofort zu verlangen, keinesweges aufgehalten werden mag, ſondern zu beſonderer Ausführung verwieſen werden muß;

Als iſt, geſchehener maaſſen, der Hauptſache und Koſten halber, von Uns allenthalben billig erkannt worden. A. V. R. W.

Urkundlich Unſers beygedruckten Facultätsſiegels.

Bayerische Staatsbibliothek München

XXXX (1.2 +3) VI.83
XI.87

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Selchow, Johann Heinrich Christian von, 1732-1795

Johann Heinrich Christian von Selchow Hochfürstlich Hessischen Geheimen Raths und Kanzlers, wie auch ordentlichen Lehrers der Rechte zu Marburg Neue Rechtsfälle enthaltend Gutachten und Entscheidungen vorzüglich aus dem Teutschen Staats- und Privatrecht
Bd.: 3.

Frankfurt und Mainz (1789)

4 Decis. 129-3
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10349339-0
VD18 80265073